

Massnahmenplan Klima Kanton Thurgau 2027-2031

Mitwirkungsbericht externe Vernehmlassung und Berichterstattung zu den Massnahmen

vom 27. April 2026

Vorbemerkung

Der Mitwirkungsbericht beschreibt den Massnahmenplan wie er zur externen Vernehmlassung veröffentlicht wurde (23. Januar 2025). Der Titel des Massnahmenplans zur externen Vernehmlassung lautete "Massnahmenplan Klima Kanton Thurgau 2026–2030" und umfasste 81 Massnahmen.

Nach einer ersten groben Auswertung aller Anträge aus der externen Vernehmlassung im Juni 2025 wurde im Zusammenhang mit der mittelfristigen kantonalen Finanzplanung die Höhe der Sach- und Personalmittel für eine Umsetzung des Massnahmenplans Klima reduziert. Durch die Prüfung und Erarbeitung verschiedener Sparoptionen verzögerte sich der Auswertungsprozess der externen Vernehmlassung, was wiederum zu einer Verschiebung der Umsetzung des Massnahmenplans zur Folge hatte. Daher wird der Massnahmenplan im Zeitraum 2027 bis 2031 umgesetzt und nennt sich neu "Massnahmenplan Klima Kanton Thurgau 2027–2031". In Kapitel 3 wird auf diesen Prozess detaillierter eingegangen, insbesondere klargestellt, dass der Titel des Massnahmenplans und die Anzahl der Massnahmen im Zusammenhang mit den Anträgen aus der externen Vernehmlassung angepasst wurden.

Inhalt

1. Ausgangslage	4
1.1 Gestaltung der externen Vernehmlassung	5
1.2 Zweck und Inhalt des Mitwirkungsberichts	5
2. Art der Anträge und deren Umgang	5
2.1 Erfassung der Anträge	5
2.2 Auswertung der Anträge	7
2.3 Thematische Schwerpunkte der Anträge.....	8
2.3.1 Mengengerüst (Anzahl Anträge 407)	9
2.3.2 Formales (379)	13
2.3.3 Wirkungsprüfung / Wissenschaftlichkeit (182).....	16
2.3.4 Umsetzung (104).....	22
2.3.5 Ressourcen Massnahmen (99).....	26
2.3.6. Ambitionsniveau (51)	30
2.3.7. Übriges (21)	30
2.3.8 Gemeindeautonomie (18)	32
3. Priorisierung und Staffelung der Massnahmen	33
3.1 Aufträge zur Ressourcenminderung	33
3.2 Sparvorschläge	34
3.3 Implikation und Beurteilung.....	36
4. Schlussfolgerungen.....	38
5. Anhang.....	40

3/420

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Verteilung der Anträge pro Anspruchsgruppe.....	6
Tabelle 2: Clusterthemen mit den zugewiesenen Schlagwörtern.	8
Tabelle 3: Überblick der Einsparungen des Massnahmenplans Klima zwischen interner und externer Vernehmlassung.	34
Tabelle 4: Implikationen der Einsparungen im Überblick für den Zeitraum 2027–2031.	36
Tabelle 5: Überblick der Einsparungen des Massnahmenplans Klima zwischen interner sowie vor und nach externer Vernehmlassung.....	39

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Verteilung der Anträge pro Absender gruppiert nach Gemeinden/Regionen, kantonalen Departementen und Ämtern, politischen Parteien, NGOs/Verbände/Vereine/Netzwerke, Unternehmen (*) und Privatpersonen (**).	6
Abbildung 2: Verteilung der Anträge pro Dokument.	7
Abbildung 3: Anzahl Anträge nach Clusterthemen.	9

1. Ausgangslage

Der Kanton Thurgau hat die nationalen Klimaziele übernommen und eine Klimastrategie entwickelt, die sowohl den Bereich Klimaschutz wie auch den Bereich Anpassung an den Klimawandel umfasst. Diese Strategie wurde am 10. Januar 2023 mit Regierungsratsbeschluss (RRB) Nr. 15 genehmigt. Beim Klimaschutz will der Kanton Thurgau die direkten Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 % im Vergleich zum Referenzjahr 1990 reduzieren und bis 2050 auf Netto-Null senken. Gleichzeitig ist es notwendig, dass sich der Kanton Thurgau an die Auswirkungen des Klimawandels anpasst. Die Klimastrategie Kanton Thurgau legt die Handlungsfelder fest, in welchen der Kanton aktiv werden kann. Sie enthält keine Massnahmen. Dazu wurde dem Departement für Bau und Umwelt (DBU) vom Regierungsrat mit dem RRB Nr. 154 vom 14. März 2023 der Auftrag erteilt, einen Massnahmenplan Klima Kanton Thurgau zu erarbeiten. Der Massnahmenplan Klima Kanton Thurgau 2026-2030 basiert auf der Klimastrategie Kanton Thurgau. Er konkretisiert die Handlungsfelder der Klimastrategie mit 81 detaillierten Massnahmen. Der Massnahmenplan wurde in enger Zusammenarbeit mit internen und externen Fachexpertinnen und Fachexperten erstellt, insbesondere durch Mitarbeitende des Amts für Energie, Amts für Raumentwicklung, Landwirtschaftsamts und des Verbands Thurgauer Gemeinden, welche zusammen mit dem Amt für Umwelt auch das Projektteam stellen.

Das Massnahmenset wurde mit internen und externen Fachpersonen bis Ende 2023 erarbeitet und konsolidiert. Der Lenkungsausschuss hat an der Sitzung vom 16. Februar 2024 der Projektleitung einen Priorisierungs- und Staffellauftrag zur Umsetzung der erarbeiteten 81 Massnahmen, unter Berücksichtigung der Finanzstrategie 2024–2030, erteilt. Die Details zur Auftragsumsetzung finden sich im Kapitel 3. Gleichzeitig ging der Massnahmenplan Klima zwischen dem 26. Februar 2024 und dem 13. April 2024 in die interne Vernehmlassung. Das Ziel war, den Massnahmenplan Klima innerhalb der kantonalen Verwaltung für Rückmeldungen zur Verfügung zu stellen. Insgesamt wurden im Vernehmlassungszeitraum 208 Anträge über Fabasoft und das E-Vernehmlassungstool eingereicht, deren Auswertung im Mitwirkungsbericht zur internen Vernehmlassung und in der Berichterstattung zu den Massnahmen veröffentlicht wurden. Gleichzeitig wurden die verantwortlichen Fachstellen gebeten, mögliche Ressourcenreduktionen zu prüfen.

Nach der Überarbeitung der Unterlagen gemäss den Anträgen aus der internen Vernehmlassung ging der Massnahmenplan Anfang 2025 in die externe Vernehmlassung. Eine zweite Ressourcenprüfung hat sich aus den Anträgen der externen Vernehmlassung ergeben. Nach einer ersten groben Auswertung aller Anträge aus der externen Vernehmlassung im Juni 2025 wurde im Zusammenhang mit der mittelfristigen kantonalen Finanzplanung die Höhe der Sach- und Personalmittel für eine Umsetzung des Massnahmenplans Klima reduziert. Durch die Prüfung und Erarbeitung verschiedener Sparoptionen verzögerte sich der Auswertungsprozess der externen Vernehmlassung, was wiederum zu einer Verschiebung der Umsetzung des Massnahmenplans zur Folge hatte.

5/420

1.1 Gestaltung der externen Vernehmlassung

Die externe Vernehmlassung fand zwischen dem 23. Januar 2025 und dem 1. Mai 2025 statt und hat mit einer Medienkonferenz am 23. Januar 2025 gestartet. Ziel der externen Vernehmlassung war es, den Massnahmenplan Klima Kanton Thurgau verschiedenen Anspruchsgruppen wie der kantonalen Bevölkerung, Verbänden, Gemeinden, kantonalen Ämtern, Industrie, Verbänden, Vereinen, NGOs und politische Parteien für Rückmeldungen zur Verfügung zu stellen. Die Empfängerinnen und Empfänger der unterschiedlichen Anspruchsgruppen hatten die Möglichkeit, sich zu den Kapiteln des Massnahmenplans Klima Kanton Thurgau 2026–2030 sowie zu den Massnahmenblättern zu äussern oder allgemeine Bemerkungen einzubringen.

Dafür hat das Amt für Umwelt der Öffentlichkeit via E-Vernehmlassungstool folgende Unterlagen zur Verfügung gestellt:

- Massnahmenplan Klima Kanton Thurgau 2026–2030
- Massnahmenblätter und Übersicht Massnahmen

1.2 Zweck und Inhalt des Mitwirkungsberichts

Der erste Teil dieses Mitwirkungsberichts gruppiert die eingegangenen Anträge nach thematischen Schwerpunkten und gibt einen Überblick darüber, wie mit den entsprechenden Anträgen umgegangen wurde (Kapitel 2). In Kapitel 3 werden zudem die Auswirkungen der Anträge und der mittelfristigen Lage der Kantonsfinanzen auf den Massnahmenplan beschrieben. Im Anhang 5 sind alle Anträge inklusive der Rückmeldungen durch die Fachexpertinnen und Fachexperten aufgeführt.

Die Verfasserinnen und Verfasser der Anträge erhalten diesen Mitwirkungsbericht. Auch den weiteren Projektmitwirkenden ausserhalb der Verwaltung wird der Mitwirkungsbericht zur Information über den Newsletter Klima zugestellt. Zudem wird der Mitwirkungsbericht auf klima.tg.ch aufgeschaltet.

2. Art der Anträge und deren Umgang

2.1 Erfassung der Anträge

Insgesamt sind 706 Anträge von 49 Anspruchsgruppen eingegangen. Die Anspruchsgruppen können wie folgt zusammengefasst werden: Kantonale Departemente und Ämter, Gemeinden und Regionen, politische Parteien, NGOs, Verbände, Vereine und Netzwerke, Unternehmen und Einzelpersonen.

Die meisten Anträge stammten von den Gemeinden und Regionen und von NGOs, Verbänden, Vereinen und Netzwerken. Die restlichen Anträge wurden von politischen Parteien, kantonalen Departementen und Ämtern, Einzelpersonen und einem Unternehmen eingereicht (Tabelle 1). In Abbildung 1 sind die Anträge den spezifischen Absendern zugewiesen.

6/420

Tabelle 1: Verteilung der Anträge pro zusammengefasster Anspruchsgruppe.

Zusammengefasste Anspruchsgruppen	Anzahl Anträge
Gemeinden und Regionen	237
NGOs, Verbände, Vereine und Netzwerke	206
Politische Parteien	130
Kantonale Departemente und Ämter	84
Einzelpersonen	48
Unternehmen	1
Total	706

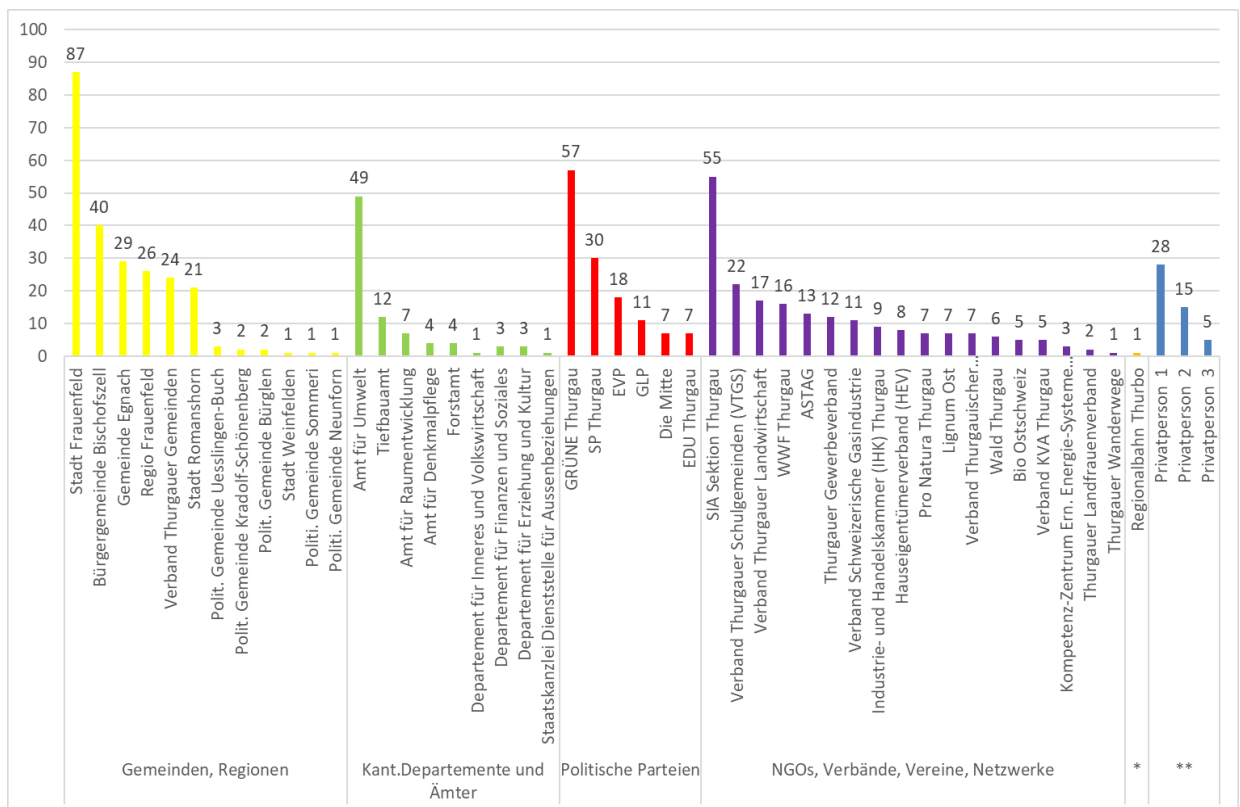


Abbildung 1: Verteilung der Anträge pro Anspruchsgruppe gruppiert nach Gemeinden/Regionen, kantonalen Departementen und Ämtern, politischen Parteien, NGOs/Verbände/Vereine/Netzwerke, Unternehmen (*) und Privatpersonen (**).

7/420

Von den 706 Anträgen betreffen 497 Anträge den Entwurf der Massnahmenblätter und 166 Anträge den Entwurf des Massnahmenplans Klima Kanton Thurgau. Die restlichen 61 Anträge bestehen aus allgemeinen Bemerkungen (Abbildung 2).

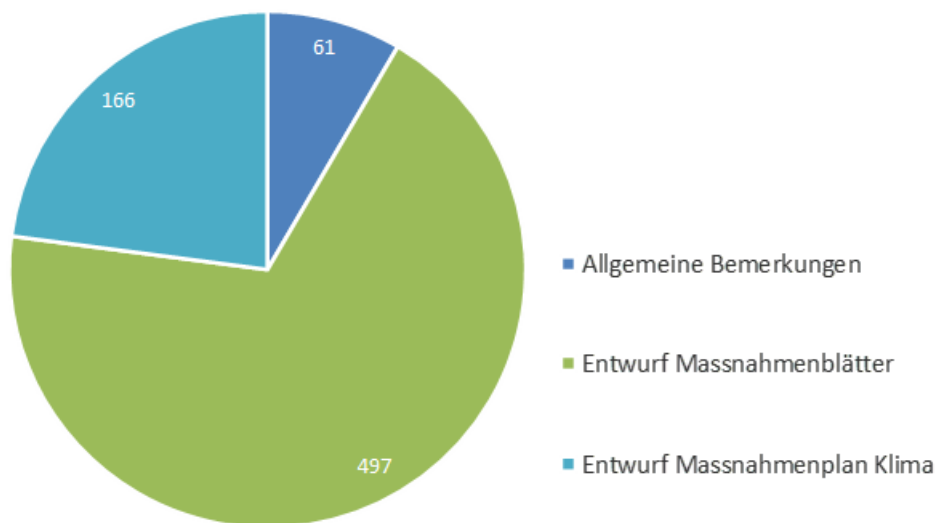


Abbildung 2: Verteilung der Anträge pro Dokument.

2.2 Auswertung der Anträge

Die eingegangenen Anträge der verschiedenen Anspruchsgruppen wurden vom Amt für Umwelt im E-Vernehmlassungstool ausgewertet und beurteilt. Schriftlich eingereichte Dokumente wurden in das E-Vernehmlassungstool übertragen. Die Anträge wurden kapitel- und massnahmenweise geordnet. Jeder Antrag wurde nach dem weiteren Bearbeitungsbedarf eingestuft und beantwortet (532). Zu allen Anträgen wurden der Umgang mit diesen formuliert und mit den verantwortlichen Fachstellen besprochen. Damit wurde sichergestellt, dass alle Fachstellen Kenntnis von den Anträgen hatten und fachlich abgestimmte Antworten gegeben werden konnten. Aufgrund des Umgangs mit den Anträgen haben die massnahmenverantwortlichen Fachstellen die Massnahmenblätter rückbearbeitet.

174 Anträge erforderten einen Entscheid des Lenkungsausschusses. Die Diskussionsthemen wurden mit Schlagwörtern klassiert. Themenverwandte Schlagwörter wurden in Clusterthemen gebündelt.

Der Umgang mit den einzelnen Rückmeldungen sowie die entsprechenden Antworten sind in Kapitel 5. Anhang dokumentiert.

8/420

2.3 Thematische Schwerpunkte der Anträge

Die Anträge wurden den in Tabelle 2 aufgeführten Schlagwörtern zugewiesen.

Tabelle 2: Clusterthemen mit den zugewiesenen Schlagwörtern.

Clusterthema (Anzahl Anträge)	Schlagwörter	Anzahl Anträge
Mengengerüst (407)	Sinn von Klimamassnahmen	122
	(Streichung Massnahme)	104
	Neue Massnahmenideen	69
	Fokussierung	43
	Umsetzungsgeschwindigkeit	32
	Anzahl Massnahmen	22
	Massnahmenpriorisierung	15
Formales (379)	Formales	246
	Inhaltlich Präzisierung	33
	(Konkretisierung)	25
	Formulierung	20
	Rechtsgrundlagen	16
	Einheitliche Formulierung	15
	Verlinkung zw. Massnahmen	9
	Information	6
	Inhaltliche Ergänzung	5
	Layout	4
Wirkung/Wissenschaftlichkeit (182)	Wirkung	56
	Zielsetzung	43
	Massnahmeninstrument	32
	Beurteilungskriterien	21
	Indikatoren	8
	Realisierbarkeit	8
	Zielkonflikt	5
	Handlungsbedarf	4
	Referenzzeitraum	2
	Spielraum	2
	Wissenschaftlichkeit	1
Umsetzung (104)	Zusammenarbeit	40
	Zuständigkeit	24
	Monitoring	20
	Vorbildfunktion	10
	Synergien	9
	Interessensabwägung	1
Ressourcen Massnahmen (99)	Personalressourcen	37
	Finanzmittel	33
	Finanzierungsinstrumente	13
	Kosten für die Volkswirtschaft	10
	Kostennachweis	2
	Ressourcen Massnahmen	2
	Bürokratie	1
Ambitionsniveau (51)	Kosten des Nichthandelns	1
	Ambitionsniveau	51
Übriges (21)	Bio-Landwirtschaft	9
	Meinungsausserung	6
	Folgen des Klimawandels	2
	Kompensation	2
	Bezug Klima	1
	Sinn von Medienberichterstattung	1
Gemeindeautonomie (18)	Gemeindeautonomie	18

Ein oder mehrere themenverwandte Schlagwörter wurden jeweils den acht Clusterthemen zugewiesen: Mengengerüst, Formales, Wirkung/Wissenschaftlichkeit, Umsetzung, Ressourcen

9/420

Massnahmen, Ambitionsniveau, Übriges und Gemeindeautonomie. Viele Anträge wurden mehreren Clusterthemen zugeordnet, da die Anträge verschiedene Themen aufgegriffen hatten (Abbildung 3).

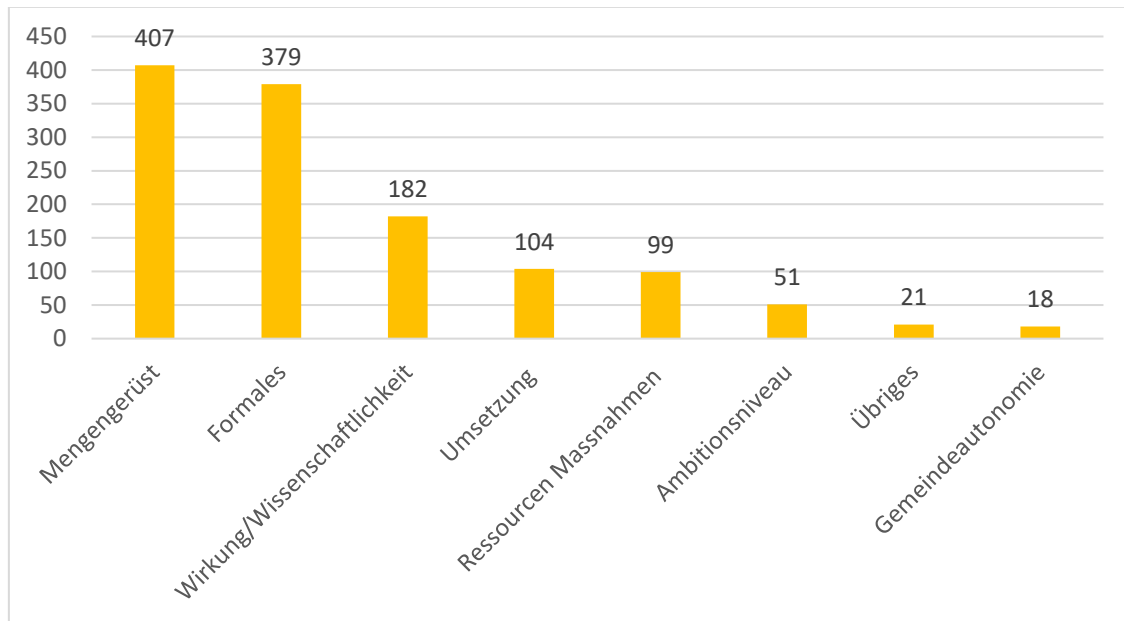


Abbildung 3: Anzahl Anträge nach Clusterthemen.

Nachfolgend werden die Schlagwörter definiert, die dazu eingegangenen Anzahl Anträge sowie der Umgang mit den Anträgen zusammenfassend aufgeführt.

2.3.1 Mengengerüst (Anzahl Anträge 407)

2.3.1.1 Anzahl Massnahmen

Definition Anzahl Massnahmen: Die Anträge nehmen Bezug auf die Veränderung der Anzahl Massnahmen, die zu- oder abnehmen soll. Insgesamt wurde das Schlagwort 22-mal gesetzt. Zudem wurde 104-mal gefordert, eine Massnahme zu streichen.

Der Massnahmenplan Klima Kanton Thurgau 2026–2030 umfasst 81 Massnahmen. Kritisch hinterfragt wird die Umsetzbarkeit einer so hohen Anzahl von Massnahmen, da eine Überforderung von Verwaltung, Bevölkerung und Gemeinden befürchtet wird. Einige Rückmeldungen fordern die Streichung oder die Bündelung von Massnahmen, die Priorisierung von Massnahmen nach Wirkung, Kosten und Umsetzbarkeit bzw. die Beschränkung auf wirkungsvolle, realistische Massnahmen.

Die Klimastrategie des Kantons Thurgau ist bewusst breit ausgelegt, sie umfasst Ziele in 15 Sektoren zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel sowie drei Querschnittsfelder.

10/420

Wenn Ziele in Sektoren definiert werden, sollen auch entsprechende Massnahmen dazu formuliert werden. Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung nach der externen Vernehmlassung wurde aber die Anzahl der Massnahmen reduziert, etwa durch Streichungen, Verschiebungen und wo zweckmässig durch Zusammenlegung von Massnahmen. Details finden sich in Kapitel 3.2. Es konnten nicht überall Massnahmen gebündelt werden, da es sich um unterschiedliche Instrumentarien (Förderung bzw. gesetzliche Regelung), verschiedene inhaltliche Ansätze oder unterschiedliche Verantwortlichkeiten handelt. Ein Zusammenlegen würde oft zu einer Verwässerung führen und den Konkretisierungsgrad reduzieren.

2.3.1.2 Fokussierung

Definition Fokussierung: Die Anträge nehmen Bezug auf eine Konzentration und Straffung des Massnahmenplans, darunter auch das Streichen von Massnahmen. Insgesamt wurde das Schlagwort "Fokussierung" 43-mal gesetzt, dazu wurde 104-mal gefordert, eine Massnahme zu streichen.

Die Rückmeldungen, welche unter dem Schlagwort Fokussierung zusammengefasst werden, verlangen den Massnahmenplan stärker zu fokussieren und dabei weniger wirksame oder angeblich redundante Massnahmen zu streichen. Massnahmen, die bestehende Konzepte wiederholen oder unabhängig vom Massnahmenplan umgesetzt werden sollten, werden als überflüssig betrachtet. Einige Massnahmen sollen zusammengeführt oder geschärft werden, um ihre Wirksamkeit zu erhöhen. Der Massnahmenplan wird als zu umfangreich und schwer verständlich kritisiert.

Ähnlich dem Schlagwort Anzahl Massnahmen fordern auch die Anträge mit dem Schlagwort "Fokussierung" die Streichung bzw. das Zusammenfassen von Massnahmen oder die Beschränkung auf möglichst wirksame Massnahmen. Konkrete Vorschläge werden bei den Massnahmen 6 (Nachhaltig bauen) und 10 (Graue Emissionen bei Bauprojekten reduzieren) aufgeführt, sowie bei den Massnahmen 29–32 (Nr. 29: Kommunikationsplattform Ernährung etablieren, Nr. 30: Bevölkerung für eine ressourcenschonende Ernährung und für weniger Nahrungsmittelverschwendung sensibilisieren, Nr. 31: Verpflegungs- und Gastronomiebetriebe für eine ressourcenschonende Angebotsgestaltung sensibilisieren, Nr. 32: Dialog entlang der Wertschöpfungskette verbessern). Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung nach der externen Vernehmlassung wurde die Anzahl Massnahmen reduziert. Gestrichen wurden meist Massnahmen, welche hohe Kosten verursachen und eher bescheidene Wirkung zeigen würden. Dagegen wurde an Massnahmen festgehalten, welche zwar eine indirekte Wirkung, aber wichtige vorbereitende Aufgabe erfüllen und damit einen indirekten Nutzen aufweisen, beispielsweise die Erarbeitung von Berechnungsgrundlagen. Die Massnahmen wurden im Rahmen eines umfassenden Prozesses mit den Fachstellen entwickelt und sind im Rahmen von früheren Priorisierungsrunden bereits reduziert worden. Der sektorübergreifende Charakter des Massnahmenplans, der Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gleichermassen abdeckt, soll beibehalten werden.

11/420

2.3.1.3 Massnahmenpriorisierung

Definition Massnahmenpriorisierung: Unter dem Schlagwort wird die Gewichtung der Massnahmen in Form von finanzieller, zeitlicher, wirkungsbedingter Wichtigkeit verstanden. Insgesamt wurde das Schlagwort 15-mal gesetzt.

Die Anträge gehen davon aus, dass der Massnahmenplan Klima zu breit und zu komplex ist, was die Umsetzung erschwert. Es wird gefordert, Massnahmen zu priorisieren, die ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis, eine hohe Wirkung und Umsetzbarkeit aufweisen. Massnahmen, die diese Kriterien nicht erfüllen, sollten zurückgestellt oder gestrichen werden. Die sofortige Umsetzung von Quick Wins wird geschätzt. Vorgeschlagen wurde zudem im Sinne einer Priorisierung vorerst nur Massnahmen zur Treibhausgasreduktion umzusetzen.

Die Massnahmen sind im Rahmen eines umfassenden partizipativen Prozesses mit den verwaltungsinternen Fachstellen unter Beizug verwaltungsexterner Fachexperten entwickelt worden und im Rahmen von früheren Priorisierungsrunden bereits reduziert und gestaffelt worden. Der sektorübergreifende Charakter des Massnahmenplans, der Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gleichermassen abdeckt, soll beibehalten werden. Im Zuge einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurde die Anzahl der Massnahmen nochmals reduziert. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel sollen entsprechend der Klimastrategie Thurgau gleichzeitig und nicht etappiert vorangetrieben werden, zumal die Auswirkungen des Klimawandels bereits heute zu spüren sind. Darum wird von der vorgeschlagenen Priorisierung in der Umsetzung abgesehen.

2.3.1.4 Neue Massnahmenideen

Definition Neue Massnahmenideen: Das Schlagwort thematisiert Anregungen für neue Massnahmen. Insgesamt wurde das Schlagwort 69-mal gesetzt.

Unter den Anträgen wurde ein bunter Strauss zusätzlicher Ideen für nahezu alle in der Klimastrategie aufgeführten Handlungsbereiche eingebracht. Folgende Themen werden beispielhaft aufgeführt: Stromspeicherung und erneuerbare Energien (Rückspeisetarife, Wasserstoff als Speicher, Biogasanlagen, Smart Grids, See- und Geothermie), Landwirtschaft und Bauwesen (klimaoptimierte Bauplanung, Umnutzung bestehender Bauwerke, Förderung ökologischer Baumaterialien, Weiterverwendung von Bauteilen (Kreislaufwirtschaft)); Mobilität und Infrastruktur (Langsamverkehr, Ladeinfrastrukturen), Landwirtschaft und Ernährung (Sensibilisierung der Bevölkerung, Förderung pflanzlicher Proteine, Wiedervernässung von Mooren und organischen Böden, Förderung biologischer Landbau, Hecken und Bäume als Wind- und Bodenschutz), Kreislaufwirtschaft und Konsum (Förderung von Repair- und Sharingcommunities, Bildung und Innovation im Bereich Kreislaufwirtschaft), Gesundheit und Gesellschaft sowie Tourismus und Infrastruktur.

So vielfältig die Ideen für zusätzliche Massnahmen, so vielfältig ist der Umgang mit ihnen innerhalb des Massnahmenplans. Einige Ideen sind bereits zur Umsetzung im Massnahmenplan vorgesehen, zum Teil an anderer Stelle aufgeführt als erwartet (Stromspeicherung). Andere Vor-

12/420

schläge adressieren Massnahmen, welche durch den Bund gefördert werden, oder in der Zuständigkeit der Gemeinden, der Energieversorgungsunternehmen (EVU) und der Bevölkerung liegen. Gewisse Forderungen werden im Rahmen von bestehenden Massnahmen bereits erfüllt (Energieförderprogramm des Kantons TG). Andere Vorschläge sind in der Langfristplanung innerhalb einer bestehenden Massnahme abgedeckt (Gasversorgung und Biogas). Ein gewünschtes Beratungsangebot wird in eine bestehende Massnahme integriert. Zudem wird der Erläuterungstext in einigen Massnahmen ergänzt, resp. präzisiert, wodurch das gewünschte Anliegen mitabgedeckt ist. Zusätzliche neue Massnahmen wurden nicht formuliert. Ganz neue Ideen werden im Rahmen des Massnahmenplans ab 2032 geprüft.

2.3.1.5 Sinn von Klimamassnahmen

Definition Sinn von Klimamassnahmen: Unter dem Schlagwort wird der Nutzen der Umsetzung von Klimamassnahmen befürwortet oder abgelehnt, zudem werden auch Forderungen zur Umsetzung der Klimamassnahmen gestellt. Insgesamt wurde das Schlagwort 122-mal gesetzt.

Die Anträge zeigen ein breites Spektrum an Sichtweisen zu den vorgeschlagenen 81 Klimamassnahmen. Grundsätzlich werden die Klimamassnahmen unterstützt und als sinnvoll bewertet. Ihnen wird weitestgehend zugestimmt, verbunden allerdings mit der Forderung nach schneller, effizienter und lokalspezifischer Umsetzung. Die kritischen Stimmen fordern dabei mehr Transparenz, Meinungsvielfalt und eine Priorisierung nach Wirksamkeit. Als besonders sinnvoll erachtet werden die Schlüsselmassnahmen und die sogenannten Quick Wins.

Die finanzielle Situation des Kantons wird als herausfordernd eingestuft, weshalb eine Fokussierung auf direkt wirksame Massnahmen bei gleichzeitiger effizienter Ressourcennutzung beantragt wird. Weiter wird eine stärkere Sensibilisierung der Bevölkerung für das Thema Klima und weitere Innovationsförderung gefordert. Einzelne Anträge äussern eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der etablierten Klimaforschung und verweisen auf natürliche Klimaschwankungen. Sie kritisieren die aus ihrer Sicht einseitige Berichterstattung, wirtschaftliche Interessen und propagandistische Tendenzen. Für sie sind Klimamassnahmen nur dann gerechtfertigt, wenn sie wissenschaftlich fundiert, offen debattiert und in einen breiteren gesellschaftlichen Kontext eingebettet sind. Hinterfragt werden auch indirekt wirksame Massnahmen, welche zur Beschaffung von Grundlagendaten erforderlich sind.

Viele Anträge (50) unterstützen die Massnahmen und finden sie sinnvoll, diese Anträge wurden zu Kenntnis genommen. Die vielfach geäusserte Einschätzung, dass rasches Handeln wichtig ist, wird geteilt. In der Klimastrategie Kanton Thurgau steht entsprechend: "Werden keine oder nur unzureichende Massnahmen gegen den Klimawandel ergriffen, nehmen die Auswirkungen und die damit einhergehenden monetären und nicht-monetären Kosten mit der Zeit immer mehr zu. Rasches Handeln zahlt sich aus." Gewisse Forderungen sind in den Massnahmen bereits abgedeckt oder wurden teilweise in den Erläuterungen ergänzt. Geforderte Verbindlichkeiten werden im Rahmen der Massnahmenumsetzung analysiert und können zurzeit noch nicht abschliessend festgelegt werden. Es liegen dazu divergierende Rückmeldungen vor. Abgelehnt wurden Anträge, welche den indirekten Nutzen einer Massnahme aberkennen (Erhebung von Grundlagendaten). Hinsichtlich der finanziellen Situation wurden im Nachgang zur externen

13/420

Vernehmlassung alle Massnahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung unterzogen, die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Sachmittel und Stellen nochmals reduziert (s. Kapitel 3).

2.3.1.6 Umsetzungsgeschwindigkeit

Definition Umsetzungsgeschwindigkeit: Unter dem Schlagwort wird das Tempo der Umsetzung des Massnahmenplans beschreiben. Insgesamt wurde das Schlagwort 32-mal gesetzt.

Die Forderungen in diesen Anträgen sind breit und teilweise gegensätzlich. Sie zielen mehrfach auf den Start der Umsetzung der Massnahmen ab, welcher durch die Verschiebung der externen Vernehmlassung nicht bereits im Jahr 2026 beginnen kann. Trotz verzögertem Umsetzungsstart wird verlangt, dass die Treibhausgasreduktionsziele 2030 und 2050 im Kanton erreicht werden. Um eine konstante Umsetzungsgeschwindigkeit zu gewährleisten, müssen die Personal- und Sachressourcen für den Massnahmenplan gebunden sein. Zudem wird darauf hingewiesen, dass ein wirkungsvolles Monitoring für eine erfolgreiche Umsetzung des Massnahmenplans Klima notwendig ist und den Umsetzungsprozess beschleunigen kann.

Die meisten der Anträge zum Stichwort "Umsetzungsgeschwindigkeit" wurden zur Kenntnis genommen. Einige führten zudem zu Anpassungen in Form von Präzisierungen in den einzelnen Massnahmenblättern.

2.3.2 Formales (379)

2.3.2.1 Einheitliche Formulierung

Definition Einheitliche Formulierung: Unter dem Schlagwort wird die identische Ausdrucksweise, Darstellungsform bei gleichen Themen und Inhalten innerhalb der einzelnen Massnahmen verstanden. Insgesamt wurde das Schlagwort 15-mal gesetzt.

Diese Anträge fordern einheitliche Angaben zu Titel, Zielen, Ressourcenangaben und die identische Schreibweise der beteiligten Amtsstellen.

Diese Anträge wurden ohne weitere Abklärungen umgesetzt und Formulierungen in allen Themenbereichen vereinheitlicht.

2.3.2.2 Formales

Definition Formales: Unter dem Schlagwort werden sachliche Anpassung einer Massnahme bearbeitet. Insgesamt wurde das Schlagwort 246-mal gesetzt.

Mit diesen Anträgen werden eine Reihe von Anpassungen und Präzisierungen an verschiedenen Massnahmen beantragt, um bessere Klarheit, Einheitlichkeit und Zielschärfe zu gewährleisten.

Der grösste Teil der unter diesem Stichwort zusammengefassten Anträge wurde zur Kenntnis genommen (138), 15 davon wurden aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt (beispielsweise fachlich unpräzise oder nicht korrekt). Gewisse Anträge wurden in die Massnahmenblätter integriert.

14/420

2.3.2.3 Formulierung

Definition Formulierung: Unter dem Schlagwort werden Änderung von Ausdrucksweisen bei einer Massnahme verlangt, um sprachliche Konsistenz, fachliche Genauigkeit, methodische Schärfe und realistische Prioritätensetzung sicherzustellen. Insgesamt wurde das Schlagwort 20-mal gesetzt.

Im Rahmen der Anträge zum Massnahmenplan werden verschiedene textliche Anpassungen beantragt, um die Verständlichkeit, Konsistenz und fachliche Präzision zu verbessern.

Die meisten Vorschläge zur Formulierung wurden nach sachlicher Überprüfung in den Massnahmenplan übernommen. Titel wurden angepasst, Vereinheitlichungen vorgenommen, das Wort "Klimakrise" durch "Auswirkungen des Klimawandels" ersetzt.

2.3.2.4 Information

Definition Information: Unter dem Schlagwort wurden alle Anträge zusammengefasst, die aufzeigen, in welchen bestehenden Kommunikationsrahmen Informationen zu einer Massnahme zusätzlich geteilt werden können. Insgesamt wurde das Schlagwort 6-mal gesetzt.

In den Anträgen wird die Stärkung der Akzeptanz des Massnahmenplans auf Gemeindeebene durch Information betont. Zudem sollten direkte Kommunikations- und Sensibilisierungsmassnahmen für die breite Bevölkerung enthalten sein, die auf kommunaler Ebene umgesetzt werden können. Weiter wird die Möglichkeit erwähnt, einige Massnahmen in der Ausbildung an Berufsschulen zu integrieren und damit einen weiteren Informationskanal zu bedienen.

Die Anträge unter dem Stichwort "Information" wurden zur Kenntnis genommen. Eine Information wurde ergänzend in den Massnahmenplan aufgenommen (der Thurgauer Landfrauenverband (TLFV) ist als weitere einzubeziehende externe Stelle in der Massnahme 29 aufgeführt).

2.3.2.5 Inhaltliche Ergänzung

Definition inhaltliche Ergänzung: Das Schlagwort fasst potenziell notwendige, thematische Erweiterungen zusammen. Insgesamt wurde das Schlagwort 5-mal gesetzt.

Die Anträge zur inhaltlichen Ergänzung betreffen die Häufigkeit klimatischer Extremereignisse, den Langsamverkehr und die Thematik der Dekarbonisierung im Zusammenhang mit dem Tourismus und eine Ergänzung/Unterscheidung bei den erneuerbaren Energien.

Zwei der Ergänzungen wurden als passend gewertet und übernommen (Der Begriff "Klimakrise" im Vorwort wird durch "Auswirkungen des Klimawandels" ersetzt. Der Begriff "Klimathemen" wird präzisiert in Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, wobei "Dekarbonisierung" im Ausdruck Klimaschutz eingeschlossen ist). Die restlichen Einträge konnten nicht berücksichtigt werden, da sie fachlich nicht korrekt, noch nicht bekannt sind oder aus Konsistenzgründen zu anderen Massnahmenplänen nicht verändert werden sollen.

2.3.2.6 Inhaltliche Präzisierung

Definition inhaltliche Präzisierung: Unter dem Schlagwort werden genauere inhaltliche Darlegungen thematisiert. Insgesamt wurde das Schlagwort 33-mal gesetzt.

15/420

Die in den Anträgen vorgeschlagenen Änderungen zielen darauf ab, den gesetzlichen Rahmen und die Massnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien, zum nachhaltigen Bauen und zu klimafreundlicher Infrastruktur zu präzisieren. Weiter gibt es Vorschläge zur Präzisierung bei der Dekarbonisierung von Fahrzeugflotten, der Darstellung der Klimaleistung landwirtschaftlicher Betriebe sowie der Formulierung zur Klärschlammverwertung.

Viele der vorgeschlagenen inhaltlichen Präzisierungen wurden nach eingehender Prüfung übernommen und in die überarbeitete Fassung des Massnahmenplans eingebunden. Nicht berücksichtigt wurden Vorschläge, welche sich auf nicht technologie-offene Verfahren bezogen oder rechtlich aus Hoheitsgründen nicht umsetzbar sind.

2.3.2.7 Layout

Definition Layout: Das Schlagwort behandelt Anträge, welche Änderungen der visuellen Aufmachung wünschen. Insgesamt wurde das Schlagwort 4-mal gesetzt.

Ein paar wenige Anträge wünschen Korrekturen im Layout. So wird u.a. der Massnahmenplan als unübersichtliche Sammlung einer sehr grossen Anzahl an Massnahmen eingestuft. Die im Massnahmenplan Klima verwendeten Fotos sollen durch Fotos ergänzt werden, welche – angeblich – nicht nur ältere Männer darstellen. Weiter wird gewünscht, dass die Ressourcen für zusätzliche Aufgaben überall klar dargestellt werden sollen.

Die Formfehler im Layout der Massnahmenblätter werden angepasst. Die Anzahl der Massnahmen wurde im Nachgang der externen Vernehmlassung erneut geprüft und reduziert. Auf den abgebildeten Fotos sind auch Frauen und jüngere Menschen zu sehen.

2.3.2.8 Rechtsgrundlagen

Definition Rechtsgrundlagen: Unter dem Schlagwort werden formale und inhaltliche Anpassungen der Ermächtigungsgrundlagen aufgeführt. Insgesamt wurde das Schlagwort 16-mal gesetzt.

Grundsätzlich gefordert wird eine einheitliche, vollständige und juristisch korrekte Nennung aller relevanten Gesetze und Verordnungen mit ausgeschriebenem Namen, Abkürzung, Nummer und Rechtsbuch. Zudem wird die rechtliche Verbindlichkeit in einzelnen Themengebieten konkret thematisiert: Beispielsweise verbindliche Grenzwerte für die graue Energie bei Neubauten und Sanierungen, CO₂-Abscheidung bei der neuen Kehrrechtverbrennungsanlage (KVA) Weinfelden, Recyclingfähigkeit für Elektroabfälle. Schliesslich wird eine Revision der Kantonsverfassung angeregt, um Nachhaltigkeit und Klimaschutz verbindlicher zu verankern.

Alle Dokumente werden im Zusammenhang mit der Überarbeitung aufgrund der Anträge aus der externen Vernehmlassung auf Vollständigkeit der Referenzen zu gesetzlichen Grundlagen geprüft, vervollständigt und vereinheitlicht. Die rechtliche Verbindlichkeit für die geforderten Themengebiete ist unterschiedlich: Einige Anträge wurden zur Kenntnis genommen. Eine gesetzliche Regelung für eine Einzelanlage wie die KVA erscheint zum aktuellen Zeitpunkt nicht erforderlich, da dies gestützt auf den Massnahmenplan mit der abfallrechtlichen Errichtungsbeurteilung geregelt werden kann. Entsprechende Vorschläge können aber auch im Rahmen der

16/420

kommenden Revision des kantonalen Abfallgesetzes eingebracht werden. Die Recyclingfähigkeit für Elektroabfälle obliegt gemäss Art. 30a USG dem Bundesrat. Es liegt an ihm, entsprechende Anforderungen an das Inverkehrbringen von Produkten zu erlassen. Eine Anpassung der Kantonsverfassung ist bei der Erarbeitung des Massnahmenplans Klima nicht vorgesehen. Der Massnahmenplan kann ohne Anpassung der Kantonsverfassung umgesetzt werden.

2.3.2.9 Verlinkung zwischen Massnahmen

Definition Verlinkung zwischen Massnahmen: Unter dem Schlagwort wurden die Anträge zusammengefasst, welche Schnittstellen zwischen verschiedenen Massnahmen sehen, und diese verbunden haben möchten. Insgesamt wurde das Schlagwort 9-mal gesetzt.

Die Anträge fordern, die Schnittstellen zwischen inhaltlich zusammenhängenden Massnahmen teils zu ergänzen und besser aufeinander abzustimmen. Insbesondere sollen die Bezüge zu den folgenden Massnahmen klar ausgewiesen werden: Nr. 11: Massnahmen zur klimaangepassten und ökologischen Aufwertung von Aussenräumen und Gebäuden von Privaten unterstützen und fördern, Nr. 12: Den Umgang mit reinen Stein- und Schottergärten einheitlich regeln, Nr. 24: Umsetzung des Massnahmenplans Lufthygiene Kanton Thurgau 2021-2030 aus Klimasicht fördern, Nr. 33: Zukunftsbild "Landwirtschaft und Ernährung Thurgau 2050" entwickeln, Nr. 35: Klimafitte landwirtschaftliche Hauptinfrastruktur für eine ertragssichere Nahrungsmittelproduktion unterstützen, Nr. 55: Kaltwasserströmungen in Flüssen erheben, Nr. 58: Eine wassersensible Siedlungsentwicklung etablieren, Nr. 59: In Wasserbauprojekten die Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigen

Den Forderungen der Anträge wurde in der Überarbeitung der Massnahmenblätter grösstenteils nachgekommen. Die Verlinkung stellt Zusammenhänge unter den Massnahmen klar, was förderlich ist fürs Verständnis.

2.3.3 Wirkungsprüfung / Wissenschaftlichkeit (182)

2.3.3.1 Beurteilungskriterien

Definition Beurteilungskriterien: Das Schlagwort greift Anträge zur Massnahmenbewertung auf. Insgesamt wurde das Schlagwort 21-mal gesetzt.

In den Anträgen wird gefordert, die Massnahmenbeurteilungen in den Spider-Diagrammen zu überprüfen, die Bewertungsskalen zu harmonisieren und zu einem Gesamtscore je Massnahme zusammenzufassen. Die Wirksamkeit soll ins Verhältnis zur absoluten CO₂-Einsparung und dem Zeithorizont bis zur Wirkung bewertet werden. Widersprüchliche Angaben zwischen Erläuterungen und Diagrammen sind zu bereinigen, ergänzende Erläuterungstexte zu den Kriterien Kosten, Kosten-Nutzen-Verhältnis, Umsetzbarkeit und Akzeptanz vorzusehen.

Die Beurteilungskriterien sind im Anhang erläutert, ebenso deren Kategorisierung und Anwendung auf die Spiderskala. Ein quantitativer Beurteilungsschlüssel (z.B. aufgrund von CO₂-Äquivalenten) wird als nicht sinnvoll erachtet, da die Massnahmen oftmals noch nicht so detailliert ausgestaltet sind und eine Quantifizierung mit sehr vielen Annahmen verbunden wäre. Zudem sind die Zeithorizonte der Wirkungsentfaltung wie richtig erwähnt, sehr unterschiedlich. Weiter muss der Beurteilungsschlüssel auch für Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel

17/420

funktionieren. Diese lassen sich noch schwieriger quantifizieren als diejenigen zum Klimaschutz. Die Beurteilungskriterien und die Beschreibungen wurden aber nochmals auf Konsistenz geprüft.

2.3.3.2 Handlungsbedarf

Definition Handlungsbedarf: Das Schlagwort greift Anträge auf, welche auf den Handlungsbedarf bei der Umsetzung von Massnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel fokussieren. Insgesamt wurde das Schlagwort 4-mal gesetzt.

Im Zusammenhang mit dem Handlungsbedarf wird gewünscht, dass im Bereich Wasserwirtschaft und Hydrologie Schlüsselmassnahmen und Quick Wins prioritär zu realisieren sind. Zudem stellt die Umsetzung der Massnahme MN 60 (Quer- und Längsvernetzung an der Thur verbessern) sicher, dass dringliche Elemente des Konzepts Thur 3 umgesetzt werden. Aufgrund der bekannten Ursachen des Klimawandels, insbesondere der Nutzung fossiler Energieträger, wird ein rascher Umstieg auf erneuerbare Energien gefordert. Dringendes Handeln ist notwendig, um schwerwiegendere Folgen durch Extremwetter, Wasserknappheit, Biodiversitätsverlust, Ernteauffälle und gesundheitliche Schäden zu vermeiden, deren Folgekosten präventive Massnahmen deutlich übersteigen. Der Kanton Thurgau kann durch konsequente, praxisnahe Projekte einen wirksamen Beitrag leisten und international übertragbare Lösungen entwickeln.

Die Anträge zum Handlungsbedarf wurden zur Kenntnis genommen.

2.3.3.3 Indikatoren

Definition Indikatoren: Das Schlagwort befasst sich mit den Indikatoren zur Wirkungsabschätzung der Massnahmen. Insgesamt wurde das Schlagwort 8-mal gesetzt.

In den Anträgen wird gefordert, sämtliche Massnahmen mit konkreten Umsetzungsindikatoren zu versehen, die sowohl die Wirkung als auch den Fortschritt der Massnahmen über die Jahre hinweg messbar machen. Diese Indikatoren sollen mit jährlichen Zielwerten hinterlegt werden, um eine kontinuierliche Erfolgskontrolle zu ermöglichen. Zudem sollen für jeden Sektor spezifische und überprüfbare Zwischenziele sowie zusätzliche Indikatoren entwickelt werden, die eine schnellere und besser vorausschauende Beurteilung erlauben als das bisher verwendete Emissionskataster des Bundes. Diese sektorbezogenen Indikatoren sollen nicht nur die Wirkung einzelner Massnahmen abbilden, sondern auch die Zielerreichung auf Ebene der Sektoren transparent machen. Dabei ist die regelmässige Überprüfung der Zielsetzungen und Indikatoren im Rahmen eines jährlichen Zyklus ein zentrales Anliegen.

Das vorgesehene Monitoring der Massnahmen umfasst Umsetzungsindikatoren. Der Umsetzungsstand jeder Massnahme und des gesamten Massnahmenplans werden jährlich überprüft und entsprechend Bericht erstattet. Nicht bei jeder Massnahme ist es möglich, quantitative Wirkungsindikatoren zu hinterlegen. Daher wurde entschieden, einheitlich Umsetzungsindikatoren festzulegen. Die Umsetzungsindikatoren sind in Verbindung mit den Umsetzungsjahren gesetzt, somit besteht eine semi-quantitative Überprüfungsmöglichkeit. Nach ca. fünf Jahren soll eine qualitative Wirkungsevaluation des Massnahmenplans Klima gemacht werden. Anhand von

18/420

Schlüsselmassnahmen soll ermittelt werden, wo mögliche Wirkungszusammenhänge existieren und warum es mögliche Abweichungen zwischen beabsichtigter und tatsächlicher Wirkung gibt.

2.3.3.4 Massnahmeninstrument

Definition Massnahmeninstrument: Unter dem Schlagwort wurden Anträge zusammengefasst, welche die Wahl der Art von Massnahmen zur Erreichung der Klimaziele gemäss Klimastrategie Kanton Thurgau betreffen. Insgesamt wurde das Schlagwort 32-mal gesetzt.

In den Anträgen zum Massnahmeninstrument wird gefordert, dass die Umsetzung der Massnahmen schlank, praxisnah und wirkungsorientiert erfolgen soll: Bewilligungsverfahren sind zu vereinfachen, unnötige Regulierungen zu vermeiden und die Gemeindeautonomie zu wahren. Statt auf neue Strukturen, Konzepte und Zwangsvorgaben soll auf bestehende Plattformen, gezielte Förderung und konkrete Umsetzungsprojekte gesetzt werden, um Kosten-Nutzen-Verhältnisse zu optimieren und Verwaltungsaufwand zu minimieren.

Der Massnahmenplan wurde nach der externen Vernehmlassung nochmals gestrafft und auf jene Massnahmen fokussiert, die mit den vorhandenen Ressourcen realistisch umsetzbar sind. Dabei wurde darauf geachtet, dass sektorielle Ziele jeweils mit passenden Massnahmen hinterlegt sind. Die Abstimmung mit dem Bund oder anderen bereits bestehenden Plattformen bleibt zentral, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Insgesamt wurden die Kosten des Massnahmenplans mehrfach überprüft und liegen im interkantonalen Vergleich im üblichen bis tiefen Rahmen. Sämtliche Massnahmen enthalten transparente Kostenangaben. Der Kanton ist aufgrund nationaler Vorgaben verpflichtet, wirksame Klimamassnahmen umzusetzen. Dafür wird ein Mix aus Anreizen, Regulierungen und Sensibilisierung eingesetzt, da reine Förderinstrumente nicht ausreichen.

2.3.3.5 Realisierbarkeit

Definition Realisierbarkeit: Das Schlagwort thematisiert die Umsetzbarkeit des Massnahmenplans. Insgesamt wurde das Schlagwort 8-mal gesetzt.

Unter den Antragstellenden wird der Massnahmenplan als zu breit und in seiner Gesamtheit als praktisch kaum umsetzbar beurteilt. Der zeitliche Umsetzungsrahmen und die Vielzahl an Massnahmen, deren Komplexität und Umfang erschweren es sowohl der Bevölkerung als auch Unternehmen, die relevanten Handlungsfelder zu erkennen und gezielt zu adressieren. Zur Verbesserung der Umsetzbarkeit wird beantragt, die Massnahmen klar zu priorisieren. Dabei sollten nur solche Massnahmen weiterverfolgt werden, die bei den Kriterien Kosten-Nutzen-Verhältnis, Wirkung und Umsetzbarkeit mindestens mit „mittel“ bewertet wurden.

Die Klimastrategie des Kantons Thurgau ist bewusst breit ausgelegt, sie umfasst Ziele in 15 Sektoren sowie Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel und drei Querschnittsfelder. Wenn Ziele in Sektoren definiert werden, sollen auch entsprechende Massnahmen dazu formuliert werden. Die Massnahmen konkretisieren die Handlungsfelder der Klimastrategie und wurden in Zusammenarbeit mit internen und externen Akteurinnen und Akteuren in einem umfassenden partizipativen Prozess erarbeitet. Die Mehrheit der Massnahmen (49) baut auf Bestehendem auf, nur 22 Massnahmen sind komplett neu. Viele Massnahmen können zudem in der

19/420

Verantwortung einzelner Fachämter ohne aufwändige Koordination und Abstimmungsprozesse effizient umgesetzt werden. Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung nach der externen Vernehmlassung wurde die Anzahl Massnahmen reduziert (s. Kapitel 3.2).

2.3.3.6 Referenzzeitraum

Definition Referenzzeitraum: Der Bezugszeitraum der Umsetzung wird mit diesem Schlagwort erörtert. Insgesamt wurde das Schlagwort 2-mal gesetzt.

In den zwei (identischen) Anträgen wird gefordert, die Entwicklung der Treibhausgasemissionen seit 1990 darzustellen sowie die inhaltliche Fortsetzung des Massnahmenplans nach 2030 aufzuzeigen.

In der Umsetzung des Massnahmenplans Klima wird ein jährliches Vollzugsmonitoring und eine Bilanzierung sowie Würdigung des Zielpfads nach fünf Jahren gemacht. Die Bilanzierung zeigt, wo der Kanton Thurgau bezüglich den Sektorzielen auf dem Absenkpfad der direkten Treibhausgasemissionen steht. Auf Basis der Emissionsdaten kann abgeschätzt werden, wie gross die Ziellücke ist. Erreicht der Kanton Thurgau seine Klimaziele nicht, sind Verschärfungen bei der Aktualisierung des Massnahmenplans Klima ab 2032 notwendig. Die Massnahmen der Umsetzungsetappe 2027-2031 müssen somit zuerst ausgewertet werden, bevor Massnahmen für Folgeetappen definiert werden können.

2.3.3.7 Spielraum

Definition Spielraum: Unter dem Schlagwort versteht sich, welcher Spielraum in der Umsetzung der Massnahmen für die Ämter und die Gemeinden besteht. Insgesamt wurde das Schlagwort 2-mal gesetzt.

Die zwei Anträge zum Spielraum bemängeln einerseits, dass der Massnahmenplan wenig konkret ist und damit den Ämtern viel Spielraum bei der Umsetzung lässt. Andererseits wird gewünscht, dass der Spielraum für die Gemeinden bei der Umsetzung von Massnahmen im Zusammenhang mit dem kantonalen Richtplan genügend gross ist, um eigene Klimaschutzmassnahmen zuzulassen.

Die Massnahmen werden im Rahmen der Umsetzung weiter konkretisiert, ein gewisser Umsetzungsspielraum ist durchaus beabsichtigt. Den Bedürfnissen von Industrie und Gewerbe soll, wo tangiert Rechnung getragen werden. Der Bund fordert von den Kantonen, dass sie sich im Rahmen der kantonalen Richtplanung mit der Thematik des Klimawandels auseinandersetzen und Massnahmen im Kantonalen Richtplan festlegen. Gleichzeitig ist es auch wichtig, dass sich die Gemeinden mit den Themen "Klimaschutz" und "Anpassung an den Klimawandel" auseinandersetzen. Dabei soll den Gemeinden ein Ermessensspielraum eingeräumt werden. Wie genau die Vorgaben zu Planungsinstrumenten auf kommunaler bzw. regionaler Ebene ausgestaltet werden, wird im Rahmen des Richtplanprozesses festgelegt. Dazu können die Gemeinden im Rahmen des ordentlichen Revisionsprozesses Stellung nehmen.

20/420

2.3.3.8 Wirkung

Definition Wirkung: Unter dem Schlagwort wurden alle Anträge zusammengefasst, welche die Wirkung der Massnahmen hinsichtlich Treibhausgasreduktion betreffen. Insgesamt wurde das Schlagwort 56-mal gesetzt.

Die Anträge zur Wirkung der Massnahmen betonen den Bedarf an einer fundierten, messbaren und einheitlichen Wirkungsevaluation. Gefordert werden harmonisierte Massnahmenbeurteilungen mit Gesamtscore, vertiefte Analysen für Schlüssel- und besonders wirksame Massnahmen sowie konkrete, jahresbezogene Zielindikatoren. Ergänzend sollen sektorspezifische Messgrössen entwickelt werden, um Fortschritte frühzeitig zu erkennen. Kritisiert wird, dass der aktuelle Massnahmenplan die Wirkung auf die Treibhausgasreduktion nicht quantifiziert und damit weder eine belastbare Erfolgskontrolle noch eine fundierte Verschärfung bei Zielverfehlung ermöglicht. Ressourcen sollen gezielt auf direkt wirksame Massnahmen mit gutem Kosten-Nutzen-Verhältnis konzentriert werden. Vor der Umsetzung wird eine Prüfung auf Wirksamkeit, Machbarkeit und Interessenabwägung gefordert, mit der Bereitschaft, wirkungsarme oder praxisferne Massnahmen zu streichen oder zu überarbeiten. Teilweise werden gesetzliche Vorgaben (z. B. verpflichtende Klimabilanzierung in der Landwirtschaft) und finanzielle Anreize als nötig erachtet. Best-Practice-Beispiele anderer Kantone sollen als Orientierung dienen, um einen wissenschaftlich fundierten, schlanken und wirksamen Massnahmenplan sicherzustellen.

Auch wenn das Anliegen berechtigt im Sinne einer wirkungsorientierten Ausgestaltung und Prüfung des Massnahmenplans ist, wird wegen folgenden Gründen darauf verzichtet:

- Die Massnahmen sind in der Regel bisher nicht so ausformuliert bzw. präzisiert, dass sie direkt quantifiziert werden können. Es müssten sehr viele Annahmen getroffen werden, um diese zu quantifizieren, was den Mehrwert reduziert, viel Aufwand erfordert und ein ungenaues Resultat liefert.
- Viele Massnahmen sind auf vorgelagerter Ebene anzusiedeln (Prüfaufträge, Planungsgrundlagen) bzw. haben lediglich indirekte Wirkung (Sensibilisierung), deren Wirkung zum jetzigen Zeitpunkt kaum geschätzt bzw. mit grossen Unsicherheiten verbunden wären. Oftmals fehlen auch Datengrundlagen zur Quantifizierung (diese werden mit den Massnahmen z.T. erst erarbeitet).
- Sinnvoll quantifizieren liessen sich primär einzelne Massnahmen mit investivem Charakter, Vorschriften/Regelungen sowie vereinzelt Massnahmen, die die kantonale Verwaltung betreffen (eigener Gebäudepark, eigene Fahrzeugflotte).
- Eine lückenhafte Quantifizierung nur einzelner quantifizierbarer Massnahmen ist wenig zielführend. Es besteht die Gefahr, dass nur noch die quantifizierbaren Massnahmen weiterverfolgt werden, was nicht der Bedeutung der Massnahmen entspricht.

2.3.3.9 Wissenschaftlichkeit

Definition Wissenschaftlichkeit: Im Schlagwort werden die von Wissenschaftlern bestätigten Erkenntnisse des Massnahmenplans thematisiert. Insgesamt wurde das Schlagwort 1-mal gesetzt.

21/420

Ein Antrag bezeichnet den Massnahmenplan in der aktuellen Form als eine unübersichtliche Sammlung einer sehr grossen Anzahl an Massnahmen. Darin fehle eine Analyse der Treibhausgas-Emissionen des Referenzzustands 1990 und ein Vergleich mit der aktuellen Situation, eingeteilt in Scope 1 bis Scope 3, womit der grösste Handlungsbedarf im Kanton ermittelt werden kann. Zudem wird im aktuellen Massnahmenplan die Wirkung auf die Treibhausgas-Emissionen nicht quantifiziert, was wenig wissenschaftlich scheint und die Frage nahelegt, wie ein Monitoring und Controlling erfolgen sollen.

Die Anzahl der Massnahmen wurde im Nachgang der externen Vernehmlassung gestrafft und Massnahmen z.T. zusammengelegt, was die Übersichtlichkeit verbessern sollte (s. Kapitel 3.2). Die Scope-Betrachtungsweise eignet sich für Unternehmen. Der Kanton wendet die Territorialbetrachtung an, da die Systemgrenze auf die geografischen Kantonsgrenze angewendet wird. Die Massnahmen umfassen sowohl Klimaschutz als auch Anpassung, weshalb ein Beurteilungssystem gewählt wurde, das für beide Bereiche funktioniert. Der Detaillierungsgrad der Massnahmen ist zudem oftmals noch relativ tief, weshalb eine Quantifizierung nur mit sehr vielen Annahmen möglich wäre. Die weitere Konkretisierung der Massnahmen wird im Rahmen der Umsetzung vorgenommen.

2.3.3.10 Zielkonflikt

Definition Zielkonflikt: Unter dem Schlagwort werden alle Widersprüche zwischen Massnahmen sowie Widersprüche von Massnahmen mit den kantonalen Klimazielen thematisiert. Insgesamt wurde das Schlagwort 5-mal gesetzt.

Zielkonflikte wurden bei der Umsetzung von Massnahmen hinsichtlich Energiepolitik und Denkmalpflege erwähnt. Die zwei zuständigen Ämter werden aufgefordert, für mögliche Zielkonflikte gemeinsam Lösungen zu finden, bei Massnahmen bezüglich Energie den Anliegen des Ortsbild-, Heimat- und Denkmalschutzes angemessen Rechnung zu tragen und Ausnahmen aufgrund denkmal- oder ortsbildpflegerischer Gründe vorzusehen. Zudem wurde darauf hingewiesen, keine allgemeinen Fördermassnahmen als Klimaschutzmassnahmen auszuweisen. Konkret wurde gefordert, die Massnahmen 35 bzgl. landwirtschaftlicher Hauptinfrastruktur aus dem Massnahmenplan zu streichen oder in eine andere Massnahme zu integrieren.

Der Antrag zum den Zielkonflikten in Energiepolitik und Raumplanung wird zur Kenntnis genommen. Die Massnahme 35 "Klimafitte landwirtschaftliche Hauptinfrastruktur für eine ertragssichere Nahrungsmittelproduktion unterstützen" wird aus verschiedenen Gründen gestrichen (in der Vernehmlassung inhaltlich umstritten, teuer, Entwässerung organischer Böden läuft dem Klimaschutz und der Biodiversitätsstrategie entgegen).

2.3.3.11 Zielsetzung

Definition Zielsetzung: Das Schlagwort bezieht sich auf die Ziele des Massnahmenplans, also das Umsetzen von Massnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und zur Anpassung an den Klimawandel wie dies in der Klimastrategie Kanton Thurgau im Detail definiert wird. Insgesamt wurde das Schlagwort 43-mal gesetzt.

22/420

Die Anträge betreffen die Zielsetzung des Massnahmenplans Klima, welche grundsätzlich unterstützt wird. Die Zielsetzungen der einzelnen Massnahmen sollen insgesamt klarer, verbindlicher und überprüfbarer formuliert werden. Zudem sollen sie methodisch geschärft werden.

Der Kanton möchte die direkten Emissionen bis 2030 um 30 % und bis 2050 auf Netto-Null senken. Dafür sind verbindliche Absenkpfade mit absoluten Zielwerten, Indikatoren und Zwischenzielen für alle Sektoren bis 2030 und 2040 nötig. Für Schlüssel- und besonders wirksame Massnahmen wird eine vertiefte Wirkungsanalyse gefordert, ebenso transparente und nachweislich wirksame Kompensationen der Emissionen im Ausland. Weiter sollen bei Nichterreichen der gesetzten Reduktionsziele, Massnahmen zeitnah verschärft werden können. Der Kanton Thurgau orientiert sich an den Bundeszielen (inkl. Zwischenziel für 2030). Diese sind in der Klimastrategie Kanton Thurgau formuliert. Die Massnahmen sind auf diese Ziele ausgerichtet. Die Massnahmen müssen in einem realistischen Zeitraum umgesetzt werden können (aktuell 2027–2031) und auch von betroffenen Akteurinnen und Akteuren sowie der Bevölkerung getragen werden. Eine Formulierung von Zwischenzielen bis 2050 wird zum jetzigen Zeitpunkt nicht als zielführend erachtet. Erreicht der Kanton Thurgau seine Klimaziele nicht, sind Verschärfungen bei der Aktualisierung des Massnahmenplans Klima ab 2032 notwendig. Die Entwicklung der jetzigen Massnahmen muss somit erst evaluiert werden, bevor bereits für die nächste Etappe Massnahmen zielführend definiert werden können. Der folgende Massnahmenplan ab 2032 wird sich auf eine nächste Etappe ausrichten, weitere Zwischenziele werden zu einem späteren Zeitpunkt gesetzt. Die Klimaschutzziele des Kantons sind in Übereinstimmung mit denjenigen des Bundes formuliert. Die Einschätzung wird geteilt, dass alles darangesetzt werden soll, möglichst viele der Emissionen innerhalb des Kantons zu reduzieren. Es wird darauf verzichtet, im Massnahmenplan Klima detailliert aufzuführen, wie genau Kompensationen im Ausland geschehen soll. Dies ist Teil sorgfältiger Abwägungen bei der Anwendung dieses Instruments.

2.3.4 Umsetzung (104)

2.3.4.1 Interessensabwägung

Definition Interessensabwägung: Unter dem Schlagwort werden die Interessensklärung zwischen teils widersprechenden Zielen aufgegriffen. Insgesamt wurde das Schlagwort 1-mal gesetzt.

Der Antrag stellt die verfassungsrechtliche Gleichrangigkeit zwischen Energiepolitik und Denkmal-/Ortsbildschutz klar und weist darauf hin, dass im Einzelfall stets zwischen den Schutzinteressen und den Interessen energetischer Verbesserungen im Rahmen einer Interessenabwägung darüber zu entscheiden ist, wie sich diese teils widersprechenden Ziele im Einzelfall in Übereinstimmung bringen lassen.

Das Anliegen des Antrags wird zur Kenntnis genommen.

2.3.4.2 Monitoring

Definition Monitoring: Das Schlagwort stellt das Überprüfen und Sichtbarmachen des Umsetzungsstands der Massnahmen dar. Insgesamt wurde das Schlagwort 20-mal gesetzt.

23/420

Die Anträge fordern ein effizientes Monitoring mit sektorspezifischen Indikatoren und einer jährlichen Überprüfung, welche zentral ist, um Fortschritte frühzeitig zu erkennen. Als Überprüfungs-gremium wird die Kommission Klima, Energie und Umwelt (KEU) des Grossen Rates vorgeschlagen. Einzig Massnahmen mit nachweisbarem Nutzen und vertretbarem Aufwand sollen weiterverfolgt werden. Der Massnahmenplan muss für die gesamte Verwaltung verbindlich sein, wobei jedes Amt Rechenschaft über den Umsetzungsstand ihrer Klimamassnahmen im Monitoringsystem ablegen soll.

Der Aufbau des Monitorings ist in Kapitel 6 Umsetzung des Massnahmenplans und Monitoring erläutert. Die detaillierte Ausarbeitung kann erst erfolgen, wenn der Massnahmenplan durch die Regierung genehmigt und die benötigten Ressourcen durch den Grossen Rat gesprochen sind. Dies auch im Sinne des Ressourcensparens. Mit der Auswertung des Massnahmenplans im Monitoring und Controlling wird auch der weitere Umgang mit den Massnahmen betrachtet (verschärfen, ersetzen, ergänzen, etc.), sodass die Klimaziele erreicht werden. Die jährliche Berichterstattung ist per Regierungsratsbeschluss für die ganze Verwaltung als verbindlich zu erklären. Ein Einbezug von Kommissionen wie die KEU obliegt dem Regierungsrat. Eine Wirkungsanalyse der Massnahmen erfolgt nach fünf Jahren, wenn die Massnahmen in Umsetzung sind. Damit kann für eine Aktualisierung des Massnahmenplans ab 2032 geprüft werden, welche Massnahmen sich bewährt haben, ggf. geschärft werden müssen.

2.3.4.3 Synergien

Definition Synergien: Das Schlagwort behandelt das Zusammenwirken von Massnahmen, deren Gesamtleistung grösser ist als die Summe der Einzelleistungen der Massnahmen betreffen. Insgesamt wurde das Schlagwort 9-mal gesetzt.

In den Anträgen wird die Bedeutung des Austauschs mit anderen Kantonen sowie die Abstimmung mit bestehenden Bundesstrategien hervorgehoben, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Zudem wird als sinnvoll erachtet, bei den Massnahmen im Bereich Landwirtschaft und Ernährung (Kommunikationsplattform, Sensibilisierung der Bevölkerung und Gastronomiebetriebe) das Amt für Gesundheit einzubinden und Synergien mit dem kantonalen Aktionsprogramm KAP 2026–2029 zu nutzen. Weiter sollen auch sektorübergreifende Strategien, beispielsweise Klimastrategie Kanton Thurgau und Biodiversitätsstrategie, koordiniert und Synergien effizient genutzt werden. Dem Kanton wird gezielt Know-how und Zusammenarbeit angeboten, insbesondere bei Energie- und Bildungsprojekten. Konkret wird der Kanton eingeladen, an der Entwicklung der Plattform "Energy hub" des Verband KVA Thurgau aktiv mitzugestalten und dadurch für die Erreichung der Ziele der Massnahme 1–5 (Nr. 1: Massnahmen aus dem Energiekonzept (EK) für die Sektoren Energieproduktion/-versorgung und Gebäude bzgl. Klimaaspekten weiterentwickeln, Nr. 2: Bewilligungsverfahren für Ausbau von erneuerbaren Energien mit Unterstützung der Raumplanung erleichtern und beschleunigen, Nr. 3: Erfahrungsaustausch (ERFA) mit den EVUs und Gemeinden initiieren, Nr. 4: Eine kantonale Speicherstrategie für den Ausgleich von Strombedarf und -produktion ausarbeiten, Nr. 5: Möglichkeiten prüfen, um lokale Energieversorger zur Erarbeitung von Netto-Null-fähigen Strategien für die langfristige Gasversorgung und die Dekarbonisierung der thermischen Netze zu motivieren bzw. zu

24/420

verpflichten) beizutragen. Zudem wird eine mögliche Nutzung von Synergien im Zusammenhang mit nachhaltigem Bauen erwähnt.

Die meisten Anträge zu den Synergien wurden zur Kenntnis genommen, ohne weiteren Einfluss auf den Massnahmenplan oder dessen Umsetzung. Die Synergien bei der Umsetzung verschiedener kantonalen Strategien wird überprüft. Synergien mit anderen Kantonen im Rahmen von interkantonalen Fachgremien wie etwa der Cercle Air oder Cercle Climat sind gewährleistet.

2.3.4.4 Vorbildfunktion

Definition Vorbildfunktion: Unter dem Schlagwort werden Themen aufgegriffen, welche das beispielhafte Handeln der kantonalen Verwaltung bei der Umsetzung von Massnahmen betreffen. Insgesamt wurde das Schlagwort 10-mal gesetzt.

Die Anträge betonen die Notwendigkeit einer ausgewogenen Klimapolitik, die sowohl finanzielle Realitäten als auch die Vorbildfunktion des Kantons berücksichtigt. Angesichts der angespannten Haushaltslage wird vor zusätzlichen Kosten durch ökologische Vorgaben bei kantonalen Bauten und vor der Schaffung neuer Stellen gewarnt; neue Stellen sollen nur bei zwingendem Bedarf entstehen. Gleichzeitig wird eine ambitionierte Umsetzung klimarelevanter Massnahmen gefordert. Dazu gehören beispielsweise der sofortige Ersatz fossiler Heizsysteme nach dem Zürcher Modell, die vollständige Dekarbonisierung der kantonalen Fahrzeugflotte. Weitere Vorschläge zur Stärkung der Vorbildrolle des Kantons umfassen den Verzicht auf Parkplätze für Verwaltungsangestellte, den Einsatz regionaler und nachhaltiger Baustoffe wie Holz sowie die biologische Bewirtschaftung aller kantonalen und kommunalen Flächen. Eine klimaneutrale und biodiversitätsfreundliche Umgebungspflege bei staatlichen Liegenschaften wird als konkreter Beitrag zum Klimaschutz und zur Förderung der Akzeptanz in der Bevölkerung hervorgehoben.

Die Anträge zur Vorbildfunktion wurden zur Kenntnis genommen. Gewisse Vorschläge werden mit Umsetzung der Massnahme geprüft oder berücksichtigt. Andere können für eine Überarbeitung und Erweiterung des Massnahmenplans ab 2032 in Betracht gezogen werden.

2.3.4.5 Zusammenarbeit

Definition Zusammenarbeit: Unter dem Schlagwort wird das Zusammenwirken aller beteiligten Akteure auf kantonal, nationaler und internationaler Ebene behandelt. Insgesamt wurde das Schlagwort 40-mal gesetzt.

Durch alle Anträge zieht sich die Forderung nach interdisziplinärer Zusammenarbeit, der Nutzung bestehender Strukturen und gezielter Einbindung aller relevanten Partnerinnen und Partner (inkl. Fachbüros), um wirksame, praxisorientierte Klimaschutzmassnahmen umzusetzen. Dabei soll die Zusammenarbeit schlank, koordiniert und klar organisiert sein. Durch die Zusammenarbeit im Kanton und mit dem Bund sollen Doppelspurigkeiten und allfällige Konkurrenz innerhalb kantonalen Ämter vermieden sowie Erfahrungsaustauschplattformen und bestehende Fördermassnahmen des Bundes genutzt und berücksichtigt werden. Zudem wird eine verstärkte internationale Zusammenarbeit gewünscht, etwa entlang der Bodensee- und Rheingrenze, um Klimafolgen u.a. auf Gewässer gemeinsam anzugehen. Bei Massnahmen, welche

25/420

die Landwirtschaft und Ernährung betreffen, wird mehrfach angeregt, mit allen relevanten Akteuren (Vertreter der konventionellen und der Bio-Landwirtschaft, Forschungseinrichtungen (Agroscope, FiBL, ETH) und spezifische Fachstellen zusammenzuarbeiten und diese systematisch einzubeziehen. Auch entlang der Wertschöpfungsketten in der Land- und Ernährungswirtschaft sollen Massnahmen gemeinsam entwickelt werden, um praxisnahe und akzeptierte Lösungen zu schaffen.

Für die Verantwortlichen des Massnahmenplans ist die Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren seit der Erarbeitung des Massnahmenplans zentral. Diese soll auch in der Umsetzung der Massnahmen weitergeführt werden, z.B. die Zusammenarbeit mit dem Bund (Weiterentwicklung des Förderprogramms Energie), die Mitarbeit in interkantonalen Arbeitsgruppen (z.B. Cercle Climat, Cercle déchets, Cercle Air). Die aufgeführten Wünsche nach Zusammenarbeit bei den Massnahmen zur Landwirtschaft sind grösstenteils in die Massnahmen integriert worden (z.B. Biolandbau-Vertretung, FiBL als einzubeziehende externe Stelle). Auch bei Projekten zu Klimaschutz oder zu Anpassung an den Klimawandel sucht der Kanton Thurgau die Zusammenarbeit mit weiteren Kantonen und Ländern. Letzteres entlang des Bodensees/Rheins.

2.3.4.6 Zuständigkeit

Definition Zuständigkeit: Unter dem Schlagwort werden die Verantwortlichkeiten in verschiedensten Belangen behandelt. Insgesamt wurde das Schlagwort 24-mal gesetzt.

Die Anträge, welche unter dem Schlagwort "Zuständigkeit" zusammengefasst werden, adressieren organisatorische Zuständigkeiten, Verfahrensfragen und den Einbezug relevanter Akteurinnen und Akteure. Es werden konkrete Punkte erwähnt, welche Klärungsbedarf benötigen oder optimiert werden sollten. So etwa das Bewilligungsverfahren für erneuerbare Energien (Windenergie Ausscheidung Windzonen, Gemeindeautonomie: übergeordnete Dringlichkeitsregelung oder Anordnung, um die Umsetzung zu beschleunigen und Konflikte zwischen kantonalen Vorgaben und kommunaler Autonomie zu minimieren) oder die Gasversorgung (Bei der Gasversorgung gewisser Gemeinden sind mehrere Fachstellen zuständig). Die kantonale Festlegung von Windzonen wird angesprochen, ebenso die Forderung, bei der Erarbeitung einer Netto-Null-Strategie für die Gasversorgung weitere Akteure einzubeziehen. Mehrfach wird die Streichung der Klimakoordinationsstelle vorgeschlagen, wobei alternativ eine jährliche Berichterstattung und Beratung in der Kommission Klima, Energie und Umwelt (KEU) zur parlamentarischen Kontrolle gefordert wird. Kritisiert wird die gebündelte Zuteilung einer grossen Anzahl Massnahmen an eine Stelle, da dadurch externe Perspektiven und neue Impulse fehlen könnten.

Es handelt sich um einen kantonalen Massnahmenplan, bei dem die kantonale Verwaltung die Umsetzungsverantwortung hat. Daher ist für jede Massnahme eine Fachstelle/ein Amt der kantonalen Verwaltung für die Massnahmenumsetzung zuständig. Unter "einzubeziehende Stellen" ist in den Massnahmenblättern ausgewiesen, welche weiteren Stellen in die Umsetzung der Massnahmen einzubeziehen sind und damit auch eine externe Perspektive einbringen können. Die Klimakoordinationsstelle existiert seit August 2020 beim Amt für Umwelt, deren Existenzberechtigung steht nicht zur Diskussion. Damit neue Massnahmen koordiniert umgesetzt werden

26/420

können, soll diese mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet sein. Die aufgeführten Ressourcen ermöglichen einen effizienten, wirkungsvollen Mitteleinsatz und tragen gleichzeitig den finanziellen Rahmenbedingungen des Kantons Rechnung. Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Sachmittel und Stellen nochmals reduziert (s. Kapitel 3.2).

2.3.5 Ressourcen Massnahmen (99)

2.3.5.1 Bürokratie

Definition Bürokratie: Unter dem Schlagwort wurden Anträge zusammengefasst, welche die den Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit der Umsetzung von Massnahmen betreffen. Insgesamt wurde das Schlagwort Bürokratie 1-mal gesetzt.

Im Antrag wird vor einem zu hohen personellen, zeitlichen und finanziellen Zusatzaufwand in der Verwaltung für die Umsetzung der Massnahmen gewarnt.

Damit Massnahmen umgesetzt werden können, sind entsprechende Ressourcen notwendig. Die aufgeführten Ressourcen ermöglichen einen effizienten, wirkungsvollen Mitteleinsatz und tragen gleichzeitig den finanziellen Rahmenbedingungen des Kantons Rechnung. Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Sachmittel und Stellen nochmals reduziert (s. Kapitel 3.2).

2.3.5.2 Finanzierungsinstrumente

Definition Finanzierungsinstrumente: Unter dem Schlagwort wurden die Anträge zusammengefasst, welche die Finanzierung des Massnahmenplans ab 2030 (gemäss der Überarbeitung erst ab 2032) thematisieren, zudem mögliche Instrumente wie Fonds oder Fördergefässe vorschlagen. Insgesamt wurde das Schlagwort 13-mal gesetzt.

In den Anträgen wird die Finanzierung des Massnahmenplans ab 2032 thematisiert. Die Finanzierung soll über einen neuen Fonds erfolgen, der möglichst nach dem Verursacherprinzip befüllt wird und dabei durch einen breiten Mix an Abgabe-basierten Instrumenten gespeist wird. Es wird gefordert, konkret darzulegen, welche Abgaben dafür vorgesehen sind. Andere Anträge äussern sich dagegen kritisch gegenüber der Schaffung eines neuen Fonds. Sie befürchten eine Zweckentfremdung der Mittel und betonen, dass solche Gelder der Bevölkerung und Wirtschaft entzogen würden. Sie schlagen vor, die Anpassungen an den Klimawandel aus bestehenden Budgets und nicht über zusätzliche Fonds zu finanzieren. Die Weiterentwicklung bestehender Förderprogramme wird begrüsst, wobei Fragen zur langfristigen Finanzierung offenbleiben. Neben den Punkten, welche einen neuen Fonds thematisieren, wird beispielsweise der bereits bestehende Energiefonds mehrfach erwähnt. Es wird betont, dass bestehende Fördermittel, insbesondere aus dem Energiefonds, nicht weiter gekürzt werden dürfen und zeitnah ausbezahlt werden müssen. Der Energiefonds könnte allerdings für die Förderung von wiederverwendeten Bauteilen und recycelten Baustoffen im Hochbau eingesetzt werden.

Die Finanzierung zur Umsetzung eines Massnahmenplans ist langfristig zu sichern. Die Massnahmen des Massnahmenplans Klima 2027–2031 werden über einen Rahmenkredit finanziert.

27/420

Für den Massnahmenplan ab 2032 wird eine Fondsfinanzierung sowie die dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen geprüft. Ein Fonds, wie der Energiefonds zur Finanzierung von Energiemassnahmen, wäre dafür ein geeignetes Vehikel, dessen Speisung über einen breiteren Mix von abgabebasierten Finanzierungsinstrumenten erfolgen kann.

2.3.5.3 Finanzmittel (Sachmittel)

Definition Finanzmittel: Unter dem Schlagwort wurden alle Anträge zusammengefasst, welche die finanziellen Mittel, resp. Sachaufwände zur Umsetzung des Massnahmenplans betreffen. Insgesamt wurde das Schlagwort 33-mal gesetzt.

Die Anträge zu den Finanzmitteln zeigen ein Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit ausreichender Mittel für eine wirksame Umsetzung und der Sorge um eine übermässige finanzielle Belastung von Kanton, Gemeinden, Wirtschaft und Bevölkerung. Mehrfach wird gefordert, vorrangig zu prüfen, welche Massnahmen vom Bund kofinanziert werden können, um den finanziellen Aufwand des Kantons zu verringern. Angesichts der angespannten Haushaltslage wird eine strikte Priorisierung empfohlen: Fördergelder und Ressourcen sollen auf direkt wirksame, sektorrelevante und messbare Massnahmen konzentriert werden, während kostspielige oder komplexe Vorhaben – insbesondere mit geringer Klimawirkung – zurückgestellt oder gestrichen werden sollten. Einzelne Rückmeldungen fordern sogar die Sistierung des gesamten Massnahmenplans bis die Finanzlage eine Förderung der Umsetzung der Massnahmen erlaubt. Für einzelne Sektoren, etwa Landwirtschaft, Bau oder Verkehr, wird verlangt, Kosten-Nutzen-Verhältnisse sorgfältiger zu prüfen und Fördermittel gezielter einzusetzen. Grundsätzlich wird von allen Anträgen gefordert, die Sachmittel für den Klimaschutz effizient, transparent und mit klarer Wirkung einzusetzen. Versteckte Folgekosten, neue Gebühren oder Steuererhöhungen sind frühzeitig offenzulegen, um Akzeptanz zu sichern und Wettbewerbsnachteile für den Standort zu vermeiden. Zudem soll es mehr Förderung statt Regulierung, schlanke Strukturen statt aufgeblähter Bürokratie geben.

Damit Massnahmen umgesetzt werden können, sind entsprechende Ressourcen notwendig. Die aufgeführten finanziellen Ressourcen in Form von Sachmitteln ermöglichen einen effizienten, wirkungsvollen Mitteleinsatz und tragen gleichzeitig den Rahmenbedingungen des Kantons Rechnung. So wurden aufgrund der angespannten Finanzlage im Nachgang zur externen Vernehmlassung die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Finanzmittel nochmals überprüft und reduziert (s. Kapitel 3.2). Dabei wurde sichergestellt, dass besonders wichtige und wirksame Massnahmen beibehalten werden. Eine grundsätzliche Sistierung der Umsetzung des Massnahmenplans ist nicht vorgesehen. Im Vergleich zu anderen kantonalen Massnahmenplänen sind die Kosten im Kanton Thurgau eher tief bzw. vergleichbar. Im bisherigen Prozess wurden alle Massnahmen mehrfach einer kritischen Betrachtung im Lichte der vorhandenen Ressourcen unterzogen, priorisiert und zum Teil gestrichen. Die ausgewiesenen Kosten sind diejenigen, die bei der kantonalen Verwaltung anfallen, nicht die kommunalen.

28/420

2.3.5.4 Kosten des Nichthandelns

Definition Kosten des Nichthandelns: Unter dem Schlagwort wurden alle Anträge zusammengefasst, welche die Kosten thematisiert, die entstehen bei Nichtumsetzen der Massnahmen. Insgesamt wurde das Schlagwort 1-mal gesetzt.

Der Antrag möchte die Kosten des Nichthandelns dargestellt haben, um mehr Verständnis und Wille fürs Handeln aufbringen zu können.

Zu Beginn der Erarbeitung des Massnahmenplans Klima wurde entschieden, die Ressourcen für aktives Handeln, d.h. die Umsetzung von Massnahmen zu investieren. Dies ist auch im Sinn der angespannten Finanzlage zielführend. Es ist bekannt, dass die Kosten des Nichthandelns grösser sind, als wenn gehandelt wird. Daher wird auf die Berechnung der Kosten des Nichthandelns weiterhin verzichtet.

2.3.5.5 Kosten für die Volkswirtschaft

Definition Kosten für die Volkswirtschaft: Unter dem Schlagwort wurden alle Anträge zusammengefasst, welche die Kosten für die Volkswirtschaft durch die Umsetzung des Massnahmenplans betreffen. Insgesamt wurde das Schlagwort 10-mal gesetzt.

Einige Anträge bemängeln, dass bisher nur die kantonalen Kosten erfasst sind, während die zu erwartenden volkswirtschaftlichen Auswirkungen – für Wirtschaft, Gemeinden und Private – fehlen. Diese sollen ergänzt und klar beziffert werden. Ebenso sollen die benötigten personellen Ressourcen auch ausserhalb der kantonalen Verwaltung, ausgewiesen werden.

Die benötigten personellen Ressourcen ausserhalb der kantonalen Verwaltung lassen sich nicht beziffern. Diese werden als gering eingeschätzt, da es sich um einen Massnahmenplan der kantonalen Verwaltung handelt. Die Quantifizierung volkswirtschaftlicher Auswirkungen wurde bereits im Erarbeitungsprozess des Massnahmenplans Klima diskutiert und vom Lenkungsausschuss verworfen, mit der Begründung, dass Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen und die Auswirkungen grob bereits in der Strategie dargelegt sind. Es wurde damals entschieden, nur qualitative Aussagen zu Auswirkungen auf die Wertschöpfung zu integrieren.

2.3.5.6 Kostennachweis

Definition Kostennachweis: Unter dem Schlagwort wurden alle Anträge zusammengefasst, welche den Kostennachweis zur Umsetzung der Massnahmen betreffen. Insgesamt wurde das Schlagwort 2-mal gesetzt.

Die zwei Anträge finden, die Kostennachweis der Umsetzung der Massnahmen jeder einzelnen Massnahme und für die Volkswirtschaft insgesamt fehlen und sollten ausgewiesen werden.

Jede einzelne Massnahme weist die Sach- und Personalaufwände aus. In den Anhängen 2 und 3 des Dokuments "Massnahmen und Übersicht Massnahmen" sind die benötigten Sach- und Personalmittel gesamtheitlich berechnet und ausgewiesen. Die Quantifizierung volkswirtschaftlicher Auswirkungen wurde bereits im Erarbeitungsprozess des Massnahmenplans Klima mehrfach diskutiert und vom Lenkungsausschuss wiederholt verworfen, mit der Begründung, dass

29/420

Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen, und die Auswirkungen bereits in der Klimastrategie dargelegt sind. Es wurde damals entschieden, nur qualitative Aussagen zu den Auswirkungen auf die Wertschöpfung zu integrieren.

2.3.5.7 Personalressourcen

Definition Personalressourcen: Unter dem Schlagwort wurden alle Anträge zusammengefasst, welche die Personalressourcen bei der Umsetzung der Massnahmen betreffen. Insgesamt wurde das Schlagwort 37-mal gesetzt.

Viele Anträge sehen den Massnahmenplan mit einem unverhältnismässig hohen zusätzlichen Personalbedarf verbunden. Kritisiert wird insbesondere der geplante Aufbau neuer Stellen in sogenannten „Vorreiterämtern“ und Fachstellen, was zu einem erhöhten Regulierungs- und Bürokratieaufwand führe und damit Wirtschaft, Gemeinden sowie Bevölkerung zusätzlich belaste. Mehrfach wird gefordert, dass neuer Personalbedarf nur bei zwingendem Mehrwert, konkret messbar an CO₂-Reduktion pro eingesetztem Steuerfranken, gerechtfertigt ist. Zudem sollten zusätzliche Stellen befristet sein, regelmässig auf Wirksamkeit überprüft oder möglichst durch Umschichtung oder Schulung bestehender Mitarbeitender abgedeckt werden. Auch die Gemeinden sollen nicht gezwungen werden, für die Umsetzung der Massnahmen zusätzliche Stellen zu schaffen. Auf der anderen Seite gibt es Anträge, die eine Stärkung der personellen Ressourcen für wirksame Klimaschutzmassnahmen fordern, diese jedoch klar nach Wirkung und Sektor-Relevanz priorisiert sehen wollen. Vereinzelt wird betont, dass bei spezifischen Massnahmen der Nutzen den personellen Mehraufwand rechtfertigen muss. Insgesamt zieht sich durch die Rückmeldungen der Wunsch nach Zurückhaltung beim Personalaufbau, Fokussierung auf Effizienz, Nutzung vorhandener Kompetenzen und konsequenter Ausrichtung der Ressourcen auf messbar wirksamen Klimaschutz.

Damit Massnahmen umgesetzt werden können, sind entsprechende Ressourcen notwendig. Die aufgeführten Ressourcen ermöglichen einen effizienten, wirkungsvollen Mitteleinsatz und tragen gleichzeitig den finanziellen Rahmenbedingungen des Kantons Rechnung. Aufgrund der angespannten Finanzlage wurden der Ressourcenbedarf des Massnahmenplans Klima nach der externen Vernehmlassung nochmals gesamthaft geprüft und weitere Einsparungen vorgenommen. Dabei wurde sichergestellt, dass besonders wichtige und wirksame Massnahmen beibehalten werden. Schliesslich werden auch die Personalressourcen von Regierungsrat und Kantonsparlament gesprochen. Weitere Details sind dem Kapitel 3.2 ff. zu entnehmen.

2.3.5.8 Ressourcen Massnahmen

Definition Ressourcen Massnahmen: Unter dem Schlagwort wurden alle Anträge zusammengefasst, welche die veranschlagten Kosten zur Umsetzung mit der gewünschten Wirkung betreffen. Insgesamt wurde das Schlagwort 2-mal gesetzt.

Die zwei Anträge stellen bei Massnahmen im Sektor Landwirtschaft das Kosten-Nutzen-Verhältnis in Frage.

Die Massnahmen im Sektor Landwirtschaft und Ernährung sind kostenintensiver als in anderen Sektoren. Dies hängt auch von der Wahl des jeweiligen Massnahmeninstruments ab. Daher

30/420

kann keine direkte Verbindung zwischen dem Handlungsbedarf und der Kostenhöhe hergestellt werden. Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie die zusätzlichen Sachmittel und Stellen nochmals reduziert, so auch in der Landwirtschaft und Ernährung (s. Kapitel 3.2 ff.).

2.3.6. Ambitionsniveau (51)

Definition Ambitionsniveau: Unter dem Schlagwort wurden alle Anträge zusammengefasst, welche das Ambitionsniveau des Massnahmenplans thematisieren. Insgesamt wurde das Schlagwort 51-mal gesetzt.

Das Ambitionsniveau wird kontrovers diskutiert. Einige Anträge fordern eine Sistierung oder grundlegende Überarbeitung des Massnahmenplans, da er zu ambitioniert, zu umfangreich, zu schwer verständlich und nicht ausreichend auf wissenschaftlicher Basis fundiert sei. Mehrere Anträge plädieren für realistische, umsetzbare Ziele, stärkere Orientierung am Machbaren und eine bessere Abstimmung mit Bundesmassnahmen, um Akzeptanz zu sichern und Widerstand zu vermeiden. Andere Anträge hingegen fordern ambitioniertere Zwischenziele, verbindliche Grenzwerte für graue Emissionen, strengere gesetzliche Vorgaben etwa bei Heizungsersatz oder Gebäudebegrünung sowie eine sofortige Umsetzung von Schlüsselmassnahmen und Quick Wins. Gefordert werden ausreichende Ressourcen, klare Priorisierung nach Wirksamkeit und Sektor-Relevanz sowie verbindliche Rechenschaftspflichten für alle Verwaltungseinheiten. Während einige Anträge eine technologieoffene, schrittweise Umsetzung bevorzugen, betonen andere die Dringlichkeit angesichts der Klimakrise und sehen im konsequenten Handeln nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern auch eine Chance für Innovation und Standortattraktivität.

Der Massnahmenplan ist ein Kompromiss zwischen Sicherstellung eines möglichst hohen Ambitionsniveaus und dem politisch/gesellschaftlich Machbaren. Dieser Mittelweg wird beibehalten, um das Vorhaben insgesamt nicht zu gefährden. Der Kanton Thurgau orientiert sich an den Bundeszielen (inkl. Zwischenziel für 2030), diese sind als übergeordnete Ziele in der Klimastrategie Kanton Thurgau übernommen. Der Massnahmenplan Klima ist auf den Zeitraum 2027–2031 ausgelegt. Die Massnahmen müssen in einem realistischen Zeitraum umgesetzt werden können und auch von betroffenen Akteuren und der Bevölkerung getragen werden. Eine Wirkungsanalyse der Massnahmen erfolgt nach fünf Jahren, wenn die Massnahmen in Umsetzung sind. Damit kann für eine Aktualisierung des Massnahmenplans ab 2032 geprüft werden, welche Massnahmen sich bewährt haben, ggf. geschärft werden müssen.

2.3.7. Übriges (21)

2.3.7.1 Bezug Klima

Definition Bezug Klima: Unter dem Schlagwort wurden alle Anträge zusammengefasst, welche den Bezug eine Massnahme zum Klima betreffen. Insgesamt wurde das Schlagwort 1-mal gesetzt.

31/420

In einem Antrag wird gefordert, den Bezug zum Klima im Industriesektor durch das Erstellen einer Übersicht über die Emissionen und das Aufzeigen des jeweiligen Dekarbonisierungspotenzials herzustellen.

Der Antrag zum Bezug Klima im Industriesektor wurde zur Kenntnis genommen.

2.3.7.2 Bio-Landwirtschaft

Definition Bio-Landwirtschaft: Unter dem Schlagwort wurden alle Anträge zusammengefasst, welche die Bio-Landwirtschaft (biologisch wirtschaftende Landwirtschaftsbetriebe) betreffen. Insgesamt wurde das Schlagwort 9-mal gesetzt.

Die Anträge fordern, die Bio-Landwirtschaft in die Massnahmen zu integrieren. Die Vorleistungen des biologischen Landbaus - etwa im Rahmen der Massnahmen 33 (Zukunftsbild "Landwirtschaft und Ernährung Thurgau 2050" entwickeln) und 38 (Kantonale Beiträge für klimaoptimierte Produktion prüfen) - sollen zwingend berücksichtigt werden, ebenso wie die Ergebnisse aus Projekten wie „Klima Check Bio“ und dem Klimapunktesystem von IP Suisse. Für eine klimaoptimierte Produktion wird eine Beratungsoffensive vorgeschlagen, die sowohl Biolandbau als auch andere klimafreundliche Betriebssysteme unterstützt. Dazu gehören finanzielle Hilfen für Betriebsumstellungen und Erstberatungen.

Bei den Massnahmen zur Land- und Ernährungswirtschaft wird bewusst darauf verzichtet, eine spezifische Produktionsrichtung aufzuführen und damit bevorzugt zu behandeln. Bei der Massnahme zur Entwicklung des Zukunftsbilds Landwirtschaft ist die Bio-Vertretung explizit aufgeführt. Am BBZ Arenenberg existiert bereits eine Fachstelle zur Förderung der Bio-Landwirtschaft, welche auch Erstberatungen und Betriebsumstellungen durchführt.

2.3.7.3 Folgen des Klimawandels

Definition Folgen des Klimawandels: Unter dem Schlagwort wurden alle Anträge zusammengefasst, welche die Folgen des Klimawandels thematisieren. Insgesamt wurde das Schlagwort 2-mal gesetzt.

In zwei Anträgen werden die Folgen des Klimawandels genannt und auf die Notwendigkeit hingewiesen, Reduktions- sowie Anpassungsmassnahmen umzusetzen.

Die Anträge zu den Folgen des Klimawandels wurden zur Kenntnis genommen.

2.3.7.4 Kompensation

Definition Kompensation: Unter dem Schlagwort wurden alle Anträge zusammengefasst, welche die Kompensation von Treibhausgasemissionen betreffen. Insgesamt wurde das Schlagwort 2-mal gesetzt.

Die beiden Anträge wünschen eine Konkretisierung der genannten Kompensation im Ausland bis 2030.

Die Klimaschutzziele des Kantons Thurgau sind in Übereinstimmung mit denjenigen des Bundes formuliert. Die Einschätzung wird geteilt, dass alles darangesetzt werden soll, möglichst viele der Emissionen innerhalb des Kantons zu reduzieren. Es wird allerdings darauf verzichtet,

32/420

im Massnahmenplan Klima detailliert aufzuführen, wie genau Kompensationen im Ausland geschehen soll. Dies ist Teil sorgfältiger Abwägungen bei der Anwendung dieses Instruments.

2.3.7.5 Meinungsäusserung

Definition Meinungsäusserung: Unter dem Schlagwort wurden alle Anträge zusammengefasst, welche Meinungsäusserungen darstellen. Insgesamt wurde das Schlagwort 6-mal gesetzt.

Die unter Meinungsäusserung eingegangenen Anträge kritisieren die Rolle der Medien in der öffentlichen Meinungsbildung und stellen die häufige Berichterstattung über Krisen wie Klimawandel, Finanzkrise oder Covid-19 als potenzielle Propaganda dar. Es wird behauptet, dass Medien nicht mehr unabhängig seien, sondern von wenigen Konzernen kontrolliert würden, was zu einheitlicher Berichterstattung führe. Kritische Stimmen würden systematisch ausgegrenzt, insbesondere, wenn sie nicht dem Mainstream folgen. Der Fall Julian Assange wird als Beispiel genannt, wie Journalisten durch Repressionen eingeschüchtert werden. Auch wirtschaftliche Interessen werden betont: Krisen bringen nicht nur Kosten, sondern auch Profiteure – insbesondere in der Medien- und Finanzwelt. Es wird gefordert, Berichterstattung und politische Kommunikation stärker zu hinterfragen und alternative Perspektiven zuzulassen.

Die Meinungsäusserungen wurden allesamt zur Kenntnis genommen.

2.3.7.6 Sinn von Medienberichterstattung

Definition Sinn von Medienberichterstattung: Unter dem Schlagwort wurden alle Anträge zusammengefasst, welche grundsätzlich den Sinn von Medienberichterstattung in Frage stellen. Insgesamt wurde das Schlagwort 1-mal gesetzt.

In einem Antrag wird grundsätzlich der Sinn von Medienberichterstattung in Frage gestellt.

Der Antrag zum Sinn von Medienberichterstattung wurde zur Kenntnis genommen.

2.3.8 Gemeindeautonomie (18)

Definition Gemeindeautonomie: Unter dem Schlagwort wurden alle Anträge zusammengefasst, welche die Autonomie der Gemeinden betreffen. Die Anträge sehen die Gemeindeautonomie durch die Anforderungen des Massnahmenplans gefährdet sehen. Insgesamt wurde das Schlagwort 18-mal gesetzt.

Die Gemeindeautonomie wird in zahlreichen Anträgen als zentrales Anliegen betont. Zwar wird die Arbeit am Klimamassnahmenplan grundsätzlich anerkannt, jedoch wird mehrfach darauf hingewiesen, dass Eingriffe in die kommunalen Zuständigkeiten möglichst zu vermeiden sind. Kritisiert werden insbesondere kantonssweite Regulierungen, etwa zur Gestaltung von Stein- und Schottergärten, zur Parkplatzpflicht bei Neubauten oder zur Separatsammlung biogener Abfälle. Diese Themen sollen nicht durch einheitliche kantonale Vorgaben geregelt, sondern den Gemeinden zur eigenständigen Umsetzung überlassen werden. Die Gemeinden sollen selbst entscheiden können, mit welchen Systemen sie neuen Verpflichtungen nachkommen, wobei Effizienz und Kostenfreundlichkeit im Vordergrund stehen müssen. Die Verankerung der Klimastrategie im kantonalen Richtplan wird in den Anträgen abgelehnt, da sie neue Vorgaben

33/420

und Kosten für die Gemeinden mit sich bringen könnte. Statt verbindlicher Regelungen wird gefordert, Massnahmen in Form von Handlungsempfehlungen zu formulieren, um den kommunalen Spielraum zu erhalten.

Kantonale Massnahmen können naturgemäss Auswirkungen auf die Gemeinden haben. Wenn nur Massnahmen umgesetzt werden, welche die Gemeindeautonomie in keiner Weise tangieren, wird die Wirkung des Massnahmenplans reduziert. Es könnten nur noch Massnahmen umgesetzt werden, welche ausschliesslich die kantonale Ebene betreffen (eigene Verwaltung, nur Aufgaben in ausschliesslich kantonaler Hoheit). Viele Aufgaben sind aber Verbundaufgaben bzw. solche, bei denen Wirkung primär auf kommunaler Ebene entfaltet werden kann. Massnahmen, die die Gemeindeautonomie tangieren, sollen deshalb grundsätzlich auch möglich sein. Die Ausgestaltung der Massnahmen ist vielfach noch offen, bei einigen Massnahmen handelt es sich auch erst um Prüfaufträge. Es wurde fallweise geprüft, inwiefern mit Anpassungen in der Massnahmenbeschreibung der Thematik stärker Rechnung getragen werden kann. Hinsichtlich Integration des Themas Klima in den Richtplan fordert der Bund von den Kantonen, dass sie sich im Rahmen der kantonalen Richtplanung mit der Thematik des Klimawandels auseinandersetzen und Massnahmen im Kantonalen Richtplan festlegen. Gleichzeitig ist es auch wichtig, dass sich die Gemeinden mit den Themen "Klimaschutz" und "Anpassung an den Klimawandel" auseinandersetzen. Dabei soll den Gemeinden ein Ermessensspielraum eingeräumt werden. Wie genau die Vorgaben zu Planungsinstrumenten auf kommunaler bzw. regionaler Ebene ausgestaltet werden, wird im Rahmen des Richtplanprozesses festgelegt. Dazu können die Gemeinden im Rahmen des ordentlichen Revisionsprozesses Stellung nehmen.

3. Priorisierung und Staffelung der Massnahmen

3.1 Aufträge zur Ressourcenminderung

Anfang 2024 erfolgte eine erste Priorisierungs- und Staffelungsrunde unter Berücksichtigung der Finanzstrategie 2024–2030: Die Massnahmen des Massnahmenplans Klima Kanton Thurgau werden zeitlich so gestaffelt, dass im Jahr 2025 keine zusätzlichen Ressourcen benötigen. Das erste Budgetierungsjahr für Zusatzpersonal und -Sachmittel sollte somit das Jahr 2026 sein. Massnahmen werden nach Möglichkeit keine gestrichen. Dafür wurden alle Massnahmen inhaltlich und nach zeitlicher Dringlichkeit eingeschätzt und mit den verantwortlichen Fachstellen rückbesprochen. Seit 2025 werden die meisten der Quick wins umgesetzt. Diese Massnahmen benötigen weder zusätzliche Sachmittel und Personal, noch müssen politische Prozesse durchlaufen werden. Sie können somit schnell umgesetzt werden. In den Jahren 2026 bis 2030 können Massnahmen umgesetzt werden, die Zusatzsachmittel und -personal benötigen. Dabei ist der Ressourcenbedarf im Jahr 2026 reduziert und kann ab 2027 hochgefahren werden.

Während der internen Vernehmlassung haben die Ämter bereits den Auftrag erhalten, die angegebenen Zusatzressourcen nochmals zu prüfen. Die entsprechenden Rückmeldungen wurden aufgenommen. Mit den ressourcenintensivsten Ämtern (Amt für Energie, Amt für Umwelt, Landwirtschaftsamt, Forstamt und Amt für Raumentwicklungen) wurden separate Gespräche für eine

34/420

weitere Ressourcenreduktion geführt. Tabelle 3 präsentiert den Ressourcenbedarf vor und nach der Ressourcenreduktion.

Tabelle 3: Überblick der Einsparungen des Massnahmenplans Klima zwischen interner und externer Vernehmlassung.

	Sachmittel total (ohne Personal)	Sachmittel einmalig (ohne Personal)	Sachmittel jährlich (ohne Personal)	Personal
Version interne Vernehmlassung	12.3 Mio. CHF	2.4 Mio. CHF	0.9-3.1 Mio. CHF	1'180 Stellenprozente, plus 220 befristet
Version externe Vernehmlassung	7.36 Mio. CHF	0.92 Mio. CHF	1.24-1.77 Mio. CHF	730 Stellenprozente, plus 230 befristet

Der Massnahmenplan Klima wurde mit einem reduzierten Aufwandumfang in die externe Vernehmlassung gegeben. Gemäss den Anträgen aus der externen Vernehmlassung wurde beschlossen, die vorgeschlagenen Massnahmen des Massnahmenplans Klima einer zweiten Ressourcenprüfung zu unterziehen. Dies mit dem Ziel, die Kosten erneut zu reduzieren, die Wirkung des Massnahmenplans aber möglichst beizubehalten. Dazu wurden verschiedene Sparvorschläge ausgearbeitet.

3.2 Sparvorschläge

Für die Ausarbeitung der Sparvorschläge wurden die Gesamtkosten der Massnahmen, bestehend aus zusätzlichen Sachmitteln und zusätzlichen Personalkosten (Kosten, die nicht über andere Projekte genehmigt oder budgetiert sind), zusammengestellt und die Massnahmen unter Berücksichtigung der Beurteilungskriterien Wirkung, Kosten-Nutzen-Verhältnis, Umsetzbarkeit, Akzeptanz aus den Massnahmenblättern nochmals einer Prüfung bzw. Gesamtbeurteilung unterzogen. Insbesondere Massnahmen mit hohen Kostenfolgen bzw. solche, die in der Gesamtbeurteilung weniger gut abschneiden, wurden mit den verantwortlichen Fachstellen besprochen. Als Diskussionsgrundlage wurden verschiedene Sparvarianten entwickelt (ein pragmatischer Sparansatz, ein semi-quantitativer Sparansatz sowie eine Kombination dieser beiden Ansätze).

Die Einsparungen ergeben sich aus einer Kombination der folgenden geprüften Optionen:

- **Zusammenlegung von Massnahmen:** Einzelne inhaltlich zusammengehörende Massnahmen wurden zusammengelegt, was mit gewissen Einsparungen einherging.
 - Nr. 29–32 zu Nr. 29 zusammengelegt: "Kommunikationsplattform Ernährung etablieren zusammengefasst". Einsparungen: 0 Franken.
 - Nr. 71–72 zu Nr. 72 zusammengelegt: "Gemeinden bei der klimaangepassten Siedlungsentwicklung beraten und Fachkräfte hinsichtlich der klimatischen Herausforderungen im Siedlungsraum sensibilisieren". Einsparungen: -40'000 Franken.

35/420

- **Alternative Finanzierungsquellen:** Einzelne Massnahmen können über Bundesgelder finanziert werden, was das kantonale Budget entlastet.
 - Nr. 63: "Klimabedingte Risiken in der kantonalen Richtplanung konkret berücksichtigen". Einsparung: -200'000 Franken.
- **Finanzierung ausserhalb des Massnahmenplans Klima:** Einzelne Massnahmen werden ausserhalb des MP Klima durchgeführt und finanziert.
 - Nr. 60: "Quer- und Längsvernetzung an der Thur verbessern". Einsparung: 930'000 Franken, inkl. 100 Stellenprozent.
- **Streichung von Massnahmen:** Massnahmen, die in der externen Vernehmlassung als besonders kritisch beurteilt wurden, wurden gestrichen.
 - Nr. 26: "Pilotprojekt Mobility Pricing umsetzen". Das Projekt wurde von Projektbeteiligten aufgelöst. Einsparungen: -50'000 Franken.
 - Nr. 35: "Klimafitte landwirtschaftliche Hauptinfrastruktur für eine ertragssichere Nahrungsmittelproduktion unterstützen". Die Massnahme ist inhaltlich umstritten, teuer, die Entwässerung organischer Böden läuft dem Klimaschutz und der Biodiversitätsstrategie entgegen. Einsparungen: 1'165'000 Franken, wovon 700'000 Franken Sachmittel sind, -50 Stellenprozent.
 - Nr. 41: "Sensibilisierung für die Einsatzmöglichkeiten des Rohstoffs Holz ausbauen". Die Massnahme ist inhaltlich umstritten, das Nutzen-Kosten-Verhältnis tief. Einsparungen: -750'000 Franken.
- **Verschiebung auf den Massnahmenplan Klima ab 2032:** Sinnvolle, aber besonders teure Massnahmen wurden qualitativ nochmals auf Wirkung, Nutzen und weitere Kriterien (Umsetzbarkeit, Akzeptanz etc.) geprüft. Bei kritischer Beurteilung werden sie in den MP ab 2032 verschoben.
 - Nr. 52: "Klimafreundliche Anlagestrategie für Finanzmittel des Kantons etablieren". Einsparung: -1'000'000 Franken.
 - Nr. 79: "Instrumente einer Klimawirkungsabschätzung von politischen Geschäften und Entscheiden entwickeln". Einsparung: -477'800 Franken, wovon 50'000 Franken Sachmittel sind, -50 Stellenprozent.
- **Umschichtung von Personalstellen auf Drittleistungen:** Mit allen Fachstellen wurden systematisch die Potenziale für eine Umschichtung von zusätzlichen Personalstellen auf Drittleistungen abgeklärt. Der Lenkungsausschuss sprach sich gegen die Nutzung weiteren Auslagerungspotenzials aus.

Schliesslich hat man sich für den Sparvorschlag semiquantitativ-pragmatisch mit einer Einsparung von 31.61 % und einem Massnahmenplan Klima im Umfang von 9.66 Mio. Franken mit 71 Massnahmen ausgesprochen.

36/420

3.3 Implikation und Beurteilung

3.3.1 Implikationen

Tabelle 4 zeigt die Ergebnisse der Ressourcenprüfung mit den Eckwerten des neuen Massnahmenset für die Laufzeit 2027–2031 im Vergleich zur Version der externen Vernehmlassung:

Tabelle 4: Implikationen der Einsparungen im Überblick für den Zeitraum 2027–2031.

	Massnahmenplan Version externe Vernehmlassung		Massnahmenset neu		Differenz	
	81		71		-10	
	neu: 26	weiterentwickelt: 55	neu: 22	weiterentwickelt: 49	neu: -4	weiterentwickelt: -6
Anzahl Massnahmen						
Sachmittel ¹ [Franken]	7.36 Mio.		4.17 Mio.		-3.22 Mio.	
Personalkosten [Stellen-%]	960 ²		760		-200	
Personalkosten [Franken]	6.40 Mio. ³		5.34 Mio.		k. A. ⁴	
Gesamtkosten [Franken]	14.12 Mio.		9.66 Mio. ⁵		-4.46 Mio.	
Durchschnittliche jährliche Gesamtkosten [Franken]	2.91 Mio.		1.93 Mio.		-0.98 Mio.	
Gesamtkosten [%]	100		66.39		-31.61	
Gesamtnutzen [%] ⁶	100		88.48		-11.52	

Der Massnahmenplan Klima reduziert sich im Vergleich zur Version der externen Vernehmlassung um zehn Massnahmen. Damit einher gehen Einsparungen von 3.22 Mio. Franken (Sachmittel) und 200 Stellenprozent.

Durch den Ressourcenüberprüfungsprozess und politische Prozesse verzögert sich die Umsetzung der Massnahmen, welche zusätzliche Ressourcen bedürfen auf das Jahr 2027, statt 2026. Nachträglich zu den Sparvorschlägen wurde entschieden, mit Sozialnebenkosten von 19.35 %, statt Personalkosten von 25 % zu rechnen. Die Overheadkosten von weiteren 30 % aus der Vollkostenrechnung der Berechnungsmethodik für die Sparvorschläge wurden zusätzlich weggelassen. Deshalb wurden auch die Personalkosten der Vernehmlassungsversion dahingehend angepasst. Somit setzen sich die Eckwerte des Massnahmenplans Klima Kanton Thurgau 2027-2031 8.43 Mio. Franken (Stand April 2026) wie in Tabelle 5 zusammen:

¹ Sachmittel setzen sich aus den einmaligen und jährlichen Sachmitteln in den Massnahmen zusammen.

² Sind über die Umsetzungszeit des Massnahmenplans Klima gesamthaft zu beantragen.

³ Gemäss Finanzierungskonzept für den MP Klima

⁴ Zur Berechnung der Personalkosten wurde im Finanzierungskonzept ein anderer Ansatz als für das vorliegenden Massnahmenset verwendet. Daher ist ein direkter Vergleich nicht zielführend möglich.

⁵ Inklusive 150'000 CHF Umsetzungskosten.

⁶ Summierter Nutzen aller Massnahmen.

37/420

Tabelle 5: Übersicht über Sach-, Personal- und Gesamtaufwände des Massnahmenplans (Stand April 2026).

	Massnahmenplan Version externe Vernehmlassung		Massnahmenset neu	
	81		71	
Anzahl Massnahmen	neu: 26	weiterentwickelt: 55	neu: 22	weiterentwickelt: 49
Sachmittel ⁷ [Franken]	7.36		4.32 Mio.	
Personalkosten [Stellen-%]	960		760	
Personalkosten [Franken]	6.40 Mio. ⁸		4.11 Mio.	
Gesamtkosten [Franken]	14.12 Mio.		8.43 Mio. ⁹	
Durchschnittliche jährliche Gesamtkosten [Franken]	2.91 Mio.		1.69 Mio.	

3.3.2 Beurteilung

Das vorgeschlagene Massnahmenset ist das Ergebnis umfassender Abklärungen, Variantenvergleiche und Diskussionen. Es erfüllt den Auftrag, die Kosten zu reduzieren, die Wirkung des Massnahmenplans Klima möglichst hochzuhalten, am besten. Folgende Überlegungen haben zu diesem Vorschlag geführt:

- Das neue Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG) schreibt vor, dass die Kantone eigene Klimastrategien und Massnahmenpläne erarbeiten (Art. 8). Der Bund verlangt, dass Kantone insbesondere im Gebäudebereich CO₂-Reduktionen fördern, die Energieeffizienz stärken und Klimaanpassungsmassnahmen planen. Der Vorschlag wird diesen Zielen und Vorgaben unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen am besten gerecht.
- Bund und Kantone nehmen in der Erreichung des Ziels von Netto-Null-Emissionen und in der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels eine Vorbildfunktion wahr (KIG Art. 10 Abs. 1). Der Massnahmenplan Klima erfüllt diese Aufgabe mit dem nun vorgeschlagenen Massnahmenset. Er liefert eine Grundlage, um das KIG Art. 10 Abs. 4 zu erfüllen, d.h. für die zentrale Kantonsverwaltung die Emissionen bis 2040 auf Netto-Null zu bringen.
- Bereits im Prozess nach der internen Vernehmlassung wurden Einsparungen im Umfang von 4.94 Mio. CHF und 340 Stellenprozenten vorgenommen. Insgesamt wurden damit bereits beträchtliche Einsparungen erzielt.
- Mit der Klimastrategie hat sich der Regierungsrat dazu bekannt, Investitionen beim Klima zu tätigen – es sind keine reinen Ausgaben, sondern Investitionen in die Zukunft. Der vorgeschlagene Sparansatz unterstützt diese Logik, indem nicht pauschal gekürzt, sondern gezielt priorisiert wird.

⁷ Sachmittel setzen sich aus den einmaligen und jährlichen Sachmitteln in den Massnahmen zusammen.

⁸ Gemäss Finanzierungskonzept für den MP Klima

⁹ Inklusive 150'000 CHF Umsetzungskosten.

38/420

- Zentrale Massnahmen mit guter Wirkung bleiben bestehen, um mittel- bis langfristige Risiken zu vermeiden. Es ist mit den geringsten Investitionen in deutlich teurere Nachholmassnahmen zu rechnen.
- Das Massnahmenset erzielt mit den Investitionen in die Zukunft und somit in das Wohl der Bevölkerung am kostengünstigsten am meisten Wirkung.
- Weniger Dringliches wird auf das Jahr 2032 verschoben.
- Durch die erzielten Einsparungen und den damit verbundenen Verzicht auf einige gewichtige Massnahmen geht der überarbeitete Massnahmenplan Klima auf die aktuell eher skeptische politische Haltung der Thurgauer Bevölkerung gegenüber Klimamassnahmen ein. Es werden Massnahmen weggelassen, die inhaltlich herausfordernd und politisch schwer umsetzbar sind. Es stärkt somit die politische Mehrheitsfähigkeit.
- Mit der Umsetzung des Sparvorschlags stellt der Massnahmenplan Klima mit den verbleibenden Massnahmen ein ausgewogenes Massnahmenset sicher, das verwaltungsintern und in der externen Vernehmlassung bestätigt ist.
- Am Massnahmenplan Klima haben viele kantonale Ämter und verwaltungsexterne Verbandsfunktionäre seit Anfang 2023 mitgewirkt. Der hier erläuterte Vorschlag würdigt den Fachgruppenprozess und die umfangreichen Arbeiten der zuständigen Fachstellen. Er kommt dem Ursprungsvorschlag am besten entgegen.

4. Schlussfolgerungen

Die Auswertung der externen Vernehmlassung hat eine breite Unterstützung für Klimamassnahmen, gleichzeitig aber klare Forderungen nach Fokussierung, Transparenz und ressourceneffizienter Umsetzung gezeigt. Die Priorisierungs- und Sparprozesse haben zu notwendigen Anpassungen geführt. Aufgrund der eingereichten Anträge wurde eine weitere Ressourcenprüfung durchgeführt und der Gesamtkostenumfang, Zeitrahmen und die Anzahl der Massnahmen reduziert. Das vorliegende Massnahmenset wurde auf Wirkung, Kosten-Nutzen und Umsetzbarkeit geprüft und zeitlich gestrafft.

Mit den vorgenommenen Ressourcenanpassungen werden rund 31.61 % der Gesamtkosten und 200 Stellenprozent gespart, ohne komplizierte Bewertungsmodelle, ohne politische Blockaden und ohne Überlastung der Verwaltung. Der Fokus liegt auf klaren Prioritäten, schneller Wirkung und flexibler Nachsteuerung. Der Ansatz verbindet Haushaltsdisziplin und politische Tragfähigkeit. Es wird die Balance gehalten zwischen finanzpolitischer Verantwortung heute und strategischer Zukunftssicherung, ein zentrales Ziel des Regierungsrats. Mit weitergehenden Einsparungen entfernt man sich zunehmend von den gesetzten Klimazielen. Tabelle 6 zeigt die Entwicklung der Ressourcen.

Mit der angepassten Berechnungsmethodik im Nachgang zum Reduktionsprozess sinken die Gesamtaufwände auf 8.43 Mio. Franken.

39/420

Tabelle 6: Überblick der Einsparungen des Massnahmenplans Klima zwischen interner sowie vor und nach externer Vernehmlassung.

	Sachmittel total (ohne Personal)	Sachmittel einmalig (ohne Personal)	Sachmittel jährlich (ohne Personal)	Personal
Version interne Vernehmlassung	12.3 Mio. CHF	2.4 Mio. CHF	0.9-3.1 Mio. CHF	1'180 Stellenprozente, plus 220 befristet
Version externe Vernehmlassung	7.36 Mio. CHF	0.92 Mio. CHF	1.24-1.77 Mio. CHF	730 Stellenprozente, plus 230 befristet
Finale Version nach externer Vernehmlassung	4.32 Mio. CHF	0.95 Mio. CHF	0.59-1.06 Mio. CHF	530 Stellenprozente, plus 240 befristet

5. Anhang

Entwurf Massnahmenplan Klima

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Vorwort			
141420	ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband, Sektion Ostschweiz/FL 9001 St. Gallen	Antrag / Bemerkung Störend ist im Vorwort ebenfalls der Ausdruck der «Klimakrise» (und nicht «Klimawandel»), welcher zu hohem Aktionismus und unüberlegten Massnahmen verleitet. Begründung -	Schlagworte Formales, Formulierung Umgang mit Rückmeldung Das Wort Klimakrise wird durch "Auswirkungen des Klimawandels" ersetzt.
141171	EVP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Antrag: Der Kanton Thurgau nimmt seine Verantwortung in der Klimapolitik wahr und leistet seinen Beitrag zur Bewältigung des Klimawandels bevor es zur Klimakrise führt. Antrag: letzter Satz 1. Absatz - Ergänzung: "...künftig häufiger und ausgeprägter zeigen, u.a. da die Niederschlagsmengen in der Region Säntis und damit im Einzugsbereich von Sitter und Thur extrem hoch sein können." Begründung die Bewältigung um diese zu Vermeiden ist elementar, darum Bewältigung des Klimawandels bevor es zur Krise kommt resp. um diese zu vermindern.	Schlagworte Formales, inhaltliche Ergänzung Umgang mit Rückmeldung Antrag 1: Das Wort Klimakrise wird durch "Auswirkungen des Klimawandels" ersetzt. Antrag 2: Abgelehnt. Es ist korrekt, dass auch im Einzugsgebiet von Sitter und Thur die Niederschlagsmengen hoch ausfallen können, aber das ist nur ein Teil der Geschichte. Starkniederschlagsereignisse betreffen nicht nur das Einzugsgebiet, sondern den ganzen Kanton. Dies kann die bestehende Formulierung erfüllen.

41/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141489	Politische Gemeinde Bürglen 8575 Bürglen	Antrag / Bemerkung Wir unterstützen die Stellungnahme des VTG. Begründung Wir unterstützen die Stellungnahme des VTG.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
140548	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Abschnitt 3 Textanpassung - "Bewältigung der Folgen der Klimaveränderungen" anstelle von "Bewältigung der Klimakrise" Begründung Im Vorwort wird auf die Folgen der Klimaveränderung und den Klimawandel hingewiesen. Die Formulierung "Klimakrise" ist zu hoch gegriffen und soll durch "Klimaveränderungen" ersetzt werden.	Schlagworte Formales, Formulierung Umgang mit Rückmeldung Die Folgen der Veränderungen durch den Klimawandel stellen nur einen Teil dar, wofür Massnahmen zu ergreifen sind (Anpassung an den Klimawandel). Es braucht auch Massnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen. Das Wort Klimakrise wird durch "Auswirkungen des Klimawandels" ersetzt.
132585	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Abschnitt 3 Textanpassung - "Bewältigung der Folgen der Klimaveränderungen" anstelle von "Bewältigung der Klimakrise" Begründung Im Vorwort wird auf die Folgen der Klimaveränderung und den Klimawandel hingewiesen. Die Formulierung "Klimakrise" ist zu hoch gegriffen und soll durch "Klimaveränderungen" ersetzt werden.	Schlagworte Formulierung, Formales Umgang mit Rückmeldung Die Folgen der Veränderungen durch den Klimawandel stellen nur einen Teil dar, wofür Massnahmen zu ergreifen sind (Anpassung an den Klimawandel). Es braucht auch Massnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen. Das Wort Klimakrise wird durch "Auswirkungen des Klimawandels" ersetzt.
142633	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung "Klimakrise" mit "Klimaveränderung" ersetzen Begründung	Schlagworte Formales, Formulierung Umgang mit Rückmeldung Das Wort Klimakrise wird durch "Auswirkungen des Klimawandels"

42/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Der Begriff "Klimakrise" ist umfassend. Mit den geplanten Massnahmen wird dem Klimawandel Rechnung getragen und bestimmte negative Einflüsse auf das Klima werden verhindert und verlangsamt. Die "Klimakrise" wird dadurch nicht überwunden. Das Klima wird ein Dauerthema bleiben.	ersetzt.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Zusammenfassung			
141180	EVP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung wir begrüssen den Massnahmenplan Klima und estimieren die Arbeit dazu. Es wird wichtig sein, dass die Priorität zur Umsetzung sehr hoch bleibt. Es wäre unverantwortlich, hier zu zögern oder die Prozesse unnötig in die Länge zu ziehen. Begründung Die finanziellen Konsequenzen bei Unterlassen sind nicht abgebildet	Schlagworte Finanzmittel, Sinn von Klimamassnahmen, Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung Die Einschätzung, dass rasches Handeln wichtig ist, wird geteilt. In der Klimastrategie Kanton Thurgau steht entsprechend: "Werden keine oder nur unzureichende Massnahmen gegen den Klimawandel ergriffen, nehmen die Auswirkungen und die damit einhergehenden monetären und nicht-monetären Kosten mit der Zeit immer mehr zu. Rasches Handeln zahlt sich aus. Werden nicht rasch ausreichende Massnahmen ergriffen, dürften die Kosten bei einer ungebremsten globalen Erwärmung für die Schweiz bis 2050 bis zu 4 % des Bruttoinlandprodukts ausmachen. Auf eine weitergehende Quantifizierung der Kosten des Nicht-Handelns wird verzichtet. Die Mittel sollen primär für die Umsetzung von Massnahmen eingesetzt werden.
129265	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident	Antrag / Bemerkung	Schlagworte inhaltliche Ergänzung, Formales Umgang mit Rückmeldung

43/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	9315 Neukirch/ Egnach	Abs. 2 soll ergänzt werden. Es soll mit einer Aufzählung aufgezeigt werden, mit welchen Abgaben der Fonds zur Finanzierung nach 2030 erfolgen soll Begründung Damit die Kontinuität der Finanzierung nach 2030 sichergestellt werden kann, müssen die Abgaben, ob neu oder durch Erhöhung, schon jetzt bekannt sein. Es darf nicht sein, dass Massnahmen geplant werden die schlicht nicht Mehrheitsfähig sind. In der Klimapolitik ist die Langfristigkeit der wichtigste Faktor zum Erfolg.	Die Finanzierung für den Massnahmenplan 2027-2031 (Umsetzungszeitraum aufgrund Verzögerungen angepasst) ist geregelt. Im Kapitel 5.3. ist geschildert, dass nach 2032 ein Fonds die Finanzierung der Massnahmen unterstützen soll. Dafür werden jetzt die rechtlichen Grundlagen geschaffen sowie die Finanzierungsinstrumente geprüft und wie gewünscht auch festgelegt werden. In der Zusammenfassung wird nichts angepasst. Im Kapitel 5.3 wird geprüft, ob für die Finanzierung ab 2032 bereits Beispiele von Finanzierungsinstrumenten genannt werden können.
141490	Politische Gemeinde Bürglen 8575 Bürglen	Antrag / Bemerkung Unterstützung der Stellungnahme des VTG Begründung Unterstützung der Stellungnahme des VTG	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
141121	Politische Gemeinde Kradolf-Schönenberg Gemeindepräsident 9215 Kradolf-Schönenberg	Antrag / Bemerkung Wir bringen und gesamtheitlich im Kapitel Zusammenfassung ein. Begründung 1. Überbordende Bürokratie und Komplexität 1.1 Umfang der Maßnahmen Mit 81 Maßnahmen verteilt auf 19 Sektoren und Querschnittsfelder ist der Plan äußerst umfangreich. Dies führt zu einem hohen Koordinationsaufwand zwischen den verschiedenen beteiligten Stellen. Der Plan erfordert die enge Zusammenarbeit zahlreicher kantonaler Ämter, Gemeinden und externer Partner. 1.2 Mehrfachzuständigkeiten und Ineffizienzen	Schlagworte Zuständigkeit, Zusammenarbeit, Finanzmittel, Finanzierungsinstrumente, Realisierbarkeit, Sinn von Klimamassnahmen, Kosten für die Volkswirtschaft, Umsetzungsgeschwindigkeit, Massnahmeninstrument, Ambitionsniveau, Anzahl Massnahmen, Massnahmenpriorisierung Umgang mit Rückmeldung 1.1: Die Klimastrategie des Kantons Thurgau ist bewusst breit ausgelegt, sie umfasst Ziele in 15 Sektoren sowie Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel. Wenn Ziele in Sektoren definiert werden, sollen auch entsprechende Massnahmen dazu formuliert werden. Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung nach der externen Vernehmlassung wurde die Anzahl Massnahmen reduziert.

44/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Viele Massnahmen überschneiden sich in ihrer Zielsetzung oder erfordern die Zusammenarbeit von Institutionen mit teilweise widersprüchlichen Interessen. Ein Beispiel dafür ist die Massnahme MN 57 („Ein integrales Wassermanagement erarbeiten“), die sowohl von der Wasserwirtschaft als auch von der Raumplanung abhängt. Diese strukturelle Komplexität birgt das Risiko von Verzögerungen und Entscheidungsblockaden. 1.3 Kantonale und interkantonale Herausforderungen Die Koordination zwischen den Kantonen und dem Bund erschwert die Umsetzung vieler Massnahmen. Besonders ambitionierte Projekte wie die Dekarbonisierung des Verkehrs („Road Map Umrüstung Regionalbusflotte“, MN 18) erfordern Abstimmungen mit nationalen Strategien und Förderprogrammen, was die Planungsprozesse verlangsamt. 2. Hohe Kosten und unklare Finanzierung 2.1 Finanzielle Herausforderungen Ein zentraler Kritikpunkt ist die enorme finanzielle Belastung, die durch die Umsetzung des Massnahmenplans entsteht. Sowohl einmalige als auch wiederkehrende Kosten sind hoch und stellen insbesondere für kleinere Gemeinden eine Herausforderung dar. Massnahmen wie die energetische Optimierung der Abwasserreinigungsanlagen (MN 49) erfordern umfangreiche Investitionen, deren Nutzen oft erst langfristig sichtbar wird. 2.2 Mangelnde Transparenz Einige Massnahmen, wie die „Etablierung eines integralen Wassermanagements“ (MN 57), sind in Bezug auf ihre Kosten mit dem Vermerk „nicht abschätzbar“ versehen. Diese Unklarheiten erschweren eine fundierte Bewertung der finanziellen Machbarkeit und wirken	Viele Massnahmen können in der Verantwortung einzelner Fachämter ohne aufwändige Koordination und Abstimmungsprozesse effizient umgesetzt werden. 1.2: Es ist zentral, dass die Wasserwirtschaft und die Raumentwicklung von Beginn an einbezogen werden, damit ein gesamtheitlicher (integraler) Ansatz gefahren werden kann. 1.3: Die Abstimmung zwischen eidgenössischen und kantonalen Aktivitäten wird bereits jetzt getätigt und soll auch künftig erfolgen. Nur so können Ressourcen zielführend eingesetzt, Doppelspurigkeiten und zuwider laufende Handlungen vermieden werden. 2.1: Im Vergleich zu anderen kantonalen Massnahmenplänen sind die Kosten im Kanton Thurgau eher tief bzw. vergleichbar. Im bisherigen Prozess wurden alle Massnahmen mehrfach einer kritischen Betrachtung im Lichte der vorhandenen Ressourcen unterzogen, priorisiert und zum Teil gestrichen. Die ausgewiesenen Kosten sind diejenigen für den Kanton, nicht für Gemeinden. 2.2: Bei der Massnahme 57 "Ein integrales Wassermanagement erarbeiten" sind die zusätzlichen finanziellen Kosten mit 100 kCHF während fünf Jahren ab 2026 ausgewiesen. Bei allen Massnahmen sind die zusätzlichen Kosten ausgewiesen, was in der Gesamtübersicht der Details der neuen und weiterentwickelten Massnahmen (Anhang 1) und in den Anhängen 2 und 3 zu den Übersichten der Finanzen und Stellen ebenfalls ersichtlich ist. 2.3: siehe Antworten zu 3 und 4. 3: Die Schweiz hat das Pariser Klimaabkommen ratifiziert und setzt dieses seit 2017 um. Seit 1.1.2025 gilt auch das eidgenössische Klima- und Innovationsgesetz, das auch die Kantone zur Umsetzung von Massnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen und der Bewältigung der Folgen durch den Klimawandel in die Pflicht nehmen. Die Kantone haben einen Auftrag zu erfüllen. 3.1: Ausschliesslich auf Anreizsystemen basierende Massnahmen

45/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		sich negativ auf die Akzeptanz in der Bevölkerung aus. 2.3 Internationale Vergleichsperspektiven Länder wie Deutschland oder Frankreich zeigen, dass umfangreiche Investitionen in Klimaschutz oft mit erheblichem öffentlichen Widerstand einhergehen, wenn die Finanzierung über Steuererhöhungen oder neue Abgaben erfolgt. Die „Gilets Jaunes“-Proteste in Frankreich verdeutlichen, wie soziale Spannungen durch ungleich verteilte Kosten verschärft werden können. 3. Geringe Akzeptanz in der Bevölkerung Betrachtet man die sehr mangelnde Aktivität der grossen Industrienationen zum Umweltschutz erscheint unser Einsatz im Thurgau schon fast sinnlos - hier fehlt der Bevölkerung der Politische Druck auf den Bund auf diese Länder verstärkt einzuwirken. 3.1 Widerstand gegen verpflichtende Massnahmen Massnahmen wie die Pflicht zur Installation von Photovoltaikanlagen bei Gebäudesanierungen (MN 9) stoßen insbesondere bei privaten Immobilieneigentümern auf Ablehnung. Die hohen Investitionskosten werden als Belastung empfunden, insbesondere von älteren oder einkommensschwächeren Haushalten. 3.2 Mangelnde Sensibilisierung Die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Wichtigkeit der Klimamaßnahmen ist in Teilen unzureichend. Die Sensibilisierung muss auch im Bildungsbereich stattfinden. Zwar gibt es Initiativen wie die Kommunikationsplattform für ressourcenschonende Ernährung (MN 29), doch bleibt fraglich, ob diese langfristig Verhaltensänderungen bewirken können. 4. Ungerechtigkeit zwischen Arm und Reich	reichen nicht aus, um die Klimaziele zu erreichen. Es wird deshalb vielfach die Kombination von Fördern und Fordern vorgeschlagen, indem Förderinstrumente und verpflichtende Elemente im Sinne eines Massnahmenmixes kombiniert werden. An den wenigen verpflichtenden Elementen wird festgehalten, da der Massnahmenplan sonst stark geschwächt würde. 3.2: Die Wirkung von Sensibilisierungsmassnahmen ist unterstützend und hängt von der Information, aber auch vom Willen, etwas zu verändern ab. 4.1, 4.2: Bezüglich der ungleichen Verteilwirkungen auf verschiedene Bevölkerungsschichten wird davon ausgegangen, dass die Massnahmen entweder keine/kaum unterschiedliche Verteilwirkungen mit sich bringen bzw. sich keine der Massnahmen negativ auf ärmere Bevölkerungsschichten auswirkt. Massnahmen mit direkten Kostenfolgen für die Bevölkerung (z.B. MN Heizsysteme, Motorfahrzeugsteuer) können so ausgestaltet werden, dass sie für Ärmere eher positive Wirkungen haben. 5.1: Planungen und Gesetzesanpassungen sind wichtige Grundlagen für weitere Aktivitäten und sind mit einer realistischen Umsetzungszeit ausgewiesen. Der Massnahmenplan umfasst bewusst sowohl Massnahmen, die kurzfristig umgesetzt werden können (quick wins), aber auch solche mit längeren Umsetzungszeiten, welche über den Massnahmenplan 2026-2030 hinaus Wirkung erzielen können. 5.2: Bei der Erarbeitung der Massnahmen wurden die Fachstellen der kantonalen Verwaltung einbezogen, sodass ein realistisch umsetzbarer Massnahmenplan entsteht. Dabei wurde auch das politische Umfeld berücksichtigt. Dieses ist mit dem Kanton Zürich nicht vergleichbar. 6.1: Die Rahmenbedingungen anderer Länder und namentlich die

46/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		4.1 Ungleiche Kostenverteilung Ein großes Problem des Massnahmenplans ist die ungleiche Verteilung der finanziellen Lasten. Haushalte mit höherem Einkommen profitieren eher von Förderprogrammen, da sie in der Lage sind, die notwendigen Eigenmittel für Investitionen wie den Einbau von erneuerbaren Heizsystemen (MN 7) aufzubringen. Einkommensschwächere Haushalte hingegen bleiben oft außen vor. 4.2 Internationale Beispiele Die Erfahrungen aus anderen Ländern, wie die gescheiterte Energiepolitik in den USA unter dem Green New Deal, zeigen, dass ungleiche Kostenverteilungen zu erheblichem Widerstand führen können. Ohne gezielte Massnahmen zur sozialen Abfederung riskieren auch die Massnahmen im Kanton Thurgau eine sinkende Akzeptanz. 5. Lange Umsetzungszeiten 5.1 Verzögerungen durch Planungsprozesse Viele der Massnahmen, insbesondere solche, die bauliche Massnahmen oder gesetzliche Anpassungen erfordern, weisen sehr lange Umsetzungszeiträume auf. Die Dekarbonisierung des Straßenbaus (MN 28) oder die Optimierung von Kläranlagen (MN 49) sind Beispiele für Projekte, deren Realisierung sich über viele Jahre hinziehen wird. 5.2 Wettbewerbsfähigkeit anderer Kantone Andere Kantone, wie etwa Zürich, setzen oft gezieltere und schneller umsetzbare Massnahmen um, was den Kanton Thurgau im Vergleich weniger ambitioniert wirken lässt. Dies könnte sich langfristig negativ auf die Attraktivität und Innovationskraft des Kantons auswirken.	Klimapolitik auf Ebene des Landes (Bund) sowie die Aufgabenteilung zwischen den verschiedenen Staatsebenen sind schlecht vergleichbar. Der Massnahmenplan Klima Kanton Thurgau 2026-2030 baut auf den Rahmenbedingungen auf Ebene Bund und Kanton auf und berücksichtigt dabei auch Aspekte wie politische Umsetzbarkeit und Akzeptanz. Sollten die nun geplanten Massnahmen nicht zum Ziel führen, sollen die Massnahmen in einem späteren Schritt verschärft werden, damit die langfristigen Klimaziele erreicht werden können. 6.2: Die politischen Rahmenbedingungen sind in städtisch geprägten Kantonen anders als im Kanton Thurgau, ein Direktvergleich ist schwierig. Die vorgeschlagenen Massnahmen bestehen aus einem Mix aus Anreizen, Regulierungen und Sensibilisierung.

47/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		6. Beispiele für internationale und kantonale Diskrepanzen 6.1 Internationale Perspektive Ein Vergleich mit Norwegen zeigt, wie ambitionierte Klimapolitik effizient gestaltet werden kann. Dort hat die Elektrifizierung des Verkehrssektors Priorität, begleitet von erheblichen staatlichen Subventionen und klaren gesetzlichen Vorgaben. Im Gegensatz dazu fehlt es dem Massnahmenplan des Kantons Thurgau an der notwendigen Klarheit und Zielstrebigkeit, insbesondere in Bezug auf den Verkehrssektor. 6.2 Kantonale Unterschiede Kantone wie Basel-Stadt oder Genf setzen auf strengere Regulierungen und eine stärkere Beteiligung der Bevölkerung, was zu einer höheren Akzeptanz beiträgt. Der Kanton Thurgau könnte von diesen Ansätzen profitieren, insbesondere bei der Sensibilisierung der Bevölkerung und der Gestaltung sozial gerechter Massnahmen. Fazit und Handlungsempfehlungen Der Massnahmenplan des Kantons Thurgau ist ein ambitioniertes Vorhaben, das jedoch durch Bürokratie, hohe Kosten, geringe Akzeptanz und soziale Ungerechtigkeiten belastet wird. Um die Erfolgchancen des Plans zu verbessern, sind folgende Empfehlungen essenziell: 1. Reduktion der Bürokratie: Die Anzahl der Massnahmen sollte gestrafft und auf Schlüsselprojekte konzentriert werden. 2. Transparente Finanzierung: Eine klare Aufstellung der Kosten und ihrer Deckung ist notwendig, um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. 3. Soziale Gerechtigkeit: Förderprogramme sollten gezielt einkommensschwächere Haushalte adressieren.	

48/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		4. Effizienz und Geschwindigkeit: Priorisierung von Massnahmen mit kurzer Umsetzungszeit, um schnelle Erfolge sichtbar zu machen. 5. Internationale Zusammenarbeit: Der Kanton sollte von internationalen Best Practices lernen und diese an lokale Gegebenheiten anpassen. Der Klimaschutzplan des Kantons Thurgau zeigt eine vielversprechende Richtung und umfasst zahlreiche Massnahmen, die das Potenzial haben, die Klimaziele des Kantons zu erreichen. Es ist jedoch wichtig, dass bei der Umsetzung diese Massnahmen kritisch betrachtet und auf ihre Effektivität und Realisierbarkeit überprüft werden. Internationale Beispiele aus anderen Ländern verdeutlichen, dass ähnliche Klimaschutzmassnahmen häufig mit hohen Kosten, langen Genehmigungsverfahren und bürokratischen Hürden verbunden sind. Der Kanton Thurgau sollte daher sicherstellen, dass die Massnahmen auf die spezifischen Bedürfnisse und Gegebenheiten vor Ort angepasst werden und gleichzeitig auf Effizienz und Kostentransparenz geachtet wird. Der Erfolg des Plans hängt letztlich davon ab, ob es gelingt, die Bevölkerung zu mobilisieren und eine breite Unterstützung für die Massnahmen zu gewinnen. Eine klare Kommunikation und ein verstärkter Fokus auf soziale Gerechtigkeit könnten dabei den entscheidenden Unterschied machen.	
140552	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Der Massnahmenplan Klima wird begrüsst und die grosse Arbeit wird anerkannt. Die Abfassung ist breit ausgelegt. Es mangelt ihr aber an Tiefe. Es reicht nicht aus, nur die Kosten der Konzeptualisierung (auf kantonaler Ebene) zu erfassen. Die zu erwartenden	Schlagworte Kosten für die Volkswirtschaft, Ambitionsniveau Umgang mit Rückmeldung Volkswirtschaftliche Kosten: Abgelehnt. Die Quantifizierung volkswirtschaftlicher Auswirkungen wurde bereits im Erarbeitungsprozess

49/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Kosten für die gesamte Volkswirtschaft (besonders in den Bereichen der Wirtschaft, Gemeinden und für Private) sind zu ergänzen. Der Nutzen der Massnahmen muss quantifiziert und überprüft werden. Eingriffe in die Kompetenzen der Gemeinden sind möglichst zu vermeiden; die Gemeindeautonomie muss gewahrt bleiben. Begründung Die umfassenden Themenfelder zeigen die Folgen für die Volkswirtschaft nicht. Vor allem im Bereich Kosten und personelle Ressourcen werden nur die Planungs- (Primär) Kosten kantonsseitig dargestellt. Für die Gemeinden, welche in der Umsetzung der Massnahmen stark betroffen sind, ist die Quantifizierung der finanziellen und personellen Auswirkungen bedeutend. Die Massnahmen müssen der Gemeindeautonomie Rechnung tragen.	des Massnahmenplans Klima diskutiert und vom Lenkungsausschuss verworfen, mit der Begründung, dass Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen und die Auswirkungen grob bereits in der Strategie dargelegt sind. Es wurde damals entschieden, nur qualitative Aussagen zu Auswirkungen auf die Wertschöpfung zu integrieren. Quantifizierung des Nutzens der Massnahmen: Abgelehnt. Das Anliegen ist berechtigt im Sinne einer wirkungsorientierten Ausgestaltung und Prüfung des Massnahmenplans. Aus folgenden Gründen wird nach erneuter Prüfung weiterhin darauf verzichtet: - Die Massnahmen sind in der Regel bisher nicht so ausformuliert bzw. präzisiert, dass sie direkt quantifiziert werden können. Es müssten sehr viele Annahmen getroffen werden, um diese zu quantifizieren, was den Mehrwert reduziert. - Viele Massnahmen sind auf vorgelagerter Ebene anzusiedeln (Prüfaufträge, Planungsgrundlagen) bzw. haben lediglich indirekte Wirkung (Sensibilisierung), deren Wirkung zum jetzigen Zeitpunkt kaum geschätzt bzw. mit grossen Unsicherheiten verbunden wären. Oftmals fehlen auch Datengrundlagen zur Quantifizierung (diese werden mit den Massnahmen z.T. erst erarbeitet). - Sinnvoll quantifizieren liessen sich primär einzelne Massnahmen mit investivem Charakter, Vorschriften/Regelungen sowie vereinzelt Massnahmen, die die kantonale Verwaltung betreffen (eigener Gebäudepark, eigene Fahrzeugflotte). - Eine lückenhafte Quantifizierung nur einzelner quantifizierbarer Massnahmen ist wenig zielführend. Es besteht die Gefahr, dass nur noch die quantifizierbaren Massnahmen weiterverfolgt werden, was nicht der Bedeutung der Massnahmen entspricht. Gemeindeautonomie: Kantonale Massnahmen können naturgemäss Auswirkungen auf die Gemeinden haben. Wenn nur Massnahmen

50/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			umgesetzt werden, die die Gemeindeautonomie in keiner Weise tangieren, wird die Wirkung reduziert. Es könnten nur noch Massnahmen umgesetzt werden, die ausschliesslich die kantonale Ebene betreffen (eigene Verwaltung, nur Aufgaben in ausschliesslich kantonaler Hoheit). Viele Aufgaben sind aber Verbundaufgaben bzw. solche, bei denen Wirkung primär auf kommunaler Ebene entfaltet werden kann. Massnahmen, die die Gemeindeautonomie tangieren, sollen deshalb grundsätzlich auch möglich sein. Die Ausgestaltung der Massnahmen ist vielfach noch offen, bei einigen Massnahmen handelt es sich auch erst um Prüfaufträge. Es wird fallweise geprüft werden, inwiefern mit Anpassungen in der Massnahmenbeschreibung der Thematik stärker Rechnung getragen werden kann. Amt INFRAS
137637	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die für die Umsetzung des Massnahmenplanes notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen sind als zwingend und gebunden anzusehen. Begründung Da wir uns bereits im Jahr 2025 befinden, bleibt nur noch sehr wenig Zeit, um die Reduktionsziele von 50% bis 2030 und Netto-Null bis 2050 zu erreichen. Es darf keine weiteren Verzögerungen bei der Umsetzung der vorgesehenen Massnahmen geben. Mit deren Umsetzung wird einem verbindlichen gesetzlichen Auftrag nachgekommen. Ausserdem würden durch eine Verzögerung bei den Investitionen zur Umsetzung des Massnahmenplans Klima deutlich grössere Kosten und Risiken in Zukunft verursacht.	Schlagworte Zielsetzung, Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Danke für die Unterstützung.

51/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
132619	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Der Massnahmenplan Klima wird begrüsst und die grosse Arbeit wird anerkannt. Die Abfassung ist breit ausgelegt. Es mangelt ihr aber an Tiefe. Es reicht nicht aus, nur die Kosten der Konzeptualisierung (auf kantonaler Ebene) zu erfassen. Die zu erwartenden Kosten für die gesamte Volkswirtschaft (besonders in den Bereichen der Wirtschaft, Gemeinden und für Private) sind zu ergänzen. Der Nutzen der Massnahmen muss quantifiziert und überprüft werden. Eingriffe in die Kompetenzen der Gemeinden sind möglichst zu vermeiden; die Gemeindeautonomie muss gewahrt bleiben. Begründung Die umfassenden Themenfelder zeigen die Folgen für die Volkswirtschaft nicht. Vor allem im Bereich Kosten und personelle Ressourcen werden nur die Planungs- (Primär) Kosten kantonsseitig dargestellt. Für die Gemeinden, welche in der Umsetzung der Massnahmen stark betroffen sind, ist die Quantifizierung der finanziellen und personellen Auswirkungen bedeutend. Die Massnahmen müssen der Gemeindeautonomie Rechnung tragen.	Schlagworte Kosten für die Volkswirtschaft, Gemeindeautonomie Umgang mit Rückmeldung Volkswirtschaftliche Kosten: Abgelehnt. Die Quantifizierung volkswirtschaftlicher Auswirkungen wurde bereits im Erarbeitungsprozess des Massnahmenplans Klima diskutiert und vom Lenkungsausschuss verworfen, mit der Begründung, dass Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen und die Auswirkungen grob bereits in der Strategie dargelegt sind. Es wurde damals entschieden, nur qualitative Aussagen zu Auswirkungen auf die Wertschöpfung zu integrieren. Quantifizierung des Nutzens der Massnahmen: Abgelehnt. Das Anliegen ist berechtigt im Sinne einer wirkungsorientierten Ausgestaltung und Prüfung des Massnahmenplans. Aus folgenden Gründen wird nach erneuter Prüfung weiterhin darauf verzichtet: - Die Massnahmen sind in der Regel bisher nicht so ausformuliert bzw. präzisiert, dass sie direkt quantifiziert werden können. Es müssten sehr viele Annahmen getroffen werden, um diese zu quantifizieren, was den Mehrwert reduziert. - Viele Massnahmen sind auf vorgelagerter Ebene anzusiedeln (Prüfaufträge, Planungsgrundlagen) bzw. haben lediglich indirekte Wirkung (Sensibilisierung), deren Wirkung zum jetzigen Zeitpunkt kaum geschätzt bzw. mit grossen Unsicherheiten verbunden wären. Oftmals fehlen auch Datengrundlagen zur Quantifizierung (diese werden mit den Massnahmen z.T. erst erarbeitet). - Sinnvoll quantifizieren liessen sich primär einzelne Massnahmen mit investivem Charakter, Vorschriften/Regelungen sowie vereinzelt Massnahmen, die die kantonale Verwaltung betreffen (eigener Gebäudepark, eigene Fahrzeugflotte). - Eine lückenhafte Quantifizierung nur einzelner quantifizierbarer Massnahmen ist wenig zielführend. Es besteht die Gefahr, dass nur noch die quantifizierbaren Massnahmen weiterverfolgt werden, was

52/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			nicht der Bedeutung der Massnahmen entspricht. Gemeindeautonomie: Kantonale Massnahmen können naturgemäss Auswirkungen auf die Gemeinden haben. Wenn nur Massnahmen umgesetzt werden, die die Gemeindeautonomie in keiner Weise tangieren, wird die Wirkung reduziert. Es könnten nur noch Massnahmen umgesetzt werden, die ausschliesslich die kantonale Ebene betreffen (eigene Verwaltung, nur Aufgaben in ausschliesslich kantonaler Hoheit). Viele Aufgaben sind aber Verbundaufgaben bzw. solche, bei denen Wirkung primär auf kommunaler Ebene entfaltet werden kann. Massnahmen, die die Gemeindeautonomie tangieren, sollen deshalb grundsätzlich auch möglich sein. Die Ausgestaltung der Massnahmen ist vielfach noch offen, bei einigen Massnahmen handelt es sich auch erst um Prüfaufträge. Es wurde fallweise geprüft werden, inwiefern mit Anpassungen in der Massnahmenbeschreibung der Thematik stärker Rechnung getragen werden kann. Amt INFRAS
142641	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung Anerkennung der Arbeit und kritische Rückmeldungen - Kostenfolge allgemein - Einbindung bestehender Ressourcen Begründung Grundsätzlich begrüssen wir die Massnahmen, die der Kanton Thurgau in Bezug auf den Klimawandel ergreifen will. Wir anerkennen die umfangreiche Arbeit, die geleistet wurde. Der Bericht ist ausführlich und strukturiert. Bei Bedarf könnten weitere Massnahmen ergänzt werden. Der Klimawandel und der Klimaschutz werden in der	Schlagworte Anzahl Massnahmen, Kosten für die Volkswirtschaft, Kostennachweis, Personalressourcen, Wirkung, Gemeindeautonomie, Layout, Zuständigkeit Umgang mit Rückmeldung Volkswirtschaftliche Kosten: Abgelehnt. Die Quantifizierung volkswirtschaftlicher Auswirkungen wurde bereits im Erarbeitungsprozess des Massnahmenplans Klima diskutiert und vom Lenkungsausschuss verworfen, mit der Begründung, dass Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen und die Auswirkungen grob bereits in der Strategie dargelegt sind. Es wurde damals entschieden, nur qualita-

53/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Synthese gut dargestellt. Die einzelnen Massnahmen ergeben jedoch ein rechtes "Monster", das nicht unbedingt zum Lesen einlädt. Zudem besteht bei so vielen Massnahmen die Gefahr der Verzettelung. Die Kostenfolge für die öffentliche Hand (z.B. Gemeinden und Schulgemeinden), für die Wirtschaft und für Private werden nicht dargestellt. Es werden nur die Kosten und die personellen Ressourcen des Kantons dargestellt. Angesichts der finanziellen Situation des Kantons stellt sich die Frage, ob die Ressourcenplanung von 9,6 100%-Stellen für alle Massnahmen aufrechterhalten werden kann. Der Nutzen der Massnahmen muss quantifizierbar und überprüfbar sein. Die Schulgemeinden müssen sich fragen, was eine Schule braucht, welche Gebäude, in welcher Qualität. Die Mobilität der Lehrpersonen muss gewährleistet sein, hier gibt es grosse Unterschiede im öffentlichen Verkehr zwischen Stadt und Land. Es fehlt eine Bestandesaufnahme der bereits getroffenen Massnahmen in den Gemeinden. Wo behalten die Gemeinden ihre Autonomie, was geht an den Kanton? Wo Ungleichheiten bestehen, braucht es eine Harmonisierung. Was gibt es auf Gemeinde- und Kantonsebene? Eine solche Analyse würde Sparpotenziale aufzeigen. Sind die Mehrkosten richtig ausgewiesen? Sind Subventionen berücksichtigt? Die Ressourcen für zusätzliche Aufgaben sind nicht überall ersichtlich. Könnten andere Ressourcen eingesetzt werden, von bestehenden Personen, durch Verzicht? Wo sind Prioritäten zu setzen? Bemerkung am Rande - auf den Bildern sind fast nur Männer zu sehen, Frauen sind nur mit Velo oder als Rentnerin abgebildet, junge	tive Aussagen zu Auswirkungen auf die Wertschöpfung zu integrieren. Ressourceneinsatz: Dieser wurden im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung nochmals geprüft und gestrafft. Überprüfbarer Nutzen der Massnahmen: Abgelehnt. Das Anliegen ist berechtigt im Sinne einer wirkungsorientierten Ausgestaltung und Prüfung des Massnahmenplans. Aus folgenden Gründen wird nach erneuter Prüfung weiterhin darauf verzichtet: - Die Massnahmen sind in der Regel bisher nicht so ausformuliert bzw. präzisiert, dass sie direkt quantifiziert werden können. Es müssten sehr viele Annahmen getroffen werden, um diese zu quantifizieren, was den Mehrwert reduziert. - Viele Massnahmen sind auf vorgelagerter Ebene anzusiedeln (Prüfaufträge, Planungsgrundlagen) bzw. haben lediglich indirekte Wirkung (Sensibilisierung), deren Wirkung zum jetzigen Zeitpunkt kaum geschätzt bzw. mit grossen Unsicherheiten verbunden wären. Oftmals fehlen auch Datengrundlagen zur Quantifizierung (diese werden mit den Massnahmen z.T. erst erarbeitet). - Sinnvoll quantifizieren liessen sich primär einzelne Massnahmen mit investivem Charakter, Vorschriften/Regelungen sowie vereinzelt Massnahmen, die die kantonale Verwaltung betreffen (eigener Gebäudepark, eigene Fahrzeugflotte). - Eine lückenhafte Quantifizierung nur einzelner quantifizierbarer Massnahmen ist wenig zielführend. Es besteht die Gefahr, dass nur noch die quantifizierbaren Massnahmen weiterverfolgt werden, was nicht der Bedeutung der Massnahmen entspricht. Bestandesaufnahme von Massnahmen auf Gemeindeebene: Abgelehnt. Eine solche Analyse würde den Rahmen sprengen. Es han-

54/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Erwachsene und Kinder fehlen ganz. Eine differenziertere Auswahl bei den Bildern wäre wünschenswert gewesen.	delt sich um einen kantonalen Massnahmenplan, der die Handlungskompetenz des Kantons einbezieht. Massnahmen, die das Mitwirken der Gemeinden bedingen, weisen dies mit den "einzubeziehenden in- und externen Stellen" aus. Fokussierung: Die Massnahmen sind im Rahmen eines umfassenden Prozesses mit den Fachstellen entwickelt worden und im Rahmen von früheren Priorisierungsrunden bereits reduziert worden. Der sektorübergreifende Charakter des Massnahmenplans, der Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gleichermassen abdeckt, soll beibehalten werden. Im Zuge einer erneuten Ressourcenüberprüfung wurde die Anzahl der Massnahmen nochmals reduziert.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
1. Einleitung			
141391	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn / Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Sind für die Senkung der Emissionswerte absolute Werte vorhanden? Wenn Nein, müsste dies hier ergänzt werden. Begründung Die Zielerreichung ist nur durch Ausgangswerte messbar zu erfüllen. Solche Werte sind im Bericht nirgends konkret quantifiziert.	Schlagworte Zielsetzung, Formales Umgang mit Rückmeldung Die Treibhausgasemissionen sind in der Klimastrategie Kanton Thurgau quantifiziert. Auf eine erneute Nennung im Massnahmenplan Klima wird verzichtet.
140554	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Entwicklung gegenüber 1990 ist in den Massnahmenplan zu integrieren. Es fehlen die Grundlagen und die Informationen zum aktuellen Stand. Was wurde bisher erreicht, welche Massnahmen sind wirksam? Ein Ausblick auf die Weiterführung der Massnahmen nach	Schlagworte Zielsetzung, Referenzzeitraum Umgang mit Rückmeldung Bisherige Aktivitäten: Abgelehnt. Bisherige Aktivitäten mit Klimabezug sind in einer "Übersicht bestehende Massnahmen" (Anhang 4) aufgeführt. Eine Auflistung bis 1990 stellt keinen Mehrwert dar.

55/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		2030 bis 2050 bleibt aus. Gerade diese zweiten 50 % bis Netto Null 2050 sind beachtenswert. Begründung Eine Ausgangslage ohne Grundlage ist nicht aussagekräftig. Seit 1990 ist in über 30 Jahren einiges passiert. Eine Abbildung aktueller Stand (2023) mit umgesetzten Massnahmen, welche förderlich und wirksam sind, schafft eine Basis für neue und weiterführende Entscheidungen. 2030 ist bald, der Fortsetzung bis 2050 im Hinblick auf das Netto Null Ziel ist grosse Beachtung zu schenken.	Massnahmen bis 2050: Abgelehnt. Mit der Umsetzung des Massnahmenplans Klima geht ein jährliches Vollzugscontrolling und eine Bilanzierung und Würdigung des Zielpfads nach fünf Jahren einher. Die Würdigung zeigt, wo der Kanton Thurgau bezüglich den Sektorzielen auf dem Absenkpfad der direkten Treibhausgasemissionen steht. Auf Basis der Emissionsdaten kann abgeschätzt werden, wie gross die Ziellücke ist. Erreicht der Kanton Thurgau seine Klimaziele nicht, sind Verschärfungen bei der Aktualisierung des Massnahmenplans Klima ab 2032 notwendig. Die Entwicklung der jetzigen Massnahmen muss somit erst evaluiert werden, bevor bereits für die nächste Etappe Massnahmen zielführend definiert werden können.
137639	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Es ist klarer darzulegen, wie die bis zu 20% Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2030 im Ausland reduziert werden können. Sofern nicht eindeutig dargelegt werden kann, dass diese wirksam sind, ist auf eine Auslagerung der Reduktion ins Ausland zu verzichten. Begründung Im Massnahmenplan sind kaum Massnahmen zu finden, mit welchen Treibhausgasemissionen im Ausland reduziert werden sollen. Die Wirksamkeit entsprechender Projekte ist teilweise fragwürdig und nicht immer nachweisbar. Auch ist nicht ersichtlich, wie diese Projekte finanziert werden sollen. Direkte Massnahmen im Thurgau und allenfalls im weiteren Inland sind den Massnahmen im Ausland deshalb klar vorzuziehen. Diese lassen sich direkt beeinflussen und kontrollieren und wirken sich auch langfristig positiv auf die Umstellung zu einer fossillfreien Thurgauer Wirtschaft und Gesellschaft aus.	Schlagworte Zielsetzung, Kompensation Umgang mit Rückmeldung Die Klimaschutzziele des Kantons sind in Übereinstimmung mit denjenigen des Bundes formuliert. Die Einschätzung wird geteilt, dass alles daran gesetzt werden soll, möglichst viele der Emissionen innerhalb des Kantons zu reduzieren. Es wird darauf verzichtet, im Massnahmenplan Klima detailliert aufzuführen, wie genau Kompensationen im Ausland geschehen soll. Dies ist Teil sorgfältiger Abwägungen bei der Anwendung dieses Instruments.

56/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
132587	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Die Entwicklung gegenüber 1990 ist in den Massnahmenplan zu integrieren. Es fehlen die Grundlagen und die Informationen zum aktuellen Stand. Was wurde bisher erreicht, welche Massnahmen sind wirksam? Ein Ausblick auf die Weiterführung der Massnahmen nach 2030 bis 2050 bleibt aus. Gerade diese zweiten 50 % bis Netto Null 2050 sind beachtenswert. Begründung Eine Ausgangslage ohne Grundlage ist nicht aussagekräftig. Seit 1990 ist in über 30 Jahren einiges passiert. Eine Abbildung aktueller Stand (2023) mit umgesetzten Massnahmen, welche förderlich und wirksam sind, schafft eine Basis für neue und weiterführende Entscheidungen. 2030 ist bald, der Fortsetzung bis 2050 im Hinblick auf das Netto Null Ziel ist grosse Beachtung zu schenken.	Schlagworte Zielsetzung, Referenzzeitraum Umgang mit Rückmeldung Grundlagen bisheriges Erreichen: Abgelehnt. Eine Übersicht über die bestehenden Massnahmen mit Klimabezug findet sich in Anhang 4 der Massnahmenblätter. Massnahmen bis 2050: Abgelehnt. In der Umsetzung des Massnahmenplans Klima wird ein jährliches Vollzugsmonitoring und eine Bilanzierung sowie Würdigung des Zielpfads nach fünf Jahren gemacht. Die Bilanzierung zeigt, wo der Kanton Thurgau bezüglich den Sektorzielen auf dem Absenkpfad der direkten Treibhausgasemissionen steht. Auf Basis der Emissionsdaten kann abgeschätzt werden, wie gross die Ziellücke ist. Erreicht der Kanton Thurgau seine Klimaziele nicht, sind Verschärfungen bei der Aktualisierung des Massnahmenplans Klima ab 2032 notwendig. Die Massnahmen der Umsetzungsetappe 2027-2031 müssen somit zuerst ausgewertet werden, bevor Massnahmen für Folgeetappen definiert werden können.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
1.2. Vorgehen und Methodik			
141256	Thurgauer Gewerbeverband 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Methodik: Wir hinterfragen auch, ob bei der hohen Zahl von einem Drittel, die Schlüsselmassnahmen wirklich richtig definiert wurden. Aus unserer Sicht gelten Schlüsselmassnahmen, als Massnahmen, die für die Erreichung der Ziele von höchster Bedeutung sind. Die Errichtung einer Kommunikationsplattform Ernährung und die Schaffung einer Stelle zur einseitigen Förderung eines Baustoffes zählen	Schlagworte Zielsetzung, Formulierung, Formales, Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Anzahl Schlüsselmassnahmen: Aufgrund der Ergebnisse der externen Vernehmlassung sowie im Rahmen der weiteren Ressourcenüberprüfung des Massnahmenplans Klima nach der externen Vernehmlassung wurde das Massnahmenset nochmals sorgfältig geprüft und angepasst. Einzelne Massnahmen wurden gestrichen, so

57/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		wir u.a. nicht dazu. Beim Studium der Massnahmen fällt auf, dass einige Zielformulierungen methodisch nicht einer solchen entsprechen, sondern eher Beschreibungen oder Begründungen sind. (MN 7, MN 13, MN 16). Bei verschiedenen Massnahmen entsteht der Eindruck, dass Thema und Ziel wohl richtig sind, dies jedoch der Fortschreibung des Grundauftrages eines Amtes entspricht und diese Massnahmen einfach den geänderten Rahmenbedingungen entsprechen (Fortschreibung Stand der Technik). Anders gesagt ist auch zu hinterfragen, ob bisherige Aufgaben wegfallen oder sich zumindest vermindern (MN 10, MN 48, MN 53). Begründung -	auch die Schlüsselmassnahme 41 "Sensibilisierung für die Einsatzmöglichkeiten des Rohstoffs Holz ausbauen". Formulierung Zielformulierung: Angenommen. Die einheitliche Formulierung der Massnahmenziele wurde nochmals geprüft und wo nötig angepasst. Fortschreibung Grundauftrag: Abgelehnt. Der Massnahmenplan Klima nimmt bewusst bestehende Aktivitäten mit Klimabezug auf, um bestehende Bestrebungen zu würdigen. Diese werden um Aktivitäten ergänzt, sodass die gesetzten kantonalen Klimaziele aus der Klimastrategie erreicht werden können.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
3. Massnahmen im Überblick			
141797	Die Mitte 8594 Güttingen	Antrag / Bemerkung Die 81 Massnahmen sind nach Sektoren umfassend und klar aufgelistet. Mit dem Festsetzen der Schlüsselmassnahmen und den Quik Wins sind die effizienten und die schnell wirksamen Massnahmen bestimmt. Die Schlüsselmassnahmen und die Quik Wins sind sofort umzusetzen!	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales, Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme

58/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Alle Massnahmen können wir unterstützen. Es braucht aber einige Nachbesserungen. Begründung -	
141178	EVP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung - Begründung Übersichtliche Gliederung mit Querschnittsfeldern, Schlüsselmassnahmen, Quick wins Bei der Stromspeicherung braucht es dringend eine Regelung auf kantonaler Ebene. Verschiedene Stakeholder setzen sich mit grossen Speichereinheiten auseinander. Es ist mittlerweile erwiesen, dass oft Quartierspeicher wesentlich mehr Sinn machen würden, als wenn jeder einzelne Hausbesitzer eine Batterie anschafft. Hier brauchen wir günstige Voraussetzungen, um das Netz wirkungsvoll entlasten zu können. Schmerzlich vermissen wir die Seethermie. Bei grösseren Projekten mit der Geothermie gibt es nach wie vor Fragezeichen. Den See kühlen zu können im Sommer käme dem See sehr entgegen. Das Potential dieser Energiequelle ist riesig. Der Kanton Thurgau kann hier pionierhaft Zeichen setzen, indem er mutig voraus geht. Bei den Bewilligungen ist es frustrierend, wie mutige Pioniere sich zum Teil zurückziehen aufgrund zu hoher Hürden durch die gesetzlichen Auflagen. Es ist dringend, dass Regelungen erlassen werden, die eine Umsetzung der Projekte vereinfachen und beschleunigen.	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Das Thema Stromspeicherung wird in der Massnahme 4 "Eine kantonale Speicherstrategie für den Ausgleich von Strombedarf und -produktion ausarbeiten" adressiert. Die Seethermie wird nicht separat aufgenommen. In sehr vielen Seegemeinden sind bereits entsprechende Vorstudien / Planungen / konkrete Ausführungen in Bearbeitung. Die Herausforderungen solcher Anlagen sind weniger im Bewilligungsprozess (Konzessionerteilung) zu suchen, sondern liegen vielmehr darin, genügend Abnehmer der Seethermie zu finden. Amt Amt für Umwelt

59/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
140555	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung kein Antrag, allgemeine Rückmeldung Begründung Die VTG-Arbeitsgruppe begrüsst die übersichtliche Darstellung von Querschnittsfeldern, Schlüsselmassnahmen und Quick wins.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
137643	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die übersichtliche Darstellung und die umfassende Betrachtungsweise der Thematik ist beizubehalten. Begründung Die Darstellung und Auflistung der Klimastrategie und des Massnahmenplanes Klima bieten einen guten Überblick und ermöglichen ein gutes Verständnis der Herausforderungen. Der Klimawandel betrifft sehr viele Politik- und Lebensbereiche.	Schlagworte Formales, Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
141083	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Katalog auf durchführbare, sinnvolle Anzahl reduzieren und priorisieren. Begründung 81 Massnahmen sind zu viel! Eine klare Priorisierung fehlt – die Schlüsselmassnahmen sollten im Inhaltsverzeichnis bereits ersichtlich sein. Pro Handlungsfeld die 3 wichtigsten Massnahmen definieren.	Schlagworte Massnahmenpriorisierung, Anzahl Massnahmen Umgang mit Rückmeldung Priorisierung: Die Massnahmen sind im Rahmen eines umfassenden Prozesses mit den Fachstellen entwickelt worden und im Rahmen von früheren Priorisierungsrunden bereits reduziert worden. Der sektorübergreifende Charakter des Massnahmenplans, der Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gleichermassen abdeckt, soll beibehalten werden. Im Zuge einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurde die Anzahl der Massnahmen nochmals reduziert.

60/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
132737	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung - kein Antrag Begründung Die VTG-Arbeitsgruppe begrüsst die übersichtliche Darstellung von Querschnittsfeldern, Schlüsselmassnahmen und Quick wins.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
142642	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung Die Rückmeldungen zu den Massnahmen werden im jeweiligen Massnahmenblatt festgehalten. Begründung siehe Antrag	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
142652	WaldThurgau	Antrag / Bemerkung Wir danken für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zum Massnahmenplan Klima Kanton Thurgau 2026-2030. Im Grundsatz unterstützen wir die Klimastrategie des Kantons Thurgau. Das Klima hat einen grossen Einfluss auf den Wald und dessen Baumartenzusammensetzung. Wir nehmen nachfolgend zu den Massnahmen Stellung, die den Wald direkt betreffen. Begründung -	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Energieproduktion und -versorgung			

61/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
136146	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Namenskorrektur der Schlüsselmassnahme MN1: Massnahmen aus dem Energiekonzept (EK) für die Sektoren Energieproduktion und -versorgung und Gebäude bzgl. Klimaaspekten weiterentwickeln Begründung Massnahmen überall gleich betiteln.	Schlagworte Formales, einheitliche Formulierung Umgang mit Rückmeldung Umsetzen. Die Dokumente werden auf einheitliche Benennung von MN1 geprüft und ggf. angepasst.
136147	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Name Massnahme MN 3 anpassen: Erfahrungsaustausch (ERFA) mit den EVUs und Gemeinden initiieren Begründung Massnahmen überall gleich betiteln.	Schlagworte Formales, einheitliche Formulierung Umgang mit Rückmeldung Umsetzen. Die Dokumente werden auf einheitliche Benennung von MN3 geprüft und ggf. angepasst.
136148	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme MN 4 Titel anpassen: Eine kantonale Speicherstrategie für den Ausgleich von Strombedarf und -produktion ausarbeiten. Begründung Massnahmen überall gleich betiteln.	Schlagworte Formales, einheitliche Formulierung Umgang mit Rückmeldung Umsetzen. Die Dokumente werden auf einheitliche Benennung von MN4 geprüft und ggf. angepasst.
141798	Die Mitte 8594 Güttingen	Antrag / Bemerkung Stromspeicherung Der Zubau von PV-Anlagen ist in der Bevölkerung akzeptiert und stösst nach wie vor auf ein grosses Interesse. Dass aber für Anla-	Schlagworte Handlungsbedarf, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Der Bund fördert den Bau von PV-Anlagen. Im sog. Mantelerlass wurden die Regelungen zu den Rüchspeisetarifen neu definiert. Ab 2026 fördert der Kanton erneut Batteriespeicher zu PV-Anlagen. Nach Einschätzung des Kantons benötigt es keine weitere kantonale Unterstützung, resp. Verbesserungen bei den Tarifen sind

62/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		gen ab 30 kWp die Rückvergütung fast bei Fr. 0.00 ist und von jedem EVU selbst bestimmt werden kann, ist nicht zu akzeptieren. Hier ist dringender Handlungsbedarf nötig. Auch für grosse Anlagen >30 sind kostendeckende Rückspeisetarife nötig. Die Stromspeicherung ist wohl im Massnahmenplan erwähnt, sollte jetzt aber dringend auf kantonaler Ebene geregelt und koordiniert werden, zumal sich viele EVU's mit der Installation grosser Speichereinheiten befassen. Um schwankende Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen abzufangen, ist auch die Umwandlung Wasserstoff zu prüfen und zu forcieren. Wasserstoff ist aus unserer Sicht zu bevorzugen, vor anderen Speichermöglichkeiten in PtX. Wasserstoff hat viele Vorteile: - Es ist einfach zu produzieren - Kann wieder in Strom umgewandelt werden, Brennstoffzelle - Kann ins Gasnetz eingespeist werden - Kann direkt als Triebstoff verwendet werden. - Wird international angewendet	schweizweit über die Bundesebene anzustreben.

63/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Siehe auch Informationen Verband schweizerische Gasindustrie.	
		Stromspeicherung in Pumpspeicherwerken wird seit Jahren angewendet, ist im Thurgau aber nicht möglich, darum ist eine schweizweite Planung nötig.	
		Begründung -	
141800	Die Mitte 8594 Güttingen	Antrag / Bemerkung Wärme-Kraft-Kopplung, WKK Wärme – Kraft -Kopplungsanlagen fristen noch ein Schattendasein. Biogasanlagen, aber auch grosse Holzheizungen können gleichzeitig zur Strom- und Wärmeproduktion genutzt werden. Diese Anlagen sind sehr flexibel und haben einen sehr hohen Wirkungsgrad. Der Bau solcher WKK Anlagen ist vor allem bei grossen Wärmeverbünden zu unterstützen. Begründung -	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Die Nutzung von Biogas soll technologieoffen erfolgen. Deshalb werden vom Kanton nicht per se WKK-Anlagen favorisiert. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen ist eine WKK-Anlage teilweise attraktiv, falls die technischen Randbedingungen stimmen. Zudem ist neu über die Winterreserververordnung des Bundes möglich, diese zu poolen und damit die Rahmenbedingungen zu verbessern.
141801	Die Mitte 8594 Güttingen	Antrag / Bemerkung Seethermie	Schlagworte Formales, Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung

64/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Seethermie, eine riesige Energiequelle, die vor unseren Füßen liegt, ist nicht erwähnt. Es sind einige Energienutzungsprojekte entlang des Bodensees in Planung oder bereits in Betrieb. (z.B Zeller AG – Kani Romanshorn) Die Bewilligungen dafür müssen ohne grosse Auflagen erteilt werden. Begründung -	Kenntnisnahme. Das Anliegen der Vereinfachung und Beschleunigung von Bewilligungen ist in Massnahme MN2 explizit vorgesehen.
141802	Die Mitte 8594 Güttingen	Antrag / Bemerkung Bewilligungsverfahren Bei vielen Massnahmen im Bereich der erneuerbaren Energieproduktion sind enorme gesetzliche Auflagen zu erfüllen. (Windnutzung, Biogasanlagen, etc.) Es sind Regelungen zu erlassen oder anzupassen, die eine Umsetzung der Projekte vereinfachen und beschleunigen. Der Energiebedarf ist nach wie vor gross. Energie ist für uns alle unverzichtbar.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Das Anliegen der Vereinfachung und Beschleunigung von Bewilligungen ist in Massnahme MN2 explizit vorgesehen.

65/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Der Umbau auf erneuerbare Energieproduktion generiert viele neue Arbeitsplätze, auch in unserem Kanton. Begründung -	
141182	EVP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung 3. Abschnitt: Bewilligungsverfahren Erneuerbare: Ausscheidung von Windzonen wird kantonal festgelegt Begründung Bewilligungsverfahren in der Raumplanung für Erneuerbare (z.B. Wind) reichen mit der bisherigen Gemeinde Autonomie nicht aus, es braucht eine klare übergeordnete Dringlichkeit/Anordnung.	Schlagworte Zuständigkeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die MN2 sieht vor, die Bewilligungsverfahren für den Ausbau von erneuerbaren Energien mit Unterstützung der Raumplanung zu erleichtern und zu beschleunigen. Die Umsetzung des Antrags kann bei der MN2 geprüft werden.
129281	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsi- dent 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Für die Erarbeitung einer Netto-Null Strategie für die Gasversorgung müssen neben EVU auch Gemeinden involviert werden. Begründung die Gasversorgung wird zum Teil durch Gemeinden und nicht durch EVU sichergestellt. z. B Egnach	Schlagworte Zusammenarbeit, Zuständigkeit Umgang mit Rückmeldung Umsetzen. Textliche Anpassung in Beschreibung der MN 5: "... damit die IM KANTON AKTIVEN PRIVATEN UND KOMMUNALEN Energieversorgungsunternehmen (EVU's) ..."
139496	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Die Netto-Null-Strategie ist zu überprüfen oder noch besser zu streichen. Begründung Es genügt ein Blick ins Nachbarland BRD welches diese mit Hauen und Brechen ohne Rücksicht auf die Bevölkerung umsetzt. Es ist	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Das Konzept von Netto-Null ist in den Bundesgesetzen verankert und auch für den Kanton verbindlich.

66/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		jetzt schon ersichtlich dass sich das Land im Niedergang befindet. Siehe dazu auch meine Allgemeinen Bemerkungen zum Massnahmenplan und den Merkblättern.	
138148	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Kein Antrag Begründung In diesem Sektor spielen die lokalen Energieversorger eine wichtige Rolle mit viel Relevanz (MN 5). Die übrigen Massnahmen sind eher beiläufiger Natur.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
137656	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Unterstützung bei Ausarbeitung von Dekarbonisierungsstrategien der thermischen Netze ist prioritär zu behandeln. Begründung Derzeit wird weiterhin ein grosser Teil der Gebäude mit fossilen Brennstoffen geheizt. Der rasche Umstieg auf erneuerbare Energien bei Heizungen ist zwingend. Dabei muss der Umstieg sowohl für die Eigentümerinnen und Eigentümer als auch für die Mieterinnen und Mieter sowohl machbar, als auch finanzierbar sein.	Schlagworte Massnahmenpriorisierung, Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Das Anliegen ist in mehreren Massnahmen aufgenommen.
137664	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Zur Umsetzung der kantonalen Speicherstrategie müssen Fördermittel sowohl für bewährte Speichermedien als auch für Pilotprojekte zur Verfügung gestellt werden. Begründung	Schlagworte Formales, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Das Energieförderprogramm des Kantons TG wird periodisch überprüft und angepasst. Dabei werden auch allfällige Bedürfnisse der Stromspeicherung einbezogen. Im Rahmen von

67/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Ohne den Ausbau der Stromspeicherung wird die Umstellung auf erneuerbare Energien nicht gelingen können. Diese Umstellung bedeutet sowohl einen höheren Strombedarf als auch eine volatile, dezentrale Stromproduktion. Für eine sichere Versorgung muss sowohl die dezentrale Speicherung bei den Endkunden als auch die Speicherung durch Energieversorgungsunternehmen stark ausgebaut werden. Stromspeicheranlagen wie auch SmartGrids sind derzeit noch in reger Entwicklung. Zum jetzigen Zeitpunkt ist eine Förderung notwendig, um einen ausreichend raschen Ausbau zu gewährleisten.	MN2 werden Förderbedarf und Pilotprojekte identifiziert.
141069	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofszell	Antrag / Bemerkung Massnahmen sind sinnvoll. Begründung Sektor Energie ist zentral im Klimawandel und Klimaschutz. Die Versorgungssicherheit ist essenziell und wird viel finanzielle Ressourcen benötigen. Die Nutzung von Synergien ist priorisiert anzustreben.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales, Synergien Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Gebäude			
139497	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Der Podcast mit Erwin Thoma sollte erwähnt werden. Begründung Erwin Thoma ist Holzbaupionier. In den fünf Folgen erzählt er wie er dazu gekommen ist und was es mit dem Mondholz auf sich hat. Wer	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Betrifft Partikuläranliegen.

68/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		die Sendungen gehört hat der wird sich ein Holzhaus wünschen. https://www.srf.ch/audio/tagesgespraech/die-weisheit-des-grossvaters-und-die-weisheit-der-baeume-teil-1?id=b26024eb-c84e-4a88-8019-02772b790521 https://www.srf.ch/audio/tagesgespraech/mondholz-nicht-volks-glaube-sondern-biochemische-realitaet-teil-2?id=b83e6180-b3b5-49a3-90f0-6c2dca71155d https://www.srf.ch/audio/tagesgespraech/vom-schloss-der-norwegischen-koenigsfamilie-bis-zum-oesterreichischen-filmarchiv-teil-3?id=8aad5d5d-ba00-4a25-a553-8821b0deda4f https://www.srf.ch/audio/tagesgespraech/die-natur-versorgt-uns-mit-allem-was-wir-brauchen-teil-4?id=f6b54b55-4580-4017-8c90-82a2bdbde50b https://www.srf.ch/audio/tagesgespraech/eine-nachhaltige-bauwirtschaft-teil-5?id=1ff7311d-9071-4db5-9dc5-960e0ec5b9e4	
139498	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Der Erwerb von Wohneigentum ist zu fördern. Vor allem die Leerwohnungsziffer sollte um einiges erhöht werden. Begründung Der Grund weshalb die Leerwohnungsziffer so tief ist, ist in der Finanz- und Immobilienbranche zu suchen. Nur ein knappes Angebot hält die Preise hoch und verspricht genügend Renditen. Das Resultat sind nicht nur teurer Wohnraum sondern auch grössere Pendeldistanzen, was einen höheren CO2-Ausstoss zur Folge hat. Die aktuelle Wohnungsnot führt nicht nur zu mehr Pendelverkehr, sie wirkt sich auf die ganze Gesellschaft und den Arbeitsmarkt aus.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme

69/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Nehmen wir einmal an die Leerwohnungsziffer läge bei 10%. Ob so viel sinnvoll ist lassen wir einmal ausser Acht. Zunächst ist es nötig sich bewusst zu machen dass der Mensch nach wie vor ein Herdentier ist. Weiter ist zu berücksichtigen dass jeder Mensch ein Unikat ist. Heute ist es allerdings so dass die unterschiedlichsten Menschen durchmischt leben. Dies ist das Resultat der von einigen gewünschten Multi-kulti-Gesellschaft. Diese kann man allerdings heute als gescheitert betrachten. Eine Ursache dürfte in der Übermässigen Migration zu finden sein, welche auch für den knappen Wohnraum verantwortlich ist. Dass es der Politik nicht gelingt diese Probleme mit Regulierungen zu lösen verwundert nicht und ist auch aussichtslos da die Menschen nun einmal zu unterschiedlich sind. Einfacher und zielführender ist es wenn man den Menschen das gibt was sie brauchen. Dies sind in erster Linie Wohnung, Nahrung und die Gesellschaft von Gleichgesinnten. Das heisst man sollte sich an der Natur orientieren. Der Mensch ist nach wie vor ein Herdentier hat den Wunsch sich seinem Lebensabschnitt und Interessen entsprechende Herde zu suchen. Dies wird allerdings durch den bescheidenen Leerwohnungsbestand erschwert. Also ist er gezwungen zu pendeln, den nervigen Nachbarn zu ertragen, stört sich am Geläut von Kirch- oder Kuhglocken, usw. Paare welche noch keinen Nachwuchs haben wohnen in einer zu grossen Wohnung, solche bei welchen der Nachwuchs ungeplant eintrifft in einer zu kleinen Wohnung und eine grössere ist nicht in Sicht. All diese Faktoren können Stress verursachen, welcher sich bekanntlich irgendwann auf die Gesundheit auswirkt. Dies liesse sich leicht mit mehr freien Wohnungen beseitigen. Wer heute eine Wohnung sucht der kann sich auf einem der vielen Im-	

70/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		mobilenportalen eine Wohnung nach Grösse, Lage, Preis und ähnlichen Kriterien aussuchen. Dies Kriterien entsprechen allerdings nicht dem was der Mensch wirklich braucht. Sinnvoller wäre eine Suche nach Familienstand, Raucher, Vegetarier, Parteizugehörigkeit, Autofahrer, Haustierhalter, Beruf, Hobbies, usw. , so dass sich jeder zeitnah seine passende Gemeinschaft suchen und auch finden kann. Gemäss dem britischen Anthropologe Robin Dunbareiner soll ideale Grösse einer Gemeinschaft bei ca. 150 Menschen liegen. Es gilt also 150 möglichst ähnliche Menschen zusammen zu bringen und ihnen die Verwaltung ihrer Gemeinschaft selbst zu überlassen. Vor allem sollte sich der Arbeitsplatz in Gehdistanz zum Wohnort befinden. Am einfachsten liesse sich dies bei den Gemeinden umsetzen wenn die z.B. Lehrer oder Gemeindeangestellte die Gelegenheit hätten in einer Lehrer- oder "Gemeidewohnung" zu wohnen. Es gab einmal Zeiten da haben die Industriebetriebe Arbeitersiedlungen gebaut. Heute ziehen die Menschen von der Stadt aufs Land und pendeln in die Stadt. Warum nicht die Arbeit eines Teams wenn möglich auch an den Wohnort verschieben? Eine besondere Gruppe sind die Flüchtlinge und Arbeitsmigranten. Heute landen diese in einem der Asylzentren des Bundes und werden irgendwann auf die Gemeinden verteilt wo sie nicht immer willkommen sind. Sinnvoller wäre diesen ein Dorf zur Verfügung stellen wo sie ihre Kultur und Eigenheiten leben können und sich vor allem selbst verwalten können. So könnten z.B. die Sprachbegabten, bereits Integrierten den Neuzugängen die deutsche Sprache durch den täglichen Umgang beibringen. Dies könnte im Dorfladen an der Kasse geschehen wo der Schwerpunkt auf einem Schwatz liegt und nicht beim bezahlen des Einkaufs. Oder in einem Ausbildungsbetrieb welcher für die heimische Industrie Vorprodukte herstellt. Der	

71/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Schwerpunkt sollte auch hier die Ausbildung sein, schliesslich schreit die Wirtschaft nach Fachkräften scheut aber den Aufwand diese selbst auszubilden weil importieren billiger ist. Angesicht des kommenden Krieges wäre es zudem sinnvoll die Gemeinschaften und Gemeinden für eine gewisse Selbstversorgung vorzubereiten. Was im Ort selbst produziert wird, muss nicht transportiert werden und produziert auch kein CO2.	
137668	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Reduktion von grauen Emissionen bei Neu- und Umbauten und zur Schaffung von klimaangepassten Aussenräumen und Gebäuderbegrünungen auch bei Privaten muss als gesetzliche Regelung gefordert und mit finanziellen Anreizen gefördert werden. Begründung Während bei der Reduktion von Treibhausgasemissionen für Gebäude im Betrieb bei Neubauten und Sanierungen schon grosse Fortschritte erreicht wurden, steht die Einsparung von grauer Energie beim Bau erst am Anfang. Nur Möglichkeiten auszuloten, Private zu diesen Massnahmen zu bewegen, reicht nicht aus. Die Wirksamkeit der geplanten Massnahmen ist ausgewiesen, das Einsparpotenzial ist beträchtlich. Die Emissionen grauer Energie übersteigen teilweise bereits jene des Betriebs über die gesamte Lebensdauer. Beispielsweise ist der Holz als Baumaterial gegenüber Beton zu bevorzugen, womit den höheren externen Kosten von Beton und dem derzeit noch höheren Preis von Holzbauten Rechnung getragen werden.	Schlagworte Ambitionsniveau, Wirkung, Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Das Anliegen der Rückmeldung wird im Bereich der Verwaltung über MN6 berücksichtigt. Damit soll eine Vorbildwirkung entstehen. Auf interkantonaler Ebene ist das Anliegen im Rahmen der nächsten MuKE Revision in Diskussion. Es wird ein national koordiniertes Vorgehen angestrebt.

72/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
137671	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Förderung aus Mitteln des Energiefonds darf nicht weiter gekürzt werden. Die zugesprochenen Fördermittel müssen zeitnah ausgezahlt werden. Dem Energiefonds sind zwingend die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Begründung Die Energieförderung des Kantons ist ein grosser Erfolg. Die Kürzungen bei der Förderung in den letzten zwei Jahren sowie die unterjährliche Einstellung der Auszahlungen senden ein völlig falsches Signal. Verringert sich dadurch die Sanierungsquote, dann fallen Aufträge in das lokale Gewerbe weg, die Ausbildung und der Aufbau der notwendigen Fachleute werden ausgebremst. Die Ziele der Klimastrategie können so nicht erreicht werden.	Schlagworte Finanzierungsinstrumente, Finanzmittel Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Kürzung entspricht dem politischen Entscheid unter Berücksichtigung der kantonalen Finanzlage. Über den Massnahmenplan Klima wird u.a. das Spektrum der Energieförderung geschärft und teilweise erweitert. Zusätzliche Fördermittel müssen über einen Rahmenkredit beantragt und vom Grossen Rat bewilligt werden. Entsprechende Möglichkeiten werden zurzeit geprüft. Für die Zeit nach 2030 wird für eine stabile Finanzierung eine Fondslösung angestrebt.
141079	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofszell	Antrag / Bemerkung Es müssen wieder neue Fördergefässe geschaffen werden Begründung Die Massnahmenpakete zielen wohl in die richtige Richtung, schiessen aber teilweise über das Ziel hinaus, da die behördlichen Eingriffe in die privaten Eigentumsverhältnisse so hoch sind, dass es für die Durchschnittsfamilie immer schwieriger wird, ein Eigenheim zu unterhalten. Zu beachten ist, dass das Bauen nicht erneut verteuert wird und der so dringende zusätzliche Wohnraum noch realisiert werden kann.	Schlagworte Finanzmittel, Finanzierungsinstrumente Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. In der Detailausgestaltung der Massnahmen wird auf soziale Verträglichkeit auf Seiten der Eigentümer und Mietenden geachtet. Gesetzliche Verschärfungen werden soweit möglich in Abstimmung mit den anderen Kantonen im Rahmen der Weiterentwicklung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEEn) vorgenommen.
Industrie und synthetische Gase			

73/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
136682	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Name Massnahme 15 anpassen: Kleine Kälte/Klimaanlagen und Wärmepumpen (Kältemittelfüllung < 3kg) erfassen und bei Bedarf kontrollieren. Begründung Einheitliche Titel der gleichen Massnahmen.	Schlagworte einheitliche Formulierung, Formales Umgang mit Rückmeldung Umsetzen. Die Dokumente werden auf einheitliche Benennung von MN15 geprüft und ggf. angepasst.
134950	EDU Thurgau Politische Partei 8357 Guntershausen	Antrag / Bemerkung Streichen: Der Kanton soll bei klimawirksamen synthetischen Gasen die Datenerhebung auch auf Anlagen mit einer Kältemittelfüllmenge unter 3 kg (z. B. Wärmepumpen) erweitern und bei Bedarf ein Vollzugsmodell zur Kontrolle einführen. Begründung 1. Zu unklare Formulierung. Wer bestimmt, was "bei Bedarf" bedeutet? 2. Ist Aufwand und Ertrag gerechtfertigt? 3. Ich wünschte mir hier eine differenzierte Bewertung. Dazu müssten die spezifischen Rahmenbedingungen (z. B. Branche, Anzahl der Anlagen, Alternativen) berücksichtigt werden.	Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die heutige Datenlage zu Anlagen mit Füllmenge < 3kg ist ungenügend. Diese Anlagen haben potenziell ein grosses THG-Emissionspotenzial. Die Informationsbasis soll über die geplante Massnahme verbessert werden. Erst dann können der Bedarf festgestellt und weitere sinnvolle Aktivitäten festgelegt werden. Die Rückmeldung wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Umsetzung berücksichtigt.
139718	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Ersatzlos streichen, sofern keine Evidenz für Umweltschädlichkeit (nicht Klimaschädlichkeit) gegeben ist. Begründung	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Sachlage wird als belastbar beurteilt.

74/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Das gleiche hatten wir schon einmal beim Ozonloch. Dieses ist nach wie vor da und schwankt in seiner Grösse.	
138151	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Kein Antrag Begründung Die wichtigste Massnahme ist die Netto-Null-Anstrengungen der Unternehmen (MN 13). Die Unternehmen spielen eine wichtige Rolle bei der Zielerreichung Netto-Null. Es ist nicht nur zu prüfen, sondern vorzusehen, dass Unternehmen, welche Netto-Null-Ziele für 2040 planen und umsetzen, finanziell unterstützt werden.	Schlagworte Ambitionsniveau Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Der Beitrag von Gewerbe und Industrie zum Klimaschutz ist wichtig und heute schon wirksam. Über den Massnahmenplan Klima wird u.a. das Spektrum der Energieförderung geschärft und teilweise erweitert. Zusätzliche Fördermittel müssen über einen Rahmenkredit beantragt und vom Grossen Rat bewilligt werden. Entsprechende Möglichkeiten wurden geprüft und über eine Gesamtschau priorisiert. Für die Zeit nach 2031 wird für eine stabile Finanzierung eine Fondslösung angestrebt.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Verkehr und Raum			
134952	EDU Thurgau Politische Partei 8357 Guntershausen	Antrag / Bemerkung Streichen: Der Landverkehr soll – mit wenigen Ausnahmen – keine direkten Treibhausgasemissionen mehr verursachen. Und die raumwirksamen Tätigkeiten werden auf das Netto-Null-Ziel ausgerichtet. Begründung Das Ziel ist unrealistisch und die Formulierung "mit wenigen Ausnahmen" eine "Katze im Sack". Gemäss Prof. Lino Guzella (ETH Zürich) wird es uns unter den aktu-	Schlagworte Zielsetzung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Das Reduktionsziel orientiert sich an den nationalen Zielsetzungen und ist deshalb kompatibel. Kein Anpassungsbedarf

75/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		ellen Umständen nicht möglich sein, die dazu nötige Elektrizität bereitzustellen. Uns selber durch solche Ziele zu plagen macht im Kontext gesehen keinen Sinn.	
134955	EDU Thurgau Politische Partei 8357 Guntershausen	Antrag / Bemerkung Streichen: Zudem soll es im Kanton Thurgau weitere Anreize zum Kauf von energieeffizienten Fahrzeugen geben, mit zusätzlichen finanziellen Anreizen (Bonus-Malus) bei der Bemessungsgrundlage der Motorfahrzeugsteuer. Begründung Weshalb soll es weitere Anreize zum Kauf von energieeffizienten Fahrzeugen geben, wenn einerseits die dazu nötige Energieversorgung und andererseits auch die nötigen Finanzen nicht gesichert sind? Eine Ungleichbehandlung bei der Bemessungsgrundlage der Motorfahrzeugsteuer ist nicht angebracht, auch wenn der Wunsch, über finanzielle Anreize zu steuern, verständlich ist.	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Die Motorfahrzeugsteuer ist die Haupteinnahmequelle des kantonalen Tiefbauamtes. Wir verzeichnen rückläufige Einnahmen. Um unseren Aufgaben auch in Zukunft nachkommen zu können, sind Anpassungen an sämtlichen Einnahmequellen notwendig. National wird eine Ersatzabgabe für die wegbrechenden Treibstoffzölle diskutiert. Die elektrifizierten Fahrzeuge sind schwerer und schädigen die Infrastruktur stärker als Fahrzeuge mit herkömmlichen Antrieben. Der Lebenszyklus der Strassen wird kürzer, was nicht nachhaltig ist, mit entsprechender Kostenfolge. Es muss zwingend eine Gleichbehandlung der Fahrzeuge in der Strassenverkehrsabgabe geben. Der Kanton Thurgau kann sich mit den aktuellen Einnahmen sein Strassennetz nicht mehr leisten! Amt TBA
141183	EVP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung 2. Abschnitt: beim motorisierten Verkehr... Begründung ansonsten fehlt der Langsamverkehr in diesem Abschnitt, denn dieser gehört auch zum Verkehr	Schlagworte inhaltliche Ergänzung Umgang mit Rückmeldung Text wird angepasst

76/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
142624	Kantonales Tiefbauamt	Antrag / Bemerkung Der Wunsch ist verständlich, dass der Landverkehr bis auf wenige Ausnahmen keine Treibhausgase mehr ausstossen soll. Sowohl auf nationaler wie auch auf kantonaler Ebene sind die freie Nutzung der Strassenverkehrsinfrastrukturen gesetzlich vorgeschrieben. Wir gehen davon aus, dass es nicht möglich sein wird, ausserkantonale Verkehrsteilnehmer von unseren Strassen fernzuhalten, wenn sie mit einem Verbrennermotor unterwegs sind. Wir beantragen eine präzisere Formulierung der Massnahme. Begründung -	Schlagworte Konkretisierung, Formales Umgang mit Rückmeldung Erläuterung zur Beseitigung der Unklarheiten: Die Massnahme fordert, dass der Landverkehr auf dem Territorium des Kantons Thurgau keine Treibhausgase mehr ausstossen solle. Uns ist nicht klar, wie diese Massnahme umgesetzt werden soll, da die Einflussmöglichkeiten des Staates Thurgau beschränkt sind. Die Autobahnen A1 und A7 sowie die Verbindung Grüneck - Weinfelden - Amriswil - Arbon - Meggenhus (N23) sind Nationalstrassen, deren Befahrbarkeit durch den Bund geregelt wird. Ein Verbot der Durchfahrt von Fahrzeugen mit Verbrennermotor müsste zumindest auf diesen Strassen vom Bund erlassen werden. Derselbe Kontext gilt für alle anderen Fahrzeuge, welche über kantonale Strassen fahren. Amt TBA
139723	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Das Förderprogramm Ladestationen ist ersatzlos zu streichen. Begründung Das Tankstellennetz wurde von den Energiekonzernen aufgebaut. Warum sollen dies nun die Steuerzahler machen? Vor allem stossend ist wenn Luxusautos wie Tesla subventioniert werden oder zumindest wurden (wobei ich da nicht auf dem Laufenden bin). Mit der intelligenten Ladeinfrastruktur werden ausserdem nur weitere Unsicherheits- und Kostenfaktoren in die Energieversorgung eingebaut. Bestimmt brauchen diese Smartmeter regelmässige Updates oder müssen regelmässig ersetzt werden. Es geht dabei vor allem ums Geschäft.	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Es ist nachgewiesen, dass Ladestationen am Wohnort ein entscheidender Erfolgsfaktor sind. In Mehrfamilienhäusern ist dies (noch) kein Selbstläufer. Der Kanton TG hat bei der Förderung von Ladestationen Pionierarbeit geleistet. Deshalb ist eine differenzierte Weiterführung eine Schlüsselmassnahme. Anreize zum bidirektionalen Laden (Fahrzeuggbatterie als Speicher nutzen) ist dabei ein wichtiger Bestandteil. Die gezielte Förderung von Wechselakkus wäre allerdings eine Ausweitung und nicht mehr Infrastrukturbezogen, deshalb nicht sinnvoll.

77/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Sinnvoller wäre es Stationen/Autos mit (standardisierten) Wechselakkus zu evaluieren. Die meisten Fahrzeuge sind tagsüber unterwegs und können nicht immer geladen werden. Die Wechselakkus hingegen können dann geladen werden bei den Wechselakkustationen die Sonne scheint oder wenn Deutschland wie so häufig den Strom verschenkt oder sogar dafür bezahlt dass er abgenommen wird. Bei gewissen Betrieben wie z.B. bei der Post weiss man in etwa wie weit sie täglich fahren und die Wechselakkus könnten dementsprechend dimensioniert werden. https://www.youtube.com/shorts/JclBvfJyQGY (Beispiel eines Autos mit Wechselakku)	
139730	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung "Mobility Pricing" ersatzlos streichen. Begründung Es werden diejenigen besser behandelt welche es sich leisten können. Eine Alternative wäre den ÖV in einem begrenzten Umkreis kostenlos anzubieten. Wer trotzdem mit dem Auto fährt ist selber schuld wenn er das Angebot nicht nutzt. Der Stützlibus in Kreuzlingen scheint recht erfolgreich unterwegs zu sein. Als Nebeneffekt würde es sich ev. auf die Steuereinnahmen auswirken wenn der Pendlerabzug kleiner ausfällt. Dieser Betrag könnte verwendet werden um die tatsächlichen Kosten der Verkehrsbetriebe zu decken. Dies wäre noch abzuklären.	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Mobility Pricing wird als Pilotprojekt nicht weiter verfolgt und zielt vor allem auf den Verkehrsfluss. Die Massnahme wird gestrichen.
139905	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung	Schlagworte Formales

78/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Es ist abzuklären wie gross der Anteil Leerfahrten ist und ob diese mit mehr Lagerkapazitäten verhindert werden könnten. Begründung Während der Pandemie wurden die globalen Lieferketten gestört. Einige Schweizer Unternehmen waren davon weniger betroffen weil sie ihre Lagerbestände rechtzeitig erhöhten. Dies geht natürlich nur wenn das Unternehmen genügend Kapital hat. Einige Unternehmen haben wegen des Negativzinses deshalb mit "überschüssigem" Kapital ihre Lager gefüllt anstatt für ihr Kapital Negativzinsen zu zahlen. Voraussichtlich wird die SNB bald wieder Negativzinsen einführen. Diese Gelegenheit sollte man nutzen um die Lager aufzufüllen. Dies ganz besonders jetzt wo Europa gegen Russland zum Krieg aufrüstet sollte sich die Schweiz mit Lagerfähigen Produkten und Rohstoffen unabhängiger vom Ausland machen. https://www.procure.ch/magazin/artikel/gestoerte-internationale-zu-lieferketten	Umgang mit Rückmeldung Die Anregung kann bei der Weiterbearbeitung des Güterverkehrskonzept berücksichtigt werden.
137676	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Umrüstung auf E-Busse im öffentlichen Verkehr soll bis 2035 umgesetzt werden. Begründung E-Busse sind mittlerweile marktauglich. Bei einer Umsetzungsfrist bis 2035 ist klar, dass bei einem nächsten Ersatz der Fahrzeuge nicht mehr auf fossil betriebene Fahrzeuge gesetzt werden kann.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Gemäss Road Map von Postauto und Bus Ostschweiz ist eine Umrüstung bis 2036 anvisiert. Die Forderung kann also praktisch eingehalten werden. Kein Handlungsbedarf.

79/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
137680	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Der Ausbau des öffentlichen Regionalverkehrs muss mit Nachdruck weiterverfolgt werden. Die bereits im Finanzplan vorgesehenen Mittel dürfen nicht gekürzt werden. Begründung Der Verkehrssektor ist einer der grossen Emittenten von Treibhausgasen. Die Verringerung von motorisiertem Verkehr sowie dessen Umlagerung auf Langsamverkehr und öffentliche Verkehrsmittel sind entscheidend für das Erreichen der Klimaziele.	Schlagworte Umsetzungsgeschwindigkeit, Finanzmittel Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
137684	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Überarbeitung bzw. Reduktion der Erstellpflicht von Parkplätzen ist rasch umzusetzen. Begründung Durch Reduktion von Pflichtparkplätzen kann nicht nur der Umstieg auf andere Verkehrsmittel und der Verzicht auf ein eigenes Auto unterstützt werden, dadurch werden auch die Kosten für Bauprojekte gesenkt und der Anteil an Grünfläche im Siedlungsraum wird erhöht.	Schlagworte Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
141084	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Der Verkehr ist mit einer der wichtigsten Sektoren beim Klimaschutz - bitte entsprechend priorisieren. Begründung Der Verkehr (MIV) ist benötigt sehr viel Platz/Raum in den Gemeinden. Bei Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in den	Schlagworte Massnahmenpriorisierung Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme

80/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Gemeinden wird der Platz/Raum benötigt. Daher sind Massnahmen zu Langsamverkehr, ÖV und Carsharing zu priorisieren.	
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Landwirtschaft und Ernährung			
141799	Die Mitte 8594 Güttingen	Antrag / Bemerkung Landwirtschaft. Es fehlt die Massnahme Biogasproduktion. Mit der Förderung von landwirtschaftlichen Vergärungsanlagen werden einerseits die Emissionen von Methan durch unsere Wiederkäuer verringert, andererseits wird durch die anaerobe Vergärung zusätzlich Methan produziert, dass zur Strom- und Wärmege- win- nung genutzt oder direkt ins Gasnetz eingespeist werden kann. Bio- gasanlagen haben den Vorteil, dass Gas kurzzeitig gespeichert wer- den kann und so die Stromproduktion im Tagesgang ausgeglichen werden kann. Begründung -	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung In Massnahme 1 "Massnahmen aus dem Energiekonzept (EK) für die Sektoren Energieproduktion/ -versorgung und Gebäude bzgl. Klimaaspekten weiterentwickeln" wird das Förderprogramm zur Unterstützung für EVU und Gemein- den zur Förderung von Grossprojekten, z.B. u.a. Biogasanlagen ge- fördert. In Massnahme 5 "Möglichkeiten prüfen, um lokale Energieversorger zur Erarbeitung von Netto-Null-fähigen Strategien für die langfristige Gasversorgung und die Dekarbonisierung der thermischen Netze zu motivieren bzw. zu verpflichten" wird die Langfristplanung der Gas- versorgung, inkl. Biogas angestrebt. Es liegt an den EVU und den Gemeinden, auf die tierhaltenden Landwirte zuzugehen, um landwirtschaftliche Biogasanlagen in Kon- zepte zur Energieversorgung einzubeziehen. Umgekehrt können sich Landwirte, die sich mit dem Bau einer Biogasanlage befassen, bei EVUs und Gemeinden melden und klären, ob ein Interesse für eine Zusammenarbeit vorhanden ist.
134957	EDU Thurgau Politische Partei	Antrag / Bemerkung	Schlagworte Streichung Massnahme

81/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	8357 Guntershausen	Streichen: Auch werden die Landwirtinnen und Landwirte bei der Auswahl und Anwendung von Hilfsmitteln für die Berechnung ihrer Klimaschutzleistungen beratend unterstützt. Begründung 1. Die Beratungskosten ufern aus. Dieses Anliegen liesse sich auch über die aktuellen Bildungskanäle umsetzen. 2. Die Landwirte sollten nicht mit immer mehr Gesetzen und administrativen Aufgaben belastet wrden.	Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Beratungskosten ufern nicht aus. Sie sind konkret benannt (MN 37). Das Thema Klima wird für die Landwirtschaft als Verursacherin und Betroffene immer wichtiger. Aus diesem Grund ist das BBZ Arenenberg gefordert, in der Bildung, der Weiterbildung und der Beratung klimarelevante Themen zu vermitteln und entsprechende Kompetenzen aufzubauen. Mit der MN 39 wird ein Beratungsinstrument angeboten. Es handelt sich weder um ein einschränkendes Gesetz, noch um eine administrative Aufgabe. Die Landwirtschaft kann das Angebot freiwillig nutzen. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Landwirtinnen und Landwirte von den Abnehmern unter Druck kommen werden, die Klimaleistung zukünftig auszuweisen.
129487	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Zudem soll es eine Beratung zu klimaoptimierter Bauplanung bei landwirtschaftlichen Bauprojekten geben, bei denen Finanzhilfen beansprucht werden. Dieser Abschnitt soll mit dem Wort kostenlos ergänzt werden neu: Zudem soll es eine "kostenlose" Beratung zu klimaoptimierter Bauplanung bei landwirtschaftlichen Bauprojekten geben, bei denen Finanzhilfen beansprucht werden. Begründung Die Beratung soll möglichst attraktiv gestaltet werden. Eine klimaoptimierte Bauweise verteuert die Projekte schon genug, deshalb sollten nicht auch noch Beratungskosten anfallen.	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Dem Antrag kann entsprochen werden. Es ist vorgesehen, die Beratung bei der Genossenschaft für landwirtschaftliche Investitionskredite und Betriebshilfe (GLIB) anzubieten. Die Beratung findet im Zusammenhang mit der Finanzierung von Bauvorhaben statt und ist für den Kredit- oder Beitragsnehmer kostenlos.

82/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
139908	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Die Senkung der Treibhausgasemissionen für die Landwirtschaft ist ersatzlos zu streichen. Begründung Auch wenn die Schweiz ihre Treibhausgasemissionen auf null senkt. Es wird vermutlich so oder so wärmer werden. Man denke nur an die mittelalterliche Warmzeit. Ausserdem werden Länder wie China, Indien, dem globalen Süden und vor allem die Armeen dieser Welt kaum ihren CO2-Ausstoss verringern. Die Umstellung der Ernährung auf Insekten und Laborfleisch hat übrigens ganz andere Gründe. Damit haben einige Investoren versucht mit Insektenfarmen und Fleischlabors die Gewinne von der Landwirtschaft in ihre Fabriken umzulenken.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. In der Klimastrategie Kanton Thurgau wurde festgelegt, dass auch der Sektor Landwirtschaft und Ernährung einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten soll. Daran wird festgehalten. Es trifft zu, dass die Umsetzung der Klimastrategie Thurgau das Weltklima nicht wird ändern können. Wir stehen jedoch in der Verantwortung, zu handeln und das Machbare zu machen, wenn wir ein Problem erkannt haben.
141456	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Der Bodensee sollte reguliert werden. Begründung Der Pegel des Bodensees ist so tief wie seit 40 Jahren nicht mehr. Dies ist also nicht ungewöhnlich. Angesichts der ungewissen Erderwärmung und der wachsenden Bevölkerung ist zu überprüfen ob es nicht sinnvoll wäre den Bodensee zu regulieren. Wenn schon ein Damm gebaut wird, könnte man im gleichen Zug ein Kraftwerk erstellen. Wenn im Sommer genügend Wasser vorhanden ist könnte ein Teil des Wassers zum bewässern von Feldern in der Landwirtschaft genutzt werden.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Der Bodensee wird bereits heute für die landwirtschaftliche Bewässerung genutzt. Zudem steht auch ohne Regulierung genügend Trink- wie auch Brauchwasser zur Verfügung. Im Weiteren ist in der Kantonsverfassung festgehalten, dass der Bodensee nicht reguliert werden darf. Amt Amt für Umwelt

83/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141457	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Das Thema Gemeinde- und Schulgärten ist in den Massnahmenplan aufzunehmen. Begründung Jede Gemeinde sollte sofern es die Einwohner wünschen einen Gemeindegarten. Idealerweise in der Nähe der Schule sein, dann wäre es gleichzeitig der Schulgarten und die Schüler könnten auf dem Heimweg frisches Gemüse heimbringen. Nachhaltig wären auch gemeinsame Gerätschaften. Ab einer gewissen Gemeindegrösse würde es sich auch lohnen einen Gemeindegärtner anzustellen.	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Es handelt sich beim Massnahmenplan Klima um einen kantonalen Massnahmenplan. Es steht den Gemeinden frei, solche Gärten zu schaffen.
141791	Marcel Preiss 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Da ich nicht genügend Zeit hatte beschränkte ich mich auf den Bereich Landwirtschaft und Ernährung. (Seite 71-95). Nach der Lektüre war ich einmal mehr ziemlich frustriert! Das vorliegende Produkt mag in der Theorie vielleicht noch überzeugen aber in der Praxis sieht es für mich unbrauchbar aus. Mit Sicherheit werden wir damit kaum irgend welche Treibhausemissionen einsparen. Die Grundbotschaft die darin vermittelt wird ist einfach. Begründung -	Schlagworte Wirkung, Zielsetzung, Ambitionsniveau Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
141793	Marcel Preiss 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Was mich am meisten ärgert ist jeweils die Zuteilung für die Verantwortliche Fachstelle: für sämtliche Massnahmen ist das Landwirtschaftsamt zuständig. Da sehe ich die grosse Gefahr, da fehlt mir die Aussenansicht. Wer will den da neue Impulse einbringen!	Schlagworte Zuständigkeit Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Es handelt sich um einen kantonalen Massnahmenplan, bei dem die kantonale Verwaltung die Umsetzungsverantwortung hat. Daher ist für jede Massnahme eine Fachstelle / ein Amt der

84/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Begründung -	kantonalen Verwaltung für die Massnahmenumsetzung zuständig. Es ist naheliegend, dass im Sektor Landwirtschaft und Ernährung das Landwirtschaftsamt schwergewichtig die Federführung hat. Unter "einzubeziehende Stellen" ist in den Massnahmenblättern ausgewiesen, welche weiteren Stellen in die Umsetzung der Massnahmen einzubeziehen sind.
141795	Marcel Preiss 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Als Anregung für die Landwirtschaft möchte ich einige Gedanken mit auf den Weg geben. Momentan ist es so dass die verursachten Schäden durch unsere konventionelle Landwirtschaft zum grössten Teil von der Allgemeinheit getragen wird und sich dadurch nicht viel verändern. Würden die Schäden den Verursachern übertragen müsste für die Lebensmittel einiges teurer werden. Da liegt der Hund begraben! Die Lebensmittel müssten um mindestens 50% teurer werden damit das Bewusstsein für die Lebensmittel entstehen würde. Mit unserem heutigen System der Direktzahlungen machen wir nichts anderes als für die Allgemeinheit Konsumkredite auszustellen. Durch das eingesparte Geld kann sich der normale Konsument dafür drei mal im Jahr Ferien mit dem Flugzeug leisten! Wir Schweizer verfliegen jährlich pro Kopf 9500Km! Aufklärung ist gut aber wir erreichen Ziele nur über die Finanzen. Setzen wir uns Ziele die wir regelmässig messen können. Damit sehen wir ob wir auch das Ziel erreichen werden. Gerne würde Ideen für das Erreichen unserer Ziele mit einbringen.	Schlagworte Zielsetzung, Finanzmittel Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Solche Ansätze sind primär auf Bundesebene, nicht auf kantonaler Ebene zu prüfen. Im Rahmen der Klimastrategie Landwirtschaft und Ernährung 2050 des BLW werden Reformvorschläge zur Annäherung an die Kostenwahrheit in der Wertschöpfungskette von Lebensmitteln ausgearbeitet. Amt INFRAS
		Begründung -	

85/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
137692	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Es ist zu überprüfen, ob den sehr hohen vorgesehenen zusätzlichen Kosten im Bereich Landwirtschaft und Ernährung ein entsprechender Nutzen entgegensteht. Die knappen finanziellen Ressourcen sind auf direkt wirksame Massnahmen und Fördermittel umzulagern. Begründung Wie in Abbildung 5, S. 23 ersichtlich ist, sind für diesen Bereich die weitaus grössten zusätzlichen Kosten vorgesehen. Gleichzeitig ist der Einfluss des Kantons in diesem Bereich sehr begrenzt. Wir stellen nicht in Frage, dass Information, Forschung und Pilotprojekte sinnvoll sein können, allerdings gibt es bereits bestehende Fachstellen und Verwaltungspersonal beim Kanton, deren Auftrag der Klimastrategie entsprechend angepasst werden kann. Zusätzliche Mittel in diesem Bereich sind für Forschung und Information zu Massnahmen mit ausgewiesen hohem Einfluss auf die Treibhausgasemissionen zur Verfügung zu stellen (beispielsweise Permakultur).	Schlagworte Personalressourcen, Finanzmittel, Wirkung, Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Im Sektor Landwirtschaft und Ernährung ist der kantonale Handlungsspielraum begrenzt. Es wurden die verfügbaren Handlungsoptionen genutzt. Zwei Drittel der anfallenden Kosten sind Personalkosten, wovon wiederum der überwiegende Teil für Beratung und die Umsetzung von konkreten Projekten vorgesehen sind. Diese Kombination erzeugt mit überschaubarem Aufwand eine grosse Breitenwirkung. Die Beratungskräfte am Arenenberg sind mit den bestehenden Fragestellungen ausgelastet. Um das bisherige Beratungsangebot nicht einschränken zu müssen, sind für das neue Tätigkeitsgebiet Klimaschutzmassnahmen zusätzliche Kapazitäten erforderlich. Der vorgeschlagene Einsatz der zusätzlichen Mittel wird mit MN 37 erfüllt.
142702	Thurgauer Landfrauenverband 9504 Friltschen	Antrag / Bemerkung Der Thurgauer Landfrauenverband TLFV hat den Massnahmenplan Klima zusammen mit der Arbeitsgruppe des Verband Thurgauer Landwirtschaft VTL behandelt und nimmt zu einzelnen Massnahmen Stellung. Wir verzichten auf eine Einleitung, diese ist deckungsgleich mit derjenigen des VTL. Begründung -	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme

86/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141587	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung MN 29 - 32 geringer Wirkungsgrad muss sich längerfristig erhöhen - wird nicht nur von Kommunikationsplattform abhängen. Begründung Warum MN 33 keine Schlüsselmassnahme?	Schlagworte Massnahmenpriorisierung Umgang mit Rückmeldung Besonders wichtig für das Erreichen der Klimaziele sind die Schlüsselmassnahmen. Sie reduzieren relevante Emissionsquellen oder Klimarisiken und verfolgen einen umfassenden Ansatz. Dies ist bei Massnahme 33 nicht gegeben.
142720	Verband Thurgauer Landwirtschaft 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Der grösste Hebel für eine klimaneutrale Zukunft wird beim Konsumenten/innen liegen. Diesen für unsere Anliegen zu begeistern und einzubeziehen wird sehr schwierig sein. Solange die Nahrungsmittel einen so geringen monetären Wert haben, wird sich der Konsument/in beim Umgang mit den Lebensmitteln nicht so schnell nachhaltig verhalten. Die Wertschätzung gegenüber den regionalen Lebensmitteln, die sich den natürlichen Ressourcen wie Boden, Klima etc., anpassen, fehlt leider. Wenn man unseren Nahrungsmitteln einen höheren Wert geben könnte, wäre die Wertschätzung auch viel höher und der Umgang mit ihnen auch nachhaltiger. Begründung -	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Berechtigte Feststellung. Diese Thematik kann aber mit einem kantonalen Massnahmenplan nicht adressiert werden, die Preise werden primär durch die Bundespolitik bestimmt.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Wald			
137701	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung

87/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Vernässung von Teilgebieten des Waldes sind zu prüfen und umzusetzen. Begründung Mohre und Flachwässer haben eine überdurchschnittlich hohe Wirkung als CO₂-Speicher. Gleichzeitig wirkt Wasserspeicherung der Austrocknung der Wälder entgegen und hat einen hohen Nutzen für die Biodiversität. Zu diesem Zweck ist auch die Ausweisung von Waldflächen, welche als Naturschutzgebiet (und nicht für wirtschaftliche Nutzung vorgesehen sind) zu prüfen.	Die Massnahme 65 "Umsetzung der Biodiversitätsstrategie aus Klimasicht fördern " nimmt wesentliche Massnahmen aus der Biodiversität auf, die einen langfristigen Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen oder zur Anpassung an den Klimawandel leisten. Unter anderem werden Biotop von nationaler, regionaler und lokaler Bedeutung gepflegt, womit auch wertvolle Kohlenstoffspeicher in Flach- und Hochmooren thematisiert sind. Im Massnahmenplan 2023-2028 der kantonalen Biodiversitätsstrategie ist eine Massnahme enthalten (Massnahme 14), welche die Wiedervernässung von Wäldern als Ziel hat. Dabei sollen bis 2028 60 Hektaren Wald wiedervernässt werden.
141588	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Massnahmen werden begrüsst. Begründung Details s. Beilage.	Schlagworte Formales, Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme, die unterschiedlichen Anträge sind in den unterschiedlichen Kapiteln aufgeführt.
142674	WaldThurgau	Antrag / Bemerkung Massnahmen zur Sensibilisierung sind grundsätzlich sinnvoll und notwendig, sie dürfen jedoch nicht zu zusätzlichem Druck auf die Waldeigentümer führen. Vielmehr sollte die Zusammenarbeit auf Augenhöhe gefördert und Unterstützung angeboten werden, um gemeinsam wirksame Lösungen zur Eindämmung invasiver Arten zu entwickeln und umzusetzen. Begründung -	Schlagworte Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme: Unklar, ob sich der Kommentar auf Massnahme 44 "Verschleppung von invasiven Neophyten in den Wald entgegenwirken" oder ob dieser generell gemeint ist. Massnahme 44 zielt auf die Bevölkerung, nicht die Waldbesitzer. Keine der Massnahmen im Sektor Wald hat eine direkte Auswirkung auf die Waldbesitzer.

88/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Abfall, Abfallbewirtschaftung und Abwasser			
139922	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung CO₂-Abscheidung, Carbon Capture and Storage (CCS) ersatzlos streichen. Begründung Dies kostet viel und bringt nichts. Der Sinn der CO₂-Abscheidung besteht darin dass sich wenige dumm und dämlich verdienen. Betrachtet man den Ukrainekrieg und das CO₂ welcher dieser verursacht, dann sollte man die Lüge erkennen welche dahinter steckt. Dem Wertewesten ist kein Aufwand zu gross um der Ukraine zu helfen während das Weltklima angeblich wegen des CO₂ zugrunde geht. Da stimmt doch etwas nicht!	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Carbon Capture and Storage (CCS) ist eine Technologie, die CO₂-Emissionen aus industriellen Prozessen und Kraftwerken abfangen und dauerhaft speichern kann, um den Ausstoß von Treibhausgasen in die Atmosphäre zu reduzieren. Die Hauptziele und der Sinn von CCS sind: - Reduktion von Treibhausgasemissionen: CCS kann dazu beitragen, die CO₂-Emissionen aus großen Punktquellen wie Kraftwerken, die fossile Brennstoffe verbrennen, und industriellen Anlagen erheblich zu reduzieren. Dies ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen den Klimawandel. - Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft: Während der Übergang zu erneuerbaren Energien voranschreitet, kann CCS eine Brückentechnologie sein, die es ermöglicht, fossile Brennstoffe weiterhin zu nutzen, ohne die Klimaziele zu gefährden. - Industrielle Anwendungen: In einigen industriellen Prozessen, wie der Zement- und Stahlproduktion, ist die Freisetzung von CO₂ unvermeidbar. CCS bietet eine Möglichkeit, diese Emissionen zu reduzieren. - Negative Emissionen: Die CO₂-Abscheidung bei der KVA bietet zudem potenzial für Negativemissionen, da nur rund 50% des bei der KVA anfallenden CO₂ fossilen Ursprungs sind, das CO₂ aber nahezu vollständig abgeschieden werden kann. In Kombination mit Bioenergie (BECCS - Bioenergy with Carbon Capture and Storage) kann CCS ebenfalls negative Emissionen erzeugen, indem CO₂ aus der Atmosphäre entfernt und gespeichert wird. Dies ist insbesondere nach 2050 essentiell.

89/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			Es gilt aber der Grundsatz, dass zuerst alles technisch Mögliche unternommen wird die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, bevor CCS zum Einsatz kommt.
140789	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Das Recycling von nicht sortenreinen Kunststoffen sollte überdacht werden. Begründung Je nach Quelle und Land werden lediglich 40% des gesammelten Kunststoffes wiederverwertet. Welche Ressourcen für das Sammeln und Recyclen gebraucht werden, lässt sich kaum erfassen. Vor allem nicht sortenreiner Verpackungskunststoff kann verbrannt werden und erfüllt als thermische Verwertung seinen Zweck. Der Plastikmüll in den Weltmeeren ist übrigens das viel grössere Problem als das CO2 in der Luft. Darüber berichten die Qualitätsmedien allerdings nur noch selten. Mit dem einsammeln des Plastikmülls in den Meeren lässt sich einfach kein Geld verdienen.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt: Die Wirksamkeit des Kunststoffrecyclings wurde bereits nachgewiesen und die Separatsammlung ist im Thurgau etabliert. Mit der kommenden Verpackungsverordnung werden sich die Sammelmenngen der Verpackungskunststoffe weiter erhöhen, während die Gesamtmengen sich durch Vermeidung verringern sollten. Gleichzeitig verbessern sich die Möglichkeiten zur Sortierung. Amt AfU AB
137707	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Der Einsatz von wiederverwendeten Bauteilen und recycelten Baustoffen im Hochbau ist aus Mitteln des Energiefonds zu fördern. Begründung Der Einsatz recycelter Baustoffe ist derzeit noch weit entfernt von einem standardmässigen Einsatz. Für wiederverwendete Bauteile gibt es noch kaum eine Infrastruktur für Handel und Vertrieb. Um den Einsatz dieser Baustoffe und Bauteile marktfähig und praxistauglich zu machen, braucht es in einer Startphase finanzielle Anreize.	Schlagworte Finanzmittel, Finanzierungsinstrumente Umgang mit Rückmeldung Über die Förderung sollte in erster Linie das AfE entscheiden. Aus Sicht AfU muss zwischen Recyclingbaustoffen und der Wiederverwendung von Bauteilen unterscheiden werden. Ersteres ist im Thurgau durchaus etabliert und wurde mit der Umsetzung des Baustoffrecycling-Konzeptes gestärkt. Die kantonalen Ämter haben dort eine Vorbildrolle wahrgenommen. Dies soll mit dem Massnahmen-

90/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			plan weitergeführt werden (Mn-Nr. 47). Qualitätssicherung und Vermarktung sind Aufgabe der Branche. Der Handel mit wiederverwendbaren Bauteilen nimmt zu. Es gibt bereits mehrere Händler mit Online-Plattformen (z. B. salza.ch). Der Kanton nimmt seine Vorbildrolle wahr und sammelt Erfahrung mit Händlern von wiederverwendbaren Bauteilen. Grundsätzlich sollten bei der Weitergabe oder Wiederverwendung von Bauteilen keine finanziellen Nachteile entstehen, welche nicht durch einen entsprechenden Mehrwert ausgeglichen werden, sonst wäre der Markt nicht zukunftsfähig. Amt AfU AB / HBA

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Konsum / Kreislaufwirtschaft			
140475	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Pro Gemeinde eine Werkstatt für die Bevölkerung bereitstellen. Begründung Innovation und Kreislaufwirtschaft ist eigentlich ein Widerspruch in sich. Jede Wirtschaft welche wachsen will ist gezwungen ständig Neues hervorzubringen. Die Betonung liegt dabei auf neu und nicht auf besser. Dies begann Ende der 1980er Jahre. Bereits damals wurde von einigen die Wegwerfgesellschaft kritisiert. Das Problem ist bei den Wirtschaftswissenschaften zu suchen welche noch immer be-	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Danke für die Idee. Für die Aktualisierung des Massnahmenplans ab 2032 wird die Ideen für eine neue Massnahmen gesammelt und geprüft.

91/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		haupten dass es Wachstum braucht damit eine Wirtschaft funktioniert. Dies ist auch der Grund weshalb immer die Wirtschaft im Mittelpunkt steht und nicht der Mensch.Eigentlich würde es genügen wenn die Wirtschaft nur so viel wächst wie die Bevölkerung wächst. Wäre man wirklich an Kreislaufwirtschaft interessiert, dann würden gewisse Produkte ein (Menschen)Leben lang halten oder zumindest reparierbar sein. Bei vielen Produkten wie z.B. Waschmaschinen, Geschirrspülern und anderen Haushaltsgeräten gibt es eigentlich nichts mehr zu verbessern und viele wären froh und bereit ihr altes Gerät weiter zu verwenden wenn es denn zu einem vernünftigen Preis repariert werden könnte. Häufig gibt es keine Ersatzteile mehr oder die Geräte lassen sich nicht selbst reparieren. Echte Innovation wäre wenn die Lebensdauer der Geräte durch qualitative Verbesserung der Verschleisssteile oder einfache Austauschbarkeit verlängert würde. Aber eben, dann lässt sich nichts mehr verkaufen und schmälert die Profite der Konzerne.	
141458	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Werbung verbieten, ganz besonders gedruckte Werbung. Begründung Ich weiss, dies lässt sich nicht machen. Trotzdem muss es wieder einmal gesagt werden. An der Werbung kann man übrigens auch sehr gut erkennen dass es mit dem CO2 nur ums Geld verdienen geht. Ohne Werbung würden die Menschen nur dann etwas kaufen wenn sie wirklich etwas brauchen.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.

92/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Werbung ist somit so ziemlich das nutzloseste für die Konsumenten was es gibt. Echte Nachhaltigkeit wäre wenn es auf der Website von Bund, Kanton oder Gemeinde jeder eintragen könnte welches Gerät er hat und wer in der Lage ist es zu reparieren. Altgeräte könnten dann zwischengelagert werden und bei Bedarf ausgeschlachtet werden.	

141039	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Wir regen an, Chancen-orientiert eine ansprechende Anzahl von Sensibilisierungsmassnahmen zu realisieren, um diese Schlüssel-massnahme MN 51, wie angedacht wirkungsorientiert umzusetzen, bzw. Innovationen zu fördern. Begründung Die Wichtigkeit von Sensibilisierungsmassnahmen zur Förderung einer Kreislaufwirtschaft kann nicht hoch genug eingestuft werden.	Schlagworte Massnahmenpriorisierung, Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die genaue Anzahl der Sensibilisierungsmassnahmen wird bei der detaillierten Ausgestaltung der Massnahme festgelegt.
--------	-------------------------------	---	--

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Finanzflüsse			
139931	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung kann ersatzlos gestrichen werden. Begründung Es ist kaum anzunehmen dass Kanton, Gemeinden und Pensionskassen direkt in klimafreundliche Unternehmen investieren oder klimaschädliche Unternehmen nicht mehr unterstützen. Der Kauf oder Verkauf von Aktien beeinflusst höchstens den Kurs der Aktie und	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Handlungsmöglichkeiten und die Einflussmöglichkeiten des Kantons sind in den Massnahmen im Sektor Finanzflüsse festgelegt. Zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens sind auch die Finanzflüsse klimafreundlich auszurichten. Die Massnahme 52 "Klimafreundliche Anlagestrategie für Finanzmittel des Kantons

93/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		hat kaum Auswirkungen auf das Verhalten eines Unternehmens weil die Aktie dann einfach von einem anderen "Investor" gekauft wird.	etablieren" wurde im Rahmen der erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung in den Massnahmenplan Klima ab 2032 verschoben.
141040	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Der Kanton und die Kantonalbank müssen in ihrem Einflussbereich die Verantwortung für einen Umstieg weg von fossilen zu erneuerbaren Energien übernehmen. Begründung Um die grundlegenden Ziele des Klimaschutzes erreichen zu können, ist es erheblich, im Bereich der Finanzflüsse grosse Anstrengungen zu unternehmen, um Klimaneutralität erreichen zu können. Wir unterstützen jegliche Massnahmen in diesem Bereich mit Nachdruck.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
141071	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Alle Massnahmen sinnvoll Begründung Hohe Einflussmöglichkeiten	Schlagworte Formales, Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Wasserwirtschaft und Hydrologie			
136683	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt	Antrag / Bemerkung Titel der Massnahme 57 anpassen: Ein integrales Wassermanagement erarbeiten	Schlagworte einheitliche Formulierung, Formales Umgang mit Rückmeldung

94/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Begründung Einheitliche Titel setzen.	Titel werden einheitlich formuliert.
136684	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Titel Massnahme 58 anpassen: Eine wassersensible Siedlungsentwicklung etablieren. Begründung Einheitliche Titel setzen.	Schlagworte einheitliche Formulierung, Formales Umgang mit Rückmeldung Titel werden einheitlich formuliert.
129500	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Abs 4 Das Monitoring der Gewässer soll überprüft und auf die wichtigsten und Klimarelevantesten Kriterien reduziert werden. Begründung Das Geld muss für Massnahmen, und nicht für Datenerhebungen die als Papiertiger in der Schublade landen, eingesetzt werden.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Finanzmittel, Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Insbesondere im Thurtal bestehen viele langjährige Messreihen der Grundwasserstände, welche in die Verfeinerung des Grundwassermodells eingeflossen sind. Einige der Messstellen können aufgegeben werden, um Kapazitäten für die Überwachung kleinerer, nutzbarer Grundwasservorkommen und klimarelevanter Parameter zu schaffen. Ein gut ausgebautes und den veränderten Bedingungen angepasstes Messnetz sind unabdingbar für einen zeitgemässen gewässerschutzrechtlichen Vollzug, auch um die wichtigsten Handlungsfelder rechtzeitig zu definieren. Amt Amt für Umwelt GQ
140810	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Der Bodensee sollte reguliert werden. Begründung	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Auch ohne Regulierung des Bodensees steht den Anrainerstaaten genügend Trink- und Brauchwasser zur Verfügung. Pro Jahr werden

95/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Der Pegel des Bodensees ist so tief wie seit 50 Jahren nicht mehr. Es ist absehbar dass es noch wärmer wird, die Gletscher werden irgendwann ein Mal mehr verschwinden und in den Wintern wird es vermutlich auch nicht mehr so viel Schnee geben wie auch schon. Deshalb sollten allgemein mehr Wasserrückhaltebecken oder Weiher zur vermehrten Speicherung von Wasser geprüft werden. Abzuklären wäre auch ob die Betonkugeln welche vor einigen Jahren getestet wurden, aber damals erst ab einer Tiefe von 600 - 800 als wirtschaftlich betrachtet wurden nicht als Pumpe eingesetzt werden können um das Wasser auf höhere Lagen gepumpt zu werden um dort Wasser zu speichern und bei Bedarf ein Kleinkraftwerk anzutreiben oder von der Landwirtschaft zur Bewässerung genutzt werden könnten. Die Wirtschaftlichkeit der Betonkugeln dürfte sich auch mit den schwankenden Strompreisen welche wir dem Merit-Order-Prinzip verdanken in Zusammenhang stehen.. Als Nebeneffekt liesse sich bestimmt noch ein Wasserkraftwerk betreiben. https://www.tg.ch/news.html/485/news/66693 https://www.tagblatt.ch/leben/energie-getestet-im-bodensee-loesen-diese-kugeln-das-groesste-stromproblem-ld.2700088	im Mittel rund 170 Mio m3 Wasser entnommen. Der jährliche Zufluss beträgt im Mittel rund 11'000 Mio m3. Zudem ist gemäss Kantonsverfassung die Regulierung des Sees verboten.
141041	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Schlüsselmassnahme bzw. die Quick Win's im Bereich Wasserversorgung und Hydrologie sind mit Nachdruck umzusetzen.	Schlagworte Handlungsbedarf, Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung

96/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Begründung Die sogenannte wassersensible Siedlungsentwicklung ist matchentscheidend für die nachhaltige Sicherung der Wasserversorgung und der Stärkung der Resilienz. Ausserdem kann der Kanton mit der Umsetzung entsprechender Projekte eine wichtige Vorbildfunktion leisten. Mit der Umsetzung der Massnahme MN 60 wird sichergestellt, dass Elemente des Konzepts Thur 3 umgesetzt werden können, bei denen dringender Handlungsbedarf besteht.	Kenntnisnahme.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Biodiversität			
141184	EVP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung 2. Abschnitt Biodiversität TG enthält relevante Massnahmen Begründung aufgrund des finanziellen Drucks ist die Umsetzung nicht mehr im Fahrplan und muss zwingend wieder auf Kurs gebracht werden. Es geht nicht, dass bei der Überprüfung rote und orange Ampeln leuchten...	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
140867	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung kann ersatzlos gestrichen werden. Begründung Das Klima hat sich schon immer gewandelt und die Natur hat sich dementsprechend auch gewandelt. Arten sind verschwunden und neue hinzugekommen so wie man kürzlich zwei neue Fischarten entdeckt hat. Ab und zu liest man auch von Skeletten von Tieren	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Themen Klima und Biodiversität sind gemeinsam zu lösen und machen weder an der Gemeinde-, noch Kantonsgrenze Halt. Werden keine Massnahmen zum Schutz des Klima und der Biodiversität

97/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		welche ausgestorben sind, oder von Tieren von welchen man geglaubt hat sie seien ausgestorben. Biodiversität ist eine lokale Angelegenheit. Ein gutes Beispiel ist der Wolf welcher zu einem nationalen Thema gemacht wurde. Dies sollten die lokalen Bewohner entscheiden und nicht Stadtbewohner welche davon schwärmen. Diese sollten sich um die nicht vorhandene Biodiversität in der Stadt kümmern.	ergriffen, entstehen irreversible Veränderungen und Schäden.
138152	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwillen	Antrag / Bemerkung Kein Antrag Begründung Der Massnahmenplan Biodiversität ist prioritär umzusetzen.	Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Massnahmen der Biodiversitätsstrategie befinden sich bereits in der Umsetzung und werden durch die Nennung im Massnahmenplan Klima weiter gefördert.
141043	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die erforderlichen Finanzmittel von min. CHF 6 Mio./Jahr für den Biodiversitätsfonds dürfen nicht reduziert werden. Begründung Die Massnahme MN 65 soll sicherstellen, dass der Massnahmeplan Biodiversität 2023-2028 prioritär umgesetzt wird. Mit Fokus auf die Klimastrategie bemessen wir insbesondere der Wiederverwässerungen von ehemaligen Feuchtgebieten zur Kohlenstoffspeicherung einen sehr hohen Stellenwert.	Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Massnahmen der Biodiversitätsstrategie befinden sich bereits in der Umsetzung und werden durch die Nennung im Massnahmenplan Klima weiter gefördert.
141072	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofszell	Antrag / Bemerkung kein Antrag Begründung	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung

98/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Umsetzung klimarelevanter Massnahmen aus der Biodiversitätsstrategie Thurgau (Massnahmenplan Biodiversität 2023-2028) wird als sinnvoll erachtet.	Kenntnisnahme
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Gesundheit			
140873	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Klimaschutzpläne? Können ersatzlos gestrichen werden. Begründung Gesundheit ist eine persönliche Angelegenheit. Es genügt die Menschen darüber aufzuklären was sinnvoll ist und was nicht. Wenn jemand wegen Hitze stirbt, dann ist er entweder alt und der Kreislauf ist altersbedingt nicht mehr so gut in Schuss. Alle anderen sind selbst schuld weil sie sich nicht informiert haben oder ungesund gelebt haben. Dies sollte man den Menschen so klarmachen. Bei den Rauchern macht man es auch - nur nützt es bei vielen nicht. Sinnvoll wäre die Trinkwasserbrunnen wieder zu kontrollieren und so anzuschreiben und nicht wie heute wo man sie als "kein Trinkwasser" bezeichnet weil man die Kosten der Kontrollen einsparen will!	Schlagworte Streichung Massnahme, Formales Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Besonders gefährdet sind ältere Menschen, Kinder, Schwangere und Personen mit Vorerkrankungen. Der Hitzeplan dient insbesondere der Information über die Gefahrenstufe und das Treffen geeigneter Schutzmassnahmen. Diese Informationen sollen standardisiert und zeitnah über geeignete Kanäle zu den gefährdeten Zielgruppen gelangen.
141044	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Auf die Umsetzung der Schlüsselmassnahme 66 ist besonderes Augenmerk zu legen. Begründung	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme

99/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Die Erarbeitung eines Massnahmeplans zur Minimierung von hitzebedingten Risiken mit Fokus auf die Risikogruppen wird mit Schlüsselmassnahme 66 sichergestellt. Durch standardisierte Abläufe wird erreicht, dass effizientes und wirkungsvolles Handeln im ganzen Kantonsgebiet, zu überschaubaren Kosten, gewährleistet ist.	
141074	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Direkte Kommunikation fest in den Kommunikationsplan integrieren Begründung Die direkte Kommunikation während längeren Hitzeperioden auf kantonaler Ebene wird für Gemeinden immer wichtiger.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Ist die Kommunikation bezüglich Hitzeperioden tatsächlich nur auf Gesundheitsbelange bezogen, könnte diese im Rahmen des künftigen Netzwerks zwischen den Gemeinden und dem Amt für Gesundheit gestärkt werden. Es ist geplant, ein solches Netzwerk im Rahmen des Kantonalen Aktionsprogramm Gesundheitsförderung und Prävention 2026-2029 aufzubauen. Ist die Kommunikation bezüglich Hitzeperioden generell gemeint, sollte der Hinweis im Fachstab Hitze beurteilt werden. Es besteht kein Anpassungsbedarf der Massnahme.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Tourismus			
141045	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Der vorgesehenen Schlüsselmassnahme MN67 soll Folge geleistet werden. Begründung	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme

100/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Der begrenzte Einfluss des Kantons in diesem Bereich soll mit Schlüsselmassnahme MN 67 umgesetzt werden. Wir unterstützen diese Zielrichtung.	
141075	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Konkreter formulieren: Die Einflussmöglichkeiten MÜSSEN in der kantonalen Tourismusstrategie sowie der Leistungsvereinbarung Thurgau Tourismus genutzt und die Klimathemen abgebildet werden. Begründung Die Einflussmöglichkeiten sollen nicht nur, sondern müssen für Klimathemen verpflichtend im Thurgauer Tourismus eingebunden sein. Mit der vorhandenen Sensibilität ist die Akzeptanz ja auch vorhanden.	Schlagworte Konkretisierung, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit prüft das Anliegen bei der zukünftigen Ausgestaltungen der Regularien (Tourismusstrategie, Leistungsvereinbarung, Zielvorgaben).
141076	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Hinweise zur Dekarbonisierung in der Zielformulierung beim Tourismus ergänzen. Begründung Hinweise zur Dekarbonisierung in der Zielformulierung beim Tourismus fehlt bei dieser Schlüsselmassnahme.	Schlagworte inhaltliche Ergänzung, Formales Umgang mit Rückmeldung Der allgemeine Begriff "Klimathemen" wird präzisiert in Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel. Klimaschutz umfasst auch die Dekarbonisierung.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Raumentwicklung			

101/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141046	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Schlüsselmassnahmen MN 68 und 69 sind mit höchster Priorität umzusetzen. Begründung Mit den Schlüsselmassnahmen MN 68 und 69 soll sichergestellt werden, dass zentrale und geeignete Inhalte aus dem Massnahmenplan Klima sowie der Klimastrategie behördenverbindlich im kantonalen Richtplan verankert werden.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales, Umsetzungsgeschwindigkeit, Massnahmenpriorisierung Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Forschung, Bildung und Sensibilisierung			
140882	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung kann ersatzlos gestrichen werden. Begründung Klima ist keine exakte Wissenschaft. Eigentlich merkt jeder selbst dass es wärmer wird. Was hingegen sinnvoll wäre bereits in der Schule das Thema Propaganda und Massenmanipulation ausführlich zu behandeln.	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Von Bundesseite besteht ein rechtlicher verpflichtender Auftrag sich dem Thema Klima auf Kantonsebene anzunehmen.
141047	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Massnahme MN 73 sollte wie MN 74 als Schlüsselmassnahme definiert werden. Begründung Auf Volksschulstufe unterstützt der Kanton die Thurgauer Schulgemeinden bei der Umsetzung klimabezogener Lehrplaninhalte und	Schlagworte Ambitionsniveau, Massnahmenpriorisierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Besonders wichtig für das Erreichen der Klimaziele sind die Schlüsselmassnahmen. Sie reduzieren relevante Emissionsquellen oder

102/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Projekte. Zudem schafft er zusammen mit internen und externen Akteurinnen und Akteuren ein zielgruppenspezifisches Informations- und Beratungsangebot mit Schwerpunkt für Städte, Gemeinden und KMU. Auch wird die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen im Klimaschutz und in der Anpassung an den Klimawandel verstärkt.	Klimarisiken, verfolgen einen umfassenden Ansatz oder sind Voraussetzung für die kohärente Umsetzung weiterer Massnahmen. Diese Kriterien sind für Massnahme 73 nicht durchwegs erfüllt.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Öffentliche Beschaffung			
141048	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Zur Umsetzung der Massnahme MN76 sind die notwendigen personellen Ressourcen sicherzustellen. Begründung Zur Umsetzung der Massnahme MN 76 ist eine personelle Verstärkung notwendig. Erfolgt diese nicht, ist eine effiziente, klimaschonende Beschaffung über sämtliche Verwaltungseinheiten des Kantons nicht möglich. Diese Stellenausweitung darf nicht der angedachten Leistungsüberprüfung des RR zum Opfer fallen.	Schlagworte Personalressourcen Umgang mit Rückmeldung Damit Massnahmen umgesetzt werden können, sind entsprechende Ressourcen notwendig. Die aufgeführten Ressourcen ermöglichen einen effizienten, wirkungsvollen Mitteleinsatz und tragen gleichzeitig den finanziellen Rahmenbedingungen des Kantons Rechnung. Die Ressourcen werden von Regierungsrat und Kantonsparlament gesprochen.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Vorbildfunktion			
141049	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Zur Umsetzung der Massnahme MN78 sind die notwendigen personellen Ressourcen sicherzustellen. Begründung	Schlagworte Personalressourcen, Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung Damit Massnahmen umgesetzt werden können, sind entsprechende Ressourcen notwendig. Die aufgeführten Ressourcen ermöglichen

103/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Zur Bewältigung der Klimarelevanten Herausforderungen ist es matchentscheidend, dass der Kanton seine Vorbildwirkung wahrnehmen kann. Mit Schlüsselmassnahme MN 78 ist ebenfalls mit Aufbau von Personalressourcen verbunden. Diese Stellenausweitung darf ebenfalls nicht der angedachten Leistungsüberprüfung des Regierungsrates zum Opfer fallen.	einen effizienten, wirkungsvollen Mitteleinsatz und tragen gleichzeitig den finanziellen Rahmenbedingungen des Kantons Rechnung. Die Ressourcen werden von Regierungsrat und Kantonsparlament gesprochen.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
4. Wirkung und Zielerreichung			
134960	EDU Thurgau Politische Partei 8357 Guntershausen	Antrag / Bemerkung Die Klimastrategie des Kantons Thurgau hat sich zum Ziel gesetzt, die direkten Emissionen im Kanton Thurgau bis 2050 auf Netto-Null und bis 2030 innerhalb des Kantons um 30 % zu reduzieren. "hat sich zum Ziel gesetzt" ersetzen durch "möchte" Begründung Wer die Hintergründe des Pariser Klimaabkommens beachtet, kann diesen Zielen nicht wirklich zustimmen - es sei denn, er sei ideologisch vereinnahmt. Wir sollten die Klimathematik im globalen Zusammenhang sehen. Es ist nett, wenn sich die Thurgauer "für das Klima" so unter Druck setzen lassen - ob dies aber Sinn macht und etwas mit "verantwortungsvollem, umsichtigen Handeln" zu tun hat, das ist dann ein ganz anderes Thema. Wir scheinen tatsächlich auf dem besten Weg zu sein, das Klima zu einer neuen Religion zu machen: https://thenewamerican.com/us/environment/klaus-says-global-warming-new-religion/.	Schlagworte Zielsetzung Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme Das Pariser Klimaabkommen hat die Schweiz, somit der Bund, ratifiziert, Ziele festgelegt, wozu auch die Kantone ihren Beitrag zu leisten haben.

104/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
134961	EDU Thurgau Politische Partei 8357 Guntershausen	Antrag / Bemerkung Streichung: Zur Finanzierung der Folgemaassnahmen des Massnahmenplans Klima soll ab 2030 ein Fonds geschaffen werden. Dessen Speisung soll über einen breiteren Mix von abgabebasierten Finanzierungsinstrumenten möglichst basierend auf dem Verursacherprinzip erfolgen. Begründung Nach dem Verursacherprinzip zu besteuern ist ok. Es ist unter den aktuellen Umständen aber absehbar, dass die Finanzen für alle diese Projekte nicht reichen werden. Dass der Staat da - wo immer möglich - Geld eintreiben will, das ist der falsche Weg! Wir sollten uns darin üben nur das "einzukaufen", was wir (unsere Generation) auch tatsächlich bezahlen können. Die Einwohner des Kantons sollen nicht zu Milchkühen degradiert werden! PS: Keine zusätzlichen Steuern, Gebühren, Abgaben, Abzüge, Pflichtbeiträge o.ä.	Schlagworte Finanzierungsinstrumente Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Finanzierung von Klimamassnahmen ist langfristig zu sichern. Ein Fonds, wie dies mit dem Energiefonds bei Energiemassnahmen auch gemacht wird, ist dafür ein geeignetes Vehikel. Wie beschrieben soll dessen Speisung über einen breiteren Mix von abgabebasierten Finanzierungsinstrumenten erfolgen. Diese sind noch im Detail zu prüfen.
140983	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Der Absenckpfad aus der Klimastrategie ist mit konkreten Werten für jeden Sektor und Zwischenzielen für die Jahre 2030 und 2040 als Ziel für den Massnahmenplan aufzunehmen. Begründung Für eine konkrete Analyse des Erreichens der Ziele bis 2030 ist es unerlässlich in jedem Sektor messbare Ziele zu festzulegen. Diese müssen konkret und transparent formuliert sein. Anhand der Zielsetzungen in jedem Sektor müssen die Massnahmen priorisiert und verstärkt werden, welche zum Erreichen der jeweiligen Sektorziele	Schlagworte Zielsetzung Umgang mit Rückmeldung Quantitative Ziele: Abgelehnt. Im Teil Klimaschutz sind in der Klimastrategie Kanton Thurgau quantitative Ziele festgelegt. Im Teil Anpassung an den Klimawandel ist dies nur in qualitativer Form möglich. Die Ziele sind jeweils bis 2050 und für jeden Sektor definiert. Im Teil Klimaschutz ist auch für 2030 ein Ziel definiert. Priorisierung von Massnahmen: Abgelehnt. Die Massnahmen sind im Rahmen eines umfassenden Prozesses mit den Fachstellen entwickelt worden und im Rahmen von früheren Priorisierungsunden bereits reduziert worden. Der sektorübergreifende Charakter des

105/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		am meisten beitragen. Im Massnahmenplan wird mehrfach der Begriff «Klimaziele 2030» erwähnt, ohne dass diese konkret ausgewiesen werden. Aus Sicht der GRÜNEN muss dies in konkreten Zahlen und pro Sektor erfolgen. Ein Absenkpfad mit konkreten Zwischenzielen ist in verschiedenen anderen Kantonen vorhanden (so z.B. Zürich, Graubünden, Basel, ...). Damit die Klimastrategie Thurgau und der Massnahmenplan Erfolg hat, muss auch hier eine konkrete und messbare Zielsetzung erfolgen.	Massnahmenplans, der Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gleichermassen abdeckt, soll beibehalten werden.
140984	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Die Massnahmenbeurteilungs-Spider der einzelnen Massnahmen sind nochmals zu prüfen, zu harmonisieren und zu einem Gesamtscore zusammenzufassen. Begründung Die GRÜNEN begrüßen die Beurteilung der Massnahmen hinsichtlich Wirkung, Kosten und Akzeptanz. Aus unserer Sicht ist es jedoch schwierig, die Spider miteinander zu vergleichen und gerade die Wirkungsaussagen sind schwierig einzuschätzen. Aus unserer Sicht wäre es sinnvoll, diese Bewertungen nochmals einander gegenüberzustellen und zu versuchen die Skalen zu harmonisieren. Die Wirkungsbewertung sollte möglichst in Verhältnis zur absoluten CO2-Einsparung erfolgen. Ebenfalls sollten die einzelnen Beurteilungen zu einem Gesamtscore pro Massnahme zusammengefasst werden, welcher eine grobe Priorisierung von Massnahmen erlaubt.	Schlagworte Wirkung, Beurteilungskriterien Umgang mit Rückmeldung Beurteilung der Massnahmen im Spider: Die Beurteilungen der Spider werden nochmals geprüft. Einheitliche Skalen: Abgelehnt. Im Anhang 6 "Bewertungskriterien zur Beurteilung der Massnahmen" der Massnahmenblätter sind die Skalen definiert, sodass eine einheitliche Beurteilung der Massnahmen qualitativ möglich ist. Absolute Wirkungsbewertung: Abgelehnt. Quantitative die CO2-Einsparung auszuweisen, ist mit zahlreichen Annahmen verbunden und abhängig von der genauen Ausgestaltung der Massnahmen. Die Wirkung von kantonalen Massnahmen kann durch übergeordnete Massnahmen, Massnahmen aus der Wirtschaft und Gesellschaft überlagert werden.

106/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
140985	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Eine vertiefte Wirkungsanalyse ist für jede Schlüsselmassnahme und Massnahme mit hoher Wirkung durchzuführen. Begründung Für das Abschätzen der Zielerreichung 2030 und für das allfällige Priorisieren von Massnahmen ist eine Wirkungsanalyse (CO2, kWh, ect) unerlässlich. Insbesondere bei den Schlüsselmassnahmen und Massnahmen mit hoher Wirkung muss konkret gezeigt werden, welche Wirkung erwartet wird und welchen Beitrag die Massnahme an die Sektorziele leistet. Anhand dieser Wirkung können Massnahmen innerhalb des Sektors und auch dem ganzen Massnahmenplan priorisiert werden.	Schlagworte Wirkung, Zielsetzung, Massnahmenpriorisierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Auch wenn das Anliegen berechtigt im Sinne einer wirkungsorientierten Ausgestaltung und Prüfung des Massnahmenplans ist, wird aus folgenden Gründen darauf verzichtet: - Die Massnahmen sind in der Regel bisher nicht so ausformuliert bzw. präzisiert, dass sie direkt quantifiziert werden können. Es fehlen u.a. Angaben zum jeweiligen Mengengerüst (z.B. wie viele Fahrzeuge, Gebäude betroffen), z.T. auch zur genauen Ausgestaltung des Instruments. Es müssten sehr viele Annahmen getroffen werden, um diese zu quantifizieren, was den Mehrwert reduziert. - Viele Massnahmen sind auf vorgelagerter Ebene anzusiedeln (Prüfaufträge, Planungsgrundlagen) bzw. haben lediglich indirekte Wirkung (Sensibilisierung), deren Wirkung zum jetzigen Zeitpunkt kaum geschätzt bzw. mit grossen Unsicherheiten verbunden wären. Oftmals fehlen auch Datengrundlagen zur Quantifizierung (diese werden mit den Massnahmen z.T. erst erarbeitet). - Sinnvoll quantifizieren liessen sich primär Massnahmen mit investivem Charakter, Vorschriften/Regelungen sowie vereinzelt Massnahmen, die die kantonale Verwaltung betreffen (eigener Gebäudepark, eigene Fahrzeugflotte). - Eine lückenhafte Quantifizierung nur einzelner quantifizierbarer Massnahmen ist wenig zielführend. Es besteht die Gefahr, dass nur noch die quantifizierbaren Massnahmen weiterverfolgt werden, was nicht der Bedeutung der Massnahmen entspricht.
140986	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Erläuterung der Kompensation im Ausland bis 2030 sind einzufügen.	Schlagworte Zielsetzung, Kompensation Umgang mit Rückmeldung

107/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Begründung Für das Klimaziel 2030 wird angenommen, dass ein wesentlicher Teil der Reduktionen durch Kompensationen im Ausland erreicht wird. Es soll ausgeführt werden, wie dies konkret geschehen soll. Aus Sicht der GRÜNEN muss das oberste Ziel sein, die Reduktionen im Inland durchzuführen und so wenig wie möglich im Ausland zu kompensieren.	Die Klimaschutzziele des Kantons sind in Übereinstimmung mit denjenigen des Bundes formuliert. Die Einschätzung wird geteilt, dass alles daran gesetzt werden soll, möglichst viele der Emissionen innerhalb des Kantons zu reduzieren. Es wird darauf verzichtet, im Massnahmenplan Klima detailliert aufzuführen, wie genau Kompensationen im Ausland geschehen soll. Dies ist Teil sorgfältiger Abwägungen bei der Anwendung dieses Instruments.
141392	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn / Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Es braucht für die Überprüfung der Zielerreichung konkrete Werte für jeden Sektor, inkl. Zwischenzielen für die Jahre 2030 und 2040 (vgl. Absenkpfad Klimastrategie). Ggf. sind Indikatoren zu definieren. Begründung Um am Ende des Prozesses bzw. zur Zwischenbeurteilung die Zielerreichung messen zu können, sind für die einzelnen Sektoren Zielwerte und Zwischenzielwerte festzulegen. Damit wird die Überprüfung des Standes und des Erfolgs (oder Misserfolgs) der Massnahme deutlich.	Schlagworte Zielsetzung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Für den Klimaschutz gibt es das Ziel 2030. Die Formulierung von Zwischenzielen bis 2030 ist wenig zielführend, da dies nur vier Jahren nach Start Umsetzung des Massnahmenplans entspricht. Für die Anpassung machen konkretere Ziele wenig Sinn, da die Ziele qualitativ und zeitlich offen formuliert sind (Beitrag zu Reduktion der Risiken). Zwischentappen sind sofern möglich bei den Massnahmenblättern integriert. Der Massnahmenplan wird 2031 ausgewertet, anschliessend wird geprüft, ob Massnahmen verschärft, ersetzt oder ergänzt werden müssen. Dieser Aktualisierungsprozess setzt dann auch die Ziele für den nächsten Massnahmenplan fest.
141050	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Der Kanton muss die Massnahmen verstärken, sofern ein Zwischen-Monitoring nicht genügend gute Resultate attestiert. Begründung	Schlagworte Monitoring, Zielsetzung Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Mit der Auswertung des Massnahmenplans im Monitoring und Controlling wird auch der weitere Umgang mit den Massnahmen betrachtet (verschärfen, ersetzen, ergänzen, etc.), sodass

108/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Der Thurgau bekennt sich zu einem wirksamen Klimaschutz. Auch wenn die Erreichung der Ziele von externen Faktoren abhängig ist, so gilt es mit allen Mitteln die gesetzten Projektziele umzusetzen.	die Klimaziele erreicht werden.
141055	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Es sind konkrete und überprüfbare Zwischenziele und Indikatoren für jeden Sektor festzulegen. Begründung Ohne überprüfbare Zwischenziele und ein ausreichendes Monitoring ist nicht feststellbar, ob die getroffenen Massnahmen wirksam sind und ausreichen oder ob Nachbesserungsbedarf besteht.	Schlagworte Monitoring, Zielsetzung, Indikatoren Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Für den Klimaschutz gibt es das Ziel 2030. Die Formulierung von Zwischenzielen bis 2030 ist wenig zielführend, da dies nur vier Jahren Jahre nach Start Umsetzung des Massnahmenplans entspricht. Für die Anpassung machen konkretere Ziele wenig Sinn, da die Ziele qualitativ und zeitlich offen formuliert sind (Beitrag zu Reduktion der Risiken). Zwischentappen sind sofern möglich bei den Massnahmenblättern integriert.
138578	WWF Thurgau 9001 St.Gallen	Antrag / Bemerkung Die einzelnen Sektoren sind mit konkreten Werten und Zwischenzielen bis 2030 zu versehen, basierend auf dem Absenkpfad aus der Klimastrategie. Begründung Gemäss Klimastrategie wurden für die einzelnen Sektoren Absenkpfade definiert. Es ist im Massnahmeplan nicht ersichtlich, inwiefern die einzelnen Massnahmen beitragen sollen, den Absenkpfad gemäss Strategie einzuhalten. Konkrete Zwischenziele pro Sektor sind aber dringend notwendig. Nur so kann spätestens 2030 überprüft werden, welche Massnahmen funktionieren und welche nicht und ob bzw. wie diese allenfalls angepasst werden müssen..	Schlagworte Zielsetzung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Für den Klimaschutz gibt es das Ziel 2030. Die Formulierung von Zwischenzielen bis 2030 ist wenig zielführend, da dies nur vier Jahren nach Start Umsetzung des Massnahmenplans entspricht. Für die Anpassung machen konkretere Ziele wenig Sinn, da die Ziele qualitativ und zeitlich offen formuliert sind (Beitrag zu Reduktion der Risiken). Zwischentappen sind sofern möglich bei den Massnahmenblättern integriert. Mit der Auswertung des Massnahmenplans im Monitoring und Controlling wird auch der weitere Umgang mit den Massnahmen be-

109/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			trachtet (verschärfen, ersetzen, ergänzen, etc.), sodass die Klimaziele erreicht werden.
138585	WWF Thurgau 9001 St.Gallen	Antrag / Bemerkung Für die Schlüsselmassnahmen und Massnahmen mit hoher Wirkung ist eine vertiefte Wirkungsanalyse durchzuführen. Begründung Für das Abschätzen der Zielerreichung 2030 und für das allfällige Priorisieren von Massnahmen ist eine Wirkungsanalyse (CO2, kWh, ect) unerlässlich. Insbesondere bei den Schlüsselmassnahmen und Massnahmen mit hoher Wirkung muss konkret gezeigt werden, welche Wirkung erwartet wird und welchen Beitrag die Massnahme an die Sektorziele leistet. Anhand dieser Wirkung können Massnahmen innerhalb des Sektors und auch dem ganzen Massnahmenplan priorisiert werden.	Schlagworte Wirkung, Zielsetzung, Massnahmenpriorisierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Auch wenn das Anliegen berechtigt im Sinne einer wirkungsorientierten Ausgestaltung und Prüfung des Massnahmenplans ist, wird aus folgenden Gründen darauf verzichtet: - Die Massnahmen sind in der Regel bisher nicht so ausformuliert bzw. präzisiert, dass sie direkt quantifiziert werden können. Es fehlen u.a. Angaben zum jeweiligen Mengengerüst (z.B. wie viele Fahrzeuge, Gebäude betroffen), z.T. auch zur genauen Ausgestaltung des Instruments. Es müssten sehr viele Annahmen getroffen werden, um diese zu quantifizieren, was den Mehrwert reduziert. - Viele Massnahmen sind auf vorgelagerter Ebene anzusiedeln (Prüfaufträge, Planungsgrundlagen) bzw. haben lediglich indirekte Wirkung (Sensibilisierung), deren Wirkung zum jetzigen Zeitpunkt kaum geschätzt bzw. mit grossen Unsicherheiten verbunden wären. Oftmals fehlen auch Datengrundlagen zur Quantifizierung (diese werden mit den Massnahmen z.T. erst erarbeitet). - Sinnvoll quantifizieren liessen sich primär Massnahmen mit investivem Charakter, Vorschriften/Regelungen sowie vereinzelt Massnahmen, die die kantonale Verwaltung betreffen (eigener Gebäudepark, eigene Fahrzeugflotte). - Eine lückenhafte Quantifizierung nur einzelner quantifizierbarer Massnahmen ist wenig zielführend. Es besteht die Gefahr, dass nur noch die quantifizierbaren Massnahmen weiterverfolgt werden, was nicht der Bedeutung der Massnahmen entspricht.

110/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
5.1. Kosten und Personalaufwendungen			
141419	ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband, Sektion Ostschweiz/FL 9001 St. Gallen	Antrag / Bemerkung In den klimapolitischen «Vorreiterämtern» werden Stellen aufgebaut, was zu einem sehr hohen Regulierungs- und Bürokratiendruck führt, welcher das Gewerbe unnötig belastet und allenfalls sogar behindert. Allfällige neue Stellen sind am Mehrwert (CO₂-Reduktion/Klimawirkung pro eingesetztem Steuerfranken) zu messen. Ebenfalls ist die Kostensituation für die Wirtschaft klar und nachvollziehbar aufzuzeigen. Begründung -	Schlagworte Finanzmittel, Personalressourcen, Kosten für die Volkswirtschaft Umgang mit Rückmeldung Personalressourcen: Diese wurden im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung nochmals geprüft und gestrafft. Volkswirtschaftliche Kosten: Abgelehnt. Die Quantifizierung volkswirtschaftlicher Auswirkungen wurde bereits im Erarbeitungsprozess des Massnahmenplans Klima diskutiert und vom Lenkungsausschuss verworfen, mit der Begründung, dass Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen und die Auswirkungen grob bereits in der Strategie dargelegt sind. Es wurde damals entschieden, nur qualitative Aussagen zu Auswirkungen auf die Wertschöpfung zu integrieren.
142514	Departement für Erziehung und Kultur Generalsekretariat, Rechtsdienst	Antrag / Bemerkung Der Massnahmenplan Klima 2026–2030 ist ein umfassendes Ausgaben- und Staatswachstumsprojekt: Geplant sind zusätzliche Kosten von 7.36 Mio. Franken und 960 neue Stellenprozente in der Verwaltung – davon 730 unbefristet. Die Wirkung der Massnahmen wird dabei weitgehend nicht quantifiziert. Zwar ist das vorgesehene Monitoring- und Controlling-System inklusive einer Evaluation nach fünf Jahren zu begrüssen. Die Wirksamkeit einzelner Massnahmen sollte jedoch verbindlicher nachgewiesen werden. Diesbezüglich fehlt auch ein aussagekräftiger Vergleich mit anderen Kantonen. Zwar	Schlagworte Wirkung, Personalressourcen, Finanzmittel, Monitoring Umgang mit Rückmeldung Zusätzliche Ressourcen: Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Finanzmittel und Stellen nochmals reduziert. Quantitative Wirkung: Abgelehnt. Auch wenn das Anliegen berechtigt im Sinne einer wirkungsorientierten Ausgestaltung und Prüfung des Massnahmenplans ist, wird aus folgenden Gründen darauf verzichtet: - Die Massnahmen sind in der Regel bisher nicht so ausformuliert

111/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		wird erwähnt, dass bei der Erarbeitung des Plans auch die Erfahrungen anderer Kantone und Länder berücksichtigt wurden. Eine systematische Evaluation oder ein konkreter Vergleich mit den Wirkungen laufender Programme in anderen Kantonen unterbleibt jedoch. Angesichts dieser Unklarheit sind neue Stellen, wenn überhaupt, nur befristet zu bewilligen. Angemessen erscheint aber eigentlich eine Finanzierung innerhalb des bestehenden Budgetrahmens, um zusätzliche Ausgaben und neue Abgaben zu vermeiden. Es sollten Quick-Win-Massnahmen, Beratungs- und Pilotprojekte ohne Mehrstellen bevorzugt werden; der Aufbau der Fachstelle Klima ist bis zum ersten Wirkungsnachweis auszusetzen. Begründung -	bzw. präzisiert, dass sie direkt quantifiziert werden können. Es fehlen u.a. Angaben zum jeweiligen Mengengerüst (z.B. wie viele Fahrzeuge, Gebäude betroffen), z.T. auch zur genauen Ausgestaltung des Instruments. Es müssten sehr viele Annahmen getroffen werden, um diese zu quantifizieren, was den Mehrwert reduziert. - Viele Massnahmen sind auf vorgelagerter Ebene anzusiedeln (Prüfaufträge, Planungsgrundlagen) bzw. haben lediglich indirekte Wirkung (Sensibilisierung), deren Wirkung zum jetzigen Zeitpunkt kaum geschätzt bzw. mit grossen Unsicherheiten verbunden wären. Oftmals fehlen auch Datengrundlagen zur Quantifizierung (diese werden mit den Massnahmen z.T. erst erarbeitet). - Sinnvoll quantifizieren liessen sich primär Massnahmen mit investivem Charakter, Vorschriften/Regelungen sowie vereinzelt Massnahmen, die die kantonale Verwaltung betreffen (eigener Gebäudepark, eigene Fahrzeugflotte). - Eine lückenhafte Quantifizierung nur einzelner quantifizierbarer Massnahmen ist wenig zielführend. Es besteht die Gefahr, dass nur noch die quantifizierbaren Massnahmen weiterverfolgt werden, was nicht der Bedeutung der Massnahmen entspricht. Vergleich mit anderen Kantonen: Abgelehnt, dass Vergleiche von Massnahmen von anderen Kantonen ausgewiesen werden. Im Erarbeitungsprozess wurden wirksame Massnahme anderer Länder, Kantone, Städte und Gemeinden verglichen und auf eine Anwendung im Kanton TG geprüft. Die vorgeschlagenen Massnahmen sollen nun nach mehreren Priorisierungsrunden zur Umsetzung empfohlen werden.
142515	Departement für Erziehung und Kultur	Antrag / Bemerkung Wir geben weiter zu bedenken, dass angesichts der Finanzlage des Kantons und des	Schlagworte Personalressourcen, Vorbildfunktion Umgang mit Rückmeldung

112/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	Generalsekretariat, Rechtsdienst	generellen Spardrucks auf die Ämter bei der Umsetzung von neuen Massnahmen äusserste Zurückhaltung angebracht ist. So ist eine weitere Verteuerung kantonaler Bauten durch die besondere Berücksichtigung ökologischer Anliegen zu vermeiden. Die Schaffung von zusätzlichen 170 Stellenprozenten für die Vorbildfunktion der öffentlichen Verwaltung leuchtet ebenfalls nicht ein. Vorbildlich ist eine kantonale Verwaltung, die sich zurückhaltend verhält und nur neue Stellen schafft, wenn dafür zwingende Gründe vorliegen. Begründung -	Zusätzliche Ressourcen: Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Finanzmittel und Stellen nochmals reduziert.
142518	Departement für Inneres und Volkswirtschaft Rechtsdienst	Antrag / Bemerkung Durch die Verzögerung der externen Vernehmlassung verzögern sich auch die vom Landwirtschaftsamt zu verantwortenden Massnahmen (MN 29, 30-32,33-37, 38-40) um ein Jahr, weil die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen aufgrund der Budgetvorgaben des Regierungsrates nicht im Budget 2026 berücksichtigt werden können. Im Übrigen konnten die in unserem Departement betroffenen Ämter und Abteilungen sich im Rahmen ihrer Beteiligung an der Fachgruppe gehörig einbringen und wurden ihre Anliegen berücksichtigt. Begründung -	Schlagworte Finanzmittel, Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung Zeitliche Verschiebung: Der Hinweis einer Verschiebung in der Umsetzung der genannten Massnahmen wird im Umsetzungszeitraum der Massnahmen angepasst.
142621	Forstamt	Antrag / Bemerkung	Schlagworte Ambitionsniveau, Sinn von Klimamassnahmen, Finanzmittel Umgang mit Rückmeldung

113/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		In Anbetracht der angespannten finanziellen Lage des Kantons würde das Forstamt eine Sistierung des Massnahmenplans Klima bis auf weiteres begrüssen. Begründung -	Zusätzliche Ressourcen: Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Finanzmittel und Stellen nochmals reduziert. Eine Sistierung ist nicht vorgesehen.
140987	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Die personellen und finanziellen Anstrengungen im Bereich des Klimaschutz sind zu stärken. Die Gelder sind nach Wirkung und Sektorrelevanz zu verteilen. Begründung Aus Sicht der GRÜNEN muss Klimaschutz oberste Priorität haben. Dies muss sich auch beim Einsatz von Mitteln und Aufwand zeigen. Wir erwarten, dass die personellen und finanziellen Anstrengungen beim Klimaschutz verstärkt werden.	Schlagworte Personalressourcen, Finanzmittel, Ambitionsniveau Umgang mit Rückmeldung Aufgrund der angespannten Finanzlage wurden der Ressourcenbedarf des Massnahmenplans Klima nochmals gesamthaft geprüft und weitere Einsparungen vorgenommen. Dabei wurde sichergestellt, dass besonders wichtige und wirksame Massnahmen beibehalten werden. Es wird daran festgehalten, dass die Mittel weiterhin sowohl für Klimaschutz als auch für Anpassung an den Klimawandel eingesetzt werden.
140989	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Im Text auf Seite 24 stimmen die Prozentzahlen nicht mit den Zahlen im Abbildung 6 überein. Begründung -	Schlagworte Formales, Formulierung Umgang mit Rückmeldung Prozentzahlen und Abbildung 6 aufeinander abgleichen.
129514	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Unter Kapitel 5.1 ist noch zu präzisieren, ob die zusätzlichen Personalkosten in den 7.356 Millionen in der Summe aller zusätzlichen Kosten (Tabelle 1) berücksichtigt wurden.	Schlagworte Personalressourcen, Finanzmittel Umgang mit Rückmeldung Die zusätzlichen Kosten sind ohne die monetarisierten Personalressourcen gerechnet. Im Kapitel 5.1 steht: Es handelt sich dabei um

114/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Begründung Aus den tabellarischen Darstellungen ist nicht eindeutig ersichtlich, ob in den 7.356 Millionen auch die zusätzlichen Personalkosten enthalten sind.	Kosten, die durch den Massnahmenplan Klima zusätzlich zu bereits genehmigten und budgetierten Aufträgen bei der kantonalen Verwaltung anfallen. Eine klärende Fussnote wurde ergänzt.
141244	Industrie- und Handelskammer Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Die Umsetzung des kompletten Massnahmenplans in der aktuellen Ausgestaltung ist mit einem hohen zusätzlichen Kosten und Ressourcenbedarf verbunden: Die geschätzten zusätzlichen Gesamtkosten betragen gemäss Bericht bis 2030 7.36 Mio. CHF. Notwendig wäre zudem ein zusätzlicher Personalbedarf von 960 Stellenprozenten. Ein Stellenwachstum in genannter Höhe steht nicht im Verhältnis zum Nutzen Industrie- und Handelskammer Thurgau. Thomas-Bornhauser-Strasse 14. 8570 Weinfelden des Massnahmenplans bzw. des effektiven Veränderungspotentials für das Klima allgemein. Es besteht das Risiko, dass neue Stellen geschaffen werden, die zu einem späteren Zeitpunkt nicht zu mehr abgeschafft werden. Die IHK fordert deshalb, dass der zusätzliche Ressourcenbedarf möglichst durch Umnutzung / Umschulung bestehender Mitarbeitenden abgedeckt wird. Neue Stellen sollen zwingend befristet geschaffen werden und innert definierter Frist auf die Wirksamkeit / Notwendigkeit ihrer Tätigkeiten überprüft werden.	Schlagworte Personalressourcen Umgang mit Rückmeldung Zusätzliche Ressourcen: Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Finanzmittel und Stellen nochmals reduziert.
		Begründung -	

115/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141393	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn / Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Es fällt auf, dass der Sektor Landwirtschaft überproportional hohe Kosten verursacht. Kann das so interpretiert werden, dass die Landwirtschaft einen verhältnismässig hohen Reduktionsbedarf hat? Begründung Die Kosten sollten in Relation zu den Reduktionszielen (Nutzen) und zur Wirkung stehen.	Schlagworte Ressourcen Massnahmen Umgang mit Rückmeldung Die Massnahmen Sektor Landwirtschaft und Ernährung sind kostenintensiver als in anderen Sektoren. Dies hängt auch von der Wahl eines Massnahmeninstruments ab. Daher kann keine direkte Verbindung mit dem Handlungsbedarf hergestellt werden. Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Finanzmittel und Stellen nochmals reduziert, so auch in der Landwirtschaft und Ernährung.
141052	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die vorgesehenen neuen Stellen im Bereich Landwirtschaft und Ernährung sind zu überprüfen. Begründung Da die Agrarwirtschaft besonders vom Klimawandel betroffen ist, erkennen wir einerseits die Wichtigkeit der vorgesehenen Investitionen im Ernährungsbereich. Allerdings sind wir doch erstaunt, dass fast ¼ der neu anfallenden Kosten für die Landwirtschaft und die Ernährung vorgesehen sind. Könnten die neu geplanten Stellen in Landwirtschaft und Ernährung von rund 230% sowie die Stellen in Forschung, Bildung und Sensibilisierung nicht durch Umlagerung der Aufgaben mit jetzigem Personal im Amt für Landwirtschaft und/oder Arenenberg eingebunden werden?	Schlagworte Personalressourcen Umgang mit Rückmeldung Zusätzliche Ressourcen: Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Finanzmittel und Stellen nochmals reduziert, so auch in der Landwirtschaft.

116/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141258	Thurgauer Gewerbeverband 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Finanzen/Kosten: Auch wenn die geplanten, jährlichen «Klima-Kosten» nur mit rund 1.6 % im Kantonsbudget zu Buche schlagen, sind es Mehrkosten und zum Teil ist damit ein dauerhafter Stellenausbau verbunden, in einer Zeit in der der Kanton zum Sparen aufgerufen ist. Falls überhaupt, kann ein Stellenausbau einzig temporär sein. Die Vermutung liegt nahe, dass bei vielen Fachstellen die beschriebenen Massnahmen zu deren Grundauftrag werden und sich die Aufgaben einzig verändern. Begründung -	Schlagworte Finanzmittel, Personalressourcen Umgang mit Rückmeldung Zusätzliche Ressourcen: Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Finanzmittel und Stellen nochmals reduziert.
142714	Verband Thurgauer Landwirtschaft 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Der Verband Thurgauer Landwirtschaft begrüsst, dass man sich seitens des Kantons dem Klima respektive der Klimaveränderung annimmt. Die Landwirtschaft ist unmittelbar von den Auswirkungen der Klimaveränderungen betroffen. Dieser nehmen wir uns an. Mit neuen Anbaumethoden und neuen Kulturen schaffen wir ressourceneffizient und nachhaltig. Jedoch befürchten wir, dass die Umsetzung der Klimastrategie wiederum zu einer personellen Aufstockung bei der kantonalen Verwaltung führt. Wir sind der Meinung, dass der Büroapparat möglichst schlank organisiert werden muss und auf bereits bestehenden Strukturen aufbauen soll. Jede zusätzliche Stelle verursacht Kosten und hinterlässt einen zusätzlichen klimatischen Fussabdruck. Begründung -	Schlagworte Personalressourcen, Finanzmittel Umgang mit Rückmeldung Zusätzliche Ressourcen: Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Finanzmittel und Stellen nochmals reduziert.

117/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
5.2. Volkswirtschaftliche Betrachtung			
140559	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Analyse der volkswirtschaftlichen Auswirkungen ist durchzuführen. Begründung Die Volkswirtschaft und die Gemeinden sind vom Massnahmenplan stark betroffen, daher ist eine entsprechende Analyse wichtig für die Akzeptanz und Transparenz.	Schlagworte Kosten für die Volkswirtschaft Umgang mit Rückmeldung Volkswirtschaftliche Kosten: Abgelehnt. Im Erarbeitungsprozess wurde das Thema bereits geprüft und eine ausführliche Analyse verworfen. Es werden nur ein paar qualitative Aussagen zu Auswirkungen auf die Wertschöpfung integriert. Begründung: methodische Komplexität und grosser Aufwand, Massnahmen müssten weiter konkretisiert bzw. mit Annahmen hinterlegt werden, um die Kosten plausibel abzuschätzen.
132741	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Die Analyse der volkswirtschaftlichen Auswirkungen ist durchzuführen. Begründung Die Volkswirtschaft und die Gemeinden sind vom Massnahmenplan stark betroffen, daher ist eine entsprechende Analyse wichtig für die Akzeptanz und Transparenz.	Schlagworte Kosten für die Volkswirtschaft Umgang mit Rückmeldung Volkswirtschaftliche Kosten: Die Quantifizierung volkswirtschaftlicher Auswirkungen wurde bereits im Erarbeitungsprozess des Massnahmenplans Klima diskutiert und vom Lenkungsausschuss verworfen, mit der Begründung, dass Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen und die Auswirkungen grob bereits in der Strategie dargelegt sind. Es wurde damals entschieden, nur qualitative Aussagen zu Auswirkungen auf die Wertschöpfung zu integrieren.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
5.3. Finanzierung			

118/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
138826	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Es ist abzuklären, welche Massnahmen vom Bund finanziell gefördert werden können, um so gegebenenfalls den zusätzlichen finanziellen Aufwand für den Kanton zu verringern. Begründung Das BAFU unterstützt förderungswürdige Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel mittels Finanzhilfen. Der Fokus des Förderprogramms liegt auf den für die Anpassung an den Klimawandel relevanten Planungs-, Investitions- und Installationskosten. Das Förderprogramm wird ab Mai 2025 veröffentlicht.	Schlagworte Finanzmittel Umgang mit Rückmeldung Das Förderprogramm zur Anpassung an den Klimawandel Adapt+ fördert umsetzungsnahe Projekte zur Anpassung an den Klimawandel. In Rücksprache mit dem BAFU können nicht ganze Massnahmenpläne darüber finanziert werden und das Förderprogramm dient auch nicht als mögliche Finanzierungsquelle. Voraussetzung für die Prüfung: Dazu gehört ein Budget mit Finanzierungsplan und eine detaillierte Aufstellung der anrechenbaren Kosten sowie Angaben zur Eigenfinanzierung und zu allfälligen Mittelzusicherungen Dritter (Kantone, Gemeinde, usw.). Mit der Zusammenstellung der Projektkosten und Finanzierung muss der Nachweis erbracht werden, dass die Massnahme ohne die Finanzhilfe nicht hinreichend umgesetzt werden kann und die zumutbaren Selbsthilfemassnahmen und übrigen Finanzierungsmittel nicht ausreichen.
140988	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung - Begründung Die GRÜNEN begrüssen die angedachte Schaffung eines Klimafonds ausdrücklich. Klimaschutz und Klimaanpassung werden uns noch stark beschäftigen und eine zuverlässige Finanzierung ist zwingend notwendig. Bei der Finanzierung ist das Verursacherprinzip im Grundsatz zu begrüssen. Aus unserer Sicht sollten bei der Finanzierung jedoch insbesondere sozialpolitische Aspekte und die Akzeptanz im Vordergrund stehen.	Schlagworte Finanzierungsinstrumente Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme

119/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
129561	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsi- dent 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Es soll mit einer Aufzählung aufgezeigt werden, mit welchen Abgaben der Fonds zur Finanzierung nach 2030 erfolgen soll. Siehe Antrag unter dem Kapitel Zusammenfassung Begründung Damit die Kontinuität der Finanzierung nach 2030 sichergestellt werden kann, müssen die Abgaben ob neu oder durch Erhöhung schon jetzt bekannt sein. Es darf nicht sein, dass Massnahmen geplant werden die schlicht nicht Mehrheitsfähig sind. In der Klimapolitik ist die Langfristigkeit der wichtigste Faktor zum Erfolg.	Schlagworte Finanzierungsinstrumente Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt: Die Massnahmen des Massnahmenplans Klima 2027-2031 werden über einen Rahmenkredit finanziert. Für den Massnahmenplan ab 2032 werden rechtliche Grundlagen für eine Fondsfinanzierung geschaffen sowie die detaillierten Finanzierungsquellen erarbeitet.
141214	Kanton Thurgau Amt für Raumentwicklung 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung siehe Antrag zu Kapitel 6.1 (Verfügbarkeit von zusätzlichen finanziellen Mitteln) Begründung siehe Begründung zu Antrag zu Kapitel 6.1	Schlagworte Finanzmittel, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
141056	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Schaffung eines Klimafonds ist zu forcieren. Begründung Eine stabile, langfristige Finanzierung der Massnahmen muss sicher gestellt werden. Für die Bevölkerung und die lokale Wirtschaft müssen die Anpassungsleistungen und die Massnahmen finanzierbar sein. Sie dürfen insbesondere nicht zu übermässig hoher finanzieller	Schlagworte Finanzierungsinstrumente Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme

120/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Belastung bei Mieten, Energiekosten und Lebensmitteln für Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen führen.	
141262	Thurgauer Gewerbeverband 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Der Schaffung eines weiteren Fonds für mögliche Folgemassnahmen steht der TGV ablehnend gegenüber. Beispiele wie der Arbeitsmarktfonds zeigen, dass Fonds geschaffen werden, die sich über die Zeit äufnen und dann in Folge unter kreativem Einsatz wieder neue Verwendungszwecke gesucht werden, um die Mittel auch zu verwenden. Diese Mittel werden jedoch vorab Bevölkerung und Wirtschaft entzogen und fehlen entsprechend in der freien Wirtschaft. Das Thema Klimaveränderung und deren Einfluss auf das Leben ist eine Realität, die die Menschheit ziemlich sicher noch länger beschäftigen wird. Damit sind die Anpassungen an diese Realität auch in den Alltag zu integrieren und aus dem Alltag zu finanzieren. Der TGV vermisst eine Darstellung mit welchen Kosten und damit verbundenen neuen Steuern und Gebühren die Wirtschaft und die Bevölkerung bei der Umsetzung dieser Massnahmen zur rechnen hat. Diese müssen vor der möglichen Genehmigung des Massnahmenplanes aufgezeigt werden. Begründung -	Schlagworte Finanzmittel, Finanzierungsinstrumente Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme: Die Massnahmen des Massnahmenplans Klima 2027-2031 werden über einen Rahmenkredit finanziert. Für den Massnahmenplan ab 2032 werden rechtliche Grundlagen für eine Fondsfinanzierung geschaffen sowie die detaillierten Finanzierungsquellen erarbeitet.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
5.4. Rechtliche Auswirkungen			

121/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
129562	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsi- dent 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Konkretisieren in welchen Gesetzen, was geregelt werden soll. Begründung Transparenz	Schlagworte Rechtsgrundlagen Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. In den einzelnen Massnahmenblättern ist unter der Rubrik "Rechtsgrundlagen" die rechtliche Basis aufgeführt. Mögliche Anpassungen sind erwähnt. Eine zusätzliche Auflistung der einzelnen Gesetze im Massnahmenplan wird als nicht sinnvoll erachtet.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
6 Umsetzung des Massnahmenplans und Monitoring			
141246	Industrie- und Handelskammer Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Dass ein «stringentes Monitoring und Controlling» seitens der Klimakoordinationsstelle vorgesehen ist, begrüsse die IHK. Es sollen nur diejenigen Massnahmen weiterverfolgt werden, welche sich mit einem verhältnismässigen Aufwand als wirksam erweisen. Bei der Umsetzung des Klimaplanes ist ferner darauf zu achten, dass auch bei den Unternehmen kein unverhältnismässig hoher Mehraufwand für Controlling und Administration entsteht. Begründung -	Schlagworte Monitoring Umgang mit Rückmeldung Nach fünf Jahren sowie nach wichtigen Meilensteinen (u. a. Zwischenziele der Klimastrategie 2030) sollen der Umsetzungsstand und die Zielerreichung des Massnahmenplans insgesamt gewürdigt werden. Es wird eine Bilanz gezogen und entschieden, ob eine Massnahme erfolgreich umgesetzt wurde und daraufhin als abgeschlossen gilt und abgeschrieben wird – oder ob sie weitergeführt bzw. weiterentwickelt werden soll.
141054	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung	Schlagworte Zielsetzung, Monitoring, Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung

122/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Die Umsetzung muss dem gesetzten Zeitplan folgen, damit die Klimaziele bis 2030 und bis 2050 erreicht werden können. Um dies sicher zu stellen ist ein ausreichendes Monitoring notwendig. Begründung Jegliche Verzögerung gefährdet die notwendige Reduktion der Treibhausgasemissionen. Eine Verzögerung bei deren Reduktion und beim Umstieg auf erneuerbare Energien hat Mehrkosten und höhere Risiken in Zukunft zur Folge.	Kenntnisnahme
141255	Thurgauer Gewerbeverband 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Controlling: Nicht nachvollziehbar ist, dass man einen derart hohen Aufwand betreibt und keinerlei Wirkungsmessung vornimmt. «Die Wirkung des Massnahmenplans Klima Kanton Thurgau auf die Treibhausgasemissionen wurde nicht quantifiziert, zumal hauptsächlich wirtschaftliche und gesellschaftliche Aktivitäten den Absenkungspfad beeinflussen.» Wie soll nach fünf Jahren Bilanz gezogen werden? («Erreicht der Kanton Thurgau seine Klimaziele nicht, sind bei der Aktualisierung des Massnahmenplans nach 2030 Verschärfungen vorzusehen.») Auf welcher Grundlage sollen die allfälligen Verschärfungen begründet werden? Begründung -	Schlagworte Wirkung, Zielsetzung, Monitoring Umgang mit Rückmeldung Wirkungsanalyse: Abgelehnt. Auch wenn das Anliegen berechtigt im Sinne einer wirkungsorientierten Ausgestaltung und Prüfung des Massnahmenplans ist, wird aus folgenden Gründen darauf verzichtet: - Die Massnahmen sind in der Regel bisher nicht so ausformuliert bzw. präzisiert, dass sie direkt quantifiziert werden können. Es fehlen u.a. Angaben zum jeweiligen Mengengerüst (z.B. wie viele Fahrzeuge, Gebäude betroffen), z.T. auch zur genauen Ausgestaltung des Instruments. Es müssten sehr viele Annahmen getroffen werden, um diese zu quantifizieren, was den Mehrwert reduziert. - Viele Massnahmen sind auf vorgelagerter Ebene anzusiedeln (Prüfaufträge, Planungsgrundlagen) bzw. haben lediglich indirekte Wirkung (Sensibilisierung), deren Wirkung zum jetzigen Zeitpunkt kaum geschätzt bzw. mit grossen Unsicherheiten verbunden wären. Oftmals fehlen auch Datengrundlagen zur Quantifizierung (diese werden mit den Massnahmen z.T. erst erarbeitet). - Sinnvoll quantifizieren liessen sich primär Massnahmen mit investivem Charakter, Vorschriften/Regelungen sowie vereinzelt Massnahmen, die die kantonale Verwaltung betreffen (eigener Gebäudepark,

123/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			eigene Fahrzeugflotte). - Eine lückenhafte Quantifizierung nur einzelner quantifizierbarer Massnahmen ist wenig zielführend. Es besteht die Gefahr, dass nur noch die quantifizierbaren Massnahmen weiterverfolgt werden, was nicht der Bedeutung der Massnahmen entspricht. Wirkungsmessung: Die einzelnen Massnahmen weisen Umsetzungsindikatoren auf, die den Erfolg ausweisen. Die Massnahmen werden im Monitoringprozess mit Kenngrössen versehen. Dies ist im ersten Umsetzungsjahr zu machen.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
6.1. Umsetzungsetappen			
141212	Kanton Thurgau Amt für Raumentwicklung 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Termine für den Start der Bearbeitung der Umsetzungsmassnahmen sind entsprechend der Verfügbarkeit der erforderlichen finanziellen Mittel anzupassen. Begründung Für die Umsetzung von diversen Massnahmen sind zusätzliche Finanzmittel erforderlich. Falls diese zusätzlichen Kredite im Jahre 2026 zur Verfügung stehen, können die Arbeiten gemäss Terminplanung begonnen werden. Aktuell jedoch sind auf Grund der angespannten Finanzlage des Kantons keine zusätzlichen Mittel für die Klimamassnahmen im Budget 2026 eingestellt. Massnahmen mit zusätzlichem Finanzbedarf können entsprechend frühestens ab 2027 umgesetzt werden.	Schlagworte Finanzmittel Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Es ist geplant, dass ein vom Kantonsrat gesprochener Rahmenkredit die Mittel gewährleisten soll.

124/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
6.2. Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten			
141394	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn / Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Dient die Klimakoordinationsstelle (S. 28) auch als beratende Anlaufstelle für die Gemeinden? Begründung Dies wäre wertvoll für die Gemeinden bei Planung und Umsetzung von Massnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung.	Schlagworte Zuständigkeit, Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Kein Anpassungsbedarf. Ja, die Klimakoordinationsstelle darf auch von Gemeinden kontaktiert werden. Es gibt sie schon seit August 2020. Eine eigenständiges Beratungsangebot soll mit Massnahme 74 "Zielgruppenspezifische Informations- und Beratungsangebote zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel aufbauen" geschaffen werden mit den Zielgruppen Städte, Gemeinden und KMU.
141058	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Über eine jährliche Beratung in der Kommission Klima, Energie und Umwelt KEU soll der Grosse Rat in die Überprüfung der Umsetzung einbezogen werden. Begründung Der Zeitplan für die Erreichung der Klimaziele ist eng. Der Grosse Rat muss bei der Umsetzung der Massnahmen aus der Klimastrategie in die Verantwortung genommen werden. Besonders, da der Grosse Rat gewährleisten muss, dass die notwendigen finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung gestellt werden können.	Schlagworte Zuständigkeit, Zusammenarbeit, Monitoring Umgang mit Rückmeldung Kein Handlungsspielraum seitens Verwaltung. Dies hat der Grosse Rat mit dem Regierungsrat zu klären.
142716	Verband Thurgauer Landwirtschaft 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Ausserdem lehnen wir die angedachte Klimakoordinationsstelle mit einer personell stark dotierten Fachstelle Klima ab. Mit der Klimalen-	Schlagworte Personalressourcen, Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung

125/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		kung und dem Klimagremium werden zusätzliche Institutionen geschaffen, die zu einer Aufblähung der kantonalen Verwaltung führen. Begründung -	Abgelehnt: Damit Massnahmen umgesetzt werden können, sind entsprechende Ressourcen notwendig, auch für die Klimakoordinationsstelle. Die aufgeführten Ressourcen ermöglichen einen effizienten, wirkungsvollen Mitteleinsatz und tragen gleichzeitig den finanziellen Rahmenbedingungen des Kantons Rechnung. Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Finanzmittel und Stellen nochmals reduziert.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
6.2.1. Zusammenarbeit innerhalb der kantonalen Verwaltung			
140990	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung - Begründung Die GRÜNEN begrüßen den Ausbau der Klimakoordinationsstelle zu einer Fachstelle Klima und auch die weiteren vorgeschlagenen Gremien und Fachpersonen in den einzelnen Ämtern. Ebenfalls zu begrüßen ist die Aufnahme des Massnahmenplans Klima als verpflichtendes Ziel für die Departemente und Ämter.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Klimakoordination			
129609	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident	Antrag / Bemerkung Die Klimakoordinationsstelle soll nicht zu einer Fachstelle Klima ausgebaut werden.	Schlagworte Personalressourcen Umgang mit Rückmeldung Damit Massnahmen umgesetzt werden können, sind entsprechende

126/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	9315 Neukirch/ Egnach	Begründung Wir erkennen darin keinen Mehrwert für das Klima (Monitoring, Controlling , Organisation von Sitzungen des begleitenden Gremiums, Organisation von Anlässen) Die finanziellen und personellen Ressourcen sollen für Massnahmen und nicht für die Aufblähung der Verwaltung benutzt werden.	Ressourcen notwendig, auch für die Klimakoordinationsstelle. Die aufgeführten Ressourcen ermöglichen einen effizienten, wirkungsvollen Mitteleinsatz und tragen gleichzeitig den finanziellen Rahmenbedingungen des Kantons Rechnung. Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Finanzmittel und Stellen nochmals reduziert.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Ämter und Fachstellen			
129619	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Dass die Bezeichnung einer Person als Koordinationsstelle einen Nutzen bringen kann, ist nachvollziehbar, Sollten dazu neue personelle Ressourcen geschaffen werden, sind wir entschieden dagegen. Begründung Es darf einfach nicht sein, dass neue personelle Ressourcen geschaffen werden um diese Aufgabe zu übernehmen. Die Verwaltung muss so schlank wie nur möglich gehalten werden.	Schlagworte Personalressourcen Umgang mit Rückmeldung Damit Massnahmen umgesetzt werden können, sind entsprechende Ressourcen notwendig, auch für die Klimakoordinationsstelle. Die aufgeführten Ressourcen ermöglichen einen effizienten, wirkungsvollen Mitteleinsatz und tragen gleichzeitig den finanziellen Rahmenbedingungen des Kantons Rechnung. Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Finanzmittel und Stellen nochmals reduziert.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
6.2.2. Zusammenarbeit mit verwaltungsexternen Akteurinnen und Akteuren			
130866	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident	Antrag / Bemerkung Klimakoordinationsstelle streichen	Schlagworte Personalressourcen, Zuständigkeit, Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung

127/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	9315 Neukirch/ Egnach	Begründung Es braucht zwischen Amtsstellen Gemeinden und andern Kantonen keine zusätzliche Stelle. Der Dialog kann direkt am besten geführt werden. Dann sind auch die Verantwortlichkeiten klar.	Antrag abgelehnt. Die Klimakoordinationsstelle existiert seit August 2020 beim Amt für Umwelt. Damit neue Massnahmen koordiniert umgesetzt werden können, soll diese mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet sein. Die aufgeführten Ressourcen ermöglichen einen effizienten, wirkungsvollen Mitteleinsatz und tragen gleichzeitig den finanziellen Rahmenbedingungen des Kantons Rechnung. Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Finanzmittel und Stellen nochmals reduziert.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
6.2.3. Gremien für die Umsetzung des Massnahmenplans			

130865	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Organisation schlanker halten Begründung Es macht den Anschein das ein Moloch entsteht.	Schlagworte Personalressourcen, Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Die Umsetzungsorganisation wurde nochmals geprüft, aber wie vorgeschlagen beibehalten. Es wird in der Zusammenarbeit auf effiziente Prozesse Wert gelegt.
141161	KEEST 9542 Münchwilen	Antrag / Bemerkung Nennung "Geothermie" Begründung Das Projekt «Thurgauer Energie-Nutzung aus dem Untergrund 2030», kurz TEnU 2030, konnte erfolgreich lanciert werden. Ziel ist es, in drei Projektphasen bis nach 2030 das Feld für die langfristige Nutzung der Geothermie im Kanton Thurgau vorzubereiten. Dazu	Schlagworte Formales, Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Die Umsetzungsorganisation des Massnahmenplans zu erweitern, ist nicht angedacht. Überwiegende Voten wünschen eine Verschlan- kung.

128/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		wurde eine neue Gesellschaft: Geothermie Thurgau AG ins Leben gerufen.	

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
6.3. Monitoring und Evaluation			

140991	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Es sind für jeden Sektor weitere Indikatoren festzulegen/zu entwickeln, welche eine schnellere und vorausschauende Beurteilung erlauben als nur das Emissionskataster des Bundes. Begründung Möglichst aktuelle und akkurate Indikatoren sind für die Evaluation der laufenden Massnahmen und des Fortschritts in den einzelnen Sektoren entscheidend. Hierbei nur auf die Emissionsdaten des Bundes abzustellen, reicht aus Sicht der GRÜNEN nicht aus. Zusätzlich sollten möglichst dynamische und zeitnahe Indikatoren verwendet werden, welche eine schnelle Einschätzung des Fortschritts ermöglichen. Der Kanton Zürich präsentiert so z.B. diverse Indikatoren in den einzelnen Sektoren, wie die Anzahl Hauptheizsysteme oder die Neuzulassungen von Elektroautos.	Schlagworte Indikatoren, Wirkung, Monitoring Umgang mit Rückmeldung Die Treibhausgasbilanzierung zeigt die Menge an ausgestossenen Treibhausgasen. Im Rahmen der detaillierten Ausarbeitung des Monitorings wird sektorweise geprüft, welche weiteren Indikatoren mit Klimabezug bei den unterschiedlichen Massnahmen berücksichtigt werden können. Dies erfolgt nach der Genehmigung des Massnahmenplans.
140992	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Die Umsetzungsindikatoren der einzelnen Massnahmen sind mit konkreten Zahlen und damit Zielen für die einzelnen Jahre der Umsetzung zu ergänzen. Begründung	Schlagworte Wirkung, Zielsetzung, Indikatoren Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Nicht bei jeder Massnahme ist es möglich quantitative Wirkungsindikatoren zu hinterlegen. Daher wurde entschieden einheitlich Umsetzungsindikatoren festzulegen. Die Umsetzungsindikatoren sind in Verbindung mit den Umsetzungsjahren gesetzt, somit

129/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Aktuell ist es bei vielen Massnahmen schwierig die tatsächliche/ge-wünschte Wirkung abzuschätzen. Mit dem Hinterlegen von konkre-ten Zielwerten der einzelnen Umsetzungsindikatoren kann die Wir-kung der Massnahmen greifbarer gemacht werden. Wo immer mög-lich und insbesondere bei Schlüsselmassnahmen müssen konkrete Zielwerte der Umsetzungsindikatoren festgelegt werden.	besteht eine semi-quantitative Überprüfungsmöglichkeit. Nach ca. fünf Jahren soll eine qualitative Wirkungsevaluation des Massnah-menplans Klima gemacht werden. Anhand von Schlüsselmassnah-men soll ermittelt werden, wo mögliche Wirkungs-zusammenhänge existieren und warum es mögliche Abweichungen zwischen beab-sichtigter und tatsächlicher Wirkung gibt.
140993	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Das Parlament ist in Form der Kommission Klima, Energie und Um-welt (KEU) jährlich in das Controlling miteinzubeziehen. Begründung Ein Einbezug des Parlaments und eine zusätzliche Ebene des Con-trollings durch die KEU ist aus Sicht der GRÜNEN unbedingt erfor-derlich. Dies kann z.B. in Form der Beratung des Geschäftsberich-tes der Klimafachstelle erfolgen.	Schlagworte Zuständigkeit, Zusammenarbeit, Monitoring Umgang mit Rückmeldung Kein Handlungsspielraum seitens Verwaltung. Dies hat der Grosse Rat mit dem Regierungsrat zu klären.
140994	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Neben dem Monitoring der Massnahmen, sollen auch die einzelnen Sektoren und entsprechenden Zielsetzungen und Indikatoren in ei-nem jährlichen Zyklus überprüft werden und im Geschäftsbericht der Klimafachstelle aufgezeigt werden. Begründung Entscheidend ist das Erreichen der Ziele insbesondere auf Sekto-rebene. Hier kann sich auch zeigen, ob die definierten Massnahmen ausreichen oder weitere Massnahmen notwendig sind. Mit einer jährlichen Überprüfung der Indikatoren der einzelnen Sektoren kann	Schlagworte Monitoring, Indikatoren Umgang mit Rückmeldung Das Monitoring der Massnahmen beinhaltet die Überprüfung der Massnahmenziele, die mit den Sektorzielen verknüpft sind und die Umsetzungsindikatoren. Die ganzen Inhalte der Massnahmenblätter werden überwacht und der Gesamtumsetzungsstand jeder Mass-nahme und des gesamten Massnahmenplans Klima wird jährlich überprüft und entsprechende Bericht erstattet. Kein Anpassungsbe-darf.

130/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		die Entwicklung zeitnah begleitet und frühzeitig reagiert werden, sollten einzelne Sektoren sich nicht so entwickeln wie erhofft.	

142715	Verband Thurgauer Landwirtschaft 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Der Massnahmenplan soll für die ganze Verwaltung als verbindlich erklärt werden und es soll für jede Verwaltungseinheit im Rahmen des Geschäftsbericht Rechenschaft über getroffenen Klimamassnahmen abgelegt werden. Weil die zusätzlich angedachten Umsetzungs- und Wirkungskontrollen zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand führen, den wir als Steuerzahler ablehnen. Begründung -	Schlagworte Monitoring, Ambitionsniveau, Zielsetzung Umgang mit Rückmeldung Es ist unklar, ob das Monitoring und die Evaluation des Massnahmenplans Klima nun befürwortet oder abgelehnt werden. Die jährliche Berichterstattung ist per Regierungsratsbeschluss für die ganze Verwaltung als verbindlich zu erklären.
--------	---	--	--

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Jährliches Vollzugscontrolling der Massnahmen			

130869	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Weniger Berichte, mehr Massnahmen Begründung Die Berichterstattung muss so gering wie möglich gehalten werden. Dem Klimaschutz helfen nur Massnahmen, kein Verwaltungsmoloch.	Schlagworte Monitoring Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Dies wird bei der Umsetzung des Massnahmenplans bei der Berichterstattung berücksichtigt.
--------	---	--	--

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Bilanzierung Massnahmeplan und Würdigung Zielpfad nach fünf Jahren			

131/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
134962	EDU Thurgau Politische Partei 8357 Guntershausen	Antrag / Bemerkung Streichung von: "sind Verschärfungen bei der Aktualisierung des Massnahmenplans Klima 2030+ notwendig" Begründung Es ist unverständlich, dass der Kanton die Bevölkerung auf diese Weise unter Druck setzen will. Es ist erschreckend zu sehen, wie man sich hier - anscheinend gedankenlos - auf ein Ziel fixiert. Ziele sind wichtig und können hilfreich sein. Setzt man sie aber nicht ins richtige Verhältnis zu den Möglichkeiten, dann wrd es gefährlich. Vorstellungen wie sie hier formuliert sind machen Angst!	Schlagworte Formales, Formulierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Kantone sind verpflichtet, ihren Beitrag zu den nationalen Klimazielen zu leisten. Es ist in Massnahmenplänen üblich, dass Verschärfungen und Justierungen für Folgeperioden vorgenommen werden, wenn die gesetzten Ziele nicht erreicht werden.
130871	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Weniger Berichte Begründung Ist es notwendig, dass jede 5 Jahre Bilanzierung und Würdigungen gemacht werden, wenn schon ein jährliches Controlling statt findet.	Schlagworte Monitoring Umgang mit Rückmeldung Beim jährlichen Controlling handelt es sich um ein Controlling der Umsetzung der Massnahmen, nicht um ein Wirkungscontrolling. Das jährliche Controlling soll schlank gehalten werden. Ergänzend dazu ist es aber wichtig, periodisch, d.h. alle fünf Jahre bzw. nach wichtigen Meilensteinen (u.a. Zwischenziele der Klimastrategie 2030) auch die Zielerreichung des Massnahmenplans insgesamt zu würdigen. Anhand von Schlüsselmassnahmen soll ermittelt werden, wo mögliche Wirkungszusammenhänge existieren und warum es mögliche Abweichungen zwischen beabsichtigter und tatsächlicher Wirkung gibt. Dies dient als Grundlage für allfällige Anpassungen des Massnahmenplans.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Wirkungsevaluation			

132/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
138613	WWF Thurgau 9001 St.Gallen	Antrag / Bemerkung Die Massnahmen sind mit konkreten Indikatoren zu versehen, die die Wirkung der Massnahme aufzeigt. Begründung Die Umsetzungsindikatoren sind nützlich, sagen jedoch nicht direkt etwas über die Wirkung der Massnahme aus. Gemäss Ausführungen ist es nicht vorgesehen, ein direkten Bezug herzustellen, zwischen den Massnahmen und der Wirkung im Sinne der Treibhausgasemissionen. Dass dies nicht bei allen Massnahmen gemacht werden kann, ist nachvollziehbar. Möglich ist dies jedoch bei vielen Massnahmen, insbesondere bei den Schlüsselmassnahmen und soll dementsprechend auch gemacht werden. Dies hilft in regelmässigen Abständen die Wirkung der Massnahmen zu bewerten und gezielt Anpassungen vorzunehmen.	Schlagworte Wirkung, Indikatoren Umgang mit Rückmeldung Nicht bei jeder Massnahme ist es möglich quantitative Wirkungsindikatoren zu hinterlegen. Daher wurde entschieden einheitlich Umsetzungsindikatoren festzulegen. Die Umsetzungsindikatoren sind in Verbindung mit den Umsetzungsjahren gesetzt, somit besteht eine semi-quantitative Überprüfungsmöglichkeit. Die detaillierte Ausarbeitung des Monitorings und Controllings erfolgt nach der Genehmigung des Massnahmenplans Klima. Kein Anpassungsbedarf.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Anhang: Übersicht aller neuen und weiterentwickelten Massnahmen			
136712	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Titel Massnahme 3 anpassen: Erfahrungsaustausch (ERFA) mit den EVUs und Gemeinden initiieren. Begründung Einheitliche Titel der Massnahmen.	Schlagworte einheitliche Formulierung, Formales Umgang mit Rückmeldung Titel anpassen.
136721	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt	Antrag / Bemerkung	Schlagworte einheitliche Formulierung, Formales Umgang mit Rückmeldung

133/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Titel Massnahme 49 anpassen: Die Abwasserreinigungsanlagen energetisch optimieren und das Potenzial zur Produktion erneuerbarer Energie ausnutzen. Begründung Einheitliche Titel der Massnahmen.	Titel anpassen.
138744	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Einheitliche Bezeichnung der Amtsstellen über alle Massnahmenblätter hinweg sicherstellen. Begründung Die Bezeichnung der Ämter bei den einzubeziehenden Stellen ist nicht überall konsistent. Es sollte z.B. einheitlich Amt für Umwelt (AfU) heissen, nicht einmal so und dann einfach AfU (vgl. Mn 51)	Schlagworte Formales, einheitliche Formulierung Umgang mit Rückmeldung Vereinheitlichung vornehmen.

Entwurf Massnahmenblätter

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
1. Sektor Energieproduktion/-versorgung			
140995	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Allgemeine Rückmeldungen zum Sektor Begründung Die GRÜNEN können die Massnahmen im Bereich Energieproduktion und Energieversorgung unterstützen. Insbesondere der Ausbau der Erneuerbaren Energien und die lokale Speicherung muss vorangetrieben werden. Im Thurgau liegt ein wichtiger Teil der Handlungsmöglichkeiten bei	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales, Ambitionsniveau Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Rückmeldung unterstützt die Anliegen der Klimastrategie und Massnahmenplan. Die Prüfung einer gesetzlichen Anpassung ist explizit Bestandteil der Massnahme MN5. Möglicherweise braucht es auch freiwillige Massnahmen, da eine gesetzliche Regelung erst längerfristig wirken kann. Deshalb werden alle Optionen geprüft.

134/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		den vielen EVUs. Der verstärkte Austausch ist aus unserer Sicht zu begrüßen. Gleichzeitig erwarten wir, dass die EVUs auch entsprechend verpflichtet werden eine klare Netto-Null Strategie auszuarbeiten. Die Massnahme 5 ist entsprechend verbindlich zu formulieren.	
140996	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Eine separate Massnahme zum Förderprogramm Energie ist zu definieren, welche eine verlässliche Finanzierung und wirkungsvolle Massnahmen in den nächsten Jahren aufzeigt. Begründung Das Förderprogramm Energie ist ein zentraler Pfeiler der kantonalen Energie- und Klimapolitik, welches auch in den kommenden Jahren dringend braucht. Dieses soll in einer separaten Massnahme gezeigt werden.	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Das Förderprogramm Energie ist eine bestehende Massnahme mit einer eigenständigen Finanzierungsgrundlage, weshalb wir eine eigene Massnahme in Rahmen des Massnahmenplans Klima als nicht sinnvoll erachten. Im Rahmen der MN1 wird auf die Massnahme 10 im Energiekonzept Kanton Thurgau 2020 bis 2030 verwiesen, welche die Weiterentwicklung des Förderprogramms zum Inhalt hat.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 1: Massnahmen aus dem Energiekonzept (EK) für die Sektoren Energieproduktion und -versorgung und Gebäude bzgl. Klimaaspekten weiterentwickeln			
141421	ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband, Sektion Ostschweiz/FL 9001 St. Gallen	Antrag / Bemerkung Um die Umstellung der Antriebe von Strassentransportunternehmen sicherzustellen, müssen EVU die Netze genügend leistungsfähig auslegen. Die Herausforderungen an die Leitungen sind dabei enorm. In diesem Konzept wird leider verpasst, dass auf zukünftige grosse Stromverbraucher ausreichend Rücksicht genommen wird, um grössere Effekte in der Einsparung von CO2-Emissionen zu erzielen.	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Der Umbau des elektrischen Energiesystems schreitet laufend voran. Es ist Aufgabe der Energieversorger, für eine ausreichende Netzinfrastruktur zu sorgen. Aus Sicht des Projektteams Massnahmenplan Klima werden die diesbezüglich laufenden und geplanten Aktivitäten der Branche als zielführend erachtet.

135/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Begründung -	
136733	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Rechtsgrundlagen: Die Nummern der Gesetze und Verordnungen fehlt: Gesetz über die Energienutzung (ENG; RB 731.1); Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über die Energienutzung (ENV; RB 731.11). Begründung Gesetze und Verordnungen überall einheitlich aufführen.	Schlagworte Rechtsgrundlagen Umgang mit Rückmeldung Umsetzen. Die Dokumente werden auf Vollständigkeit der Referenzen zu gesetzlichen Grundlagen geprüft, vervollständigt und vereinheitlicht.
141579	EVP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung MN1 ist zu unterstützen Begründung Holz-Wärmeverbünde sind zu weiter zu optimieren. Eine Verdichtung vom Netz/Anschlüsse ist zu fördern. Im technologischen Bereich muss der Wirkungsgrad der Anlagen erhöht werden.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
140997	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung - Begründung Die GRÜNEN begrüßen die zusätzlichen Anliegen zum Energiekonzept. Gerade die Datengrundlage (z.B. GWR) muss verbessert werden. Allgemein bietet eine gute Datengrundlage eine wichtige Basis für die ganze Klimastrategie und den Massnahmenplan.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.

136/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Auch die Anliegen zur Energierichtplanung, Vorbildwirkung der selbstständigen Unternehmen und Effizienztarife können wir unterstützen.	
141593	Lignum Ost Informieren - vernetzen – handeln 8526 Oberneunforn/TG	Antrag / Bemerkung Diese Massnahme unterstützen wir. Begründung Wir wünschen aber, dass bestehende Holz-Wärmeverbünde optimiert und verdichtet werden. Die Abwärme soll besser genutzt werden.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Rückmeldung wird in der Umsetzung der Massnahmen des Energiekonzepts berücksichtigt.
140561	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Es soll auf die Pflicht für die Erstellung eines kommunalen Gesamtenergieversorgungskonzepts (GEVK) verzichtet werden. Begründung Die VTG-Arbeitsgruppe hält es für wenig sinnvoll, dass die Gemeinden erst bei der Umsetzung ihres Konzeptes Unterstützung erhalten sollen. Dann ist es zu spät. Die Unterstützung wird bei der Erstellung der Konzepte benötigt. Grundsätzlich wird angeregt, dass die Haltung des Kantons bei kommunalen Konzepten überdacht werden soll. Vielfach ist nur die Einreichung relevant, was zum Abschreiben von bestehenden Konzepten führt und nicht zielführend ist. Anstelle von reinem Prüfen, Bewilligen oder Zurückweisen der Konzepte, sollen die zuständigen Amtsstellen bereits bei der Erstellung beratend zur Verfügung stehen. Darüber hinaus ist für kleinere Gemeinden die Erstellung eines (nachhaltigen) Konzepts eine Herausforderung, die mit den bestehenden personellen Ressourcen nicht zu bewältigen ist.	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Umsetzen. Die Formulierung zum Anliegen 2 bzgl. EK-Massnahme Nr. 5 wird dahingehend ergänzt, dass den Gemeinden auch in geeigneter Form fachliche Unterstützung geboten wird bei der Ausarbeitung der Konzepte.

137/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
134503	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Schärfung Massnahme und Abgrenzung zum Energiekonzept Begründung Die Massnahme besteht aus 12 Untermassnahmen, welche aus dem Energiekonzept übernommen wurden. Dies legt die Interpretation nahe, dass diese ohnehin umgesetzt würden. Es ist für das Verständnis des Massnahmenplans wenig förderlich, eine so grosse Anzahl an vorhandenen Massnahmen anderer Konzepte und Programme aufzuführen. Falls es keine zusätzlichen Massnahmen gibt, ist MN1 zu streichen. Aufgrund der grossen Anzahl der Untermassnahmen und der fehlenden Quantifizierung der Wirkung ist zudem unverständlich, ob es gegenüber dem Energiekonzept eine zusätzliche Wirkung gibt.	Schlagworte Streichung Massnahme, Wirkung Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Die Massnahme MN1 hält fest, welche Anliegen aus der Klimaperspektive in den Massnahmen des Energiekonzepts speziell zu beachten sind. Damit wird die Koordination zwischen den zwei Instrumenten sichergestellt. Die Massnahme soll deshalb beibehalten werden.
141578	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung EK-Massnahme Nr. 10: Das kantonale Förderprogramm sollte nicht nur auf Energie beschränkt sein, sondern auf Klimaförderung erweitert werden. Begründung Erweiterung prüfen, da Klimaförderung auch kantonal bedeutend ist und grosse Signalwirkung auf die Bevölkerung hat.	Schlagworte neue Massnahmenidee, Finanzmittel Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Das kantonale Förderprogramm Energie deckt auch die Verminderung der Treibhausgasemissionen ab.
141501	VTE 8608 Bubikon	Antrag / Bemerkung Keine zusätzlichen kantonalen Vorgaben bezüglich Energieeffizienz und Tarifgestaltung. Begründung	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Anliegen des Massnahmenplans Klima bzgl. Energiekonzept-Massnahme 13 hat nicht zum Ziel neue Vorgaben

138/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Der Bund definiert im sog. Mantelerlass Pflichten für Energieeffizienz, welche die EVU umsetzen müssen. Diese Vorgaben sind hoch und aussergewöhnlich. Zusätzliche Vorgaben des Kantons wären kontraproduktiv. Auch bei der Tarifgestaltung sind die Vorgaben des Bundes stark reglementiert. Die EVU müssen auf der einen Seite Netztarife definieren, um die Netze sicher und kostengerecht zu betreiben und auf der anderen Seite prosumerfreundliche Rückliefertarife anbieten. Die Kosten für den Ausbau der Netze, um die Anforderungen der Dekarbonisierung (mehr elektrische Verbraucher) und der Zubau dezentraler Energiequellen, müssen mit einer dynamischen Tarifgestaltung gedeckt werden. Dies steht nicht immer im Einklang mit den Interessen aller Nutzer der Stromnetze.	bzgl. Energieeffizienz an die EVU's zu stellen. Es geht vielmehr darum, Spielraum und Erfahrung zu schaffen, wie eine flexiblere Tarifierung sinnvolle und wirksame Anreize setzen kann, die Energieeffizienz bei den Kunden verbessern. Auf die Schnittstelle zum Mantelerlass des Bundes wird bei der Detailausgestaltung der Aktivitäten Rücksicht genommen.
141502	VTE 8608 Bubikon	Antrag / Bemerkung keinen übereifrigen Aktionismus im Bereich der Netze (EK15) Begründung Die EVU sind sich ihrer Verantwortung bezüglich der Netzstabilität bewusst und nehmen diese Aufgabe sehr Ernst. Der VTE steht in engem Kontakt mit dem AfE um sinnvolle Angebote für die künftigen Herausforderungen bereitzustellen. Jede Gemeinde steht in der Pflicht in eigenem Interesse ein funktionierendes EVU zu betreiben. Der Bund betreibt bereits ein Monitoring (sunrise-Regulierung). Dies könnte als Orientierungshilfe auch für die Kantone dienen.	Schlagworte Ambitionsniveau Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Es handelt sich nicht um eine neue Massnahme aus dem Massnahmenplan Klima, sondern lediglich auf einen Verweis auf die im Grundlagenbericht Stromnetze Thurgau erwähnten flankierenden Massnahmen. Insofern sehen wir keinen Anpassungsbedarf. Dass allfällige Massnahmen in Absprache mit der Branche und bedarfsorientiert erfolgen müssen, ist selbstverständlich.
141503	VTE 8608 Bubikon	Antrag / Bemerkung EK18: Grosse PV-Anlagen ausserhalb der Bauzonen sind nicht per se sinnvoll Begründung	Schlagworte Konkretisierung, Ambitionsniveau, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Beurteilung muss situativ erfolgen und kann

139/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Grosse PV-Anlagen ausserhalb der Bauzonen sollen nur bei einem hohen Anteil von Eigenverbrauch zusätzlich gefördert werden. Der VTE stellt immer wieder fest, dass der dadurch nötige Netzausbau in keinem Verhältnis zum volkswirtschaftlichen Nutzen einer grossen Anlage ausserhalb der Ballungszentren steht.	nicht pauschalisiert werden. Im Einzelfall muss eine Abwägung erfolgen, die auch die Argumente des Rückmelters berücksichtigen. Wir sehen aber keinen weitergehenden Anpassungsbedarf für den Massnahmenplan Klima.
132802	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Es soll auf die Pflicht für die Erstellung eines kommunalen Gesamtenergieversorgungskonzepts (GEVK) verzichtet werden. Begründung Die VTG-Arbeitsgruppe hält es für wenig sinnvoll, dass die Gemeinden erst bei der Umsetzung ihres Konzeptes Unterstützung erhalten sollen. Dann ist es zu spät. Die Unterstützung wird bei der Erstellung der Konzepte benötigt. Grundsätzlich wird angeregt, dass die Haltung des Kantons bei kommunalen Konzepten überdacht werden soll. Vielfach ist nur die Einreichung relevant, was zum Abschreiben von bestehenden Konzepten führt und nicht zielführend ist. Anstelle von reinem Prüfen, Bewilligen oder Zurückweisen der Konzepte, sollen die zuständigen Amtsstellen bereits bei der Erstellung beratend zur Verfügung stehen. Darüber hinaus ist für kleinere Gemeinden die Erstellung eines (nachhaltigen) Konzepts eine Herausforderung, die mit den bestehenden personellen Ressourcen nicht zu bewältigen ist.	Schlagworte Streichung Massnahme, Massnahmeninstrument, Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Die Formulierung zum Anliegen 2 bzgl. EK-Massnahme Nr. 5 wird dahingehend ergänzt, dass den Gemeinden auch in geeigneter Form fachliche Unterstützung geboten wird bei der Ausarbeitung der Konzepte.
142643	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung Fördermassnahmen des Bundes berücksichtigen - Doppelspurigkeiten vermeiden Begründung	Schlagworte Formales, Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Bei der Weiterentwicklung des Förderprogramms

140/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Beim Bund gibts Fördermassnahmen zu 150 kWp-PV-Anlagen. Gibt es Änderungen auf Bundesebene?	Energie erfolgt laufend eine Abstimmung mit den Bundesmassnahmen. Änderungen werden jeweils vom Bund direkt kommuniziert.
141097	Verband der Schweizerischen Gasindustrie Branchenpolitik 8027 Zürich	Antrag / Bemerkung 1. Beantragung, dass in den EK-Massnahmen der Begriff «erneuerbarer Energien» genauer definiert und in der Weise präzisiert wird, dass «Strom aus erneuerbaren Energien» und als auch «erneuerbare Gasen und deren Einspeisung» aufgeführt werden. Begründung 1. Wir beantragen die genaue Definition des Begriffs «erneuerbare Energien» und insbesondere die Präzisierung mit «erneuerbaren Gasen», um auf die Wichtigkeit der Moleküle zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit hinzuweisen. Erneuerbare Gase (insbesondere Biomethan und grüner Wasserstoff) ermöglichen Energie und Wärme CO2-frei bereitzustellen.	Schlagworte Konkretisierung, inhaltliche Ergänzung, Formales Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Die Massnahme MN1 referenziert auf das Energie-Konzept des Kantons. Es wird deshalb nicht als sinnvoll erachtet, im Massnahmenblatt neue Definitionen einzuführen. Die wichtige Rolle der erneuerbaren Moleküle ist aber anerkannt, z.B. ist im Rahmen der Anliegen zu EK-Massnahme Nr. 10 auch explizit Biogas aufgeführt. Insgesamt sollen die Massnahmen möglichst technologieoffen sein, da noch nicht abschliessend geklärt ist, was die erfolgsversprechendsten Technologien in im Bereich von grünem Gas sind und alle Beiträge relevant sind.
141098	Verband der Schweizerischen Gasindustrie Branchenpolitik 8027 Zürich	Antrag / Bemerkung 2. Beantragung Erweiterung EK-Massnahme Nr. 5: «Festlegung von Zonen mit erhöhtem Anteil erneuerbarer Energie, Förderung Energienetze» mit folgendem Aspekt: Förderung von Speichertechnologien zur saisonalen Regulierung bzw. Entlastung der Energienetze. Begründung 2. Wir empfehlen die Erweiterung der EK-Massnahmen mit dem Aspekt Speichertechnologie, weil diese die Energieplanung gut ergänzt. Sobald in mehr «Zonen» erneuerbare Energie vorhanden	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Teilweise umgesetzt. Das Thema der Speicherung wird über MN 4 des Massnahmenplans abgedeckt. Ein Verweis auf die Abstimmung mit der EK-Massnahme Nr. 5 wird in MN 4 des Massnahmenplans aufgenommen, mit dem Ziel, dass auch raumplanerische Möglichkeiten im Rahmen des geplanten Konzepts zu analysieren sind.

141/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		ist, kann die Speichertechnologie überschüssige erneuerbare Energie aufnehmen und zu einem späteren Zeitpunkt verfügbar machen (z.B. Speicher für Power-to-X) und damit die Versorgungssicherheit erhöhen.	
141099	Verband der Schweizerischen Gasindustrie Branchenpolitik 8027 Zürich	Antrag / Bemerkung 3. Die Gasbranche unterstützt und befürwortet die Massnahme Nr. 10: «Weiterentwicklung des Förderprogramms», im Speziellen die Förderung des Baus von Biogasanlagen. Wir möchten vor dem Hintergrund der Sparmassnahmen des Bundes gerne verstehen, wie zukünftig die Finanzierung der Förderung gestaltet wird. Begründung 3. Wir unterstützen den Ansatz, den Bau weiterer Biogasanlagen voranzutreiben. Für die Energiewende wird molekülbasierte Energie benötigt. Der Ausbau von Biogasanlagen, insbesondere solcher, die eine hohe Biogaseinspeisung ermöglichen, sollten so früh und so schnell wie möglich beginnen, damit diese sicher amortisiert werden können. Vorschlag zur Gestaltung und Regelung des kantonalen Fonds: Förderung von Grossanlagen, die eine kritische Menge Biogas erzeugen und dieses in das vollständig ins Netz einspeisen.	Schlagworte Formales, Information, neue Massnahmenidee, Finanzierungsinstrumente Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Das Förderprogramm Energie des Kantons TG wird periodisch weiterentwickelt. Angesichts der knappen Fördermittel ist es wichtig, die Förderung möglichst effektiv auszugestalten, auch im Bereich Biogas. Eine Netzeinspeisung ist aber nicht bei allen Biogasanlagen möglich. Die Argumentation aus der Rückmeldung wird zur Kenntnis genommen und soweit möglich in der Weiterentwicklung berücksichtigt.
141100	Verband der Schweizerischen Gasindustrie	Antrag / Bemerkung 4. Beantragung einer neuen EK-Massnahme «Kantonale Wasserstoffstrategie»: Anliegen 1: Überprüfen Möglichkeiten zur Umsetzung der	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Die Erstellung einer kantonalen Wasserstoffstrategie

142/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	Branchenpolitik 8027 Zürich	Wasserstoffstrategie des Bundes (erlassen Dezember 2024). • Anliegen 2: Überprüfung des Wasserstoffbedarfs des Kantons • Anliegen 3: Entwicklung eines Konzepts über den Einsatz von Wasserstoff vor dem Hintergrund Erhalt der Netzinfrastruktur • Anliegen 4: Abstimmung der kantonalen Wasserstoffstrategie mit den Nachbarkantonen Begründung 4. Wir weisen auf die Notwendigkeit hin, in diesen Massnahmenplan das Thema Wasserstoff mit aufzunehmen: Basierend auf der Wasserstoff-Strategie des Bundes und der auf die Kantone fallende Aufgabe in den nächsten Jahren für sich den Bedarf und Einsatz von Wasserstoff zu klären und Massnahmen zu definieren. • Daher ist uns im Anliegen 2 wichtig hervorzuheben, dass der Kanton gemeinsam mit den Energieversorgungsunternehmen und der Industrie die Einsatzmöglichkeiten von Wasserstoff, lokale Produktionsmöglichkeiten, die Verteilung (Kopplung mit MN 5) und die Bedarfsprognosen Industrie, Gewerbe, Anlagen zur Fernwärmeerzeugung und sonstige Wärmeversorgung, genau klärt. Der Gasbranche ist es ausserdem sehr wichtig im Sinne der Versorgungssicherheit und Netzplanung zu prüfen, ob Wasserstoff als erneuerbares Gas in der bestehenden Gasleitungsinfrastruktur gefördert werden kann und damit zum Erhalt der Infrastruktur beiträgt. • Wir legen grossen Wert darauf, dass die Überprüfung des Einsatzes von Wasserstoff im Kanton unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt (Anliegen 3). • Im Anliegen 4 betonen wir die Wichtigkeit des Austausches über die Kantonsgrenzen hinweg, im Sinne der Sicherung der Versorgungssicherheit und im Sinne der Nutzung von Synergien. Hier	wurde im Erarbeitungsprozess des Massnahmenplans Klima diskutiert, aber nicht als eigenständige Massnahme formuliert. Der Vorschlag wird aber in die Sammlung zu prüfender neuer Massnahmen im Rahmen der Aktualisierung des Massnahmenplans ab 2032 aufgenommen.

143/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		könnte die Untere Bodenseeregion, die Versorgung mit erneuerbaren Gasen ab 2040 sicherstellen.	
141101	Verband der Schweizerischen Gasindustrie Branchenpolitik 8027 Zürich	Antrag / Bemerkung 5. Beantragung einer neuen EK-Massnahme «Überprüfung Versorgungssicherheit für Wärme und Prozesswärme im Kanton durch erneuerbares Gas»: Begründung 5. Vor dem Hintergrund der Abschaltung der Gasversorgung aus Deutschland im Jahr 2040, z.B. in Kreuzlingen sollte die Energieplanung in den betroffenen Gemeinden und ganzheitlich für den Kanton überprüft werden. Es ist wichtig die Wärmeversorgung und die Versorgung von Prozesswärme für die Industrie sicherzustellen. Eine Gesamtenergieplanung sollte enthalten: • Die Netzinfrastruktur in alle bedürftigen Regionen (z.B. Anschluss Kreuzlingens an das Schweizer Netz) • Die Erhöhung Anteil erneuerbarer Gase (z.B. Zubau und Anschluss grosser Biogasanlagen) • Die Entwicklung von Alternativen zur Nutzung der Gasnetze anstelle einer Stilllegung (z.B. Nutzung der Leitungen für die Durchleitung oder Speicherung von erneuerbaren Gasen). Die Massnahmen sollten wirtschaftlich tragbar und mit den Gasnetzbetreibern abgestimmt sein.	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Über die MN 5 des Massnahmenplans Klima werden die Elektrizitäts- und Gasversorgungsunternehmen angehalten, Netto-Null-taugliche Dekarbonisierungspläne zu erstellen. Es ist davon auszugehen, dass nicht ausreichend grüne Moleküle zur Verfügung stehen, um den heutigen fossilen Gasbedarf zu substituieren. Deshalb bedarf es einer Gesamtoptimierung, welche alle möglichen Energiequellen einbezieht. Die Erstellung einer Gesamtenergiestrategie soll vom AfE geprüft werden, was aber in einem separaten Prozess ausserhalb des Massnahmenplans Klima erfolgen soll.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 2: Bewilligungsverfahren für Ausbau von erneuerbaren Energien mit Unterstützung der Raumplanung erleichtern und beschleunigen			

144/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141185	EVP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Ziel: Begründung Beschreibung: unterstützen und koordinieren seitens Kanton reicht nicht. Der Kanton muss die Hoheit erhalten z.B. für Windzonenaus-scheidung und nicht mehr eine Gemeinde alleine, hier braucht es Verfahrensanpassungen.	Schlagworte Ambitionsniveau, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die MN2 sieht vor, die Bewilligungsverfahren für den Ausbau von erneuerbaren Energien mit Unterstützung der Raumplanung zu erleichtern und zu beschleunigen. Die Umsetzung des Antrags kann bei der MN2 geprüft werden.
129808	Kanton Thurgau Amt für Raument- wicklung 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Kosten für externe Dienstleistungen (Fr. 60'000) fallen im 2027 statt 2026 an. Begründung Die Vergabe eines Dienstleistungsauftrags nach extern ist erst mit zugesichertem Budget möglich.	Umgang mit Rückmeldung Umsetzen. Das Massnahmenblatt wird entsprechend angepasst.
134517	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Wirkung abschätzen vor Umsetzung der Massnahme, Priorisierung und Interessenabwägung vorsehen Begründung Bevor diese Massnahme angegangen wird, ist eine Abschätzung des Potentials notwendig. Wo könnten allenfalls Anlagen erstellt werden? Wie viel Energie können diese in etwa produzieren? Wie gross wäre die Wirkung in CO2-eq? Die Umsetzung von Anlagen muss klar priorisiert werden: 1. Ge-bäude im Baugebiet, 2. Gebäude ausserhalb des Baugebiets, 3. Inf-rastruktur, 4. evtl. Rest wie Flächen in der Landschaft.	Schlagworte Wirkung, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Massnahme beabsichtigt nicht eine detaillierte Energieraumplanung mit Ausscheidung von Prioritätszonen, son-derm eine Analyse der Möglichkeiten im Rahmen der Bewilligungs-verfahren.

145/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
In den Bewilligungsverfahren ist weiterhin eine Interessenabwägung mit u.a. Ökologie, Landschaftsschutz, Denkmalpflege vorzunehmen.			
141504	VTE 8608 Bubikon	Antrag / Bemerkung Die entsprechenden gesetzlichen Anpassungen auch für den Ausbau von Trafostationen (ausserhalb Bauzonen) und anderen Netzinfrastukturanlagen ermöglichen. Begründung Der Umbau des Energiesystems erfordert nicht nur vermehrt dezentrale Anlagen (Bio, Wind, PV etc.) und sollen wo sinnvoll realisiert werden. Da die elektrischen Netze für diese Ausbauten nicht ausgelegt sind, müssen Anpassungen (Verstärkungen, Neuanlagen etc.) ohne unnötigen Auflagen genauso realisiert werden können, wie die Produktionsanlagen selbst.	Schlagworte inhaltliche Präzisierung, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Umgesetzt. Bei der MN2 wird der Beschreibungstext in Anlehnung an das Ziel wie folgt angepasst: "...Die Bewilligungsverfahren für grosse Anlagen zur Produktion von erneuerbaren Energien wie Windkraft oder Agro-Photovoltaik UND FÜR DIE DAFÜR BENÖTIGTE ENERGIEINFRASTRUKTUR sind..."
141111	Verband der Schweizerischen Gasindustrie Branchenpolitik 8027 Zürich	Antrag / Bemerkung Wir beantragen die Liste der Anlagen zur Produktion und Verteilung der erneuerbaren Energien, die vom vereinfachten und beschleunigten Bewilligungsverfahren profitieren können, um grosse Biogasanlagen, der Zusammenführung von Einspeisemöglichkeiten von Biogasanlagen, saisonaler Energiespeicher, WKK-Anlagen und dem Bau von Anlagen zur Wasserstoffproduktion und der Anbindung an das Gasnetz, zu erweitern. Begründung	Schlagworte inhaltliche Präzisierung, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die MN2 sieht vor, die Bewilligungsverfahren für den Ausbau von erneuerbaren Energien mit Unterstützung der Raumplanung zu erleichtern und zu beschleunigen. Die Umsetzung des Antrags kann bei der MN2 geprüft werden.

146/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Wir begrüssen, dass das Bewilligungsverfahren für den Bau und Verteilung von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien effizienter gestaltet werden soll, denn für die Energiewende wird molekül-basierte Energie benötigt.	
129403	WWF Thurgau 9001 St.Gallen	Antrag / Bemerkung Ergänzung erster Satz in Beschreibung ...,sodass effizient bewilligungsfähige Lösungen gefunden werden und Zielkonflikte Raumplanung/Naturschutz/Landschafts-schutz/Ortsbildschutz vs. Ausbau.. Begründung Naturschutz ist nicht gleich Landschaftsschutz und muss dement-sprechend separat aufgeführt werden.	Umgang mit Rückmeldung Umsetzen. Die Ergänzung mit expliziter Erwähnung von "Natur-schutz" wird umgesetzt.
138163	WWF Thurgau 9001 St.Gallen	Antrag / Bemerkung Das Verbandsbeschwerderecht darf bei der Optimierung der Bewilli-gungsverfahren nicht eingeschränkt werden. Begründung Diese Massnahme darf nicht darauf abzielen, das Verbandsbe-schwerderecht einzuschränken. Bei besonders heiklen Projekten mit Eingriffen in die Natur, können Umweltorganisationen von einem un-abhängigen Gericht überprüfen lassen, ob unsere Gesetze zum Schutz der Natur auch tatsächlich eingehalten werden. Das Ver-bandsbeschwerderecht hilft bessere, gesetzeskonforme Lösungen zu finden. Es stellt sicher, dass auch Natur und Umwelt im Bewilli-gungsprozess eine Stimme erhalten. Dieses Recht darf nicht unter dem Vorwand des Klimaschutzes eingeschränkt werden.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Das Anliegen betrifft die Detailumsetzung der Mas-snahme und wird für diese zur Kenntnis genommen.

147/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 3: Erfahrungsaustausch (ERFA) mit EVUs und Gemeinden initiieren			
140562	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung kein Antrag Begründung Die Austauschplattform WiPla wurde auch seitens Gemeinden sehr geschätzt. Die Initiierung von ERFA's wird unterstützt.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
134522	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Anhand der Beschreibung ist unklar, welche Strategie hier verfolgt wird. Der Austausch mit den EVU scheint bereits zu bestehen. Die Wirkung wird als gering beurteilt. Im Sinne einer Fokussierung sollte auf MN 3 verzichtet werden (ohne jedoch auf weitere Gespräche mit den EVU zu verzichten).	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Vernehmlassung hat uneinheitliche Rückmeldungen ergeben (von expliziter Unterstützung bis Streichungsantrag). Die Massnahme wird beibehalten und in der Umsetzung konkretisiert.
141505	VTE 8608 Bubikon	Antrag / Bemerkung Erfä zwischen der EVU findet bereits statt. Schnittstellen innerhalb der Gemeinden suboptimal. Begründung Die Elektrizitätsbranche ist gut vernetzt. Die Versorgungskoordination mit elektrischer Energie findet national statt. Der Bund hat in diesem Bereich zentral die Kontrolle übernommen. Das Thema Energie wird in den Gemeinden aber oft unterschiedlich gewichtet. Es fehlt oft	Schlagworte Formales, Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Rückmeldung wird berücksichtigt für die konkrete Umsetzung der Massnahme.

148/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		eine Anprechperson, welche sich mit Energiethemen (analog Sicherheit, Sozialwesen, Gesellschaft, Tiefbau etc.) im Gemeinderat auseinandersetzt. Oft werden die Themen Sicherheit, Werke, Versorgung, Entsorgung etc. durcheinandergebracht oder ressortübergreifend behandelt. Der Kanton TG müsste eine zuständige Person in jeder Gemeinde einfordern (Energieminister Gemeinde xy).	
132630	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung - kein Antrag Begründung Die Austauschplattform WiPla wurde auch seitens Gemeinden sehr geschätzt. Die Initiierung von ERFA's wird unterstützt.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
141112	Verband der Schweizerischen Gasindustrie Branchenpolitik 8027 Zürich	Antrag / Bemerkung kein Antrag, Unterstützung der Massnahme Begründung Wir begrüssen diese Massnahme, denn wir sehen das Potential zur Nutzung gemeinsamer Synergien und des Wissenstransfers.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 4: Eine kantonale Speicherstrategie für den Ausgleich von Strombedarf und -produktion ausarbeiten			
141422	ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband,	Antrag / Bemerkung Die Unternehmen (und Private) sollen auch in Zukunft die Möglichkeit haben, die Wärmeversorgung frei zu wählen. Kommunal/kantonal geförderte	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Massnahme MN4 betrifft v.a. das Stromsystem. Die Wahlfreiheit des Wärmeversorgers ist durch die Massnahme

149/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	Sektion Ostschweiz/FL 9001 St. Gallen	Wärmesysteme der EVU (z.B. Fernwärme) dürfen gegenüber anderen nachhaltigen Wärmeproduktionsmöglichkeiten (z.B. Erdsonden, Energienetze, etc.) nicht bevorteilt werden. Begründung -	nicht tangiert.
140998	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung - Begründung Die GRÜNEN begrüßen eine kantonale Speicherstrategie sehr. Wir schlagen vor, hierbei auch das Thema Demand-Side-Management und die entsprechenden Möglichkeiten des Kantones aufzuzeigen.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die geplante Speicherstrategie wird auch alternative Flexibilisierungsansätze erörtern.
141162	KEEST 9542 Münchwilen	Antrag / Bemerkung Losgelöst von der auszuarbeitenden Speicherstrategie sollten Batteriespeicher im Gebäude-/Industriebereich zeitnah in das kantonale "Förderprogramm Energie" aufgenommen werden. Begründung Bei fortschreitendem PV-Zubau wird das asymmetrische Verhältnis zwischen solarer Strom-Produktion und der Nachfrage der Strombezüger (keine PV-Stromerzeugung in der Nacht, PV-Strom fällt hauptsächlich im Sommer an, wo der Strombedarf tiefer ist als im Winter) immer stärker ausfallen. Ohne Speicherlösungen kann mittelfristig das Potential von Solarstrom nicht vollumfänglich genutzt werden. Aufgrund von drohenden Überlastungen der Verteilnetze muss ein immer grösserer Anteil an Solarstrom abgeregelt werden.	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Das Förderprogramm Energie des Kantons TG wird periodisch weiterentwickelt. Angesichts der knappen Fördermittel ist es wichtig, die Förderung möglichst effektiv auszugestalten. Dies betrifft auch eine allfällige Speicherförderung. Die Thematik der Abregelung versus Speicherung von PV-Strom ist insbesondere eine wirtschaftliche Optimierung.

150/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Batteriespeicher im Gebäude-/Industriebereich tragen dazu bei, diese Problematik zu mindern.	
140750	Politische Gemeinde Uesslingen-Buch 8524 Uesslingen	Antrag / Bemerkung Neben der privaten und lokalen Energiespeicherung sind auch Ladecharakteristiken zu fördern, damit nicht alle Speicher zeitgleich morgens geladen werden. Begründung Lokale Energiespeicherung zu unterschiedlichen Zeiten reduziert den Netzausbau.	Schlagworte neue Massnahmenidee, inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung Umgesetzt. Die Formulierung wird wie folgt ergänzt: "...Aufbauend auf dieser Studie soll eine kantonale Speicherstrategie erarbeitet werden, die den Bedarf an Energiespeicher und die Möglichkeiten und Potenziale verschiedener Speicherarten UND ALTERNATIVER FLEXIBILITÄTSOPTIONEN auf Kantonsgebiet ermittelt (z.B. Wasserkraft, Batterien, thermische Speicher, Power-to-X, Einbindung der Elektromobilität etc.)..."
140563	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die kantonale Speicherstrategie wird sehr unterstützt. Begründung Eine Speicherung für den Ausgleich von Strombedarf und -produktion ist von zentraler Bedeutung und soll übergeordnet gelöst werden.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
134525	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Aufgrund der als gering beurteilten Wirkung und im Sinne einer Fokussierung sollte auf diese Massnahme verzichtet werden. Es sind nicht 26 verschiedene Speicherstrategien für jeden Kanton nötig	Schlagworte Streichung Massnahme, Zuständigkeit, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Koordination mit der nationalen und internationalen Ebene wird ein Aspekt der geplanten kantonalen Strategie sein. Falls der Bund zeitnah eine nationale Speicherstrategie erar-

151/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		sondern eine nationale Strategie, welche z.B. durch Swissgrid beantwortet wird.	beitet, muss der Bedarf für eine kantonale Strategie nochmals geprüft werden.
141506	VTE 8608 Bubikon	Antrag / Bemerkung Problem national angehen Begründung Die Problematik der Speicherung von elektrischer Energie ist ein nationales, mehr noch ein internationales. Hier macht es Sinn die Kräfte zu bündeln.	Schlagworte Zuständigkeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Koordination mit der nationalen und internationalen Ebene wird ein Aspekt der geplanten kantonalen Strategie sein. Falls der Bund zeitnah eine nationale Speicherstrategie erarbeitet, muss der Bedarf für eine kantonale Strategie nochmals geprüft werden.
132632	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Die kantonale Speicherstrategie wird sehr unterstützt. Begründung Eine Speicherung für den Ausgleich von Strombedarf und -produktion ist von zentraler Bedeutung und soll übergeordnet gelöst werden.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 5: Möglichkeiten prüfen, um lokale Energieversorger zur Erarbeitung von Netto-Null-fähigen Strategien für die langfristige Gasversorgung und die Dekarbonisierung der thermischen Netze zu motivieren bzw. zu verpflichten			
140999	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung

152/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Die lokalen Energieversorger sind zu Netto-Null-kompatiblen Gasstrategien und zu Dekarbonierungsplänen für thermische Netze zu verpflichten. Begründung Die lokalen Energieversorger spielen für die Netto-Null-Ziele eine entscheidende Rolle. Einige Versorger verkaufen Gas, welches möglichst in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren eliminiert oder dekarbonisiert werden muss. Gleichzeitig sind die Energieversorger prädestiniert, Thermische Netze aufzubauen und nach Bedarf auch zu betreiben.	Kenntnisnahme. Der geeignete Verbindlichkeitsgrad wird im Rahmen der Massnahmenumsetzung analysiert und kann zurzeit noch nicht abschliessend festgelegt werden. Es liegen dazu divergierende Rückmeldungen vor.
131913	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Die Wörter " bzw. zu verpflichten " streichen Begründung Freiwilligkeit muss oberste Priorität haben.	Schlagworte Ambitionsniveau, Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Der geeignete Verbindlichkeitsgrad wird im Rahmen der Massnahmenumsetzung analysiert und kann zurzeit noch nicht abschliessend festgelegt werden. Es liegen dazu divergierende Rückmeldungen vor.
140564	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Diese Massnahme wird abgelehnt. Begründung Es handelt sich um kommunale Werke und es geht nicht an, dass der Kanton sich via Gesetzgebung einmischet und Strategieentwicklungen anordnet.	Schlagworte Streichung Massnahme, Gemeindeautonomie Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Der geeignete Verbindlichkeitsgrad wird im Rahmen der Massnahmenumsetzung analysiert und kann zurzeit noch nicht abschliessend festgelegt werden. Es liegen dazu divergierende Rückmeldungen vor.

153/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
138156	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Die lokalen Energieversorger sind zu Netto-Null-kompatiblen Gasstrategien und zu Dekarbonierungsplänen für thermische Netze zu verpflichten. Begründung Die lokalen Energieversorger spielen für die Netto-Null-Ziele eine entscheidende Rolle. Einige Versorger verkaufen Gas, welches möglichst in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren eliminiert oder dekarbonisiert werden muss. Gleichzeitig sind die Energieversorger prädestiniert, Thermische Netze aufzubauen und nach Bedarf auch zu betreiben.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Der geeignete Verbindlichkeitsgrad wird im Rahmen der Massnahmenumsetzung analysiert und kann zurzeit noch nicht abschliessend festgelegt werden. Es liegen dazu divergierende Rückmeldungen vor.
134527	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt Begründung Die EVU müssen gesetzlich verpflichtet werden, eine Netto-Null-Strategie zu erarbeiten.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Der geeignete Verbindlichkeitsgrad wird im Rahmen der Massnahmenumsetzung analysiert und kann zurzeit noch nicht abschliessend festgelegt werden. Es liegen dazu divergierende Rückmeldungen vor.
135550	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Diese Massnahme wird abgelehnt. Begründung Es handelt sich um kommunale Werke und es geht nicht an, dass der Kanton sich via Gesetzgebung einmischt und Strategieentwicklungen anordnet.	Schlagworte Streichung Massnahme, Gemeindeautonomie Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Der geeignete Verbindlichkeitsgrad wird im Rahmen der Massnahmenumsetzung analysiert und kann zurzeit noch nicht abschliessend festgelegt werden. Es liegen dazu divergierende Rückmeldungen vor.

154/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141113	Verband der Schweizerischen Gasindustrie Branchenpolitik 8027 Zürich	Antrag / Bemerkung Generell unterstützt die Branche diese Massnahme und befürwortet den Austausch über die Energieplanung. Die Gasversorgungsunternehmen befassen sich bereits heute mit der strategischen Planung ihrer Gasnetze und der Erhöhung vom Anteil der erneuerbaren Gase in der Wärmeversorgung. Wir verweisen hier auf die Notwendigkeit von MN1: Beantragung der neuen EK-Massnahme «Überprüfung Versorgungssicherheit für Wärme und Prozesswärme im Kanton durch erneuerbares Gas» Begründung Das Ziel der MN5 geht Hand in Hand mit den strategischen Stossrichtungen, zu denen sich die Schweizer Gasbranche 2022 einstimmig verpflichtet hat. Die Schweizer Gaswirtschaft bekennt sich zu einer sicheren und bezahlbaren Gasversorgung, die mit dem Ziel der Schweiz, bei den Treibhausgasemissionen bis spätestens 2050 Netto-Null zu erreichen, übereinstimmt. Die verabschiedeten Massnahmen sind: - Unterstützung der Transformation der Wärmeversorgung: Beinhaltet Prozesswärme, WKK-Lösungen und die Unterstützung von Wärmenetzen mit erneuerbarem Gas - Energienetzplanung: Adressiert Transformation, Sektorkopplung - Potenzial für erneuerbare Gase ausschöpfen: Produktion und/oder Beschaffung Potenzial von Biogas, H2 und synthetischem Methan (PtX) entlang der gesamten Wertschöpfungskette Beschaffung im In- oder Ausland als Alternative zur Eigenproduktion - Anerkennung importierter erneuerbarer Gase erarbeiten:	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Hinweise werden in der Umsetzung der Massnahme berücksichtigt.

155/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Anerkennung heisst auch Befreiung von der CO2-Abgabe - Anschluss an europäischen H2-Backbone und alternative grenzüberschreitende Anbindungen forcieren: Für den Anschluss an europäische Wasserstoffnetze werden sowohl grosse wie auch kleinere Importkorridore in Betracht gezogen - Infrastruktur für Power-to-Gas und Speicher aufbauen: Die Power-to-Gas-Technologie und saisonale Gasspeicher sind das Rückgrat der erneuerbaren Energien Eine Energieplanung mit Kanton und Gemeinden sollte die Möglichkeiten beinhalten: Sicherstellen Netzinfrastruktur in alle bedürftigen Regionen (z.B. Anschluss Kreuzlingens an das Schweizer Netz), Erhöhung Anteil erneuerbarer Gase (z.B. Zubau und Anschluss an grosse Biogasanlagen), Entwicklung von Alternativen zur Nutzung der Gasnetze anstelle einer Stilllegung (z.B. Nutzung der Leitungen für die Durchleitung oder Speicherung von erneuerbaren Gasen). Die Massnahmen sollten wirtschaftlich tragbar sein. Die Energieversorgungsunternehmen sind verantwortlich für die Versorgungsstrategie und die strategische Planung über die Versorgungsnetze.	

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
2. Sektor Gebäude			
141000	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Allgemeine Rückmeldungen zum Sektor Begründung	Schlagworte Ambitionsniveau, neue Massnahmenidee, Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung

156/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Der Massnahmenplan adressiert die meisten der im Gebäudebereich wesentlichen Massnahmen für den Klimaschutz und die Klimaanpassungen. Verbesserungspotential bestehen beim Ambitionsgrad (MN 6, MN 10) der einzelnen Massnahmen und bei der angestrebten Geschwindigkeit (MN 7, NM 12) der Umsetzung. Idealerweise werden Massnahmen bereits im Rahmen der Revision des ENG umgesetzt. Zudem verfügt der Kanton Thurgau mit dem Förderprogramm Energie über ein bewährtes und wirksames Instrument im Gebäudebereich. In Anbetracht der steigenden Relevanz der Grauen Emissionen der Gebäudeerstellung sollte das Förderprogramm verstärkt auf Massnahmen ausgerichtet werden, welche die Grauen Emissionen adressieren (MN 6, MN 10) Was fehlt, ist eine Massnahme zum sommerlichen Wärmeschutz in Gebäuden.	Kenntnisnahme. Der sommerliche Wärmeschutz wird in der Norm SIA 180 (Wärmeschutz, Feuchteschutz und Raumklima in Gebäuden) geregelt. Die MN 6 sieht eine Vertiefung zum Thema Anpassung an den Klimawandel vor. Der Wärmeschutz ist beispielhaft erwähnt.
141001	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Aufnahme einer neuen Massnahme zum sommerlichen Wärmeschutz in Gebäuden. Begründung Die Gewährleistung der thermischen Behaglichkeit von Innenräumen im Sommer ist eine wichtige Bauaufgabe und erhält angesichts der Klimaerwärmung eine immer grössere Bedeutung. Alternativ könnte diese Massnahme auch in die bestehende Massnahme 11 integriert werden.	Schlagworte Anzahl Massnahmen, neue Massnahmenidee, inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Der sommerliche Wärmeschutz wird in der Norm SIA 180 (Wärmeschutz, Feuchteschutz und Raumklima in Gebäuden) geregelt. Die MN 6 sieht eine Vertiefung zum Thema Anpassung an den Klimawandel vor. Der Wärmeschutz ist beispielhaft erwähnt.
138079	SIA Sektion Thurgau	Antrag / Bemerkung	Schlagworte Anzahl Massnahmen, Streichung Massnahme

157/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Anpassung und Streichung von Massnahmen im Sektor Gebäude Begründung Der Ersatz fossiler Wärmeerzeugung und die Berücksichtigung von grauer Energie gehören zu den Schlüsselmassnahmen dieses Themensektors. Die beabsichtigte Anpassung des Energiegesetzes wird als zielführende Massnahme für den Ersatz fossiler Wärmeerzeugung erachtet. Die graue Energie erhält hingegen keine vergleichbar verbindliche Vorgabe, womit in der Umsetzung die gewünschte Wirkung nicht zu erreichen ist. Die sia-Sektion Thurgau spricht sich dafür aus, im Rahmen des Bewilligungsverfahrens die graue Energie zu beziffern. Dies kann in Form eines angepassten 'Energienachweises' geschehen, worin mit vereinfachter Berechnung, die graue Energie erfasst wird. Beim Umgang mit dem Bestand sieht die sia-Sektion Thurgau grosses Potenzial. Dies betrifft in erster Linie die Sanierungen von Bauten der Nachkriegszeit, welche über die Hälfte des Gebäudebestandes ausmachen. Diese Substanz befindet sich im Sanierungszyklus und es ist relevant, in welcher Weise dies geschieht. Eine Pflicht zur Installation von Solaranlagen fällt bei diesen Bauten deutlich ins Gewicht. Ersatzlos zu streichen ist die Vereinfachung von klimarelevanten Massnahmen an denkmalgeschützten Objekten. Der Prozentsatz denkmalgeschützter Bauten bewegt sich im niedrigen einstelligen Bereich und ist damit statistisch nicht relevant. Die sia-Sektion Thurgau setzt sich für die Pflege des baukulturellen Erbes ein und schätzt die Akzeptanz dieser Massnahme ausserhalb energie-affiner Kreise als gering ein. Überdies gerät die Akzeptanz im Zuge der aktuellen Bautätigkeit zur Nachverdichtung zusätzlich unter Druck, weil die Wirkung von historischen Einzelbauten wie Siedlungsbilder allein	Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme und teilweise Ablehnung. a) Die Thematik der grauen Emissionen ist in Massnahme MN10 aufgenommen. Dort soll auch geprüft werden, ob eine gesetzliche Regelung angebracht ist. Bezüglich Vorbild des Kantons ist das Thema auch in MN 6 aufgenommen. Das Thema ist jedoch heikel, wenn nicht der gesamte Lebenszyklus eines Gebäudes, also inkl. Betrieb und Rückbau, betrachtet wird. b) Es stimmt, dass denkmalgeschützte Bauten einen kleinen Marktanteil haben. Dennoch sollen Möglichkeiten geprüft und genutzt werden, diese einfacher energetisch resp. klimaverträglich zu ertüchtigen, unter Wahrung des baukulturellen Erbes. c) Die Massnahme MN12 zu Stein- und Schottergärten wird nicht mit Massnahme MN 11 (klimaangepasste und ökologische Aufwertung von Gebäuden und Aussenräumen von Privaten) zusammengelegt, da es sich um sehr unterschiedliche Instrumentarien handelt.

158/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		schon durch die Neubautätigkeit oftmals stark tangiert wird und eine weitere Beeinträchtigung zunehmend kritisch gesehen wird. Die Gestaltung von klimagerechten Aussenräume, leistet einen wichtigen Beitrag zum Siedlungsklima. Hier sollte das Potenzial von Parkplätzen und ganzen Parkplatzanlagen genauer betrachtet werden. Neben der Reduktion des Versiegelungsgrades soll an dieser Stelle auch explizit darauf hingewiesen werden, dass sich diese Flächen optimal zur Installation von Solaranlagen eignen und im Regelfall Abmessungen aufweisen, welche für die Energiegewinnung interessant sind. Die Massnahme betreffend Schottergärten ist im Massstab vergriffen und kann unter der Massnahme der klimagerechten Aussenräume subsummiert werden.	
138786	WWF Thurgau 9001 St.Gallen	Antrag / Bemerkung Antrag Sektor Gebäude: Ergänzende Massnahme zum sommerlichen Wärmeschutz. Begründung Es wird zunehmend wichtiger Gebäude und deren Umgebung so zu planen, dass sie ohne zusätzlichen Einsatz von Energie der steigenden Belastung durch Hitze entgegenwirken können. Eine Massnahmen diesbezüglich könnte darauf abzielen, Vorgaben zu Baumaterialien, Verschattungselementen oder der Anzahl, Ausrichtung und Grösse von Fenstern in das kantonale Planungs- und Baugesetz oder in die Mustervorgaben für die kommunalen Baureglemente aufzunehmen.	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Der sommerliche Wärmeschutz wird über die Bauvorschriften geregelt, die diesbezüglichen Vorgaben werden periodisch überprüft und in Abstimmung mit den anderen Kantonen und der Branche (u.a. SIA) angepasst.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion

159/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 6: Nachhaltig bauen			
142832	Amt für Denkmalpflege	Antrag / Bemerkung Ökologische Nachhaltigkeit Ein wesentlicher Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit liegt neben den bereits aufgelisteten Punkten im Erhalt bestehender Bauwerke und in der Weiterverwendung von Bauteilen. Durch die Verlängerung der Lebensdauer von Gebäuden lassen sich energieintensive Rückbau-, Transport- und Neubauprozesse vermeiden. Weiterverwendbare Baumaterialien und reparierbare Konstruktionen reduzieren graue Emissionen 3/8 und schonen Ressourcen. Das nachhaltige Bauen ist nicht nur eine zentrale verfassungsrechtliche und gesetzliche Aufgabe des Sachbereich Denkmal- und Ortsbildpflege, sondern auch der Baukultur (vgl. www.bak.admim.ch). Gerade in diesem Bereich kann die Denkmalpflege auf ein breites, praxisgestütztes Fachwissen zurückgreifen, wie etwa zur Material- und Konstruktionsprüfung sowie deren Reparatur, zu Instandsetzungen im Allgemeinen oder zur bautechnischen Integration alter Substanz in neue denkmalverträgliche Energiekonzepte. Dieses Wissen trägt dazu bei, bestehende Bauten weiterzuentwickeln und die vorhandenen Ressourcen verantwortungsvoll zu nutzen. Antrag 1: Das Amt für Denkmalpflege ist als interne Stelle bei der Umsetzung dieses Handlungsfeldes einzubeziehen. Antrag 2: Der Punkt 2 "Ökologische Nachhaltigkeit" soll aus unserer Sicht mit dem Vermerk auf Erhalt von Bauwerken und Weiterverwendung von Bauteilen ergänzt werden. Kulturelle Nachhaltigkeit als Bestandteil wirksamer Klimamassnahmen Nachhaltigkeit im Sektor Gebäude beschränkt sich nicht auf ökologische oder funktionale	Schlagworte Formales, inhaltliche Präzisierung, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. 1. Abgelehnt: Das Amt für Denkmalpflege wird im Bewilligungsprozess im denkmalpflegerischen Kontext automatisch einbezogen. Inwiefern das Amt für Denkmalpflege als Architekturberatung im nicht denkmalpflegerischen Kontext dienen soll, ist im Leistungsauftrag des Amts zu definieren. 2. Abgelehnt: Die Dauerhaftigkeit und Kreislaufwirtschaft wird bereits thematisiert. Die historische Bedeutung von Bauten kann zum Zeitpunkt der Planung noch nicht beurteilt werden. 3. Abgelehnt: Die kulturelle Bedeutung von Bauten misst sich an der Identität, Qualität und Dauerhaftigkeit etc. Dies wird bereits thematisiert. Amt HBA

160/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Kriterien. Ebenso zentral ist der Erhalt kultureller Werte. Historisch bedeutende Bauten und gewachsene Ortsbilder prägen die Identität des öffentlichen Raums, stiften Orientierung und fördern den sozialen Zusammenhalt. Kulturelle Nachhaltigkeit bedeutet, baukulturelles Erbe bewusst in die Entwicklung klimafreundlicher Lösungen einzubeziehen, statt diese als "Verhinderer der Klimastrategie" zu betrachten. Der sorgsame Umgang mit schützenswerten Bauten ermöglicht nicht nur ressourcenschonendes Bauen durch Weiternutzung, sondern leistet einen wesentlichen Beitrag zu einer umfassenden Klimastrategie. Antrag 3: Die Massnahme 6 soll um einen vierten Punkt "4. Kulturelle Nachhaltigkeit" ergänzt werden Begründung -	
136796	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Zielformulierung vereinheitlichen: Eine umfassend nachhaltige und verbindliche Baupraxis des Kantons ist sichergestellt. Begründung Die Art der Formulierung sollte bei allen Massnahmen einheitlich sein.	Schlagworte Formales, einheitliche Formulierung Umgang mit Rückmeldung Umsetzen
136799	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Rechtsgrundlagen: Ausschreiben der Namen der Gesetzesgrundlagen und aufschreiben der Rechtsbücher. Begründung	Schlagworte Rechtsgrundlagen Umgang mit Rückmeldung Umsetzen

161/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Die Aufführung der rechtlichen Grundlagen sollte für jede/n Leser/-in verständlich und juristisch korrekt sein. Ein einheitlicher Formulierungsstil wäre wünschenswert.	
141580	EVP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung ist zu unterstützen Begründung Holz muss expliziter als Baustoff erwähnt werden.	Schlagworte Formales, inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Holz ist über die Erwähnung von "umweltfreundlichen Produkten" und die Kaskadennutzung von Holz in der Massnahmenbeschreibung bereits abgedeckt. In den bestehenden Grundlagentexten ist die Rolle von Holz weiter konkretisiert. Die Vor- und Nachteile des Baustoffes Holz sind über den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes, also inkl. Betrieb und Rückbau, zu betrachten. Verleimtes Holz, also Holzwerkstoffe, sind in der Wiederverwertbarkeit eingeschränkt.
141002	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Der zusätzliche personelle Aufwand soll so bemessen werden, dass bei Bedarf auch Gemeinden beim nachhaltigen Bauen unterstützt werden können. Begründung Das nachhaltige Bauen erfordert spezialisiertes Wissen, dass vor allem bei kleineren Gemeinden in der Regel nicht verfügbar ist. Eine Publikation der internen Weisung "Wege zum nachhaltigen Bauen" würde zudem für mehr Klarheit sorgen, wie genau das nachhaltige Bauen bei kantonalen Bauvorhaben umgesetzt wird.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Umsetzen. Die interne Weisung "Wege zum nachhaltigen Bauen" wird publiziert. Dies hilft Gemeinden und Privaten im Umgang mit nachhaltigem Bauen und schafft Transparenz.

162/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141003	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Kantonale Bauten müssen bei den Grauen Emissionen (Treibhausgasemissionen) den Grenzwert 1 von Minergie-Eco erreichen. Begründung Bei sinkenden Treibhausgas-Emissionen des Gebäudebetriebs durch immer energieeffizientere Gebäude und eine zunehmend dekarbonisierte Energieerzeugung, gewinnen die Gebäude-Erstellung bzw. die damit verbundenen Grauen Emissionen an Relevanz. Hinweise zum Vollzug: Um den unterschiedlichen Randbedingungen der Bauten Rechnung zu tragen muss der Grenzwert 1 in der Summe der in einem Jahr fertiggestellten Energiebezugsfläche erreicht werden.	Schlagworte Ambitionsniveau, inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die interne Weisung "Wege zum nachhaltigen Bauen" soll in der nächsten Überarbeitung mit einer konkreten Vorgabe ergänzt werden, ab wann der Grenzwert 1 gemäss MINERGIE-Eco in der Summe der in einem Jahr fertiggestellten Energiebezugsfläche bei den kantonalen Bauten erreicht werden muss.
141594	Lignum Ost Informieren - vernetzen – handeln 8526 Oberneunforn/TG	Antrag / Bemerkung Holz als klimaschonender Baustoff ist explizit zu erwähnen. Begründung Diese Massnahme unterstützen wir, fragen uns aber, wieso der einheimische und nachwachsende Rohstoff Holz nicht erwähnt. Holz hat gegenüber anderen Baustoffe klare Vorteile im Bereich Klima.	Schlagworte inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Holz ist über die Erwähnung von "umweltfreundlichen Produkten" und die Kaskadennutzung von Holz in der Massnahmenbeschreibung bereits abgedeckt. In den bestehenden Grundlagendokumenten ist die Rolle von Holz weiter konkretisiert.
134532	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme auf private Bauten sowie Tief- und Infrastrukturbau ausweiten Begründung Die meisten Bauten im Kanton werden durch Private erstellt. Damit die Massnahme eine Wirkung zeigt, darf sie sich nicht nur auf öffent-	Schlagworte Ambitionsniveau, Konkretisierung, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Massnahme befasst sich mit den öffentlichen Bauten, die eine Vorbildfunktion einnehmen sollen. Die private Bautätigkeit wird über die Baugesetzgebung geregelt. Diese wird im Rahmen der Mustervorschriften der Kantone (MuKEN) periodisch revi-

163/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		liche Bauten beschränken. Grenzwerte für Treibhausgas-Emissionen müssen für alle öffentlichen und privaten Hoch-, Tief- und Infrastrukturbauten vorgeschrieben werden. Die Gesetzgebung ist darauf auszurichten, dass Weiterbauen im Bestand bevorzugt und erleichtert wird. Es soll bevorzugt zirkulär gebaut werden. Im Hochbau ist der Pro-Kopf-Flächenverbrauch für Wohnen und Arbeiten sowie für öffentliche Nutzungen zu reduzieren.	diert und verschärft und in die kantonale Gesetzgebung übernommen. Zurzeit laufen auch Arbeiten zum Einbezug der grauen Emissionen in der MuKE.
142644	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung Kein höherer Standard als Minergie-Standard für Schulbauten. Begründung Erneut weisen wir darauf hin, dass Schulgebäude mit keinen zusätzlichen Standards als dem Minergie-Standard belastet werden dürfen. Schon heute nehmen die Schulen ihre Vorbildfunktion für Bauten wahr. Oft stehen gerade Schulgebäude unter Denkmalschutz oder in einer entsprechenden Zone, sodass zusätzliche Auflagen für den Unterhalt, An- und Neubau möglichst tief gehalten werden müssen. Die Schulen haben nicht nur eine Vorbildfunktion in Sachen Bauten, sondern auch in Sachen Kosten. Seit 2022 erleben wir, dass Schulbauten im Durchschnitt unverschuldet über 30 % mehr kosten als ursprünglich budgetiert. Die Schulgemeindeversammlungen für Nachtragskredite verlaufen entsprechend schwierig. Für die Neuberechnung der Betriebspauschale innerhalb des Beitragsgesetzes der Schulgemeinden auf den 1.1.2023 ist der Kanton nicht auf die For-	Schlagworte Ambitionsniveau Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Massnahme bezieht sich auf die Baupraxis des Kantonalen Hochbauamts Thurgau und sieht keine gesetzliche Verschärfung vor. Die Anforderungen an die Schulbauten der Volksschulen werden gesetzlich geregelt.

164/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		derung eingegangen, den Baukostenindex von November 2022 anzurechnen, sondern er hat bei der Festlegung den tieferen Index von April 2022 beigezogen. Aufgrund der überproportional hohen Zuwanderung im Kanton Thurgau braucht es in nächster Zeit noch viel mehr Schulraum. Wenn Investitionsanträge vom Souverän abgelehnt werden, müssen die Schüler und Schülerinnen dennoch beschult werden und Container sind keine Lösung.	

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 7: Ersatz der fossilen Heizsysteme im Rahmen einer zukünftigen Revision des Energiegesetzes aufnehmen			
141423	ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband, Sektion Ostschweiz/FL 9001 St. Gallen	Antrag / Bemerkung Logistikbetriebe verfügen oft über grosse Hallen und Lagerflächen. Eine Ersatzpflicht für bestehende Heizungssysteme vor deren End-of-Life-Phase ist unverhältnismässig und zu verhindern. Begründung -	Schlagworte Formales, inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung Umformuliert. Die Absicht der Massnahme ist nicht, dass alle bestehende Feuerungen vorzeitig ersetzt werden müssen, sondern dass beim Ersatz bestehender Feuerungen ausschliesslich erneuerbare Energien zum Einsatz kommen. Der Teil "... Ersatzpflicht fossiler Heizungen..." wird durch "... Verpflichtung zu erneuerbarer Wärme beim Heizungersatz ..." ersetzt.
136995	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Rechtsgrundlagen: Die Nummer des Gesetzes fehlt: Gesetz über die Energienutzung (ENG; RB 731.1). Begründung Einheitliche Aufführung der Rechtsgrundlagen.	Schlagworte Rechtsgrundlagen Umgang mit Rückmeldung Umsetzen

165/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141004	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Der Ersatz von fossilen Heizsystem gemäss dem Zürcher Modell ist bereits bei der jetzigen ENG Revision einzuführen. Begründung Die fossilen Heizungen bieten einen grossen Hebel, erneuerbare Lösungen sind heute gut verfügbar. Entsprechend soll dem Vorbild anderer Kantone gefolgt werden und möglichst bald nur noch erneuerbare Heizsysteme zugelassen werden.	Schlagworte Umsetzungsgeschwindigkeit, Vorbildfunktion, Ambitionsniveau Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Der Prozess der laufenden Revision des Energienutzungsgesetzes ist bereits weit fortgeschritten und verläuft unabhängig vom Massnahmenplan Klima. Im Rahmen der Vernehmlassung konnten dort Rückmeldungen eingebracht werden.
141063	HEV Thurgau 8280 Kreuzlingen 1	Antrag / Bemerkung Es sei auf eine Pflicht zu Lasten der Liegenschafteneigentümer zum Ersatz der fossilen Heizsysteme zu verzichten. Stattdessen sei das Anreizsystem für einen Ersatz der fossilen Heizsysteme zu verstärken. Begründung Die Liegenschafteneigentümer haben bereits einen überdurchschnittlichen Beitrag im Rahmen des Gebäudeparks auf dem Weg Netto Null geleistet. Es soll daher mit Anreizsystemen gearbeitet werden und nicht mit einschränkenden Vorschriften. Zudem ist zu beachten, dass es viele Liegenschaften gibt, wo es unter Berücksichtigung des Verhältnismässigkeitsgrundsatz keinen Sinn macht, einen Ersatz vorzunehmen, z.B. weil die Eigentümerschaft nicht mehr lange in der Liegenschaft wohnt (Alter) oder so wieso ein Abbruch und Neubau geplant ist usw. Zudem gibt es	Schlagworte Streichung Massnahme, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Antrag zur Streichung abgelehnt. Die Absicht der Massnahme ist nicht, dass alle bestehende Feuerungen vorzeitig ersetzt werden müssen, sondern dass beim Ersatz bestehender Feuerungen ausschliesslich erneuerbare Energien zum Einsatz kommen. Der Teil "... Ersatzpflicht fossiler Heizungen..." wird durch "... Verpflichtung zu erneuerbarer Wärme beim Heizungersatz ..." ersetzt. Langfristig ist es zur Erreichung der Netto-Null-Zielsetzung des Bundes unerlässlich, dass Gebäude ohne fossile Energien beheizt werden, was auch ökonomisch sinnvoll ist. Die Ausnahmeregelungen werden in der konkreten Umsetzung der Gesetzesrevision festgelegt. Die Bedeutung der Begleitung der Massnahmenumsetzung durch Anreize ist in der Massnahmenbeschreibung explizit erwähnt.

166/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Fälle, wo die finanziellen Mittel dafür nicht vorhanden sind (vorallem eigengenutzte Liegenschaften von Eigentümern im Pensionsalter). Hier muss es sowieso Ausnahmen geben.	
134533	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt, Termin ist nach Möglichkeit vorzuziehen Begründung Die Lebensdauer von Heizsystemen beträgt rund 20 Jahre. Bis 2050 muss ein kompletter Ersatz der fossilen Heizungssysteme erfolgen. Verbindliche Vorschriften müssen zur Zielerreichung somit so rasch wie möglich eingeführt werden.	Schlagworte Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Der Prozess der laufenden Revision des Energienutzungsgesetzes ist bereits weit fortgeschritten und verläuft unabhängig vom Massnahmenplan Klima. Im Rahmen der Vernehmlassung konnten dort Rückmeldungen eingebracht werden.
142646	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung Berücksichtigung des "Zürcher Modells" Begründung Bei Sanierungen sollen noch funktionierende Heizungen nicht ersetzt werden müssen. Ein Ersatz von fossilen Heizsystemen erfolgt bei notwendigen Heizungssanierungen oder Neubauten.	Schlagworte Ambitionsniveau, Konkretisierung Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Das Anliegen ist bereits berücksichtigt. Die Regelung im Kanton Zürich sieht keinen vorzeitigen Ersatz von Wärmezeugern bei Sanierungen vor. Die bestehende fossile Heizung darf bis zum Lebensende weitergenutzt werden. Erst wenn der Wärmeerzeuger ersetzt wird, greift die Regelung.
141114	Verband der Schweizerischen Gasindustrie Branchenpolitik 8027 Zürich	Antrag / Bemerkung Wir beantragen zum einen die Beibehaltung der bestehenden Vorgaben in der aktuellen Fassung des Energiegesetz und der Energieverordnung («das Thurgauer Modell») bzw. beantragen wir zum Umgang beim Heizungsersatz und bei der Umsetzung des Ziels der	Schlagworte Ambitionsniveau, Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Der Massnahmentext schränkt die Technologiewahl nicht ein, ausser, dass die Energie erneuerbar sein muss. Im Kanton Zürich ("Zürcher Modell") ist der Einsatz von Biogas unter Einhaltung von Bedingungen möglich. Die Detailregelungen werden in der

167/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		fossilfreien Heizsysteme in Gebäuden, in der Überarbeitung des Energiegesetzes, einen technologieoffenen Ansatz zu wählen. Begründung Der Ersatz fossiler Heizsysteme, d.h. Wärmeerzeugung durch Erdgas oder Heizöl ist eine gute Massnahme. Diese Massnahme hilft bei der Erreichung des Netto-Null Ziels. Man sollte hierbei bedenken, dass mit der Anpassung des Energiegesetzes, nicht die Technologie der gasbasierenden Heizsysteme verboten werden sollte. Die Systeme können mit erneuerbaren, CO2-freien Gasen, wie zum Beispiel Biogas, Wärme erzeugen. Darüber hinaus kann Biogas in Anlagen zur Erzeugung von Wärme in den Fernwärmesystemen eingesetzt werden. Die Gasbranche macht sich stark, erneuerbare Gase in der Wärmeerzeugung auch zukünftig zu ermöglichen. Die MuKE 2025 sehen den Einsatz von Biogas in Heizsystemen bei Heizungsersatz und Neubauten in Gebäuden (sinngemäss alle Gebäude) in der Liste der bevorzugten Wärmeerzeuger nicht vor.	Umsetzung der Massnahme festgelegt.
138636	WWF Thurgau 9001 St.Gallen	Antrag / Bemerkung Bereits in der laufenden Revision des Energiegesetzes ist der Ersatz von fossilen Heizsystemen gemäss dem Zürcher Modell einzuführen. Begründung	Schlagworte Ambitionsniveau, Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Der Prozess der laufenden Revision des Energienutzungsgesetzes ist bereits weit fortgeschritten und verläuft unabhängig vom Massnahmenplan Klima. Dazu hat eine öffentliche Vernehmlassung stattgefunden, wo Rückmeldungen eingebracht werden konnten. Amt

168/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Dies ist einer der grössten Hebel um die Emissionen im Gebäudereich möglichst schnell zu reduzieren. Wie bereits in der Stellungnahme zur Revision des Energiegesetzes fordert der WWF eine rasche Einführung des Zürcher Modells beim Heizungsersatz.	Amt für Energie
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 8: Umsetzung von klimarelevanten Massnahmen an denkmalgeschützten Objekten vereinfachen			
136996	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Zielformulierung vereinheitlichen: Richtlinien in Zusammenarbeit mit dem Amt für Denkmalpflege, damit energetische Sanierungen oder die Installation von PV-Anlagen auf Dachflächen von denkmalgeschützten Gebäuden realisiert werden können, sind erarbeitet. Begründung Die Art der Zielformulierung sollte bei allen Massnahmen einheitlich sein.	Schlagworte einheitliche Formulierung, Formales Umgang mit Rückmeldung Umsetzen
141064	HEV Thurgau 8280 Kreuzlingen 1	Antrag / Bemerkung Baubewilligungsverfahren sollten auf denkmalgeschützte Objekte mit Eigenwert beschränkt werden, ansonsten sollte das Meldeverfahren gelten. Begründung 1. Die Vereinfachung der Bewilligungsverfahren wird begrüsst. 2. Die Baubewilligungspflicht darf nicht generell für alle kommunalen Kern- und Ortsbildschutzzonen Gültigkeit haben.	Schlagworte Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die detaillierten Regelungen sind Bestandteil der Massnahmenumsetzung, die Rückmeldung wird in diese einfließen.

169/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
134542	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme ersetzen durch klare Gestaltungsempfehlungen oder -vorschriften für alle Gebäude Begründung Für die Zielerreichung haben die denkmalgeschützten Gebäude eine stark untergeordnete Wirkung. Durch die laufende Neuausrichtung der Denkmalpflege wird sich die Anzahl der geschützten Gebäude stark reduzieren auf schätzungsweise weniger als 10% des Gebäudebestands. Für die verbleibenden Objekte sollte der Erhalt der Schutzwürdigkeit im Vordergrund stehen. Die Bewilligungsverfahren müssen dafür nicht vereinfacht werden. Zur Erleichterung der Planung von klimarelevanten Massnahmen würde viel mehr helfen, wenn klare Gestaltungsempfehlungen für solche Massnahmen für alle Bauten vorhanden wären. Für geschützte Gebäude müssten diese den Charakter vor Vorschriften haben. Planenden könnten somit einfach Vorschriften umsetzen und Bewilligungsbehörden deren Einhaltung kontrollieren. Dies würde effiziente Prozesse und Verfahren ermöglichen. Da via Revision NHG TG die begrüssenswerte Absicht besteht, den Ortsbildschutz zu stärken, müsste auch ein Umgang mit diesem Thema gefunden werden.	Schlagworte Zielsetzung, Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die detaillierten Regelungen sind Bestandteil der Massnahmenumsetzung, die Rückmeldung wird in diese einfließen.
142647	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung Keine Konkurrenz unter den Ämtern Begründung	Schlagworte Ambitionsniveau, Zusammenarbeit, Zielkonflikt Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die detaillierten Regelungen sind Bestandteil der

170/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Denkmalpflege und kant. Amt für Energie sollen miteinander Lösungen finden und 1 Meinung rückmelden. Schulgebäuden unter Denkmalschutz oder in einer entsprechenden Zone dürfen nicht zusätzliche Auflagen für den Unterhalt, An- und Neubau gemacht werden. Diese müssen möglichst tief gehalten werden.	Massnahmenumsetzung, die Rückmeldung wird in diese einfließen.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 9: Pflicht zur Installation von PV-Anlagen bei Gebäudesanierungen einführen			

142834	Amt für Denkmalpflege	Antrag / Bemerkung Die vorgeschlagene Einführung einer gesetzlichen Pflicht zur Installation von Photovoltaikanlagen bei Dachsanierungen ist aus Sicht der Denkmalpflege ein nachvollziehbares und grundsätzlich sinnvolles Instrument zur Förderung erneuerbarer Energien. Gleichzeitig braucht es klare Ausnahmen, um der Vielfalt der Bauaufgaben im Bestand gerecht zu werden, insbesondere bei geschützten Gebäuden und geschützten Ortsbildern, bei denen PV-Anlagen nicht in jedem Fall vertretbar sind. Bereits heute tragen geltende Gesetze dem Anliegen des Denkmal- und Ortsbildschutzes Rechnung. Insbesondere verweisen wir auf: Energiegesetz (EnG, SR 730.0) Art. 45, Abs. 2: 2 Sie [die Kantone] erlassen Vorschriften über die sparsame und effiziente Energienutzung in Neubauten und in bestehenden Gebäuden. Sie geben bei ihren Vorschriften den Anliegen der sparsamen und effizienten Energienutzung sowie der Nutzung erneuerbarer	Schlagworte inhaltliche Präzisierung, Formales Umgang mit Rückmeldung Umsetzen. Der Text zum Massnahmenziel wird ergänzt mit "... Anliegen des Denkmal- und Ortsbildschutzes werden angemessen berücksichtigt ..."
--------	-----------------------	---	--

171/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Energien und von Abwärme nach Möglichkeit den Vorrang. Die Kantone tragen den Anliegen des Ortsbild-, Heimat- und Denkmalschutzes angemessene Rechnung. Energienutzungsverordnung (ENV), RB 731.11, § 4d – Ausnahmen (unter dem Titel Vorbildfunktion öffentliche Hand): 1 Von den Anforderungen gemäss § 4a bis § 4c kann abgewichen werden, wenn zwingende technische, denkmal- oder ortsbildpflegerische Gründe dies erfordern oder ihre Umsetzung mit unverhältnismässigen Kosten verbunden ist. 2 Ausnahmen gemäss Abs. 1 sind zu begründen. Zu weiteren rechtlichen Ausführungen bezüglich der gleichrangigen Stellung in der Bundesverfassung von Energie und Baudenkmal/Ortsbildschutz wie auch auf notwendige Ergänzungen im kantonalen EnG und EnV wird auf die einleitenden Vorbemerkungen verwiesen. Zudem ist bezüglich der Pflicht von PV-Anlagen auf das Bundesrecht zu Solaranlagen auf Dächern (und geplant an Fassaden) von Kulturdenkmälern von nationaler und kantonalen Bedeutung hinzuweisen (Art. 18a RPG, SR 700 und Art. 32a, 32 b, 32c RPV, SR 700.1), welches durch das kantonale Recht zu ergänzen ist. Fachliche Beurteilung Dachflächen von erhaltenswerten oder geschützten Gebäuden sind oft wesentliche Elemente des architektonischen Ausdrucks und des Ortsbilds. Ein geneigtes Dach mit seiner Eindeckung bildet den oberen Abschluss eines Gebäudes und prägt sein äusseres Erscheinungsbild wie auch das Erscheinungsbild eines Ortes. Die Summe der einzelnen Dächer mit ihren unterschiedlichen Grössen und Neigungen, Ausrichtungen und Formen, Materialisierungen, Farbnuancen und ihrem Glanzgrad bestimmen den Charakter eines Sied-	

172/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		lungsbildes und einer Dachlandschaft in ihrer Nah- und 7/8 Fernwirkung. Das äussere Bild einer Siedlung wird massgeblich durch seine Dachlandschaft geprägt. Die Gestaltung eines Dachs prägt daher nicht nur ein einzelnes Gebäude, sondern wirkt ebenso auf das Ortsbild als Ganzes. Heute prägen im Kanton Thurgau matte keramische Ziegeldächer mit rötlich-braunen bis schwarzen Farbtönen die geschützten Ortsbilder. Die Dachlandschaft des historischen Ortskerns bildet somit ein vielgestaltiges und bewegtes, jedoch in sich homogenes Erscheinungsbild. PV-Anlagen wirken aufgrund ihrer Materialisierung in Glas, ihrer Farbe, Flächigkeit und Reflexion als Fremdkörper in dieser bestehenden historischen Dachlandschaft, die mehrheitlich aus grossen Satteldächern besteht, fremd. Durch die materialfremde Eindeckung der Dachhaut (Glaspanelen anstelle der üblichen Dachziegel in Ton) wird der Charakter und damit das Erscheinungsbild des geschützten Ortsbildes oft geringfügig bis wesentlich beeinträchtigt. Eine generelle PV-Pflicht ohne Differenzierung gefährdet die Substanz, die Wirkung oder das Erscheinungsbild dieser Bauten, besonders in qualitätsvollen Ortsbildern. (vgl. dazu auch Urteil 1C_26/2016 vom 16. November 2016, E. 4.5, Stampagarten) Daher ist es unerlässlich, dass im Gesetz explizit eine Ausnahme vorgesehen wird, wenn aus denkmal- und ortsbildpflegerischer Sicht eine PV-Anlage nicht vertretbar resp. nicht integrierbar ist. Antrag: Wir beantragen, dass die geplante Gesetzesänderung zur PV-Pflicht bei Dachsanierungen eine klar formulierte Ausnahmebestimmung für geschützte Objekte und empfindliche Ortsbilder enthält – in Anlehnung an § 4d ENV. Die aktuell bestehende gesetzliche Lücke im ENG resp. in der ENV ist zu schliessen,	

173/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		indem ein Artikel aufgenommen wird, der die denkmal- und ortsbildpflegerischen Anliegen explizit berücksichtigt. Das Amt für Denkmalpflege ist für diese Gesetzesanpassung beizuziehen Begründung -	
141005	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung - Begründung Die GRÜNEN begrüßen diese Massnahme sehr. Sie entspricht auch dem Anliegen des Gegenvorschlages zur Thurgauer Solarinitiative. Dieser muss in der aktuellen ENG Revision umgesetzt werden.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
141065	HEV Thurgau 8280 Kreuzlingen 1	Antrag / Bemerkung Auf eine Pflicht zur PV-Anlagen-Installation bei Dachsanierungen sei zu verzichten. Begründung 1. Es ist mit Anreizen und nicht mit Vorschriften zu arbeiten. 2. Es ist absehbar, dass die kommunalen Elektrizitätswerke mit der Abnahmepflicht Probleme haben werden und die Anlagen abriegeln werden. 3. Die wirtschaftliche Tragbarkeit ist diesfalls noch viel weniger gegeben, insbesondere wenn die Pflicht nicht nur für den Eigenbedarf besteht, sondern generell zur Stromproduktion.	Schlagworte Streichung Massnahme, Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Steigerung der Stromproduktion aus PV-Anlagen ist ein Kernelement der Netto-Null-Strategie des Bundes. Der Kanton TG muss seinen Beitrag dazu leisten, die Massnahme ist bereits heute und vermehrt in Zukunft wirtschaftlich. Die Energieversorger nehmen laufend Netzverstärkungen vor, eine weitreichende Abregulierung von PV-Leistungsspitzen ist nicht abzusehen und hätte überdies auf den Energieertrag und die Wirtschaftlichkeit nur geringe Auswirkungen.

174/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141247	Industrie- und Handelskammer Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Bei der Beurteilung der einzelnen Massnahmen hat sich die IHK Thurgau auf die wirtschaftsrelevanten Massnahmen konzentriert, welche in den drei Kriterien Kosten/Nutzen, Wirkung und Umsetzbarkeit mindestens mit «mittel» bewertet wurden. Diese Massnahmen sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt und werden seitens der IHK Thurgau im Grundsatz unterstützt. Eine pauschale Vorgabe zur Installation von PV-Anlagen bei Gebäudesanierungen ohne Berücksichtigung der baulichen Gegebenheiten und der Wirtschaftlichkeit kann zu unnötigen und unverhältnismässigen Mehrkosten bei Sanierungsprojekten führen. Vor diesem Hintergrund erscheint eine gezielte Förderstrategie anstelle einer generellen Verpflichtung Begründung -	Schlagworte Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Es soll nicht auf die Verpflichtung verzichtet werden. In der Detailausgestaltung kann auf die Tragbarkeit unter Berücksichtigung der situationsbezogenen Gegebenheiten eingegangen werden.
140565	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Auf die Einführung einer gesetzlichen Pflicht für die Installation von PV-Anlagen bei Dachsanierungen ist zu verzichten. Begründung Die VTG-Arbeitsgruppe sieht die gesetzliche Pflicht nicht als sinnvoll an, da keine Speichermöglichkeit für gleichzeitig produzierten Solarstrom zur Verfügung steht. Neben den hohen Kosten, welche für Private entstehen, kann es in der Konsequenz für Gemeinden nötig	Schlagworte Streichung Massnahme, Ambitionsniveau Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Steigerung der Stromproduktion aus PV-Anlagen ist ein Kernelement der Netto-Null-Strategie des Bundes. Der Kanton TG muss seinen Beitrag dazu leisten, die Massnahme ist bereits heute und vermehrt in Zukunft wirtschaftlich. Die Energieversorger nehmen laufend Netzverstärkungen vor, eine weitreichende Abregulierung von PV-Leistungsspitzen ist nicht abzusehen und hätte überdies auf den Energieertrag und die Wirtschaftlichkeit nur geringe

175/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		sein, das Netz auszubauen, um die Einspeisung des Solarstroms aller PV-Anlagen zu ermöglichen. Es ist zielführender Sanierende zu sensibilisieren Anlagen nur für den Eigenbedarf zu erstellen. Alternativ müsste eine zeitweise Leistungsabriegelung der PV-Anlagen in Kauf genommen werden. Die Installation einer PV Anlage soll freiwillig erfolgen.	Auswirkungen. Die Maximierung des Eigenbedarfs hat einen wesentlichen Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit und wird deshalb auch stark vom Markt getrieben. Anlagen, die ausschliesslich für den Eigenverbrauch dimensioniert werden, sind aufgrund der benötigten Speichergrösse unwirtschaftlich und ökologisch nicht optimal und werden deshalb nicht angestrebt.
134544	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird sehr unterstützt Begründung Eine Pflicht für Mehrfamilienhäuser, Geschäfts- und Industriebauten wird als effiziente Massnahme beurteilt.	Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
141078	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Klare Definition einer «umfassenden Sanierung» und kantonales Förderprogramm auf diese Massnahme abstimmen. Begründung Es sollte klar definiert werden, was unter einer «umfassenden Sanierung» verstanden wird. Mit der Umsetzung des Mantelerlasses und der Marktpreisbindung der Rücklieferatarife sind grössere Anlagen, welche hauptsächlich ins Netz einspeisen, nicht mehr wirtschaftlich. Die Erhöhung des Zubaus von PV-Anlagen ist sinnvoll in Kombination mit Speicherung. Beides sollte gefördert werden, um Netzbetreiber nicht vor unlösbaren Probleme in der Infrastruktur zu stellen. Sind Scheunendächer auch betroffen?	Schlagworte Konkretisierung Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Im Rahmen der Ausgestaltung der Massnahme wird der Geltungsraum definiert. Der Einsatz von Batteriespeichern dient der wirtschaftlichen Optimierung der Anlagen. Inwiefern eine Förderung für Energiespeicher möglich und sinnvoll ist, wird periodisch im Rahmen der Weiterentwicklung des Förderprogramms Energie geprüft.

176/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141508	VTE 8608 Bubikon	Antrag / Bemerkung Diese Massnahme nicht generell anwenden Begründung Diese "Pflicht" für PV-Anlagen macht nicht per se überall Sinn kann sogar event. volkswirtschaftlich kontraproduktiv sein. Es muss berücksichtigt werden, ob eine PV-Anlage vor Ort eingebunden (vorhandenes elektrisches Netz) resp. die Produktion vor Ort genutzt (Eigenverbrauch) werden kann.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Es soll nicht auf die Verpflichtung verzichtet werden. In der Detailausgestaltung kann auf die Tragbarkeit unter Berücksichtigung der situationsbezogenen Gegebenheiten eingegangen werden.
132628	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Auf die Einführung einer gesetzlichen Pflicht für die Installation von PV-Anlagen bei Dachsanierungen ist zu verzichten. Begründung Die VTG-Arbeitsgruppe sieht die gesetzliche Pflicht nicht als sinnvoll an, da keine Speichermöglichkeit für gleichzeitig produzierten Solarstrom zur Verfügung steht. Neben den hohen Kosten, welche für Private entstehen, kann es in der Konsequenz für Gemeinden nötig sein, das Netz auszubauen, um die Einspeisung des Solarstroms aller PV-Anlagen zu ermöglichen. Es ist zielführender Sanierende zu sensibilisieren Anlagen nur für den Eigenbedarf zu erstellen. Alternativ müsste eine zeitweise Leistungsabriegelung der PV-Anlagen in Kauf genommen werden. Die Installation einer PV Anlage soll freiwillig erfolgen.	Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Steigerung der Stromproduktion aus PV-Anlagen ist ein Kernelement der Netto-Null-Strategie des Bundes. Der Kanton TG muss seinen Beitrag dazu leisten, die Massnahme ist bereits heute und vermehrt in Zukunft wirtschaftlich. Die Energieversorger nehmen laufend Netzverstärkungen vor, eine weitreichende Abregelung von PV-Leistungsspitzen ist nicht abzusehen und hätte überdies auf den Energieertrag und die Wirtschaftlichkeit nur geringe Auswirkungen. Die Maximierung des Eigenbedarfs hat einen wesentlichen Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit und wird deshalb auch stark vom Markt getrieben. Anlagen, die ausschliesslich für den Eigenverbrauch dimensioniert werden, sind aufgrund der benötigten Speichergrösse unwirtschaftlich und ökologisch nicht optimal und werden deshalb nicht angestrebt.
142648	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung Dachsanierungen Begründung	Schlagworte Formales, inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. In der Detailausgestaltung kann auf die Tragbarkeit

177/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Kann-Regelung – bei alten Häusern macht eine PV-Anlage je nach dem keinen Sinn. Wir bitten um Differenzierung bei den Ausführungsbestimmungen.	unter Berücksichtigung der situationsbezogenen Gegebenheiten eingegangen werden.

138176	WWF Thurgau 9001 St.Gallen	Antrag / Bemerkung Ergänzung: Ab 2026 soll eine Erweiterung der Pflicht zur Nutzung aller geeigneten Flächen verfolgt werden. Begründung Der WWF begrüsst die Einführung der Regelung gemäss Entwurf Energiegesetz. Der nächste logische Schritt ist aber ab 2026 die Pflicht auf alle geeigneten Flächen zu erweitern. Ziel muss sein, dass in Zukunft möglichst alle geeigneten Flächen zur Produktion von Solarenergie genutzt werden.	Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Nutzung der Solarenergie im Rahmen einer Vorschrift ist angesichts der noch grossen vorhandenen Potenzialen prioritär auf den bestehenden Gebäudeflächen voranzutreiben. Bei Neubauten besteht bereits eine entsprechende Regelung. Bei einer generellen Vorschrift für nicht gebäudebezogene Flächen ergeben sich komplexe Fragestellungen mit Nutzungs- und Zielkonflikten.
--------	-------------------------------	---	---

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 10: Graue Emissionen bei Bauprojekten reduzieren			

142837	Amt für Denkmalpflege	Antrag / Bemerkung Erhalt und Umnutzung zur Reduktion von Grauen Emissionen Klimaneutral zu handeln heisst, Emissionen in allen Lebenszyklen eines Gebäudes zu reduzieren, nicht nur im Betrieb, sondern bereits bei der Erstellung. Der Bau neuer Gebäude ist besonders energieintensiv, während bestehende Bauten bereits eine erhebliche Menge sogenannter grauer Energie enthalten, die im Baumaterial "gebunden" ist. Diese gespeicherte Energie sollte möglichst im Bestand erhalten bleiben. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Frage nach Erhalt und Umnutzung, statt Abriss und Neubau. Der historische Ge-	Schlagworte neue Massnahmenidee, Formales Umgang mit Rückmeldung Umsetzen. Anpassung der Formulierung zum Ziel wie folgt: "... Die Bauprojekte sollen möglichst Netto-Null kompatibel ausgerichtet werden, TAUGLICHE BAUSUBSTANZ UND -MATERIALIEN SOLLEN MÖGLICHST WEITERGENUTZT WERDEN ..."
--------	-----------------------	---	--

178/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		bäudebestand ist daher nicht Teil des Problems, sondern ein wesentlicher Teil der Lösung. Viele der im Hinweisinventar des Kantons Thur- 8/8 grau aufgeführten Objekte wurden über Jahrzehnte, meist gar über Jahrhunderte hinweg erhalten. Sie zeigen exemplarisch auf, wie klimaschonendes Bauen durch Weiternutzung gelingen kann. Die Denkmalpflege leistet damit einen substanziellen Beitrag zur Klimastrategie. Zudem fördert sie den Einsatz langlebiger, reparierbarer und regional verfügbarer Baumaterialien. Diese verursachen weniger graue Emissionen, sind besser weiter- oder wiederverwendbar und bei Bedarf einfacher rezyklierbar. Werden Lebensdauer und Reparierbarkeit in die Planung einbezogen, sind die Kosten solcher Materialien nur geringfügig höher als bei herkömmlichen Baustoffen. Wer sorgfältig plant und saniert, statt vorschnell zu ersetzen, handelt ressourcenschonend und zukunftsgerichtet. Dies deckt sich mit den Zielen der Massnahme 10, wonach finanzielle Anreize für emissionsarme Bauweisen geschaffen werden sollen, insbesondere über den gezielten Einsatz geeigneter Materialien. Um die Stossrichtung in der Massnahme 10 zu stärken, sollte das Prinzip Erhalt und Umnutzung statt Abriss und Neubau als klimawirksame Strategie noch klarer im Massnahmenplan verankert werden. Antrag: Die Massnahme 10 soll den Fokus verstärkt auf das Thema Erhalt und Umnutzung statt Abriss und Neubau legen. Begründung -	
141581	EVP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Auf Holz als klimaneutraler Baustoff wird zu wenig hingewiesen	Schlagworte inhaltliche Präzisierung, Formales Umgang mit Rückmeldung

179/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Begründung Holz ist eigener Rohstoff und muss mit wenig grauer Energie transportiert/verarbeitet werden	Abgelehnt. Die Formulierung im Massnahmenblatt ist technologieoffen gehalten, was ein wichtiger Grundsatz ist. Holz ist einer (und ein wichtiger) der möglichen Lösungsansätze. Der Nutzen von Holz wird in der Umsetzung gebührend berücksichtigt werden.
141006	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Anpassungen im Förderprogramm Energie • Stärkere finanzielle Förderung des Eco-Standards. • Eco-Förderung auch für Minergie/Minergie-A-Neubauten • Zusätzliche Eco-Förderung, wenn bei den Treibhausgas-Emissionen Grenzwert 1 von Minergie-Eco erreicht wird Begründung Bei sinkenden Treibhausgas-Emissionen des Gebäudebetriebs durch immer energieeffizientere Gebäude und eine zunehmend dekarbonisierte Energieerzeugung gewinnen die Gebäude-Erstellung bzw. die damit verbundenen Grauen Emissionen an Relevanz.	Schlagworte neue Massnahmenidee, Ambitionsniveau Umgang mit Rückmeldung Teilweise Umsetzung. Die Anpassung der Förderbestimmungen ist als Umsetzungsschritt bereits explizit in der Massnahmenbeschreibung enthalten. Aus dem Massnahmenkontext ist klar, dass dies mit Blick auf die grauen Emissionen erfolgt. Der Text zur Beschreibung wird wie folgt angepasst "...das die grauen Emissionen über finanzielle Anreize reduziert werden (z.B. über Detailanpassungen im Förderprogramm Energie)..."
141007	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Es sind möglichst rasch Grenzwerte für die graue Energie bei Neubauten und bei wesentlichen Erneuerungen bestehender Gebäude gesetzlich zu verankern. Begründung Die graue Energie spielt bei Neubauten die entscheidende Rolle bezüglich der CO2-Emissionen. Das Netto-Null-Ziel kann nur erreicht werden, wenn im Baubereich wesentlich grössere Anstrengungen unternommen werden. Auf reine Betonbauten im öffentlichen Be-	Schlagworte Ambitionsniveau, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Zur Kenntnissnahme. Bis jetzt gibt es noch keine gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte für graue Energie im Bauwesen. Allerdings werden diese Werte in der Praxis zunehmend wichtiger, da die graue Energie einen beträchtlichen Teil der Gesamtenergie eines Gebäudes ausmacht. Es gibt jedoch Bestrebungen, Grenzwerte einzuführen, und verschiedene Organisationen wie Minergie und der Schweizerische Ingenieur- und Architektenverein (SIA) haben bereits Richtlinien und Berechnungsmodelle für graue Energie entwickelt. Der Kanton wird diese Entwicklungen weiterhin verfolgen.

180/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		reich soll verzichtet werden, da die Zementherstellung und Betonverarbeitung Ummengen an CO2 verursachen. Demgegenüber sollen Holzbauten gefördert werden, da der Werkstoff Holz über Jahrzehnte CO2 bindet und als der dauerhafteste Werkstoff gilt.	Amt Amt für Energie
141248	Industrie- und Handelskammer Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung ei der Beurteilung der einzelnen Massnahmen hat sich die IHK Thurgau auf die wirtschaftsrelevanten Massnahmen konzentriert, welche in den drei Kriterien Kosten/Nutzen, Wirkung und Umsetzbarkeit mindestens mit «mittel» bewertet wurden. Diese Massnahmen sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt und werden seitens der IHK Thurgau im Grundsatz unterstützt. Während klimafreundliche Baumaterialien sinnvoll sind, könnten starre Vorgaben das Bauen unverhältnismässig verteuern d Unternehmen finanziell belasten. Wirtschaftliche und praktische Herausforderungen bei der Umsetzung sollten berücksichtigt werden. Insbesondere im Gebäudebereich sind praxisorientierte Lösungen mit Anreizsystemen gegenüber Regulierungen zu bevorzugen. Begründung -	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
141595	Lignum Ost Informieren - vernetzen – handeln 8526 Oberneunforn/TG	Antrag / Bemerkung Holz soll als bester klimaneutraler Baustoff erwähnt werden. Begründung	Schlagworte inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Die Formulierung im Massnahmenblatt ist technologieoffen gehalten, was ein wichtiger Grundsatz ist. Holz ist einer (und ein wichtiger) der möglichen Lösungsansätze, aber nicht immer der

181/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Wir unterstützen diese Massnahme. Es wird aber zu generell über die Baustoffe geschrieben. Uns fehlt der Hinweis, dass Holz als der beste klimaneutrale Baustoff gilt.	beste. Es soll deshalb nicht Holz explizit hervorgehoben werden. Der Nutzen von Holz wird in der Umsetzung gebührend berücksichtigt werden.
138159	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwilen	Antrag / Bemerkung Es sind möglichst rasch Grenzwerte für die graue Energie bei Neubauten und bei wesentlichen Erneuerungen bestehender Gebäude gesetzlich zu verankern. Begründung Die graue Energie spielt bei Neubauten die entscheidende Rolle bezüglich der CO2-Emissionen. Das Netto-Null-Ziel kann nur erreicht werden, wenn im Baubereich wesentlich grössere Anstrengungen unternommen werden.	Schlagworte Rechtsgrundlagen, Ambitionsniveau, Massnahmeninstrument, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
134547	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Zusammenführen mit MN 6 und schärfen Begründung Die graue Energie ist ein wichtiger Teil des nachhaltigen Bauens. Die Massnahmen MN 6 und MN 10 sollten im Sinne einer Fokussierung geschärft und zusammengeführt werden. Die Massnahme sollte jedoch über Beratung und Förderung hinausgehen, wenn sie eine Wirkung v.a. bei privaten Bauten zeigen soll. Es könnte z.B. ein Malus bei der Ausnutzung für Gebäude ohne Zertifizierung geprüft werden.	Schlagworte Ambitionsniveau, Fokussierung, Finanzierungsinstrumente, ambitionierter werden, Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Die beiden Massnahmen werden nicht zusammen geführt. Dagegen spricht einerseits, dass es sich um verschiedene Zuständigkeiten handelt. Die Massnahme 6 liegt beim HBA. Die Massnahme 10 beim AFE. Andererseits ist der Fokus ein anderer: bei der MN 6 geht es um die drei Aspekte der Nachhaltigkeit (Soziales, Ökologie, Ökonomie), wobei die graue Energie ein Teilbereich davon ist. Ausserdem bezieht sich die MN 6 auf kantonseigene Bauten. MN 10 betrifft alle Gebäude im Kanton, also auch die kantonseigenen Gebäude, bei denen die Vorbildfunktion gilt (also Aspekte aus der MN 10 bei der MN 6 zur Anwendung kommen). Wir lehnen auch einen Malus für nicht zertifizierte Gebäude ab. Die Strategie

182/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			des Kantons sieht einen Vorteil für zertifizierte Gebäude vor (Förderprogramm). Würde nun noch ein Malus eingeführt wären nicht zertifizierte Gebäude doppelt im Nachteil. Ausserdem dürften die Anforderungen mit der Einführung der MuKE 2025 für alle Gebäude steigen.
142657	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung Aufklärungsarbeit ist wichtig - keine Erhöhung der Komplexität Begründung Eine Sensibilisierung ist gut, jedoch braucht es für verpflichtende Nachweise viel Zeit. Sie verlängern und verteuern ein Bauprojekt. Genormte Werte sind eine Annäherung, von der Forderung eines Co2-Nachweises ist abzusehen. Der Bauherr füllt die Angaben zum Minergielabel aus, darin liegt die Verantwortung. Die Komplexität für ein Bauprojekt ist nicht zu erhöhen.	Schlagworte Ambitionsniveau, Sinn von Klimamassnahmen, Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Der Nachweis der CO2-Emissionen aus den Baumaterialien ist bei den aktuellen Programmen für die Gebäudeplanung bereits weitgehend integriert und wird rasch fortschreiten. Der Aufwand für den Nachweis ist damit sehr begrenzt. Ohne entsprechende Informationen ist ein Variantenvergleich bzgl. Lebenszyklusemissionen nicht möglich, was ein zentraler Baustein für eine weitgehende Dekarbonisierung ist.
138640	WWF Thurgau 9001 St.Gallen	Antrag / Bemerkung Anpassungen im Förderprogramm Energie • Stärkere finanzielle Förderung des Eco-Standards. • Eco-Förderung auch für Minergie/Minergie-A-Neubauten • Zusätzliche Eco-Förderung, wenn bei den Treibhausgas-Emissionen Grenzwert 1 von Minergie-Eco erreicht wird Begründung	Schlagworte Ambitionsniveau, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Teilweise Umsetzung. Die Anpassung der Förderbestimmungen ist als Umsetzungsschritt bereits explizit in der Massnahmenbeschreibung enthalten. Aus dem Massnahmenkontext ist klar, dass dies mit Blick auf die grauen Emissionen erfolgt. Der Text zur Beschreibung wird wie folgt angepasst "...das die grauen Emissionen über finanzielle Anreize reduziert werden (z.B. über Detailanpassungen im Förderprogramm Energie)..."

183/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Bei sinkenden Treibhausgas-Emissionen des Gebäudebetriebs durch immer energieeffizientere Gebäude und eine zunehmend dekarbonisierte Energieerzeugung gewinnt die Gebäude-Erstellung bzw. die damit verbundenen Grauen Emissionen an Relevanz.	
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 11: Massnahmen zur klimaangepassten und ökologischen Aufwertung von Gebäuden und Aussenräumen von Privaten unterstützen und fördern			
138605	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Schnittstellen ergänzen: Die Schnittstelle zu Massnahme 58 aufführen. Begründung Die Schnittstellen zwischen den Massnahmen sollten auf einander abgeglichen sein.	Schlagworte Verlinkung zwischen Massnahmen Umgang mit Rückmeldung Umsetzen
141582	EVP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Vermehrter Einsatz von Holz in Gebäudehüllen statt Blech, Eternit, ... ökologische Aufwertung von Aussenräumen durch Baum Pflanzungen vermehrt fördern Begründung siehe MN10	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Die Materialisierung der Gebäudehüllen und damit der Aspekt von Holz als Baustoff ist in Massnahme MN10 enthalten. Bei MN11 geht es um ökologische Aufwertung von Aussenräumen und Fassaden. Damit ist das Anliegen von mehr Baumbepflanzungen bereits berücksichtigt.
141596	Lignum Ost Informieren - vernetzen – handeln	Antrag / Bemerkung	Schlagworte inhaltliche Präzisierung, Formales Umgang mit Rückmeldung

184/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	8526 Oberneunforn/TG	Beschreibung ergänzen: Gebäudehüllen aus Holz verbessern das Klima Begründung Wird Holz für die Gebäudehüllen verwendet, verbessert dies klar das Klima und verhindert eine extreme Hitzeentwicklung.	Ablehnung. Die Materialisierung der Gebäudehüllen und damit der Aspekt von Holz als Baustoff ist in Massnahme MN10 enthalten. Bei MN11 geht es um ökologische Aufwertung von Aussenräumen und Fassaden.
141395	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn / Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Diese Massnahme ist für die Gemeinden eine wichtige Massnahme, damit die Siedlungskörper klimagerecht gestaltet werden können. Es stellt sich dabei die Frage, ob auch die Rechtsgrundlagen, z.B. Flurgesetz und Planungs- und Baugesetz noch den heutigen Anforderungen entsprechen (z.B. Durchgrünung des Stadtkörpers). a) Es könnte zum Beispiel eine Verjähungsfrist für Baumpflanzungen eingeführt werden, die nicht alle Grenzabstände einhalten (analog anderer Kantone). Eine solche besteht im Kanton Thurgau nicht. Bestehende wertvolle Bäume und Hecken sollen erhalten und gefördert werden. b) Ein anderer Ansatz wäre, dass bei ökologischen Aufwertungen von Grundstücken nicht die ordentlichen Grenzabstände eingehalten werden müssen. Dies wäre in der ordentlichen Baugenehmigung zu prüfen. c) Es könnten Musterbestimmungen für Gemeinden formuliert werden, die übernommen werden können. Begründung Diese Massnahme ist eine wichtige Massnahme und stellt eine wichtige Synergie her zwischen der Klimastrategie und der Biodiversitätsstrategie. Den Gemeinden müssen die nötigen Planungsgrundlagen für die künftigen klimatischen Herausforderungen an die	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Massnahme 68 besagt, dass Klimathemen und Anforderungen an regionale und kommunale Planungsinstrumente im kantonalen Richtplan verankert werden sollen. In Massnahme 69 sollen zudem u.A. Gesetzesgrundlagen im Hinblick auf klimaangepasste Siedlungsentwicklung geprüft und angepasst werden. Und in Massnahme 71 werden Gemeinden zur klimaangepassten Siedlungsentwicklung beraten. Damit sind verschiedene der aufgebrachten Ideen bereits adressiert. Massnahme 11 fokussiert ergänzend dazu auf Unterstützung und Förderung von Privaten.

185/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Hand geben werden können, hier sollte ein flexiblerer Umgang gefunden werden können. Dabei ist insbesondere auch der Ökologische Ausgleich zu berücksichtigen und ggf. klimagerecht auszugestalten. Weitere Themen sind: Wurzelraum, Versickerung auf dem Grundstück, Förderung von Baumpflanzungen, Erhalt von Bäumen, ökologische Begrünung von Flachdächern, Reduktion des Versiegelungsgrades. Siehe auch M65 und 69.	
134555	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme schärfen Begründung Die Massnahme wird grundsätzlich unterstützt. Diese sollte aber wie MN 10 geschärft werden. Beratung und Förderung werden alleine zu wenig Wirkung zeigen. Durch die Nachverdichtung des bestehenden Baugebiets werden Flächen zunehmend bis an die Parzellengrenzen unterbaut. Die Möglichkeiten für die Umgebungsgestaltung werden so stark eingeschränkt. Bäume sind in vielen Fällen nicht mehr möglich. Dem sollte durch Einführung einer Grünflächen- oder Unterbauungsziffer sowie stärkeren Schutz von bestehenden Bäumen im Planungs- und Baugesetz begegnet werden. Ist die Unterbauung von Flächen erst einmal umgesetzt, lässt sich dies später praktisch nicht mehr korrigieren (Rückbau von Tiefgaragen kostspielig und somit unwahrscheinlich).	Schlagworte Konkretisierung, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Massnahme 68 besagt, dass Klimathemen und Anforderungen an regionale und kommunale Planungsinstrumente im kantonalen Richtplan verankert werden sollen. In Massnahme 69 sollen zudem u.A. Gesetzesgrundlagen im Hinblick auf klimaangepasste Siedlungsentwicklung geprüft und angepasst werden. Und in Massnahme 71 werden Gemeinden zur klimaangepassten Siedlungsentwicklung beraten. Damit sind verschiedene der aufgebrachten Ideen bereits adressiert. Massnahme 11 fokussiert ergänzend dazu auf Unterstützung und Förderung von Privaten.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion

186/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 12: Den Umgang mit reinen Stein- und Schottergärten einheitlich regeln			
136999	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Rechtsgrundlagen: Die Nummern der Gesetze und Verordnungen fehlt: Planungs- und Baugesetz (PBG; RB 700); Verordnung (PBV; RB 700.1). Begründung Gesetze und Verordnungen überall einheitlich aufführen.	Schlagworte Rechtsgrundlagen Umgang mit Rückmeldung Umsetzen.
141008	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung - Begründung Die GRÜNEN begrüßen eine einheitliche Regelung von Stein- und Schottergärten sehr. Gärten, welche weder der Biodiversität noch dem Klimaschutz zuträglich sind, sollten möglichst einheitlich eingeschränkt werden. Neben der Regelung von Stein- und Schottergärten, sollen auch Flachdächer für die Begrünung genutzt werden. Dies sollte im Rahmen von MN 11 und 12 miteinbezogen werden.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales, Anzahl Massnahmen, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Kenntnissnahme. Die Massnahme MN11 erwähnt bereits explizit die Dachbegründung.
141066	HEV Thurgau 8280 Kreuzlingen 1	Antrag / Bemerkung Auf eine kantonale Regelung ist zu verzichten. Begründung Die regionalen und lokalen Gegebenheiten sind relevant. Die Gemeinden kennen diese und sollen das kommunal regeln. Es soll statt mit Verboten mit Anreizsystemen gearbeitet werden.	Schlagworte Streichung Massnahme, Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Stein- und Schottergärten sind aus klimatischer und ökologischer Sicht äusserst negativ zu beurteilen. Aus klimatischer Sicht sind folgende Punkte zu erwähnen: - Sie erwärmen sich sehr schnell und geben lange Wärme ab, was

187/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			zu einer höheren Siedlungstemperatur führt. Insbesondere in Hitzeperioden wirkt sich dies besonders negativ aus. - Wenn Folien oder Vlies verlegt werden ist die Infiltration von Wasser in den Boden verhindert/verschlechtert und die Fläche ist mit einer versiegelten Fläche gleichzusetzen. Dadurch erhöht sich bei Starkniederschlägen die Abflussmenge des Oberflächenwassers. Zudem findet kein kühlender Effekt von evaporirendem Wasser aus dem Boden statt. Aus ökologischer Sicht sind folgende Punkte zu erwähnen: - Stein- und Schottergärten mit Folien verhindern, dass Pflanzen oder Tiere diese Flächen besiedeln können. Im Vergleich zu den optisch ähnlichen, aber ökologisch wertvollen Ruderalflächen, sind Stein- und Schottergärten lebensfeindliche Flächen. Neben der oberirdischen Biodiversität stirbt auch die Bodenbiodiversität unter den Folien ab. - Stein- und Schottergärten werden häufig an Standorten erstellt, wo sich seltene Lebensräume wie Halbtrockenrasen (Mesobromion), trockenwarme Ruderalfluren (Onopordion) oder auch trockenwarme Krautsäume (Geranion sanguinei) etablieren können. Dies sind alles seltene und schützenswerte Lebensräume gemäss der Natur- und Heimatschutzverordnung (NHV, SR 451.1). Mit Stein- und Schottergärten werden somit häufig Lebensräume verdrängt, welche insbesondere im Siedlungsraum gut gefördert werden können. Insgesamt sind weder aus klimatischer noch aus ökologischer Sicht positive Aspekte vorhanden. In beiden Fällen führen Stein- und Schottergärten sogar zu einer Verschlechterung im Vergleich zum Ausgangszustand (Annahme eine grüne, artenarme Wiese). Amt Amt für Raumentwicklung

188/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141396	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn / Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Massnahme wird sehr begrüsst. Begründung Romanshorn berücksichtigt dieses Anliegen bereits durch die Anwendung der Grünflächenziffer.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
140567	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Verzicht auf eine einheitliche kantonale Verordnung zum Umgang mit Stein- und Schottergärten. Die Zuständigkeiten bleiben bei den Gemeinden und die Gemeindeautonomie muss gewahrt werden. Begründung Die Gemeinden kennen die lokalen Gegebenheiten und örtlichen Besonderheiten am besten. Im kommunalen Baureglement kann die Gemeinde den Umgang mit reinen Stein- und Schottergärten regeln.	Schlagworte Streichung Massnahme, Gemeindeautonomie Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Stein- und Schottergärten sind aus klimatischer und ökologischer Sicht äusserst negativ zu beurteilen. Aus klimatischer Sicht sind folgende Punkte zu erwähnen: - Sie erwärmen sich sehr schnell und geben lange Wärme ab, was zu einer höheren Siedlungstemperatur führt. Insbesondere in Hitzeperioden wirkt sich dies besonders negativ aus. - Wenn Folien oder Vlies verlegt werden ist die Infiltration von Wasser in den Boden verhindert/verschlechtert und die Fläche ist mit einer versiegelten Fläche gleichzusetzen. Dadurch erhöht sich bei Starkniederschlägen die Abflussmenge des Oberflächenwassers. Zudem findet kein kühlender Effekt von evaporierendem Wasser aus dem Boden statt. Aus ökologischer Sicht sind folgende Punkte zu erwähnen: - Stein- und Schottergärten mit Folien verhindern, dass Pflanzen oder Tiere diese Flächen besiedeln können. Im Vergleich zu den optisch ähnlichen, aber ökologisch wertvollen Ruderalflächen, sind Stein- und Schottergärten lebensfeindliche Flächen. Neben der oberirdischen Biodiversität stirbt auch die Bodenbiodiversität unter den Folien ab. - Stein- und Schottergärten werden häufig an Standorten erstellt, wo

189/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			sich seltene Lebensräume wie Halbtrockenrasen (Mesobromion), trockenwarme Ruderalfluren (Onopordion) oder auch trockenwarme Krautsäume (Geranion sanguinei) etablieren können. Dies sind alles seltene und schützenswerte Lebensräume gemäss der Natur- und Heimatschutzverordnung (NHV, SR 451.1). Mit Stein- und Schottergärten werden somit häufig Lebensräume verdrängt, welche insbesondere im Siedlungsraum gut gefördert werden können. Insgesamt sind weder aus klimatischer noch aus ökologischer Sicht positive Aspekte vorhanden. In beiden Fällen führen Stein- und Schottergärten sogar zu einer Verschlechterung im Vergleich zum Ausgangszustand (Annahme eine grüne, artenarme Wiese). Amt Amt für Raumentwicklung
134556	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme mit MN 11 zusammenführen Begründung Die Massnahme wird grundsätzlich sehr unterstützt. Im Sinne einer Fokussierung sollte diese aber mit MN 11 zusammengeführt werden. Beide Massnahmen müssen mit gesetzlichen Vorschriften geregelt werden.	Schlagworte Anzahl Massnahmen Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Auf ein Zusammenlegen der Massnahmen 11 und 12 wird verzichtet, da es sich um unterschiedliche Instrumentarien (Förderung bzw. gesetzliche Regelung) handelt. Damit wird der Ansatz Fördern und Fordern verfolgt. Amt Amt für Raumentwicklung
132635	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Verzicht auf eine einheitliche kantonale Verordnung zum Umgang mit Stein- und Schottergärten. Die Zuständigkeiten bleiben bei den Gemeinden und die Gemeindeautonomie muss gewahrt werden.	Schlagworte Streichung Massnahme, Gemeindeautonomie Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Stein- und Schottergärten sind aus klimatischer und ökologischer Sicht äusserst negativ zu beurteilen.

190/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Begründung Die Gemeinden kennen die lokalen Gegebenheiten und örtlichen Besonderheiten am besten. Im kommunalen Baureglement kann die Gemeinde den Umgang mit reinen Stein- und Schottergärten regeln.	Aus klimatischer Sicht sind folgende Punkte zu erwähnen: - Sie erwärmen sich sehr schnell und geben lange Wärme ab, was zu einer höheren Siedlungstemperatur führt. Insbesondere in Hitzeperioden wirkt sich dies besonders negativ aus. - Wenn Folien oder Vlies verlegt werden ist die Infiltration von Wasser in den Boden verhindert/verschlechtert und die Fläche ist mit einer versiegelten Fläche gleichzusetzen. Dadurch erhöht sich bei Starkniederschlägen die Abflussmenge des Oberflächenwassers. Zudem findet kein kühlender Effekt von evaporierendem Wasser aus dem Boden statt. Aus ökologischer Sicht sind folgende Punkte zu erwähnen: - Stein- und Schottergärten mit Folien verhindern, dass Pflanzen oder Tiere diese Flächen besiedeln können. Im Vergleich zu den optisch ähnlichen, aber ökologisch wertvollen Ruderalflächen, sind Stein- und Schottergärten lebensfeindliche Flächen. Neben der oberirdischen Biodiversität stirbt auch die Bodenbiodiversität unter den Folien ab. - Stein- und Schottergärten werden häufig an Standorten erstellt, wo sich seltene Lebensräume wie Halbtrockenrasen (Mesobromion), trockenwarme Ruderalfluren (Onoporiidion) oder auch trockenwarme Krautsäume (Geranion sanguinei) etablieren können. Dies sind alles seltene und schützenswerte Lebensräume gemäss der Natur- und Heimatschutzverordnung (NHV, SR 451.1). Mit Stein- und Schottergärten werden somit häufig Lebensräume verdrängt, welche insbesondere im Siedlungsraum gut gefördert werden können. Insgesamt sind weder aus klimatischer noch aus ökologischer Sicht positive Aspekte vorhanden. In beiden Fällen führen Stein- und Schottergärten sogar zu einer Verschlechterung im Vergleich zum Ausgangszustand (Annahme eine grüne, artenarme Wiese). Amt

191/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			Amt für Raumentwicklung
138659	WWF Thurgau 9001 St.Gallen	Antrag / Bemerkung Diese Massnahme ist grundsätzlich zu überarbeiten. Anstatt den Umgang mit reinen Stein- und Schottergärten einheitlich zu regeln, soll der Fokus direkt auf den Wert der Grünraumgestaltung gelegt werden. Einen wirklichen Mehrwert für die Reduktion der sommerlichen Hitzebelastung würde zum Beispiel beitragen, wenn bei Neubauten und Veränderungen an der Gebäudestruktur ein Flächenanteil von mindestens 10 % der gesamten Aussenanlagen und Umgebungsflächen im Sinne des ökologischen Ausgleichs naturnah gestaltet wird. Begründung Es besteht ein dringenden Handlungsauftrag zur verstärkten Einbindung der Natur in den Siedlungsraum. Die Diskussion über den Sinn und Zweck von Stein- und Schottergärten ist nicht zielführend. Vielmehr geht es darum die ökologische Qualität der Grünraumgestaltung zu sichern, was direkt der sommerlichen Hitzebelastung entgegen wirkt.	Schlagworte inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme wird beibehalten, da Stein- und Schottergärten aus klimatischer und ökologischer Sicht äusserst negativ zu beurteilen sind. Aus klimatischer Sicht sind folgende Punkte zu erwähnen: - Sie erwärmen sich sehr schnell und geben lange Wärme ab, was zu einer höheren Siedlungstemperatur führt. Insbesondere in Hitzeperioden wirkt sich dies besonders negativ aus. - Wenn Folien oder Vlies verlegt werden ist die Infiltration von Wasser in den Boden verhindert/verschlechtert und die Fläche ist mit einer versiegelten Fläche gleichzusetzen. Dadurch erhöht sich bei Starkniederschlägen die Abflussmenge des Oberflächenwassers. Zudem findet kein kühlender Effekt von evaporierendem Wasser aus dem Boden statt. Aus ökologischer Sicht sind folgende Punkte zu erwähnen: - Stein- und Schottergärten mit Folien verhindern, dass Pflanzen oder Tiere diese Flächen besiedeln können. Im Vergleich zu den optisch ähnlichen, aber ökologisch wertvollen Ruderalflächen, sind Stein- und Schottergärten lebensfeindliche Flächen. Neben der oberirdischen Biodiversität stirbt auch die Bodenbiodiversität unter den Folien ab. - Stein- und Schottergärten werden häufig an Standorten erstellt, wo sich seltene Lebensräume wie Halbtrockenrasen (Mesobromion), trockenwarme Ruderalfluren (Onoporiidion) oder auch trockenwarme Krautsäume (Geranion sanguinei) etablieren können. Dies sind alles seltene und schützenswerte Lebensräume gemäss der Natur- und

192/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			Heimatschutzverordnung (NHV, SR 451.1). Mit Stein- und Schottergärten werden somit häufig Lebensräume verdrängt, welche insbesondere im Siedlungsraum gut gefördert werden können. Insgesamt sind weder aus klimatischer noch aus ökologischer Sicht positive Aspekte vorhanden. In beiden Fällen führen Stein- und Schottergärten sogar zu einer Verschlechterung im Vergleich zum Ausgangszustand (Annahme eine grüne, artenarme Wiese). Die Grünraumgestaltung wird nicht nur mit dieser Massnahme adressiert, sondern u.a. auch mit Massnahme 11 "Massnahmen zur klimaangepassten und ökologischen Aufwertung von Gebäuden und Aussenräumen von Privaten unterstützen und fördern" Amt Amt für Raumentwicklung

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
3. Sektor Industrie und synthetische Gase			
141009	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Allgemeine Rückmeldungen zum Sektor Begründung Die Massnahmen im Sektor Industrie können von den GRÜNEN alle unterstützt werden. Aus unserer Sicht muss der Kanton insbesondere eine gute Übersicht über die Emissionen in der Industrie aufbauen und die jeweiligen Potenziale der Dekarbonisierung aufzeigen. In der Klimastrategie sind die verbleibenden Emissionen 2050 und die dafür notwendigen Negativemissionen immer noch zu hoch.	Schlagworte Zielsetzung, Ambitionsniveau, Sinn von Klimamassnahmen, Formales, Zusammenarbeit, Bezug Klima Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme

193/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Der Kanton Thurgau muss sich klar positionieren, dass er entsprechende Anstrengungen der grossen Emittenten erwartet und diese auch einfordern. Zusätzlich soll mit Beratung und Förderung von Pilotprojekten der Umstieg unterstützt werden. Bei der Förderung der Pilotprojekte sollte auch die EKT Energiestiftung einbezogen werden.	
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 13: Kantonale Einflussmöglichkeiten für zusätzliche Netto-Null Anstrengungen in Unternehmen prüfen und umsetzen			
141249	Industrie- und Handelskammer Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung ei der Beurteilung der einzelnen Massnahmen hat sich die IHK Thurgau auf die wirtschaftsrelevanten Massnahmen konzentriert, welche in den drei Kriterien Kosten/Nutzen, Wirkung und Umsetzbarkeit mindestens mit «mittel» bewertet wurden. Diese Massnahmen sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt und werden seitens der IHK Thurgau im Grundsatz unterstützt. Auch bei dieser Zielsetzung sollte vor allem auf Anreize statt Regulierungen gesetzt werden. Begründung -	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Massnahme sieht keine verpflichtenden Elemente vor.
141163	KEEST 9542 Münchwilen	Antrag / Bemerkung Folgende textliche Anpassung beim 2. Punkt vornehmen: Kantonales Unterstützungs- oder Beratungsangebot für freiwillig er-	Schlagworte Formales, Formulierung Umgang mit Rückmeldung Umsetzen. Auf die exklusive Nennung von einzelnen Institutionen ist aber zu verzichten. Anpassen des 2. Alineas der Beschreibung wie folgt: "... Kantonales

194/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		stellte Netto-Null-Fahrpläne von emissionsintensiven Industrieunternehmen in Zusammenarbeit mit dem Kompetenz-Zentrum Erneuerbare Energie-Systeme Thurgau (KEEST) ausbauen. Begründung Das KEEST bietet bereits Beratungsdienstleistungen im Bereich Netto-Null-Fahrpläne für emissionsintensive Unternehmen an.	Unterstützungs- oder Beratungsangebot für freiwillig erstellte Netto-Null-Fahrpläne von emissionsintensiven Industrieunternehmen AUSBAUEN..." Anpassen des 3. Alinea: "... (z.B. Erweiterung des Förderprogramms Energie ODER UNTERSTÜTZUNG DER ANGEBOTE VON DRITTEN). Anpassen letzter Satz: Hierbei ist eine Abstimmung mit bestehenden Förderinstrumenten UND ANGEBOTEN erforderlich.
134574	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt, Austausch mit anderen Kantonen und evtl. Forderung von Bundesmassnahmen wird vorgeschlagen. Begründung Auch hier sind nicht 26 Einzellösungen nötig, welche sich allenfalls sogar noch konkurrenzieren. Es ist eine koordinierte Strategie über mehrere Kantone oder evtl. auf Bundesebene zu erarbeiten.	Schlagworte Synergien, Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Der Massnahmentext erwähnt explizit, dass Anpassungen des Grossverbrauchermodells in die nationalen Arbeitsgruppen eingebracht werden sollen.
141082	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Namentliche Nennung von KEEST streichen. Begründung Die namentliche Nennung privatwirtschaftlicher Firmen gehört nicht in die kantonalen Klimastrategie (Wettbewerb, Ausschreibung etc.).	Schlagworte Formales, Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Umsetzen. Auf die exklusive Nennung von einzelnen Institutionen ist zu verzichten. Anpassen des 2. Alineas der Beschreibung wie folgt: "... Kantonales Unterstützungs- oder Beratungsangebot für freiwillig erstellte Netto-Null-Fahrpläne von emissionsintensiven Industrieunternehmen AUSBAUEN..." Anpassen des 3. Alinea: "... (z.B. Erweiterung des Förderprogramms Energie ODER UNTERSTÜTZUNG DER ANGEBOTE VON DRITTEN).

195/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

Anpassen letzter Satz: Hierbei ist eine Abstimmung mit bestehenden Förderinstrumenten UND ANGEBOTEN erforderlich.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

MN 14: Klimawirksame synthetische Gase (wie z.B. F-Gase) durch Information und Beratung von lokalen Unternehmen reduzieren

134582	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt Begründung Beim Bund sollten die Vorlagen für Informations- und Beratungsangebote eingefordert werden. Es ist auch hier nicht nötig, dass dies 26 mal ausgearbeitet wird.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Zuständigkeit Umgang mit Rückmeldung Umsetzen. Bei den einzubeziehenden Stellen soll auch das BAFU für Vorlagen für Informations- und Beratungsangebote aufgeführt werden.
--------	-------------------------------------	--	---

141080	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofszell	Antrag / Bemerkung Firmenförderung anstelle von Kommunikation Begründung zielführender	Schlagworte Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Es bestehen bereits wirksame Förderangebote für die Umstellung der Kälteanlagen (z.B. Klik). Mit Information sollen u.a. diese den Unternehmen bekannter gemacht werden.
--------	--	---	--

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

MN 15: Kleine Kälte-, Klimaanlage und Wärmepumpen (Kältemittelfüllung < 3kg) erfassen und bei Bedarf kontrollieren

131914	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident	Antrag / Bemerkung Massnahme 15 streichen Begründung	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Die heutige Datenlage zu Anlagen mit Füllmenge < 3kg
--------	---------------------------------------	--	--

196/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	9315 Neukirch/ Egnach	Der Aufwand für die Erhebung der Daten ist im Vergleich zum Nutzen unverhältnismässig. Wen Die Anlagen erfasst sind müssen sie periodisch kontrolliert werden. Die meisten dieser Anlagen die Heute noch mit den genannten synthetischen Gasen betrieben werden, erreichen vermutlich in den nächsten 10 -15 Jahren ihre Lebenserwartung und müssen so oder so ersetzt werden.	ist ungenügend. Diese Anlagen haben potenziell ein grosses THG-Emissionspotenzial. Die Informationsbasis soll über die geplante Massnahme verbessert werden. Erst dann können der Bedarf festgestellt und weitere sinnvolle Aktivitäten festgelegt werden.
141067	HEV Thurgau 8280 Kreuzlingen 1	Antrag / Bemerkung Auf die Massnahme sei zu verzichten. Begründung Die Massnahme ist wiederum ein Beitrag, um die Bürokratie und die Kontrolltätigkeit des Staates aufzublähen. Beides wird vom HEV Thurgau abgelehnt.	Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Die heutige Datenlage zu Anlagen mit Füllmenge < 3kg ist ungenügend. Diese Anlagen haben potenziell ein grosses THG-Emissionspotenzial. Die Informationsbasis soll über die geplante Massnahme verbessert werden. Erst dann können der Bedarf festgestellt und weitere sinnvolle Aktivitäten festgelegt werden.
134586	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt Begründung Nur mit einer vollständigen Datenbasis können Massnahmen erarbeitet werden.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
141081	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Praktisch kein Wirkungsgrad – Massnahme weglassen Begründung Darstellung Spinnendiagramm	Schlagworte Wirkung Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Die heutige Datenlage zu Anlagen mit Füllmenge < 3kg ist ungenügend. Diese Anlagen haben potenziell ein grosses THG-Emissionspotenzial. Die Informationsbasis soll über die geplante

197/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			Massnahme verbessert werden. Erst dann können der Bedarf festgestellt und weitere sinnvolle Aktivitäten festgelegt werden.
142658	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung keine Kontrollen bis zu diesem Wert Begründung Solche Kontrollen binden zu viele Ressourcen. Kosten – Nutzen ist nicht gegeben, Abos sind teuer. Es gibt heute andere Lösungen, neue Technologien zum Kontrollieren einsetzen.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Die heutige Datenlage zu Anlagen mit Füllmenge < 3kg ist ungenügend. Diese Anlagen haben potenziell ein grosses THG-Emissionspotenzial. Die Informationsbasis soll über die geplante Massnahme verbessert werden. Erst dann können der Bedarf festgestellt und weitere sinnvolle Aktivitäten festgelegt werden.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
4. Sektor Verkehr und Raum			
141010	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Allgemeine Rückmeldungen zum Sektor Begründung Der Verkehr ist einer der wichtigsten Sektoren beim Klimaschutz und bietet dem Kanton auch viele Handlungsoptionen. Die vorgeschlagenen Massnahmen können wir alle unterstützen, jedoch müssen klarere Ziele bei den jeweiligen Umsetzungsindikatoren gesetzt werden. Gerade im Verkehrsbereich gäbe es viele messbare Ziele. Aus Sicht der GRÜNEN muss insbesondere Langsamverkehr, ÖV und Carsharing ausgebaut werden. Die Zusammenfassung der vie-	Schlagworte neue Massnahmenidee, Anzahl Massnahmen, Zielsetzung, Indikatoren Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme

198/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		len Massnahmen des Verkehrskonzeptes zu einer einzelnen Massnahme ist aus Sicht der GRÜNEN zu verkürzt. Vielmehr sollten diese als einzelne konkrete Massnahmen mit konkreten Zielen aufgezeigt werden. Die Elektromobilität ist zu unterstützen in dem die Ladeinfrastruktur ausgebaut wird, gerade für Mietende muss es ein «Recht auf Laden» geben.	
141011	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Eine separate Massnahme «Ausbau Langsamverkehr» mit konkreten Zielen ist aufzunehmen Begründung Der Langsamverkehr ist ein zentraler Bestandteil des Modalsplits der Zukunft und der Kanton Thurgau hat hier noch grossen Handlungsbedarf. Dies soll im Rahmen einer separaten Massnahme abgebildet werden, welche aufzeigt wie insbesondere das Alltagsnetz verstärkt wird und welche konkrete und verbindliche Ziele (z.B. Anzahl Kilometer pro Jahr) enthält.	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Der Ausbau des Velo- und Fussverkehr ist der beschleunigten klimarelevanten Umsetzung des Gesamtverkehrskonzepts (MN19) und dort abgedeckt. Kein Handlungsbedarf.
138787	WWF Thurgau 9001 St.Gallen	Antrag / Bemerkung Antrag für zusätzliche Massnahme "Kommunale Baumschutzkonzepte" Begründung Unsere Städte und Dörfer müssen sich für die Herausforderungen des Klimawandels rüsten. Die Bäume sind dabei essenziell. Wir müssen heute mit der Pflanzung beginnen, denn es braucht viele Jahrzehnte, bis sich grosskronige Bäume entwickelt haben und Wirkung entfalten. Kommunale Baumschutzkonzepte beinhalten idealerweise:	Umgang mit Rückmeldung Der Antrag betrifft die Klimaadaptation und ist in MN 68 enthalten.

199/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		- Anforderungen an die Baummenge und Arten in Privatgärten. - Anforderungen an die Baummenge und Arten in öffentlichen Anlagen. - Vorgaben zu Baumschutz bei Bauprojekten - Monitoring Baumvolumen	
138800	WWF Thurgau 9001 St.Gallen	Antrag / Bemerkung Eine separate Massnahme «Ausbau Langsamverkehr» mit konkreten Zielen ist aufzunehmen Begründung Der Langsamverkehr ist ein wichtiger Bestandteil des Modalsplits der Zukunft und der Kanton Thurgau hat hier noch grossen Handlungsbedarf. Dies soll im Rahmen einer separaten Massnahme abgebildet werden, welche aufzeigt wie insbesondere das Alltagsnetz verstärkt wird und welche konkrete und verbindliche Ziele (z.B. Anzahl Kilometer pro Jahr) enthält.	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Der Ausbau des Velo- und Fussverkehr ist der beschleunigten klimarelevanten Umsetzung des Gesamtverkehrskonzepts (MN19) und dort abgedeckt. Kein Handlungsbedarf.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 16: Förderprogramm Ladeinfrastruktur weiterentwickeln			
141424	ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband,	Antrag / Bemerkung	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Im Rahmen der Weiterentwicklung des Güterverkehrskonzepts (MN

200/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	Sektion Ostschweiz/FL 9001 St. Gallen	Das Förderprogramm Ladeinfrastruktur soll für Strassentransportunternehmen weiterentwickelt und ausgebaut werden. Begründung -	27) werden Möglichkeiten für die Elektrifizierung von Nutzfahrzeugen geprüft.
141068	HEV Thurgau 8280 Kreuzlingen 1	Antrag / Bemerkung Weiterentwicklung des Förderprogramms ohne Pflichtvorgaben. Begründung Fördermassnahmen werden begrüsst. Es darf aber nicht später plötzlich zu einem Pflichtprogramm gewechselt werden.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
139378	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Programm weiterführen aber Massnahme streichen Begründung Das Programm ist bestehend und sollte weitergeführt werden. Eine Aufführung im Massnahmenplan ist aber im Sinne einer Fokussierung nicht sinnvoll.	Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt: Die Weiterentwicklung des Förderprogramms ist für den Massnahmenplan Klima eine Schlüsselmassnahme. Kein Handlungsbedarf.
134588	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Programm weiterführen aber Massnahme streichen Begründung Das Programm ist bestehend und sollte weitergeführt werden. Eine Aufführung im Massnahmenplan ist aber im Sinne einer Fokussierung nicht sinnvoll.	Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt: Die Weiterentwicklung des Förderprogramms ist für den Massnahmenplan Klima eine Schlüsselmassnahme. Kein Handlungsbedarf.

201/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141085	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Steigerungsziele definieren. Begründung Ist als Schlüsselmassnahme definiert: gegenwärtig ist E-Auto Neuzulassung rückläufig. Solche Trends sind mit einer Erhöhung der Fördergelder abzufedern. Aktuelle Förderung 15% Investitionskosten für Ladeinfrastruktur und CHF 2'000 bidirektionale Ladestation sind zu gering und schaffen keinen wirklichen Anreiz. Anmerkung: Eine Förderung von bidirektionalen Ladestationen wird zurzeit diskutiert – die Förderung besteht seit 2024.	Schlagworte Ambitionsniveau, Zielsetzung Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
MN 17: Kantonale Fahrzeugflotte dekarbonisieren			
137006	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Einheitliche Zielformulierung: Es sind verbindliche Beschaffungsrichtlinien für die Umrüstung der kantonalen Fahrzeugflotte erarbeitet und umgesetzt mit dem Ziel, bis 2040 vollständig fossilfrei zu sein. Begründung Die Zielformulierung sollte bei allen Massnahmen einheitlich sein.	Schlagworte einheitliche Formulierung Umgang mit Rückmeldung Umsetzen
141591	EVP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung “Fahrzeugflotte von Kanton und Gemeinden dekarbonisieren” “Ziel: Verbindliche Beschaffungskriterien für die Umrüstung der Fahrzeugflotte von Kanton und Gemeinden erarbeiten... “	Schlagworte inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung Der Kanton kann aus hoheitlichen Gründen nur für die eigene Flotte

202/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			Vorgaben machen.
		Begründung Begründung: Es ist entscheidend, dass mindestens auch die Gemeinden in Pflicht genommen werden. Noch optimaler wäre es, wenn auch Organisationen wie die Spitex ebenfalls in die Pflicht genommen werden können, da sie finanziell von Kanton und Gemeinden unterstützt werden. Es ist dringend, dass hier der Vorbildcharakter ernst genommen wird.	
142627	Kantonales Tiefbauamt	Antrag / Bemerkung Vielen Dank für die Erwähnung des Winterdiensts als spezielle Herausforderung. Der Kanton Thurgau verfolgt die Bemühungen der anderen Kantone und wird sich bei positiven Tests wie auch Dauertests im Alltag wie unter dem Vorbehalt einer finanziell leistbaren Situation auch hier seine Flotte elektrifizieren. Begründung -	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
140568	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Keine Festlegung bei öffentlichen Bussen auf E-Busse Begründung Die VTG-Arbeitsgruppe regt an, bei der Umrüstung nicht nur auf batterieelektrisch betriebene Fahrzeuge zu setzen, sondern auch gegenüber andern CO2-neutralen Antrieben offen zu sein und das Kosten/Nutzen Verhältnis im Auge zu behalten.	Schlagworte Formales, inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung Die Vorgaben im Massnahmenplan orientieren sich an der Diskussion mit den federführenden Ämtern und berücksichtigen sowohl die technischen Möglichkeiten als auch Kosten/Nutzenüberlegungen.

203/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
134593	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Umsetzung beschleunigen Begründung Gemäss Art. 10 KIG nehmen Bund und Kantone in Bezug auf die Erreichung des Ziels von Netto-Null-Emissionen und auf die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels eine Vorbildfunktion wahr. Viele Private Firmen haben bereits ihre vollständige Fahrzeugflotte dekarbonisiert. Wenn der Kanton Thurgau dies erst bis 2040 anstrebt, kann hier nicht mehr von einer Vorbildfunktion gesprochen werden. Die Wirkung der Massnahme ist absolut gesehen sehr gering, da nur ein verschwinden kleiner Anteil der im Thurgau eingelösten Fahrzeuge dem Kanton gehören. Damit überhaupt eine kleine Wirkung im Sinne "Vorbild" erzielt werden kann, muss die Dekarbonisierung darum sofort erfolgen (Ausnahme: Spezialfahrzeuge).	Schlagworte Wirkung, Zielsetzung, Vorbildfunktion Umgang mit Rückmeldung Die Vorgaben im Massnahmenplan orientieren sich an der Diskussion mit den federführenden Ämtern und berücksichtigen sowohl die technischen Möglichkeiten als auch Kosten/Nutzenüberlegungen. Aufgrund der Öffentlichkeitswirkung ist der Vorbildcharakter vor allem bei Spezialfahrzeugen sichtbar, auch wenn die absolute Wirkung gering ist. Kein Handlungsbedarf.
141086	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Abschätzung der Fahrzeugflotte zur CO2-Einsparung fehlt. Aussage Kosten-Nutzen Verhältnis «bei Nutzfahrzeugen eher schlechter» streichen. Begründung Gute und wichtige Massnahme. Kann in der Beschreibung eine Abschätzung der Fahrzeugflotte vorgenommen werden? Somit könnte auch eine Schätzung zur CO2-Einsparung erfolgen? Kosten-Nutzen Verhältnis: «bei Nutzfahrzeugen eher schlechter» - Aussage streichen, da das so pauschal nicht gesagt werden kann.	Schlagworte Wirkung, Beurteilungskriterien Umgang mit Rückmeldung Die Vorgaben im Massnahmenplan orientieren sich an der Diskussion mit den federführenden Ämtern und berücksichtigen sowohl die technischen Möglichkeiten als auch Kosten/Nutzenüberlegungen. Eine detaillierte Abschätzung der Wirkung wäre zwar möglich, aber nicht verhältnismässig im Vergleich zur Wirkungsabschätzung bei anderen Massnahmen. Grundsätzlich steht der Vorbildcharakter im Vordergrund.

204/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
132599	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Keine Festlegung bei öffentlichen Bussen auf E-Busse Begründung Die VTG-Arbeitsgruppe regt an, bei der Umrüstung nicht nur auf batterie-elektrisch betriebene Fahrzeuge zu setzen, sondern auch gegenüber andern CO2-neutralen Antrieben offen zu sein und das Kosten/Nutzen Verhältnis im Auge zu behalten.	Schlagworte Formales, inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung Technologieoffenheit ist und bleibt ein wichtiger Grundsatz. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen und auch Wirtschaftlichkeitsüberlegungen sind vor allem bei Spezialfahrzeugen alternative Antriebe denkbar.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 18: Road Map Umrüstung Regionalbusflotte auf E-Antrieb umsetzen			
137020	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Zielformulierung vereinheitlichen: Die im Regionalverkehr eingesetzten Diesel- und Dieselhybridbusse sind durch batterie-elektrisch betriebene Elektrobusse ersetzt. Begründung Die Ziele der Massnahmen sollten allen den ähnlichen Formulierungsstil haben.	Schlagworte einheitliche Formulierung, Formales Umgang mit Rückmeldung Im Massnahmenblatt anpassen.
134596	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt, Ausweitung auf Ortsverkehr sinnvoll, Beschleunigung der Umsetzung ist zu prüfen Begründung Der öffentliche Verkehr sollte bei der Dekarbonisierung eine Vorbildfunktion haben (Art. 10 KIG). Diese sollte darum so rasch als mög-	Schlagworte Umsetzungsgeschwindigkeit, Vorbildfunktion Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Der Ortsverkehr (Frauenfeld, Kreuzlingen) wird durch die jeweiligen Städte bestellt und finanziert. Deshalb hat der Kanton hier keinen Handlungsspielraum.

205/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

lich erfolgen und auch den Ortsverkehr (Frauenfeld: Stadtbus) umfassen, welcher neben dem lokalen Verkehr die Feinverteilung des Regionalverkehrs übernimmt.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

MN 19: Klimarelevante Massnahmen aus dem Gesamtverkehrskonzept prioritär umsetzen

141592	EVP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme 19 Klimarelevante Massnahmen aus dem Gesamtverkehrskonzept prioritär umsetzen LV-MO1: Umsetzungsprogramm Schwachstellen und Netzlücken im Alltagsradnetz: Antrag: Ergänzung durch einen weiteren Unterpunkt: "Erstellung eines Alltagsradnetzes nach den Vorgaben des Bundes mit der entsprechenden Priorisierung und Netzdichte (vgl. 'Praxishilfe Velowegnetzplanung'.) Begründung Begründung: Der Kanton zeigt immer wieder ein bereits vorhandenes Alltagsrad-Netz, das weit entfernt ist von den Zielvorgaben des Bundes. Es ist dringend, dass hier endlich mit den selben Ellen gemessen wird, respektive vorhandene Vorgaben berücksichtigt werden.	Schlagworte Formulierung, Formales Umgang mit Rückmeldung Die Bezeichnung der Massnahmen richtet sich nach der Massnahmenstruktur des GVK. Eine neue Massnahme würde diese Logik sprengen. Es ist aber sinnvoll, den Hinweis auf das Alltagsradnetz zu ergänzen.
--------	--------------------------------	--	--

141012	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung	Schlagworte Massnahmenpriorisierung, Wirkung, Zielsetzung
--------	----------------------------------	---------------------------	---

206/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		- Begründung Die vorgeschlagene Priorisierung der Massnahmen aus dem Gesamtverkehrskonzept können unterstützt werden. Es muss aus unserer Sicht jedoch klarer aufgezeigt werden, wie diese Priorisierung erfolgt und welche zusätzliche Wirkung gegenüber dem Gesamtverkehrskonzept erwartet wird. Ebenfalls sind klarer Ziele bei den Umsetzungsindikatoren festzulegen.	Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Vorgesehen sind allgemeine Hinweise zur Priorisierung der Massnahmen.
142632	Kantonales Tiefbauamt	Antrag / Bemerkung Klimarelevante Massnahmen aus dem Gesamtverkehrskonzept prioritär umsetzen. Die Umsetzung der GVK-Massnahmen ist im Gange und wird fortgesetzt, wenn die entsprechenden finanziellen Mittel gesprochen werden. Begründung -	Schlagworte Finanzmittel Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
141397	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn / Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Die Massnahme wird begrüsst. Dem Langsamverkehr sollte aus Klimaschutz eine hohe Priorität eingeräumt werden. Dies kommt insbesondere auch dem MIV zugute, der dadurch entlastet werden kann. Begründung Erfahrungen aus zahlreichen anderen Regionen und Gemeinden zeigen, dass durch die Etablierung einer anwendergerechten und sicheren Langsamverkehrsinfrastruktur viele Nutzende zum Umstieg auf den Langsamverkehr bewogen werden können. Die heutige Alltagsinfrastruktur (Radstreifen entlang von	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme

207/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Hauptstrassen) genügt vielerorts nicht den Anforderungen.	
139379	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt, Schärfung bezüglich MIV nötig Begründung Auch wenn hier keine neue Massnahme formuliert wird, sondern nur eine Priorisierung der Massnahmen des Gesamtverkehrskonzepts erfolgt, wird die Massnahme MN 19 unterstützt. Es ist jedoch eine Schärfung bezüglich MIV nötig: Der Verkehr steht für 38% des Energieverbrauchs in der Schweiz. 72.3% der CO2-Emissionen des Verkehrs werden durch Personenwagen erzeugt. Es müssen somit Massnahmen entwickelt werden, um einerseits den MIV zu dekarbonisieren, andererseits die Fahrleistung des MIV zugunsten ÖV und Langsamverkehr deutlich zu reduzieren.	Schlagworte Ambitionsniveau Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
134605	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt, Schärfung bezüglich MIV nötig Begründung Auch wenn hier keine neue Massnahme formuliert wird, sondern nur eine Priorisierung der Massnahmen des Gesamtverkehrskonzepts erfolgt, wird die Massnahme MN 19 unterstützt.	Schlagworte Ambitionsniveau Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme

208/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Es ist jedoch eine Schärfung bezüglich MIV nötig: Der Verkehr steht für 38% des Energieverbrauchs in der Schweiz. 72.3% der CO2-Emissionen des Verkehrs werden durch Personenwagen erzeugt. Es müssen somit Massnahmen entwickelt werden, um einerseits den MIV zu dekarbonisieren, andererseits die Fahrleistung des MIV zugunsten ÖV und Langsamverkehr deutlich zu reduzieren.	
141087	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Eine separate Massnahme «Ausbau Langsamverkehr» mit konkreten Zielen aufnehmen. Begründung Sehr gute und sehr wichtige Massnahme. Auf welchen Grundlagen wurde die Aussage der mittleren Kosten-Nutzen-Verhältnis getroffen: 'Die Veloinfrastruktur (gefährterer km/Person) ist sicher deutlich günstiger als bei einem Motorisierten Individualverkehr.'? E-Velos können einen relevanten Anteil an Alltagsmobilität erlangen und benötigen dafür die Infrastruktur. Sind die externen Kosten des Motorisierten Individualverkehr auch mitberücksichtigt? Bessere Alternativangebote führen zu weniger PW und damit wird Platz in den Gemeinden für Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel frei (Hitze und Hochwasserschutz). Der Nutzen ist hoch und das für nur 900 Mio. Im Vergleich dazu wird mit Baukosten für die ca. 30 km lange BTS von 1550 Mio. Fr. gerechnet.	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Die Bezeichnung der Massnahmen richtet sich nach der Massnahmenstruktur des GVK. Eine neue Massnahme würde diese Logik sprengen. Es ist aber sinnvoll, den Hinweis auf die Bedeutung und die Weiterentwicklung der LV-Massnahmen aufzunehmen.

209/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
142659	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung Berücksichtigung des ländlichen Raums Begründung Die Flexibilisierung des Angebots im ländlichen Raum muss umgesetzt werden. Nur Taktfahrplan-Busse sind unterstützt, Rufbusse werden nicht subventioniert. Diese Stadt-Land-Gefälle muss aufgehoben werden und gleichwertig gefördert werden. z. B. Chancengerechtigkeit für eine Lehrperson im ländlichen Raum ohne Auto.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Amt TBA

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 20: Parkplatz-Erstellungspflicht bei Neubauten reduzieren			
141425	ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband, Sektion Ostschweiz/FL 9001 St. Gallen	Antrag / Bemerkung Die Ver- und Entsorgung bei Neubauten muss unbedingt berücksichtigt werden. Durch die zunehmende Paketversorgung, verursacht durch kleinere Liefermengen (sowohl zu Privathaushalten, als auch zu Detailhandelsgeschäften), muss sichergestellt werden, dass ausreichend und sichere Belieferungsmöglichkeiten bestehen. Dies wird in der Regel durch eine vernünftige Parkplatzsituation erreicht. Ebenfalls soll hier aus kantonaler Sicht darauf hingearbeitet werden, dass genügend Anhängerparkplätze in der Nähe von Gemeinden verfügbar bleiben, damit eine effiziente Versorgung der Bevölkerung gewährleistet werden kann. Begründung -	Schlagworte Formales, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Aufnahme des Anliegens wird bei der Erarbeitung des Musterreglements geprüft.

210/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141013	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung - Begründung Die Reduktion der Erstellungspflicht und Bewirtschaftung von Parkplätzen ist ein zentrales Anliegen der GRÜNEN, welches wir nur unterstützen können. Autofreies Wohnen muss möglich sein und Parkplätze müssen konsequent bewirtschaftet werden.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
131915	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Parkplatzbewirtschaftung im Text streichen Begründung Die Parkplatzerstellungspflicht kann durchaus Kantonal geregelt werden. Hingegen ist und bleibt die Parkplatzbewirtschaftung Sache der Gemeinden. Gemeindeautonomie und Föderalismus respektieren.	Schlagworte Streichung Massnahme, Gemeindeautonomie Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Parkplatzbewirtschaftung wird bereits heute im § 90 des Planungs- und Baugesetzes (PBG; RB 700) und im Planungsauftrag 3.6 A des Kantonalen Richtplans (KRP) geregelt. Gemäss dem Planungsauftrag 3.6 A haben die Gemeinden in den kantonalen und regionalen Zentren dafür zu sorgen, dass insbesondere die Parkplätze im Ortszentrum bewirtschaftet werden.
141070	HEV Thurgau 8280 Kreuzlingen 1	Antrag / Bemerkung Auf allgemeine kantonale Vorgaben betr. Parkplätze an die Gemeinden ist zu verzichten. Begründung 1. Die lokalen Gegebenheiten sind relevant und zu beachten, was bei einer generellen kantonalen Regelung nicht der Fall sein wird. 2. Es gibt Gemeinden, wo der MIV einen anderen Stellenwert hat als in einer Stadt.	Schlagworte Streichung Massnahme, Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Die Parkplatzzahl und deren Bewirtschaftung ist ein zentraler Einflussfaktor für die Erzeugung von Verkehr und daher klimarelevant. Es ist wichtig dass der Kanton hier seinen Handlungsspielraum ausschöpft. Die Koordination mit den Regionen und den Gemeinden bleibt aber wichtig. Kein Handlungsbedarf.

211/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		3. Die Gemeinden können die Parkplatzanzahl schon heute in Abhängigkeit der Anbindung/Erreichbarkeit des ÖV regeln und gemäss VSS-Norm mindern.	
141250	Industrie- und Handelskammer Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Bei der Beurteilung der einzelnen Massnahmen hat sich die IHK Thurgau auf die wirtschaftsrelevanten Massnahmen konzentriert, welche in den drei Kriterien Kosten/Nutzen, Wirkung und Umsetzbarkeit mindestens mit «mittel» bewertet wurden. Diese Massnahmen sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt und werden seitens der IHK Thurgau im Grundsatz unterstützt. Es sollte geprüft werden, inwieweit die Reduktion der Pflicht zur Erstellung von Parkplätzen bei Neubauten Auswirkungen auf die Erreichbarkeit von Unternehmens- und Gewerbestandorte hat. Eine pauschale Einschränkung kann insbesondere für Betriebe mit einem hohen Anteil an Service- oder Aussendienstfahrzeugen mit betrieblichen Nachteilen verbunden sein. Begründung -	Schlagworte neue Massnahmenidee, Beurteilungskriterien Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
140556	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Verzicht auf Regulierung der Erstellpflicht von Parkplätzen Begründung siehe MN20	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Die Parkplatzzahl und deren Bewirtschaftung ist ein zentraler Einflussfaktor für die Erzeugung von Verkehr und daher klimarelevant. Es ist wichtig dass der Kanton hier seinen Handlungsspielraum ausschöpft. Die Koordination mit den Regionen und den Gemeinden

212/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			bleibt aber wichtig. Kein Handlungsbedarf.
140570	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Auf die Reduktion der Erstellung-Pflicht von Parkplätzen bei Neubauten ist zu verzichten. Die Zuständigkeit bleibt bei den Gemeinden. Begründung Für Pendler aus Gemeinden im ländlichen Raum fehlen oft die Möglichkeiten für den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel. Eine Reduktion von Parkplätzen würde im ländlichen Raum nicht zu einer Reduktion des Verkehrs, sondern zu Verschiebungen der Parkfläche in den öffentlichen Raum (Strassen) und in die Landwirtschaftszone (Wiesen/Feldwege) führen. Bei diesen Verschiebungen wird insbesondere der landwirtschaftliche Verkehr behindert und Dauerparker in Quartierstrassen sind die Folge. Diese sind nicht nur ein Ärgernis, sondern auch eine grosse Gefahrenquelle.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Streichung Massnahme, Gemeindeautonomie Umgang mit Rückmeldung Die Parkplatzzahl und deren Bewirtschaftung ist ein zentraler Einflussfaktor für die Erzeugung von Verkehr und daher klimarelevant. Es ist wichtig dass der Kanton hier seinen Handlungsspielraum ausschöpft. Die Koordination mit den Regionen und den Gemeinden bleibt aber wichtig. Kein Handlungsbedarf.
139380	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwillen	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt, gesetzliche Vorschriften zwingend nötig Begründung Wenn die Massnahme eine Wirkung entfalten soll, ist eine Vorschrift zur Übernahme der Regelungen durch die Gemeinden nötig. Ein Muster-Reglement alleine wird keine Wirkung haben. Es muss für die Gemeinden zudem möglich	Schlagworte Wirkung Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme MN20 sieht vor, in einem ersten Schritt ein Musterreglement für die Gemeinden (Bau- und Parkplatzreglement) zu erarbeiten. Welche Inhalte zum Thema Parkierung inskünftig auf kantonaler Ebene geregelt werden sollen, ist derzeit noch offen.

213/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		sein, allenfalls bestehende schärfere Regelungen unbeschränkt zu behalten.	
134607	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt, gesetzliche Vorschriften zwingend nötig Begründung Wenn die Massnahme eine Wirkung entfalten soll, ist eine Vorschrift zur Übernahme der Regelungen durch die Gemeinden nötig. Ein Muster-Reglement alleine wird keine Wirkung haben. Es muss für die Gemeinden zudem möglich sein, allenfalls bestehende schärfere Regelungen unbeschränkt zu behalten.	Schlagworte Wirkung Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme MN20 sieht vor, in einem ersten Schritt ein Musterreglement für die Gemeinden (Bau- und Parkplatzreglement) zu erarbeiten. Welche Inhalte zum Thema Parkierung inskünftig auf kantonaler Ebene geregelt werden sollen, ist derzeit noch offen.
141089	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofszell	Antrag / Bemerkung Wechsel von Minimal zu Maximal-Parkplatzerstellungspflicht. Begründung Gute Massnahme mit einem sehr guten Hebel. Wechsel von Minimal zu Maximal-Parkplatzerstellungspflicht ist nötig und in andere Kantone schon längst erfolgt. Kosten sehr hoch – im bestehenden Musterbaureglement ist das Thema teilweise schon abgedeckt.	Schlagworte Formales, Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
132643	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Auf die Reduktion der Erstellung-Pflicht von Parkplätzen bei Neubauten ist zu verzichten. Die Zuständigkeit bleibt bei den Gemeinden. Begründung	Schlagworte Wirkung, Gemeindeautonomie Umgang mit Rückmeldung Die Parkplatzzahl und deren Bewirtschaftung ist ein zentraler Einflussfaktor für die Erzeugung von Verkehr und daher klimarelevant. Es ist wichtig dass der Kanton hier seinen Handlungsspielraum ausschöpft. Die Koordination mit den Regionen und den Gemeinden

214/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

Für Pendler aus Gemeinden im ländlichen Raum fehlen oft die Möglichkeiten für den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel. Eine Reduktion von Parkplätzen würde im ländlichen Raum nicht zu einer Reduktion des Verkehrs, sondern zu Verschiebungen der Parkfläche in den öffentlichen Raum (Strassen) und in die Landwirtschaftszone (Wiesen/Feldwege) führen. Bei diesen Verschiebungen wird insbesondere der landwirtschaftliche Verkehr behindert und Dauerparker in Quartierstrassen sind die Folge. Diese sind nicht nur ein Ärgernis, sondern auch eine grosse Gefahrenquelle.

bleibt aber wichtig. Kein Handlungsbedarf.

142660 Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS
8580 Amriswil

Antrag / Bemerkung

Park + Ride fördern

Begründung

Die Anzahl Autos bleibt bestehen. Wie unter MN 19 muss der ländliche Raum mit mehr ÖV-Möglichkeiten aufgewertet werden. Wir sind skeptisch - Verkehrssicherung – Suchverkehr – Gefährdung und Co2- Abdruck. Umstellung auf Elektroraum.

Schlagworte

Wirkung

Umgang mit Rückmeldung

Kenntnisnahme

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

MN 21: Konzept Kombinierte Mobilität Kanton Thurgau umsetzen

137023 Amt für Umwelt
Kanton Thurgau
Amt für Umwelt
Kanton Thurgau
8510 Frauenfeld

Antrag / Bemerkung

Zielformulierung vereinheitlichen: Das Konzepts zeigt Massnahmen zur kombinierten Mobilität auf, welche den Bahnunternehmen und Gemeinden zur Realisierung empfohlen werden. Im Vordergrund steht der Berufs- bzw. Alltagsverkehr. Dieser ist für die Mehrheit der Nachfrage bei Park+Ride und Bike+Ride verantwortlich.

Umgang mit Rückmeldung

Das Ziel ist hier die Formulierung von Massnahmen. Eine Zielformulierung in Bezug auf Klimaemissionen ist schwierig und mit grossen Unsicherheiten behaftet. Allenfalls im Massnahmenblatt präzisieren.

215/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Begründung Die Art der Zielformulierung sollte bei allen Massnahmen gleich sein.	
141533	Regionalbahn Thurbo AG 8280 Kreuzlingen 1	Antrag / Bemerkung Hinweis zu Bewertungskriterium Umsetzbarkeit: Ergänzen um Bahnunternehmen. Begründung Die Umsetzung ist nicht nur von den Ressourcen der Gemeinden abhängig, sondern auch von denjenigen der Bahnunternehmen (Infrastrukturbetreiberinnen).	Schlagworte Beurteilungskriterien, Realisierbarkeit Umgang mit Rückmeldung Sinnvolle Ergänzung im Text zum Massnahmenblatt
139381	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Die Massnahme führt nur ein bestehendes Konzept auf, welches unabhängig vom Massnahmenplan umgesetzt werden sollte - ob dies geschieht ist nicht bekannt/fraglich. Im Sinne einer Fokussierung sollte MN 21 darum aus dem Massnahmenplan gestrichen werden. Alternativ müsste die Massnahme deutlich erweitert werden.	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung, Ambitionsniveau Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Die klimarelevanten Massnahmen im Verkehrsbereich beruhen hauptsächlich auf bereits erarbeiteten Konzepten und helfen, die Umsetzung zu priorisieren. Das Konzept Kombinierte Mobilität spricht ein wichtiges Element der zukünftigen Mobilität an und enthält auch Ansätze, um Innovationen zu fördern. Die Massnahme soll deshalb beibehalten werden.
134609	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Die Massnahme führt nur ein bestehendes Konzept auf, welches unabhängig vom Massnahmenplan umgesetzt werden sollte. Im Sinne	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung, Ambitionsniveau Umgang mit Rückmeldung Ablehnung. Die klimarelevanten Massnahmen im Verkehrsbereich beruhen hauptsächlich auf bereits erarbeiteten Konzepten und hel-

216/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		einer Fokussierung sollte MN 21 darum aus dem Massnahmenplan gestrichen werden. Alternativ müsste die Massnahme deutlich erweitert werden.	fen, die Umsetzung zu priorisieren. Das Konzept Kombinierte Mobilität spricht eine wichtiges Element der zukünftigen Mobilität an und enthält auch Ansätze, um Innovationen zu fördern. Die Massnahme soll deshalb beibehalten werden.
141090	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Deutlich mehr Bedeutung als Schlüsselmassnahme beimessen. Begründung Unbedingt Budget für finanzielle Unterstützung der Gemeinden. Thurgau ist ein ländlicher und stark autoorientierter Kanton. Daher wird das Auto sehr oft eine Rolle resp. ein Puzzle in unsere Mobilität sein. Daher sind Mobilitätshubs und andere Massnahmen für kombinierte Mobilität extrem wichtig. Kanton kann diese Massnahme stärker im kantonalen Richtplan verankern.	Schlagworte Rechtsgrundlagen, Finanzmittel Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Aufgrund der angespannten Finanzlage können keine zusätzlichen Mittel für diese Massnahme bereitgestellt werden.
142661	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung siehe MN 20 Begründung analog MN 20	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 22: Konzept Öffentlicher Regionalverkehr 2025–2030 umsetzen			
137760	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt	Antrag / Bemerkung	Schlagworte einheitliche Formulierung, Formales Umgang mit Rückmeldung

217/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Einheitliche Zielformulierung: Das Konzept zeigt Massnahmen für neue Buslinien und von Angebotsverbesserungen auf Bahn- und Buslinien auf und setzt diese um. Begründung Die Art der Formulierung sollte bei allen Massnahmen einheitlich sein.	Textliche Anpassung.
139382	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Die Massnahme führt nur ein bestehendes Konzept auf, welches unabhängig vom Massnahmenplan umgesetzt werden sollte. Im Sinne einer Fokussierung sollte MN 22 darum aus dem Massnahmenplan gestrichen werden.	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die klimarelevanten Massnahmen im Verkehrsbereich beruhen hauptsächlich auf bereits erarbeiteten Konzepten und helfen, die Umsetzung zu priorisieren. Das Konzept Öffentlicher Verkehr ist hier ein wichtiger Pfeiler. Die Massnahme soll deshalb beibehalten werden.
134610	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Die Massnahme führt nur ein bestehendes Konzept auf, welches unabhängig vom Massnahmenplan umgesetzt werden sollte. Im Sinne einer Fokussierung sollte MN 22 darum aus dem Massnahmenplan gestrichen werden.	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die klimarelevanten Massnahmen im Verkehrsbereich beruhen hauptsächlich auf bereits erarbeiteten Konzepten und helfen, die Umsetzung zu priorisieren. Das Konzept Öffentlicher Verkehr ist hier ein wichtiger Pfeiler. Die Massnahme soll deshalb beibehalten werden.

218/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141507	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofszell	Antrag / Bemerkung Unbedingt schnell und konsequent umsetzen. Begründung Ist die Massnahme auf Gemeinden und Schulen erweiterbar? Da wäre es auch unbedingt notwendig!!!	Schlagworte Umsetzungsgeschwindigkeit, Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
142662	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung Fahrpläne nicht beschneiden Begründung Fahrpläne für weiterführende Schulen nicht beschneiden und Linien nicht reduzieren für den Anschluss. Für die Bewertung sind Schulen einzubeziehen. Prüfen - Flexibilisierung heisst nicht immer Takt, ist nicht giesskannenmässig umzusetzen. Flexible Lösungen ergänzen mit bestehendem Angebot.	Schlagworte Formales, Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 23: Mobilitätsmanagement in der kantonalen Verwaltung weiter umsetzen			
137763	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Rechtsgrundlagen: Die Nummern des Gesetzes fehlt: Gesetz über die Energienutzung (ENG; RB 731.1). Begründung Die Rechtsgrundlagen sollten überall im gleichen Stil formuliert sein.	Schlagworte Rechtsgrundlagen Umgang mit Rückmeldung Text anpassen
137764	Amt für Umwelt Kanton Thurgau	Antrag / Bemerkung Erläuterung zum Kosten-Nutzen-Verhältnis fehlt.	Schlagworte Beurteilungskriterien, inhaltliche Präzisierung, Formales

219/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Begründung Zum Verständnis dieses Verhältnisses wäre eine Erläuterung hilfreich.	Umgang mit Rückmeldung Erläuterung ergänzen.
134614	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme verschärfen Begründung Gemäss Art. 10 KIG nehmen Bund und Kantone in Bezug auf die Erreichung des Ziels von Netto-Null-Emissionen und auf die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels eine Vorbildfunktion wahr. Es ist vor diesem Hintergrund u.a. darauf zu verzichten, Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Diese müssen eine Vorbildfunktion wahrnehmen. Die Stadt Frauenfeld ist gerne bereit, mit dem Kanton gemeinsame Massnahmen zu entwickeln, z.B. durch ein gemeinsam betriebenes Sharing-Angebot.	Schlagworte Ambitionsniveau, Vorbildfunktion Umgang mit Rückmeldung Hinweis auf Reduktion Parkplatzanzahl (als Prüfauftrag) sinnvoll. Text anpassen.
141091	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofszell	Antrag / Bemerkung Unbedingt schnelle und konsequente Umsetzung. Begründung Ist Massnahme auf Gemeinden und Schulen erweiterbar? Da wäre es auch unbedingt notwendig!!!	Schlagworte Umsetzungsgeschwindigkeit, Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Hinweis auf Einbezug Schulen sinnvoll. Text anpassen
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion

220/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 24: Umsetzung des Massnahmenplans Lufthygiene Kanton Thurgau 2021–2030 aus Klimasicht fördern			
137770	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Rechtsgrundlagen: Die Nummern der Gesetze und Verordnungen fehlt: Luftreinhalteverordnung LRV; SR 814.318.142.1 Umweltschutzgesetz USG; SR 814.01 Begründung Die Rechtsgrundlagen sollten einheitlich sein.	Schlagworte Rechtsgrundlagen Umgang mit Rückmeldung Massnahmenblatt wird präzisiert
141014	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung - Begründung Die vorgeschlagenen Untermassnahmen sind grundsätzlich zu begrüssen, jedoch bereits in anderen Massnahmen enthalten. Konkrete Massnahmen wie z.B. Langsamverkehr sollten besser als separate neue Massnahme aufgeführt werden und dafür diese Massnahme nicht erwähnt werden.	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die klimarelevanten Massnahmen im Verkehrsbereich beruhen hauptsächlich auf bereits erarbeiteten Konzepten und helfen, die Umsetzung zu priorisieren. Die konsequente Umsetzung des Massnahmenplan Lufthygiene bietet wichtiges Synergien. Die Massnahme soll deshalb beibehalten werden.
139383	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Die Massnahme führt nur den bestehenden Massnahmenplan Lufthygiene auf, welcher unabhängig umgesetzt werden sollte. Im Sinne einer Fokussierung sollte MN 24 darum aus dem Massnahmenplan gestrichen werden. Der Effekt	Schlagworte Streichung Massnahme, Finanzmittel, Beurteilungskriterien, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Die klimarelevanten Massnahmen im Verkehrsbereich beruhen hauptsächlich auf bereits erarbeiteten Konzepten und helfen, die Umsetzung zu priorisieren. Die konsequente Umsetzung des Massnahmenplan Lufthygiene bietet wichtiges Synergien. Die Massnahme soll deshalb beibehalten werden.

221/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		des Massnahmenplans Lufthygiene ist zu quantifizieren und im Massnahmenplan Klima zu berücksichtigen. Bezüglich Kosten besteht ein Widerspruch in den Unterlagen: Es steht beim finanziellen Aufwand, dass keine Kosten entstehen, dann werden unter Kosten Fr. 60'000 aufgeführt und als "mittel" bezeichnet. Im Spider ist aber "hoch" angegeben.	Die Ausführungen zu den Kosten werden präzisiert.
134616	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Die Massnahme führt nur den bestehenden Massnahmenplan Lufthygiene auf, welcher unabhängig umgesetzt werden sollte. Im Sinne einer Fokussierung sollte MN 24 darum aus dem Massnahmenplan gestrichen werden. Der Effekt des Massnahmenplans Lufthygiene ist zu quantifizieren und im Massnahmenplan Klima zu berücksichtigen. Bezüglich Kosten besteht ein Widerspruch in den Unterlagen: Es steht beim finanziellen Aufwand, dass keine Kosten entstehen, dann werden unter Kosten Fr. 60'000 aufgeführt und als "mittel" bezeichnet. Im Spider ist aber "hoch" angegeben.	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung, Finanzmittel, Beurteilungskriterien Umgang mit Rückmeldung Streichung der Massnahme: Abgelehnt. Die klimarelevanten Massnahmen im Verkehrsbereich beruhen hauptsächlich auf bereits erarbeiteten Konzepten und helfen, die Umsetzung zu priorisieren. Die konsequente Umsetzung des Massnahmenplan Lufthygiene bietet wichtiges Synergien. Die Massnahme soll deshalb beibehalten werden. Erläuterung zu den Kosten einfügen.

222/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
142737	Verband Thurgauer Landwirtschaft 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Die Landwirtschaft ist bereits vom Massnahmenplan Ammoniak betroffen. Leider werden nur Vorschriften erlassen, aber keine Lösungen angeboten, weil die auf dem Markt stehenden Alternativen nicht auf ihre Wirksamkeit geprüft werden und somit vom AfU nicht anerkannt werden. Hier müsste der Kanton vermehrt tätig werden. Begründung -	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 25: Kantonale Motorfahrzeugsteuer weiterentwickeln			
141426	ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband, Sektion Ostschweiz/FL 9001 St. Gallen	Antrag / Bemerkung Lastwagen werden bereits durch die LSVA emissionsabhängig besteuert und sollen nicht zusätzlich nochmals auf kantonaler Stufe «besteuert» werden. Ebenfalls sind Lieferwagen (mit Verbrennungsmotoren) aufgrund der im Vergleich mit Personenwagen höheren CO2-Emissionen bereits mit hohen Strafzahlungen belegt und sollen nicht durch hohe Steuern zusätzlich belastet werden. Begründung -	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Die LSVA gilt aktuell nicht für Elektrolastwagen. Insgesamt geht es in dieser Massnahme um die Prüfung des Bonus-Malus Systems für elektrische Antriebe bei der kantonalen Motorfahrzeugsteuer. Ziel dabei ist nicht, die Steuern für Verbrennerfahrzeuge zu erhöhen, sondern die Motorfahrzeugsteuer in Richtung Elektromobilität und Verursacherprinzip weiterzuentwickeln. Wie das genau erfolgt, wird in der Umsetzung der Massnahme definiert.
141015	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung - Begründung	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales, Realisierbarkeit Umgang mit Rückmeldung

223/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Die GRÜNEN begrüßen diese Massnahme grundsätzlich. Insbesondere sollten Anreize für kleinere und elektrische Fahrzeuge gesetzt werden. Diese Massnahme hatte in verschiedenen Kantonen jedoch einen schweren Stand, weshalb die Umsetzung sorgfältig abzuwägen ist.	Kenntnisnahme
142625	Kantonales Tiefbauamt	Antrag / Bemerkung Der Vorschlag zur Einführung eines Bonus/Malus-Systems bei der Motorfahrzeugsteuer unterstützen wir vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzsituation nicht. Es wird auch ein Umdenken in der Besteuerung der Elektromobilität geben müssen, d.h. eine Einführung / Gleichbehandlung mit Verbrennermotoren der Strassenverkehrsabgabe auf E-Fahrzeuge. Die aktuelle Infrastruktur ist mit den aktuellen Abgaben schon nicht mehr finanzierbar. Weitere Ausbauten wie für die Radinfrastrukturen können jetzt schon nicht mehr finanziert werden. Wir beantragen die Streichung sämtlicher Bonus-Systeme. Begründung -	Schlagworte Streichung Massnahme, Finanzmittel Umgang mit Rückmeldung Der Hinweis ist richtig. Die MN 25 zielt genau darauf ab, die Elektromobilität und das Verursacherprinzip stärker zu berücksichtigen. Kein Handlungsbedarf.
142634	Kantonales Tiefbauamt	Antrag / Bemerkung Wie bereits oben erwähnt, setzen wir uns für die Streichung sämtlicher Bonus-Systeme ein. Zusätzlich wird die Motorfahrzeugsteuer in naher Zukunft angehoben werden müssen, um den Werterhalt der vorhandenen Strasseninfrastruktur gewährleisten zu können. Begründung -	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt: Streichung der Bonus-Systeme für Elektrofahrzeuge wird im Zuge der MN überprüft werden. Wenn eine Anpassung in Richtung Elektromobilität und Verursacherprinzip erfolgt, könnten damit auch die Einnahmen steigen. Kein Handlungsbedarf.

224/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
134620	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt Begründung Die Umsetzung sollte in Koordination mit anderen Kantonen erfolgen.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales, Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
141092	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Anreize für kleinere und elektrische Fahrzeuge setzen. Begründung Ist zu begrüßen. Massnahme wird einen schweren Stand haben - Umsetzung ist sorgfältig abzuwägen.	Schlagworte neue Massnahmenidee, Realisierbarkeit Umgang mit Rückmeldung Anreize für Elektrofahrzeuge bestehen mit der aktuellen Ausgestaltung der Motorfahrzeugsteuer. Diese werden im Zuge der MN überprüft werden (Verursacherprinzip). Kein Handlungsbedarf.
MN 26: Pilotprojekt Mobility Pricing umsetzen			
141427	ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband, Sektion Ostschweiz/FL 9001 St. Gallen	Antrag / Bemerkung das Mobility Pricing soll für den Lieferverkehr nicht gelten, da insbesondere Lastwagen bereits durch die LSVA besteuert werden. Doppelbesteuerungen sind zwingend zu unterlassen. Begründung -	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Mobility Pricing wird als Pilotprojekt nicht weiter verfolgt und zielt vor allem auf den Verkehrsfluss. Die Massnahme wird gestrichen.
137773	Amt für Umwelt Kanton Thurgau	Antrag / Bemerkung	Schlagworte Formales, Beurteilungskriterien

225/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Die Erläuterung zum Kosten-Nutzen-Verhältnis fehlen. Begründung Erläuterungen wären für die Nachvollziehbarkeit hilfreich.	Umgang mit Rückmeldung Mobility Pricing wird als Pilotprojekt nicht weiter verfolgt und zielt vor allem auf den Verkehrsfluss. Die Massnahme wird gestrichen.
129815	Kanton Thurgau Amt für Raumentwicklung 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme aus dem Massnahmenplan streichen. Begründung Die Machbarkeitsstudie für den Pilot in Frauenfeld liegt vor. Die Umsetzung des Road Pricing wird gemäss dieser Studie Gesamtkosten von Fr. 25-37 Mio. auslösen. Trotz der sehr hohen Kosten dürfte die Klimawirkung bescheiden ausfallen. Die verkehrliche Wirkung dieser Massnahme ist offen. Alternative Massnahmen zur Steuerung des Verkehrs oder für eine nachhaltige Gestaltung der Mobilität wie Parkraummanagement könnten bei viel kleinerem Aufwand rascher und bessere Wirkung erzielen.	Schlagworte Streichung Massnahme, Wirkung, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme wird aus dem Massnahmenplan gestrichen. Das Pilotprojekt Mobility Pricing wird von den Projektbeteiligten aufgelöst.
142626	Kantonaales Tiefbauamt	Antrag / Bemerkung Mitte November 2024 wurde bekannt, dass die Stadt Frauenfeld, der Kanton Thurgau und der Bund das Mobility Pricing Projekt in Frauenfeld nicht mehr weiterverfolgen. Wir beantragen die Streichung sämtlicher Hinweise und Massnahmen mit Bezug auf dieses Projekt, da es nicht mehr existiert. Begründung -	Schlagworte Streichung Massnahme, Formales Umgang mit Rückmeldung Mobility Pricing wird als Pilotprojekt nicht weiter verfolgt und zielt vor allem auf den Verkehrsfluss. Die Massnahme wird gestrichen.

226/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
142635	Kantonales Tiefbauamt	Antrag / Bemerkung Wie oben beschrieben, ist das Projekt gescheitert. Wir beantragen die Streichung der Massnahme. Begründung -	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Mobility Pricing wird als Pilotprojekt nicht weiter verfolgt und zielt vor allem auf den Verkehrsfluss. Die Massnahme wird gestrichen.
139384	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Gemäss Massnahmenbeurteilung hat die Massnahme keine Reduktion der Treibhausgas-Emissionen zur Folge und sollte darum in Sinne einer Fokussierung aus dem Massnahmenplan gestrichen werden, zumal dieser für die Periode 2026-2030 gilt und das Projekt erst ab 2030 weiterführt wird.	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung, Beurteilungskriterien Umgang mit Rückmeldung Mobility Pricing wird als Pilotprojekt nicht weiter verfolgt und zielt vor allem auf den Verkehrsfluss. Die Massnahme wird gestrichen.
134624	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Gemäss Massnahmenbeurteilung hat die Massnahme keine Reduktion der Treibhausgas-Emissionen zur Folge und sollte darum in Sinne einer Fokussierung aus dem Massnahmenplan gestrichen werden, zumal dieser für die Periode 2026-2030 gilt und das Projekt erst ab 2030 weiterführt wird.	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme wird aus dem Massnahmenplan gestrichen. Das Pilotprojekt Mobility Pricing wird von den Projektbeteiligten aufgelöst.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion

227/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 27: Güterverkehrskonzept weiterentwickeln			
141428	ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband, Sektion Ostschweiz/FL 9001 St. Gallen	Antrag / Bemerkung Im neuen Gütertransportgesetz auf Bundesebene wurde ein Verlagerungsauftrag von Gütern im Binnenverkehr klar abgelehnt. Im Güterverkehrskonzept und den Klimamassnahmen ist dies so ebenfalls zu berücksichtigen. Begründung -	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Die Verarbeitung der Rückmeldungen aus der öffentlichen Vernehmlassung des Güterverkehrskonzepts läuft. Entsprechende Anpassungen werden in diesem Rahmen vorgenommen. Amt TBA
142636	Kantonaes Tiefbauamt	Antrag / Bemerkung Das GüVK befindet sich derzeit in der externen Vernehmlassung. Begründung -	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
139386	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwilen	Antrag / Bemerkung Massnahme umformulieren, schärfen Begründung Das Ziel der Massnahme ist umzuformulieren: Das Güterverkehrskonzept ist so weiterzuentwickeln, dass die Umweltziele und insbesondere eine deutliche Reduktion der Treibhausgas-Emissionen im Fokus stehen. Diese dürfen nicht nur "berücksichtigt" werden. Der Güterverkehr ist zu dekarbonisieren und die	Schlagworte Fokussierung, Streichung Massnahme, Wirkung, Formulierung Umgang mit Rückmeldung Die Verarbeitung der Rückmeldungen aus der öffentlichen Vernehmlassung des Güterverkehrskonzepts läuft. Allfällige Anpassungen können in diesem Rahmen vorgenommen werden. Amt TBA

228/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		prognostizierte erhebliche Zunahme von 31% bis 2050 nicht als gegeben zu akzeptieren. Es sind im Gegenteil Massnahmen zu entwickeln, um die Fahrleistung für den Güterverkehr zu reduzieren. Sollte die Massnahme auch nach einer Anpassung tatsächlich die ausgewiesene geringe Wirkung haben, ist auf diese im Sinne einer Fokussierung zu verzichten.	
134639	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme umformulieren, schärfen Begründung Das Ziel der Massnahme ist umzuformulieren: Das Güterverkehrskonzept ist so weiterzuentwickeln, dass die Umweltziele und insbesondere eine deutliche Reduktion der Treibhausgas-Emissionen im Fokus stehen. Diese dürfen nicht nur "berücksichtigt" werden. Der Güterverkehr ist zu dekarbonisieren und die prognostizierte erhebliche Zunahme von 31% bis 2050 nicht als gegeben zu akzeptieren. Es sind im Gegenteil Massnahmen zu entwickeln, um die Fahrleistung für den Güterverkehr zu reduzieren. Sollte die Massnahme auch nach einer Anpassung tatsächlich die ausgewiesene geringe Wirkung haben, ist auf diese im Sinne einer Fokussierung zu verzichten.	Schlagworte Fokussierung, Streichung Massnahme, Wirkung, Formulierung Umgang mit Rückmeldung Allenfalls textliche Anpassung
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 28: Dekarbonisierungspotential im Strassenbau nutzen			

229/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
142637	Kantonales Tiefbauamt	Antrag / Bemerkung Es sind verschiedene Massnahmen in Vorbereitung, um den CO2-Ausstoss zu reduzieren. Es wird allerdings nicht möglich sein, komplett auf einen CO2-Ausstoss im Strassenbau zu verzichten. Die neuen Submissionsunterlagen des Tiefbauamts fordern und fördern die aktive Beteiligung der Bauunternehmungen an der Dekarbonisierung. Begründung -	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Wir gehen davon aus, dass der Anteil an CO2 sich mit unseren Massnahmen reduziert werden. Es wird aber technisch aus heutiger Sicht kein kompletter Verzicht möglich sein. Amt TBA
139385	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Massnahme schärfen und auf Umsetzung fokussieren Begründung Die baulichen Lösungen zur Reduktion der grauen Energie sind erforscht und in der Praxis bekannt. Es ist nicht sinnvoll, wenn der Kanton Thurgau hier zusätzliche Forschung betreibt und Pilotprojekte durchführt. Es sollte auf die Umsetzung in den Richtlinien und deren baldmöglichste Anwendung fokussiert werden. Für Gemeindestrassen sind entsprechende Vorschriften zu erlassen und Hilfestellungen wie Richtlinien oder Ausschreibungstexte zur Verfügung zu stellen.	Schlagworte Massnahmeninstrument, Konkretisierung Umgang mit Rückmeldung Neuerungen werden direkt auf der Baustelle mit Pilotprojekten erprobt und getestet. Mit der Überarbeitung der Submissionsunterlagen wird gegenwärtig auch der Rahmen für Anpassungen bereitet. Effektiv wird im Strassenbau in Zukunft kontinuierlich der Dekarbonisierungsweg beschritten, sofern technisch möglich und praktikabel. Amt TBA
134643	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme schärfen und auf Umsetzung fokussieren	Schlagworte Massnahmeninstrument, Zuständigkeit Umgang mit Rückmeldung

230/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Begründung Die baulichen Lösungen zur Reduktion der grauen Energie sind erforscht und in der Praxis bekannt. Es ist nicht sinnvoll, wenn der Kanton Thurgau hier zusätzliche Forschung betreibt und Pilotprojekte durchführt. Es sollte auf die Umsetzung in den Richtlinien und deren baldmöglichste Anwendung fokussiert werden. Für Gemeindestrassen sind entsprechende Vorschriften zu erlassen und Hilfestellungen wie Richtlinien oder Ausschreibungstexte zur Verfügung zu stellen.	Neuerungen werden direkt auf der Baustelle mit Pilotprojekten erprobt und getestet. Mit der Überarbeitung der Submissionsunterlagen wird gegenwärtig auch der Rahmen für Anpassungen bereitet. Effektiv wird im Strassenbau in Zukunft kontinuierlich der Dekarbonisierungsweg beschritten, sofern technisch möglich und praktikabel. Amt TBA

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
5. Sektor Landwirtschaft und Ernährung			
141016	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Allgemeine Rückmeldungen zum Sektor Begründung Die Landwirtschaft ist für den Kanton Thurgau einer der wichtigsten Sektoren, welcher seinen Teil zum Klimaschutz beitragen muss. Eine klimafreundliche und lokale Ernährung und der dafür nötige Dialog entlang der Wertschöpfungskette ist hierbei entscheidend und wir begrüssen die Massnahmen 29, 30 und 32. (Diese hätten allenfalls auch zu einer gesammelten Massnahme kombiniert werden können.) Es darf aus Sicht der GRÜNEN jedoch nicht sein, dass allgemeine Stützungsmaßnahmen über die Klimastrategie finanziert werden.	Schlagworte Finanzierungsinstrumente, Wirkung, Zielsetzung, Zielkonflikt Umgang mit Rückmeldung Die Massnahmen, die die Ernährung betreffen (Massnahmen 29 bis 32) werden zu einer Massnahme zusammengefasst. Massnahme 35 "Klimafitte landwirtschaftliche Hauptinfrastruktur für eine ertragssichere Nahrungsmittelproduktion unterstützen" wird aus verschiedenen Gründen gestrichen (in der Vernehmlassung inhaltlich umstritten, teuer, Entwässerung organischer Böden läuft dem Klimaschutz und der Biodiversitätsstrategie entgegen).

231/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Entsprechend sehen wir die Massnahme 35 kritisch. Vielmehr sollte das Geld für aktiven Klimaschutz eingesetzt werden.	
131918	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsi- dent 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Die Massnahmen 29 -32 sollen zusammen mit Produzenten und Detailhändler sowie anderen Playern entlang der Wertschöpfungskette ausgearbeitet werden. Alternativ können die Massnahmen auch gestrichen werden. Begründung Die Umsetzung muss so erfolgen, dass nicht einzelne Branchen in ihrer Existenz bedroht werden. Die Akzeptanz dieser Massnahmen ist wahrscheinlich sehr gering - Änderung der Konsumgewohnheiten. Daher ist die Wirkung auch sehr bescheiden, bis gar nicht vorhanden. Deshalb könnten diese Massnahmen auch gestrichen werden. Wenn sie nach dem Motto " Nützs nöd so schads nöd" beibehalten werden sollen, dann müssen die finanziellen und personellen Ressourcen auf einem absoluten Minimum gehalten werden.	Schlagworte Streichung Massnahme, Wirkung, Zusammenarbeit, Personalressourcen Umgang mit Rückmeldung Es ist vorgesehen, die MN 29 bis MN 32 mit den Akteuren entlang der Wertschöpfungskette umzusetzen. Die Massnahmen werden zu einer Massnahme zusammengelegt.
139366	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwillen	Antrag / Bemerkung Die Massnahmen im Sektor Landwirtschaft und Ernährung sind teilweise zu streichen oder zusammenzufassen. Dies dient der Fokussierung auf die wichtigen und wirkungsvollen Massnahmen. Die Massnahmen 29, 30, 31, 32, 34, 36, 37, 38, 39 sind zu streichen.	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung, Anzahl Massnahmen Umgang mit Rückmeldung Die MN 29-32 werden zusammengefasst. Mit der MN 33 wird für die Land- und Ernährungswirtschaft ein Zukunftsbild entwickelt, das alle Dimensionen der Nachhaltigkeit abdeckt. Dabei wird unter anderem auch der Umgang mit der kulturtechnischen Infrastruktur ein Thema sein.

232/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Die Massnahme 33 ist zu schärfen und die Massnahme 35 mit der Massnahme 33 abzustimmen. Begründung Zusammenfassend sollen im Sinne der Fokussierung des Massnahmenplans die Massnahmen gestrichen werden. Einzelne Kommentare folgen zu den jeweiligen Massnahmen.	MN 35 wird gestrichen.
138799	WWF Thurgau 9001 St.Gallen	Antrag / Bemerkung Wir begrüssen die Massnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung für eine ressourcenschonende Ernährung. Der Fokus sollte jedoch noch stärker darauf gelegt werden, den Konsum von tierischen Lebensmitteln zu reduzieren sowie Alternativen zu fördern. Wir beantragen zusätzliche Massnahmen, die die Produktion von pflanzlichen Proteinen fördert. Begründung Die grössten Umweltsünder unter unseren Nahrungsmitteln sind tierischen Ursprungs. Tierische Proteine sind im Schnitt für die Hälfte der ernährungsbedingten Umweltbelastungen verantwortlich. Je weniger von ihnen, desto besser für das Klima, für unsere Umwelt und damit für unsere Lebensgrundlagen. Ein vegetarisches Gericht belastet das Klima im Durchschnitt dreimal weniger als ein Gericht mit Fleisch. Pflanzliche Proteine als Alternative belasten das Klima um ein Vielfaches weniger als tierische Proteine	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Mit einer objektiven und umfassenden Sensibilisierung für eine ressourcenschonende, bzw. klimaschonende, bzw. nachhaltige Ernährung werden die Adressatinnen und Adressaten befähigt, alle Lebensmittel bezüglich Umweltwirkung zu beurteilen und dabei Ursprung (pflanzlich, tierisch), Produktionsrichtung (Bio, IP, Konventionell), Herkunft (Import, lokal), Saisonalität, Verarbeitungsgrad, zu berücksichtigen und gegeneinander abzuwägen. Im Rahmen der MN 37 "Projekte für klimaoptimierte Produktion umsetzen" wird unter anderem auch der Anbau von Proteinpflanzen ein Thema sein.
138816	WWF Thurgau 9001 St.Gallen	Antrag / Bemerkung Der Rückgang von Moorflächen und die Degradation von organischen Böden ist mit geeigneten Massnahmen entgegenzuwirken.	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung

233/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Begründung Moore sind im Laufe von Tausenden von Jahren entstanden. Sie sind eine endliche Ressource, die unseren Schutz verdient. Die verbleibenden Moorflächen sowie organischen Böden verwandeln sich durch menschliche Eingriffe in CO2-Emittenten. Es braucht Massnahmen um diese CO2-Emissionen zu stoppen. Regeneration durch Wiedervernässung, die fair abgegolten wird, kann eine Motivation für Landbesitzer sein, sich dem Moorschutz zu widmen. Auch an den Wasserhaushalt angepasste Kulturen sind eine Möglichkeit um die organische Substanz zu erhalten und trotzdem die Flächen landwirtschaftlich weiter zu nutzen.	Bereits berücksichtigt: In MN 65 "Umsetzung der Biodiversitätsstrategie aus Klimasicht fördern" ist die Wiedervernässung von ehemaligen Feuchtgebieten berücksichtigt. Im Massnahmenplan 2023-2028 der kantonalen Biodiversitätsstrategie sind zwei Massnahmen (Massnahme 13 und 14) enthalten, welche die Wiedervernässung von ehemaligen Feuchtgebieten im Offenland und im Wald vorsehen. Die Reduktion von CO2-Emissionen wird im Rahmen der MN 37 "Projekte für klimaoptimierte Produktion umsetzen" und MN 40 "Bildungs- und Beratungsangebot zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel ausbauen" unter anderem ein Thema sein. Die Wirkung wird mit Instrumenten gemessen, die mit MN 39 "Berechnungsgrundlagen für Klimaschutzleistungen bereitstellen" evaluiert und bereitgestellt werden.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 29: Kommunikationsplattform Ernährung etablieren			
142724	Bio Ostschweiz	Antrag / Bemerkung Dieser Punkt betrifft die Massnahme 29/30 sowie weitere, welche einen Bezug auf das Konsumverhalten und die Ernährungspyramide haben. Dort ist überaus störend und absolut unverständlich, dass Hühnerfleisch so prominent platziert ist und das rote Fleisch tiefer eingestuft wird. Der Massnahmenplan Klima nimmt starken Bezug auf die Regionalität. Diese ist beim Roten Fleisch gegeben und die Flächenkonkurrenz zur direkten Ernährung besteht kaum, da Gras nur durch Wiederkäuer verwertet werden kann. Beim Hühnerfleisch sieht diese Bilanz hingegen sehr schlecht aus. Warum nicht den Mut	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Mit einer objektiven und umfassenden Sensibilisierung für eine ressourcenschonende, bzw. klimaschonende, bzw. nachhaltige Ernährung werden die Adressatinnen und Adressaten befähigt, alle Lebensmittel bezüglich ihrer Umweltwirkung zu beurteilen und dabei Ursprung (pflanzlich, tierisch), Produktionsrichtung (Bio, IP, Konventionell), Herkunft (Import, lokal), Saisonalität, Verarbeitungsgrad, usw., zu berücksichtigen und gegeneinander abzuwägen. Dabei muss insbesondere auch beim Fleisch ideologiefrei eine faktenbasierte Differenzierung stattfinden, die aufzeigen kann, dass selbst

234/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		zeigen und die Kreisläufe im oft genannten Bereich der „Sensibilisierung“ erklären? Gerade im Bereich der Bildung / Kochschule wird aus unserer Sicht diesem Punkt zu wenig Gewicht gegeben und der Fleischkonsum allgemein schlecht geredet. Fleisch gehört in unsere regionalen Grünlandkreisläufe und ein Verständnis für den Ernährungskreislauf ist entscheidend. Begründung -	bei der Ernährungspyramide Verbesserungspotential besteht.
142651	Departement für Finanzen und Soziales	Antrag / Bemerkung Bei weiteren drei Massnahmen (Landwirtschaft und Ernährung - 29. Kommunikationsplattform etablieren, 30. Bevölkerung für eine ressourcenschonende Ernährung und für weniger Nahrungsmittelverschwendung sensibilisieren sowie 31. Verpflegungs- und Gastronomiebetriebe für eine ressourcenschonende Angebotsgestaltung sensibilisieren) ist der Einbezug und die Beteiligung des Amtes für Gesundheit vorgesehen. Nach Möglichkeit wären hier Synergien mit dem KAP 2026-2029 zu nutzen. Begründung -	Schlagworte Synergien Umgang mit Rückmeldung Bereits berücksichtigt: Das Amt für Gesundheit ist als einzubeziehende Stelle (intern) in der Massnahme aufgeführt. Synergien zu KAP (Kantonales Programm Gesundheitsförderung und Prävention) werden geprüft.
141560	Grünliberale Partei des Kantons Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung “Die Kommunikationsplattform soll die Bevölkerung für eine gesunde, ressourcenschonende Ernährung sensibilisieren” etc ... Begründung	Schlagworte Konkretisierung, Bio-Landwirtschaft Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt: Der Begriff "ressourcenschonend" umfasst breit, was berücksichtigt werden soll. Er ist abgestimmt auf die Klimastrategie Landwirtschaft und Ernährung des Bundes, der von ressourcenschonenden Konsummustern spricht. Der umfassende und etwas

235/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		“Ressourcenschonend” ist ein ungenauer Begriff, konkretisieren. Das System Biolandbau / Bio ist Teil der Lösung in der Klimaproblematik. Siehe dazu auch die Argumente aus dem Policy Brief von BioSuisse.	abstrakte Begriff "ressourcenschonend" wird im Rahmen des Leistungsauftrags für die Kommunikationsplattform konkretisiert.
129817	Kanton Thurgau Amt für Raumentwicklung 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Massnahmen 29, 30 und 31 sind mit der Klimastrategie Landwirtschaft und Ernährung 2050 Teil 2: Massnahmenplan der Bundesämter für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen und Umwelt abzustimmen. Doppelspurigkeiten sind zu vermeiden. Begründung Auf Stufe Bund ist bereits ein Massnahmenplan beschlossen und ein Grossteil der Massnahmen bereits in Umsetzung. Die Bundesmassnahmen beinhalten die Ziele der Massnahmen 29, 30 und 29 weitgehend. Die kantonalen Massnahmen sollten die Bundesmassnahmen wo sinnvoll und nötig ergänzen und nicht konkurrenzieren. https://backend.blw.admin.ch/fileservice/sdweb-docs-prod-blwch-files/files/2024/07/29/626ebd80-f58d-49be-af58-50aaa5deadeb.pdf	Schlagworte Synergien Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Bei der Umsetzung der Massnahmen werden die Aktivitäten des Bundes berücksichtigt. Abstimmungen mit dem Bund erfolgen. Bei MN 30 steht deshalb auch explizit, dass Vorgaben und Aktivitäten des Bundes beachtet werden.
141398	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn / Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Die beiden Massnahmen (29,30) können zusammengefasst werden. Begründung Sie haben das gleiche Ziel.	Schlagworte Anzahl Massnahmen Umgang mit Rückmeldung MN 29 bis MN 32 werden zusammengefasst

236/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141792	Marcel Preiss 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung - MN 29 Die Landwirtschaft kann auch Treibhausgase verringern, dies in dem technologische Verbesserungen angewendet wird und effizienter produziert wird. (mein Kommentar dazu: Dies wird seit 100 Jahren im Arenenberg gepredigt. Das Ergebnis daraus: wir brauchen mit unserer modernen Landwirtschaft 2.6 mal mehr Energie als dass wir aus dem Boden als Ertrag ernten, dies ergibt ca. 20000Liter Diesel pro Hektar Kulturland proJahr. Darin einberechnet sämtliche graue Energie, wie zum Beispiel die Herstellung von Traktoren, die Erzeugung von Herbiziden/ Fungiziden und Pestiziden) Als kleiner Kolateralschaden haben wir dadurch die rote Laterne im Schweizer Vergleich mit den vergifteten Lebensmitteln. Laut TZ sieht das Landwirtschaftsamt dadurch keinen Handlungsbedarf!!) Begründung - das grösste Potenzial zur Reduktion von THG - Emissionen im Sektor Landwirtschaft und Ernährung besteht allerdings beim Konsum (Ernährung) und bei der Nahrungsmittelverschwendung. (Mein Kommentar: mit diesem einfachen Kartentrick kann man den Schwarzen Peter weiter geben und ist dadurch einfach aus der Verantwortung. Die Lösung fürs Problem ist laut den Verfassern die den Bericht erstellt haben ganz einfach: Wir schaffen eine Kommunikationsplattform die die Bevölkerung für eine gesunde , ressourcenschonende Ernährung	Schlagworte Zielsetzung, Wirkung Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.

237/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Sensibilisiert. So einfach werden wir die Ziele mit Sicherheit nicht erreichen.	
136259	Pro Natura. Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Der thurgauer Anbau von Körnerleguminosen, welche der Humanernährung dienen, soll gefördert und sichtbar gemacht werden. Begründung Körnerleguminosen sind sich oft gerade in heimatverbundenen Kreisen verpönt, weil sie als exotisch gelten. Mit der Sichtbarkeit einer heimischen Produktion kann gegen dieses Vorurteil etwas unternommen werden.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Mit Anregung einverstanden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ohne Nachfrage kein Anbau möglich ist. Produktionsseitige Ansätze sind in MN 37 "Projekte für klimaoptimierte Produktion umsetzen" enthalten. Diese sichtbar zu machen, wird Sache der Kommunikationsplattform (MN 29) sein.
139367	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwilen	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Es ist nicht nötig, dass in 26 Kantonen Kommunikationsplattformen erstellt werden. Diese Aufgabe muss durch den Bund übernommen werden. Wenn jeder Kanton das Thema separat bearbeitet, wird die Botschaft nur verwässert und weniger wahrgenommen.	Schlagworte Streichung Massnahme, Zuständigkeit Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Der Teil Ernährung ist in der Klimastrategie ein zentraler Bestandteil. Der Sektor heisst Landwirtschaft und Ernährung. Entsprechend wurden im Massnahmenplan Massnahmen definiert, welche die Handlungsfelder der Klimastrategie adressieren. Die Arbeiten sollen diejenigen des Bundes ergänzen und darauf abgestimmt sein. Dies ist in MN 30 explizit erwähnt.
141480	Simon Schönholzer 8577 Schönholzerswilen	Antrag / Bemerkung Der Satz: Die Kommunikationsplattform soll die Bevölkerung auf eine gesunde, ressourcenschonende Ernährung.....	Schlagworte Formales, inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt: Der Begriff "ressourcenschonend" umfasst breit, was berücksichtigt werden soll. Er ist auf den Begriff der Klimastrategie

238/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		muss geändert werden. Das Wort ressourcenschonend unpassend Begründung Ressourcenschonend ist sehr vage und eigentlich nicht greifbar. Wenn das Wort verwendet werden sollte so müsste der Kanton Thurgau vorgängig einen Scalenwert in Sachen "Ressourcenschonung" definieren.	Landwirtschaft und Ernährung des Bundes abgestimmt, der von ressourcenschonenden Konsummustern spricht. Der umfassende und etwas abstrakte Begriff "ressourcenschonend" wird im Rahmen des Leistungsauftrags für die Kommunikationsplattform konkretisiert.
134646	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Es ist nicht nötig, dass in 26 Kantonen Kommunikationsplattformen erstellt werden. Diese Aufgabe muss durch den Bund übernommen werden. Wenn jeder Kanton das Thema separat bearbeitet, wird die Botschaft nur verwässert und weniger wahrgenommen.	Schlagworte Streichung Massnahme, Zuständigkeit Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Der Teil Ernährung ist in der Klimastrategie ein zentraler Bestandteil. Der Sektor heisst Landwirtschaft und Ernährung. Entsprechend wurden im Massnahmenplan Massnahmen definiert, welche die Handlungsfelder der Klimastrategie adressieren. Die Arbeiten sollen diejenigen des Bundes ergänzen und darauf abgestimmt sein. Dies ist in MN 30 explizit erwähnt.
141261	Thurgauer Gewerbeverband 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Ebenfalls unangemessen empfindet der TGV die Schaffung einer um-erzieherisch anmutenden Kommunikationsplattform zum Thema Ernährung. Die dafür vorgesehenen TCHF 150 sind zu streichen. Begründung -	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Finanzmittel Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Der Teil Ernährung ist in der Klimastrategie ein zentraler Bestandteil. Der Sektor heisst Landwirtschaft und Ernährung. Entsprechend wurden im Massnahmenplan Massnahmen definiert, welche die Handlungsfelder der Klimastrategie adressieren. MN 30 "Bevölkerung für eine ressourcenschonende Ernährung und für weniger Nahrungsmittelverschwendung sensibilisieren" sagt explizit, dass die Wahlfreiheit der Bevölkerung weiterhin respektiert werden soll, es geht um Informations- und Überzeugungsarbeit, nicht um Umerziehung.

239/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			Mit einer objektiven und umfassenden Sensibilisierung für eine ressourcenschonende, bzw. klimaschonende, bzw. nachhaltige Ernährung werden die Adressatinnen und Adressaten befähigt, alle Lebensmittel bezüglich ihrer Umweltwirkung zu beurteilen und dabei Ursprung (pflanzlich, tierisch), Produktionsrichtung (Bio, IP, konventionell), Herkunft (Import, lokal), Saisonalität, Verarbeitungsgrad, usw., zu berücksichtigen und gegeneinander abzuwägen.
142704	Thurgauer Landfrauenverband 9504 Friltschen	Antrag / Bemerkung Der Thurgauer Landfrauenverband, folgend TLFV, hat den Kontakt zwischen Konsument und Produzent sowie die Öffentlichkeitsarbeit im verbandseigenen Leitbild verankert. Dies sind in unseren Augen die wichtigsten Aufgaben in Bezug auf Verständnis und Wissen über regionale Produktion von Lebensmitteln und die Zusammenhänge zwischen gesunder und ressourcenschonender Ernährung. Es geht nicht um richtig oder falsch, sondern um Auf- und Erklärung. Bäuerinnen können die Herausforderungen im Anbau erklären und aufzeigen, ihr Alltag ist geprägt vom Kreislauf der Produktion. Da ist sehr viel Wissen vorhanden. Der TLFV ist mit einem Teilprojekt im PRE terrafood beteiligt, Hauptaugenmerk ist die Verarbeitung von deklassiertem Gemüse. Das Wissen rund um Foodwaste wird nach Möglichkeit mitgeliefert. Ein weiteres Teilprojekt ist «Thurgauer Landwirtschaft unterwegs», gedacht für Schüler und Lehrpersonen der 7.-9- Klasse. Der Kanton beteiligt sich finanziell am PRE terrafood. Das Zielpublikum sind kommende Konsumenten, in diesem Lebensabschnitt ist altersgerechte Information und erlebbare Bildung wesentlich. Die Jugendlichen verpflegen sich mehr und mehr ausserhalb des Familienhaushaltes und übernehmen für die eigene Gesundheit und Ernährung	Schlagworte Information, Zusammenarbeit, Formales Umgang mit Rückmeldung Die Ausführungen werden vollumfänglich geteilt. Der Thurgauer Landfrauenverband (TLFV) ist als weitere einzubeziehende externe Stelle in der MN 29 aufzuführen. Der TLFV wird nicht nur im Aufbau, sondern auch im Betrieb der Kommunikationsplattform eine wichtige Rolle spielen.

240/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Verantwortung. Gleichzeitig stellen wir fest, dass der hauswirtschaftliche Unterricht und der Kochunterricht in der Schule zeitlich beschränkt ist und die Themen oberflächlich behandelt werden. Es geht vermehrt darum, möglichst schnell und bereits verarbeitete Lebensmittel auf den Tisch zu bringen. Hauswirtschaftliche Themen rund um Reinigung, Wäschepflege, Konsum im Allgemeinen sind in Bezug auf das Klima wichtig und betreffen uns alle. Der TLFV sieht da Möglichkeiten, das erforderte Wissen zum Beispiel durch Absolventinnen der Bäuerinnenschule/Absolventen der Ausbildung zum bäuerlichen Haushaltleiter, in Zusammenarbeit mit dem Arenenberg, bereit zu stellen. Es ist wichtig, leicht zugänglich Wissenswertes und alltagstaugliche Handlungsmöglichkeiten zu vermitteln und aufzuzeigen. Der TLFV ist bereit, seinen Teil zur Klimastrategie Kanton TG zu leisten. Damit die ganzen Bemühungen nachhaltig sind, braucht es nebst Finanzen auch Einsicht, Verständnis und Wissen. Sinnvoll ist, wenn am richtigen Ort das Passende eingesetzt wird. Begründung -	
142722	Verband Thurgauer Landwirtschaft 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Für die Massnahmen 29-32 soll eine neugeschaffene Kommunikationsplattform Ernährung installiert werden. Mit dem Kompetenznetzwerk Ernährungswirtschaft besitzen wir bereits eine Plattform, die sich der ganzen Wertschöpfungskette Ernährung annimmt und auch die Konsumenten einschliessen könnte. Darum braucht es aus unserer Sicht keine neue Abteilung, die den Staatsapparat aufbläht.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Beurteilungskriterien, Ressourcen Massnahmen, Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Ernährung ist Teil der Klimastrategie TG, der Sektor heisst Landwirtschaft und Ernährung. Es sollen deshalb Massnahmen definiert werden, die dieses wichtige Handlungsfeld der Klimastrategie adressieren.

241/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Der grösste Hebel zur Reduktion von Treibhausgasemissionen im Sektor Landwirtschaft und Ernährung besteht zweifellos beim Konsumenten, nämlich durch eine Veränderung der Ernährungsgewohnheiten der Bevölkerung. Die sich durch saisonale und regionale Lebensmittel auszeichnet. Die Empfehlungen der Nahrungsmittelpyramide sind leider nicht hilfreich, da sie die Erzeugnisse aus unseren natürlichen Ressourcen wie z.B. das Grasland, das vorhanden ist, zu wenig berücksichtigen. Die Nutzung des Graslandes ergibt Milch und Fleisch, ist regional und nutzt die vorhandenen Ressourcen optimal. Ausserdem sind diese Lebensmittel abgestimmt auf die jahrtausendlange Ernährung des Menschen. Auch die Reduktion von Food Waste gehört dazu. Darum soll sich der Kanton Thurgau nicht explizit an der Ernährungspyramide ausrichten, er soll sich an seiner regionalen, klimangepassten und ressourcenschonenden Nahrungsmittelproduktion orientieren. Das heisst, er soll sich für eine Ernährung auf der Basis einheimischer Lebensmittel ausrichten. Selbstverständlich kann und darf er sich für den hiesigen Anbau von Lebensmittel (z.B. Zuckerrüben) einsetzen. Die vorgeschlagene Kommunikationsplattform Ernährung (Massnahme Nr. 29) soll die Bevölkerung für eine gesunde, ressourcenschonende Ernährung (Massnahme Nr. 30) und Gastronomiebetriebe für eine ressourcenschonende Angebotsgestaltung (Massnahme Nr. 31) sensibilisieren sowie den Dialog entlang der Wertschöpfungskette im Ernährungssystem verbessern (Massnahme Nr. 32). Wir fragen uns, ob dies das richtige Instrument ist, bzw. die gewünschte Wirkung, nämlich eine Bewusstseinsänderung bei möglichst vielen Konsumierenden, entfalten kann.	ren. Gerade weil beim Konsumenten der grösste Hebel zur Reduktion von Treibhausgasemissionen ist, sind die MN 29 bis MN 31 vorgesehen. Das Kompetenznetzwerk Ernährungswirtschaft ist bei MN 29 als miteinzubeziehende externe Stelle aufgeführt. Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass diese mit einem zusätzlichen Leistungsauftrag die Rolle der Kommunikationsplattform betreiben wird. Die Abstimmung mit dem Bund ist dabei wichtig, dies wird in MN 30 "Bevölkerung für eine ressourcenschonende Ernährung und für weniger Nahrungsmittelverschwendung sensibilisieren" auch explizit genannt. Sensibilisierungsmassnahmen haben naturgemäss einen indirekten Effekt, da die Wahlfreiheit der Konsument:innen beibehalten werden soll. Mit einer objektiven und umfassenden Sensibilisierung für eine ressourcenschonende, bzw. klimaschonende, bzw. nachhaltige Ernährung werden die Adressatinnen und Adressaten befähigt, alle Lebensmittel bezüglich ihrer Umweltwirkung zu beurteilen und dabei Ursprung (pflanzlich, tierisch), Produktionsrichtung (Bio, IP, konventionell), Herkunft (Import, lokal), Saisonalität, Verarbeitungsgrad, usw., zu berücksichtigen und gegeneinander abzuwägen.

242/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Der Konsument erfährt bereits heute schon eine Flut von Informationen über gesunde Ernährung, bzw. Informationen über eine klimaschonende Ernährung. Ob hier der Konsument mitmacht, ist zu bezweifeln. Gastronomiebetriebe, die eine klimaschonende Ernährung anbieten werden anzahlmässig überschaubar sein. Aber eine regionale und saisonale Ernährung könnte durchaus ankommen. Die verarbeitende Industrie hat durchaus Interesse an regional angebauten Lebensmitteln, die sie hier verarbeiten kann. Denn eine wirklich klimaschonende Ernährung sucht nach dem kürzesten Weg vom Feld, bzw. aus dem Stall, auf den Teller. Leider scheitert dies oftmals wegen den Kosten, die ein klimafreundliches Lebensmittel hat. Hier sehen wir mit dem Kompetenznetzwerk Ernährungswirtschaft bereits eine Kommunikationsplattform entlang der Wertschöpfungskette, die dazu befähigt ist und mit dieser Aufgabe beauftragt werden könnte. Wir befürchten, dass die vier Massnahmen ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen, weil wir den Aufwand als hoch und die Breitenwirkung sowie die Akzeptanz in der Bevölkerung als gering einschätzen. Dadurch stellt sich die grundsätzliche Frage, ob der Kanton die dafür nötigen finanziellen und personellen Mittel aufwenden will. Mit der Klimastrategie Landwirtschaft und Ernährung 2050 des Bundes sollen die Massnahmen zumindest abgesprochen sein. Aus dem Massnahmenplan des Bundes geht hervor, dass er diese	

243/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

als seine Aufgabe ansieht, im Bereich Konsum und Vermeidung von Lebensmittel Verschwendung (Food Waste) aktiv zu werden.

Begründung

-

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

MN 30: Bevölkerung für eine ressourcenschonende Ernährung und für weniger Nahrungsmittelverschwendung sensibilisieren

137765	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Schnittstelle zur Massnahme Nr. 24 Umsetzung des Massnahmenplans Lufthygiene Kanton Thurgau 2021–2030 aus Klimasicht fördern ergänzen. Begründung Massnahmenschnittstellen auf einander abstimmen.	Schlagworte Verlinkung zwischen Massnahmen Umgang mit Rückmeldung Die Verlinkung der MN 24 mit der MN 30 braucht es nicht. Erstere zielt auf die Landwirtschaft als Mitverursacherin des Klimawandels und letztere auf den Konsumenten/die Konsumentin.
141561	Grünliberale Partei des Kantons Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung “Bevölkerung für eine ressourcenschonende Ernährung und für weniger Nahrungsmittelverschwendung sensibilisieren” ist zu wenig konkret formuliert. Begründung Es braucht u.a. Richtlinien für die öffentliche Beschaffung mit konkreten Anforderungen - z.B. Mindestwerte von Bio-Lebensmitteln in kantonalen Verpflegungsbetrieben wie Schulen oder Kitas. Eine klar definierte Nachfrage stärkt das Angebot und schafft Marktanreize.	Schlagworte Konkretisierung, Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Die MN 29-32 werden zusammengefasst. Dabei ist festzulegen, ob die kantonalen Verpflegungsbetriebe und öffentlich mitfinanzierten KITAS separat genannt werden sollen.

244/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
140753	Politische Gemeinde Uesslingen-Buch 8524 Uesslingen	Antrag / Bemerkung Die Schulen sollen beim Thema ressourcenschonende Ernährung und weniger Nahrungsmittelverschwendung unterstützt werden, indem entsprechende Lernziele und Zeitgefässe geschaffen werden, um so die Schüler bereits im Unterricht zu sensibilisieren. Begründung Die Schulen leisten einen wesentlichen Beitrag an die angestrebte Sensibilisierung, in Besonderem der Hauswirtschaftsunterricht	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Je früher die Umweltbildung beginnt, desto besser. Dem Anliegen kann entsprochen werden, wenn wir die MN 30 mit der MN 73 verlinken.
140571	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Der Nutzens der Kommunikationsplattform Ernährung ist zu überwatchen. Begründung Die VTG-Arbeitsgruppe sieht die Sensibilisierung der Bevölkerung als sinnvoll an. Bei der Ernährung handelt es sich aber um ein Grundbedarf, es darf keinen Eingriff in ein individuelles Bedürfnis geben. Die Kommunikationsplattform Ernährung generiert bis 2030 hohe Kosten, das Kosten/Nutzen Verhältnis ist dabei im Auge zu behalten.	Schlagworte Wirkung Umgang mit Rückmeldung Die Kosten sind klar beziffert. Der direkte und kurzfristige Nutzen wird, wie es bei allen Bildungsangeboten üblich ist, schwierig abzuschätzen sein. Die periodische Überarbeitung der Strategie und des Massnahmenplans bietet die Möglichkeit, zu optimieren.
139368	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwillen	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen. Begründung Es ist nicht nötig, dass in 26 Kantonen Kommunikationsplattformen erstellt	Schlagworte Streichung Massnahme, Zuständigkeit Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Der Teil Ernährung ist in der Klimastrategie ein zentraler Bestandteil. Der Sektor heisst Landwirtschaft und Ernährung. Entsprechend wurden im Massnahmenplan Massnahmen definiert, welche die Handlungsfelder der Klimastrategie adressieren. Die Arbeiten sollen diejenigen des Bundes ergänzen und darauf abgestimmt

245/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		werden. Diese Aufgabe muss durch den Bund übernommen werden.	sein. Dies ist explizit erwähnt. Die MN 29-32 werden zusammengefasst.
134647	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen, analog MN 28 Begründung Es ist nicht nötig, dass in 26 Kantonen Kommunikationsplattformen erstellt werden. Diese Aufgabe muss durch den Bund übernommen werden.	Schlagworte Streichung Massnahme, Zuständigkeit Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Der Teil Ernährung ist in der Klimastrategie ein zentraler Bestandteil. Der Sektor heisst Landwirtschaft und Ernährung. Entsprechend wurden im Massnahmenplan Massnahmen definiert, welche die Handlungsfelder der Klimastrategie adressieren. Die Arbeiten sollen diejenigen des Bundes ergänzen und darauf abgestimmt sein. Dies ist explizit erwähnt. Die MN 29-32 werden zusammengefasst.
132612	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Der Nutzens der Kommunikationsplattform Ernährung ist zu überwachen. Begründung Die VTG-Arbeitsgruppe sieht die Sensibilisierung der Bevölkerung als sinnvoll an. Bei der Ernährung handelt es sich aber um ein Grundbedarf, es darf keinen Eingriff in ein individuelles Bedürfnis geben. Die Kommunikationsplattform Ernährung generiert bis 2030 hohe Kosten, das Kosten/Nutzen Verhältnis ist dabei im Auge zu behalten.	Schlagworte Wirkung Umgang mit Rückmeldung Die Kosten sind klar beziffert. Der direkte und kurzfristige Nutzen wird, wie es bei allen Bildungsangeboten üblich ist, schwierig abzuschätzen sein. Die periodische Überarbeitung der Strategie und des Massnahmenplans bietet die Möglichkeit, zu optimieren.
MN 31: Verpflegungs- und Gastronomiebetriebe für eine ressourcenschonende Angebotsgestaltung sensibilisieren			

246/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
137767	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Schnittstelle zu MN Nr. 24 Umsetzung des Massnahmenplans Luft-hygiene Kanton Thurgau 2021–2030 aus Klimasicht fördern ergänzen Begründung Massnahmenschnittstellen auf einander abstimmen.	Schlagworte Verlinkung zwischen Massnahmen Umgang mit Rückmeldung Die Verlinkung der MN 24 mit der MN 31 braucht es nicht. Erstere zielt auf die Landwirtschaft als Mitverursacherin des Klimawandels und letztere auf den Konsumenten/die Konsumentin.
142726	Bio Ostschweiz	Antrag / Bemerkung Dies ist auch in Bezug auf die Massnahme 31 entscheidend. Es geht nicht darum, die Ernährungspyramide stur einzuhalten. Es geht darum Kreisläufe zu verstehen (betriebliche wie auch regionale). Die öffentlichen Verpflegungsbetriebe haben hier eine grosse Vorbildfunktion. Begründung -	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Mit einer objektiven und umfassenden Sensibilisierung - auch der Gastronomiebetriebe - für eine ressourcenschonende, bzw. klimaschonende, bzw. nachhaltige Ernährung werden die Adressatinnen und Adressaten befähigt, alle Lebensmittel bezüglich ihrer Umweltwirkung zu beurteilen und dabei Ursprung (pflanzlich, tierisch), Produktionsrichtung (Bio, IP, konventionell), Herkunft (Import, lokal), Saisonalität, Verarbeitungsgrad, usw., zu berücksichtigen und gegeneinander abzuwägen.
141017	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Für Gastronomien der öffentlichen Hand sind verbindliche Ziele zu definieren. Begründung Die GRÜNEN begrüßen diese Massnahme sehr Wir erwarten für Gastronomien im direkten Einflussbereich von Kanton und Gemeinden verbindliche Ziele und messbare Indikatoren.	Schlagworte Zielsetzung, Indikatoren Umgang mit Rückmeldung Die MN 29-32 werden zusammengefasst. Dabei ist festzulegen, ob die kantonalen Verpflegungsbetriebe und öffentlich mitfinanzierten KITAS separat genannt werden sollen.

247/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141566	Grünliberale Partei des Kantons Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung "Verpflegungs- und Gastronomiebetriebe für eine ressourcenschonende Angebotsgestaltung sensibilisieren" ist zu wenig konkret formuliert. Begründung Die Nachhaltigkeit in der Gastronomie kann gezielt gefördert werden. Das Label "BioCuisine" ermöglicht Gastronom:innen auf einfache Weise ihr Engagement in Sachen Nachhaltigkeit sichtbar zu machen.	Schlagworte Konkretisierung Umgang mit Rückmeldung Die MN 29-32 werden zusammengefasst. Dabei ist festzulegen, ob die kantonalen Verpflegungsbetriebe und öffentlich mitfinanzierten KITAS separat genannt werden sollen.
139369	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Die Massnahme wird keinen relevanten Beitrag zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen leisten können (siehe eigene Beurteilung der Wirkung sowie schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis). Wenn in diesem Bereich allenfalls jemand aktiv werden sollte, dann der Bund.	Schlagworte Streichung Massnahme, Wirkung, Beurteilungskriterien Umgang mit Rückmeldung Gerade bei den kantonsinternen Verpflegungsbetrieben kann der Kanton mit einer kantonalen Massnahme mehr erreichen, als der Bund. Es trifft zu, dass die Umsetzung der Klimastrategie Thurgau das Weltklima nicht wird ändern können. Wir stehen jedoch in der Verantwortung, zu handeln und das Machbare zu machen, wenn wir ein Problem erkannt haben.
141481	Simon Schönholzer 8577 Schönholzerswil	Antrag / Bemerkung Der Kanton Thurgau muss das Gastrokonzept der BioSuisse , BioCuisine in seinen Betrieben umsetzen. Begründung Der biologische Landbau ist klimaschonender als die konventionelle Landwirtschaft. So wird mit der Verwendung von biologisch erzeugten Lebensmittel	Schlagworte Bio-Landwirtschaft, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Die MN 29-32 werden zusammengefasst. Die Massnahmenidee ist bereits ein konkreter Vorschlag, wie die Verpflegungs- und Gastronomiebetriebe adressiert werden können. Die neue Formulierung schliesst die Massnahmenidee nicht aus.

248/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		ein Beitrag zum Klimaschutz erbracht. Also setzt der Kanton beste Praxis auch wirklich um.	
134648	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Die Massnahme wird keinen relevanten Beitrag zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen leisten können (siehe eigene Beurteilung der Wirkung sowie schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis). Wenn in diesem Bereich allenfalls jemand aktiv werden sollte, dann der Bund.	Schlagworte Streichung Massnahme, Wirkung, Beurteilungskriterien Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt: Gerade bei den kantonsinternen Verpflegungsbetrieben kann der Kanton mit einer kantonalen Massnahme mehr erreichen, als der Bund. Es trifft zu, dass die Umsetzung der Klimastrategie Thurgau das Weltklima nicht wird ändern können. Wir stehen jedoch in der Verantwortung, zu handeln und das Machbare zu machen, wenn wir ein Problem erkannt haben. Die MN 29-32 werden zusammengefasst
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 32: Dialog entlang der Wertschöpfungskette verbessern			
141568	Grünliberale Partei des Kantons Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Dialog entlang der Wertschöpfungskette verbessern Begründung Externe Stellen / zusätzlich Vertreter aus der Bio-Landwirtschaft beiziehen	Schlagworte Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Berücksichtigung von Biolandbau-Vertretung bei den einzubeziehenden externen Stellen.
139370	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwilen	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung	Schlagworte Streichung Massnahme, Zuständigkeit, Wirkung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. In der Klimastrategie Kanton Thurgau wurde festgelegt, dass auch der Sektor Landwirtschaft und Ernährung einen Beitrag

249/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Es ist nicht nötig, dass in 26 Kantonen Kommunikationsplattformen erstellt werden. Diese Aufgabe muss durch den Bund übernommen werden. Die Massnahme wird keinen relevanten Beitrag zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen leisten können (siehe eigene Beurteilung der Wirkung sowie schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis).	zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten soll. Daran wird festgehalten. Es trifft zu, dass die Umsetzung der Klimastrategie Thurgau das Weltklima nicht wird ändern können. Wir stehen jedoch in der Verantwortung, zu handeln und das Machbare zu machen, wenn wir ein Problem erkannt haben. Die MN 29-32 werden zusammengefasst.
141483	Simon Schönholzer 8577 Schönholzerswilen	Antrag / Bemerkung Einzubeziehende in- und externe Stellen: Vertreter der Landwirtschaft. Diesen Begriff ergänzen mit: Vertretern aus der biologischen Landwirtschaft Begründung Der biologische Landbau ist wohl im VTL vertreten. Da ist er aber eine unbedeutende Minderheit. Der VTL kann im Bereich Klima nicht für "Eine Thurgauer Landwirtschaft" sprechen. Zu unterschiedlich sind die jeweiligen Ausgangslagen der verschiedenen Produktionsformen.	Schlagworte Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Berücksichtigung von Biolandbau-Vertretung bei den einzubeziehenden externen Stellen.
134649	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Es ist nicht nötig, dass in 26 Kantonen Kommunikationsplattformen erstellt werden. Diese Aufgabe muss durch den Bund übernommen	Schlagworte Streichung Massnahme, Zuständigkeit, Wirkung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. In der Klimastrategie Kanton Thurgau wurde festgelegt, dass auch der Sektor Landwirtschaft und Ernährung einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten soll. Daran wird

250/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		werden. Die Massnahme wird keinen relevanten Beitrag zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen leisten können (siehe eigene Beurteilung der Wirkung sowie schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis).	festgehalten. Es trifft zu, dass die Umsetzung der Klimastrategie Thurgau das Weltklima nicht wird ändern können. Wir stehen jedoch in der Verantwortung, zu handeln und das Machbare zu machen, wenn wir ein Problem erkannt haben. Die MN 29-32 werden zusammengefasst.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 33: Zukunftsbild "Landwirtschaft und Ernährung Thurgau 2050" entwickeln			
138051	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme Nr. 35 bei den Schnittstellen ergänzen. Begründung Die Schnittstellen zwischen den Massnahmen aufeinander abstimmen.	Schlagworte Verlinkung zwischen Massnahmen Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme 35 wurde gestrichen, daher bedarf es keiner Anpassung der Schnittstellen.
142734	Bio Ostschweiz	Antrag / Bemerkung Das Zukunftsbild „Landwirtschaft und Ernährung 2050“ mit der Massnahme 33 ist aus unserer Sicht eine sehr wichtige Stellschraube. Viele Landwirte / Landwirtinnen sind bereit neue Kulturen anzubauen und alternative Bewirtschaftungssysteme aufzubauen. Dazu benötigen sie nebst eigenem Mut und Engagement Beratung und vor allem auch einen Absatzkanal. Solche Kanäle müssen aufgebaut werden, von Sammelstelle und Mühlen für Kleinmengen, über Schlachtmöglichkeiten bis hin zu Lagermöglichkeiten. Dies bedingt vor allem nebst guter Beratungsleistung eine wohlwollende Zusammenarbeit mit den verschiedenen, in solchen Projekten involvierten Kantonsstellen sowie „kurze Wege“ innerhalb der Verwaltung. PRE Projekte sind ein möglicher Weg, solche Strukturen aufzubauen.	Schlagworte Formales, Bio-Landwirtschaft Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die genannten Konkretisierungen sind bei der eigentlichen Erarbeitung des Zukunftsbildes zu beachten.

251/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Weiter sind in dieser Massnahme 33 die aus Klimasicht sehr positiven Vorleistungen des Biolandbaus zwingend zu berücksichtigen Begründung -	
141018	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung - Begründung Die GRÜNEN begrüßen diese Massnahme sehr. Aus unserer Sicht sollte diese jedoch umfassender sein. Biodiversitätsförderung, sowie ökologische Anbau Systeme dürfen in einem Zukunftsbild nicht fehlen.	Schlagworte Ambitionsniveau Umgang mit Rückmeldung Das Zukunftsbild schafft als Teil des Massnahmenplans Klima Grundlagen für Aktivitäten in Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, darauf wird der Fokus gelegt. Dass Synergien u.a. mit Biodiversitätsförderung und ökologischen Anbausystemen bestehen, ist unbestritten. Dies soll bei der eigentlichen Ausarbeitung des Zukunftsbildes berücksichtigt werden.
141569	Grünliberale Partei des Kantons Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung aus unserer Sicht zu wenig konkret Begründung siehe Papier "Policy Brief BioSuisse" / Klimaschutz durch Biolandbau	Schlagworte Konkretisierung Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die genannten Konkretisierungen sind bei der eigentlichen Erarbeitung des Zukunftsbildes zu beachten.
139371	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Massnahme schärfen Begründung Aktuell ist unklar, was die Massnahme erreichen will. Geht es um die	Schlagworte Konkretisierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Das Zukunftsbild Landwirtschaft und Ernährung Thurgau 2050 adressiert explizit Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, dies ist auch so formuliert. Klimaschutz und Anpassung an

252/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Anpassung der Landwirtschaft an eine durch den Klimawandel veränderte Umwelt? Dies wäre wenig sinnvoll, ohne den beträchtlichen Anteil der Landwirtschaft an den Treibhausgas-Emissionen (15.5% im 2022) zu berücksichtigen und Massnahmen zur Reduktion derselben zu suchen. Die landwirtschaftlichen Emissionen stammen hauptsächlich aus der Tierhaltung, der Lagerung von Hofdüngern sowie der Bodenbewirtschaftung. Die Massnahme müsste somit dahingehend geschärft werden, dass im ersten Schritt Konzepte für die zeitnahe Reduktion der Treibhausgas-Emissionen der Thurgauer Landwirtschaft entwickelt werden und in einem zweiten Schritt Massnahmen für die klimaresistente Produktion gesucht werden.	den Klimawandel sollen Hand in Hand gehen und gleichzeitig vorangetrieben werden, nicht etappiert, zumal die Auswirkungen des Klimawandels bereits heute zu spüren sind.
141484	Simon Schönholzer 8577 Schönholzerswilen	Antrag / Bemerkung Der biologische Landbau muss als Teil der Problemlösung eigenständig erwähnt sein. Begründung Biologisch bewirtschaftete Böden sind "fitter". Sie speichern mehr Wasser, haben einen höheren Humusgehalt, binden mehr CO₂. Siehe Policy Brief der BioSuisse.	Schlagworte Bio-Landwirtschaft, inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung Das Zukunftsbild schafft als Teil des Massnahmenplans Klima Grundlagen für Aktivitäten in Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, darauf wird der Fokus gelegt. Die genannten Konkretisierungen sollen bei der eigentlichen Ausarbeitung des Zukunftsbildes berücksichtigt werden.

253/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141485	Simon Schönholzer 8577 Schönholzerswilen	Antrag / Bemerkung In- und externe Stellen: Vertreter der Landwirtschaft. Bitte ergänzen mit: Vertreter der biologischen Landwirtschaft Begründung Siehe Begründung bei MN 32	Schlagworte Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Angenommen. Biolandbau-Vertretung soll als externe Stelle zusätzlich aufgeführt werden.
141486	Simon Schönholzer 8577 Schönholzerswilen	Antrag / Bemerkung In -und externe Stellen: Forschung Bitte ergänzen mit: biologische Forschungsinstitute, zb FiBL Begründung Die Forschung im biologischen Landbau sind eine eigene Disziplinen, welche die konventionellen Forschungsinstitute leider nicht abdecken.	Schlagworte Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung FiBL wird als einzubeziehende externe Stelle aufgenommen.
134650	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme schärfen Begründung Aktuell ist unklar, was die Massnahme erreichen will. Geht es um die Anpassung der Landwirtschaft an eine durch den Klimawandel veränderte Umwelt? Dies wäre wenig sinnvoll, ohne den beträchtlichen Anteil der Landwirtschaft an den Treibhausgas-Emissionen (15.5% im 2022) zu berücksichtigen und Massnahmen zur Reduktion derselben zu suchen. Die landwirtschaftlichen Emissionen	Schlagworte Konkretisierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Das Zukunftsbild Landwirtschaft und Ernährung Thurgau 2050 adressiert explizit Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, dies ist auch so formuliert. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel sollen Hand in Hand gehen und gleichzeitig vorangetrieben werden, nicht etappiert, zumal die Auswirkungen des Klimawandels bereits heute zu spüren sind.

254/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		stammen hauptsächlich aus der Tierhaltung, der Lagerung von Hofdüngern sowie der Bodenbewirtschaftung. Die Massnahme müsste somit dahingehend geschärft werden, dass im ersten Schritt Konzepte für die zeitnahe Reduktion der Treibhausgas-Emissionen der Thurgauer Landwirtschaft entwickelt werden und in einem zweiten Schritt Massnahmen für die klimaresistente Produktion gesucht werden.	

142723	Verband Thurgauer Landwirtschaft 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Ein neues Zukunftsbild dient der Überarbeitung des in die Jahre gekommenen und von vielen kantonalen Ämtern nicht gelebten Leitbildes für die Thurgauer Landwirtschaft. In Abstimmung mit dem Bericht des Bundesrates vom 22. Juni 2022 zur "Zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik" vorgelegte Strategie bis ins Jahr 2050 bietet dies eine geeignete Grundlage. Die Überarbeitung soll durch ein breit abgestütztes Gremium inkl. VTL erfolgen.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnissnahme und Einverständnis
		Begründung -	

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 34: Klimaausgeglichenes, landwirtschaftliches Bauen fördern			
141583	EVP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung konkretisieren	Schlagworte Konkretisierung Umgang mit Rückmeldung Das Anliegen wird aufgenommen. Im Rahmen der Umsetzungsschritte 2027-2029 wird entsprechend auf den Bund eingewirkt.
		Begründung	

255/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Holz vermehrt als Baustoff-Vorgabe machen. Baustoffe auf Regionalität prüfen.	
141597	Lignum Ost Informieren - vernetzen – handeln 8526 Oberneunforn/TG	Antrag / Bemerkung Es fehlt die Vorgabe, mit Holz und mit Finanzhilfen mit Schweizer Holz zu bauen Begründung Wir unterstützen diese Massnahme. Sie haben aber unterlassen, dass landwirtschaftliche Bauten nur einen Beitrag an ein besseres Klima leisten, wenn sie mit Holz gebaut werden. Werden öffentliche Finanzhilfen geleistet, soll die Verwendung von Schweizer Holz vorgeschrieben werden.	Schlagworte Formales, inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung Das Anliegen wird aufgenommen. Im Rahmen der Umsetzungsschritte 2027-2029 wird entsprechend auf den Bund eingewirkt.
139372	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwillen	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Der Massnahmenplan muss im ersten Schritt auf die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen fokussieren. Bezüglich Bauten sind bereits verschiedene andere Massnahmen formuliert, u.a. MN6, 7 und 10. Diese sollten bevorzugt umgesetzt werden. Massnahmen für die Anpassung von Bauten an den Klimawandel sollten erst zu einem späteren Zeitpunkt ergriffen werden. Dies gilt insbesondere für Bauten, deren Zweck mit einer wesentlichen Erzeugung von Treibhausgasen	Schlagworte Streichung Massnahme, Massnahmenpriorisierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt: Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel sollen Hand in Hand gehen und entsprechend der Klimastrategie Thurgau gleichzeitig vorangetrieben werden, nicht etappiert, zumal die Auswirkungen des Klimawandels bereits heute zu spüren sind. Dies gilt auch für landwirtschaftliches Bauen. Die genannten Massnahmen im Gebäudebereich adressieren nicht die landwirtschaftlichen Bauten, deshalb wird an dieser Massnahme festgehalten.

256/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		in Verbindung stehen, z.B. Ställe.	
134651	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Der Massnahmenplan muss im ersten Schritt auf die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen fokussieren. Bezüglich Bauten sind bereits verschiedene andere Massnahmen formuliert, u.a. MN6, 7 und 10. Diese sollten bevorzugt umgesetzt werden. Massnahmen für die Anpassung von Bauten an den Klimawandel sollten erst zu einem späteren Zeitpunkt ergriffen werden. Dies gilt insbesondere für Bauten, deren Zweck mit einer wesentlichen Erzeugung von Treibhausgasen in Verbindung stehen, z.B. Ställe.	Schlagworte Streichung Massnahme, Massnahmenpriorisierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt: Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel sollen Hand in Hand gehen und entsprechend der Klimastrategie Thurgau gleichzeitig vorangetrieben werden, nicht etappiert, zumal die Auswirkungen des Klimawandels bereits heute zu spüren sind. Dies gilt auch für landwirtschaftliches Bauen. Die genannten Massnahmen im Gebäudebereich adressieren nicht die landwirtschaftlichen Bauten, deshalb wird an dieser Massnahme festgehalten.
142725	Verband Thurgauer Landwirtschaft 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Um klimaoptimiertes, landwirtschaftliches Bauen fördern zu können, braucht es spezifische Beratungsangebote durch Bund und Kanton. Der Emissionsstall in Tänikon könnte uns dazu weiterhin wertvolle Massnahmen für klimaoptimierte Stallbauten liefern, wenn der Kanton den Stall dafür nutzen würde. Diese Erkenntnisse könnten dann mittels Finanzhilfen des Bundes und des Kantons auf Landwirtschaftsbetriebe im Thurgau umgesetzt werden. Wir erwarten, dass der VTL als externe Stelle aufgeführt und auch herbeigezogen wird.	Schlagworte Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Punkte sind bei der Konkretisierung bzw. Umsetzung der Massnahme zu berücksichtigen.

257/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Klimafreundliche bauliche Massnahmen führen in der Regel zu höheren Kosten, die entweder anteilmässig durch Finanzhilfen unterstützt werden oder der Bauherr kann darauf verzichten. Begründung -	
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 35: Klimafitte landwirtschaftliche Hauptinfrastruktur für eine ertragssichere Nahrungsmittelproduktion unterstützen			
141019	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Diese Massnahme ist zu streichen. Begründung Aus Sicht der GRÜNEN handelt es sich hierbei um eine reine Stützungsmassnahme, welche nicht als Teil des Massnahmenplans Klima umgesetzt werden soll. Vielmehr sollten auch Flächen wieder vernässt werden, um aktiv CO2 zu binden.	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme wurde gestrichen, da inhaltlich umstritten, teuer und im Falle von Entwässerung organischer Böden dem Klimaschutz und der Biodiversitätsstrategie entgegenlaufend.
129821	Kanton Thurgau Amt für Raumentwicklung 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Massnahme 35 ist aus dem Massnahmenkatalog zu streichen oder mindestens mit folgenden Klimaschutzmassnahmen in Zielsetzung und Beschreibung zu ergänzen: • In aktuellen Feuchtegebieten sind Drainagen auszuschliessen (Die Entwässerung von Mooren ist heute verboten). • Neue oder der Ersatz von bestehenden Drainagen in ehemaligen	Schlagworte Streichung Massnahme, Sinn von Klimamassnahmen, Wirkung, Zielkonflikt, Zielsetzung Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme wurde gestrichen, da inhaltlich umstritten, teuer und im Falle von Entwässerung organischer Böden dem Klimaschutz und der Biodiversitätsstrategie entgegenlaufend.

258/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Feuchtgebieten sind nicht erwünscht und erfordern eine umfassende Interessenabwägung. Alternativ ist eine Massnahme "Wiedervernässungen von ehemaligen Feuchtgebieten fördern" als sehr wirksame Klimaschutzmassnahme in den Massnahmenplan aufzunehmen. Begründung • Die Massnahme 35 ist mit sehr hohen Kosten verbunden. • Die Entwässerung von organischen Böden hat grundsätzlich eine klimaschädigende Wirkung. • Drainagen leisten keinen Beitrag zum Klimaschutz bzw. zur Erreichung der Klimaziele, im Gegenteil. Die Entwässerung führt zu einer Mineralisierung der organischen Bodensubstanz. Der entwässerte Boden verliert dadurch pro Hektar und Jahr 3-10 Tonnen Kohlenstoff. Heutige Schätzungen gehen davon aus, dass die Emissionen aus entwässerten Moorböden etwa 14 Prozent der jährlichen landwirtschaftlichen Treibhausgas-Emissionen in der Schweiz ausmachen. • Aktuelle und ehemalige Feuchtgebiete sind als Flächen mit organischen Böden zu behandeln. Entwässerungen von organischen Böden verschlechtern die Treibhausgasbilanz. • Ehemalige Feuchtgebiete sind potentielle Flächen für Wiedervernässungen. Wiedervernässungen sind eine wirksame Klimaschutzmassnahme. Langfristig können einst entwässerte Feuchtgebiete und Moore mittels Wiedervernässungen wieder von Kohlenstoff-Quellen zu Kohlenstoff-Senken werden. • Im Massnahmenplan Biodiversität 2023-2028 hat die Regierung die Massnahme 13 beschlossen, die die Regeneration von ehemaligen Feuchtgebieten im Offenland zu artenreichen Flachmooren	

259/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		("Streuwiesen") fördert. Die Entwässerung von organischen Böden widerspricht damit dem Zukunftsbild der Biodiversitätsstrategie.	
141400	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn / Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Diese Massnahme ist aus Sicht der Klimaanpassung eher kritisch zu betrachten. Begründung Es sollten keine Subventionen unter dem Deckmantel der Klimaanpassung gesprochen werden, die allgemeine landwirtschaftliche Anforderungen stützen. Die Förderung von Drainageinfrastrukturen ist keine vordringliche staatliche Aufgabe. Insbesondere ist es fraglich, ob Drainagen partout überall erneuert und ersetzt werden müssen. Es ist eher davon auszugehen, dass die Landschaft Wasser verliert und Trockenperioden gemäss den Klimaszenarien zunehmen werden. Ergo sollte der Wasserrückhalt in der Landschaft gefördert werden. Die Massnahme widerspricht Massnahme 36 und 65 (Vernässung und Moorregenerierung).	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Zielkonflikt, Wirkung, Zielsetzung Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme wurde gestrichen, da inhaltlich umstritten, teuer und im Falle von Entwässerung organischer Böden dem Klimaschutz und der Biodiversitätsstrategie entgegenlaufend.
136263	Pro Natura. Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Der Umgang mit Drainagen soll so gepflegt werden, dass sie in erster Linie Massnahmen gegen den Klimawandel darstellen. Dies heisst, dass marode Drainagen vorzüglich nicht mehr unterhalten werden sollen und somit eine Vernässung zugelassen wird. Die Entscheidung über die Sanierung von Drainagen soll dem Amt für Umwelt obliegen. Begründung	Schlagworte Formales, inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme wurde gestrichen, da inhaltlich umstritten, teuer und im Falle von Entwässerung organischer Böden dem Klimaschutz und der Biodiversitätsstrategie entgegenlaufend.

260/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Aktuell werden immer noch vielerorts die Drainagen von den Unterhaltskooperationen instand gehalten. Diese entscheiden die Bau-massnahmen oft weitgehend selbständig. Die Massnahmen unterlie-gen zudem nicht dem Baugesetz bzw. werden nicht als Bauten aus-serhalb der Bauzone aufgelegt. Somit haben die kantonalen Stellen über die Art und intensität der Massnahmen keinen Einfluss.	
139373	SIA Sektion Thur-gau SIA Sektion Thur-gau 8566 Neuwilen	Antrag / Bemerkung Massnahme vor Umsetzung mit MN33 abstimmen Begründung Der Massnahmenplan muss im ersten Schritt auf die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen fokussieren. Für die Landwirtschaft sollte die Überprüfung von Massnahmen in MN 33 erfolgen. Erst in einem zweiten Schritt sollten Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel angegan-gen werden. Es ist kaum sinnvoll, das bestehende Produktionsmodell der Land-wirtschaft mit baulichen und technischen Massnahmen an den Klimawandel anzu-passen und unverändert in die Zukunft überzuführen.	Schlagworte Fokussierung, Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme wurde gestrichen, da inhaltlich umstritten, teuer und im Falle von Entwässerung organischer Böden dem Klima-schutz und der Biodiversitätsstrategie entgegenlaufend.
134656	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Abstimmung mit MN33 vor Umsetzung Begründung Der Massnahmenplan muss im ersten Schritt auf die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen fokussieren. Für die Landwirtschaft sollte	Schlagworte Fokussierung, Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme wurde gestrichen, da inhaltlich umstritten, teuer

261/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		die Überprüfung von Massnahmen in MN 33 erfolgen. Erst in einem zweiten Schritt sollten Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel angegangen werden. Es ist kaum sinnvoll, das bestehende Produktionsmodell der Landwirtschaft mit baulichen und technischen Massnahmen an den Klimawandel anzupassen und unverändert in die Zukunft überzuführen.	und im Falle von Entwässerung organischer Böden dem Klimaschutz und der Biodiversitätsstrategie entgegenlaufend.
142727	Verband Thurgauer Landwirtschaft 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Damit die Bodenfruchtbarkeit langfristig erhalten bleibt, muss dem Wasser- und Lufthaushalt im Boden Sorge getragen werden. Vielerorts wird dies durch Drainagen erreicht. Da mit dies auch in Zukunft der Fall ist, müssen die Drainagen weiterhin unterhalten werden. Der freie Einlauf von bestehenden Drainageleitungen in Gewässer muss jederzeit - auch nach Hochwasserschutz - und Revitalisierungsmassnahmen garantiert bleiben. Zur landwirtschaftlichen Hauptinfrastruktur gehören nicht nur Drainagen, sondern auch die Erschliessungswege, bzw. Flurstrassen. Auch diese müssen unterhalten werden, damit sie ihren Zweck erfüllen können. Zu berücksichtigen ist dabei, dass Flurstrassen nicht aus schliesslich der Landwirtschaft dienen, sondern auch von der Forstwirtschaft, für den Gewässerunterhalt und insbesondere von der Bevölkerung für vielfältige Freizeitbeschäftigung (Reiten, Biken, Joggen, Spazieren, usw.) genutzt werden. Sie tragen somit auch dazu bei, das Naherholungsgebiet zu erschliessen und attraktiv zu machen. Begründung -	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme wurde gestrichen, da inhaltlich umstritten, teuer und im Falle von Entwässerung organischer Böden dem Klimaschutz und der Biodiversitätsstrategie entgegenlaufend.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion

262/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 36: Die Wasserretention im Kulturland verbessern			
138047	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme Nr. 33 bei den Schnittstellen aufführen. Begründung Die Schnittstellen zwischen den Massnahmen sollten aufeinander abgestimmt sein.	Schlagworte Verlinkung zwischen Massnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Text wird angepasst.
141020	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Massnahme erweitern, so dass auch im TG bereits konkrete Projekte umgesetzt werden. Begründung Die GRÜNEN begrüssen die Massnahme im Grundsatz sehr. Jedoch sollte nicht nur die Umsetzung in anderen Kantonen verfolgt werden, sondern auch im TG bereits Projekte aktiv umgesetzt werden.	Schlagworte Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Die Idee der Massnahme ist es, die Ergebnisse der wissenschaftlich begleiteten Projekte in anderen Kantonen zu beobachten. Diese sollen dann wie erwähnt auf Umsetzbarkeit geprüft werden. Eine eigentliche Umsetzung solcher Projekte käme dann in einem folgenden Schritt. Dies schliesst nicht aus, und ist in der Beschreibung erwähnt, dass ein konkreter Interessent für ein Projekt begleitet und unterstützt würde. Siehe hierzu MN 37.
141401	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn / Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Massnahme ist zu begrüssen. Beobachten allein reicht aber nicht. Begründung Synergie zur Massnahme 65 (Vernässung, Moorregenerierung, Biodiversität). Wasserrückhalt in der Landschaft sollte gefördert werden um künftigen Dürreperioden entgegenzuwirken.	Schlagworte Synergien, Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Idee der Massnahme ist es ausdrücklich, die Ergebnisse der wissenschaftlich begleiteten Projekte in anderen Kantonen zu beobachten und so fundiertes Fachwissen aufzubauen. Diese sollen dann wie erwähnt auf Umsetzbarkeit geprüft werden. Eine eigentliche Umsetzung solcher Projekte käme dann in einem folgenden Schritt. Dies schliesst nicht aus, und ist in der Beschreibung erwähnt, dass ein konkreter Interessent für ein Projekt begleitet und

263/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			unterstützt würde.
136245	Pro Natura. Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Zur Bewässerung sollen in Vernetzungskorridoren Wasserspeichertümpel angelegt werden. Diese sollen so ausgestaltet werden, dass sie gleichzeitig auch optimal eine hohe Artenvielfalt einheimischer Tiere beherbergen. Begründung Die Wasserknappheit wird aufgrund des Klimawandels leider zunehmen. Aktuell sind Wasserspeichertümpel ökologische Wüsten. Zur Verbesserung dieser Situation braucht es innovative Maßnahmen, damit mit den Wasserspeichertümpeln gleichzeitig auch die Biodiversität gefördert wird. Pro Natura Thurgau arbeitet an solchen Lösungen.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Dies ist bei der konkreten Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Massnahme zu berücksichtigen.
136246	Pro Natura. Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Künftig sollen mehr Wiesen vernässt werden. Begründung Durch die Vernässung von Wiesen kann CO₂ gespeichert werden. Zudem tragen solche Flächen dazu bei, dass der Abfluss verzögert wird.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. In der Klimastrategie Kanton Thurgau ist die Wiedervernässung von organischen Böden und Mooren im Handlungsfeld "Arten und Lebensräume" aufgeführt. Die grundsätzliche (Wieder-)Vernässung von Wiesen ist im Massnahmenplan Klima nicht explizit vorgesehen. Gemäss der kantonalen Biodiversitätsstrategie ist u.a. die Anzahl Feuchtgebiete (inkl. Riedwiesen) zu erhöhen.
139347	SIA Sektion Thurgau	Antrag / Bemerkung Konkretisierung Massnahmenblatt	Schlagworte Formales, Konkretisierung Umgang mit Rückmeldung

264/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Begründung Die Optimierung des Wasserrückhalts im Boden stellt ein wichtiger Aspekt im Rahmen der Klimaanpassung dar. Entsprechend sollte die Thematik Schwammland im Rahmen der Massnahmenplanung konkreter angegangen werden. Wir schlagen vor, dass das Potential und die Möglichkeiten für die Flächenretention und die Bewirtschaftung von Drainagen (Smarte Drainagen) im Kanton geprüft und bei Bedarf umgesetzt werden.	Die MN 37 bietet Raum, um die vorgeschlagenen Massnahmen umzusetzen. Kein Anpassungsbedarf.
134661	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Das Projekt "slow water" wird grundsätzlich unterstützt. Dieses kann aber auch ausserhalb des Massnahmenplans umgesetzt werden (Kosten von Fr. 5'000 pro Jahr). Aufgrund der ausgewiesenen geringen Wirkung und im Sinne der Fokussierung sollte die Massnahme darum aus dem Massnahmenplan gestrichen werden.	Schlagworte Streichung Massnahme, Wirkung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Massnahmen sind im Rahmen eines umfassenden Prozesses mit den Fachstellen entwickelt worden und im Rahmen von früheren Priorisierungsrunden bereits reduziert worden. Der sektorübergreifende Charakter des Massnahmenplans, der Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gleichermassen abdeckt, soll beibehalten werden. Eine Reduktion der Anzahl Massnahmen um der Fokussierung willen wird nicht vorgenommen. Die MN 36 wurde bewusst beibehalten, weil sie wissenschaftlich begleitete Projekte beobachtet und beurteilt und der Wasserhaushalt im Kulturland künftig ein zentrales Thema im Rahmen der Klimaanpassung wird.
142728	Verband Thurgauer Landwirtschaft 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Diese Massnahme wird von uns befürwortet. Abgestimmt mit der Massnahme 35 kann sie dazu beitragen, dass sporadisch auftretende Trockenzeiten besser überbrückt werden können. Begründung	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.

265/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
-			
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 37: Projekte für klimaoptimierte Produktion umsetzen			
138054	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Einheitliche Zielformulierung: Erkenntnisse für praxistaugliche Anwendungen in den Bereichen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel werden gewonnen und in die Praxis übertragen. Begründung Die Art der Zielformulierung sollte bei allen Massnahmen gleich sein.	Schlagworte Formales, einheitliche Formulierung Umgang mit Rückmeldung Text wird angepasst. AfU.
141570	Grünliberale Partei des Kantons Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Externe Stellen: zusätzliche Fachleute Begründung Biovertretung einbeziehen, Förderung von Bio ist eine zusätzliche Massnahme (siehe Anhang)	Schlagworte Bio-Landwirtschaft, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Bei den einzubeziehenden Stellen wird die Bio-Vertretung aufgeführt.
136296	Pro Natura. Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Pflanzung von Hecken und Bäumen zur Reduktion von negativen Einflüssen von Wind auf Äckern oder anderen landwirtschaftlichen Flächen. Begründung Ein Problem des Klimawandels sind die zunehmenden Winde, welche die Böden austrocknen. Wenn die Böden austrocknen, wird	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Massnahme ist bewusst breit formuliert und macht keine inhaltlichen Spezifizierungen auf dem vorgeschlagenen Detaillierungsgrad. Die Hecken sind Teil der genannten resilienten Anbausysteme.

266/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Staub freigesetzt und der Boden trocknet aus. Der Wassermangel führt zu einer spärlicheren Bodenbedeckung, wodurch sich der Boden schneller aufwärmt und die Wasserspeicherung verringert wird. Hecken können den negativen Auswirkungen der Winde entgegenhalten. Dies können klassische, artenreiche Hecken oder ganz einfach Futterhecken sein, welche zur Fütterung des Viehs dienen. Auch Bäume geben Windschutz, beispielsweise auch Bäume einer Trüffelpflanzung oder in der Form von Alleen.	
139374	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Die Ausrichtung der Massnahme wird unterstützt. Die mit dem Klimawandel verbundenen Herausforderungen für die Landwirtschaft werden jedoch bereits breit erforscht. Es ist nicht sinnvoll, wenn der Kanton Thurgau hier zusätzliche, bescheidene Programme startet (Kosten von Fr. 40'000 pro Jahr). Die Erkenntnisse werden sich für den Kanton Thurgau nicht wesentlich von denen anderer Kantone unterscheiden. Der Lead für die Forschung sollte beim Bund mit seinen Forschungsstellen (Agroscope) liegen. Im nächsten Schritt sollte auf Ausbildung und Anleitungen fokussiert werden. Der Kanton Thurgau könnte sich	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt: Auch wenn Erkenntnisse aus anderen Kantonen ähnlich sein dürften, wird es als wichtig erachtet, Konzepte in Pilotbetrieben vor Ort und unter den im Kanton vorherrschenden Rahmenbedingungen zu erproben, da diese als Anschauungsbeispiele vor Ort stärkere Sensibilisierungswirkungen bei Landwirtinnen und Landwirten erzielen können.

267/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		dann auf die Umsetzung konzentrieren. Zusammenfassend soll im Sinne der Fokussierung auf diese Massnahme verzichtet werden.	
141487	Simon Schönholzer 8577 Schönholzerswil	Antrag / Bemerkung In- und externe Stellen: Vertreter Landwirtschaft Diesen Begriff ergänzen mit : Vertretern der biologischen Landwirtschaft Begründung Siehe MN 32	Schlagworte Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Bei den einzubeziehenden Stellen wird eine Vertretung der Bio-Landwirtschaft aufgeführt.
141488	Simon Schönholzer 8577 Schönholzerswil	Antrag / Bemerkung Die Förderung des biologischen Landbaues soll in die Beschreibung der Massnahme einfließen. Begründung Der biologische Landbau als ganzes erfüllt viele der genannten Punkte bereits. Somit ist die Förderung des biologischen Landbaues eine sehr klimaoptimierte Produktionsform. Im Policy Brief der BioSuisse sind die wissenschaftlichen Quellenangaben, betreffend der Klimawirkung des biologischen Landbaues, aufgeführt.	Schlagworte Bio-Landwirtschaft, inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung Die angeregte Ergänzung ist nicht erforderlich. Die klimarelevanten Vorteile der biologischen gegenüber der konventionellen Landwirtschaft sind bekannt. Die MN 37 geht über die ausdrückliche Förderung des biologischen Landbaus hinaus. Für die Förderung des biologischen Landbaus besteht am BBZ Arenenberg bereits eine Fachstelle. Indirekt wird der biologische Landbau mit der MN 29 über die Nachfrage gefördert.
134667	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung

268/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Begründung Die Ausrichtung der Massnahme wird unterstützt. Die mit dem Klimawandel verbundenen Herausforderungen für die Landwirtschaft werden jedoch bereits breit erforscht. Es ist nicht sinnvoll, wenn der Kanton Thurgau hier zusätzliche, bescheidene Programme startet (Kosten von Fr. 40'000 pro Jahr). Die Erkenntnisse werden sich für den Kanton Thurgau nicht wesentlich von denen anderer Kantone unterscheiden. Der Lead für die Forschung sollte beim Bund mit seinen Forschungsstellen (Agroscope) liegen. Im nächsten Schritt sollte auf Ausbildung und Anleitungen fokussiert werden. Der Kanton Thurgau könnte sich dann auf die Umsetzung konzentrieren. Zusammenfassend soll im Sinne der Fokussierung auf diese Massnahme verzichtet werden.	Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt: Auch wenn Erkenntnisse aus anderen Kantonen ähnlich sein dürften, wird es als wichtig erachtet, Konzepte in Pilotbetrieben vor Ort und unter den im Kanton vorherrschenden Rahmenbedingungen zu erproben, da diese als Anschauungsbeispiele vor Ort stärkere Sensibilisierungswirkungen bei Landwirtinnen und Landwirten erzielen können.
142729	Verband Thurgauer Landwirtschaft 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Auch diese Massnahme wird von uns vollumfänglich befürwortet. Wir haben viele innovative Landwirte, die bereit sind, bei solchen Projekten mitzumachen und die Erfahrungen im Rahmen von Besichtigungen ihren Berufskollegen mitzuteilen. In Kombination mit dem Emissionsversuchsstalls in Tänikon können Synergien ausgeschöpft werden. Begründung -	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales, Synergien Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 38: Kantonale Beiträge für klimaoptimierte Produktion prüfen			

269/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
138057	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Erläuterungen zu den Beurteilungskriterien ergänzen: - Kosten-Nutzen-Verhältnis - Umsetzbarkeit - Akzeptanz Begründung Für das Verständnis sind Erläuterungen hilfreich.	Schlagworte Formales, Beurteilungskriterien, inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung Kosten-Nutzen-Verhältnis: Die Massnahme dient dem internen Erkenntnisgewinn und als Grundlagenbeschaffung für politische Entscheide. Sie hat keine direkte Wirkung auf den Klimaschutz oder die Anpassung an den Klimawandel. Deshalb: unterstützend. Umsetzbarkeit: Die auf ein Jahr befristete Stelle kann departementsintern beschlossen werden. Weil die Kosten klar definiert und überschaubar sind, ist die Umsetzbarkeit hoch. Akzeptanz: siehe Umsetzbarkeit
142739	Bio Ostschweiz	Antrag / Bemerkung In der Massnahme 38 solle eine klimaoptimierte Produktion gefördert werden. Auch hier bringt der Biolandbau eine grosse Vorleistung mit. Diese muss zwingend berücksichtigt werden in der Ausarbeitung von Massnahmen Eine Beratungsoffensive kann einerseits den Biolandbau fördern, oder allgemein klimafreundliche Betriebssysteme anstossen. Wir begrüssen eine finanzielle Unterstützung der Beratung für die Betriebsumstellung auf Biolandbau und allgemein Unterstützung in Erstberatungen für klimafreundliche Systeme Begründung -	Schlagworte Bio-Landwirtschaft, Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Die Punkte sind bei der Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Massnahme zu berücksichtigen.
141021	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung - Begründung	Schlagworte Zuständigkeit, Zusammenarbeit, Wirkung Umgang mit Rückmeldung

270/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Die GRÜNEN begrüßen verstärkte Anreize für eine klimaoptimierte Produktion grundsätzlich. Hier sollte der Kanton Thurgau in erster Linie auf nationaler Ebene aktiv werden und die nationalen Direktzahlungen in diese Richtung lenken. Weiteren Förderungen auf kantonaler Ebene stehen wir eher kritisch gegenüber. Allgemein sollte die Förderung insbesondere auf Klimaschutzmassnahmen ausgelegt werden.	Kenntnisnahme. Die Massnahme ist als Prüfauftrag formuliert, solche Vorbehalte sind im Rahmen der Prüfung zu berücksichtigen.
131919	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Wichtig dass bestehende Direktzahlungen ergänzt werden Begründung Es dürfen auch in Zukunft keine bestehenden finanziellen Mittel (Direktzahlungen) umgelagert werden.	Schlagworte Formales, Finanzmittel Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
141572	Grünliberale Partei des Kantons Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Ergebnisse aus "Klima Check Bio & Klimapunktesystem IP Suisse" müssen als beitragsberechtigt anerkannt werden. Begründung Siehe PB-Klima, Seite 6.	Schlagworte Bio-Landwirtschaft Umgang mit Rückmeldung Die Punkte sind bei der Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Massnahme zu berücksichtigen.
139375	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwillen	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung In einem ersten Schritt sind Massnahmen für eine klimaoptimierte landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln, bevor deren Subventionierung entwickelt wird. Für MN 38 wird zudem eine geringe Wirkung und	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Mit MN 38 wird bewusst geprüft, wo die Agrarpolitik des Bundes (AP 2030+) bezüglich Klimaschutzmassnahmen und Anpassung an den Klimawandel Ergänzungsbedarf aufweist und ob Hand-

271/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis ausgewiesen. Die Massnahme ist somit im Sinne der Fokussierung vorerst aus dem Massnahmenplan zu streichen.	lungsbedarf besteht, um allfällige Ziellücken subsidiär mit kantonalen Beiträgen zu ergänzen.
141496	Simon Schönholzer 8577 Schönholzerswilen	Antrag / Bemerkung Klima Check BioSuisse und Klimapunktesystem IP Suisse müssen als Ergänzungsmöglichkeiten geprüft werden. Begründung Klima Check BioSuisse und das Klimapunktesystem der Ip Suisse sind beides bereits existierende Klimatools, welche angewendet werden und wissenschaftlich gestützt sind. Die Betriebe, die sie umsetzen erbringen bereits jetzt eine erwiesene zusätzlicher Leistung in Sachen Klimaschutz.	Schlagworte inhaltliche Präzisierung, neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Die Punkte sind bei der Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Massnahme zu berücksichtigen.
141497	Simon Schönholzer 8577 Schönholzerswilen	Antrag / Bemerkung In- und Externe Stellen: VTL. Bitte ergänzen mit Thurgauer Vorstands-Vertreter der BioOstschweiz. Begründung Der VTL nimmt die Interessen des biologischen Landbaues nur ungenügend wahr. Siehe Begründung MN 32. BioOstschweiz ist der Verband der hiesigen Biobauern. Leider ist er nicht kantonal organisiert. Deshalb die Ergänzung Thurgauer Vorstands-Vertreter.	Schlagworte Zusammenarbeit, Bio-Landwirtschaft Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Es wird bewusst darauf verzichtet, eine spezifische Produktionsrichtung aufzuführen und damit bevorzugt zu behandeln. Damit alle Produktionsrichtungen gleichwertig behandelt würden, müssten Vertreter der IP-Produzenten, Permakulturrpioniere, Demeterlandwirte, usw. aufgeführt werden.

272/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
134670	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung In einem ersten Schritt sind Massnahmen für eine klimaoptimierte landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln, bevor deren Subventionierung entwickelt wird. Für MN 38 wird zudem eine geringe Wirkung und ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis ausgewiesen. Die Massnahme ist somit im Sinne der Fokussierung vorerst aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Mit MN 38 wird bewusst geprüft, wo die Agrarpolitik des Bundes (AP 2030+) bezüglich Klimaschutzmassnahmen und Anpassung an den Klimawandel Ergänzungsbedarf aufweist und ob Handlungsbedarf besteht, um allfällige Ziellücken subsidiär mit kantonalen Beiträgen zu ergänzen.
142732	Verband Thurgauer Landwirtschaft 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Wir können uns durchaus vorstellen, dass der Kanton Beiträge an Landwirte auszahlt, die sich klimaoptimiert Verhalten. Der Kanton soll sich aber auch dafür einsetzen, dass klimaoptimiert produzierte Nahrungsmittel über einen Konsum verfügen, der die Produktion dieser Nahrungsmittel langfristig ermöglicht. Zu Zeit erleben wir, dass für gewisse neu oder wieder angebaute Lebensmittel wegen den Kosten keine Absatzmärkte bestehen. Die Landwirtschaft wäre gewillt, solche Lebensmittel anzubauen. Oft finden diese Produkte dann aus finanziellen Gründen keinen Absatz. Begründung -	Schlagworte Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Bereits berücksichtigt: In den MN30 bis MN33 wird auf die Thematik der ressourcenschonenden Ernährung inkl. Wertschöpfungskette eingegangen.
MN 39: Berechnungsgrundlagen für Klimaschutzleistungen bereitstellen			

273/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
142742	Bio Ostschweiz	Antrag / Bemerkung Die Klimaleistung muss durch einen Rechner / Tool berechnet werden, welches den gesamten Betrieb abbildet. Dies ist enorm wichtig und wird in der Massnahme 39 angesprochen. Es geht nicht darum, nur den CO₂-Fussabdruck von zB. einen Liter Milch zu rechnen. Dies würde nur hochintensive Betriebe fördern. Die ganzen klimawirksamen Leistungen eines Betriebes müssen betrachtet werden. Biobetriebe bringen bereits eine grosse Vorleistung in Sachen Klimaschutz mit, zB. durch eine tiefere N-Bilanz, starkes Augenmerk auf Humusaufbau und weitere Punkte. Der gewählte Klimarechner sollte nebst der gesamtbetrieblichen Sicht in der Landwirtschaft breit abgestützt sein. Ein Klimarechner nur für den Thurgau bringt nichts, da eine Vergleichbarkeit fehlt. Bio Ostschweiz schlägt vor, den Rechner von Bio Suisse und IP-Suisse anzuwenden. Dieser wird von den beiden Organisationen neu lanciert und durch die hohe Zahl von Betrieben breit angewendet. Begründung -	Schlagworte inhaltliche Präzisierung, neue Massnahmenidee, Formales Umgang mit Rückmeldung MN 39 soll genau dazu beitragen, Stärken und Schwächen der verschiedenen Klimarechner zu erkennen und die Landwirtinnen und Landwirte entsprechend darüber zu informieren. Für die Anwendung in der Beratung kann nur der umfassendste und objektivste Klimarechner in Frage kommen.
141574	Grünliberale Partei des Kantons Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Klimarechner muss massnahmenbasiert aufgebaut sein. Auch muss ein Rechner den ganzen Landwirtschaftsbetrieb berechnen können. Begründung Siehe PB-Klima, Seite 6.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung MN 39 soll genau dazu beitragen, Stärken und Schwächen der verschiedenen Klimarechner zu erkennen und die Landwirtinnen und Landwirte entsprechend darüber zu informieren. Für die Anwendung in der Beratung kann nur der umfassendste und objektivste Klimarechner in Frage kommen.

274/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141794	Marcel Preiss 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Der einzige Theoretische Lichtblick stand auf der Seite 93 Massnahmen 39 „Landwirtschaftsbetriebe im Thurgau werden einheitliche und vergleichbare Methoden zur Berechnung ihrer Klimaschutzleistungen empfohlen.“ Aber eben nur empfohlen, es braucht ja keinen Druck weil ja alle noch auf Kurs ist! Diese art der Berechnung sollte zur Pflicht erklärt werden damit danach die Produkte (Lebensmittel) klar klassifiziert werden können. Wir kennen dies schon bei Fahrzeugen , Glühbirnen und Kühlschränken usw. Mein Fazit aus der Lektüre: ich befürchte dass nur schon für den Landwirtschaftlichen Bereich 10 neue Stellen geschaffen werden aber kaum THG- Emissionen eingespart werden. Begründung -	Schlagworte Massnahmeninstrument, Personalressourcen, Wirkung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Es liegt nicht in der Kompetenz des Kantons, die Anwendung eines Klimarechners vorzuschreiben. Druck zum Nachweis der Klimaleistung dürfte vom Detailhandel kommen. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, dass die Landwirte sich am BBZ Arenenberg beraten lassen können.
139376	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwillen	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung In einem ersten Schritt sind Massnahmen für eine klimaoptimierte landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln, bevor deren Subventionierung entwickelt wird. Für MN 39 wird zudem eine geringe Wirkung und ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis ausgewiesen. Die Massnahme ist somit im Sinne der Fokussierung vorerst zu streichen.	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Bei Berechnungsgrundlagen handelt es sich um eine vorbereitende Massnahme. Diese generiert per se noch keinen Nutzen, sie ist aber wichtig, um aufbauend darauf datenbasierte, wissenschaftsgestützte Massnahmen zu definieren.

275/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141491	Simon Schönholzer 8577 Schönholzerswilen	Antrag / Bemerkung Der Klimarechner muss Massnahmenbasiert aufgebaut sein. Siehe zB, IP Suisse Klimapunktesystem Begründung Rein Wirkungs-basierte Rechner setzen auf eine einseitige Intensivierung des Outputs bei einer gleichzeitigen Intensivierung des Inputs. Das ist leider keine nachhaltige Verbesserung der Klimabilanz sondern eine reine Effekthascherei.	Schlagworte Formales, inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung MN 39 soll genau dazu beitragen, Stärken und Schwächen der verschiedenen Klimarechner zu erkennen und die Landwirtinnen und Landwirte entsprechend darüber zu informieren. Für die Anwendung in der Beratung kann nur der umfassendste und objektivste Klimarechner in Frage kommen.
141492	Simon Schönholzer 8577 Schönholzerswilen	Antrag / Bemerkung 1 Begründung 1	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
141493	Simon Schönholzer 8577 Schönholzerswilen	Antrag / Bemerkung Der ausgewählte Klimarechner muss den ganzen Betrieb abdecken, berechnen können. Begründung Den Betrieben soll die administrative Arbeit erleichtert werden. So ist es nur zielführend, wenn mit dem bedienen eines Rechners alle Betriebszweige abgedeckt werden können. Bitte keine "Branchentools" verwenden. Sie sind zu einseitig ausgelegt. Unsere Agroscoop hat ein gutes Produkt entwickelt.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.

276/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
134671	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung In einem ersten Schritt sind Massnahmen für eine klimaoptimierte landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln, bevor deren Subventionierung entwickelt wird. Für MN 39 wird zudem eine geringe Wirkung und ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis ausgewiesen. Die Massnahme ist somit im Sinne der Fokussierung vorerst zu streichen.	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung, Wirkung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Bei Berechnungsgrundlagen handelt es sich um eine vorbereitende Massnahme. Diese generiert keinen direkten Nutzen für den Klimaschutz oder für die Anpassung an den Klimawandel. Sie ist aber wichtig, um aufbauend darauf datenbasierte, wissenschaftlich gestützte Massnahmen zu definieren.
142733	Verband Thurgauer Landwirtschaft 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Für die Thurgauer Landwirtschaft wird es in Zukunft enorm wichtig sein, ihre Klimaschutzleistungen zu kennen und diese auch in Wert setzen zu können. Hier könnte das BBZ Arenenberg eine wichtige Rolle übernehmen. Um über die erbrachten Leistungen Auskunft geben zu können, braucht es einen Klimarechner. Dieser soll für die ganze Bandbreite von extensiv bis intensiv wirtschaftenden Landwirtschaftsbetrieb angewandt werden und für diese aussagekräftige Resultate liefern. Die angewendeten Fruchtfolgen, die betriebsspezifisch und regional verschieden sein können, müssen dem Klima angepasst werden. Der Klimarechner muss die Beurteilung des gesamten Landwirtschaftsbetriebs, auch wenn er vielfältig aufgesetzt ist, abbilden können. Bereits erbrachte Leistungen soll er aufzeigen und diese sollen ebenfalls einen Wert bekommen. Es sollen also Betriebe die klimaangepasst bereits gut aufgestellt sind nicht benachteiligt werden. Auch hier möchte der VTL als externe Stelle miteinbezogen werden. Begründung	Schlagworte Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.

277/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

-

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

MN 40: Bildungs- und Beratungsangebot zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel ausbauen

141575	Grünliberale Partei des Kantons Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Bildungs- und Beratungsangebot: zu wenig konkret. Begründung Das Bildungsangebot soll einen ganzheitlichen Klimaschutz abdecken, siehe PB-Klima.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Die jetzige Formulierung schliesst gesamtheitlichen Klimaschutz nicht aus, sie deckt entsprechend der Ausrichtung der Klimastrategie Thurgau Klimaschutz und Anpassung ab.
--------	--	--	---

139377	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt. Begründung Sehr wichtige Massnahme welche aber erst angegangen werden soll, wenn MN 33 umgesetzt wurde.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales, Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung Die zeitliche Rücksichtnahme ist nicht erforderlich. Das Bildungs- und Beratungsangebot (MN 40) ist auf das Klima zugeschnitten, während die Entwicklung des Zukunftsbild Landwirtschaft und Ernährung Thurgau 2050 breiter gefasst sein wird.
--------	---	---	--

141494	Simon Schönholzer 8577 Schönholzerswil	Antrag / Bemerkung Das Bildungsangebot Klima soll einen ganzheitlichen Ansatz haben. Nicht eine rein Effizienz Steigerung als Lösung ansehen. Siehe KlimaStar Begründung	Schlagworte Formulierung, Formales Umgang mit Rückmeldung Die jetzige Formulierung schliesst gesamtheitlichen Klimaschutz nicht aus. Auf explizite Nennung von Biolandbau wird verzichtet.
--------	---	--	---

278/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		In Abhängigkeit von MN 37 und 39. Den biologischen Landbau direkt erwähnen. Reine "Effizienz Steigerungs Tools" bringen keine Nachhaltige Lösung.	
134674	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt Begründung Diese sollte aber erst angegangen werden, wenn MN 33 umgesetzt wurde.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales, Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung Die zeitliche Rücksichtnahme ist nicht erforderlich. Das Bildungs- und Beratungsangebot (MN 40) ist auf das Klima zugeschnitten, während die Entwicklung des Zukunftsbild Landwirtschaft und Ernährung Thurgau 2050 breiter gefasst sein wird.
142736	Verband Thurgauer Landwirtschaft 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Wir unterstützen diese Massnahme vollumfänglich. Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel werden in Zukunft für die Betriebsführung wichtiger werden. Darum begrüssen wir es, wenn im Bildungsbereich mit einem Wahlfach, später vielleicht sogar Pflichtfach gestartet wird. Begründung -	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Danke für die Unterstützung.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
6. Sektor Wald			

279/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141022	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Allgemeine Rückmeldungen zum Sektor Begründung Der Wald spielt eine wichtige Rolle zur Erhaltung eines stabilen Klimasystems. Entsprechend begrüssen wir die Aufnahme dieses Sektors. Insbesondere sollte darauf hingearbeitet werden, dass die Thurgauer Wälder mit der kommenden Klimaerwärmung umgehen können und weiterhin als aktive CO2 Senke arbeiten. Die Funktion der CO2 Senke soll soweit möglich noch verstärkt werden. Die Massnahme 41 ist aus unserer Sicht im Grundsatz zu begrüssen, jedoch fallen die Kosten durch eine zusätzliche, externe Stelle hoch aus. Diese soll nochmals geprüft und Alternativen aufgezeigt werden. Gerade bei einer allfälligen Priorisierung von einzelnen Massnahmen, muss der Nutzen und die Kosten dieser Massnahme nochmals sorgfältig geprüft werden.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales, Personalressourcen Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme 41 war u.a. aufgrund der hohen Kosten und des nur indirekten und geringen Nutzens in der Erarbeitung und Vernehmlassung umstritten. Im Rahmen der erneuten Ressourcenüberprüfung wird die Massnahme gestrichen.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 41: Sensibilisierung für die Einsatzmöglichkeiten des Rohstoffs Holz ausbauen			
141584	EVP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Sensibilisierung und Regulierung für die Einsatzmöglichkeiten des Rohstoffs Holz ausbauen Begründung Sensibilisierung alleine reicht nicht, es braucht eine Regulierung, um den gewünschten Effekt in nützlicher Frist zu erreichen	Schlagworte Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme 41 war u.a. aufgrund der hohen Kosten und des nur indirekten und geringen Nutzens in der Erarbeitung und Vernehmlassung umstritten. Im Rahmen der erneuten Ressourcenüberprüfung wird die Massnahme gestrichen.

280/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141598	Lignum Ost Informieren - ver- netzen – handeln 8526 Oberneun- forn/TG	Antrag / Bemerkung Diese Massnahme soll bevorzugt umgesetzt werden. Begründung Als Netzwerkorganisation für den Roh-, Bau- und Werkstoff Holz ha- ben wir mehrjährige Erfahrungen mit Sensibilisierungen. Diese Mas- snahme wird Wirkung erzielen und ist wichtig für den vermehrten Einsatz von Holz als klimaneutraler Baustoff und Energieträger.	Schlagworte Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme 41 war u.a. aufgrund der hohen Kosten und des nur indirekten und geringen Nutzens in der Erarbeitung und Ver- nehmlassung umstritten. Im Rahmen der erneuten Ressourcenüber- prüfung wird die Massnahme gestrichen.
139362	SIA Sektion Thur- gau SIA Sektion Thur- gau 8566 Neuwilen	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen. Begründung Die Massnahme ist somit im Sinne der Fokussierung aus dem Mas- snahmenplan zu streichen. Es besteht eine Vielzahl von Informationsquellen für Planende und Bauherren, z.B. Holzbau Schweiz, Schweizer Holz, Lignum, Fachhochschulen, Hochschulen. Es ist darum nicht nötig bzw. sogar kontraproduktiv, wenn der Kan- ton Thurgau hier weitere Kommunikationskanäle entwickelt. Auch ein Label Thurgauer Holz wird als unnötig erachtet. Holzbau im Sinne Hochbau ist zudem durch MN 6ff abgedeckt. Im Querver- gleich der Massnahmen kaum korrekt ist die ausgewiesene Wirkung im mittleren Bereich.	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme 41 war u.a. aufgrund der hohen Kosten und des nur indirekten und geringen Nutzens in der Erarbeitung und Ver- nehmlassung umstritten. Im Rahmen der erneuten Ressourcenüber- prüfung wird die Massnahme gestrichen.
134675	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme 41 war u.a. aufgrund der hohen Kosten und des

281/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Holz ist seit Jahrtausenden ein viel verwendeter Rohstoff. Dass Holz ein Baustoff ist, darf als Allgemeinwissen bezeichnet werden. Es besteht eine Vielzahl von Informationsquellen für Planende und Bauherren, z.B. Holzbau Schweiz, Schweizer Holz, Lignum, Fachhochschulen, Hochschulen. Es darum nicht nötig bzw. sogar kontraproduktiv, wenn der Kanton Thurgau hier weitere Kommunikationskanäle entwickelt. Auch ein Label Thurgauer Holz wird als unnötig erachtet. Holzbau im Sinne Hochbau ist zudem durch MN 6ff abgedeckt. Im Quervergleich der Massnahmen kaum korrekt ist die ausgewiesene Wirkung im mittleren Bereich. Die Massnahme ist somit im Sinne der Fokussierung aus dem Massnahmenplan zu streichen.	nur indirekten und geringen Nutzens in der Erarbeitung und Vernehmlassung umstritten. Im Rahmen der erneuten Ressourcenüberprüfung wird die Massnahme gestrichen.
141259	Thurgauer Gewerbeverband 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Vehement lehnt der TGV die Finanzierung einer externen Stelle zur Förderung des Baustoffes Holz ab (TCHF 750). Eine solche Massnahme ist einseitig auf die Bevorzugung eines Baustoffes ausgerichtet und nicht Aufgabe des Kantons. Begründung -	Schlagworte Personalressourcen Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme 41 war u.a. aufgrund der hohen Kosten und des nur indirekten und geringen Nutzens in der Erarbeitung und Vernehmlassung umstritten. Im Rahmen der erneuten Ressourcenüberprüfung wird die Massnahme gestrichen.
141805	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Sensibilisierung für die Einsatzmöglichkeiten des Rohstoffs Holz Die Bürgergemeinde Bischofzell unterstützt die geplante Schlüssel-massnahme zur verstärkten Sensibilisierung für die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten des Rohstoffs Holz ausdrücklich. Als öffentlich-	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme 41 war u.a. aufgrund der hohen Kosten und des nur indirekten und geringen Nutzens in der Erarbeitung und Ver-

282/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		rechtliche Körperschaft mit eigener Waldbewirtschaftung und direktem Bezug zur regionalen Holznutzung sehen wir die Massnahme als wichtigen Schritt zur Förderung eines nachhaltigen und klimawirksamen Umgangs mit der Ressource Holz. Holz bietet als regional verfügbarer, nachwachsender Rohstoff grosse ökologische und ökonomische Potenziale. Insbesondere der Einsatz im Holzbau ermöglicht eine langfristige CO₂-Bindung und die Substitution emissionsintensiver Baustoffe. Die geplante Förderung der Kaskadennutzung ist aus Sicht der Bürgergemeinde zentral, um Holz zunächst stofflich zu nutzen und erst danach energetisch zu verwerten. Diese Strategie entspricht einer nachhaltigen Ressourcenbewirtschaftung und trägt zur bestmöglichen Nutzung der heimischen Wälder bei. Die Sensibilisierungskampagnen unter Einbezug aller relevanten Akteure – von Waldeigentümern über Planer und Bauherren bis hin zu Behörden – sind fachlich gut abgestützt und zielführend. Die Bürgergemeinde begrüsst insbesondere die Zusammenarbeit mit der Lignum Ost, die über das notwendige Know-how und Netzwerk verfügt, um die gesetzten Ziele effizient umzusetzen. Die geplante Einrichtung eines virtuellen Informationsportals ("virtueller Schalter Holz") sowie die Beratung bei konkreten Projekten stärken die Praxisnähe und den Wissenstransfer. Aus Sicht der Bürgergemeinde ist der vorgesehene finanzielle Aufwand von Fr. 750'000 über vier Jahre als angemessen zu beurteilen, insbesondere im Verhältnis zum langfristigen Nutzen in den Bereichen Klimaschutz, Regionalwirtschaft und nachhaltige Bauweise. Die Wirkung der Massnahme kann durch geeignete Indikatoren wie	nehmlassung umstritten. Im Rahmen der erneuten Ressourcenüberprüfung wird die Massnahme gestrichen.

283/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Holzanteil im Bau oder die Nachfrage nach Beratung gut evaluiert werden. Begründung -	
142738	Verband Thurgauer Landwirtschaft 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Die Holzzusammensetzung unserer Wälder wird sich klimabedingt verändern. Der Anteil an Laubbaumarten wird an Bedeutung gewinnen. Daraus ergibt sich, dass sich die nach gelagerten Bereiche (Holzverarbeitung, Architektur, Bauplanung etc.) dieser Situation anpassen müssen, damit unser Rohstoff Holz weiterhin Verwendung findet. Nur so trägt unser einheimischer Wald zu einer Klimaverbesserung bei. Begründung -	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme 41 war u.a. aufgrund der hohen Kosten und des nur indirekten und geringen Nutzens in der Erarbeitung und Vernehmlassung umstritten. Im Rahmen der erneuten Ressourcenüberprüfung wird die Massnahme gestrichen.
142663	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung Labels definieren Rohstoff Begründung Bei Neubauten definiert das Label den Rohstoff.	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme 41 war u.a. aufgrund der hohen Kosten und des nur indirekten und geringen Nutzens in der Erarbeitung und Vernehmlassung umstritten. Im Rahmen der erneuten Ressourcenüberprüfung wird die Massnahme gestrichen.
142655	WaldThurgau	Antrag / Bemerkung	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme 41 war u.a. aufgrund der hohen Kosten und des

284/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Durch den klimadintgen Wandel und den klimaangepassten Waldbau verändert sich die Baumartenzusammensetzung im Thurgauerwald. Der Anteil der Fichte wird in den kommenden Jahrzehnten deutlich zurückgehen, während verschiedene Laubbaumarten an Bedeutung gewinnen. Diese sind besser an die veränderten Klimabedingungen angepasst. Da die Bauwirtschaft traditionell auf Nadelholz ausgerichtet ist, erfordert die vermehrte Nutzung von Laubholz als Bauholz verschiedene Anpassungen. Es ist wichtig, dass dieser Umstand bei der Sensibilisierung sämtlicher Akteure berücksichtigt wird. Dazu gehören die Weiterentwicklung von Verarbeitungstechnologien sowie Investitionen in innovative Produkte. Auch ein Umdenken in der Architektur und Bauplanung sowie gezielte forstwirtschaftliche Massnahmen zur Förderung geeigneter Laubbaumarten sind erforderlich, um die zukünftige Nutzung von Laubholz im Bauwesen zu ermöglichen. Begründung -	nur indirekten und geringen Nutzens in der Erarbeitung und Vernehmlassung umstritten. Im Rahmen der erneuten Ressourcenüberprüfung wird die Massnahme gestrichen.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 42: Forstliches Vermehrungsgut für die klimaangepasste Waldverjüngung bereitstellen			
142622	Forstamt	Antrag / Bemerkung MN42: «Baumarten» statt «Laubbaumarten» verwenden; gemäss Massnahmenblatt liegt lediglich der Fokus auf Laubbaumarten, d.h. Nadelbaumarten sind nicht ausgeschlossen. Begründung	Schlagworte Formales, inhaltliche Präzisierung Umgang mit Rückmeldung Umsetzen: vorgeschlagenes Wording übernehmen.

285/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		-	
142628	Forstamt	Antrag / Bemerkung MN42: Im Spider-Diagramm sollen die Kosten auf «mittel» gesetzt werden, da die Kosten verglichen mit anderen Massnahmen keineswegs «hoch» sind. Begründung -	Schlagworte Beurteilungskriterien Umgang mit Rückmeldung Die Kostendefinition lautet: Die Kosten umfassen die Gesamtkosten für den Kanton, die mit einer Massnahme anfallen, d.h. die Summe aus den benötigten finanziellen und personellen Ressourcen. Dabei handelt es sich nicht nur um die Zusatzkosten, die im Massnahmenplan Klima aufgeführt sind. Kostenbeurteilung wird auf "mittel" gesetzt.
139363	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwillen	Antrag / Bemerkung Kein Antrag Begründung Massnahme wird begrüsst.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
134676	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt Begründung Die Massnahme ist sinnvoll, insbesondere in der Zusammenarbeit mit der WSL und den Thurgauer Forstbetrieben.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Besten Dank für die Unterstützung.
141806	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofszell	Antrag / Bemerkung „Forstliches Vermehrungsgut für die klimaangepasste Waldverjüngung bereitstellen“	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales, Information, Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.

286/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Wir begrüssen die geplante Massnahme ausdrücklich. Als Eigentümerin von Waldflächen sind wir uns der zunehmenden Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel bewusst – insbesondere hinsichtlich der künftigen Baumartenwahl und der langfristigen Stabilität unserer Wälder. Die Zielsetzung, bei Pflanzungen vorrangig einheimische Baumarten geeigneter Herkunft zu verwenden, ist aus fachlicher Sicht richtig und notwendig. Die angestrebte klimaangepasste Waldverjüngung dient nicht nur der ökologischen Stabilität, sondern langfristig auch der Sicherung der forstwirtschaftlichen Nutzung und der Schutzfunktionen des Waldes. Besonders begrüssen wir den Fokus auf robuste Laubbaumarten wie die Eiche, deren klimatische Resilienz gut dokumentiert ist. Die geplante Studie zur Ausgangslage und zur Entwicklung geeigneter Instrumente (Sensibilisierung, Fördermittel, etc.) ist ein sinnvoller erster Schritt. Wichtig erscheint uns, dass die Erkenntnisse daraus praxisnah und für alle Waldeigentümer zugänglich aufbereitet werden. Ebenso ist es entscheidend, dass die Umsetzung in enger Zusammenarbeit mit den Forstbetrieben, Baumschulen und Waldeigentümerorganisationen erfolgt – Bürgergemeinden sollten dabei als wichtige Partner aktiv einbezogen werden. Der finanzielle Aufwand ist mit Fr. 95'000 für die Studie und möglichen Folgeausgaben in einem vertretbaren Rahmen, vor allem angesichts des langfristigen Nutzens für die Waldentwicklung im Kanton Thurgau. Begründung	Aufbereitung für unterschiedliche Akteure wird bei der Umsetzung der Massnahme berücksichtigt, ebenso die Zusammenarbeit.

287/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

-

142671	WaldThurgau	Antrag / Bemerkung Diese Massnahme wird durch uns unterstützt und trägt dazu bei, den Anforderungen des klimaangepassten Waldbaus sicherstellen zu können. Begründung -	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Besten Dank für die Unterstützung.
--------	-------------	---	---

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

MN 43: Instrumente zur Kommunikation der Waldbrandgefahr verbessern

139364	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwilten	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Eine Kampagne zum Thema Waldbrandgefahr sollte durch den Bund geführt werden. Es braucht nicht 26 kantonale Kampagnen oder Merkblätter. Die Massnahme ist somit im Sinne der Fokussierung aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die auf Ebene Bund vorhandenen Kommunikationskanäle für Waldbrand sind gut und gelten auch für den Kanton. Die Information zur Waldbrandgefahrenstufe wird via MeteoSchweiz App verbreitet. Zusätzlich betreibt der Bund eine Website (www.waldbrandgefahr.ch) bei der auch die für die herrschende Gefahrenstufe jeweils vom Kanton (Forstamt) festgelegten, geltenden Massnahmen abgefragt werden können. Zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die Waldbrandgefahrenstufen und die daran gekoppelten Verhaltensempfehlungen soll ein Merkblatt (Faltblatt) erstellt werden, das die für den Kanton Thurgau geltenden Details regelt. Dieses soll medial begleitet und beispielsweise an einer Sommermedienfahrt eingeführt werden. Zur Verbesserung der Kommunikation ist die Einbindung der Waldbrandgefahrenkarte des BAFU auf Kanälen
--------	--	--	---

288/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			mit Breitenwirkung zu prüfen (bspw. Einstiegsseite Kt. Thurgau, Online-Zeitschriften etc.). Es wird weiter nach einer zeitgemässen, digitalen Alternativen gesucht werden, Feuerverbote schneller in Kraft zu setzen.
134678	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Eine Kampagne zum Thema Waldbrandgefahr sollte durch den Bund geführt werden. Es braucht nicht 26 kantonale Kampagnen oder Merkblätter. Die Massnahme ist somit im Sinne der Fokussierung aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die auf Ebene Bund vorhandenen Kommunikationskanäle für Waldbrand sind gut und gelten auch für den Kanton. Die Information zur Waldbrandgefahrenstufe wird via MeteoSchweiz App verbreitet. Zusätzlich betreibt der Bund eine Website (www.waldbrandgefahr.ch) bei der auch die für die herrschende Gefahrenstufe jeweils vom Kanton (Forstamt) festgelegten, geltenden Massnahmen abgefragt werden können. Zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die Waldbrandgefahrenstufen und die daran gekoppelten Verhaltensempfehlungen soll ein Merkblatt (Faltblatt) erstellt werden, das die für den Kanton Thurgau geltenden Details regelt. Dieses soll medial begleitet und beispielsweise an einer Sommermedienfahrt eingeführt werden. Zur Verbesserung der Kommunikation ist die Einbindung der Waldbrandgefahrenkarte des BAFU auf Kanälen mit Breitenwirkung zu prüfen (bspw. Einstiegsseite Kt. Thurgau, Online-Zeitschriften etc.). Es wird weiter nach einer zeitgemässen, digitalen Alternativen gesucht werden, Feuerverbote schneller in Kraft zu setzen.
141808	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofszell	Antrag / Bemerkung „Instrumente zur Kommunikation der Waldbrandgefahr verbessern“	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung

289/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Die Bürgergemeinde Bischofszell unterstützt die geplante Massnahme zur Verbesserung der Kommunikation bei Waldbrandgefahr vollumfänglich. Angesichts zunehmender Wetterextreme durch den Klimawandel gewinnt der Schutz des Waldes vor Bränden immer mehr an Bedeutung – sowohl für die ökologische Stabilität als auch für den Schutz der Bevölkerung und der angrenzenden Infrastrukturen. Unsere Wälder sind ein wichtiger Erholungsraum, insbesondere in stadtnahen Gebieten. Die Gefahr von menschengemachten Waldbränden nimmt mit der intensiven Nutzung zu. Daher ist es entscheidend, dass die Thurgauer Bevölkerung rechtzeitig, verständlich und über geeignete Kanäle über die aktuelle Waldbrandgefahr und die jeweils geltenden Verhaltensregeln informiert wird. Die Massnahme setzt mit der Erstellung eines breit einsetzbaren Merkblatts, der Nutzung moderner Kommunikationskanäle sowie einer stärkeren digitalen Einbindung der Gefahrenstufen wichtige Akzente. Besonders zu begrüßen ist der geplante Schritt, die Zeitspanne zwischen Anordnung und Inkrafttreten eines Feuerverbots deutlich zu verkürzen. In akuten Lagen zählt jede Stunde – hier besteht aktuell eine deutliche Lücke in der Umsetzungspraxis. Aus Sicht der Bürgergemeinde ist der finanzielle Aufwand von Fr. 10'000 für die initiale Umsetzung absolut angemessen. Die Massnahme kann mit verhältnismässig geringem Aufwand eine grosse Wirkung entfalten – insbesondere wenn auch Gemeinden bei der Verbreitung der Informationen aktiv eingebunden werden. Begründung	Kenntnisnahme. Besten Dank für die Unterstützung.

290/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
-			
142672	WaldThurgau	Antrag / Bemerkung Die Massnahme wird von uns unterstützt. Mit verhältnismässig geringem Aufwand kann so der zunehmenden Gefahr von Waldbränden vorgebeugt und der Wald wirksam präventiv geschützt werde. Begründung -	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Besten Dank für die Unterstützung.
MN 44: Verschleppung von invasiven Neophyten in den Wald entgegenwirken			
142629	Forstamt	Antrag / Bemerkung MN44: Gemäss Erläuterung zu den Kosten («kostengünstige Sensibilisierungsaktionen») müsste die entsprechende Einstufung «gering» oder «mittel» und nicht «hoch» sein. Begründung -	Schlagworte Beurteilungskriterien Umgang mit Rückmeldung Die Kostendefinition lautet: Die Kosten umfassen die Gesamtkosten für den Kanton, die mit einer Massnahme anfallen, d.h. die Summe aus den benötigten finanziellen und personellen Ressourcen. Dabei handelt es sich nicht nur um die Zusatzkosten, die im Massnahmenplan Klima aufgeführt sind. Die Beurteilung der Kosten wird nochmals überprüft.
139365	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Der Zusammenhang der Massnahme - welche als solche Sinn macht - mit dem Massnahmenplan Klima ist wenig ersichtlich. Die	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Die Massnahmen sind im Rahmen eines umfassenden Prozesses mit den Fachstellen entwickelt worden und im Rahmen von früheren

291/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Massnahme ist somit im Sinne der Fokussierung aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Priorisierungsrunden bereits reduziert worden. Der sektorübergreifende Charakter des Massnahmenplans, der Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gleichermassen abdeckt, soll beibehalten werden. Eine Reduktion der Anzahl Massnahmen um der Fokussierung willen wird nicht vorgenommen.
134679	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Der Zusammenhang der Massnahme - welche als solche Sinn macht - mit dem Massnahmenplan Klima ist wenig ersichtlich. Die Massnahme ist somit im Sinne der Fokussierung aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Die Massnahmen sind im Rahmen eines umfassenden Prozesses mit den Fachstellen entwickelt worden und im Rahmen von früheren Priorisierungsrunden bereits reduziert worden. Der sektorübergreifende Charakter des Massnahmenplans, der Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gleichermassen abdeckt, soll beibehalten werden. Eine Reduktion der Anzahl Massnahmen um der Fokussierung willen wird nicht vorgenommen.
141809	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofszell	Antrag / Bemerkung „Verschleppung von invasiven Neophyten in den Wald entgegenwirken“ Die Bürgergemeinde Bischofszell unterstützt die geplante Massnahme ausdrücklich. Invasive Neophyten gefährden die Biodiversität, beeinträchtigen die Waldpflege und verursachen teilweise erhebliche Schäden. Die geplante Sensibilisierung der Bevölkerung – etwa über lokale Medien, Social Media oder Waldumgänge – ist ein wirkungsvoller und kosteneffizienter Ansatz.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.

292/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Als Bürgergemeinde sehen wir uns in der Verantwortung, diese Massnahmen mitzutragen und lokal umzusetzen, z. B. durch Informationsverbreitung oder Begründung -	
142740	Verband Thurgauer Landwirtschaft 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Die Bekämpfung invasiver Neophyten ist nicht nur im Wald ein Problem. Leider müssen wir feststellen, dass von den Privaten (Landwirten, Waldbesitzer etc.) viel mehr verlangt wird, als die Kantone, Gemeinden und Staatsbetriebe gewillt sind in dieser Angelegenheit zu unternehmen. Begründung -	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
142673	WaldThurgau	Antrag / Bemerkung Die Bekämpfung invasiver Neophyten ist zweifellos eine wichtige Aufgabe im Rahmen des Wald- und Biodiversitätsschutzes. Dennoch ist es aus unserer Sicht zentral, dass die Verantwortung für die Ausbreitung dieser Arten differenziert betrachtet wird. In der Praxis werden Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer zunehmend durch Dritte unter Druck gesetzt, obwohl die Einführung und Verschleppung invasiver Neophyten in den allermeisten Fällen nicht durch sie selbst verursacht wurde. Zudem ist die fachgerechte Bekämpfung dieser Arten für viele Waldeigentümer finanziell nicht tragbar, insbesondere in Fällen grossflächiger Ausbreitung oder wiederholtem Bekämpfungsaufwand über mehrere Jahre hinweg.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.

293/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

Begründung

-

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

7. Sektor Abfall, Abfallbewirtschaftung und Abwasser

141023	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Allgemeine Rückmeldungen zum Sektor Begründung Die GRÜNEN begrüßen die vorgeschlagenen Massnahmen im Sektor Abfall. Insbesondere CCS bei der KVA Weinfelden muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Auch die weiteren Massnahmen können wir unterstützen. Potenziale von lokalen Energiequellen gilt es konsequent zu nutzen. Auch das Potenzial von Negativemissionen durch CCS muss frühzeitig erkannt und genutzt werden.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die neue KVA Weinfelden wird bereits "CCS-ready" geplant.
--------	----------------------------------	---	--

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

MN 45: Verpflichtung einer flächendeckenden Separatsammlung biogener Abfälle in allen Gemeinden und bevorzugt energetische Nutzung einführen

141024	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung - Begründung Die GRÜNEN begrüßen eine flächendeckende Separatsammlung ausdrücklich. Das Potenzial gemäss Biomassenkonzept muss bald möglichst genutzt werden. Wir begrüßen eine einheitliche Regelung	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
--------	----------------------------------	--	--

294/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		und unterstützen eine gesetzliche Verpflichtung, welche alle Gemeinden betrifft.	
131922	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Diese Massnahme sollte ergänzt werden. Hauseigentümern von MFH sollten Möglichkeiten und oder Modelle aufgezeigt werden, wie für Mieter Küchenabfälle effizient gesammelt und der Verwertung zugeführt werden können. Begründung Mieter von kleinen Wohnungen generieren für sich alleine gesehen sehr kleine Mengen an Küchenabfällen für die sich die Anschaffung eines Grüngutcontainers niemals lohnt. Als ganzes produzieren jedoch solche Wohnkomplexe stattliche Mengen an Küchenabfällen, die unbedingt der Verwertung zugeführt werden sollten.	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme zielt in erster Linie auf die Etablierung der flächen-deckenden Sammlung biogener Abfälle, also auch der mit dieser Eingabe thematisierten. Für die genaue Umsetzung gibt es mehrere Optionen, die mit der zu beauftragenden Organisation erarbeitet und zur Umsetzungsreife gebracht werden müssen. Amt AfU AB
141402	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn / Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Die Massnahme wird grundsätzlich begrüsst. Entscheidend werden die Umsetzung und die Ausgestaltung sein. Hier liegt jedoch ein relativ grosses ungenutztes Potential der lokalen Energieverwertung. Begründung Es macht aus betriebswirtschaftlicher Sicht vermutlich Sinn, wenn die Mengen für die Separatsammlung biogener Abfälle erhöht werden können. Romanshorn hat diese Möglichkeit bereits einmal geprüft, ist aber zum Schluss gekommen, dass die nötige Infrastruktur (Bioganlage) regional nicht vorhanden und die Mengen für eine wirtschaftliche Verwertung zu klein sind.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Wirkung Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.

295/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
140557	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Keine Einführung von gesetzlichen Grundlagen für die kantonsweite Separatsammlung biogener Abfälle. Begründung siehe MN45	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Massnahme war bereits Gegenstand des Biomassekonzeptes 2014. Die flächendeckende Umsetzung scheiterte jedoch, so dass im Thurgau weiterhin ein Flickenteppich unterschiedlicher Lösungen koexistiert. Es bedarf einer einheitlichen Lösung, die jedoch einer gesetzlichen Regelung bedarf. Das in der Regio Frauenfeld etablierte Modell kann in eine solche Regelung integriert werden.
140574	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Bei der Einführung einer flächendeckenden Separatsammlung von biogenen Abfällen ist darauf zu achten, dass die Gemeinde selbst entscheiden können, mit welchem System sie ihrer (neuen) Verpflichtung nachkommen. Begründung Die grosse Mehrheit der Gemeinden verfügen über funktionierende Systeme bei der Sammlung von biogenen Abfällen (Container, Sammelstellen) und Lösungen mit Privaten. Die Verpflichtung einer flächendeckenden Separatsammlung ist ein Eingriff in die Gemeindeautonomie. Der Eingriff soll so niederschwellig wie möglich erfolgen. Die Gemeinden sollen in der Ausgestaltung der Sammlung frei sein und insbesondere dem Kosten/Nutzen Verhältnis Rechnung tragen können.	Schlagworte Gemeindeautonomie Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme war bereits Gegenstand des Biomassekonzeptes 2014. Die flächendeckende Umsetzung scheiterte jedoch, so dass im Thurgau weiterhin ein Flickenteppich unterschiedlicher Lösungen koexistiert. Es bedarf einer einheitlichen Lösung, die jedoch einer gesetzlichen Regelung bedarf. Das in der Regio Frauenfeld etablierte Modell kann in eine solche Regelung integriert werden.
134681	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme vor Umsetzung prüfen	Schlagworte Wirkung Umgang mit Rückmeldung

296/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Begründung Die Massnahme wird grundsätzlich unterstützt. Für ländliche Gemeinden ist die Separatsammlung von biogenen Abfällen aber in einem ersten Schritt in einer Bilanzierung zu überprüfen.	Abgelehnt. Die Massnahme war bereits Bestandteil des Biomassekonzeptes 2014, entsprechende Überprüfungen wurden bereits damals gemacht. Mit einer gesetzlichen Regelung sollen zudem alle Gemeinden gleich behandelt werden. Es wird geprüft, ob es Möglichkeiten für Ausnahmefälle gibt.
141514	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Bei der Einführung einer flächendeckenden Separatsammlung von biogenen Abfällen ist darauf zu achten, dass sie effizient und kostengünstig sind. Begründung Für Grüngutsammlungen haben viele Gemeinden bereits heute eine eigenständige Lösung. Das sollte berücksichtigt werden, da auch Existenzen davon abhängig sind.	Schlagworte Gemeindeautonomie, Sinn von Klimamassnahmen, Wirkung Umgang mit Rückmeldung Ein im Rahmen der Umsetzung des Biomassekonzeptes getätigter Gemeindevergleich hat gezeigt, dass in vielen Gemeinden Optimierungspotenzial besteht. Das Anliegen wird bei der Umsetzung der Massnahme berücksichtigt.
141094	Verband KVA Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Der Verband nimmt die Massnahme des Kantons zu Kenntnis und gibt folgende Punkte zu bedenken -> siehe Begründung. Begründung a) Der Bedarf einer vom Verband KVA Thurgau durchgeführten Grüngutsammlung mit/ohne Separatsammlung in den Verbandsgemeinden wurde vom Verband geprüft und von einer grossen Mehrheit der Verbandsgemeinden verworfen. Dies v.a. wegen bereits bestehender Abläufe / Anbieter. Aus Sicht des Verbands besteht also kein Bedürfnis der Gemeinden. Der Verband kann eine flächendeckende Sammlung nicht gegen den Willen seiner Trägergemeinden einführen.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Rechtsgrundlagen Umgang mit Rückmeldung a) Kenntnisnahme. b) In der Massnahmenbeschreibung steht: Die Massnahme des Biomassekonzeptes soll wiederaufgenommen und mittels gesetzlicher Verpflichtung der Gemeinden zur flächendeckenden Separatsammlung verbindlich werden (Anpassung des kantonalen Abfallrechts). c) Die im Status Quo in begrenztem Umfang ergriffenen Massnahmen sind sehr wichtig und tragen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen bei. Die Ziele der Umsetzung des Biomassekonzeptes wurden aber seit 2024 bei weitem nicht erreicht. Dies zeigt, dass

297/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		b) Eine flächendeckende Separatsammlung von biogenen Abfällen ist somit für den Verband nur auf Basis eines klaren gesetzlichen Auftrags möglich. Das heisst, der Kanton müsste die gesetzlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen schaffen und dem Verband einen konkreten Auftrag mit exakter Zuweisung der Verbandsgemeinden erteilen. c) Der Verband ist jedoch nicht überzeugt, dass diese Massnahme unter dem Strich den gewünschten Effekt erzielt. Er würde es bevorzugen, wenn der Status Quo beibehalten würde und die Gemeinden ihre bewährten Lösungen der primär stofflichen Verwertung weiterführen könnten.	der Status Quo nicht reicht, um das beträchtliche Potenzial des Kantons zur Grüngutsammlung effizient nutzen zu können und dass diese zusätzliche Massnahme notwendig ist.
132649	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Bei der Einführung einer flächendeckenden Separatsammlung von biogenen Abfällen ist darauf zu achten, dass die Gemeinde selbst entscheiden können, mit welchem System sie ihrer (neuen) Verpflichtung nachkommen. Begründung Die grosse Mehrheit der Gemeinden verfügen über funktionierende Systeme bei der Sammlung von biogenen Abfällen (Container, Sammelstellen) und Lösungen mit Privaten. Die Verpflichtung einer flächendeckenden Separatsammlung ist ein Eingriff in die Gemeindeautonomie. Der Eingriff soll so niederschwellig wie möglich erfolgen. Die Gemeinden sollen in der Ausgestaltung der Sammlung frei sein und insbesondere dem Kosten/Nutzen Verhältnis Rechnung tragen können.	Schlagworte Gemeindeautonomie Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme war bereits Gegenstand des Biomassekonzeptes 2014. Die flächendeckende Umsetzung scheiterte jedoch, so dass im Thurgau weiterhin ein Flickenteppich unterschiedlicher Lösungen koexistiert. Es bedarf einer einheitlichen Lösung, die jedoch einer gesetzlichen Regelung bedarf. Etablierte Modelle mit hoher Klimawirkung und Kosteneffizienz können in eine solche Regelung integriert werden. Eine völlige Wahlfreiheit kann indessen nicht zielführend sein. Amt AfU AB

298/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
132884	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Keine Einführung von gesetzlichen Grundlagen für die kantonsweite Separatsammlung biogener Abfälle. Begründung siehe MN45	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Massnahme war bereits Gegenstand des Biomassekonzeptes 2014. Die flächendeckende Umsetzung scheiterte jedoch, so dass im Thurgau weiterhin ein Flickenteppich unterschiedlicher Lösungen mit sehr unterschiedlicher Klimawirkung und Kosteneffizienz koexistiert.
141115	Verband der Schweizerischen Gasindustrie Branchenpolitik 8027 Zürich	Antrag / Bemerkung Wir unterstützen diese Massnahme. Gerne verweisen wir zum einen auf die Biogasanlage Kompogas Winterthur AG, die aus lokalen Grünabfällen und biogenen Resten der Zuckerfabrik aus Frauenfeld Biogas herstellen und einspeisen. Zum anderen verweisen wir auf die kantonale Biogasstrategie des Kanton Luzern (veröffentlicht Februar 2025), die dieselbe Massnahme in ihrer Strategie vorsieht. Wir empfehlen zu prüfen, einen höheren Anteil der Biomasse der Produktion von Biogas zuzuführen und den Bau von Biogasanlagen zu fördern. Begründung Der Grünabfall von der Stadt Frauenfeld wird in der Kompogas Winterthur AG verwertet (4000t Grünabfall pro Jahr). Rund 2 Millionen Kilowattstunden werden mit dem Grünabfall im Jahr erzeugt. Die kantonale Biogasstrategie des Kanton Luzern (Auftraggeber Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartment) verfolgt das Ausbauziel für Biogas von total 250 GWh/Jahr bis 2050 (Stand 2024, 135	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Entsprechende Massnahmen finden sich bereits im Biomassekonzept des Kantons Thurgau von 2014.

299/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		GWh/Jahr). In der Strategie wird abgeleitet welche Typen Biogasanalgen zur Erreichung der zusätzlichen 115 GWh/Jahr in Frage kommen und wie hoch die Kapazität der Biogenen Abfälle sein müsste. Hier setzte die Strategie v.a. auf die Separatsammlung Grüngut sowie Grüngut-Hol-sammlungen in den Gemeinden und den Einsatz von Hofdünger in landwirtschaftlichen Anlagen.	
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 46: KVA Weinfelden energetisch optimieren und CO₂-Abscheidung implementieren			
141429	ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband, Sektion Ostschweiz/FL 9001 St. Gallen	Antrag / Bemerkung bei der CO₂-Abscheidung ist eine saubere Kosten-/Nutzenrechnung durchzuführen. Aktuelle Berechnungen zeigen eine starke Verteuerung der Verbrennungskosten. Der Kanton Thurgau soll hier durch Alleingänge keine Voraussetzung für «Abfallexporte» in andere Kantone bzw. Nachbarländer schaffen. Begründung -	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
141025	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Es ist gesetzlich zu verankern, dass die neue KVA bereits bei der Inbetriebnahme auch die CO₂-Abscheidung implementiert. Begründung In diesem Sektor ist die Schlüsselmassnahme und die Massnahme mit der höchsten Relevanz die CO₂-Abscheidung bei der KVA	Schlagworte Rechtsgrundlagen Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Eine gesetzliche Regelung für eine Einzelanlage erscheint zum aktuellen Zeitpunkt nicht erforderlich, da dies gestützt auf den Massnahmenplan mit der abfallrechtlichen Errichtungsbewilligung geregelt werden kann. Entsprechende Vorschläge können

300/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Weinfelden (MN 46). Die Thurgauer CO2-Emissionen können mit einer einzigen Massnahme um jährlich mehr 200'000 Tonnen reduziert werden. Dies entspricht mehr als 10% der gesamten Thurgauer Emissionen. Die Hälfte der CO2-Reduktionen sind biogenen Ursprungs und somit eine technische Senke. Die CO2-Abscheidung ist einer der wenigen Möglichkeiten des Kantons Thurgau, negative Emissionen zu erzielen. Für das Netto-Null-Ziel sind diese unabdingbar.	aber auch im Rahmen der kommenden Revision des kantonalen Abfallgesetzes eingebracht werden. Amt AfU AB
138158	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwilten	Antrag / Bemerkung Es ist gesetzlich zu verankern, dass die neue KVA bereits bei der Inbetriebnahme auch die CO2-Abscheidung implementiert. Begründung In diesem Sektor ist die Schlüsselmassnahme und die Massnahme mit der höchsten Relevanz die CO2-Abscheidung bei der KVA Weinfelden (MN 46). Die Thurgauer CO2-Emissionen können mit einer einzigen Massnahme um jährlich mehr 200'000 Tonnen reduziert werden. Dies entspricht mehr als 10% der gesamten Thurgauer Emissionen. Die Hälfte der CO2-Reduktionen sind biogenen Ursprungs und somit eine technische Senke. Die CO2-Abscheidung ist einer der wenigen Möglichkeiten des Kantons Thurgau, negative Emissionen zu erzielen. Für das Netto-Null-Ziel sind diese unabdingbar.	Schlagworte Rechtsgrundlagen Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Eine gesetzliche Regelung für eine Einzelanlage erscheint zum aktuellen Zeitpunkt nicht erforderlich, da dies gestützt auf den Massnahmenplan mit der abfallrechtlichen Errichtungsbewilligung geregelt werden kann. Entsprechende Vorschläge können aber auch im Rahmen der kommenden Revision des kantonalen Abfallgesetzes eingebracht werden.
134682	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt Begründung	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung

301/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Die Massnahme wird unterstützt, auch wenn diese nicht neu ist und der Neubau der KVA Weinfelden bereits länger geplant wird.	Kenntnisnahme.
141093	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofszell	Antrag / Bemerkung Massnahme weglassen. Begründung Die KVA Weinfelden wird sowieso gebaut und mit der Pilotanlage (KVA Lindh) ergänzt, wenn sich diese als positiv herausstellt. Diese MN ist deshalb eigentlich überflüssig.	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die neue KVA wird "CCS-ready" geplant, die Verpflichtung zur Umsetzung erfolgt aber auf Basis des Massnahmenplans. Die CO2-Abscheidung stellt eine grosse Herausforderung dar. Bis heute gibt es weltweit erst wenige Anlagen im Grossmassstab, daher bedarf es hier zusätzlicher Anstrengungen. Ohne massnahmenseitige Unterstützung durch den Kanton dürfte dies kaum funktionieren.
141095	Verband KVA Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Der Verband nimmt die Massnahme des Kantons zu Kenntnis und beantragt, folgende Änderungen im Wortlaut zu übernehmen. a) Das Wording soll entsprechend angepasst werden: «Der Verband KVA Thurgau plant, die neue KVA mit einer Energienettoeffizienz von mindestens 80% zu betreiben. Der Kanton unterstützt die Entwicklung von Wärmeprojekten, welche diesem Ziel dienen. Er prüft die Möglichkeit finanzieller Unterstützung für Fernwärme- oder Prozessdampfprojekte, welche Abwärme von der KVA nutzen.» b) Das Wording soll entsprechend angepasst werden: «Sobald die zur CO2-Abscheidung notwendigen Rahmenbedingungen gegeben sind – insbesondere, was die Finanzierung der CO2-Abscheidung	Schlagworte Formulierung, Beurteilungskriterien Umgang mit Rückmeldung Umsetzen: Anpassungsvorschläge der KVA im Wordings übernehmen. a) ist das Amt für Energie mit dem Verband KVA im Austausch über eine mögliche finanzielle Beteiligung des Kantons. Im Zentrum steht ein Darlehen o.ä. an die Wärmetransportleitung. An den 85 % Energienettoeffizienz wird festgehalten, es wird aber als Ziel umformuliert, auch die externen Einflussfaktoren werden erwähnt. Die KVA leistet einen vorbildlichen und über dem gesetzlichen Minimum stehenden Beitrag zur Energiebereitstellung, was sich ökonomisch lohnt. Allerdings beeinflussen externe Faktoren die Menge an abgenommener Energie. b) Wird wie vorgeschlagen, übernommen. c) Die Klärung der Finanzierung wird gemäss Formulierung unter b)

302/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		betrifft und die Logistik für den Abtransport des CO₂ – soll der Verband diese umsetzen.» c) In der Bewertung durch die Fachstellen ist zu korrigieren, dass die voraussichtlichen Investitionen in eine Anlage für die Abscheidung und den Abtransport von CO₂ gemäss einer vom Verband in Auftrag gegebenen Studie im 3-stelligen Millionenbereich erwartet werden. Zudem ist zu berücksichtigen, dass der Gesetzgeber noch keine Klarheit geschaffen hat, wer die Kosten tragen soll. Konkreter Formulierungsvorschlag: «In Abhängigkeit der konkret noch durch den Gesetzgeber zu definierenden Finanzierungslösung sind Investitionskosten im 3-stelliger Millionenhöhe von den entsprechend definierten Kostenträgern zu tragen. Der Kanton geht heute davon aus, dass er sich an diesen Kosten nicht direkt beteiligen muss.» Begründung a) Mit der Ersatzanlage kann der Verband die gesetzliche Vorgabe einer Energienettoeffizienz von mindestens 80% problemlos einhalten. Die effektiven Werte hängen stark von der Fernwärme- und Prozessdampfabgabe an die Verbraucher ab. Die Postulierung eines Werts, welcher über der (bereits hohen) gesetzlichen Vorgabe liegt, erachten wir als nicht sinnvoll. Der Verband hat allein schon aus ökonomischen Gründen eine intrinsische Motivation, möglichst viel Wärme in der Region abzusetzen. Die Erreichung dieses Ziels liegt jedoch nicht ausschliesslich in den Händen des Verbandes. Möchte der Kanton dazu beitragen, dass die Energieabgabe maximiert werden kann und die Energienettoeffizienz entsprechend steigt, so wäre vor allem ein Mitwirken bei der Projektentwicklung hilfreich (z.B. durch finanzielle Beiträge im Rahmen der Projektentwicklung «Wärmeversorgung Kreuzlingen Konstanz – WVKK oder	aufgenommen. Amt AFE

303/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		anderer Projekte, welche allen-falls Wärme von der KVA beziehen wollen). b+c) Der Verband KVA Thurgau plant die Ersatz-KVA «CCS-ready». So hat er bereits beim 2022 durchgeführten Architekturwettbewerb die Teams beauftragt, die für die CO2-Abscheidung nötigen Gebäude «mitzudenken». Damit ist sichergestellt, dass die Flächen, die in der Zukunft für eine CO2-Abscheidung benötigt werden, freigehalten werden. Auch der «Abgang» des Abgasstroms von der KVA ins Abscheidegebäude ist eingeplant, ebenso die Leitung für das verflüssigte CO2 vom Abscheidegebäude zum Verladebahnhof. Zudem hat der Verband zur technischen Umsetzung der CO2-Abscheidung und zur Logistik – also zur Frage, wie das abgeschiedene CO2 künftig zwischengelagert und zu einer Lagerstätte abtransportiert werden soll – bei einer spezialisierten Firma eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben.	
138817	WWF Thurgau 9001 St.Gallen	Antrag / Bemerkung Es ist gesetzlich zu verankern, dass die neue KVA bereits bei der Inbetriebnahme auch die CO2-Abscheidung implementiert. Begründung In diesem Sektor ist die Schlüsselmassnahme und die Massnahme mit der höchsten Relevanz die CO2-Abscheidung bei der KVA Weinfelden (MN 46). Die Thurgauer CO2- Emissionen können mit einer einzigen Massnahme um jährlich mehr 200'000 Tonnen reduziert werden. Dies entspricht mehr als 10% der gesamten Thurgauer Emissionen. Die Hälfte der CO2-Reduktionen sind biogenen Ursprungs und somit eine technische Senke. Die CO2-Abscheidung ist	Schlagworte Rechtsgrundlagen Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Eine gesetzliche Regelung für eine Einzelanlage erscheint zum aktuellen Zeitpunkt nicht erforderlich, da dies gestützt auf den Massnahmenplan mit der abfallrechtlichen Errichtungsbewilligung geregelt werden kann. Entsprechende Vorschläge können aber auch im Rahmen der kommenden Revision des kantonalen Abfallgesetzes eingebracht werden.

304/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		einer der wenigen Möglichkeiten des Kantons Thurgau, negative Emissionen zu erzielen. Für das Netto-Null-Ziel sind diese unabdingbar.	
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 47: Einsatz von Recycling-Baustoffen im Hoch und Tiefbau weiter fördern			
142638	Kantonales Tiefbauamt	Antrag / Bemerkung Es wurden bereits verschiedene Pilotprojekte mit erhöhtem Anteil an rezyklierten Baustoffen umgesetzt. Entsprechende Bestrebungen werden vorangetrieben. Die neuen Submissionsunterlagen des Tiefbauamts fordern und fördern die aktive Beteiligung der Bauunternehmungen an der Verwendung von RC-Materialien. Begründung -	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
134684	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme in MN 6 ff integrieren Begründung Die Massnahme ist im Sinne der Fokussierung in MN 6, 10 und 28 zu integrieren.	Schlagworte Fokussierung, Anzahl Massnahmen Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Massnahmen sind im Rahmen eines umfassenden Prozesses mit den Fachstellen entwickelt worden und im Rahmen von früheren Priorisierungsrunden bereits reduziert worden. Der sektorübergreifende Charakter des Massnahmenplans, der Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gleichermassen abdeckt, soll beibehalten werden. Eine Reduktion der Anzahl Massnahmen um der Fokussierung willen wird nicht vorgenommen. Eine einzige Massnahme könnte den unterschiedlichen Themen nicht ausreichend gerecht werden: Nachhaltiges Bauen durch das kantonale Hochbauamt als Vorbildfunktion (MN 6), Nachhaltigkeit

305/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			und Recycling über die ganze Lebensdauer von Gebäuden (MN 10) und Emissionsreduktion im Tiefbau (MN 28).

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 48: Emissionen aus biogenen Abfälle minimieren			

137768	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Schnittstelle zu MN Nr. 24 Umsetzung des Massnahmenplans Luft-hygiene Kanton Thurgau 2021–2030 aus Klimasicht fördern ergänzen. Begründung Schnittstellen auf einander abstimmen.	Schlagworte Verlinkung zwischen Massnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Text wird angepasst. Amt AfU AB
138743	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Umbruch unter "Beschreibung" b) anpassen Begründung Unnatürlicher Umbruch	Schlagworte Formales, Layout Umgang mit Rückmeldung Text wird angepasst.
134685	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen umsetzen Begründung Es ist nicht sinnvoll, dass der Kanton Thurgau eigene Prüfaufträge für am Markt verfügbare Technik auslöst. Sinnvoller wäre eine Zusammenarbeit mit anderen Kantonen oder dem Bund.	Schlagworte Zusammenarbeit, Synergien Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme stützt sich auf die Cerci' Air-Empfehlung 31q ab. Es handelt sich dabei bereits um eine zwischen den Kantonen erarbeitete Vorgabe. Die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen ist gewährleistet.

306/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141116	Verband der Schweizerischen Gasindustrie Branchenpolitik 8027 Zürich	Antrag / Bemerkung Wir widersprechen der in der MN 48 der Beschreibung Punkt a) „Anwendung Cercle Air Empfehlung 31q“, da sie gemäss der Einschätzung der Branche, „die Betreiber der Anlagen unverhältnismässig durch hohe, teils kaum umsetzbare Anforderungen“ belastet. Begründung Wir nehmen Bezug auf das Schreiben von Biomasse Suisse, dem Verband der Schweizerischen Gasindustrie, Ökostrom Schweiz und vom SVGW an Cercle Air, Dr. Martin Zeltner, vom 20.12.2024. In diesem nehmen die Verbände Stellung zu Punkten der «Empfehlung Nr. 31q Vollzugsblätter Emissionsüberwachung Biogasanlagen», die überarbeitet werden sollten und bieten ihre Unterstützung bei der Überarbeitung der Empfehlungen. Zum Beispiel (Auszug aus dem Schreiben zu den wichtigsten zu überarbeitenden Punkten der «Empfehlung Nr. 31q Vollzugsblätter Emissionsüberwachung Biogasanlagen»: • Betreffend «Methan-Emissionswerte für Gasaufbereitungsanlagen»: Die Emissionswerte < 0.2 % (bezogen auf das Methan im Rohbiogas) von Gasaufbereitungsanlagen sind nach der Kategorisierung des Cercle Air bei praktisch allen Schweizer Anlagen (>90%) zu prüfen. Wir empfehlen, sich an den übergeordneten Vorgaben der SVGW-Richtlinie G13 zu orientieren, welche voraussichtlich im Frühjahr 2025 in Kraft tritt und für alle Beteiligten transparente und einheitliche Grenzwerte definiert. • Betreffend „Restmethan-Emissionspotenzial»: Die vorgeschlagene Mindestverweildauer für Substrate im gasdichten System stellt für viele Betriebe eine Herausforderung dar. Je nach Substrat	Schlagworte Formales, inhaltliche Präzisierung, Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Trotz der potentiellen Mehrkosten der Reduktion der Emissionen klimawirksamer Gase beim Betrieb von Kompostier- und Vergärungsanlagen durch Einführung des Standes der Technik ist die Reduktion generell eine der Klimaschutzmassnahmen mit tiefen Kosten pro Tonne CO₂eq im Vergleich zu anderen Klimaschutzmassnahmen. Ohne systematische Reduktion von Leckagen und genügender Verweildauern können diese Anlagen ihren Beitrag zum Klimaschutz nur unzureichend realisieren. Es handelt sich im Übrigen um Massnahmen, die im europäischen Ausland seit Jahren als Stand der Technik etabliert sind und auch in anderen Kantonen so umgesetzt werden.

307/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

gibt es unterschiedliche Abbaugeschwindigkeiten. Somit ist die nötige Verweildauer zur Erreichung des Restmethanemissionspotenzials ebenfalls unterschiedlich. Eine zu lange Verweildauer hat grosse Lagerbehälter zur Folge, was die Kosten und den Flächenbedarf von Biogasanlagen unnötig in die Höhe treibt.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

MN 49: Die Abwasserreinigungsanlagen energetisch optimieren und das Potenzial zur Produktion erneuerbarer Energie ausnutzen

134699	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt Begründung -	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
--------	-------------------------------------	---	---

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

MN 50: Klärschlamm-trocknung und -verbrennung optimieren

142639	Kantonales Tiefbauamt	Antrag / Bemerkung Die neuen Submissionsunterlagen des Tiefbauamts fordern und fördern die aktive Beteiligung der Bauunternehmungen an der Kreislaufwirtschaft. Begründung -	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Erfreuliche Nachrichten aus dem TBA.
--------	-----------------------	---	--

134700	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales
--------	-------------------------------------	---	--

308/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Begründung -	Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
141096	Verband KVA Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Der Verband nimmt die Massnahme des Kantons zur Kenntnis und beantragt, folgende Änderungen im Wortlaut zu übernehmen. Zur Vermeidung von Missverständnissen soll das Wording präzisiert werden, so dass klar wird, dass die Verwertung in einer separaten Klärschlammverwertungsline beim ZAB und nicht in einer KVA erfolgt. Wordingvorschlag im Abschnitt «Kosten-Nutzen-Verhältnis» in der Bewertung durch Fachstellen: «Hauptänderung ist die Umlenkung eines Teils des Materialflusses aus der Verwertung in Zementwerken hin zu einer separaten Verbrennungsline für die Klärschlammverwertung des ZAB in Bazenheid.» Begründung Erläuterung: Der Klärschlamm des Kantons Thurgau wird bereits grösstenteils als Kundenauftrag beim ZAB in Bazenheid, in einer modernen Wirbelschichtverbrennung verwertet. Dieses Verfahren lässt es zu, in Zukunft in einem weiteren Verfahrensschritt den Phosphor in der Klärschlammmasche als Phosphorsäure in den Stoffkreislauf zurückzuführen.	Schlagworte Formulierung, inhaltliche Präzisierung, Formales Umgang mit Rückmeldung Umsetzen: Präzisierung auf Basis des durch den Verband KVA Thurgau vorgeschlagenen Wordings.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
8. Sektor Konsum Kreislaufwirtschaft			
141026	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Allgemeine Rückmeldungen zum Sektor	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales, neue Massnahmenidee

309/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Begründung Konsum und Kreislaufwirtschaft sind für die GRÜNEN wichtige Themen und wir begrüssen die Aufnahme im Massnahmenplan. Zusätzlich zur Kreislaufwirtschaft sollten auch Massnahmen im Bereich Repair- und Sharingcommunity angedacht werden, welche aktuell in diesem Sektor noch fehlen.	Umgang mit Rückmeldung Danke für die Idee. Massnahmen im Bereich der Repair- und Sharing-Economy könnten in der Form der "Unterstützung bei der Projektentwicklung für Initiativen aus der Gesellschaft und Wirtschaft" resp. "Umsetzungsorientierte Vorhaben" im Rahmen der MN 51 gefördert werden.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 51: Innovation im Bereich der Kreislaufwirtschaft fördern			
134706	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Die Massnahme beschränkt sich darauf, den aus einer Motion entstandenen Fonds für Innovation und Fortschritt zu bewirtschaften. Eine inhaltliche Lenkung und Bindung an den Massnahmenplan fehlt. Eine messbare Reduktion der Treibhausgas-Emissionen kann damit kaum erreicht werden. Der Fonds wird grundsätzlich unterstützt, die Massnahme ist aber im Sinne der Fokussierung aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Schlagworte Streichung Massnahme, Wirkung, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Die Massnahmen sind im Rahmen eines umfassenden Prozesses mit den Fachstellen entwickelt worden und im Rahmen von früheren Priorisierungsrunden bereits reduziert worden. Der sektorübergreifende Charakter des Massnahmenplans, der Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gleichermassen abdeckt, soll beibehalten werden. Eine Reduktion der Anzahl Massnahmen um der Fokussierung willen wird nicht vorgenommen.
141509	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofszell	Antrag / Bemerkung Wertvolle Ressourcen gratis entgegennehmen auch ohne Wirtschaftlichkeit. Einfacher kann die Kreislaufwirtschaft nicht ausgestaltet werden. Begründung	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Rückbauteile wiederverwenden: Mit der Massnahme 10 "Graue Emissionen bei Bauprojekten reduzieren" soll diese Thematik aufgenommen werden. Es wird geprüft, ob eine explizite Ergänzung zur

310/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Es gibt bereits sehr viel zu dem Thema. Wichtiger wäre es z.B. beim Bauen oder Sanieren finanziell zu unterstützen, wenn entsprechende Produkte verbaut oder wiederverwendet werden. Da heute Rückgebaute Bauteile aufgrund der Belastungen in den Bauteilen nicht wieder genutzt sondern entsorgt werden müssen. Wertvolle Ressourcen, z.B. Tetrapackungen sollten weiterhin gratis entgegengenommen werden, auch wenn es nicht wirtschaftlich ist.	Wiederverwendung von Baumaterialien gemacht werden kann. Recycling Tetrapack: Die Bewirtschaftung der Siedlungsabfälle liegt in der Autonomie der Gemeinden, die sich diesbezüglich in Zweckverbänden organisiert haben. Im Zusammenhang mit der neuen Verpackungsverordnung des Bundes sind hierbei Verschiebungen zu erwarten. Nach aktuellem Stand soll ein landesweites Sammelsystem aufgebaut werden, das auch Verbundverpackungen umfasst, jedoch voraussichtlich gratis sein wird. Amt AfU AB
141137	Verband KVA Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Der Verband nimmt die Massnahme des Kantons zu Kenntnis und weist auf folgendes hin -> siehe Begründung. Begründung a) In der Vision 2050 des Verbandes KVA-Thurgau ist mit Bildung und Innovation ein Baustein vorhanden, in dem das Thema Kreislaufwirtschaft eine grosse Rolle spielt. b) Wir finanzieren schon seit vielen Jahren den Schulunterricht im Kanton Thurgau über die Firma PUSCH. Anlässlich dieser Veranstaltungen spielt die Kreislaufwirtschaft eine sehr zentrale Rolle c) Wir bieten für Schulen, Vereine, Interessengruppen und die allgemeine Bevölkerung des Kt. Thurgau kostenlose Führungen, durch professionelle Schulungsreferentinnen an. d) Das Kader der KVA-Thurgau ist in verschiedensten Fachgremien	Schlagworte neue Massnahmenidee, Information Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Danke für das Engagement der KVA.

311/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		unserer Branche vertreten und kann sich auf diese Weise aktiv einbringen und auf dem aktuellen Stand halten. e) Regelmässige Kommunikation nach aussen: Mit unserem 2–3-mal jährlich erscheinenden «Augenblick» in allen Thurgauer Haushalten, Homepage, Social-Media, Zeitungsartikel, etc. erreichen wir u.a. zu den Bereichen Innovation und Kreislaufwirtschaft einen sehr grossen Anteil der Thurgauer Bevölkerung.	

142664	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung Gesetzesanpassung für Elektroabfälle Begründung Für Elektroabfälle Gesetzesanpassung vornehmen, damit diese recyclingfähig werden.	Schlagworte Rechtsgrundlagen Umgang mit Rückmeldung Danke für die Idee, die sich jedoch dem Zuständigkeitsbereich des Kantons entzieht. Gemäss Art. 30a USG obliegt es dem Bundesrat, entsprechende Anforderungen an das Inverkehrbringen von Produkten zu erlassen. Amt AfU AB
--------	--	---	---

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
9. Sektor Finanzflüsse			
141027	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Allgemeine Rückmeldungen zum Sektor Begründung Finanzen und der Finanzplatz sind wesentliche Hebel der Klimapolitik der Schweiz. Wir begrüssen ausdrücklich, dass sich der Kanton ebenfalls damit auseinandersetzt.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Massnahme 52 "Klimafreundliche Anlagestrategie für Finanzmittel des Kantons etablieren" wurde im Rahmen ei-

312/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Wir können alle Massnahmen unterstützen. Insbesondere eine klimafreundliche Anlagestrategie und das Einbringen von Klimaschutz in die Eigentümerstrategien muss konsequent verfolgt werden.	ner nochmaligen Ressourcenüberprüfung aufgrund der hohen Kosten in den Massnahmenplan ab 2032 verschoben.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 52: Klimafreundliche Anlagestrategie für Finanzmittel des Kantons etablieren			
134720	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt Begründung -	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme wurde im Rahmen einer nochmaligen Ressourcenüberprüfung aufgrund der hohen Kosten in den Massnahmenplan ab 2032 verschoben.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 53: Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in Eigentümerstrategien und Leistungsvereinbarungen verankern			
131924	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Massnahme 53 Streichen Begründung Wenn die Eigner Strategie hauptsächlich auf Netto null ausgerichtet wird, anstatt auf wirtschaftliche Ziele der Unternehmung, kann dies sehr unvorteilhaft sein. Es kann dazu führen, dass der Wert einer Geldanlage (Aktien) stark reduziert wird. Dies würde nicht einer Finanzpolitik entsprechen, die sorgsam mit den öffentlichen Mitteln umgeht.	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Streichungsantrag abgelehnt. Gemäss dem Pariser Klimaabkommen sind auch die Finanzflüsse klimakompatibel auszurichten. Der Kanton nimmt seine Verantwortung als Eigner wahr und richtet entsprechend die Eignerstrategie und Leistungsvereinbarungen in seinem verfügbaren Handlungsspielraum auf das Pariser Klimaabkommen aus. Die Thurgauer Kantonalbank hat die Nachhaltigkeit, in Zusammenarbeit mit dem Regierungsrat, bereits in die Eigentümerstrategie und in ihr Geschäftsmodell integriert. Sie strebt eine betriebsökologische

313/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			Klimaneutralität bis 2025 an und verringert kontinuierlich die THG-Emissionen und den Energieverbrauch aus nicht erneuerbaren Quellen. Die Thurgauer Kantonalbank zeigt die gelebte Praxis.

134723	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt Begründung -	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
--------	-------------------------------------	---	---

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 54: Klimafreundliche Anlagestrategie der Pensionskasse Thurgau (PKTG) mitbestimmen			

141585	EVP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung - Begründung Die eigenen Immobilien der PK TG ökologischer bauen resp. mit nachhaltigeren regionalen Baustoffen oder in entsprechen ökologische, nachhaltige, dem Menschen dienende Projekte investieren. den Kanton als Vorbild bezüglich Verwendung Holz nehmen.	Schlagworte Vorbildfunktion Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
--------	--------------------------------	--	--

141028	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung - Begründung	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Dies kann bei der Umsetzung der Massnahme berücksichtigt werden.
--------	----------------------------------	---	--

314/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Die GRÜNEN begrüßen eine nachhaltige Anlagestrategie der PKTG ausdrücklich. Wir erwarten zudem, dass die getätigten Anlagen transparent offengelegt werden.	
134724	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt Begründung -	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
142665	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung Fokus der PKTG muss auf der Rendite sein Begründung Grünanlagen – Kosten - schlechte Rendite. Die PKTG muss die Renten der Versicherten garantieren und der Fokus muss auf der Rendite sein. Sie kann nicht schwerwiegend auf solche Titel setzen, eine Netto-Null ist nicht erreichbar. Dieses Anliegen steht völlig im Widerspruch der Aufgabe der PKTG. Sie hat das Vermögen der Versicherten im Auge zu behalten und ein ausgewogenes Portfolio vorzuweisen.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Die PKTG berücksichtigt Nachhaltigkeit und die Klimarisiken in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie. Gemäss Auszug der PKTG-Webseite: Die Pensionskassenkommission der pktg hat an ihrer Sitzung vom 21. September 2022 beschlossen, einen Beitrag zur Nachhaltigkeit zu leisten, der sich nicht ausschliesslich am gesetzlichen Minimum orientiert. Im Sinne der Strategie der pktg unterstreicht sie im Rahmen ihrer treuhänderischen Verpflichtung damit ihre ökologische, soziale und ethische Verantwortung und ist überzeugt, dass dies im Ergebnis den Versicherten, der Umwelt und der Gesellschaft gleichermaßen zugutekommen wird. Mit der ALM-Studie (Asset und Liability-Management) im Jahr 2022 hat die PKTG neben den ökonomischen Kennzahlen auch ESG-Aspekte und im speziellen, Klimarisiken sowie die Auswirkungen aus dem Klimawandel miteinbezogen. Damit berücksichtigt die PKTG die Klimarisiken in der Bestimmung der Anlagestrategie und im Risikomanagement des Anlagevermögens.

315/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
10. Sektor Wasserwirtschaft und Hydrologie			

141029	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Allgemeine Rückmeldungen zum Sektor Begründung Die Massnahmen sind aus Sicht der GRÜNEN zu begrüßen. Vieles davon ist jedoch bereits in der Umsetzung und unbestritten. Insbesondere eine wassersensible Siedlungsentwicklung und dabei auch das Entsiegeln von Flächen muss aus unserer Sicht noch verstärkt werden. Das Thema Hochwasserschutz kommt aus unserer Sicht zu kurz, so müsste z.B. Thur3 auch explizit als Massnahme erwähnt werden.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, neue Massnahmenidee, Ambitionsniveau Umgang mit Rückmeldung Für wassersensible Siedlungsentwicklung wurde explizit eine Massnahme formuliert (Massnahme 58), entsprechend wird der Thematik ein hohes Gewicht gegeben. Der Hochwasserschutz wird in den Massnahmen 63 "Klimabedingte Risiken in der kantonalen Richtplanung konkret berücksichtigen" und 64 "Bei Baubewilligungen für Terrainveränderungen kritische Abflussspitzen berücksichtigen" abgedeckt. Entsprechend ist der Handlungsbedarf erkannt und abgedeckt. Das Gesamtkonzept Thur3 soll nach Abschluss der laufenden Richtplanrevision als Planungsauftrag umgesetzt werden. Eine inhaltliche Verknüpfung mit dem Massnahmenplan Klima ist nicht vorgesehen, da es sich um ein unabhängiges Vorhaben handelt.
--------	----------------------------------	---	---

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 55: Kaltwasserströmungen in Flüssen erheben			
137562	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Publikation der Kaltwasserströmungen ist im 2027 vorzusehen (anstatt 2026). Begründung	Umgang mit Rückmeldung Der Zeitplan wird angepasst.

316/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Die Erhebung von Kaltwasserströmungen ist anspruchsvoll und pionierhaft. Die Erhebung dauert länger als ursprünglich geplant.	
131926	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Massnahme 55 Streichen Begründung Ob diese Erhebungen tatsächlich einen Nutzen bringen, bleibt abzuwarten. Mann weiss dann wohl wo sich diese Ströme befinden, kann sie vielleicht besser schützen. Aber den kälteliebenden Arten während Hitzeperioden beibringen, wo diese Kaltwasserströme sind, wird wahrscheinlich schwierig. Aufwand und Nutzen stehen nicht im Verhältnis.	Schlagworte Streichung Massnahme, Wirkung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Massnahme zum Monitoring soll beibehalten werden, da dieses eine Voraussetzung ist, um fachlich begründete Entscheide zu treffen und adäquate Massnahmen zu formulieren.
139348	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Prüfung zur Ergänzung der Massnahme Begründung Die Nutzung von Kaltwasserströmungen ist eine wichtige Massnahme, die neben der Lokalisierung auch eine Quantifizierung des Potentials (Volumen, Abflussmengen, Strömungsgeschwindigkeiten, Beschattung etc.) beinhalten sollte. Es sollten v.a. auch die Seitenzuflüsse erfasst werden.	Schlagworte Konkretisierung, inhaltliche Präzisierung, Formales Umgang mit Rückmeldung Dies wird bei der Umsetzung der Massnahme berücksichtigt. In der Massnahmenbeschreibung steht, dass an den Flüssen und ihren Zuflüssen mittels Infrarotaufnahmen oder anderen technischen Möglichkeiten die Kaltwasserströmungen zu erhoben werden sollen. Daher besteht kein Anpassungsbedarf.
134727	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung	Schlagworte Streichung Massnahme, Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung

317/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Der Massnahmenplan muss im ersten Schritt darauf fokussiert werden, die Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren. Massnahmen für Anpassungen an den Klimawandel können im zweiten Schritt erarbeitet werden. Die Massnahme ist zusammen mit der Massnahme MN 60 zurückzustellen oder in einem separaten Programm umzusetzen. Der Fokus von MN 60 scheint zudem die Ökologie (Vernetzung) zu sein und nur in zweiter Linie die Anpassung an den Klimawandel.	Abgelehnt. Die Massnahmen sind im Rahmen eines umfassenden Prozesses mit den Fachstellen entwickelt worden und im Rahmen von früheren Priorisierungsrunden bereits reduziert worden. Der sektorübergreifende Charakter des Massnahmenplans, der Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gleichermassen abdeckt, soll beibehalten werden. Eine Reduktion der Anzahl Massnahmen um der Fokussierung willen wird nicht vorgenommen. Ein wichtiger Aspekt bei der Anpassung an den Klimawandel ist, die Vernetzung von Arten zu gewährleisten. Höhere Temperaturen zwingen Arten ihre bisherigen Lebensräume zu verlassen. Mit der Vernetzung wird der genetische Austausch sichergestellt, die Anpassung ihrer Lebensräume und der Ressourcenzugang gesichert und Ökosystemdienstleistungen sichergestellt.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 56: Monitoringprogramm Gewässer anpassen			
131928	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Massnahme 56 Streichen Begründung Dieses Monitoringprogramm ist überflüssig der Nutzen ist fraglich	Schlagworte Streichung Massnahme, Wirkung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die durch den Klimawandel verursachte Erwärmung der Oberflächengewässer hat einen direkten Einfluss auf den Sauerstoffgehalt, die Biodiversität und das gesamte Ökosystem der Gewässer. Ein Monitoring ist elementar für die Früherkennung dieser Veränderungen und um gezielte Massnahmen zum Schutz der Gewässerqualität treffen zu können und um die Resilienz der Gewässerökosysteme zu wahren resp. zu verbessern. Amt

318/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			Amt für Umwelt GQ
139349	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Kein Antrag Begründung Wir begrüßen den Ausbau des Monitorings zur Verbesserung der Grundlagendaten	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
134731	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Der Massnahmenplan muss im ersten Schritt darauf fokussiert werden, die Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren. Es ist nicht ersichtlich, welche Massnahmen gegen den Klimawandel mit MN 56 überprüft werden sollen. Im Sinne der Fokussierung ist diese Massnahme darum aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Die Massnahmen sind im Rahmen eines umfassenden Prozesses mit den Fachstellen entwickelt worden und im Rahmen von früheren Priorisierungsrunden bereits reduziert worden. Der sektorübergreifende Charakter des Massnahmenplans, der Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gleichermassen abdeckt, soll beibehalten werden. Eine Reduktion der Anzahl Massnahmen um der Fokussierung willen wird nicht vorgenommen.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 57: Ein integrales Wassermanagement erarbeiten			
138711	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt	Antrag / Bemerkung Der Bearbeitungszeitraum für die Kantonale Brauchwasserversorgungsplanung ist von 2019 auf 2025 anzupassen.	Schlagworte Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung

319/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Der Bearbeitungszeitraum für die Trinkwasserversorgung in schweren Mangellagen ist anzupassen und neu von 2026 bis 2029 zu terminieren. Dementsprechend ist auch die Überarbeitung der Kantonalen Trinkwasserversorgungsplanung auf 2030 bis 2032 zu terminieren Begründung Die Brauchwasserversorgungsplanung hat als Folgen von Personalengpässen eine Verzögerung erfahren. Da die gesamte Budgetierung zum Massnahmenplan Klima unsicher war, haben wir mit dem Beginn der Trinkwasserversorgung in schweren Mangellagen zugewartet.	Text wird angepasst. AfU.
141403	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn / Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Diese Massnahmen (57/58) werden als wichtig erachtet und begrüsst Begründung -	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
140576	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung kein Antrag Begründung Die Massnahme wird als sinnvoll eingestuft.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
139350	SIA Sektion Thurgau	Antrag / Bemerkung Anpassung/Ergänzung zum Vorgehen Begründung	Schlagworte Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung

320/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwilen	Wir begrüssen das Vorgehen für das integrale Wassermanagement. Für die Bearbeitung empfehlen wir private Fachbüros beizuziehen, womit die Massnahme einerseits effizienter und flexibler sowie fachspezifischer und interdisziplinärer umgesetzt werden kann.	Dies wird bei der Umsetzung der Massnahme berücksichtigt.
134737	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Der Massnahmenplan muss im ersten Schritt darauf fokussiert werden, die Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren. Massnahmen für Anpassungen an den Klimawandel können im zweiten Schritt erarbeitet werden. MN 57 ist ein Programm, welches seit 2018 läuft. Schritt 2 von 3 wurde 2024 abgeschlossen. Schritt 3 kann unabhängig vom Massnahmenplan durchgeführt werden. Bezüglich Wasserversorgung gilt gleich wie bezüglich Energie: im ersten Schritt müssen Massnahmen zur Reduktion des Verbrauchs geprüft werden, bevor Massnahmen zum Ausbau oder zur Klima-Stabilisierung der Versorgung geprüft werden. Im Sinne der Fokussierung ist diese Massnahme darum aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Massnahmen sind im Rahmen eines umfassenden Prozesses mit den Fachstellen entwickelt worden und im Rahmen von früheren Priorisierungsrunden bereits reduziert worden. Der sektorübergreifende Charakter des Massnahmenplans, der Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gleichermassen abdeckt, soll beibehalten werden. Eine Reduktion der Anzahl Massnahmen um der Fokussierung willen wird nicht vorgenommen. Der Zeitplan der Massnahme wird nach Rücksprache mit der Fachstelle angepasst.
132651	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung - kein Antrag Begründung Die Massnahme wird als sinnvoll eingestuft.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.

321/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 58: Eine wassersensible Siedlungsentwicklung etablieren			
139351	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Kein Antrag Begründung Wir begrüssen das Vorgehen für die Förderung des Schwammstadt-Ansatzes. U.E. sollte dieser noch weiter Richtung blau-grüner Infrastrukturen gedacht und umgesetzt werden.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Dies wird im Rahmen der Umsetzung der Massnahme mit der Förderung von Projekten berücksichtigt.
134742	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt / Zusammenführen mit Massnahmen MN 11 und MN 12 Begründung Die Massnahme wird unterstützt. Diese ist aber mit MN 11 und MN 12 zusammenzuführen, welche sich mit der gleichen Thematik beschäftigen. Bei der Wirkungsbeurteilung ist zu berücksichtigen, dass eine Anpassung von PBG/PBV wohl zumindest teilweise in den Baureglemente der Gemeinden umgesetzt werden muss. Es dürfte somit 15 Jahre dauern, bis die Gesetzesanpassung flächendeckend eingeführt ist und noch viel länger, bis eine wesentliche Anzahl von Projekten auf dieser Basis umgesetzt wurde.	Schlagworte Anzahl Massnahmen, Rechtsgrundlagen Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Massnahme 58 thematisiert mit der wassersensiblen Siedlungsentwicklung alleine ein sehr umfassendes Thema, was mit einer Zusammenlegung mit den Massnahmen 11 und 12 zu wenig Gewicht erhält. Dies wurde im Rahmen des Erarbeitungsprozess diskutiert und entschieden, separate Massnahmen zu formulieren.

322/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141510	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Akzeptanz auf Gemeindeebene stärken mit Information. Begründung Beispiel Schwammstadt noch nicht flächendeckend auf dieser Ebene bekannt.	Schlagworte Information Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Sensibilisierung wird fortlaufend umgesetzt. Neben der Berücksichtigung an Tagungen und Veranstaltungen des AfU (u. a. Netzwerkanlässe VSA, SVGW und Gemeindevollzugstagungen) erfolgt aktuell (Abschluss Ende Juli 2025) eine Umfrage zum Thema Schwammstadt bei allen Gemeinden. Ziel dieser Umfrage ist es, den Wissensstands sowie allfällig vorhandenen Hemmnisse und weiteren Unterstützungsbedarf zu eruieren.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 59: In Wasserbauprojekten die Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigen			
139352	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Überarbeitung Massnahmentitel und Inhalt Begründung Der Titel "In Wasserbauprojekten die Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigen" suggeriert einen breiten Massnahmenfächer hinsichtlich Klimaschutz und Klimaanpassung im Rahmen von Wasserbauprojekten, obschon die Massnahme 59 lediglich die Beschattung thematisiert. Der Titel sollte sich dezidiert auf die Beschattung beziehen ("Beschattung bei Gewässern entwickeln"). Des Weiteren sollte sich die Massnahme nicht nur auf Wasserbauprojekte beschränken, sondern generell die Beschattung an Gewässern thematisieren. Insbesondere im Rahmen von Unterhaltsmassnahmen kann eine gezielte Be-	Schlagworte Konkretisierung, Formulierung, Anzahl Massnahmen, Verlinkung zwischen Massnahmen Umgang mit Rückmeldung Titel wird so angepasst, dass er mehr den Beschattungsfokus aufgreift: In Wasserbauprojekten die Beschattung entlang der Gewässer berücksichtigen.

323/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		schattung gefördert werden. Einerseits sollten Grundsätze und Vorgehensweisen für die Beschattung aufgestellt und andererseits Schwerpunktgebiete analog und in Kombination mit Massnahme 55 evaluiert werden.	
134744	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt Begründung Sinnvoller wäre es, wenn alle Bauprojekte in Hochbau, Tiefbau, Infrastrukturbau, Wasserbau bezüglich der Auswirkungen des Klimawandels überprüft würden. Eine diesbezügliche Vorschrift könnte in PBG, StrWG und WBSNG aufgenommen werden.	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Im Hochbau gibt es die interne Weisung "Wege zum nachhaltigen Bauen", wobei der Kanton bei den eigenen Bauten soziale, ökologische und ökonomische Aspekte bei der Erstellung, Sanierung und Instandhaltung bei sämtlichen Bauten berücksichtigt. In der Massnahme 6 "Nachhaltig bauen" werden die ökologischen Aspekte betreffend Klimaschutz vertieft. Im Tiefbau gibt es die neuen Submissionsunterlagen des Tiefbauamts, die fordern und fördern die aktive Beteiligung der Bauunternehmungen an der Dekarbonisierung. In der Raumentwicklung werden mit Massnahme 69 "Gesetzesgrundlagen und Verfahren im Hinblick auf eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung prüfen und anpassen" raumplanerische Grundlagen rechtlich angepasst. Das PBG wird ebenfalls im Rahmen der Aktualisierung des Massnahmenplans Klima auf hindernde Elemente für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel überprüft.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 60: Quer- und Längsvernetzung an der Thur verbessern			
138823	Amt für Umwelt Kanton Thurgau	Antrag / Bemerkung	Schlagworte Formulierung, Finanzmittel, Formales

324/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Ergänzung "Zusätzlicher finanzieller Aufwand für den Kanton" mit folgendem Hinweis: "Der Bund unterstützt Massnahmen zur Einrichtung von Kaltwasserzonen als Refugien für Fische finanziell". Begründung Der Bund unterstützt Massnahmen zur Einrichtung von Kaltwasserzonen als Refugien für Fische finanziell mit bis zu 50% der Gesamtkosten.	Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme wird ausserhalb des Massnahmenplans Klima finanziert und umgesetzt und deshalb im Massnahmenplan Klima gestrichen.
139353	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Anpassung/Ergänzung zum Vorgehen Begründung Wir begrüssen die vorgezogenen Massnahmen für die Verbesserung der Längsvernetzung sowie für die ökologischen Aufwertungen in der Thur. Für die Bearbeitung empfehlen wir private Fachbüros beizuziehen, womit die Massnahme einerseits effizienter und flexibler sowie fachspezifischer und interdisziplinärer umgesetzt werden kann.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme wird ausserhalb des Massnahmenplans Klima finanziert und umgesetzt und deshalb im Massnahmenplan Klima gestrichen.
134745	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Siehe Begründung zu MN 55. Die Massnahme als solche wird unterstützt, nur die Angliederung an den Massnahmenplan Klima ist falsch.	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme wird ausserhalb des Massnahmenplans Klima finanziert und umgesetzt und deshalb im Massnahmenplan Klima gestrichen.

325/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 61: Grundlagen zur Reduktion thermischer Einträge ins Grundwasser erarbeiten			
139355	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwilen	Antrag / Bemerkung Kein Antrag Begründung Wir begrüssen die geplanten Massnahmen zur Reduktion thermischer Einträge ins Grundwasser.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnissnahme
134746	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt Begründung -	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnissnahme
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 62: Quellatlas nachführen			
138713	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Der Umsetzungszeitraum ist neu bis 2027 zu terminieren Begründung Als Folge von Personalengpässen konnte das Projekt nicht rechtzeitig begonnen bzw. vorangetrieben werden.	Schlagworte Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung Umsetzungszeitraum wird angepasst.
139354	SIA Sektion Thurgau	Antrag / Bemerkung Kein Antrag.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung

326/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Begründung Wir begrüssen die geplante Massnahme zur Nachführung des Quellatlases.	Kenntnisnahme
134755	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Es fällt auf, dass der Quellatlas seit 113 Jahren nicht mehr aktualisiert wurde. Dies legt gewisse Zweifel nahe, ob ein aktueller Quellatlas wirklich eine unverzichtbare Grundlage für andere Arbeiten ist. Ebenso sind Zweifel angebracht, ob diese Massnahme wirklich die ausgewiesene hohe Wirkung zur Erreichung des Netto-Null-Ziels hat. Der Massnahmenplan muss im ersten Schritt darauf fokussiert werden, die Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren. Im Sinne der Fokussierung ist diese Massnahme darum aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung, Wirkung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Der Massnahmenplan Klima vollzieht die Klimastrategie Kanton Thurgau, die Klimaschutz (Reduktion von Treibhausgasemissionen) und Anpassung an den Klimawandel (Anpassung an die klimabedingten Veränderungen) umfasst. Durch die Auswirkungen des Klimawandels gewinnen Quellen eine immer wichtigere Funktion zur Speisung unserer Bäche. Quellen sind ein wichtiger Bestandteil des Wasserkreislaufs. Durch sie kommt unterirdisches Wasser an die Oberfläche was der Speisung von Oberflächengewässern dient. Durch ihre Überwachung können wichtige Hinweise auf die Auswirkungen des Klimawandels abgeleitet werden. Sie können gegebenenfalls als Frühwarnsystem für Veränderungen im Wassersystem dienen. Deshalb sind Massnahmen zum Schutz von Quellen und deren einzigartigen Lebensräumen von grosser Bedeutung. Um Massnahmen ergreifen zu können, ist eine gute Datengrundlage unabdingbar – die Aktualisierung des Historischen Quellatlas trägt dazu bei. Mit der Nachführung des Quellatlas soll eine Übersicht geschaffen werden, welche Quellen heute noch natürlich sind, welche Quellen der öffentlichen wie auch privaten Trinkwasserversorgung dienen, welche privaten Quellen in welchem Umfang zu Brauchwasserzwecken genutzt werden und welche gefassten und eingedolt abgeleitete Quellen relevant für die Speisung eines Baches sind. Sie bilden eine wichtige Datengrundlage für weitere Massnahmen, die einen Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel leisten sollen.

327/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
11. Sektor Umgang mit Naturgefahren			
141030	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Allgemeine Rückmeldungen zum Sektor Begründung Die GRÜNEN begrüssen die Massnahmen dieses Sektors. Extremwetterereignisse werden auch den Kanton Thurgau in Zukunft vermehrt treffen.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 63: Klimabedingte Risiken in der kantonalen Richtplanung konkret berücksichtigen			
137582	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Der BAFU-Link in der Beschreibung ist ersatzlos zu entfernen. https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/naturgefahren/fachinformationen/naturgefahren--risikoermittlung-und--bewertung/risikoubersichten.html Begründung Der angegebene BAFU-Link ist nicht mehr gültig. URL-Links haben eine kurze Halbwertszeit. Sie ändern schneller als die erwartete Lebensdauer dieses Massnahmenblattes.	Schlagworte Formulierung Umgang mit Rückmeldung Text wird angepasst.
137583	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt	Antrag / Bemerkung	Schlagworte Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung

328/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Das erste Umsetzungsjahr ist auf 2027 zu terminieren (siehe Reiter "Zusätzlicher finanzieller Aufwand für den Kanton" & "Umsetzungsschritte und - zeitraum"). Ebenso entsprechend die Folgejahre. Begründung Basis für die Risikoübersichtskarten bildet die revidierte Wasserbauverordnung des Bundes, welche am 1.6.2025 in Kraft tritt. Unter Berücksichtigung der notwendigen Abstimmungen mit dem Bund kann die Erstellung erst frühestens 2027 beginnen.	Text wird angepasst.
137585	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die GVTG (Gebäudeversicherung des Kanton Thurgau) ist unter "Einzubeziehende in- und externe Stellen" aufzuführen. Begründung Für Risikoübersichten sind Grundlagen der GVTG notwendig (wie z.B. die erwarteten Gebäudeschäden in einem bestimmten Areal, welches hochwassergefährdet ist). Eine Zusammenarbeit mit der GVTG wird notwendig sein.	Schlagworte Zuständigkeit, Formales Umgang mit Rückmeldung Text wird angepasst.
137590	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Der Umsetzungsschritt "Implementierung der Risikoübersichtskarte in kantonalen Richtplan" soll neu folgendermassen formuliert werden: "Implementierung der Risikoübersichtsgrundlagen in kantonalen Richtplan". Begründung Im Richtplan sind wenn möglich keine detaillierten Karten aufzuführen.	Schlagworte Formales, Formulierung Umgang mit Rückmeldung Text wird angepasst.

329/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
137591	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Den Umsetzungsindikator "Die Karte (oder eine generalisierte Übersicht) ist in den kantonalen Richtplan überführt und die Planungsaufträge sind formuliert." soll neu folgendermassen formuliert werden: "Die Grundlagen der Risikoübersichten sind in den kantonalen Richtplan überführt und die Planungsaufträge sind formuliert". Begründung Im Richtplan sind wenn möglich keine detaillierten Karten aufzuführen.	Schlagworte Formales, Formulierung Umgang mit Rückmeldung Text wird angepasst.
139356	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Kein Antrag. Begründung Wir begrüßen die geplanten Massnahmen für die Erstellung und Verwendung einer Risikoübersichtskarte	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
141042	SP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Schlüsselmassnahme MN 63 ist zeitnah umzusetzen. Begründung Mit Schlüsselmassnahme MN 63 wird sichergestellt, dass eine Risikoübersichtskarte erstellt wird und diese in geeigneter Form in den kantonalen Richtplan integriert wird.	Schlagworte Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
134761	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung	Schlagworte Fokussierung, Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Der Massnahmenplan Klima deckt sowohl Klimaschutz

330/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Der Massnahmenplan muss im ersten Schritt darauf fokussiert werden, die Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren. Der Umgang mit den aus dem Klimawandel resultierenden Naturgefahren ist im zweiten Schritt zu erarbeiten. Bezüglich Richtplan scheint dies eine aus dem Bundesrecht zu resultierende Ohnehin-Massnahme. Im Sinne der Fokussierung ist diese Massnahme darum aus dem Massnahmenplan zu streichen.	als auch Anpassung an die Folgen der Klimaveränderung ab. Beide Aspekte müssen umgesetzt werden. Ein Aufschieben der Anpassung ist gemäss Klimastrategie nicht vorgesehen, braucht in der Umsetzung oft eine längere Zeit und muss zeitnah gestartet werden.
141516	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofszell	Antrag / Bemerkung Kann weggelassen werden. Begründung Ist soweit schon aufgegleist, müsste nicht zwingend in den MN-Plan.	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Massnahme wird inhaltlich für die Anpassung an den Klimawandel als wichtig erachtet. Die Massnahme kann aber durch alternative Finanzierungsquellen finanziert werden, weshalb damit keine zusätzlichen Kosten anfallen.
142666	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung Investitionen sind wünschenswert. Begründung Diese Massnahme ist auch im Sinne der Schulen, Investitionen sind wünschenswert.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 64: Bei Baubewilligungen für Terrainveränderungen kritische Abflussspitzen berücksichtigen			
139357	SIA Sektion Thurgau	Antrag / Bemerkung Überarbeitung Massnahme	Schlagworte Konkretisierung Umgang mit Rückmeldung

331/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Begründung Die geplante Massnahme ist nicht klar. Bei Bauvorhaben besteht bereits heute schon eine gesetzliche Pflicht die vorhandene Gefährdung zu berücksichtigen, sei es im Rahmen der Baubewilligung, der Bewilligung durch die kantonale Gebäudeversicherung oder generell infolge Art. 679 ZGB.	Die Aussage ist richtig. Bereits heute wird im Baubewilligungsverfahren geprüft, ob die gesetzlichen Vorgaben erfüllt sind und dem Vorhaben keine Interessen entgegenstehen. Bei der Interessenabwägung werden stets auch die Auswirkungen auf den Oberflächenabfluss berücksichtigt. Im Sinne der Transparenz soll mit der Massnahme MN 64 die bestehende Richtlinie Nr. 11 vom Juli 2016 entsprechend ergänzt werden. Damit werden Bauwillige und Projektverfasser auf die Thematik aufmerksam gemacht.
134763	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Die Massnahme wird inhaltlich unterstützt. Bezüglich Umsetzung ist an die Praxistauglichkeit zu denken. Die Gesetz muss für Planer ohne Zusatzausbildung in individuellen Planungen umsetzbar sein. Die Massnahme leistet jedoch keinen Beitrag zur Erreichung der Netto-Null-Ziele (die hohe Wirkung wurde hier wohl anders bewertet). Im Sinne der Fokussierung ist diese Massnahme darum aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Schlagworte Wirkung, Zielsetzung, Streichung Massnahme, Realisierbarkeit Umgang mit Rückmeldung Bereits heute wird im Baubewilligungsverfahren geprüft, ob die gesetzlichen Vorgaben erfüllt sind und dem Vorhaben keine Interessen entgegenstehen. Bei der Interessenabwägung werden stets auch die Auswirkungen auf den Oberflächenabfluss berücksichtigt. Im Sinne der Transparenz soll mit der Massnahme MN 64 die bestehende Richtlinie Nr. 11 vom Juli 2016 entsprechend ergänzt werden. Damit werden Bauwillige und Projektverfasser auf die Thematik aufmerksam gemacht. Die Massnahme leistet einen Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
12. Sektor Biodiversität			
141031	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Allgemeine Rückmeldungen zum Sektor Begründung	Schlagworte Konkretisierung, Formales Umgang mit Rückmeldung

332/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Die Biodiversitätsstrategie und der Massnahmenplan Biodiversität wurde von den GRÜNEN sehr begrüsst. Entsprechend unterstützen wir auch die weitere Umsetzung. Aus unserer Sicht stellt sich die Frage, was eine Priorisierung der klimarelevanten Massnahmen konkret bedeutet. Es darf es nicht dazu führen, dass andere Massnahmen vernachlässigt werden. Biodiversität und Klima sind eng verbunden und Klimaschutz darf nicht auf Kosten der Biodiversität geschehen.	Kenntnisnahme. Die Biodiversitätsstrategie und ihr Massnahmenplan stellen zentrale Konzepte dar, welche auch einen Bezug zur Anpassung an den Klimawandel haben. Der Massnahmenplan Klima weist in der Massnahme 65 "Umsetzung der Biodiversitätsstrategie aus Klimasicht fördern" jene Massnahmen des Biodiversitätsmassnahmenplans aus, welche auch einen Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel leisten können. Somit gibt der Massnahmenplan Klima diesen Massnahmen zusätzliche Unterstützung, die nicht auf Kosten anderer Massnahmen gehen.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 65: Umsetzung der Biodiversitätsstrategie aus Klimasicht fördern			
141404	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn / Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Die Massnahme ist eine zentrale Klimaanpassungsmassnahme und ist wichtig. Begründung Nebst der grossen Wirkung für die Kühlung der Siedlungsräume ist auch der Effekt durch Kohlenstoffbindung in vernässten Gebieten hervorzuheben.	Schlagworte inhaltliche Präzisierung, Formales Umgang mit Rückmeldung Der Aspekt der Kohlenstoffbindung wird mit der Massnahme 1 "Pflege der Biotope von nationaler, regionaler und lokaler Bedeutung" berücksichtigt. Kein Anpassungsbedarf.
134766	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Die Biodiversitätsstrategie 2023-2028 wird sehr unterstützt. Diese ist aber ohnehin laufend und muss nicht im Massnahmenplan aufgeführt werden. Wichtig ist, dass rechtzeitig eine Weiterführung der	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt: Der Massnahmenplan Klima vollzieht die genehmigte Klimastrategie, welche sowohl den Klimaschutz (Reduktion von Treibhausgasen), als auch die Anpassung an den Klimawandel umfasst, d.h. die Anpassung an die klimabedingten Folgen. Massnahmen aus

333/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Biodiversitätsstrategie für die nächste Periode vorbereitet wird. Die Biodiversitätsstrategie leistet jedoch keinen Beitrag zur Erreichung der Netto-Null-Ziele (die hohe Wirkung wurde hier wohl anders bewertet). Im Sinne der Fokussierung ist diese Massnahme darum aus dem Massnahmenplan zu streichen.	dem Massnahmenplan Biodiversität leisten einen wesentlichen Beitrag zum Teil der Anpassung an den Klimawandel.
141517	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofszell	Antrag / Bemerkung Kein Antrag. Begründung Umsetzung klimarelevanter Massnahmen aus der Biodiversitätsstrategie Thurgau (Massnahmenplan Biodiversität 2023-2028) wird als sinnvoll erachtet.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
142741	Verband Thurgauer Landwirtschaft 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Aus landwirtschaftlicher Sicht besteht bereits eine Biodiversitätsstrategie. Die Umsetzung innerhalb der Bauzonen respektive in überbauten Gebieten bietet Möglichkeiten etwas fürs Klima zu tun. Begründung -	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
13. Sektor Gesundheit			
141032	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Allgemeine Rückmeldungen zum Sektor	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung

334/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Begründung Die GRÜNEN begrüßen den vorgeschlagenen Massnahmenplan «Hitze».	Kenntnisnahme

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 66: Vorausschauenden standardisierten Umgang mit hitzebedingten Gesundheitsrisiken mit einem Massnahmenplan mit Fokus auf gefährdete Personengruppen gewährleisten			

142650	Departement für Finanzen und Soziales	Antrag / Bemerkung Eine Bemerkung haben wir hinsichtlich der Massnahme 66 "Vorausschauenden standardisierten Umgang mit hitzebedingten Gesundheitsrisiken mit einem Massnahmenplan mit Fokus auf gefährdete Personengruppe gewährleisten", die in der Hauptverantwortung des Amtes für Gesundheit liegt und bei der es seit der ersten internen Vernehmlassung im Frühling 2024 keine Anpassungen gab. Zwar deuten extrapolierte Daten des Swiss Tropical and Public Health Institute (Swiss TPH) aus regionalen Vergleichen auf einen relevanten Effekt von Hitzeaktionsplänen hin, die konkrete Wirkungsmessung ist jedoch schwierig. Für den Kanton Thurgau liegen nur wenige Daten vor. Gesamtschweizerisch schwankte die Zahl der Hitzetoten in den letzten zwei Jahrzehnten zwischen 300 und 1'700 pro Jahr. Seit 1980 zeigt die hitzebedingte Sterblichkeit keine lineare Zunahme parallel zum Temperaturanstieg. Die Reduktion der hitzebedingten Sterblichkeit durch den Massnahmenplan wird sich in den nächsten fünf Jahren kaum nachweisen lassen, zumal keine starke Korrelation zwischen der Anzahl Tage mit 03.02.01/0037/2025/DR 2/2 mässig hohen (20-25°C), hohen (25-27°C) und sehr hohen (> 27°C) Temperaturen und der hitzebedingten Sterblichkeit besteht. Der im	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
--------	---------------------------------------	--	---

335/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Massnahmenplan vorgesehene Aufbau eines Monitorings würde daher nicht nur ein standardisiertes Vorgehen ermöglichen, sondern auch die Datenlage verbessern, welche für die Wirkungsmessung relevant ist. Begründung -	
141405	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn / Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Massnahme wird begrüsst. Es ist zu prüfen, dass jeder Einwohner und jede Einwohnerin in der Wohnumgebung genügend Zugang hat zu sog. Kühlinseln oder Gewässern hat. Begründung Der Aspekt der Gesundheit durch Hitzeminderung wird in der alternativen Gesellschaft weiterhin zunehmen, da insbesondere Säuglinge, Kinder und SeniorInnen, aber auch Haustiere von Hitze betroffen sind.	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Für die Umsetzung dieser Anregung bedarf es einer Departements- und ämterübergreifenden, interdisziplinären Zusammenarbeit.
139358	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Kein Antrag. Begründung Wir begrüssen die geplante Massnahme und freuen uns, dass unsere Rückmeldung aus der Vernehmlassung 2022 zur Klimastrategie Eingang gefunden hat.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
134768	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt	Schlagworte Zusammenarbeit, Zuständigkeit Umgang mit Rückmeldung

336/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Begründung Diese sollte in Zusammenarbeit Bund und anderen Kantonen umgesetzt werden, welche alle mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind.	Kenntnisnahme.
141073	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofszell	Antrag / Bemerkung Direkte Kommunikations- und Sensibilisierungsmassnahmen für die breite Bevölkerung sollten enthalten sein, die auf kommunaler Ebene umgesetzt werden können. Begründung Vielen kleineren Politischen Gemeinden fehlen die Ressourcen für die Entwicklung eigener Massnahmen.	Schlagworte Information Umgang mit Rückmeldung Die Massnahme umfasst u.a.: Prüfen und bei Bedarf Erarbeiten und Umsetzen von Kommunikations- und Sensibilisierungsmassnahmen für die breite Bevölkerung mit Fokus auf vulnerable Gruppen in Ergänzung zu den Massnahmen und Nutzung der Kommunikationsmittel des Bundes. Dazu kann auch die Zugänglichkeit der Kommunikationsmittel für Gemeinden berücksichtigt werden.
142667	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung Keine vorgegebenen Standards Begründung Klimaanlagen – Kühlung - was es heisst das für ein 20-jähriges Haus? Kühlungen sind nicht per se einzubauen. Der Einbau kann mit entsprechenden Leitungen in Neubauten vorbereitet werden. Ein effektiver Nachbau erfolgt bei noch höherer Erwärmung.	Schlagworte Konkretisierung Umgang mit Rückmeldung Bezug der Begründung zur Massnahme ist nicht klar. Die Massnahme schlägt ein koordiniertes Vorgehen in 8 Teilschritten vor. Allfällige bauliche Anpassungen sind nur eines von mehreren Elementen des Vorgehens. Wie genau solche Anforderungen definiert werden sollen und welche Rolle Klimaanlagen dabei spielen, wird im Rahmen dieses schrittweisen Vorgehens geklärt.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
14. Sektor Tourismus			

337/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141033	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Allgemeine Rückmeldungen zum Sektor Begründung Die GRÜNEN begrüßen die Aufnahme des Themas «Klima» in der kantonalen Tourismusstrategie. Die Einflussbereiche des Kantons sollte möglichst genutzt werden, um die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung zu positionieren. Allenfalls können konkrete Vorgaben oder Förderungen in dem neu angedachten Tourismusgesetz aufgenommen werden.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales, Konkretisierung Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit prüft das Anliegen bei der zukünftigen Ausgestaltungen der Regularien (Tourismusstrategie, Leistungsvereinbarung, Zielvorgaben).
MN 67: Thema Klima in der kantonalen Tourismusstrategie, Leistungsvereinbarung und Destinationsmanagementstrategie abbilden			
141431	ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband, Sektion Ostschweiz/FL 9001 St. Gallen	Antrag / Bemerkung Reisecars sind aufgrund des niedrigen CO2-Ausstosses pro Passagier effizient unterwegs. An touristisch stark frequentierten Destinationen sollen Voraussetzungen für einen guten Zugang und ausreichende Car-Parkplätze geschaffen werden. Begründung -	Schlagworte neue Massnahmenidee, Konkretisierung Umgang mit Rückmeldung Die Planung und Erstellung von touristisch genutzter Verkehrsinfrastruktur liegt nicht im Verantwortungsbereich des Kantons und ist somit auch nicht Gegenstand der Regularien. In der primären Verantwortung stehen Leistungserbringer und Standortgemeinden. Der Kanton ist allenfalls bewilligende Instanz.
139387	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Es ist nicht ersichtlich, wie die kantonale Tourismus-Strategie einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Netto-Null-Ziele leisten soll.	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Die Massnahmen sind im Rahmen eines umfassenden Prozesses mit den Fachstellen entwickelt worden und im Rahmen von früheren

338/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Entsprechend wird auch eine rein unterstützende Wirkung ausgewiesen, wobei die Art der Unterstützung offen bleibt. Im Sinne der Fokussierung ist diese Massnahme darum aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Priorisierungsrunden bereits reduziert worden. Der sektorübergreifende Charakter des Massnahmenplans, der Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gleichermassen abdeckt, soll beibehalten werden, damit der Vollzug der Klimastrategie auch im Sektor Tourismus gewährleistet ist.
134771	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Es ist nicht ersichtlich, wie die kantonale Tourismus-Strategie einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Netto-Null-Ziele leisten soll. Entsprechend wird auch eine rein unterstützende Wirkung ausgewiesen, wobei die Art der Unterstützung offen bleibt. Im Sinne der Fokussierung ist diese Massnahme darum aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Schlagworte Fokussierung, Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Die Massnahmen sind im Rahmen eines umfassenden Prozesses mit den Fachstellen entwickelt worden und im Rahmen von früheren Priorisierungsrunden bereits reduziert worden. Der sektorübergreifende Charakter des Massnahmenplans, der Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gleichermassen abdeckt, soll beibehalten werden, damit der Vollzug der Klimastrategie auch im Sektor Tourismus gewährleistet ist.
141518	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofszell	Antrag / Bemerkung Konkreter formulieren: Die Einflussmöglichkeiten müssen in der kantonalen Tourismusstrategie sowie der Leistungsvereinbarung Thurgau Tourismus genutzt und die Klimathemen abgebildet werden. Hinweise zur Dekarbonisierung in der Zielformulierung beim Tourismus fehlen bei dieser Schlüsselmassnahme. Begründung Die Einflussmöglichkeiten sollen nicht nur, sondern müssen für Klimathemen verpflichtend im Thurgauer Tourismus eingebunden sein. Mit der vorhandenen Sensibilität ist die Akzeptanz ja auch vorhanden.	Schlagworte Konkretisierung, Formales, Ambitionsniveau Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit prüft das Anliegen bei der zukünftigen Ausgestaltungen der Regularien (Tourismusstrategie, Leistungsvereinbarung, Zielvorgaben). Die Zielformulierung der Massnahme wird angepasst, indem nicht generisch von Klimathemen, sondern von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gesprochen wird. Klimaschutz umfasst auch die Dekarbonisierung.

339/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
15. Sektor Raumentwicklung			
141034	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Allgemeine Rückmeldungen zum Sektor Begründung Klimaschutz und Klimaanpassung muss Teil von allen Planungsinstrumenten sein. Entsprechend begrüssen die GRÜNEN die vorgeschlagenen Massnahmen. Das Abbauen von Hürden, aktualisieren von Daten und Beratung von Gemeinden sehen wir als wichtige Bestandteile.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
MN 68: Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel und Anforderungen an regionale und kommunale Planungsinstrumente im kantonalen Richtplan verankern			
138606	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Schnittstellen ergänzen: Schnittstelle zu Massnahme 58 aufführen. Begründung Die Schnittstellen zwischen den Massnahmen sollten auf einander abgeglichen sein.	Schlagworte Verlinkung zwischen Massnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Die MN 68 wird entsprechend angepasst.
140578	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Auf die Verankerung der Klimastrategie und Massnahmenplan im kantonalen Richtplan ist zu verzichten. Begründung	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Gemeindeautonomie Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Der Bund fordert von den Kantonen, dass sie sich im

340/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Die VTG-Arbeitsgruppe unterstützt eine Verankerung der Klimastrategie und Massnahmenplan im kantonalen Richtplan nicht. Es wird in die Gemeindeautonomie eingegriffen. Die Gemeinden sind durchaus in der Lage Klimaschutz zu betreiben. Es braucht dafür kein behördenverbindliches Planungsinstrument.	Rahmen der kantonalen Richtplanung mit der Thematik des Klimawandels auseinandersetzen und Massnahmen im Kantonalen Richtplan festlegen. Gleichzeitig ist es auch wichtig, dass sich die Gemeinden mit den Themen "Klimaschutz" und "Anpassung an den Klimawandel" auseinandersetzen. Dabei soll den Gemeinden ein Ermessensspielraum eingeräumt werden. Wie genau die Vorgaben zu Planungsinstrumenten auf kommunaler bzw. regionaler Ebene ausgestaltet werden, wird im Rahmen des Richtplanprozesses festgelegt. Dazu können die Gemeinden im Rahmen des ordentlichen Revisionsprozesses Stellung nehmen.
139388	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Kein Antrag Begründung Massnahme wird unterstützt.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
134772	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt Begründung -	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
141558	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Für behördenverbindliche Themen aus der Klimastrategie kommunalen Richtlinien sollte bei der Erarbeitung der Richtplänenwürfe darauf geachtet werden, dass den Gemeinden auch noch ein Spielraum für den eigenen Klimaschutz bleibt. Es ist dabei auch zu beachten, dass die Planungsinstrumente auf die Umsetzbarkeit der	Schlagworte Spielraum, Gemeindeautonomie Umgang mit Rückmeldung Der Bund fordert von den Kantonen, dass sie sich im Rahmen der kantonalen Richtplanung mit der Thematik des Klimawandels auseinandersetzen und Massnahmen im Kantonalen Richtplan festlegen. Gleichzeitig ist es auch wichtig, dass sich die Gemeinden mit den

341/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Gemeinden ausgerichtet ist und keine neuen Kostenblöcke verursachen. Begründung Eine Verankerung im Richtplan hat den Vorteil, dass kommunale Bestrebungen nicht ausschliesslich auf die Zusammensetzung der Behörden oder einzelner Mitglieder beschränkt sind, die bei Wechsel nicht mehr weiterverfolgt werden.	Themen "Klimaschutz" und "Anpassung an den Klimawandel" auseinandersetzen. Dabei soll den Gemeinden ein Ermessensspielraum eingeräumt werden. Wie genau die Vorgaben zu Planungsinstrumenten auf kommunaler bzw. regionaler Ebene ausgestaltet werden, wird im Rahmen des Richtplanprozesses festgelegt. Dazu können die Gemeinden im Rahmen des ordentlichen Revisionsprozesses Stellung nehmen.

132660	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Auf die Verankerung der Klimastrategie und Massnahmenplan im kantonalen Richtplan ist zu verzichten. Begründung Die VTG-Arbeitsgruppe unterstützt eine Verankerung der Klimastrategie und Massnahmenplan im kantonalen Richtplan nicht. Es wird in die Gemeindeautonomie eingegriffen. Die Gemeinden sind durchaus in der Lage Klimaschutz zu betreiben. Es braucht dafür kein behördenverbindliches Planungsinstrument.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Der Bund fordert von den Kantonen, dass sie sich im Rahmen der kantonalen Richtplanung mit der Thematik des Klimawandels auseinandersetzen und Massnahmen im Kantonalen Richtplan festlegen. Gleichzeitig ist es auch wichtig, dass sich die Gemeinden mit den Themen "Klimaschutz" und "Anpassung an den Klimawandel" auseinandersetzen. Dabei soll den Gemeinden ein Ermessensspielraum eingeräumt werden. Wie genau die Vorgaben zu Planungsinstrumenten auf kommunaler bzw. regionaler Ebene ausgestaltet werden, wird im Rahmen des Richtplanprozesses festgelegt. Dazu können die Gemeinden im Rahmen des ordentlichen Revisionsprozesses Stellung nehmen.
--------	--	---	---

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 69: Gesetzesgrundlagen, kantonalen Richtplan und Verfahren im Hinblick auf eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung prüfen und anpassen			
131929	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident	Antrag / Bemerkung	Schlagworte Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung

342/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	9315 Neukirch/ Egnach	Neue Gesetze nur dort wo es zwingend notwendig wird, fördern statt Fordern Begründung Der Grundsatz einer erfolgreichen Klimastrategie ist die Freiwilligkeit, diese wird durch Fördermassnahmen gestärkt. Gesetze senken die Akzeptanz von Massnahmen.	Kenntnisnahme. Der Massnahmenplan Klima setzt auf eine Kombination von Fördern und Fordern, die meisten Massnahmen sind auf der freiwilligen Ebene anzusiedeln.
141407	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn / Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Massnahmen (69/71) werden begrüsst. Begründung Romanshorn geht im Rahmen des Energiestadtprozesses bereits diesen Weg und hat 2024 einen Klimaanpassungsbericht verfassen lassen, der Potentiale und Handlungsbedarf erkennen lässt. Eine Verankerung in den Planungsinstrumenten soll kommunal weiterverfolgt und geprüft werden. Musterbestimmungen seitens Kanton wären dabei wertvolle Umsetzungshilfen.	Schlagworte Formales, Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
139389	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwillen	Antrag / Bemerkung Massnahme zusammenführen. Begründung Die Massnahme sollte mit MN 68 sowie - bezüglich PBG - mit u.a. MN 10 bis 12 und MN 58 zusammengeführt werden.	Schlagworte Anzahl Massnahmen Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Auch wenn es sich bei den genannten Massnahmen mehrheitlich, aber nicht durchwegs um planerische Massnahmen im Siedlungsraum handelt, sollen die nicht zusammengelegt werden. Die Massnahmen adressieren verschiedene Instrumente und verschiedene Ansätze (u.a. Anpassung gesetzl. Regelungen vs. Fördermassnahme), die Themenpalette ist unterschiedlich (Wasser, Klimaschutz, Anpassung etc.), ebenso die Verantwortlichkeiten. Ein Zusammenlegen zu einer Massnahme würde diese verwässern

343/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

bzw. der jetzige Konkretisierungsgrad würde reduziert.

134774	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme zusammenführen Begründung Die Massnahme sollte mit MN 68 sowie - bezüglich PBG - mit u.a. MN 10 bis 12 und MN 58 zusammengeführt werden.
--------	-------------------------------------	--

Schlagworte
 Anzahl Massnahmen
Umgang mit Rückmeldung
 Abgelehnt. Auch wenn es sich bei den genannten Massnahmen mehrheitlich, aber nicht durchwegs um planerische Massnahmen im Siedlungsraum handelt, sollen die nicht zusammengelegt werden. Die Massnahmen adressieren verschiedene Instrumente und verschiedene Ansätze (u.a. Anpassung gesetzl. Regelungen vs. Fördermassnahme), die Themenpalette ist unterschiedlich (Wasser, Klimaschutz, Anpassung etc.), ebenso die Verantwortlichkeiten. Ein Zusammenlegen zu einer Massnahme würde diese verwässern bzw. der jetzige Konkretisierungsgrad würde reduziert.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

MN 70: Klimakarten für den Kanton Thurgau aktualisieren und ergänzen

139390	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Die regelmässige Aktualisierung von Kartenmaterial ist sehr wichtig und muss bereits beim Erstellen von Karten festgeschrieben werden. Letztlich muss diese aber als Daueraufgabe auch unabhängig vom Massnahmenplan erfolgen. Im
--------	---	--

Schlagworte
 Streichung Massnahme
Umgang mit Rückmeldung
 Abgelehnt. Auch wenn die Einschätzung geteilt wird, dass es sich bei der Aktualisierung um eine Daueraufgabe handelt, muss die Finanzierung aktuell gewährleistet sein. Dies soll über den Massnahmenplan und den entsprechenden Rahmenkredit erfolgen. Wie die Finanzierung nach 2031 erfolgen soll, ist im Rahmen der Aktualisierung des Massnahmenplans zu klären.

344/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Sinne der Fokussierung ist die Aktualisierung von Kartenmaterial als Massnahme zu streichen.	
134777	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Die regelmässige Aktualisierung von Kartenmaterial ist sehr wichtig und muss bereits beim Erstellen von Karten festgeschrieben werden. Letztlich muss diese aber als Daueraufgabe auch unabhängig vom Massnahmenplan erfolgen. Im Sinne der Fokussierung ist die Aktualisierung von Kartenmaterial als Massnahme zu streichen. Wünschenswert wäre hingegen die Prüfung, ob zusätzliche Karten (oder Daten) bei der Erarbeitung von Massnahmen hilfreich wären. Im Gebäudebereich könnte z.B. der GWR vervollständigt oder aktualisiert werden. Eine Erstellung von digitalen Zwillingen wäre wünschenswert (Beispiel Stadt München).	Schlagworte Fokussierung, Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Auch wenn die Einschätzung geteilt wird, dass es sich bei der Aktualisierung um eine Daueraufgabe handelt, muss die Finanzierung aktuell gewährleistet sein. Dies soll über den Massnahmenplan und den entsprechenden Rahmenkredit erfolgen. Wie die Finanzierung nach 2031 erfolgen soll, ist im Rahmen der Aktualisierung des Massnahmenplans zu klären.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 71: Gemeinden bei der klimaangepassten Siedlungsentwicklung beraten			
140579	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Massnahme wird unterstützt. Begründung Die Beratung von Gemeinden wird als notwendig erachtet und begrüsst. Es ist aber zentral, dass der Kanton auch über das Fachwissen verfügt und dieses zur Verfügung stellt. Weniger sinnvoll ist,	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die MN wird mit MN 72 "Sensibilisierung von Fachkräften zu klimatischen Herausforderungen im Siedlungsraum verbessern" zusammengelegt.

345/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		wenn der Kanton nur die Ergebnisse überprüft und das Fachwissen von den Gemeinden mittels teurer Expertisen von privaten Anbietern beigezogen werden muss.	
134780	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahmen zusammenführen Begründung Der Bedarf von Merkblättern, Erläuterungen und die Beratung bezüglich derselben ergibt sich aus anderen Massnahmen, u.a. MN 68/69 und gehört zu den Kernaufgaben einer Verwaltung. Im Sinne der Fokussierung ist diese Massnahme darum mit obigen Massnahmen zusammenzuführen und als separate Massnahme aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Schlagworte Fokussierung, Anzahl Massnahmen Umgang mit Rückmeldung Beratungen von Gemeinden sind neben den behördlichen Instrumenten (u.a. Richtplan) und Gesetzen ein wichtiges Instrumentarium, dem entsprechend Gewicht und Sichtbarkeit im Massnahmenplan Klima gegeben werden soll. Die MN wird mit MN 72 "Sensibilisierung von Fachkräften zu klimatischen Herausforderungen im Siedlungsraum verbessern" zusammengelegt.
141559	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofszell	Antrag / Bemerkung Massnahme wird begrüsst. Begründung Die Beratung von Gemeinden ist sinnvoll. Sie muss aber auch auf bestehende Energie- und Klimaprogramme abgestimmt sein.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die MN wird mit MN 72 "Sensibilisierung von Fachkräften zu klimatischen Herausforderungen im Siedlungsraum verbessern" zusammengelegt.
132878	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Die Massnahme wird unterstützt. Begründung Die Beratung von Gemeinden wird als notwendig erachtet und begrüsst. Es ist aber zentral, dass der Kanton auch über das Fachwissen verfügt und dieses zur Verfügung stellt. Weniger sinnvoll ist,	Schlagworte Formales, Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die MN wird mit MN 72 "Sensibilisierung von Fachkräften zu klimatischen Herausforderungen im Siedlungsraum verbessern" zusammengelegt.

346/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		wenn der Kanton nur die Ergebnisse überprüft und das Fachwissen von den Gemeinden mittels teurer Expertisen von privaten Anbietern beigezogen werden muss.	
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 72: Sensibilisierung von Fachkräften zu klimatischen Herausforderungen im Siedlungsraum verbessern			
139391	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Die Massnahme wiederholt andere Massnahmen wie MN 71. Sie ist darum im Sinne der Fokussierung aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Die Sensibilisierung von Fachkräften zu klimatischen Herausforderungen im Siedlungsraum ist wichtig und soll verbessert werden. Die Massnahme MN 72 wird daher inhaltlich nicht gestrichen. Weil die Massnahme MN 72 aber eine gewisse Ähnlichkeit hat zur Massnahme MN 71 (Gemeinden bei der klimaangepassten Siedlungsentwicklung beraten) und entsprechend ähnliche Ansätze verfolgt werden, werden die beiden Massnahmen MN 71 und MN 72 zu einer Massnahme zusammengefasst.
134783	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Die Massnahme wiederholt andere Massnahmen wie MN 71. Sie ist darum im Sinne der Fokussierung aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Die Sensibilisierung von Fachkräften zu klimatischen Herausforderungen im Siedlungsraum ist wichtig und soll verbessert werden. Die Massnahme MN 72 wird daher inhaltlich nicht gestrichen. Weil die Massnahme MN 72 aber eine gewisse Ähnlichkeit hat zur Massnahme MN 71 (Gemeinden bei der klimaangepassten Siedlungsentwicklung beraten) und entsprechend ähnliche Ansätze verfolgt werden, werden die beiden Massnahmen MN 71 und MN 72 zu einer

347/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

Massnahme zusammengefasst.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

16. Querschnittsfeld Forschung, Bildung und Sensibilisierung

141035	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Allgemeine Rückmeldungen zum Sektor Begründung Forschung und Bildung ist ein wichtiger Sektor, welchen wir bereits bei der Klimastrategie gefordert hatten. Bildung über Klimathemen ist eine wichtige Grundlage, um Sensibilisierung in der Bevölkerung zu erreichen. Dies weiter zu Fördern können wir unterstützen, sollte jedoch eng mit anderen Förderungen (z.B. EKT Energiestiftung) abgestimmt werden. Auch die Interkantonale Zusammenarbeit und die aktive Kommunikation des Massnahmenplans ist zu begrüssen.	Schlagworte Zuständigkeit, Zusammenarbeit Umgang mit Rückmeldung Der Kanton Thurgau setzt sich in den Arbeitsgruppen des Cercle Climat aktiv für den interkantonalen Austausch bei Klimathemen ein und stimmt sich bei der Umsetzung der Massnahmen mit bestehenden Förderungen ab.
141036	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Schaffung eines Umwelt- und Klimaschutzbeauftragten für die Schulbezirke Begründung Die GRÜNEN schlagen vor, für die Schulbezirke wieder einen Umwelt- und Klimaschutzbeauftragten einzusetzen, welcher die Schulen und Lehrkräfte vor Ort berät, wie sie ihre Umweltbelastung reduzieren können. Die Schulen haben als Teil des öffentlichen Sektors	Schlagworte Personalressourcen Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Die Idee eines Klimaschutzbeauftragten für Schulbezirke kann im Rahmen der Konkretisierung und Umsetzung der Massnahme 73 "Klimarelevante Unterrichtsthemen und -projekte an den Thurgauer Volksschulen initiieren und fördern" geprüft werden.

348/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		eine Vorbildfunktion und diverse Handlungsbereiche, wie eine natur-nahe Gestaltung der Umgebung, PV-Anlagen, Stromverbrauch und nachhaltige Lehrmittel.	
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 73: Klimarelevante Unterrichtsthemen und -projekte an den Thurgauer Volksschulen initiieren und fördern			
142516	Departement für Erziehung und Kultur Generalsekretariat, Rechtsdienst	Antrag / Bemerkung Bezüglich MN 73 (Klimarelevante Unterrichtsthemen und -projekte an den Thurgauer Volksschulen initiieren und fördern) weisen wir darauf hin, dass die entsprechenden Kosten bisher nicht budgetiert resp. im Finanzplan berücksichtigt sind. Die Umsetzung bedarf der Genehmigung entsprechend ausgestalteter Budgets. Begründung -	Schlagworte Finanzmittel Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Dies ist bei allen Ämtern so. Das notwendige Budget wird über einen Rahmenkredit dem Grossen Rat zur Genehmigung unterbreitet.
136249	Pro Natura. Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Für Maturaarbeiten oder Masterarbeiten der PH Thurgau, welche sich mit dem Klimawandel und dessen Vermeidung oder Auswirkungen beschäftigen, soll ein eigener Preis vergeben werden. Begründung	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Der Vorschlag kann im Rahmen der Umsetzung der Massnahme bei den Supportangeboten geprüft werden.

349/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Damit könnten junge Menschen motiviert werden, dieses Thema zu bearbeiten, und es kann medienwirksam auf diese Thematik hingewiesen werden. Eine Preisübergabe des Regierungsrates an innovative junge Menschen wäre etwas sehr Schönes.	
139392	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Kein Antrag Begründung Massnahmen wird ausserordentlich unterstützt.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
134784	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt Begründung -	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.
141573	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofszell	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt. Bei Erarbeitung unbedingt bestehende Programme einbinden. Begründung Zusammenarbeit mit Energiestadt zum Instrument 'Energieschule' prüfen.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Bei der Umsetzung der Massnahme wird dies berücksichtigt.
142668	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung MN ist durch den Lehrplan gut abgedeckt. Begründung	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung

350/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		MN ist durch den Lehrplan gut abgedeckt, umfasst eine ganzheitliche Nachhaltigkeitsperspektive. Dieser Punkt ist nicht weiter auszubauen. Impulsangebote für Projektwochen, Klimawochen usw. sind durch den Lehrplan gegeben. Eine zusätzliche Sensibilisierung der Lehrpersonen kann über Stufenkonvente, Stufenkonferenzen von Bildung Thurgau und über die PHTG in der Grundausbildung erfolgen.	Kenntnisnahme. Danke für die Erläuterungen.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 74: Zielgruppenspezifische Informations- und Beratungsangebote zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel aufbauen			
136997	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Schnittstelle zu Massnahmen Nr. 11, 12 und 58 ergänzen. Begründung Schnittstellen bei mit einander zusammenwirkenden Massnahmen aufführen.	Schlagworte Formales, Verlinkung zwischen Massnahmen Umgang mit Rückmeldung Text wird angepasst.
131930	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Massnahme 74 streichen Begründung Keine Zusätzlichen Anlaufstellen schaffen	Schlagworte Personalressourcen, Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt: Keine Begründung für den Streichungsantrag ersichtlich. Gemeinde, Städte und KMU, die die Zielgruppen dieses Beratungsangebots sind, sind für die Umsetzung von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel von grosser Bedeutung.
139393	SIA Sektion Thurgau	Antrag / Bemerkung	Schlagworte Fokussierung, Streichung Massnahme

351/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Massnahme streichen Begründung Die Beratung bezüglich Klimawandel ist in verschiedenen anderen Massnahmen enthalten. Es ist nicht ersichtlich, welche zusätzliche Beratung hier für wen erbracht wird. Die Massnahme ist darum im Sinne der Fokussierung aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Umgang mit Rückmeldung Streichungsantrag abgelehnt. Speziell Städte, Gemeinden und KMU werden bei der Analyse zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel oder bei der Vorbereitung eines konkreten Vorhabens unterstützt, z.B. Klimaprojekte, -strategien und -massnahmenpläne. Aus verschiedenen Themengebieten stehen Beraterinnen und Berater aus kantonaler Verwaltung und externen Beratungsbüros zur Verfügung. Erfahrungsgemäss kommt eine solches Beratungsangebot in anderen Kantonen sehr gut an, Synergien könnten genutzt werden. Die Anlaufstelle koordiniert Veranstaltungen und Weiterbildungen zum Thema Klima. Weiter werden spezifische bestehende Austausch- und Informationsgefässe genutzt und weiter ausgebaut, um konkrete Handlungen zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel aufzuzeigen.
134787	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Die Beratung bezüglich Klimawandel ist in verschiedenen anderen Massnahmen enthalten. Es ist nicht ersichtlich, welche zusätzliche Beratung hier für wen erbracht wird. Die Massnahme ist darum im Sinne der Fokussierung aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Schlagworte Streichung Massnahme, Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Streichungsantrag abgelehnt. Speziell Städte, Gemeinden und KMU werden bei der Analyse zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel oder bei der Vorbereitung eines konkreten Vorhabens unterstützt, z.B. Klimaprojekte, -strategien und -massnahmenpläne. Aus verschiedenen Themengebieten stehen Beraterinnen und Berater aus kantonaler Verwaltung und externen Beratungsbüros zur Verfügung. Erfahrungsgemäss kommt eine solches Beratungsangebot in anderen Kantonen sehr gut an, Synergien könnten genutzt werden. Die Anlaufstelle koordiniert Veranstaltungen und Weiterbildungen zum Thema Klima. Weiter werden spezifische bestehende Austausch- und Informationsgefässe genutzt und weiter ausgebaut, um konkrete Handlungen zu Klimaschutz und Anpassung an den

352/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

Klimawandel aufzuzeigen.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
----	---------------	---------------------------------	----------

MN 75: Interkantonale Projekte in den Bereichen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel prüfen

142510 Staatskanzlei
Dienststelle für
Aussenbeziehungen

Antrag / Bemerkung
 Ich erlaube mir einzig eine Bemerkung zur Massnahme 75 "Interkantonale Projekte in den Bereichen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel prüfen". Diese Massnahme fokussiert Bisher einzig auf die interkantonalen Projekte. Da der grösste Teil der langen Kantonsgrenze am Bodensee und dem Rhein jedoch gleichzeitig eine Landesgrenze darstellt, ist bei den Auswirkungen des Klimawandels auf die Gewässer primär eine internationale Zusammenarbeit gefragt. Diese findet zwar bereits im Rahmen der IBK-Kommission Umwelt sowie in verschiedenen bestehenden Projekten wie z.B. See-Wandel-Klima statt. Da die internationale Zusammenarbeit mit den benachbarten Bundesländern jedoch auch in Zukunft relevant bleiben dürfte, rege ich an, in den einzelnen Abschnitten des Massnahmenblatts nicht nur die interkantonale, sondern auch die internationale Zusammenarbeit zu erwähnen.

Begründung

-

Schlagworte

Zuständigkeit, Zusammenarbeit

Umgang mit Rückmeldung

Die Beschreibung der Massnahme wird um Folgendes ergänzt. Der Kanton Thurgau prüft deshalb bei Projekten zu Klimaschutz oder zu Anpassung an den Klimawandel die Zusammenarbeit mit weiteren Kantonen und Ländern. Letzteres entlang des Bodensees/Rheins. Dazu nutzt er interkantonale und internationale Synergien und pflegt einen interkantonalen und internationalen Austausch, insbesondere mit Nachbarkantonen und -ländern.

134795 Stadt Frauenfeld
8501 Frauenfeld

Antrag / Bemerkung
 Massnahme streichen

Begründung
Schlagworte

Streichung Massnahme

Umgang mit Rückmeldung

353/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Eine interkantonale Zusammenarbeit ist bei sehr vielen Massnahmen sinnvoll. Kantone sind mit ähnlichen, wenn nicht identischen Herausforderungen konfrontiert. Massnahmen, Methoden, Arbeitsmittel, Merkblätter, Kommunikationsstrategien sollten darum von Kantonen gemeinsam erarbeitet werden - sofern nicht der Bund diese bereits zur Verfügung stellt. Eine separate Massnahme muss im Massnahmenplan aber nicht formuliert werden. Die Massnahme ist darum im Sinne der Fokussierung aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Der Punkt, dass Kantone und Länder nach Möglichkeit zusammenarbeiten sollen wird bisher nur teilweise gemacht. Die Massnahme soll mit übergeordnetem Charakter sicherstellen, dass durchgehend Synergien genutzt werden. Die Umsetzung kann mit marginalen jährlichen Zusatzressourcen gemacht werden. Mit einer Streichung der Massnahme wird nichts Nennenswertes eingespart. Daher wird der Antrag abgelehnt.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
17. Querschnittsfeld Öffentliches Beschaffungswesen			
141037	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Allgemeine Rückmeldungen zum Sektor Begründung Die öffentliche Beschaffung ist aus Sicht der GRÜNEN noch stärker auf Klimaschutz auszurichten. Die entsprechenden Massnahmen zu einer griffigen Beschaffungsrichtlinie und Stärkung der Informationen und der Fachstelle sind zu begrüssen.	Schlagworte Ambitionsniveau Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Das Thema öffentliche Beschaffung wird u.a. mit diesem Querschnittsfeld und den Massnahmen in der Beschaffung sowie weiteren Massnahmen in anderen Sektoren (u.a. MN 6 "Nachhaltig bauen") adressiert.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 76: Fachstelle öffentliches Beschaffungswesen für die Umsetzung eines klimafreundlichen Beschaffungswesens stärken			
129506	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident	Antrag / Bemerkung	Schlagworte Personalressourcen Umgang mit Rückmeldung

354/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	9315 Neukirch/ Egnach	Die Fachstelle öffentliches Beschaffungswesen soll zuerst fachlich und nur wenn unumgänglich auch personell gestärkt werden. Antrag: das Wort personell streichen. Begründung Es ist nachvollziehbar, dass eine klimafreundliche Beschaffung eine neue fachliche Herausforderung ist. Das Beschaffungsvolumen wird sich jedoch mit der neuen Strategie nicht vergrössern. Also rechtfertigt sich auf den ersten Blick keine personelle Aufstockung in der Fachstelle	Abgelehnt. Aktuell ist die personelle Aufstellung bei der Fachstelle öffentliches Beschaffungswesen dünn. Zusätzliches Personal soll Ämter und Fachstellen in der ökologischeren Beschaffung beraten, Richtlinien erstellen, klären, welche Produkte es in den unterschiedlichen Ämtern für eine ökologischere Beschaffung braucht. Es handelt sich um eine neue Aufgabe.
131931	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Massnahme 76 Streichen Begründung Die Fachstelle kann sich das Wissen aneignen, ohne das man neue Ressourcen zur Verfügung stellt. Das Klima ist lediglich ein weiteres Kriterium in der Beschaffung. Wenn Massnahme 77 umgesetzt wird, ist eine Fachstelle unnötig. Sobald eine Beschaffungsrichtlinie besteht, haben sich alle daran zu halten ohne dass eine neue Fachstelle aufgebaut wird.	Schlagworte Personalressourcen, Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Aktuell ist die personelle Aufstellung bei der Fachstelle öffentliches Beschaffungswesen dünn. Zusätzliches Personal soll Ämter und Fachstellen in der ökologischeren Beschaffung beraten, Richtlinien erstellen, klären, welche Produkte es in den unterschiedlichen Ämtern für eine ökologischere Beschaffung braucht. Es handelt sich um eine neue Aufgabe.
140581	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Kriterien beim klimafreundlichen Beschaffungswesen sind einfach und tief zu halten. Begründung Der Fokus muss auf lokalen Anbietern liegen. Kleine lokale Betriebe ohne Nachweise/Zertifikate sind gegenüber Zertifikatsträgern mit	Schlagworte Beurteilungskriterien, Formales Umgang mit Rückmeldung Je nach Beschaffungsstelle und Beschaffungsobjekt müssen unterschiedliche Kriterien berücksichtigt werden. Die Anpassungen sollen deshalb auch konkrete Massnahmen für einzelne Beschaffungsstellen beinhalten. Der Input zu lokalen Anbietern und Zertifikaten kann

355/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		langen Anfahrtswegen besserzustellen. Dem Kosten/Nutzen Verhältnis ist grosse Bedeutung zu schenken.	bei der Umsetzung der Massnahme berücksichtigt werden.
134797	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Die Inhalte dieser Massnahme leiten sich direkt aus dem Bundesrecht ab und müssen ohnehin umgesetzt werden. Die Massnahme ist darum im Sinne der Fokussierung aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Richtlinie ist die ökologische Vorgabe des Regierungsrates des Kantons Thurgau an seine Beschaffungsstellen. Die heutige Richtlinie ist allerdings wenig griffig formuliert. Dies gilt es zu ändern.
132663	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Die Kriterien beim klimafreundlichen Beschaffungswesen sind einfach und tief zu halten. Begründung Der Fokus muss auf lokalen Anbietern liegen. Kleine lokale Betriebe ohne Nachweise/Zertifikate sind gegenüber Zertifikatsträgern mit langen Anfahrtswegen besserzustellen. Dem Kosten/Nutzen Verhältnis ist grosse Bedeutung zu schenken.	Schlagworte Beurteilungskriterien, Formales Umgang mit Rückmeldung Je nach Beschaffungsstelle und Beschaffungsobjekt müssen unterschiedliche Kriterien berücksichtigt werden. Die Anpassungen sollen deshalb auch konkrete Massnahmen für einzelne Beschaffungsstellen beinhalten. Der Input zu lokalen Anbietern und Zertifikaten kann bei der Umsetzung der Massnahme berücksichtigt werden.
142669	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung Es ist keine zusätzliche Fachstelle nötig. Begründung Es dürfen nicht noch mehr Anforderungen generiert werden. Das System verlangsamt und verteuert sich mit immer mehr Fachleuten.	Schlagworte Personalressourcen, Gemeindeautonomie Umgang mit Rückmeldung Aktuell ist die personelle Aufstellung bei der Fachstelle öffentliches Beschaffungswesen dünn. Zusätzliches Personal soll Ämter und Fachstellen in der ökologischeren Beschaffung beraten, Richtlinien erstellen, klären, welche Produkte es in den unterschiedlichen Ämtern für eine ökologischere Beschaffung braucht. Es handelt sich um

356/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Es gibt bereits ein kantonales Amt für Bau und Umwelt, das bei Fragen zum Thema beratend beigezogen werden kann. Die Verantwortung für das Beschaffungswesen liegt in der Gemeindeautonomie, also beim Bauherrn.	eine neue Aufgabe. Die Beschaffungsthematik ist bei der Fachstelle öffentliches Beschaffungswesen angesiedelt und kann nicht mit dem Amt für Umwelt abgedeckt werden.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 77: Kantonale Beschaffungsrichtlinie unter Berücksichtigung von Klimaaspekten anpassen			
138697	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Ergänzen eines Erläuterungstextes zum Beurteilungskriterium "Kosten". Begründung Für das Verständnis ist ein Erläuterungstext hilfreich.	Schlagworte Beurteilungskriterien Umgang mit Rückmeldung Text wird angepasst. AfU.
141586	EVP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung - Begründung Anstelle von Empfehlungen Vorgaben zu ökologischen/nachhaltigen Rohstoffen im Bauwesen machen. Bei IT- und anderen Beschaffungen auf faire, ethische, nachhaltige Produkte setzen	Schlagworte Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Die Richtlinie ist die ökologische Vorgabe des Regierungsrates an seine Beschaffungsstellen. In der Massnahme steht nichts von Empfehlungen wie im Antrag formuliert. Die heutige Richtlinie ist derzeit wenig griffig formuliert. Je nach Beschaffungsstelle und -objekt sind unterschiedliche Kriterien / Vorgaben zu berücksichtigen. Die Inputs zu ökologischeren Rohstoffen im Bauwesen und Produkten im IT-Bereich werden bei der Umsetzung der Massnahme berücksichtigt.

357/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
142640	Kantonales Tiefbauamt	Antrag / Bemerkung Kantonale Beschaffungsrichtlinien unter Berücksichtigung von Klimaaspekten anpassen. Die neuen Submissionsunterlagen des Tiefbauamts fordern und fördern die aktive Beteiligung der Bauunternehmungen an der Kreislaufwirtschaft. Begründung -	Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Danke für die Informationen.
141599	Lignum Ost Informieren - vernetzen – handeln 8526 Oberneunforn/TG	Antrag / Bemerkung Beim Hochbauamt sollen Vorgaben zur Verwendung von kantonseigenem Holz bei Neubauten und Sanierungen von Gebäuden gemacht werden Begründung Die höchste Einsparung von Treibhausgasen wird durch den Einsatz von möglichst viel eigenem Holz, welches in der Region verarbeitet wird erreicht. Möglichst wenig Graue Energie soll beim Bauen entstehen.	Schlagworte Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Die Richtlinie ist die ökologische Vorgabe des Regierungsrates an seine Beschaffungsstellen. Die heutige Richtlinie ist derzeit wenig griffig formuliert. Je nach Beschaffungsstelle und -objekt sind unterschiedliche Kriterien / Vorgaben zu berücksichtigen. Die Inputs zur Verwendung von kantonseigenem Holz können bei der Umsetzung der Massnahme berücksichtigt werden.
134798	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Siehe MN 76	Schlagworte Streichung Massnahme Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Richtlinie ist die ökologische Vorgabe des Regierungsrates des Kantons Thurgau an seine Beschaffungsstellen. Die heutige Richtlinie ist allerdings wenig griffig formuliert. Dies gilt es zu ändern.
ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion

358/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
18. Querschnittsfeld Vorbildfunktion öffentliche Verwaltung			
141038	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Allgemeine Rückmeldungen zum Sektor Begründung Die Massnahmen zur Vorbildfunktion liegen in der direkten Kompetenz des Kantons, entsprechend sind diese möglichst schnell umzusetzen. Auch weitere Massnahmen wie die Klimawirkungsabschätzung oder die Überprüfung der kantonalen Finanzbeiträge auf Klimarelevanz unterstützen wir sehr.	Schlagworte Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnissnahme
131932	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Massnahmen 78 bis 81 Diese Massnahmen sind sinnvoll, dabei darf kein Ausbau des Stellenplans erfolgen. Begründung Es muss darauf geachtet werden, dass, das Geld für wirksame Förderung und nicht für einen Ausbau der Verwaltung eingesetzt wird.	Schlagworte Personalressourcen Umgang mit Rückmeldung Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung nach der externen Vernehmlassung wurden die genannten Massnahmen nochmals geprüft. Massnahme 79 "Instrumente einer Klimawirkungsabschätzung von politischen Geschäften und Entscheiden entwickeln" wurde in den Massnahmenplan Klima ab 2032 verschoben und somit der Stellenausbau reduziert.
MN 78: Vorbildfunktion des Kantons in den Bereichen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel umsetzen			

359/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141576	Grünliberale Partei des Kantons Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Vorbildfunktion von Kanton und Gemeinden auf ihren eigenen Flächen Begründung Der Kanton und die Gemeinden als Landbesitzer müssen ihre Verantwortung übernehmen und die Flächen, die von ihnen oder Dritten bewirtschaftet werden müssen auf die biologische Wirtschaftsweise umgestellt werden.	Schlagworte Vorbildfunktion Umgang mit Rückmeldung Der Input kann bei der Umsetzung der Massnahme berücksichtigt werden.
141414	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn / Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Die Vorbildfunktion des Kantons auf eigenen Flächen, eigener Infrastruktur und eigenen Gebäuden ist zu begrüssen und zu unterstützen. Begründung Die Akzeptanz bei Gemeinden und der Bevölkerung kann so erhöht werden.	Schlagworte Vorbildfunktion Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
136252	Pro Natura. Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Förderung klimaneutraler Umgebungspflege bei saatseigenen Liegenschaften. Begründung Aktuell wird beispielsweise die Umgebung der PMS Kreuzlingen grossflächig mit dem Rasenmäher gemäht. dies auch dort, wo nie SuS die Rasenflächen benutzen. Zudem werden immer noch im Rahmen eines Frühlingsfloors Pflanzen im Handel gekauft und gepflanzt. Diese Pflegearten sind nicht nur klimaschädlich, sondern sie lassen auch nur wenig Spielraum für eine Biodiversität. Die Gärtner	Schlagworte Vorbildfunktion Umgang mit Rückmeldung Danke für die Idee. Dies kann bei der Umsetzung der Massnahmen 77 "Kantonale Beschaffungsrichtlinie unter Berücksichtigung von Klimaaspekten anpassen" sowie Massnahme 78 "Vorbildfunktion des Kantons in den Bereichen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel umsetzen" berücksichtigt werden.

360/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		müssen angewiesen werden, das Pflegeregime zugunsten des Klimas zu ändern.	
141495	Simon Schönholzer 8577 Schönholzerswilen	Antrag / Bemerkung Der Kanton und die Gemeinden als Landbesitzer müssen ihre Verantwortung übernehmen und die Flächen, die von Ihnen oder von Dritten bewirtschaftet werden, müssen auf die biologische Wirtschaftsweise umgestellt werden Begründung Der biologische Landbau ist ein Klimaschonendes Anbausystem. Würden alle Flächen die die Kommunen und der Kanton besitzen biologisch bewirtschaftet, so würde tatsächlich etwas in sachen Klimaschutz gemacht werden. So NIMMT DER KANTON seine VERANTWORTUNG war.	Schlagworte Vorbildfunktion Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Kann bei der Konkretisierung und Umsetzung der Massnahme geprüft werden.
134803	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme zusammenführen Begründung Die in Art. 10 KIG vorgeschriebene Vorbildfunktion sollte in einer Massnahme zusammengeführt werden. MN 23 ist darum in MN 78 zu integrieren.	Schlagworte Anzahl Massnahmen Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die genannte Massnahme 23 "Mobilitätsmanagement in der Verwaltung weiter umsetzen" läuft bereits als Vorbildfunktions-Massnahme und ist somit schon aufgenommen. Massnahme 78 führt alle Vorbildfunktions-Massnahmen auf und sorgt übergeordnet für deren vorbildliche Umsetzung.
MN 79: Instrumente einer Klimawirkungsabschätzung von politischen Geschäften und Entscheiden entwickeln			

361/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
134804	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt Begründung -	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung nach der externen Vernehmlassung wurden die genannten Massnahmen nochmals geprüft. Massnahme 79 "Instrumente einer Klimawirkungsabschätzung von politischen Geschäften und Entscheiden entwickeln" wurde in den Massnahmenplan Klima ab 2031 verschoben und somit der Stellenausbau reduziert.
MN 80: Finanzbeiträge des Kantons auf ihre Klimarelevanz prüfen			
134806	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme wird unterstützt Begründung -	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
141577	Umwelt- und Energiekommission 9220 Bischofzell	Antrag / Bemerkung Leistung auf Klimarelevanz zu überprüfen wird begrüsst. Begründung Die Überprüfung klimakontraproduktiver Finanzbeiträge hat auch ein breites Umdenken zur Folge.	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme

362/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
142670	Verband Thurgauer Schulgemeinden VTGS 8580 Amriswil	Antrag / Bemerkung Keine Prüfung Begründung MN würde System ebenfalls "aufblasen". Was diesbezüglich machbar ist, wird bereits heute im Thurgau gemacht.	Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Die Analyse der Finanzbeiträge auf ihre Klimarelevanz trägt dazu bei, dass diese nicht dem Klimaschutz bzw. der Anpassung an den Klimawandel entgegenlaufen.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
MN 81: Kompetenzen und Wissen zu Negativemissionstechnologien (NET) stärken, ausbauen und anwenden			
134813	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahme streichen Begründung Der Massnahmenplan muss im ersten Schritt darauf fokussiert werden, die Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren. In einem zweiten Schritt - wenn die Forschung die Technologieentwicklung einen Schritt weiter ist - können NET geprüft werden. Im Sinne der Fokussierung ist diese Massnahme darum vorerst aus dem Massnahmenplan zu streichen.	Schlagworte Streichung Massnahme, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Abgelehnt. Erste Priorität ist die Treibhausgasemissionen soweit technisch möglich und so weit wie möglich zu senken. Allerdings werden bei den Sektoren Industrie, Landwirtschaft und Abfall Restemissionen verbleiben, wofür Negativemissionstechnologien (NET) notwendig sind. Der Aufbau von NET wird viel Zeit beanspruchen. Daher ist es wichtig, diese bereits heute anzugehen und entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Der Kanton Thurgau hat gemäss KIG Art. 3 im Rahmen seiner Zuständigkeiten dafür zu sorgen, dass bis spätestens 2050 in der Schweiz und im Ausland Kohlenstoffspeicher im notwendigen Umfang für die Erreichung des Netto-Null-Ziels zur Verfügung stehen.

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
19. Anhang 1: Gesamtübersicht der neuen und weiterentwickelten Massnahmen			

363/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
140582	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Anhänge 1-6 sind aufgrund der Rückmeldungen in den Massnahmen anzupassen. Begründung Es wird darauf verzichtet die Anpassungen in den Anhängen nochmals aufzuführen. Die Anträge und Bemerkungen sollen aber grundlegend auch in den Anhängen einfließen.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Umsetzen
132664	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Die Anhänge 1-6 sind aufgrund der Rückmeldungen in den Massnahmen anzupassen. Begründung Es wird darauf verzichtet die Anpassungen in den Anhängen nochmals aufzuführen. Die Anträge und Bemerkungen sollen aber grundlegend auch in den Anhängen einfließen.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Umsetzen
22. Anhang 4: Übersicht bestehende Massnahmen			
135879	Thurgauer Wanderwege Geschäftsstelle 8526 Oberneunforn	Antrag / Bemerkung Zusätzliche Massnahme im Sektor "Anpassung an den Klimawandel" Ziel: Das Bewilligungsverfahren für die Umlegung und den Neubau von Wanderwegen im Falle von klimabedingten Routenumlegungen sind klar geregelt und effizient gestaltet. Es werden Qualitätskriterien festgelegt. Begründung	Schlagworte neue Massnahmenidee Umgang mit Rückmeldung Danke für die Idee. Neue Massnahmenideen werden bei der Aktualisierung des Massnahmenplans nach 2031 geprüft.

364/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Unter "Bestehende Massnahmen", Thema "Verkehr und Raum, Velorouten und Wanderwege" wird der Kanton Thurgau als Betreiber von rund 1'000 Kilometern Wanderwege aufgeführt. Die Veränderung bei den klimatischen und witterungsbedingten Verhältnissen der letzten Jahre haben gezeigt, dass viele wichtige Schlüsselstellen im Wanderwegnetz bedroht sind. Aktuellstes Beispiel ist die LV-Verbindung zwischen Halden und Bischofszell. Um weiterhin ein attraktives Wanderwegnetz mit den entsprechenden Qualitätsstandards (insbesondere dem Verlauf auf Naturbelag) anbieten zu können, muss der Kanton sich proaktiv mit den Gefahrenbereichen auseinander setzen und Lösungsansätze suchen. Dies im Sinne des sanften Tourismus wie auch im Sinne der Gesundheitsförderung.	

Allgemeine Bemerkungen

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
Allgemeine Bemerkungen			
141418	ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband, Sektion Ostschweiz/FL 9001 St. Gallen	Antrag / Bemerkung Generell kann gesagt werden, dass der Massnahmenplan sehr umfangreich, aber in den einzelnen Massnahmen wenig konkret ist, was den Ämtern viel Spielraum bei der Umsetzung lässt. Dadurch besteht die Gefahr, dass die Anliegen von Gewerbe und Industrie zu wenig berücksichtigt werden. Begründung -	Schlagworte Spielraum Umgang mit Rückmeldung Die Massnahmen werden im Rahmen der Umsetzung weiter konkretisiert, ein gewisser Umsetzungsspielraum ist beabsichtigt. Den Bedürfnissen von Industrie und Gewerbe soll wo tangiert Rechnung getragen werden.

365/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
142827	Amt für Denkmalpflege	Antrag / Bemerkung Art. 89 BV Energiepolitik (SR 101) und Art. 78 BV Natur- und Heimatschutz sind gleichwertige Artikel der schweizerischen Bundesverfassung. Bei letzterem sind bei der Erfüllung eine kantonale Aufgabe die Kantone zuständig. Bei der Erfüllung einer Bundesaufgabe haben Bund und Kantone u.a. Ortsbilder und Kulturdenkmäler zu schonen und sie ungeschmälert zu erhalten, wenn das öffentliche Interesse es gebietet (Art. 78 Abs. 1 und BV, Art. 3 NHG, SR 451). Art. 78 BV hält fest, dass Bund und Kantone sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für eine ausreichende, breit gefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung sowie für einen sparsamen und rationellen Energieverbrauch einsetzen (Abs. 1). Für Massnahmen, die den Verbrauch von Energie in Gebäuden betreffen, sind vor allem die Kantone zuständig (Abs. Art. 45 Abs. 2 EnG Gebäude (SR 730.0) bringt diese Gleichrangigkeit zum Ausdruck: Sie [die Kantone] erlassen Vorschriften über die sparsame und effiziente Energienutzung in Neubauten und in bestehenden Gebäuden. Sie geben bei ihren Vorschriften den Anliegen der sparsamen und effizienten Energienutzung sowie der Nutzung erneuerbarer Energien und von Abwärme nach Möglichkeit den Vorrang. Die Kantone tragen den Anliegen des Ortsbild-, Heimat- und Denkmalschutzes angemessen Rechnung. Diese bundesrechtliche Vorschrift gilt für die Kantone, ohne dass diese in das kantonale Rechte umgesetzt wurde (Art. 49 Vorrang und Einhaltung Bundesrecht BV). Das kantonale Recht sieht unter dem Titel 1a Vorbildfunktion der öffentlichen Hand in § 4d Ausnahmen ENV (RB 731.11) folgendes vor:	Schlagworte Zielkonflikt, Formales, Interessensabwägung Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme (insbesondere in Bezug auf : Die nachfolgenden Stellungnahmen zu den einzelnen Punkten gehen stets davon aus, dass bei allen Massnahmen bezüglich Energie, den Anliegen des Ortsbild-, Heimat- und Denkmalschutzes angemessen Rechnung zu tragen ist und Ausnahmen aufgrund denkmal- oder ortsbildpflegerischer Gründe vorzusehen sind.) Amt AfU

366/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		1 Von den Anforderungen gemäss § 4a bis § 4c kann abgewichen werden, wenn zwingende technische, denkmal- oder ortsbildpflegerische Gründe dies erfordern oder ihre Umsetzung mit unverhältnismässigen Kosten verbunden ist. 2 Ausnahmen gemäss Abs. 1 sind zu begründen Nach diesem Wortlaut gelten die Ausnahmen nach § 4d ENV nur bezüglich der Regelungen zur Vorbildfunktion. Deshalb ist eine solche Regelung im ENG/ der ENV des Kantons Thurgau als allgemeingültige Normierung aufzunehmen. Wie oben zu Art. 45 EnG dargelegt, gilt die Ausnahmeregelung jedoch aktuell bereits aufgrund des Bundesrechts. Jedoch sollte die kantonale Gesetzgebung diese Lücke schliessen und damit Rechtssicherheit schaffen. Die verfassungsrechtliche Gleichrangigkeit zwischen Energie und Denkmal-/Ortsbildschutz verlangt, dass im Einzelfall stets zwischen den Schutzinteressen und den Interessen energetischer Verbesserungen im Rahmen einer Interessenabwägung darüber zu entscheiden ist, wie sich diese teils widersprechenden Ziele im Einzelfall in Übereinstimmung bringen lassen (Art. 5 BV und Art. 3 RPV). Die nachfolgenden Stellungnahmen zu den einzelnen Punkten gehen stets davon aus, dass bei allen Massnahmen bezüglich Energie, den Anliegen des Ortsbild-, Heimat- und Denkmalschutzes angemessen Rechnung zu tragen ist und Ausnahmen aufgrund denkmal- oder ortsbildpflegerischer Gründe vorzusehen sind. Begründung -	
136144	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt	Antrag / Bemerkung Kapitel 1.2: Im letzten Abschnitt ist das Datum der externen Vernehmlassung anzupassen: 23. Januar bis 01. Mai 2025.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Anpassung in Kapitel 1.2: Datum der externen Vernehmlassung: 23.

367/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Begründung zeitliche Verschiebung der externen Vernehmlassung	Januar bis 01. Mai 2025. Amt AfU
136734	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Dokument der Massnahmenblätter: Die unterschiedlichen Massnahmen haben einen ziemlich unscharfen Fliesstext. Diesen bitte schärfer machen. Begründung Lesbarkeit erhöhen.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Fliesstext im Layout schärfen in Dokument der Massnahmenblätter Amt AfU
138704	Amt für Umwelt Kanton Thurgau Amt für Umwelt Kanton Thurgau 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Anhang 1: Titel der Massnahme - Nr. 14 einheitlich setzen: Klimawirksame synthetische Gasen (wie z.B. F-Gase) durch Information und Beratung - Nr. 69 einheitlich setzen: Gesetzesgrundlagen, kantonaler Richtplan und Verfahren im Hinblick auf eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung prüfen und anpassen 173 Begründung Die Titel zwischen der jeweiligen Massnahmen sollten überall gleich sein.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung MN14 und MN69: Die Titel zwischen der jeweiligen Massnahmen mit Inhaltsverzeichnis, Übersichtstabelle und Massnahmenblätter abgleichen und anpassen. Amt AfU
142649	Departement für Finanzen und Soziales	Antrag / Bemerkung Für die Gesamtwürdigung des Massnahmenplans Klima verweisen wir auf unseren Mitbericht vom 28. März 2024 zum Massnahmenkatalog Klima des Kantons Thurgau, den wir diesem Schreiben beile-	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme Amt

368/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		gen. In der vorliegenden Vernehmlassung werden gemäss Schreiben des Amtes für Umwelt vom 28. Januar 2025 Bereinigungen bei Massnahmen Nr. 12, 29, 35 und 74 vorgenommen und Stellungnahme dazu einverlangt. Zu den Änderungen in diesen Massnahmen haben wir keine Bemerkungen und wir stellen, soweit betroffen und beurteilt, keine fachlich unkorrekten Sachverhalte fest. Begründung -	AfU
141796	Die Mitte 8594 Güttingen	Antrag / Bemerkung Die Mitte Thurgau steht hinter den ambitionierten Massnahmen gegen die Auswirkungen des Klimawandels und dankt dem Regierungsrat für die Ausarbeitung. Es bleibt zu hoffen, dass die vorgeschlagenen Massnahmen auch zügig umgesetzt werden, um die Klimaziele, – 50% CO2 Ausstoss bis 2030 und Netto - Null bis 2050 zu erreichen. Wenn die Erderwärmung in diesem Tempo weiter geht wie bisher, wird die Thurgauer Bevölkerung, ja die ganze Menschheit, in einem Ausmass getroffen, das sehr schmerzlich wird für alle und unser Leben massiv verändert. Daher ist dringendes Handeln angezeigt. Dürren, Hitzeperioden, grosse Schadenunwetter, knappe Trinkwasserreserven, geänderte Stromproduktion wegen fehlendem Wasser, gestresste Biodiversität, sinkende landw. Erträge, Anstieg Meeres-	Schlagworte Ambitionsniveau, Folgen des Klimawandels, Handlungsbedarf Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme Amt AfU

369/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		spiegel, neue Völkerwanderungen, hitzebedingte Gesundheitsschäden, Hitzetote etc. werden die Folgen sein. Die Kosten für die Schadensbehebung nach Unwetter und die Ernteauffälle werden erheblich höher sein als schnelle Gegenmassnahmen. Die Ursache für den Klimawandel ist bekannt. Die grösste Ursache ist der Verbrauch der fossilen Energieträger und damit der Ausstoss von immensen Mengen an CO2 als klimaschädliches Gas. Ein Ausstieg von den fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Energien ist unabdingbar. Die Möglichkeiten und Technologien sind bekannt und praxisreif. Nebst den Massnahmen zur Symptombekämpfung ist klares Handeln Pflicht. Sicher kann der Thurgau die Welt nicht retten, er kann jedoch einen Beitrag leisten. Die Entwicklung von praxisreifen Alternativen können auf der ganzen Welt kopiert und angewendet werden. Begründung -	
141177	EVP Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die EVP TG ist dankbar, dass die Herausforderung betreffend Klimawandel erkannt sind und Massnahmen eingeleitet werden sollen. Dies ist elementar, wenn wir eine Klimakrise umgehen wollen. Die	Schlagworte Anzahl Massnahmen, Handlungsbedarf, Kosten des Nichthandelns Umgang mit Rückmeldung Zur Anzahl der Massnahmen: Diese wurde aufgrund der Ergebnisse

370/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Fülle der Massnahmen ist (zu) gross und es wäre wünschenswert gewesen, wenn diese zusammengeführt worden wären. Mit Sorge nehmen wir zur Kenntnis, dass in Zeiten von Sparwahn, Unsicherheit (Welt-, Wirtschaftslage) der Klimawandel an Priorität verliert, obwohl dies für unserer Lebens- und Zukunftsgrundlage das Wichtigste ist. Die finanziellen Herausforderungen für die Umsetzung sind als Summe beziffert aber nicht die finanziellen Konsequenzen bei Unterlassen von/der Massnahmen. Uns ist es bewusst, dass letzteres nochmals einen Aufwand bedeutet, aber für das Verständnis wichtig sind. Aufgeschoben ist beim Klima nicht aufgehoben. Begründung Fürs bessere Verständnis resp. Entscheidungsgrundlage meinen wir, dass beides (Finanzielle Konsequenzen bei Durchführung/Unterlassen) ausgewiesen werden muss. Dies gerade im Hinblick, dass es kantonal, national und international Player gibt, die den Klimawandel abstreiten/negieren. Oder ist/war dies gewollt?	der externen Vernehmlassung und einer erneuten Ressourcenüberprüfung nochmals gestrafft, gewisse Massnahmen wurden zusammengelegt oder gestrichen. Zur Quantifizierung des Nicht-Handelns: Zu Beginn der Erarbeitung des Massnahmenplans Klima wurde entschieden, die Ressourcen fürs aktive Handeln, d.h. die Umsetzung von Massnahmen zu investieren. Dies ist auch im Sinn der angespannten Finanzlage zielführend. Es ist bekannt, dass die Kosten des Nicht-Handelns grösser sind, als wenn gehandelt wird. Daher wird auf die Berechnung der Kosten des Nicht-Handelns verzichtet. Amt AfU
140982	GRÜNE Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung - Begründung Wir bedanken uns für die Einladung zur Vernehmlassung des Massnahmenplans Klima 2026-2030. Klimaschutz und auch Klimaanpassung sind für uns GRÜNE zentrale Themen und wir begrüssen es ausdrücklich, dass der Kanton Thurgau eine Klimastrategie und nun auch einen Massnahmenplan verabschiedet. Wenn wir das Klimaziel von Paris erreichen wollen, sind deutlich mehr Anstrengungen notwendig, auch bei uns im Thurgau.	Schlagworte Zielsetzung, Ambitionsniveau, Monitoring Umgang mit Rückmeldung Zielsetzung: Die Klimaziele sind in der Klimastrategie übergeordnet und pro Sektor ausgewiesen. An diesen richtet sich auch der Massnahmenplan Klima aus. Jedes Massnahmenblatt referenziert auf die Ziele, siehe entsprechende Nummern im Anhang der "Massnahmenblätter und Übersicht Massnahmen". Monitoring und Controlling: Der Aufbau des Monitorings ist in Kapitel 6 Umsetzung des Massnahmenplans und Monitoring erläutert. Die detaillierte Ausarbeitung kann erst erfolgen, wenn der Massnahmenplan durch die Regierung genehmigt und die benötigten Ressourcen

371/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Inhaltlich anerkennen wir, dass die Klimastrategie und der Massnahmenplan Klima viele wichtige Punkte aufnimmt und auch bereit ist neue Ansätze einzubringen. Aus Sicht der GRÜNEN fehlt jedoch insbesondere auf Strategie- und Controllingebene eine klare Zielsetzung, umfassende Wirkungsanalyse und eine daraus folgende Priorisierung der Massnahmen. Hier erwarten wir, dass der Massnahmenplan geschärft und aktualisiert wird. Die einzelnen Massnahmen können wir im Grossen und Ganzen unterstützen. Gleichzeitig fehlt es uns oftmals an Verbindlichkeit und messbaren Zielen, welche das Ganze wirklich fassbar machen. Es ist uns wichtig zu betonen, dass Klimaschutz das oberste Ziel sein muss. Schützen wir das Klima heute, können wir Folgekosten in Zukunft verhindern. Entsprechend müssen wir bereit sein insbesondere beim Klimaschutz zu investieren. Gleichzeitig ist der Klimawandel in der Schweiz bereits heute Realität, weshalb wir auch Klimaanpassungsmassnahmen unterstützen möchten. Zu den einzelnen Kapiteln und Sektoren nehmen wir gerne einzeln Stellung.	durch den Grossen Rat gesprochen sind. Dies auch im Sinne zum Ressourcensparen. Wirkungsanalyse: Eine Wirkungsanalyse der Massnahmen erfolgt nach fünf Jahren, wenn die Massnahmen in Umsetzung sind. Damit kann für eine Aktualisierung des Massnahmenplans ab 2032 geprüft werden, welche Massnahmen sich bewährt haben, ggf. geschärft werden müssen. Aktualisierung Massnahmenplan: Mit der Überarbeitung der Vernehmlassungsunterlagen werden alle Massnahmen nochmals auf Aktualität geprüft. Priorisierung von Klimaschutz: Es wird basierend auf der Klimastrategie daran festgehalten, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gleichermassen voranzutreiben. Amt AfU
131839	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Die Gemeinde Egnach kann sich im Grossen ganzen mit dem Massnahmen Paket einverstanden erklären. Wir sind jedoch der Ansicht das der Personelle bedarf restriktiver gehandhabt werden muss. Wieso soll zum Beispiel bei der Massnahme 12, über 4 Jahre 40% Stelle notwendig sein. Wenn das Förderprogramm erarbeitet ist kann dies mit den Bestehenden Ressourcen bewältigt werden. Ist	Schlagworte Finanzmittel, Personalressourcen, Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Damit Massnahmen umgesetzt werden können, sind entsprechende Ressourcen notwendig. Die aufgeführten Ressourcen ermöglichen einen effizienten, wirkungsvollen Mitteleinsatz und tragen gleichzeitig den finanziellen Rahmenbedingungen des Kantons Rechnung. Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang

372/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		dann ja nur ein Teil des ganzen Förderprogramms. Personelle Ressourcen durch Vereinfachung von Prozessen und Verfahren freispielen. (Zum Beispiel muss in einer Vorprüfung Kleinsiedlungen, nicht geprüft werden was legal oder illegal ausserhalb des Baugebietes erstellt wurde. Das gleiche gilt für alle Baugesuche ausserhalb der Bauzone. Mit der Überprüfung von bestehenden Bauten auf Legalität werden für Kanton und Gemeinden immer wieder neue Verwaltungsintensive Bauverfahren eröffnet. Es soll nicht gänzlich darauf verzichtet werden, man soll sich jedoch nur wirkliche Bauten konzentrieren , und nicht den Kaninchenstall, Teich, Trampolin, Kinderrutsche, Gartenbeet usw. in Frage stellen. Das läge in der Kompetenz des Kantons) Solche Beispiele gäbe es noch viel mehr , wo mit gutem Gewissen Ressourcen eingespart werden könnten, und dies für Gemeinden Kanton und dem Bürger. Die finanziellen Mittel müssen für die Umsetzung der Massnahmen und nicht für einen Ausbau der Verwaltung verwendet werden. Das Prinzip fördern statt fordern muss konsequent verfolgt werden. Es muss auch verhindert werden , das die Gemeinden für die Umsetzung der Massnahmen personell aufstocken müssen. Weniger Regulierung, weniger Statistiken , weniger Konzepte und Planungsmassnahmen, mehr einfache Förderung. Begründung keine weiter Begründung	zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Finanzmittel und Stellen nochmals reduziert.

373/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
131844	Gemeinde Egnach Gemeinde Präsident 9315 Neukirch/ Egnach	Antrag / Bemerkung Es entsteht der Verdacht, dass die Umsetzung des Massnahmenplans als Grundlage für den Ausbau der Verwaltung missbraucht wird. Dies muss unbedingt vermieden werden. Begründung Es muss vermeiden werden, dass ein solcher Verdacht die Akzeptanz der Massnahmen zur Nichte macht.	Schlagworte Personalressourcen Umgang mit Rückmeldung Damit Massnahmen umgesetzt werden können, sind entsprechende Ressourcen notwendig. Die aufgeführten Ressourcen ermöglichen einen effizienten, wirkungsvollen Mitteleinsatz und tragen gleichzeitig den finanziellen Rahmenbedingungen des Kantons Rechnung. Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Finanzmittel und Stellen nochmals reduziert. Amt AfU
141416	Gemeinderat Sommeri 8580 Sommeri	Antrag / Bemerkung Der Gemeinderat Sommeri bedankt sich für die Gelegenheit, zur Vernehmlassung Massnahmenplan Klima Stellung nehmen zu können. ER hat sich anlässlich seiner Sitzung vom 3. April 2025 auseinandergesetzt. Die Stellungnahme des Verbandes Thurgauer Gemeinden (VTG) vom 3. April 2025 wird voll und ganz unterstützt. Sie greift alle für die Gemeinden wichtigen Punkte auf. Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung und Ihre Bemühungen. Begründung -	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme Berücksichtigung der Stellungnahme des Verbandes Thurgauer Gemeinden (VTG) vom 3. April 2025. Amt AfU
141557	Grünliberale Partei des Kantons Thurgau 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Mit der Erarbeitung einer Klimastrategie und eines Massnahmenplans macht der Thurgauer Regierungsrat einen wichtigen Schritt in Richtung Klimaneutralität bis 2050. Der Massnahmenplan zeigt auf,	Schlagworte Ambitionsniveau, Indikatoren Umgang mit Rückmeldung Überprüfung zusätzlicher Massnahmen/Schärfung der aktuellen

374/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		wie unser Kanton seiner Verantwortung im Klimaschutz konkret nachkommen will. Als Partei, welche sich der Nachhaltigkeit in den Bereichen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft verpflichtet hat, begrüsst die GLP Thurgau den vorliegenden Massnahmenplan ausdrücklich. Es ist ein Rahmen, der nun mit Nachdruck und Verbindlichkeit mit Leben gefüllt werden muss. Die grösste Herausforderung sehen wir in der Umsetzung. Ambitionierte Ziele allein reichen nicht; es braucht entschlossene politische Führung, ausreichende Ressourcen und den Mut, auch unbequeme Entscheidungen zu treffen. Und letztlich braucht es bei allen Beteiligten unserer Bevölkerung das Verständnis der Zusammenhänge und den Willen und die Bereitschaft zur Umsetzung. Klimaschutz ist nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern auch eine Chance für Innovation, Standortattraktivität und Lebensqualität. Die GLP setzt sich dafür ein, dass der Kanton Thurgau beim Klimaschutz nicht nur plant, sondern handelt – pragmatisch, wirksam und zukunftsgerichtet. Wir erachten alle geplanten Massnahmen grundsätzlich als zielführend und werden diese im weiteren politischen Prozess unterstützen. In diesem Sinne nehmen wir den Massnahmenplan Klima mit klarem Zuspruch zur Kenntnis.	Massnahmen mit folgenden Punkten: 1) "Key Performance Indicators": In den Massnahmenblättern sind überall die verantwortlichen Fachstellen, Umsetzungsschritte und Umsetzungszeiträume angegeben. Ebenfalls finden sich Umsetzungsindikatoren, damit der Fortschritt einer Massnahmen belegt werden kann. Weitere Indikatoren folgen mit dem Monitoring, wenn der Massnahmenplan genehmigt wird. 2) Kreislaufwirtschaft: Kenntnisnahme, im Rahmen der Ausgestaltung und Umsetzung der entsprechenden Massnahme zu prüfen. 3) Bodenversiegelung bzw. Entsiegelung von Böden. Die Massnahme zu den Stein- und Schottergärten ist nicht die einzige Massnahme, die sich dieser Thematik annimmt. So tragen etwa MN 11 "Massnahmen zur klimaangepassten ökologischen Aufwertung von Gebäuden und Aussenräumen von Privaten unterstützen und fördern" und MN 58 "Eine wassersensible Siedlungsentwicklung etablieren" ebenfalls dazu bei. 4) Langsamverkehr: Dies ist im Rahmen der Massnahme 19 "Klima-relevante Massnahmen aus dem Gesamtverkehrskonzept prioritär umsetzen" zu prüfen. 5) Best Practise: Kenntnisnahme. 6) Der biologische Landbau: Kenntnisnahme. Amt AfU

Begründung

- ☐ In der Wirtschaft hat sich der Grundsatz "Führen mit Zahlen" bewährt. Diesen Ansatz vermissen wir im Massnahmenplan.

375/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Aus unserer Sicht kommen Messungen, "Key Performance Indicators" mit Verantwortlichen und konkrete Zwischenstermine / Endtermine zu wenig klar hervor. ☐ Einen grossen Hebel sehen wir in der Kreislaufwirtschaft - dies ist jedoch im Massnahmenplan nur ansatzweise und am Rande erwähnt. Hier besteht grosses Potential und Konsens, was auch die politische Debatte im nationalen Parlament gezeigt hat. ☐ Die Stadt Winterthur führt ein Monitoring von laufender Bodenversiegelung und plant neue Projekte zur Entsiegelung von Böden. Aus unserer Sicht reicht der Verzicht auf oder der Rückbau von Steingärten nicht aus. ☐ Der Langsamverkehr ist einer der Schlüssel zur Vermeidung von Emissionen und verdient eine starke Förderung. Dies sollte über konkrete Ziele definiert werden (z.B. 30% weniger MIV bis ins Jahr 2030). Städte wie Kopenhagen zeigen, dass dies machbar ist. ☐ Der "Nachahmer-Effekt" ist wichtig und sollte in die Strategie einfließen. Besonders klimafreundliche Gemeinden, Unternehmen und "First mover" sollen als gute Beispiele hervorgehoben werden, damit die gewünschte Dynamik entsteht. ☐ Der biologische Landbau spielt eine zentrale Rolle im Klimaschutz. Wird der biologische Landbau nicht als eigenständige Landbauform angehört / eingebunden, wird er immer in	

376/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		den «innerlandwirtschaftlichen» Auseinandersetzungen gegenüber den intensiven Landbauformen unterlegen sein. Dies daher, da weniger als 10% der Bauernhöfe biologisch bewirtschaftet werden. Siehe dazu auch unsere spezifischen Rückmeldungen zu einzelnen Massnahmen.	
141331	HEV Thurgau 8280 Kreuzlingen 1	Antrag / Bemerkung Es sei im Massnahmenplan auf Stellenaufstockungen und Neuanstellungen von Personal zu verzichten. Begründung In den letzten Wochen weist der Regierungsrat immer wieder darauf hin, dass gespart werden müsse. Stellenaufstockungen stehen da im Widerspruch.	Schlagworte Personalressourcen Umgang mit Rückmeldung Damit Massnahmen umgesetzt werden können, sind entsprechende Ressourcen notwendig. Die aufgeführten Ressourcen ermöglichen einen effizienten, wirkungsvollen Mitteleinsatz und tragen gleichzeitig den finanziellen Rahmenbedingungen des Kantons Rechnung. Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Finanzmittel und Stellen nochmals reduziert. Amt AfU
141124	IHK Thurgau IHK Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Die Industrie- und Handelskammer erachten den aktuell vorliegenden Massnahmenplan als zu breit und in seiner Gesamtheit in der Praxis kaum umsetzbar. Weitere Erläuterungen sind der beigefügten Stellungnahme zu entnehmen (siehe Anhang). Begründung Die Begründungen sind in der beigefügten Stellungnahme ausführlich dargelegt.	Schlagworte Anzahl Massnahmen, Realisierbarkeit Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme

377/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
141241	Industrie- und Handelskammer Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Die Industrie- und Handelskammer Thurgau nimmt die Bestrebungen des Kantons Thurgau zur Bekämpfung des Klimawandels zur Kenntnis und unterstützt die übergeordneten Zielsetzungen des vorliegenden Klimaplanes zur Senkung der direkten Treibhausgas-Emissionen im Grundsatz. Als kantonaler Wirtschaftsverband mit über 630 Mitgliedsunternehmen, die rund einen Drittel der Thurgauer Arbeitsplätze repräsentieren, äussern wir uns zu Themen, die den Wirtschaftsstandort Thurgau und seine Wettbewerbsfähigkeit betreffen. Allerdings erachten wir den aktuell vorliegenden Massnahmenplan als zu breit und in seiner Gesamtheit in der Praxis kaum umsetzbar: Der Plan enthält eine Vielzahl detaillierter Massnahmen, deren Anzahl und Komplexität es sowohl Privatpersonen als auch Unternehmen schwierig macht, den Überblick zu wahren und die relevanten, prioritären Handlungsfelder zu erkennen. Diese sollten für die Anspruchsgruppen klar ersichtlich sein– auch wenn es sich bei dem vorliegenden Massnahmenplan gemäss Bericht primär um ein «Behörden- und Koordinationsinstrument» handelt. Allgemein entsteht der Eindruck, dass mit grossem Aufwand und Kosten ein Dokument geschaffen wurde, das in den kommenden Jahren letztlich wenig verändern kann.	Schlagworte Realisierbarkeit, Anzahl Massnahmen, Massnahmenpriorisierung Umgang mit Rückmeldung Die Klimastrategie zeigt in allen Sektoren Handlungsbedarf auf, der durch die Handlungsfelder aufgezeigt wird. Vollzogen wird die Strategie durch den Massnahmenplan Klima mittels detaillierter Massnahmen, welche in jedem Sektor aufgeführt werden. Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Finanzmittel und Stellen nochmals reduziert. Amt AfU

378/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Zur zielgerichteten Umsetzung des Klimaplanes empfehlen wir dringend, Massnahmen zu priorisieren, die bei den drei Beurteilungskriterien Kosten/Nutzen-Verhältnis, Wirkung und Umsetzbarkeit mindestens den Wert «mittel» erreichen. Es gibt sogar «Schlüsselmassnahmen», welche diese Vorgabe nicht erfüllen (z.B. MN 13, MN 29, MN 51). Massnahmen, welche diese Werte nicht erfüllen, sollten aus Sicht der IHK aus Gründen der Effektivität und Effizienz bei der Umsetzung zwingend zurückgestellt oder komplett gelöscht werden. Begründung -	
141242	Industrie- und Handelskammer Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Generell empfiehlt die IHK, bei der Umsetzung grundsätzlich auf Anreize, statt auf Vorgaben und zusätzliche Regulierungen zu setzen. Wir begrüssen es deshalb, dass zwei Drittel der Massnahmen ohne rechtliche Anpassungen umgesetzt werden können Begründung -	Schlagworte Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Amt AfU

379/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
129806	Kanton Thurgau Amt für Raumentwicklung 8510 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Zeitpläne für den Start der Umsetzung der einzelnen Massnahmen sind um ein Jahr nach hinten zu schieben. Begründung Die öffentliche Vernehmlassung endet am 1. Mai 2025. Ein Beschluss zum Massnahmenplan wird frühestens Ende 2025 vorliegen, sodass im 2025 keine ausreichende Legitimation für Aktivitäten auf der Grundlage des Massnahmenplans besteht. Mit dem Beschluss zum Massnahmenplan müssten zum die in den einzelnen Massnahmen aufgeführten Kredite gesprochen werden.	Schlagworte Umsetzungsgeschwindigkeit Umgang mit Rückmeldung Der Zeitplan wird nochmals angepasst. Amt AfU
140784	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Überprüfen ob das CO2 Hauptverursacher des "Klimawandels" ist. Begründung im beiliegenden Dokument	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Sinn von Medienberichterstattung, Meinungsäusserung, Folgen des Klimawandels Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme (Inhalt des Dokuments sind in die E-Vernehmlassung als thematische Einzelanträge übertragen worden). Amt AfU
142676	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung «Es bringt manche Studenten dazu, in Schachteln zu denken» Obiges Zitat von 2018 stammt von Michael Hengartner dem damaligen Rektor der Uni Zürich. Damit hat er zweifellos recht. Dies begann nicht erst mit der Bologna-Reform. Genauer betrachtet beginnt das Denken in Schachteln bereits in der Volksschule und setzt sich fort bis ins Rentenalter – zumindest für die Mehrheit. https://www.srf.ch/news/schweiz/bologna-system-in-der-kritik-es-	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme Amt AfU

380/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		bringt-manche-studenten-dazu-in-schachteln-zu-denken Eine dieser Schachteln ist der «menschgemachte» Klimawandel welcher von den meisten Menschen nicht hinterfragt wird weil sie nicht mehr gewohnt sind vernetzt zu denken. Genauer ist es die Schachtel CO2 welche für den Klimawandel verantwortlich sein soll. Mit dem Wort «Klimawandel» welches wir ständig hören werden wir bereits in einen Denkraum (Framing) gezwängt, weil Wandel bedeutet dass sich etwas von einem Zustand in einen anderen Zustand ändert. Die passendere Bezeichnung wäre «Klimaschwankung» wie wir später noch sehen werden. Zunächst möchte ich allerdings klar festhalten dass ich weder die Klimaschwankungen, noch den Einfluss des Menschen und auch nicht den Einfluss des CO2 auf die Klimaschwankungen bezweifle. Was ich hinterfrage ist, wie gross ist der Einfluss des CO2 ist und ob es mit der Reduktion des CO2 überhaupt möglich ist die Erderwärmung zu stoppen. Dies wird, wie schon einige Male geschehen von selbst aufgrund der bekannten Eis- und Warmzeiten geschehen. Begründung -	
142677	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Der «Klimawandel» wird auch als Klimakrise bezeichnet. Weitere Krisen der letzten Jahre waren die Finanzkrise 2008, die Covid19-Krise 2019 und die durch den Ukraine-Krieg verursachte Energie-Krise. Was haben diese Krisen gemeinsam? Eine Gemeinsamkeit ist das Geld. Krisen verursachen immer Kosten. Es gibt aber auch Gewinner welche viel, sehr viel Geld an den Krisen verdienen. Eine weitere Gemeinsamkeit von Krisen ist ihre Medienpräsenz. Eine	Schlagworte Meinungsäusserung Umgang mit Rückmeldung Fachfremde Meinungsäusserung, Kenntnisnahme. Amt AfU

381/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		weitere wichtige Gemeinsamkeit ist dass diese Krisen sich global auswirkten und es nach wie vor tun; selbst die Finanzkrise 2008 ist noch nicht ausgestanden. Die Ursache der Finanzkrise 2008 ist im globalen Geld- und der freien Marktwirtschaft zu suchen. Die Krise wurde von skrupellosen Bankern verursacht weil sie Hypotheken ohne genügend Sicherheiten vergaben und diese in strukturierten Produkten verpackten bis die Banken selbst nicht mehr durchblickten. Dies wird allerdings gerne unterschlagen. Das globale Finanzsystem begann mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems aus dem Ruder zu laufen. Im Bretton-Woods-System waren die meisten Währungen indirekt über den US-Dollar an den Goldpreis gebunden. Dies verschaffte der Weltwirtschaft weitgehend stabile Wechselkurse und es gab kaum Banken Krisen. Mit der Einführung des Neoliberalismus in den 1980er Jahren entstanden immer mehr neue Märkte. Gewinne wurden privatisiert und die Verluste sozialisiert. Hinterfragt werden darf dies nicht, haben uns doch die angeblich freie Marktwirtschaft und der Kapitalismus Wohlstand gebracht – so wird es uns zumindest ständig erzählt. Märkte sollen angeblich durch Angebot und Nachfrage für günstige Preise sorgen. Die Märkte verursachen dadurch auch Schwankungen und dadurch Unsicherheiten – vor allem die Finanzmärkte. Begründung -	
142679	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Wie bereits erwähnt sind Krisen ständig in den Medien präsent. Das heisst, die «QualitätsMedien» verdienen ganz gut an Krisen. Beson-	Schlagworte Meinungsäusserung, Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme Amt

382/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		ders gut haben einige Medien während Covid-Krise an den Werbekampagnen des Bundes verdient. Beim Ukraine-Krieg fällt hingegen die einseitige Berichterstattung auf. Dies erkennt man allerdings erst wenn man sich bei freien Medien eine völlig andere Sicht auf den Krieg und vor allem seine Vorgeschichte erfährt. Besonders auffällig ist allerdings wie häufig die Leitmedien sämtliche anderen Ansichten als Russische Propaganda abtun. Was Propaganda genau ist und wie sie wirkt wird allerdings nie erklärt. Das hat seine Gründe. 1/8 Würden die Menschen wissen wie Propaganda funktioniert, würde sie weniger wirken. Einer der Begründer der modernen Propaganda war Edward Bernays, ein Neffe von Sigmund Freud welcher als Vater der Psychoanalyse gilt. Propaganda hat einen schlechten Ruf. Deshalb wurde der Begriff durch den Begriff Werbung ersetzt. Ein anderer verharmlosender Begriff ist Public Relations, auf deutsch Öffentlichkeitsarbeit oder kurz PR. «Propaganda» - Edward Bernays https://archive.org/details/edward-bernays-1928-ea-propaganda-die-kunst-der-public-relations «Psychologie der Massen» - Gustave Le Bon https://archive.org/details/bub_gb_kud-bAAAAcAAJ/page/n97/mode/2up «Edward Bernays' moderne Massenmanipulation» - Hermann Ploppa https://tube4.apo-lut.net/w/3mAK1dAWxzJArcQ92bNXD7 Propaganda oder Werbung sprechen immer Gefühle und nicht den Verstand an. Damit diese Gefühle auch erhalten bleiben ist es nötig die Botschaften ständig zu wiederholen. Man erkennt es leicht an den Milliarden welche selbst bekannte Marken für Werbung aufwenden. Nun zu den Gefühlen mit welchen die Menschen manipuliert werden. Dies sind in erster Linie: Angst, Schuld, Hass und Hoffnung, allerdings falsche Hoffnung. Besonders gut war dies an der Berichterstattung während der Covid-Krise zu beobachten – allerdings nur von jenen welche	AfU

383/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Kenntnisse über Propaganda haben. Gleiches trifft auch auf die Berichterstattung zur Klimakrise zu. - Angst vor dem tödlichen Virus oder vor der menschengemachten Erderwärmung - Schuld: Wer sich nicht an die Massnahmen hielt oder kein CO2 einspart ist schuldig! - Hass: Auf diejenigen welche sich nicht an die Massnahmen halten oder nach wie vor Verbrenner fahren - falsche Hoffnung: Wenn du dich an die Massnahmen hältst, dann ist es bald vorbei. Wenn die Menschen sich dann an die Massnahmen halten, dann wurde eine neue Massnahme aus dem Hut gezaubert. Auch beim Klimawandel werden ständig neue Massnahmen entdeckt mit welchen sich CO2 vermeiden lässt. Es wird also nie enden. Begründung -	
142680	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Die Verbreitung der Propaganda ist die Aufgabe der Medien. Angeblich sind diese unabhängig. Dass dies schon lange nicht mehr so ist erkennt man daran dass die vielen verschiedenen Titel sich in der Hand von wenigen Konzernen befinden und deshalb auch weitgehend gleich berichten. Die noch echt unabhängigen oder freien Medien welche eine andere Sicht auf die Dinge haben werden deshalb von den «Qualitätsmedien» als ...Leugner usw. denunziert. Das gleiche gilt für Persönlichkeiten welche sich getrauen ihre Meinung zu sagen. Dies sind meistens ältere und ausgewiesene Experten welche ihre Karriere beendet haben und deshalb keine Angst haben müssen ihren Job zu verlieren. Ein gutes Beispiel wie Menschen wieder auf Linie gebracht wurden ist der ehemalige Bundesrat Alain	Schlagworte Meinungsäusserung Umgang mit Rückmeldung Fachfremde Meinungsäusserung, Kenntnisnahme. Amt AfU

384/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Berset mit seiner Aussage zum «Kriegsrausch» welche er nach Kritik in den Medien relativierte. https://www.swissinfo.ch/ger/berset-raeumt-falsche-wortwahl-bei-kriegsrausch-ein/48360748 Wer wissen will wie Medien und Journalisten auf Linie gehalten werden sollte sich das Buch von Nils Melzer, dem ehemaligen Berichterstat-ter über Folter zum Fall Julian Assange lesen. Im Fall von Julian Assange ging es nicht in erster Linie darum ob er Geheimnisse ver-raten hat. Es ist die 2/8 Länge des Verfahrens und die Gefangen-schaft im Hochsicherheitsgefängnis welche einige Journalisten da-von abhält soll allzu kritisch zu berichten. Begründung -	
142681	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Die Verbreitung der Propaganda ist die Aufgabe der Medien. Angeb-lich sind diese unabhängig. Dass dies schon lange nicht mehr so ist erkennt man daran dass die vielen verschiedenen Titel sich in der Hand von wenigen Konzernen befinden und deshalb auch weitge-hend gleich berichten. Die noch echt unabhängigen oder freien Me-dien welche eine andere Sicht auf die Dinge haben werden deshalb von den «Qualitätsmedien» als Leugner usw. denunziert. Das glei-che gilt für Persönlichkeiten welche sich getrauen ihre Meinung zu sagen. Dies sind meistens ältere und ausgewiesene Experten wel-che ihre Karriere beendet haben und deshalb keine Angst haben müssen ihren Job zu verlieren. Ein gutes Beispiel wie Menschen wieder auf Linie gebracht wurden ist der ehemalige Bundesrat Alain Berset mit seiner Aussage zum «Kriegsrausch» welche er nach Kri-tik in den Medien relativierte. https://www.swissinfo.ch/ger/berset-	Schlagworte Meinungsäusserung Umgang mit Rückmeldung Fachfremde Meinungsäusserung, Kenntnissnahme. Amt AfU

385/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		raeumt-falsche-wortwahl-bei-kriegsrausch-ein/48360748 Wer wissen will wie Medien und Journalisten auf Linie gehalten werden sollte sich das Buch von Nils Melzer, dem ehemaligen Berichterstat-ter über Folter zum Fall Julian Assange lesen. Im Fall von Julian Assange ging es nicht in erster Linie darum ob er Geheimnisse ver-raten hat. Es ist die 2/8 Länge des Verfahrens und die Gefangen-schaft im Hochsicherheitsgefängnis welche einige Journalisten da-von abhält soll allzu kritisch zu berichten. Begründung -	
142682	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung «Der Fall Julian Assange» - Nils Melzer https://www.orellfues-sli.ch/shop/home/artikeldetails/A1066474271 Wie bereits erwähnt ist ein Merkmal von Propaganda die ständige Wiederholung. Es lohnt sich einmal darüber nachzudenken weshalb Wechselkurse, Börsenindizes, BIP-Wachstum, usw. täglich oder re-gelmässig in den Nachrichten erwähnt werden? Aber heute wo jeder ein Handy mit sich trägt und diese Informationen jederzeit abrufen kann? Der Durchschnittsverdiener wird sich kaum dafür interessie-ren. Warum wird in letzter Zeit so häufig erwähnt dass die Demokra-tie geschützt werden muss? Wessen Demokratie muss eigentlich geschützt werden? Ganz allgemein sollte man sich fragen warum über etwas berichtet wird. Vor allem wenn es häufig berichtet wird, ist die Wahrscheinlichkeit hoch dass es Propaganda ist. Die Haupt-ursache des «menschgemachten» Klimawandels ist somit eher bei der propagandistischen Berichterstattung der Qualitätsmedien zu suchen. Journalisten welche diesen hinterfragen die sind ihren Job	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen, Meinungsäusserung Umgang mit Rückmeldung Fachfremde Meinungsäusserung, Kenntnisnahme. Amt AfU

386/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		bald los. Politiker und Experten welche eine andere begründete Meinung vertreten werden von den Medien entweder als Verschwörungstheoretiker oder ähnliches denunziert oder von den Mainstream-Medien totgeschwiegen. Dies ist ein Grund weshalb sich häufig nur Leute welche ihre Karriere bereits abgeschlossen haben getrauen ihre Meinung zu äussern Begründung -	
142696	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Eine weitere wichtige Ursache warum der Klimawandel vom Menschen verursacht sein soll ist das harzende Wirtschaftswachstum, vor allem im globalen Finanzsystem. Dies begann bereits in den 1980er Jahren als die Grundbedürfnisse der Menschen weitgehend erfüllt waren und qualitativ hochwertige und langlebige Produkte das Wirtschaftswachstum bremsen. Also «erfand» man die Konsumgesellschaft. Nachdem der Konsum ebenfalls gesättigt war, wurden die Produkte billiger, aber auch minderwertiger. Es entstand die Wegwerfgesellschaft. Nach der Wegwerfgesellschaft wurde das Wirtschaftswachstum mit der Dienstleistungsgesellschaft angekurbelt. Ein wichtiger Teil der Dienstleistungsgesellschaft sind die Banken welche für die Finanzmärkte ständig neue, aber auch risikoreichere Produkte kreierten welche schliesslich zur Finanzkrise 2008 führten und in Staatsschulden- und der Eurokrise endeten. Diese Krisen wirken bis heute nach weil durch die Rettung einiger Banken und Staaten von Staaten und Zentralbanken so viel Geld im globalen Finanzsystem ist dass die Zinsen von den Zentralbanken auf null oder gar	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Fachfremde Meinungsäusserung, Kenntnissnahme. Amt AfU

387/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		ins Negative gesenkt werden mussten. Tiefe Zinsen wiederum senken die Profite der Investoren. Also müsse ständig neue Produkte oder besser gesagt neue Märkte erschaffen werden. Wie bereits erwähnt verdienen einige wenige an Krisen. Darüber wird selbst in den Leidmedien berichtet. Dass eine Mehrheit die Kosten für die Krisen trägt das wird dann eher in einem Nebensatz erwähnt und verschwindet bald aus den Medien. Um zu verstehen was hinter der Klimakrise steckt schauen wir uns zum Verständnis einmal an wie die Covid-Krise ablief. Diese ist heute weitgehend aus den Medien verschwunden. Dies hat seine Gründe. Man erkennt es leicht daran dass kaum jemand an einer Aufarbeitung interessiert ist; allen voran Politik und Medien. Dies hat psychologischen Gründe. Im Grunde genommen wissen viele dass sie versagt haben. Dies nicht zuzugeben ist eine natürliche und auch nützliche psychische Reaktion. Wer zum Kauf eines neuen Produkts überredet wird welches er eigentlich nicht braucht, der wird sich kaum eingestehen dass es ein Fehlkauf war. Dies würde ihn ständig an sein Versagen erinnern. Genau das gleiche lässt sich im Fall der Covid-Krise beobachten. Viele haben sich nur impfen lassen weil sie unter Druck gesetzt wurden. Dies dürfte auch ein Grund sein weshalb die Aufarbeitungsinitiative nicht zustande kam. Wer möchte schon gerne erfahren dass er hereingelegt wurde. Ein deutlicher Hinweis dass die Menschen es zumindest ahnten dass sie hereingelegt wurden ist die Tatsache dass sich kaum mehr jemand den Booster abgeholt hat. Mittlerweile kommen immer mehr Ungereimtheiten an den Tag und die Menschen erkennen dies trotz der Zensur in den «Qualitätsmedien». So wurde zum Beispiel unser SRF von der UBI gerügt dass es nicht über die RKI-Protokolle berichten hat. Selbst auf der Seite der SRG wo die	

388/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Rügen aufgelistet werden wird bei der Suche nach RKI nichts angezeigt. Eine Suche in einer der Suchmaschinen «site:srgd.ch rki» listet die Stellen mit «RKI» auf. https://www.srgd.ch/suche/?q=rki&search=Suche https://www.news.admin.ch/de/nsb?id=105573 https://www.josefender.ch/leserbrief-die-wirklichen-corona-luegner/ Die Covid-Krise ist nichts anderes als die Fortsetzung des Geschäftsmodells «Impfen/Pandemie». 2010 wurde in der Rundschau noch kritisch über die WHO und die Schweinegrippe berichtet. «Rundschau 7. 4. 2010» https://youtu.be/L0Zm1Fxzhbg?si=OcCLsslwdBKem1-g	
		Dass es sich um nichts anderes als ein Geschäftsmodell handelt kann man an den Gewinnen der Pharmakonzerne und deren Aktionären ablesen. Diese Gewinne wurden und werden von den Steuerzahlern bezahlt. Bereits 2009 brachten die Pharmakonzerne ihre «Impfungen» nicht los weil sich die Bevölkerung nicht impfen lassen wollte und die Ärzte nicht impfen wollten. Man hat daraus die Lehren gezogen und einen «Impfstoff» entwickelt welcher bei -70° gekühlt werden musste. Da kaum ein Arzt über die nötige Infrastruktur verfügt, wurden die Impfzentren mit den nötigen Kühlanlagen bereit gestellt. Wer am gesellschaftlichen Leben teilnehmen oder gar seinen Job behalten wollte, der musste es mit einem Zertifikat beweisen und so haben sich viele nur widerwillig «impfen» lassen oder liessen den wenig angenehmen Test über sich ergehen. Um sicherzustellen	

389/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		dass weltweit genügend «Impfstoff» verkauft werden konnte wurden Organisationen wie GAVI oder Programme wie COVAX ins Leben gerufen. Das heisst die «entwickelten» Länder verpflichteten sich für die Länder des globalen Südens «Impfstoffe» zu kaufen. Selbstverständlich zum Schweizer Preis. Dumm war leider dass sich diese weigerten die «Impfstoffe» abzunehmen. Also blieb dem Bund nichts anderes übrig als Millionen Impfdosen im Wert von 1.3 Milliarden zu entsorgen. Dass die Verträge über die Beschaffung der «Impfstoffe» nach wie vor geschwärzt sind sagt eigentlich alles aus. Wer wissen will was drin stehen könnte hat die Möglichkeit ein geaktes Exemplar herunterzuladen. https://archive.org/details/pfizer-vertrag-mit-eu-ungeschwarzt_202210 Der eindeutigste Hinweis dass es bei der Covid-Krise nie um Gesundheit ging sind die Gewinne der Pharmakonzerne und deren Investoren. Bereits für die Erforschung des «Impfstoffes» hat die EU 7.4 Milliarden gesammelt. https://www.nzz.ch/wirtschaft/coronavirus-die-eu-sammelt-74-milliarden-euro-fuer-impfstoffid.1554838 Die Gewinne blieben allerdings bei den Konzernen und nicht bei der EU als Sponsor der Entwicklungskosten. Ein Argument für die Impfung war, sich aus Solidarität impfen zu lassen um andere zu schützen. Wäre es nicht angemessener die Pharmakonzerne würden aus Solidarität auf ihre Gewinne verzichten? Dies gilt übrigens für das	

390/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		gesamte Gesundheitswesen. Eigentlich dürften da gar keine Gewinne gemacht werden. Man stelle sich einfach einmal vor die Staatengemeinschaft wäre Eigentümer der Pharmakonzerne... Begründung -	
142703	Norbert Kurz 9545 Wängi	Antrag / Bemerkung Wie bereits erwähnt stockt das Wirtschaftswachstum in den westlichen Ländern weil der Konsum gesättigt ist und die meisten Geräte heute technologisch so weit fortgeschritten sind dass es kaum mehr echte Innovationen gibt welche den Menschen auch einen Nutzen bringen. So wie es beim Gotthardtunnel von der Idee bis zur Fertigstellung dreissig Jahre gedauert hat, so werden auch Geschäftsmodelle langfristig angedacht. Dies geschieht an Universitäten und/oder Thinktanks auch Denkfabriken genannt. Wie man genau auf das Geschäftsmodell gekommen ist lässt sich kaum herausfinden. Dass es sich um ein Geschäftsmodell handelt sieht man daran dass es in den Medien so präsent ist. Auch hier kann man die Elemente der Propaganda gut erkennen. Angst vor der Erderwärmung. Schuld wer Verbrenner fährt. Hass schüren auf jene (Klimawandel-leugner) welche den «menschgemachten» Klimawandel bezweifeln. Und zuletzt die falsche Hoffnung weil es vermutlich trotz all der Massnahmen wärmer werden wird. Der Klimawandel wird in erster Linie durch die schwankende Intensität der Sonne, der taumelnden Achse der Erde und der schwankenden Erdbahn um die Sonne verursacht. «Bei den Milanković Zyklen (nach dem serbischen Mathematiker[Milutin Milanković, 1879–1958) handelt es sich um langperiodische	Schlagworte Sinn von Klimamassnahmen Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme Amt AfU

391/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Veränderungen der globalen Verteilung der auf der Erde eintreffenden Sonnenstrahlung über die jährliche Schwankungsbreite hinaus.» Mehr müsste man eigentlich nicht wissen. Nur wer weiss das schon? Folgende Suche «site:www.srf.ch Milankovic» liefert lediglich 3 Treffer. https://de.wikipedia.org/wiki/Milankovi%C4%87-Zyklen https://www.srf.ch/audio/wetterfrage/wie-kam-es-in-der-erdgeschichte-zu-kalt-und-warmphasen?id=deb7581d-cde6-4ae6-9dd6-70569a3866b1 https://www.srf.ch/audio/die-wetterwoche/diese-woche-waren-wir-im-perihel?id=f2629bff-b9e9-4d4c-b033-bd6e4f41e44f Wenn man weiss oder zumindest annehmen kann dass es in nächster Zeit noch wärmer wird, genügt es irgendetwas zu suchen welches mit dem Temperaturanstieg korreliert. In diesem Fall war es das CO2 welches mit dem Temperaturanstieg korreliert. Dies lässt sich am einfachsten «beweisen» wenn man als Referenz eine Messstation auf einem Vulkan aufstellt. https://de.wikipedia.org/wiki/Messstation_Mauna_Loa Das gleiche Vorgehen hatte sich bereits beim Ozonloch und bewährt. Das Ozonloch schwankt immer noch in der Grösse, es ist einfach nicht mehr in den Medien präsent. Angeblich weil der Abbau der FCKW so lange dauert. Das lassen wir so stehen. Wie unsere Luft zusammen gesetzt ist, kann auch kaum jemand spontan beantworten. Warum eigentlich nicht? Könnte es daran liegen dass der CO2 Anteil lediglich bei 0.04% liegt? Was uns ebenfalls nicht gesagt wird, ist dass der CO2 Anstieg der Temperatur folgt und nicht die Temperatur dem CO2 Anstieg. Der Grund dafür ist dass kaltes Wasser mehr CO2 aufnehmen kann als warmes Wasser. Es wurde also	

392/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		wärmer und aus dem Meerwasser gaste das CO₂ aus. Dies sind übrigens alles keine neuen Erkenntnisse. Dies liess sich bereits aus den Eisbohrkernen ablesen. Wie der CO₂-Gehalt in der Luft schwankt kann in Meyers Konversationslexikon (Vierte Auflage, 1885-1892) nachgelesen werden. Je nach Tages- oder Jahreszeit, Gegend und Forscher wurden Werte zwischen 0.025% und 0.062%, im Mittel um die 0.04% gemessen. Damit man den Menschen mit dem Anstieg des CO₂ Angst machen kann drückt man es heute mit 400 ppm (Parts per Million) 5/8 aus. https://www.retrobibliothek.de/retrobib/seite.html?id=101252 Ein weitere Hinweis dass die Klimaschwankungen nicht vom Menschen verursacht ist finden wir im Buch «Klimaschwankungen seit 1700» von Eduard Brückner. Das Buch wird übrigens in einem der Sachstandsberichte des IPCC erwähnt. Man beachte auch den Ausdruck «Klimaschwankungen» und der heute verwendete Begriff «Klimawandel». Damit soll suggeriert werden dass sich das Klima wandelt. Dies ist nicht der Fall. Irgendwann wir es wieder kälter werden, so wie es im Lauf der Zeit schon immer der Fall war. Um die Wissenschaftlichkeit und die Genauigkeit zu betonen stützt man sich auf den Messbeginn 1850 ab. Wie das Klima vor Messbeginn war, darüber berichten die «Qualitätsmedien» und die «Experten» lieber nicht. Bereits das Vorwort von Eduard Brückner ist recht aufschlussreich: «Die vorliegende Abhandlung ist das Resultat dreijähriger Studien. Die Veranlassung zu denselben gaben Untersuchungen, welche ich über die Schwankungen des Wasserstandes im Kaspischen Meer, im Schwarzen Meer und in der Ostsee anstellte. An diesen Meeren zeigten sich eigentümliche, lang dauernde Oscillationen ihres Spiegels, deren Rhythmus eine gewisse Ähnlichkeit mit dem	

393/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Rhythmus der Schwankungen der Alpengletscher nicht verkennen ließ. Es lag daher nahe zu vermuten, dass beide Erscheinungen der Ausfluss ein und derselben Ursache seien. 1885 hatte Lang für die Alpen dargetan, dass das abwechselnde Vorrücken und Schwinden der Gletscher durch ein Alternieren relativ regenreicher und dabei kühler Zeiträume mit regenarmen und warmen veranlasst werde. Von selbst ergab sich mir daher der Schluss, dass die gleichen Schwankungen der Witterung auch außerhalb der Alpen im Einzugsgebiet jener Meere auftreten müssen. Eine Diskussion einschlägiger Beobachtungen bestätigte dieses und zeigte gleichzeitig, dass diese Schwankungen nicht auf Europa beschränkt sind, sondern auf der ganzen Nordhemisphäre und nicht minder auch auf der Südhemisphäre wiederkehren.» «Klimaschwankungen seit 1700...» - Eduard Brückner https://archive.org/details/bub_gb_UCRUAAAAMAAJ Ab und zu finden sich dennoch in den «Qualitätsmedien» Berichte welche darauf schliessen lassen dass das CO2 nicht die Ursache für die Klimaschwankungen ist. So erwähnt der Geologe Christian Schlüchter unter anderem: «Die letzte Kaltphase der letzten Eiszeit hat sehr schnell aufgehört. Es ist sehr rasch warm geworden...» https://www.srf.ch/news/panorama/aus-dem-gletschereis-wie-uraltes-holz-geschichten-erzaehlt Dass es vor 2000 Jahren in den Alpen wärmer war als heute ist ein weiterer Hinweis dass die Klimaschwankungen nicht vom Menschen verursacht sein können. Man erkennt es leicht wie die Faktenchecker und ihre Experten ins Schwitzen kommen und die Keule «Klimawandelleugner» schwingen. Tatsache ist dass da wo einmal	

394/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Gletscher war ein Pass zum Vorschein kam. Ob ihn die Römer tatsächlich benutzt haben will man vermutlich nicht wirklich wissen. https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimawandel-in-den-alpen-schweizer-gebirgspass-widerstmals-seit-2000-jahren-wieder-eisfrei-a-8b6a4778-2dcd-4ead-a016-a34d2fa0855c https://www.wissenschaft.de/geschichte-archaeologie/roemerlager-auf-2200-meter-hoehe-entdeckt/ https://science.orf.at/stories/3221032/	
		Dass sich das Klima nicht vorhersagen lässt erwähnt der IPCC in einem seiner jeweils mehreren hundert Seiten langen Berichten. Dass diese Berichte so lang sind ist kein Zufall. Damit sollen die 6/8 Menschen und vor allem die Politiker davon abgehalten werden die Berichte selbst zu lesen und sich darüber Gedanken zu machen. «Das Klimasystem ist ein gekoppeltes nichtlineares chaotisches System, und daher ist die langfristige Vorhersage künftiger Klimazustände nicht möglich. Vielmehr muss der Schwerpunkt auf der Vorhersage der Wahrscheinlichkeitsverteilung der möglichen zukünftigen Zustände des Systems durch die Erzeugung von Ensembles von Modelllösungen liegen.» https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/03/WGI_TAR_full_report.pdf (Seite 771) Dem IPCC ist also bekannt dass das Klima nicht vorher gesagt werden kann. Also stützt man sich auf Modelle. Man beachte die Mehr-	

395/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		zahl! Eines der Modelle wird dann schon zum aktuellen Klimazustand passen. Falls nicht, passt man das eine oder andere Modell den sich ständig ändernden Gegebenheiten an damit es wieder stimmt. Wie für den Klimawandel «geworben» wird erkennt man auch an einem der vielen Podcasts zum Thema. z.B. Folgender welcher mittlerweile 138 Folgen umfasst. https://dasklima.podigee.io/2-dk002-was-ist-ein-ipcc https://dasklima.podigee.io/22-dk022-regionales-klima-und-wetter-generatoren https://dasklima.podigee.io/49-dk049-entscheidungsfindung-und-das-korrekte-mass-andringlichkeit Warum sieht man eigentlich nie «renommierte» Klimawissenschaftler und solche mit einer anderen Ansicht zum Thema in einer Sendung wie Arena oder dem Club? https://apolut.net/das-nicht-passende-klimapanikpuzzle-teil-1-von-markus-fiedler/ https://apolut.net/das-nicht-passende-klimapanikpuzzle-teil-2-von-markus-fiedler/ https://www.youtube.com/watch?v=qLr2RuLdBdl Dass es mit der Rettung des Weltklimas nicht so dringend ist wie immer behauptet wird kann man erkennen wenn man sich das Geschäftsmodell Krieg anschaut: «Neue Berechnungen von Klimaforschenden aus der Ukraine zeigen, dass der Krieg seit Beginn vor genau drei Jahren fast 230 Millionen Tonnen Kohlendioxid freigesetzt hat. Diese Menge entspricht den jährlichen Emissionen von Österreich, Ungarn, Tschechien und der Slowakei zusammen.» Die	

396/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Profite der Rüstungsindustrie haben nun mal Vorrang vor der Rettung der Menschheit... Auch mit der Solidarität der Rüstungsindustrie für die Ukraine ist es nicht weit her wenn man sich die Preisentwicklung für Artilleriegranaten anschaut. «General Rob Bauer, Vorsitzender des Nato-Militärausschusses, gab den Preis pro 155mm-Artilleriegranate im Oktober 2023 mit bis zu 8.000 Euro an. Eine riesige Preissteigerung: Vor dem Ukrainekrieg lag der Preis bei rund 2.000 Euro.» Diese Preissteigerung bezahlen wir indirekt über die Steuern mit. https://www.deutschlandfunk.de/forscher-bisher-230-millionen-tonnen-kohlendioxid-freigesetzt102.html https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/artillerie-munition-tschechien-ukraine-kriegrussland-100.html Ein weiterer Bestandteil des Geschäftsmodells «Klimawandel» ist die CO2-Bepreisung um Menschen und Industrie in die richtige Richtung zu lenken. Dazu hat man die CO2-Zertifikate und den Emissionshandel «erfunden». Die Zertifikate werden an Börsen gehandelt. Das Kurse allen Börsen manipuliert werden können ist eigentlich nichts Neues, es ist einfach nicht so offensichtlich weil es zu wenig thematisiert wird. Der Preis für die Zertifikate steckt am Ende in jedem Produkt und jeder Dienstleistung. Es ist ähnlich wie beim Zins welcher je nach Länge der Produktionskette bis zu 70% beträgt. Könnte es nicht sein dass genau deswegen die freie Marktwirtschaft in den Medien als das beste aller Systeme verkauft wird? Heute plant eigentlich jedes Unternehmen. Warum sollte z.B. der Strommarkt nicht planbar sein. Man weiss recht genau wann und wer wie viel Strom braucht. Man weiss auch wie viel der Bau, der	

397/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Betrieb und die Lebensdauer eines Kraftwerks kosten. Die Unsicherheiten verdanken wir vor allem den Märkten welche manipuliert werden können. https://extraetf.com/de/guides/commodities/co2-certificates https://www.emobility.energy/thg/co2-zertifikate-verkaufen Der Klimawandel lässt sich mit CO2-Einsparungen oder CO2-Ab-saugung kaum stoppen. Sinnvoll sind hingegen Massnahmen zur Anpassung an höhere Temperaturen. Es ist gut möglich dass es wärmer wird. Begründung -	
141103	Politische Ge-meinde Kradolf-Schönenberg Gemeindepräsi-dent 9215 Kradolf-Schönenberg	Antrag / Bemerkung Wir schätzen die Bestrebungen den Veränderungen des Klimas entgegenzutreten, stellen jedoch fest, dass sich für die Umsetzung des sehr umfangreichen Paket die Zusatzaufwendungen für Bürokratie, Konzepte und externe Dienstleister überproportionale Kosten ent-stehen könnten. - die zusätzlichen Stellen sollen auf ein notwendiges Minimum be-schränkt werden und keine neuen Organisationen geschaffen wer-den - Personen aus der Verwaltung, welche sich in den einzelnen Berei-chen auskennt muss zwingend mit einbezogen werden - Konzepte und Handlungsempfehlungen sind auf ein gesundes Mi-nimum zu beschränken - Es sei auf übertriebene und unnötige Mess- Melde- und Kontroll-massnahmen zu verzichten	Schlagworte Ambitionsniveau, Anzahl Massnahmen, Monitoring, Bürokratie, Per-sonalressourcen, Finanzmittel Umgang mit Rückmeldung Damit Massnahmen umgesetzt werden können, sind entsprechende Ressourcen notwendig. Die aufgeführten Ressourcen ermöglichen einen effizienten, wirkungsvollen Mitteleinsatz und tragen gleichzei-tig den finanziellen Rahmenbedingungen des Kantons Rechnung. Im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung im Nachgang zur externen Vernehmlassung wurden die Anzahl der Massnahmen sowie zusätzlichen Finanzmittel und Stellen nochmals reduziert. Damit sichergestellt ist, dass die Massnahmen umgesetzt werden, bedarf es eines Monitorings und Controllings. Das Monitoring und Controlling wird schlank gehalten. Von Bundesseite besteht ein rechtlicher Auftrag, dass die Kantone

398/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		- Die Kosten für externe Beratungsfirmen seinen auf ein Minimum zu beschränken - Die zusätzlichen Aufgaben und Kosten, welche an Gemeinden und weitere Körperschaften abgewälzt werden müssen auf ein Minimum begrenzt werden - Es darf kein Wettbewerbsnachteil ggü. anderen Regionen entstehen, welche zu einer Abwanderung führen könnte - Die Bevölkerung soll von Anfang an mit einbezogen werden um die Akzeptanz zu erhöhen und nicht mit unzähligen neuen Vorschriften aus Verwaltung und Regierung vor den Kopf stossen Begründung Kritische Würdigung der 81 Maßnahmen des Maßnahmenplans zur Klimapolitik Der Maßnahmenplan des Kantons Thurgau stellt eine umfangreiche und ambitionierte Strategie dar, um die Herausforderungen des Klimawandels auf lokaler Ebene anzugehen. Die 81 Maßnahmen decken verschiedene Sektoren und Querschnittsfelder ab und sollen dazu beitragen, die Klimaziele des Kantons zu erreichen. Trotz des umfassenden Ansatzes gibt es jedoch bedeutende Schwächen und Herausforderungen, die die Effektivität und Akzeptanz des Plans gefährden könnten. Diese Würdigung setzt sich kritisch mit zentralen Problemen auseinander und geht dabei auf Bürokratie, Kosten, Akzeptanz, soziale Gerechtigkeit, Umsetzungszeiten sowie internationale und kantonale Vergleichsbeispiele ein und finden sich in den spezifischen Rückmeldungen wieder.	im Klimabereich Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor schädlichen Folgen des Klimawandels nach ihren Zuständigkeiten ergreifen. Da dies alle Kantone betrifft, entsteht kein regionaler Nachteil. Bevölkerung: Die kommunikative Begleitung des Massnahmenplans stellt sicher, dass die Bevölkerung adäquat adressiert wird. Amt AfU
139871	Politische Gemeinde Neunforn	Antrag / Bemerkung	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung

399/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	8526 Oberneunforn	Der Gemeinderat der Politischen Gemeinde Neunforn unterstützt die Stellungnahme des VTG vom 3. April 2025. Begründung s. Stellungnahme VTG vom 3. April 2025	Kenntnisnahme Stellungnahme des VTG vom 3. April 2025. Amt AfU
141385	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn / Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Gerne überreichen wir Ihnen die Stellungnahme zu dem Massnahmenplan Klima. Der Stadtrat stützt sowohl die Stellungnahme seiner Energie- und Umweltkommission sowie die Antwort des Verbandes Thurgauer Gemeinden (VTG). Der Stadtrat unterstützt hingegen damit verbunden aber keinen weiteren Stellenausbau. Auch soll die Gemeindeautonomie nicht weiter eingeschränkt werden. Weitere Anliegen entnehmen Sie bitten der detaillierten beiliegenden Antwort. Begründung -	Schlagworte Personalressourcen, Gemeindeautonomie Umgang mit Rückmeldung Ressourceneinsatz: Mit dem Massnahmenplan Klima kommen in der Verwaltung neue Aufgaben hinzu, die teilweise mit den bestehenden Ressourcen nicht gestemmt werden können. Daher braucht es zusätzliche Ressourcen. Diese wurden aber nach der externen Vernehmlassung nochmals gesamthaft geprüft, die Anzahl zusätzlicher Stellen wurde nochmals reduziert. Gemeindeautonomie: Kantonale Massnahmen können naturgemäss Auswirkungen auf die Gemeinden haben. Wenn nur Massnahmen umgesetzt werden, die die Gemeindeautonomie in keiner Weise tangieren, wird die Wirkung reduziert. Es könnten nur noch Massnahmen umgesetzt werden, die ausschliesslich die kantonale Ebene betreffen (eigene Verwaltung, nur Aufgaben in ausschliesslich kantonaler Hoheit). Viele Aufgaben sind aber Verbundaufgaben bzw. solche, bei denen Wirkung primär auf kommunaler Ebene entfaltet werden kann. Massnahmen, die die Gemeindeautonomie tangieren, sollen deshalb grundsätzlich auch möglich sein.
141388	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn	Antrag / Bemerkung Die Stadt Romanshorn anerkennt und würdigt die gute fachliche Auseinandersetzung mit dem Thema Klimaschutz und	Schlagworte Zielsetzung, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme

400/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
	/ Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Klimaanpassung. Die Zielsetzung zur Senkung der Treibhausgasemissionen bis ins Jahr 2050 wird begrüsst. Die Stossrichtung des Massnahmenplans wird unterstützt, einzelnen Massnahmen werden nachfolgend noch punktuell detaillierter angesprochen. Begründung -	Amt AfU
141389	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn / Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Beim Lesen der Massnahmen fällt auf, dass viele Vorhaben als Konzept, Planung, Leitbild, Absicht, Prüfauftrag oder Empfehlung bzw. Sensibilisierung formuliert wurden. Echte Reduktions-Massnahmen zur Umsetzung oder zum Vollzug sind in der Minderheit. Begründung Es mag Sinn machen zuerst gute Grundlagen zu erarbeiten, jedoch sind in vielen Bereichen die Herausforderungen bekannt. Der Fokus sollte daher ab dem Zeitraum ab 2030 vor allem auf Umsetzungs- und Reduktionsmassnahmen liegen.	Schlagworte Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme Amt AfU
141390	Politische Gemeinde Romanshorn Stadt Romanshorn / Bau, Umwelt und Verkehr 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Bei der Umsetzung kantonaler und sektorübergreifender Strategien ist darauf zu schauen, dass Massnahmen im Einklang zueinander stehen und Synergien effizient genutzt werden. Begründung	Schlagworte Synergien Umgang mit Rückmeldung Überprüfung von Synergien bei Umsetzung verschiedener Strategien (z.B. Biodiv/Klima) Amt AfU

401/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Beispiel: Klimastrategie und Biodiversitätsstrategie; Synergie nutzen und keine Widersprüche forcieren.	
140757	Politische Gemeinde Uesslingen-Buch 8524 Uesslingen	Antrag / Bemerkung Beachtung der Stellungnahme des Verbands Thurgauer Gemeinden. Begründung Der Gemeinderat unterstützt die Stellungnahme des Verbands Thurgauer Gemeinden vom 03. April 2025 vollumfänglich und ergänzt diese mit zwei weiteren Anmerkungen.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme Stellungnahme VTG 3. April 2025 Amt AfU
140584	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Der VTG verweist auf die Gemeindeautonomie, diese muss im Massnahmenplan und den Massnahmen gewährleistet sein. Der VTG hält ausdrücklich fest, dass er keinerlei Massnahmen akzeptiert, welche die Gemeindeautonomie oder den Spielraum der Gemeinden einschränken. Diverse Massnahmen sehen kantonsweite Regulierungen vor (Steingärten, biogene Abfälle), die unnötig sind und die die Gemeinden selbst an die Hand nehmen können. Solche Massnahmen sind konsequent in Handlungsempfehlungen für die Gemeinden umzuformulieren und es ist auch jegliche Regulierung auf Kantonsebene zu verzichten. Der VTG erwartet vom Regierungsrat, dass die Aufweichung kommunaler Kompetenzen und die damit verbundene Einmischung kantonaler Ämter konsequent vermieden wird. Ebenso ist darauf zu verzichten, via den kantonalen Richtplan neue Vorgaben an die Gemeinden einzubauen. Im Weiteren sind die	Schlagworte Massnahmeninstrument, Gemeindeautonomie Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme Stellungnahme VTG 3. April 2025 Gemeindeautonomie: Kantonale Massnahmen können naturgemäss Auswirkungen auf die Gemeinden haben. Wenn nur Massnahmen umgesetzt werden, die die Gemeindeautonomie in keiner Weise tangieren, wird die Wirkung reduziert. Es könnten nur noch Massnahmen umgesetzt werden, die ausschliesslich die kantonale Ebene betreffen (eigene Verwaltung, nur Aufgaben in ausschliesslich kantonaler Hoheit). Viele Aufgaben sind aber Verbundaufgaben bzw. solche, bei denen Wirkung primär auf kommunaler Ebene entfaltet werden kann. Massnahmen, die die Gemeindeautonomie tangieren, sollen deshalb grundsätzlich auch möglich sein. Die Ausgestaltung der Massnahmen ist vielfach noch offen, bei einigen Massnahmen handelt es sich auch erst um Prüfaufträge. Es wurde fallweise geprüft werden, inwiefern mit Anpassungen in

402/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Massnahmen noch einmal dahingehend zu prüfen, ob weniger Konzepte und Papier auch zum Ziel führen kann. Solche Konzepte führen in der Regel auch zu zusätzlichem Personalaufwand. Der Fokus ist verstärkt auf das Handeln zu legen. Begründung -	der Massnahmenbeschreibung der Thematik stärker Rechnung getragen werden kann.
140585	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die effektiven Kosten für die Volkswirtschaft und im Besondern für die Gemeinden sind zu bestimmen und aufzustellen. Ebenso sind die benötigten personellen Ressourcen ausserhalb der Kantonalen Verwaltung zu beziffern. Begründung -	Schlagworte Kosten für die Volkswirtschaft, Personalressourcen Umgang mit Rückmeldung Volkswirtschaftliche Kosten: Die Quantifizierung volkswirtschaftlicher Auswirkungen wurde bereits im Erarbeitungsprozess des Massnahmenplans Klima diskutiert und vom Lenkungsausschuss verworfen, mit der Begründung, dass Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen und die Auswirkungen grob bereits in der Strategie dargelegt sind. Es wurde damals entschieden, nur qualitative Aussagen zu Auswirkungen auf die Wertschöpfung zu integrieren. Die benötigten personellen Ressourcen ausserhalb der kantonalen Verwaltung lassen sich nicht beziffern. Diese werden als gering eingeschätzt, da es sich um einen Massnahmenplan der kantonalen Verwaltung handelt.
140586	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Der Fokus muss auf dem Controlling, den quantitativen Auswirkungen und dem Nutzen jeder Massnahme gelegt werden. Begründung -	Schlagworte Wirkung, Monitoring Umgang mit Rückmeldung Die Umsetzung der Massnahmen und die Erfolgskontrolle ist beim Monitoring und Controlling erläutert. Die detaillierte Ausarbeitung erfolgt nach Genehmigung des Massnahmenplans Klima durch die Regierung.

403/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			Amt AfU
140596	Regio Frauenfeld 8500 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Regio Frauenfeld schliesst sich der Stellungnahme des Verbandes Thurgauer Gemeinden (VTG) vollumfänglich an. Dies erfolgt insbesondere deshalb, weil sowohl Gemeinden aus der Region Frauenfeld in der entsprechenden Arbeitsgruppe des VTG vertreten waren (Felben-Wellhausen und Warth-Weiningen) als auch sämtliche Regio Frauenfeld-Gemeinden den Entwurf des VTG eingesehen und als zweckmässig beurteilt haben. Da die Stellungnahme des VTG auf diesem Vernehmlassungstool nicht öffentlich zugänglich ist, hat die Regio Frauenfeld den Wortlaut der Stellungnahme unverändert übernommen, obwohl dieser aus der Perspektive des VTG formuliert wurde. Begründung -	Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme Stellungnahme VTG 3. April 2025. Amt AfU
138078	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwil	Antrag / Bemerkung Die sia-Sektion Thurgau unterstützt die Klimastrategie und begrüsst im Grundsatz den Massnahmenplan. Sie erachtet den Massnahmenplan als wichtiges Instrument, um in der Umsetzung die beabsichtigte Wirkung zu erzielen. Es wird geschätzt, dass das breite Spektrum der Themenfelder der Strategie im Detail weiterbearbeitet wird. Eine sofortige Umsetzung der Quick Wins wird als sinnvoll erachtet. Jedoch ist parallel dazu der vorliegende Massnahmenplan grundlegend zu überarbeiten und auf eine wissenschaftlich fundierte	Schlagworte Wirkung, Monitoring, Ambitionsniveau, Massnahmenpriorisierung Umgang mit Rückmeldung 1) Übersichtlichkeit der Massnahmensammlung: Die Anzahl der Massnahmen wurde im Nachgang der externen Vernehmlassung gestrafft und Massnahmen z.T. zusammengelegt, was die Übersichtlichkeit verbessern sollte. 2) Vermeiden von Untermassnahmen: Es gibt Massnahmen, die mehrere Schritte bis zur Umsetzung brauchen, daher gibt es zum Teil "Untermassnahmen".

404/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Basis zu stellen. Andere kantonale Klimaschutzstrategien (z.B. Basel Stadt oder Basel-Landschaft) zeigen auf, wie es besser geht. Begründung Der Massnahmenplan in der aktuellen Form ist eine unübersichtliche Sammlung einer sehr grossen Anzahl an Massnahmen, welche teilweise sogar aus Untermassnahmen bestehen. Viele der aufgeführten Massnahmen stammen zudem aus anderen Programmen des Kantons. Es ist schwierig verständlich, welche Anstrengungen tatsächlich zusätzlich ergriffen werden sollen. Was fehlt, ist eine Analyse der Treibhausgas-Emissionen des Referenzzustands 1990 und ein Vergleich mit der aktuellen Situation, eingeteilt in Scope 1 bis Scope 3. Nur so kann analysiert werden, in welchen Bereichen der grösste Handlungsbedarf besteht. Im nächsten Schritt müssten nach dem Pareto-Prinzip eine überschaubare Anzahl Massnahmen erarbeitet werden, mit welchen eine maximal mögliche Reduktion der Treibhausgas-Emissionen erreicht wird. Die Reduktion in CO₂-eq ist für jede Massnahme abzuschätzen. Im aktuellen Massnahmenplan wurde die Wirkung auf die Treibhausgas-Emissionen nicht quantifiziert, was wenig wissenschaftlich scheint und die Frage nahelegt, wie ein Monitoring und Controlling erfolgen sollen. Die Wirkung wurde nach einer eigenen, nicht offengelegten Methodik bestimmt und wird zudem für viele Massnahme als gering erachtet. Auf die Umsetzung von Massnahmen mit einer geringen Wirkung sollte in einem ersten Schritt komplett verzichtet werden, um die vorhandenen Ressourcen gezielt einzusetzen. Die aktuell diversen überlappenden Massnahmen sind zusammenzuführen, was die Koordination und die Fokussierung erleichtert. Grundlagenerhebungen sind im Kerngeschäft der Verwaltung zu erbringen und müssen nicht in den	3) Klarerstellung von zusätzlichen und bestehenden Massnahmen: Die relevanten bestehenden Massnahmen sind in einem separaten Anhang aufgeführt. Bei den Massnahmen des Massnahmenplans Klima handelt es sich um neue bzw. um weiterentwickelte Massnahmen. 4) Analyse THG-Emissionen nach Scope 1,2,3 zu Referenzjahr 1990 zur Analyse von grösstem Handlungsbedarf (Priorisierung) und Quantifizierung der Emissionen bzw. Einsparungen: Die Scope-Betrachtungsweise eignet sich für Unternehmen. Der Kanton wendet die Territorialbetrachtung an, da die Systemgrenze auf die geografischen Kantonsgrenze angewendet wird. Die Massnahmen umfassen sowohl Klimaschutz als auch Anpassung, weshalb im Unterschied zu den genannten Strategien BS und BL ein Beurteilungssystem gewählt wurde, das für beide Bereiche funktioniert. Der Detaillierungsgrad der Massnahmen ist zudem oftmals noch relativ hoch, weshalb eine Quantifizierung nur mit sehr vielen Annahmen möglich wäre. Die weitere Konkretisierung der Massnahmen wird im Rahmen der Umsetzung vorgenommen. 5) Massnahmenpriorisierung: Eine erneute Massnahmenpriorisierung wurde im Nachgang der externen Vernehmlassung vorgenommen. Wirkungsüberlegungen standen dabei neben Kostenüberlegungen im Vordergrund. Amt AfU

405/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Massnahmenplan aufgenommen werden, welcher dadurch nur an Verständlichkeit und Wirkungskraft verliert. Die Klimaschutzstrategie des Kantons Basel Stadt oder die Klimastrategie des Kantons Basel-Landschaft, welche wie der Massnahmenplan durch die Firma Infrac erarbeitet wurden, sind Beispiele von verständlichen, klaren, wissenschaftsbasierten Strategien. Daran sollte sich der Kanton Thurgau orientieren. Der Klimawandel ist durch eine Vielzahl von kleinen Impulsen bedingt und dem muss daher auf ebenso breiter Basis entgegengewirkt werden. Als sehr wichtig erachtet es die sia-Sektion Thurgau, dass im Bildungsbereich - und insbesondere bereits in der Grundstufe - adäquate Anstrengungen unternommen werden, um ein Verständnis der Thematik zu vermitteln. Es geht darum, zukünftige Generationen zu befähigen, ihren Lebensraum mit Umsicht zu gestalten.	
139359	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwillen	Antrag / Bemerkung Ambitioniertere Zwischenziele setzen Begründung Die Zwischenziele des Massnahmenplans sind verglichen mit anderen Kantonen zu wenig ambitioniert. In Zukunft wird die Klimangepasstheit eines Kantons die Standortattraktivität für Wirtschaft und Wohnen wesentlich bestimmen. Ist ist somit von zentralem wirtschaftlichem Interesse, dass der Kanton Thurgau hier versucht, mutiger zu sein und eine Pionierrolle einzunehmen, um entsprechendes Standortmarketing betreiben zu können. Da die Massnahmen nicht mittels CO2-eq quantifiziert sind, ist eine genaue Aussage schwierig. Als Orientierung kann die Reduktion der Emissionen von	Schlagworte Zielsetzung, Ambitionsniveau Umgang mit Rückmeldung Der Kanton Thurgau orientiert sich an den Bundeszielen (inkl. Zwischenziel für 2030), diese sind in der Klimastrategie Kanton Thurgau formuliert. Der Massnahmenplan Klima ist auf den Zeitraum 2027-2031 ausgelegt. Die Massnahmen müssen in einem realistischen Zeitraum umgesetzt werden können und auch von betroffenen Akteuren und der Bevölkerung getragen werden. Bei Nicht-Erreichen der Ziele 2030 wird der Massnahmenplan nachjustiert und geschärft. Amt AfU

406/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		30% bis 2030 (S. 22 des Massnahmenplans) dienen. Der Kanton Basel Stadt hat bis 2020 bereits eine Reduktion von 44% erreicht. Ein direkter Vergleich ist hier wohl nicht möglich, da die Referenzjahre und der Umfang der Betrachtung unklar sind. Es scheint aber so, als ob sich der Kanton Thurgau ein Ziel setzen würde, welches keinerlei Ambition zeigt. Dies muss unbedingt geändert werden.	
139360	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwilen	Antrag / Bemerkung Terminplan und Monitoring bis Netto Null bzw. 2050 erarbeiten Begründung Der Massnahmenplan sieht im Abschnitt 6 einen Terminplan bis 2030 und eine rollende Planung bzw. ein Monitoring im Fünfjahreszyklus vor. Es ist unklar, wie die Zwischenziele 2040 und 2050 erreicht werden. Zur Sicherstellung dieser Zielerreichung braucht es einen klaren, fundierten Absenkpfad über die ganze Periode mit entsprechender Terminplanung.	Schlagworte Umsetzungsgeschwindigkeit, Zielsetzung Umgang mit Rückmeldung Der Massnahmenplan Klima ist auf den Zeitraum 2027-2031 ausgelegt. Eine Formulierung von Zwischenzielen bis 2050 wird zum jetzigen Zeitpunkt nicht als zielführend erachtet. Wird das Ziel für das Jahr 2030 nicht erreicht, wird der Massnahmenplan justiert und verschärft. Der Nachfolgeplan wird sich auf eine nächste Etappe ausrichten, weitere Zwischenziele werden zu einem späteren Zeitpunkt gesetzt. Amt AfU
139361	SIA Sektion Thurgau SIA Sektion Thurgau 8566 Neuwilen	Antrag / Bemerkung Massnahmenbewertung standardisieren Begründung Die Massnahmenbeurteilung ist in einer Spider-Grafik dargestellt. Dieser fehlt eine standardisierte Skala. Es werden z.B. völlig unterschiedliche Kostenrahmen als "mittel" beurteilt. Die Beurteilung der Wirkung ist nicht an CO2-eq geknüpft. Die Erläuterungen widersprechen zudem teilweise den Grafiken. Ein Vergleich der Massnahmen	Schlagworte Beurteilungskriterien, Wirkung Umgang mit Rückmeldung Die Beurteilungskriterien sind im Anhang erläutert, ebenso deren Kategorisierung und Anwendung auf die Spiderskala. Ein quantitativer Beurteilungsschlüssel (z.B. aufgrund von CO2-Äquivalenten) wird als nicht sinnvoll erachtet, da die Massnahmen oftmals noch nicht so detailliert ausgestaltet sind und eine Quantifizierung mit

407/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		ist darum sehr schwierig. Es sollte ein standardisierter Bewertungsschlüssel eingesetzt werden wie z.B. in der Strategie Basel-Landschaft (dort Bericht Anhang 1, Seite 68). Bezüglich Wirksamkeit sollte auch bewertet werden, in welchem Zeithorizont die Massnahme eine Wirkung entfalten kann. Wenn z.B. zuerst über ein Planungsinstrument kommunale Gesetzesänderungen angestossen werden müssen, dann wird es sehr lange dauern, bis eine Reduktion der Treibhausgasemissionen resultiert.	sehr vielen Annahmen verbunden wäre. Zudem sind die Zeithorizonte der Wirkungsentfaltung wie richtig erwähnt, sehr unterschiedlich. Weiter muss der Beurteilungsschlüssel auch für Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel funktionieren. Diese lassen sich noch schwieriger quantifizieren als diejenigen zum Klimaschutz. Eine Überprüfung der Beurteilungskriterien und der Beschreibungen wurde nochmals gemacht. Amt AfU
134485	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Die Stadt Frauenfeld unterstützt den Massnahmenplan Klima und die sofortige Umsetzung der Quick Wins. Parallel zur Umsetzung der Quick Wins muss der Massnahmenplan aber komplett überarbeitet und auf eine wissenschaftlich fundierte Basis gestellt werden. Als Orientierung könnte die Klimaschutzstrategie des Kantons Basel Stadt oder die Klimastrategie Basel-Landschaft dienen. Begründung Der Massnahmenplan in der aktuellen Form ist eine unübersichtliche Sammlung einer sehr grossen Anzahl an Massnahmen, welche teilweise sogar aus Untermassnahmen bestehen. Viele der aufgeführten Massnahmen stammen zudem aus anderen Programmen des Kantons. Es ist schwierig verständlich, welche Anstrengungen tatsächlich zusätzlich ergriffen werden sollen. Was fehlt, ist eine Analyse der Treibhausgas-Emissionen des Referenzzustands 1990 und ein Vergleich mit der aktuellen Situation, eingeteilt in Scope 1 bis Scope 3. Nur so kann analysiert werden, in	Schlagworte Formales, Layout, Wirkung, Wissenschaftlichkeit, Ambitionsniveau, Monitoring Umgang mit Rückmeldung 1) Übersichtlichkeit der Massnahmensammlung: Die Anzahl der Massnahmen wurde im Nachgang der externen Vernehmlassung gestrafft und Massnahmen z.T. zusammengelegt, was die Übersichtlichkeit verbessern sollte. 2) Vermeiden von Untermassnahmen: Es gibt Massnahmen, die mehrere Schritte bis zur Umsetzung brauchen, daher gibt es zum Teil "Untermassnahmen". 3) Klarerstellung von zusätzlichen und bestehenden Massnahmen: Die relevanten bestehenden Massnahmen sind in einem separaten Anhang aufgeführt. Bei den Massnahmen des Massnahmenplans Klima handelt es sich um neue bzw. um weiterentwickelte Massnahmen. 4) Analyse THG-Emissionen nach Scope 1,2,3 zu Referenzjahr 1990 zur Analyse von grösstem Handlungsbedarf (Priorisierung) und Quantifizierung der Emissionen bzw. Einsparungen: Die Scope-Betrachtungsweise eignet sich für Unternehmen. Der Kanton wen-

408/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		welchen Bereichen der grösste Handlungsbedarf besteht. Im nächsten Schritt müssten nach dem Pareto-Prinzip eine überschaubare Anzahl Massnahmen erarbeitet werden, mit welchen eine maximal mögliche Reduktion der Treibhausgas-Emissionen erreicht wird. Die Reduktion in CO₂-eq ist für jede Massnahme abzuschätzen. Im aktuellen Massnahmenplan wurde die Wirkung auf die Treibhausgas-Emissionen nicht quantifiziert, was wenig wissenschaftlich scheint und die Frage nahelegt, wie ein Monitoring und Controlling erfolgen sollen. Die Wirkung wurde nach einer eigenen, nicht offengelegten Methodik bestimmt und wird zudem für viele Massnahme als gering erachtet. Auf die Umsetzung von Massnahmen mit einer geringen Wirkung sollte in einem ersten Schritt komplett verzichtet werden, um die vorhandenen Ressourcen gezielt einzusetzen. Die aktuell diversen überlappenden Massnahmen sind zusammenzuführen, was die Koordination und die Fokussierung erleichtert. Grundlagenerhebungen sind im Kerngeschäft der Verwaltung zu erbringen und müssen nicht in den Massnahmenplan aufgenommen werden, welcher dadurch nur an Verständlichkeit und Wirkungskraft verliert. Die Klimaschutzstrategie des Kantons Basel Stadt oder die Klimastrategie des Kantons Basel-Landschaft, welche wie der Massnahmenplan durch die Firma Infrac erarbeitet wurden, sind Beispiele von verständlichen, klaren, wissenschaftsbasierten Strategien. Daran sollte sich der Kanton Thurgau orientieren.	det die Territorialbetrachtung an, da die Systemgrenze auf die geografischen Kantonsgrenze angewendet wird. Die Massnahmen umfassen sowohl Klimaschutz als auch Anpassung, weshalb im Unterschied zu den genannten Strategien BS und BL ein Beurteilungssystem gewählt wurde, das für beide Bereiche funktioniert. Der Detaillierungsgrad der Massnahmen ist zudem oftmals noch relativ hoch, weshalb eine Quantifizierung nur mit sehr vielen Annahmen möglich wäre. Die weitere Konkretisierung der Massnahmen wird im Rahmen der Umsetzung vorgenommen. 5) Massnahmenpriorisierung: Eine erneute Massnahmenpriorisierung wurde im Nachgang der externen Vernehmlassung vorgenommen. Wirkungsüberlegungen standen dabei neben Kostenüberlegungen im Vordergrund.
134489	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Bildauswahl auf die ganze Bevölkerung und Zielgruppe "2050" ausrichten	Schlagworte Layout, Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Auch Frauen und jüngere Personen werden auf

409/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Begründung Der Massnahmenplan ist zur Hauptsache mit Fotos von älteren Männern bebildert, was stossend ist. Entweder ist auf die Bilder ganz zu verzichten oder es ist ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis und Generationsverhältnis zu wählen. Der Massnahmenplan hat das Ziel, dass der Kanton Thurgau auch in den Jahren 2050 und danach lebenswert ist. Es sollten darum hauptsächlich jüngere Personen abgebildet werden. Ebenso sollte darauf verzichtet werden, Personen abzubilden, welche mit Hausschuhen und in Büro-Kleidung in Baustellen stehen.	den Fotos abgebildet. Es ist noch offen, ob es eine zweite Fotosession gibt. Amt AfU
134496	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Ambitioniertere Zwischenziele setzen Begründung Die Zwischenziele des Massnahmenplans sind verglichen mit anderen Kantonen zu wenig ambitioniert. In Zukunft wird die Klimaangepasstheit eines Kantons die Standortattraktivität für Wirtschaft und Wohnen wesentlich bestimmen. Ist ist somit von zentralem wirtschaftlichem Interesse, dass der Kanton Thurgau hier versucht, mutiger zu sein und eine Pionierrolle einzunehmen, um entsprechenden Standortmarketing betreiben zu können. Da die Massnahmen nicht mittels CO2-eq quantifiziert sind, ist eine genaue Aussage schwierig. Als Orientierung kann die Reduktion der Emissionen von 30% bis 2030 (S. 22 des Massnahmenplans) dienen. Der Kanton Basel Stadt hat bis 2020 bereits eine Reduktion von 44% erreicht. Ein direkter Vergleich ist hier wohl nicht möglich, da die Referenzjahre und der Umfang der Betrachtung unklar sind. Es scheint aber so, als ob sich der Kanton Thurgau ein Ziel setzen	Schlagworte Zielsetzung, Ambitionsniveau, Wirkung Umgang mit Rückmeldung Der Kanton Thurgau orientiert sich an den Bundeszielen (inkl. Zwischenziel für 2030), diese sind in der Klimastrategie Kanton Thurgau formuliert. Die Massnahmen sind auf diese Ziele ausgerichtet. Die Massnahmen müssen in einem realistischen Zeitraum umgesetzt werden können und auch von betroffenen Akteuren und der Bevölkerung getragen werden. Bei Nicht-Erreichen der Ziele 2030 wird der Massnahmenplan nachjustiert und geschärft. Amt INFRAS

410/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		würde, welches keinerlei Ambition zeigt. Dies muss unbedingt geändert werden.	
134567	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Revision der Kantonsverfassung Begründung In der Kantonsverfassung sind die Themen Nachhaltigkeit und Klimawandel zu wenig berücksichtigt. Diese sollte, orientiert z.B. an der Kantonsverfassung von Appenzell Ausserrhoden (KVARh), revidiert werden. Besonders erwähnenswert scheinen in der KVARh Art. 26 "Persönliche Pflichten", welche die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen hervorhebt. Ebenso Art. 27, welche zur Schonung und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet. Zudem Art. 29, welche die Wiederherstellung der natürlichen Umwelt zum Ziel macht. Die Thurgauer wollen hier im Kantonsvergleich sicher nicht hinten an stehen.	Schlagworte Formales, Rechtsgrundlagen Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Anpassung der Kantonsverfassung ist bei der Erarbeitung des Massnahmenplans Klima nicht vorgesehen. Auf einem anderen Weg ist dieser Vorschlag machbar und wünschenswert.
136275	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Terminplan und Monitoring bis Netto Null bzw. 2050 erarbeiten Begründung Der Massnahmenplan sieht im Abschnitt 6 einen Terminplan bis 2030 und eine rollende Planung bzw. ein Monitoring im Fünfjahreszyklus vor. Es ist unklar, wie die Zwischenziele 2040 und 2050 erreicht werden. Zur Sicherstellung dieser Zielerreichung braucht es einen klaren, fundierten Absenkpfad über die ganze Periode mit entsprechender Terminplanung.	Schlagworte Zielsetzung Umgang mit Rückmeldung Der Massnahmenplan Klima ist auf den Zeitraum 2027-2031 ausgelegt. Eine Formulierung von Zwischenzielen bis 2050 wird zum jetzigen Zeitpunkt nicht als zielführend erachtet. Wird das Ziel für das Jahr 2030 nicht erreicht, wird der Massnahmenplan justiert und verschärft. Der Nachfolgeplan wird sich auf eine nächste Etappe ausrichten, weitere Zwischenziele werden zu einem späteren Zeitpunkt gesetzt. Amt

411/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			AfU
136276	Stadt Frauenfeld 8501 Frauenfeld	Antrag / Bemerkung Massnahmenbewertung standardisieren Begründung Die Massnahmenbeurteilung ist in einer Spider-Grafik dargestellt. Dieser fehlt eine standardisierte Skala. Es werden z.B. völlig unterschiedliche Kostenrahmen als "mittel" beurteilt. Die Beurteilung der Wirkung ist nicht an CO2-eq geknüpft. Die Erläuterungen widersprechen zudem teilweise den Grafiken. Ein Vergleich der Massnahmen ist darum sehr schwierig. Es sollte ein standardisierter Bewertungsschlüssel eingesetzt werden wie z.B. in der Strategie Basel-Landschaft (dort Bericht Anhang 1, Seite 68). Bezüglich Wirksamkeit sollte auch bewertet werden, in welchem Zeithorizont die Massnahme eine Wirkung entfalten kann. Wenn z.B. zuerst über ein Planungsinstrument kommunale Gesetzesänderungen angestossen werden müssen, dann wird es sehr lange dauern, bis eine Reduktion der Treibhausgasemissionen resultiert.	Schlagworte Formales, Wirkung, Beurteilungskriterien Umgang mit Rückmeldung Die Beurteilungskriterien sind im Anhang erläutert, ebenso deren Kategorisierung und Anwendung auf die Spiderskala. Ein quantitativer Beurteilungsschlüssel (z.B. aufgrund von CO2-Äquivalenten) wird als nicht sinnvoll erachtet, da die Massnahmen oftmals noch nicht so detailliert ausgestaltet sind und eine Quantifizierung mit sehr vielen Annahmen verbunden wäre. Zudem sind die Zeithorizonte der Wirkungsentfaltung wie richtig erwähnt, sehr unterschiedlich. Weiter muss der Beurteilungsschlüssel auch für Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel funktionieren. Diese lassen sich noch schwieriger quantifizieren als diejenigen zum Klimaschutz. Eine Überprüfung der Beurteilungskriterien und der Beschreibungen wurde nochmals gemacht. Amt AfU
141323	Stadt Romanshorn Stadt Romanshorn 8590 Romanshorn	Antrag / Bemerkung Siehe Begleitbrief und Massnahmen im Dokument. Begründung Siehe Begleitbrief und Massnahmen im Dokument.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Stellungnahme VTG 3. April 2025. Plus eigene Punkte, die bereits

412/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
			den einzelnen Massnahmen zugewiesen sind
141349	Stadt Weinfelden Bauamt 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Wir schliessen uns der Vernehmlassung des Verbandes Thurgauer Gemeinden VTG vom 3. April 2025 an Begründung siehe Antrag	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme. Stellungnahme VTG 3. April 2025. Amt AfU
140718	Thurgauer Gewerbeverband Politik und Kommunikation 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Der Thurgauer Gewerbeverband weist den Massnahmenplan Klima zur gründlichen Überarbeitung zurück. Begründung Im beigefügten Schreiben begründet der Thurgauer Gewerbeverband seine ablehnende Haltung ausführlich.	Schlagworte Formales Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme
141251	Thurgauer Gewerbeverband 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Teilnahme an der vorliegenden Vernehmlassung. Der Thurgauer Gewerbeverband (TGV) ist der grösste Wirtschafts- und Arbeitgeberverband im Kanton Thurgau und vertritt die Interessen von 6'969 Klein- und Mittelunternehmen im Kanton Thurgau. Zur Vernehmlassungsvorlage äussern wir uns wie folgt: 1. Allgemeine Anmerkungen	Schlagworte Ambitionsniveau, Zielsetzung, Kostennachweis, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Ambitionsniveau: Der Massnahmenplan ist ein Kompromiss zwischen Sicherstellung eines möglichst hohen Ambitionsniveaus und dem politisch/gesellschaftlich Machbaren. Dieser Mittelweg wird beibehalten, um das Vorhaben insgesamt nicht zu gefährden. Umfang: Teilweise umgesetzt. Die Klimastrategie zeigt in allen Sektoren Handlungsbedarf auf, der durch die Handlungsfelder aufgezeigt wird. Vollzogen wird die Strategie durch den Massnahmenplan

413/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Der Thurgauer Gewerbeverband hat den 44-seitigen Massnahmenplan mit seinen 81 Massnahmen sowie die 234 Seiten starke Massnahmen-Übersicht studiert. Leider hinterlassen diese Dokumente den Eindruck, dass der Regierungsrat den Grossen Rat in dieser Angelegenheit nicht ernst genommen hat. In der Sitzung vom 20.12.2023 hat dieser die Strategie zur Kenntnis genommen aber in den zahlreichen Voten sehr deutlich die Kritik zum Ausdruck gebracht und verschiedene Punkte angemahnt, wie z.B. - Zu ambitionierte Ziele - Zu umfangreich, zu wenig fokussiert, schwer verständlich - Fehlender Kostennachweis - Mangelnde Einbindung des Gewerbes/KMU Mit der Vorlage der eingangserwähnten Dokumente scheint die Regierung diesen Forderungen weder inhaltlich noch formal ausreichend Rechnung zu tragen. Aufmachung und Umfang laden die Empfänger nicht ein, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Unter den nachstehenden Begründungen weist der Thurgauer Gewerbeverband deshalb diesen Massnahmenplan zur gründlichen Überarbeitung zurück. Begründung -	Klima mittels detaillierter Massnahmen, welche in jedem Sektor aufgeführt werden. Aufgrund der externen Vernehmlassung und einer erneuten Ressourcenüberprüfung wurde der Massnahmenplan weiter gestrafft und die Anzahl der Massnahmen reduziert. Verständlichkeit: Die Massnahmenblätter sind detailliert, teilweise sehr technisch. Nach Möglichkeit erfolgt eine sprachliche Vereinfachung. Die Massnahmenblätter sollen den verantwortlichen Fachstellen für die Umsetzung der Massnahmen als Anleitung dienen. Fehlender Kostennachweis: Abgelehnt. Jede einzelnen Massnahme weist die finanziellen und personellen "Kosten" aus. In den Anhängen 2 und 3 sind die finanziellen und personellen Gesamtberechnungen ausgewiesen. Mangelnder Einbezug des Gewerbes/KMU: Abgelehnt. Der Gewerbeverband und die Industrie- und Handelskammer des Kantons Thurgau wurden eingeladen im Erarbeitungsprozess mitzuwirken und wurden somit bei der Festlegung der Massnahmen einbezogen.
141253	Thurgauer Gewerbeverband 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung	Schlagworte Personalressourcen Umgang mit Rückmeldung Die Massnahmen wurden in einem sorgfältigen und umfassenden

414/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Grundsätzlich attestiert der TGV dem Kanton, dass er mit der Analyse und der Erarbeitung eines Massnahmenplans durchaus verantwortungsbewusst und vorausschauend handelt. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die verschiedenen Sektoren/Ämter einem Wunschkonzert entsprechend ihren Wunschkatalog eingebracht haben. Ebenfalls könnte vermutet werden, dass einzelne Ämter (Landwirtschaft/Ernährung, Wasserwirtschaft/Hydrologie, wie auch die «Vorbildfunktion Verwaltung») die Gelegenheit nutzen, ihre Personalressourcen ganz generell auszubauen. Begründung -	Fachgruppenprozess unter Einbezug interner und externer Stellen erarbeitet. Das Massnahmenset wurde in mehreren Runden priorisiert und reduziert. Auch der Ressourceneinsatz wurde im Nachgang zur externen Vernehmlassung nochmals geprüft. Der Massnahmenplan und der Ressourceneinsatz wurden in diesem Prozess weiter verschlankt.
141254	Thurgauer Gewerbeverband 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Darstellung: Die TGV bedauert auch, dass die Massnahmen beim Kanton nicht stärker von den Massnahmen bei den Bürgerinnen und Bürgern getrennt wurden. Dies würde ein klareres Bild über den Beitrag der kantonalen Verwaltung und die Erwartungen an die Bevölkerung vermitteln. Die geforderte Fokussierung ist nicht erkennbar und das Thema Verzicht wird überhaupt nicht angesprochen. Ebenfalls vermisst der TGV eine Aussage, welche neuen Steuern oder Gebühren erhoben werden sollen. Begründung -	Schlagworte Finanzierungsinstrumente, Fokussierung Umgang mit Rückmeldung Art der Massnahmen: Beim Massnahmenplan handelt es sich um Massnahmen der kantonalen Verwaltung, nicht um solche bei den Bürgerinnen und Bürgern. Fokussierung: Die Anzahl der Massnahmen wurde aufgrund der externen Vernehmlassung und im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung nochmals reduziert. Steuern und Gebühren: Im separat erstellten Finanzierungskonzept werden Finanzierungsinstrumente dargelegt. Das Konzept ist Gegenstand laufender Arbeiten.
141257	Thurgauer Gewerbeverband 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Akzeptanz: In der Gesamtbetrachtung stellt sich die Frage, ob weniger nicht mehr ist. Ist die Umsetzung der Massnahmen innerhalb von fünf Jahren realistisch? Werden Verwaltung und Bevölkerung nicht	Schlagworte Ambitionsniveau, Anzahl Massnahmen, Realisierbarkeit Umgang mit Rückmeldung Akzeptanz: Die Massnahmen konkretisieren die Handlungsfelder

415/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		überfordert? Wie steht es um die Umsetzung der Massnahmen des Bundes? Inwieweit sind diese aufeinander abgestimmt und erfordern sie zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen? Wäre es nicht realistischer, sich auf die Umsetzung der Massnahmen des Bundes zu konzentrieren, bevor mit eigenen Massnahmen begonnen wird? Beispiele im nahen Ausland zeigen, wie wichtig es ist, die Bevölkerung sorgfältig «mitzunehmen» und ein hohes Tempo zu stärkerem Widerstand führt. Die Regierung sollte sich stärker am Machbaren, als am Wünschbaren zu orientieren. Das «Mitnehmen» der Bürgerinnen und Bürger wurde bereits im Grossen Rat angemahnt. Es darf auch nicht der Eindruck vermittelt werden, dass der Thurgau mit diesen Massnahmen die Welt-Klimapolitik retten kann. Ein wesentlicher Teil der steigenden Emissionen ist durch das Bevölkerungswachstum begründet, auch im Thurgau. Begründung -	der Klimastrategie und wurden in Zusammenarbeit mit internen und externen Akteuren erarbeitet. Die Mehrheit der Massnahmen baut auf Bestehendem auf, wenige Massnahmen sind komplett neu. Die Anzahl der Massnahmen wurde aber aufgrund der externen Vernehmlassung und im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung reduziert. Die einzelnen Massnahmen berücksichtigen Tätigkeiten des Bundes und sind somit abgestimmt. Der Bund beauftragt die Kantone klar, in ihrem Zuständigkeitsbereich selber auch Massnahmen zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel auszuarbeiten und umzusetzen.
141263	Thurgauer Gewerbeverband 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Zusammengefasst fordert der Thurgauer Gewerbeverband folgende Anpassungen: • Der Plan muss stärker fokussiert werden. Insbesondere sind die Massnahmen im Bereich Landwirtschaft/Ernährung und Wald zu streichen. • Punktuell sind die Ziele zu schärfen. • Eine Wirkungsmessung ist zwingend. • Die Aufgaben müssen mit den bestehenden Ressourcen (finanziell und personell) erledigt werden.	Schlagworte Personalressourcen, Kosten für die Volkswirtschaft, Streichung Massnahme, Fokussierung, Zielsetzung, Monitoring Umgang mit Rückmeldung Fokussierung: Die Anzahl der Massnahmen wurde im Rahmen einer erneuten Ressourcenüberprüfung nach der externen Vernehmlassung weiter reduziert. Wirkungsmessung: Eine Wirkungsüberprüfung erfolgt alle fünf Jahre, wie im Kapitel 6.3 geschildert. Ressourceneinsatz und Finanzen: Der Ressourcenumfang wurde weiter reduziert. Die meisten Massnahmen werden mit bestehenden Ressourcen finanziert. Das Finanzierungskonzept konkretisiert die

416/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		• Die Kostenfolge für die Wirtschaft sind aufzuzeigen. • Die neuen Aufgaben aus der Klimaveränderung sollen zumindest mittelfristig (ab 2030) aus dem regulären Kantonshaushalt finanziert werden. Begründung -	Finanzierung. Kosten für die Wirtschaft: Mit der Klimastrategie hat sich der Regierungsrat dazu bekannt, Investitionen beim Klima zu tätigen – es sind keine reinen Ausgaben. Wie in der Klimastrategie geschildert, tragen Investitionen in Klimaschutz tragen dazu bei, dass die Auswirkungen des Klimawandels handhabbar und die Kosten in einem wirtschaftlich tragbaren Bereich bleiben. Eine klimakompatible Entwicklung schafft zudem lokal Arbeitsplätze und Wertschöpfung, es eröffnen sich Marktchancen für innovative Firmen. Die Quantifizierung volkswirtschaftlicher Auswirkungen wurde bereits im Erarbeitungsprozess des Massnahmenplans Klima diskutiert und vom Lenkungsausschuss verworfen, mit der Begründung, dass Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen und die Auswirkungen grob bereits in der Strategie dargelegt sind. Amt AfU
141139	Verband KVA Thurgau 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung I. Übergeordnete Rückmeldungen des Verbandes: Der Verband trägt mit seinen Tätigkeiten, seiner Vision 2050, der damit verbundenen Projektentwicklungen im Energiebereich und vor allem auch mit dem Ersatzbau der KVA Weinfelden massgeblich zu den Zielen des Massnahmenplans bei. Bereits heute betreibt der Verband KVA Thurgau das grösste, klimaneutrale Kraftwerk im Kanton Thurgau. Mit der neuen Anlage wird das Kraftwerk noch grösser und energieeffizienter werden und bietet – sofern der Bund die entsprechenden verbindlichen Rahmenbedingungen erlässt - mit CCS die Möglichkeit einer CO2-Senke, welche	Schlagworte Zielsetzung, Synergien Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahmen. Besten Dank für die angebotene Zusammenarbeit.

417/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		das Potential hat, die CO2-Emissionen des Kantons entscheidend zu senken. Mit seiner Vision eines "Energy Hubs" bietet der Verband eine Plattform für die Produktion, Transformation, Speicherung und Kopplung von verschiedenen Energieträgern, welche noch deutlich über die Möglichkeiten einer reinen KVA hinausgehen. Hierbei braucht der Verband Partner, welche bereit sind, diesen Weg mitzugestalten. Wir laden den Kanton herzlich ein, sich bei der Entwicklung dieses "Energy Hubs" aktiv zu beteiligen und damit konkret für die Erreichung der Ziele der Massnahmen 1 - 5 beizutragen. Sowohl im Bereich Energie als auch im Bereich Klimaschutz kann der Verband auf umfassendes Knowhow zugreifen, welches er dem Kanton gerne zur Verfügung stellt. Es wird vorgeschlagen, sich insbesondere bzgl. Entwicklung des Energy Hubs regelmässig auszutauschen und die Synergien und Chancen auszuloten. Mit dem Standard für «Nachhaltiges Bauen Schweiz» (SNBS) macht der Verband seine Verpflichtung zur Nachhaltigkeit im Ersatzbauprojekt KVA transparent. Er strebt dabei eine möglichst hohe Benotung an. Der Verband hat das Ersatzbauprojekt in der laufenden Planungs- und Projektierungsphase gemäss dem SNBS-Standard Infrastruktur detailliert analysiert und weiterentwickelt. Dies ist in Übereinstimmung mit den Bestrebungen und Zielen der Massnahmen 6, 9, 10, 11, 24, 44, 46, 47, 51. Zum Beispiel ist in der Bauphase zur Reduktion der CO2-Emissionen der Einsatz von Recyclingmaterialien geplant (Übereinstimmung mit den Zielen 10 und 47).	

418/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Der Verband verfolgt mit seiner Teilvision "Innovation und Bildung" bereits seit vielen Jahren unter anderem die gleichen Anliegen, wie in Massnahme 40 "Bildungs- und Beratungsangebot zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel auszubauen". Mit dem heutigen Schulungsangebot, welches vom Verband mit jährlich rund CHF 150'000 unterstützt wird, sowie mit den Gratisführungen für Schulklassen und Bevölkerung erreicht der Verband Jahr für Jahr eine grosse Bevölkerungsgruppe. Begründung - siehe Antrag	
128477	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Der VTG verweist auf die Gemeindeautonomie, diese muss im Massnahmenplan und den Massnahmen gewährleistet sein. Der VTG hält ausdrücklich fest, dass er keinerlei Massnahmen akzeptiert, welche die Gemeindeautonomie oder den Spielraum der Gemeinden einschränken. Diverse Massnahmen sehen kantonsweite Regulierungen vor (Steingärten, biogene Abfälle), die unnötig sind und die die Gemeinden selbst an die Hand nehmen können. Solche Massnahmen sind konsequent in Handlungsempfehlungen für die Gemeinden umzuformulieren und es ist auch jegliche Regulierung auf Kantonsebene zu verzichten. Der VTG erwartet vom Regierungsrat, dass die Aufweichung kommunaler Kompetenzen und die damit verbundene Einmischung kantonaler Ämter konsequent vermieden wird. Ebenso ist darauf zu verzichten, via den kantonalen Richtplan neue Vorgaben an die Gemeinden einzubauen. Im Weiteren sind die Massnahmen noch einmal dahingehend zu prüfen, ob weniger Konzepte und Papier auch zum Ziel führen kann. Solche	Schlagworte Gemeindeautonomie, Massnahmeninstrument Umgang mit Rückmeldung Gemeindeautonomie: Kantonale Massnahmen können naturgemäss Auswirkungen auf die Gemeinden haben. Wenn nur Massnahmen umgesetzt werden, die die Gemeindeautonomie in keiner Weise tangieren, wird die Wirkung reduziert. Es könnten nur noch Massnahmen umgesetzt werden, die ausschliesslich die kantonale Ebene betreffen (eigene Verwaltung, nur Aufgaben in ausschliesslich kantonaler Hoheit). Viele Aufgaben sind aber Verbundaufgaben bzw. solche, bei denen Wirkung primär auf kommunaler Ebene entfaltet werden kann. Massnahmen, die die Gemeindeautonomie tangieren, sollen deshalb grundsätzlich auch möglich sein. Die Ausgestaltung der Massnahmen ist vielfach noch offen, bei einigen Massnahmen handelt es sich auch erst um Prüfaufträge. Es wird fallweise geprüft, inwiefern mit Anpassungen in der Massnahmenbeschreibung der Thematik stärker Rechnung getragen werden kann.

419/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
		Konzepte führen in der Regel auch zu zusätzlichem Personalaufwand. Der Fokus ist verstärkt auf das Handeln zu legen. Begründung -	
132888	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Die effektiven Kosten für die Volkswirtschaft und im Besondern für die Gemeinden sind zu bestimmen und aufzustellen. Ebenso sind die benötigten personellen Ressourcen ausserhalb der Kantonalen Verwaltung zu beziffern. Begründung -	Schlagworte Kosten für die Volkswirtschaft, Personalressourcen Umgang mit Rückmeldung Volkswirtschaftliche Kosten: Die Quantifizierung volkswirtschaftlicher Auswirkungen wurde bereits im Erarbeitungsprozess des Massnahmenplans Klima diskutiert und vom Lenkungsausschuss verworfen, mit der Begründung, dass Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen und die Auswirkungen grob bereits in der Strategie dargelegt sind. Es wurde damals entschieden, nur qualitative Aussagen zu Auswirkungen auf die Wertschöpfung zu integrieren. Die benötigten personellen Ressourcen ausserhalb der kantonalen Verwaltung lassen sich nicht beziffern. Diese werden als gering eingeschätzt, da es sich um einen Massnahmenplan der kantonalen Verwaltung handelt.
132889	Verband Thurgauer Gemeinden 8570 Weinfelden	Antrag / Bemerkung Der Fokus muss auf dem Controlling, den quantitativen Auswirkungen und dem Nutzen jeder Massnahme gelegt werden. Begründung -	Schlagworte Monitoring, Wirkung Umgang mit Rückmeldung Die Umsetzung der Massnahmen und die Erfolgskontrolle ist beim Monitoring und Controlling erläutert. Die detaillierte Ausarbeitung erfolgt nach Genehmigung des Massnahmenplans Klima durch die Regierung.

420/420

ID	Teilnehmer/in	Antrag / Bemerkung / Begründung	Reaktion
138796	WWF Thurgau 9001 St.Gallen	Antrag / Bemerkung Wir bedanken uns für die Möglichkeit zum vorliegenden Entwurf Massnahmeplan Klimastrategie Stellung nehmen zu können. Wir begrüssen es sehr, dass der Kanton Thurgau eine Klimastrategie sowie eine umfangreiche Anzahl von Massnahmen dazu verabschiedet und anerkennen die umfangreiche und gute Arbeit des Kantons bei der Erarbeitung der Klimastrategie sowie dem Massnahmeplan. Wir sind uns alle einig: Wir haben eine grosse Herausforderung vor uns: Das Erreichen der Klimaziele von Paris. Dies gelingt nur, wenn die Massnahmen auch ihre gewünschte Wirkung entfalten bzw. der Absenkpfad auch eingehalten werden kann. Hier sehen wir noch eine grosse Schwachstelle des Massnahmeplans. Für die einzelnen Massnahmen wurden zwar Umsetzungsindikatoren definiert, jedoch sagen diese wenig über die tatsächliche Wirkung der Massnahmen aus. Diesbezüglich beantragen wir, dass die Wirkungsevaluation nochmals überarbeitet und geschärft wird. (Details siehe Rückmeldung Kapitel "Wirkungsevaluation"). Im Grossen und Ganzen können wir die Massnahmen unterstützen. Auf einzelne Massnahmen gehen wir gerne noch vertieft darauf ein und schlagen teilweise auch weitere oder ergänzende Massnahmen vor. Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anträge. Begründung keine	Schlagworte Wirkung Umgang mit Rückmeldung Kenntnisnahme.